3 1761 07888570 4

From the Library of

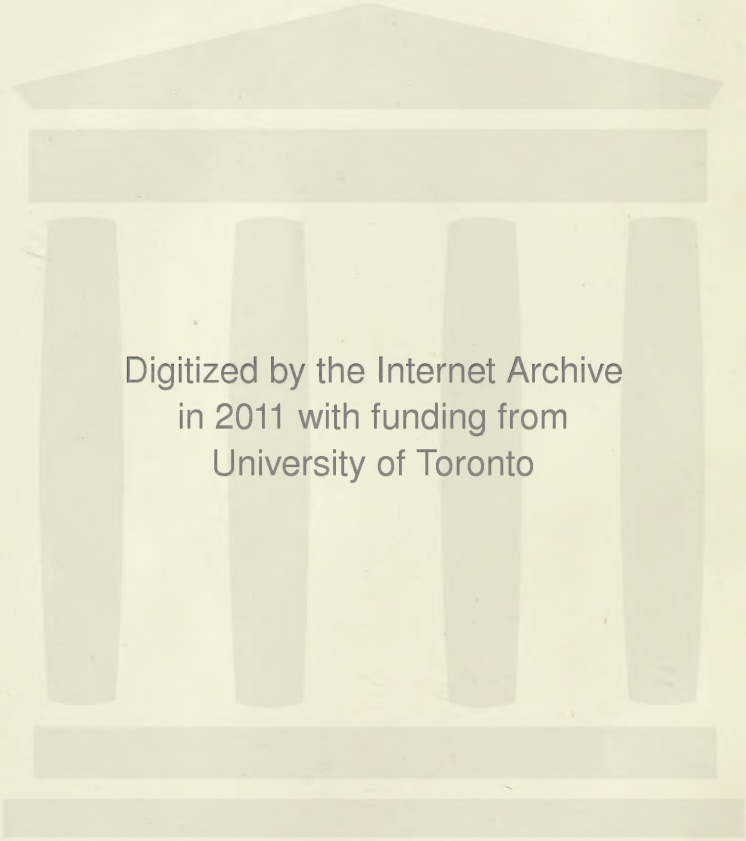
Henry Tresawna Gerrans

Fellow of Worcester College, Oxford

1882–1921

Given to University of Toronto Library.

By his Wife


Digitized by the Internet Archive
in 2011 with funding from
University of Toronto

http://www.archive.org/details/deutschlandunddi12schi

S332d

Deutschland und die große Politik anno 1912.

Von

Dr. Th. Schiemann
Professor an der Universität Berlin

175419
14/11/22

Berlin
Druck und Verlag von Georg Reimer
1913.

R. T. GERRARD,
WORCESTER COLLEGE,
OXFORD.

26. Dezember 1911. Entlaſſung Schuſters aus perſiſchen Dienſten.
Eintreffen Sunyatſens in Schanghai.
27. Dezember. Die Türkei belegt italieniſche Waren mit einem Einfuhrzoll von 100 Prozent.
28. Dezember. Flucht des Hauptmanns Lux aus Glatz.
29. Dezember. Wahl Sunyatſens zum Präſidenten der chineſiſchen Republik.
1. Januar 1912. Der Sultan beauftragt Großvezir Said P. mit Bildung des neuen Kabinetts.

---

3. Januar 1912.

Das Jahr 1911 hat uns unmittelbar, bevor es zur Neige ging, die Proklamierung der Republik China gebracht, und alle Anzeichen weiſen darauf hin, daß es ſich nicht um eine ephemere Erſcheinungsform im politiſchen Leben dieſes Rieſenreiches handelt. Wir ſtehen auch nicht vor einem Symptom des Niederganges, ſondern vor einer Konzentration der nationalen Kräfte, die ſich zwar zunächſt gegen die Dynaſtie der Mandſchurei gerichtet hat, der aber unverkennbar das Loſungswort „China für die Chineſen“ zugrunde liegt. Man kann ſogar darüber im Zweifel ſein, welche Tendenz die ſtärkere iſt, die antidynaſtiſche — wir ſagen mit Abſicht nicht antimonarchiſche, denn es iſt ſehr wohl denkbar, daß die Republik ſchließlich in eine neue, aber diesmal chineſiſche Dynaſtie ausmündet — oder die nationaliſtiſche. Schon die Boxerbewegung trug jenen antidynaſtiſchen Charakter, wurde aber damals zum ſchweren Schaden Chinas durch die Kaiſerin Mutter in eine fremdenfeindliche Erhebung abgelenkt. Das geſchah Anno 1900, da jener Sunyatſen, den wir jetzt als vorläufigen Präſidenten der chineſiſchen Republik ſehen, bereits wegen antidynaſtiſcher Anſchläge geächtet, von Land zu Land als ein Verbannter zog. Er hat die 16 Jahre während welcher er in der Fremde — in Nordamerika, England, Frankreich weilte, genutzt, um ſich die Bildung des Abendlandes zu eigen zu machen und dabei doch keinen Augenblick die Fäden gelöſt, die ihn mit den zahlreichen patriotiſchen Geheimgeſellſchaften verbanden, die wie ein Netz ganz China umſpannen. Er iſt Chriſt — wir haben nicht in Erfahrung bringen können, welcher Konfeſſion — und es iſt ſehr zu

beachten, daß wir in seiner Umgebung den General Homer L e a finden, dessen berühmtes Buch „The valor of ignorance“ ein so drastisches Bild der von Japan dem amerikanischen Kontinent drohenden Gefahren entworfen hat. Wir werden berechtigt sein, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Führer der chinesischen Revolution keine antieuropäischen Tendenzen verfolgen, falls Europa nicht die Integrität Chinas gefährdet, daß sie sich nicht Japan in die Arme werfen will, gegen welches ein tief gewurzeltes Mißtrauen durch alle Schichten der Bevölkerung geht, endlich, daß unter keinen Umständen eine gegen Duldung des Christentums gerichtete Volksbewegung Begünstigung finden wird.

Auch falls Juanschikai an die Spitze Neu-Chinas treten sollte, ist das nicht zu erwarten. Es läßt sich annehmen, daß das Prinzip der offenen Tür als Staatsgrundsatz anerkannt wird, wenn auch, wie sich aus den Vorwänden ergibt, mit denen die Erhebung ihre Anfänge zu rechtfertigen bemüht war, das Übergehen strategischer Bahnen in fremde Hände schwerlich geduldet werden wird. Weder die Führung englischer oder französischer Bahnen nach Südchina noch die russischer und japanischer aus der Mandschurei in das Herz von China dürfte zugelassen werden, wenn die Kräfte reichen, die Ausführung solcher Absichten abzuwehren. Es muß als ein verhängnisvoller Irrtum der russischen wie der englischen Politik bezeichnet werden, daß die innere Krisis in China benutzt worden ist, um die Unabhängigkeit einerseits der Mongolei, andererseits Tibets proklamieren zu lassen. Denn es ist ebenso undenkbar, daß der Kutuchtu (der Fleisch gewordene mongolische Lama) von Urga sich ohne russische Anregung selbständig gemacht hat, als daß der Dalai Lama von L'Hassa ohne englisch-indische Genehmigung nach Tibet zurückkehren kann. Der freiwillige Verzicht Chinas auf beide Dependenzen ist aber um so weniger wahrscheinlich, als sowohl die Mongolei wie Tibet als Kolonisationsgebiete für das übervölkerte eigentliche China in Aussicht genommen waren und mit dieser Kolonisation bereits der Anfang gemacht ist. Gelingt es der russischen und englischen Politik, den Strom der chinesischen Einwanderer von der Mongolei und von Tibet abzuwehren, so wird er sich auf das offene Amurgebiet und Transbaikalien werfen, wo bereits jetzt die russischen Ansiedler ohnmächtig vor den bedürfnislosen und unermüdlich arbeitsamen Chinesen zurückweichen. Die Besiedelung der Mongolei durch die Chinesen wäre einer Entlastung Rußlands gleichgekommen, so daß

dieſe Politik außerordentlich kurzſichtig zu ſein ſcheint. Ob die engliſche Politik in betreff Tibets richtiger rechnet, kann zweifelhaft ſein. Offenbar handelt es ſich für ſie vornehmlich darum, China von den halb unabhängigen Himalayaſtaaten fernzuhalten, und das mag allerdings für längere oder kürzere Zeit erreicht werden, ſo daß England Zeit hätte, ſich bis dahin jener gefährdeten Gebiete zu verſichern. Aber daß eine Gefahr für die indiſche Stellung Englands von China aus drohen könnte, halten wir für völlig ausgeſchloſſen. Indien iſt ſelbſt übervölkert und nicht wie das ſibiriſche Rußland jedem Eindringling offen ſtehend. Die durch die tibetaniſche Aktion gefährdete Freundſchaft Chinas aber muß, je mehr China erſtarkt, an Wert und Bedeutung gewinnen.

Wie dem auch ſei, und wir erheben keineswegs den Anſpruch mehr als Wahrſcheinlichkeiten vorzubringen, daß für China eine neue Zeit anbricht, iſt Tatſache, und dieſe Tatſache ein Ereignis von weittragender hiſtoriſcher Bedeutung.

Es iſt ſehr merkwürdig und vom deutſchen Standpunkt aus beſonders lehrreich, einen Blick in die Betrachtungen zu werfen, welche die Preſſe der Tripelentente in der letzten Woche des alten Jahres angeſtellt hat. Zuſammenfaſſen läßt ſich der Eindruck dahin, daß in England wie in Frankreich und Rußland die offizielle Politik der Regierungen überaus lebhaft angegriffen wird. Am deutlichſten tritt es uns in Rußland entgegen, wo die Zeitungen aller Farben die perſiſche Politik der Regierung rückhaltlos verurteilen, weil die letzten Ereigniſſe gezeigt haben, daß die Perſer es in Reſcht, Enſeli, Täbris wagen durften, den ruſſiſchen Truppen ernſtlichen Widerſtand zu leiſten.

„Wenn die Perſer nicht geſehen hätten, daß wir es nicht wagen, einen Schritt ohne die Zuſtimmung Englands zu tun, d. h., wenn wir nicht ſelbſt gezeigt hätten, daß wir völlig von ihnen abhängig ſind, und nicht geduldet hätten, daß ſie den uns ergebenen Schah verjagten . . . ſo hätten wir auch die „Überraſchung“ des Überfalls nicht erlebt. Das Gemetzel (von Täbris) kann von der Diplomatie nicht gerechtfertigt werden, aber England, das ſich äußerlich ſehr korrekt verhält, hat uns alle dieſe Überraſchungen vorbereitet.“

Offenbar fürchteten die ruſſiſchen Diplomaten die Ungnade Englands, weil ſie nicht weiter ſehen könnten, als ihre Naſe reiche, und nicht begriffen daß England Rußlands bedürfe, und nicht umgekehrt Rußland der Hilfe der Engländer. Aber offenbar ſei Saſonow

in der Zwangslage, den Brei aufzuessen, den Iswolski gekocht habe, als er durch das Abkommen mit England Rußland die Hände band . . .

„Wir müssen Teheran nehmen, wir müssen die Perser zwingen, sich vor unseren Fahnen zu demütigen und nicht vor den kleinen englischen Beamten . . . . Man kann sich vorstellen, wie Grey und Morley sich die Hände reiben, und wie sie sich angelacht haben, nachdem sie vor dem Parlament die Komödie der Interpellation über Persien beantwortet und uns dem allgemeinen Gespött preisgegeben hatten . . . . Wie aber ist dabei unseren Soldaten zu Mut, die man in den engen Straßen zusammenschießt oder fast lebendig verbrennt." . . .

So schreibt S. Glinca in der „Semschtschina", die an anderer Stelle mit großer Erbitterung gegen den bevorstehenden Besuch der englischen Parlamentarier in Petersburg und Moskau protestiert. Das ist eine Stimme aus den Kreisen der äußersten Rechten. Mit gleicher Leidenschaftlichkeit wendet sich gegen die anglophile Politik des Ministeriums Herr Menschikow in der „Nowoje Wremja" (31. Dezember).

„Es ist kein Zweifel, schreibt er, daß unsere gesamte Politik in Persien, wie sie Iswolski und seine Werkzeuge erdacht haben, eine Politik kläglichsten Zurückweichens vor England ist. Er ordnete sich dem radikalen englischen Kabinett unter und stürzte den Schah . . . und vergaß dabei, daß nach vielen Kriegen mit uns die Schahs vielleicht schlechte Regenten für Persien waren, aber — soweit das in Asien überhaupt möglich ist — sich als getreue Anhänger Rußlands erwiesen."

Das Fazit der Ausführungen Menschikows ist dann der Hinweis auf die Notwendigkeit einer Teilung Persiens, die ohne weiteres Zögern zu vollziehen sei, damit die Türkei nicht als dritter Partner hinzukomme. Unter russischer und englischer Herrschaft werde Persien wahrscheinlich ebenso an Kultur und Wohlstand zunehmen, wie Polen nach den Teilungen, und damit müsse es sich zufrieden geben. Zunächst aber ist er der Meinung, daß das Persien des Königs der Könige genug gelebt habe, ganz wie Korea und Marokko. Da das Organ der Oktobristen der „Golos Moskwy" ebenfalls die gleichen antienglischen Töne anschlägt, läßt sich wohl nicht bestreiten, daß zurzeit die Politik des Abkommens vom 31. August 1907 in Rußland außerordentlich unpopulär ist. Man macht aber dafür den Botschafter in Paris, Iswolski, verant-

wortlich, nicht den Minister Sasonow, dem die öffentliche Meinung des Landes mit entschieden gutem Vorurteil entgegenkommt. Es fragt sich nur, ob er die Hoffnungen, die auf ihn gesetzt werden, wird erfüllen können. Da bei einer Annexion auch die sogenannte neutrale Zone, welche das englische und das russische Persien trennt, schwinden müßte, würde die Folge einer Teilung sein, daß Rußland den persischen Golf erreicht, wodurch ein heißer Wunsch der Politik erreicht würde, die seit den Tagen Alexanders III. bis zum Kriege mit Japan von der Petersburger Diplomatie wie von der öffentlichen Meinung verfolgt wurde. Man braucht nur an die Tage der weiland freiwilligen Flotte zu denken, um sich der großartigen Agitation zu erinnern, mit der diese Idee propagiert wurde.

Merkwürdig ist, daß dieser Stimmung in Rußland eine Strömung in England parallel geht, die mit dem russisch-englischen Abkommen von 1907 ebensowenig zufrieden ist. Hat doch erst kürzlich der „Evening Standard" sich höchst drastisch in diesem Sinn ausgesprochen.

Wir haben mehrfach Gelegenheit gehabt darauf hinzuweisen. Da aber die persischen Angelegenheiten uns politisch durchaus nichts angehen, ist für uns dieser scharfe Gegensatz nur durch seine Reflexe wichtig, die in Rußland und vielleicht auch in England in Personenfragen ausmünden werden. Die Russen suchen nächst Iswolski den Gesandten in Teheran, Poklewski-Kosell, der ihnen zudem als Halbpole verdächtig ist, für ihre Mißerfolge verantwortlich zu machen, die Engländer Poklewskis Kollegen Barclay und seinen Chef Sir Edward Grey. In England spielt zudem das säkulare Mißtrauen gegen Rußland mit, das dort ebensowenig durch das asiatische Abkommen beseitigt worden ist wie in Rußland, zumal man auf beiden Seiten die Existenz unbekannt gebliebener Geheimklauseln beargwöhnt, die dem Gegner einen Vorteil bringen könnten.

Der Verpflichtungen Frankreich gegenüber möchte der linke Flügel der liberalen Partei in England gleichfalls ledig werden, namentlich so weit es sich um militärische Hilfe handelt. Auch dafür kann jener Artikel des „Evening Standard" als Beispiel dienen. Die Tatsache, daß man in Wirklichkeit im Laufe dieses Sommers mehr als einmal vor der Wahrscheinlichkeit eines Krieges gestanden hat, läßt sich trotz aller offiziellen Dementis nicht beseitigen und regt doch zu ernstem Nach-

denken an. In der „Illustrierten Zeitung“ vom 21. Dezember ist unter dem Titel „Bestand im vergangenen Sommer und Herbst die Gefahr eines Krieges“ eine sehr interessante Karte mit Kommentar veröffentlicht worden, welche die Stellung der englischen und der deutschen Flotte am 24. Juli, 19. August und 18. September darlegt. Danach würde das letzte Datum den Höhepunkt der Krisis zeigen. Auch der nicht militärische Leser kann sich dem Eindruck nicht entziehen, daß damals alle Vorbereitungen für einen Angriff auf Deutschland getroffen waren. Es waren am 18. September 30 Linienschiffe, 26 Panzerkreuzer und 138 Torpedofahrzeuge bereit, gegen unsere 17 Linienschiffe, 6 Kreuzer und 66 Torpedoboote aufzubrechen. Das Verhältnis der aktiven und sofort bereiten Streitkräfte am 23. September aber war für England: 29 große Kampfschiffe und 77 Torpedofahrzeuge im Kanal nebst 27 Kampfschiffen und 61 Torpedofahrzeugen vor Schottland, gegen 23 und 66 entsprechende Fahrzeuge Deutschlands. Nebenher aber war Sorge getragen, daß ebenso in Ostasien und Australien eine bedeutende englische Übermacht unseren Schiffen entgegengestellt war. Nehmen wir hinzu, daß in England zugleich mit der russischen und mit der französischen Flotte als mit Helfern gerechnet wird, so verstehen wir wohl, daß eine gewissenlose Politik vor einer großen Versuchung stand. Völlig unverständlich aber ist uns, wie unter solchen Verhältnissen in England das Verlangen nach weiterer Verstärkung der Flotte laut werden kann. Es liegt darin eine Geringschätzung der Qualität der eigenen Marine, die, wenn man sie unter ähnlichen Verhältnissen auf die deutsche Flotte anwenden wollte, uns wie eine Beleidigung erscheinen würde. Die Schlüsse, die sich daraus für uns ergeben, brauchen wohl nicht ausdrücklich hervorgehoben zu werden.

Weit stärker als die Angriffe, gegen die das englische Ministerium sich zu verteidigen hat, sind übrigens die Anfechtungen, die das Ministerium Caillaux und alle französischen Minister des Auswärtigen seit 1902, mit alleiniger Ausnahme von Herrn Pichon, zu tragen haben. Vor der Kommission des Senats haben sie förmlich Spießruten laufen müssen. Wenn die Haltung unserer Diplomatie in der Marokkofrage einer Rechtfertigung bedürfte, so wird sie ihr hier geboten. Auch wünscht der „Temps“ eine möglichst schnelle Erledigung der Untersuchung, aber auch er will keine Barmherzigkeit den unerfahrenen und ungeschickten

Männern gegenüber geübt wissen, die Schuld daran tragen, daß Frankreich seine heutige Stellung in Marokko so teuer hat bezahlen müssen. Das „Journal des Débats" vom 30. Dezember formuliert sein Gesamturteil folgendermaßen:

„In dieser Frage bricht überall die Heuchelei durch. Es ist unmöglich, zu wissen, ob unsere radikal-sozialistischen Minister jemals eine auswärtige Politik gehabt haben; jedenfalls wollen sie durchaus nicht die Verantwortung für ihr Tun übernehmen. Sie greifen zu den erbärmlichsten und elendesten Ausflüchten, um die Wahrheit zu verdecken. Sie wissen nie etwas, wenn man eine Frage stellt, die sie in Verlegenheit setzt. Und wenn schließlich die Dokumente aus dem Archiv hervorgeholt werden, in dem man sie verbarg, beschuldigen sie ihre Untergebenen, die sie nicht auf dem Laufenden gehalten haben. Dieser Mangel an Mut ist neben dem Mangel an Voraussicht charakteristisch für das Regime der Radikalen. Wir haben gestern ein neues Beispiel für die Heuchelei der Regierung gehabt. Als de Selves die Tatsachen darlegte, welche die Okkupation von Larasch und Elksar durch die Spanier betrafen, mußte Poincaré ihn darauf aufmerksam machen, daß er mehrere wichtige Aktenstücke übergehe. Der Minister hatte sie nicht in seinem Aktenkonvolut. Nach dem Fall von Bapst, dessen Entlassung so viel Lärm machte, hätte man annehmen müssen, daß der Minister des Auswärtigen sich endlich über die Verhandlungen unterrichtet haben werde, die im vorigen Juli zwischen Paris und Madrid hin und her gingen, und daß er nicht aufs neue „en flagrant délit d'ignorance" ertappt werden würde."

Das ist sehr hart. Da aber die Untersuchung des Senats wahrscheinlich noch einige Monate dauern wird, bleibt auch das Ministerium so lange im Amte, es soll den bitteren Kelch selbst bis zur Neige leeren. Danach aber fällt es bestimmt, und zunächst scheint es, daß sich für diesen Termin ein neues Ministerium Clemenceau vorbereitet. Wie aber wird es dann in Marokko aussehen? Die schweren Kämpfe, die Spanien gegen die tapferen Männer des Rif zu bestehen hat, die wiederum ein Heer von 20 000 Mann aufgebracht haben, deuten bei der allgemeinen Erregung, die sich der islamischen Bevölkerung Nordafrikas bemächtigt hat, auf Sturm. Nachrichten aus Fez behaupten, daß alle Stämme des Gharb sich regen und der Friede nicht länger dauern werde, als bis diese Stämme ihre Ernte in Sicherheit gebracht haben. Ähnliche

Gedanken aber hat schon vor 4 Wochen einer der besten Kenner Französisch-Nordafrikas entwickelt.

Im Dezemberheft der „Revue des deux mondes“ hat Louis Bertrand eine Studie über „Die Emeute von Tunis und das Erwachen des Islam“ veröffentlicht, die in mehr als einer Hinsicht auch bei uns Beachtung verdient. Die tunesische Stadtverwaltung hatte den Beschluß gefaßt, die Grenzen eines mohammedanischen Kirchhofes von Tunis — Djellas — zu vermessen, um zu Recht festzustellen, welches seine Grenzen seien, und in dem Teil, der als dem Fiskus zugehörig abgetrennt werden sollte, eine Straße anzulegen, die für eine Straßenbahn bestimmt war. Es war darüber zu einem Streit zwischen den mit den Vermessungsarbeiten beauftragten Italienern und den in ihren religiösen Gefühlen verletzten Arabern gekommen, der in einen wilden Kampf ausmündete und von beiden Seiten mit wilder Grausamkeit geführt worden ist. Die Agenten der Stadtpolizei wurden ermordet und das Gemetzel zog sich bis in die Straßen der Altstadt hinein. Bertrand erzählt, wie in der Nähe seiner Wohnung ein hochgewachsener Neger einem kleinen italienischen Mädchen mit den Fingern beide Augen ausdrückte! Es ist fast als ein Wunder zu bezeichnen, daß die wenig zahlreiche französische Garnison — im ganzen 250 Mann — imstande war, der wilden Erregung Herr zu werden. Aber erst als nach drei Tagen Verstärkungen in der Stadt eintrafen, begann man aufzuatmen. Die Untersuchung stellte fest, daß es sich nicht um den spontanen Ausbruch eines religiösen Fanatismus gehandelt hat, sondern daß diese Rebellion von langer Hand vorbereitet war, und daß die Italiener nur als ein Zufallsobjekt zu betrachten sind, das ihr zum Opfer fiel. Der Haß richtet sich gegen alle Fremden auf nordafrikanischem Boden. Bertrand begründet das folgendermaßen:

„Alle meine Landsleute klagten: „Wie? nach dreißigjährigem Protektorat, in dem eine loyale araberfreundliche Politik verfolgt wurde, sind wir dahin gelangt! Es ist um an den Tunesiern zu verzweifeln!“ Ich möchte glauben, fügt Bertrand hinzu, daß sie übertreiben. Was mir aber nach einer langen Reise durch Tripolis und Algier evident scheint, ist, daß sich dort ein neuer Geist festzusetzen beginnt, der noch vor 10 Jahren unbekannt war, und dessen Tendenzen eine bestimmte Richtung annehmen. Nicht nur der Gesichtsausdruck der Indigenen hat sich verändert, sondern auch ihre Stimmung uns gegenüber, unsere eigene

Stellung ist eine andere geworden, und auch die aller Europäer in ganz Nord-Afrika."

Der plötzliche — „und man müsse es wohl sagen — brutale" Angriff der Italiener auf Tripolis sei einer der Anlässe dieser erbitterten Feindschaft. Die unvermeidlichen Schrecken des Krieges, Grausamkeiten und Vergeltung hätten sie gesteigert.

„Man täusche sich nicht über die wahre Bedeutung der Tatsachen. Nächst den Italienern gilt es uns und allen Europäern. Darüber gibt es nur ein Urteil in Tunis. Der Haß gegen die Christen, oder überhaupt gegen die Rumi ist in den mohammedanischen Seelen erwacht, vielleicht nicht stärker, als er früher war, aber bestimmter in seinen Beschwerden und geschickter geleitet durch die Suggestion derjenigen, welche die Massen führen wollen."

Beigetragen dazu habe das Vordringen der Franzosen und Spanier in Marokko und der Angriff der Italiener in Tripolitanien, aber die Ursachen lägen tiefer, und die Konsequenzen seien weit ernster. Bis etwa 1880 sei Nordafrika eine Zone militärischer Okkupation gewesen. Danach aber begann, besonders seit Einführung der Weinrebe, die Kolonisation. Frankreich versuchte nun auf jede Weise den Arabern entgegenzukommen und hat sie ohne Zweifel in Achtung ihrer religiösen Interessen weit besser behandelt als etwa die Katholiken im französischen Mutterlande, es hat das Land reicher gemacht, der Bevölkerung geschmeichelt und doch dafür nichts geerntet als Haß.

„Die Araber können und wollen uns nicht danken, was wir für sie getan haben. Seit wir Herren im Lande sind, hassen sie uns als Feinde, von denen sie heute aus Fanatismus erdrückt und morgen aus Schwäche geschont werden . . . Selbst wenn wir ihnen alles gewähren wollten, was sie verlangen, würden sie sich nicht verpflichtet fühlen, dankbar zu sein. Sie wollen Herren des Landes sein. Sie wollen alles oder nichts, wenn sie aber die Herren wären, würde das Land für uns so gut wie unbewohnbar sein . . . ."

„Ihre Seelen sind dieselben geblieben wie in den ersten Jahren der Hedjera . . . Christen und Juden sind ihnen noch immer unreine Wesen, Feinde Gottes, deren Gegenwart man zwar dulden kann, die man aber nie in die große muselmännische Familie aufnehmen darf. Gleiches Recht für alle Menschen ist ihnen ein gottloser, sinnloser Grund-

satz. Um die Ungläubigen zu verhindern, muselmännisches Land zu beherrschen, ist jedes Mittel gut, selbst Niedermetzelung im Frieden, raffinierte Grausamkeit, Vergiftung von Quellen . . . "

Mit diesem Fanatismus rechne auch der gebildete Mohammedaner, denn die Religion sei allein fähig, die verstreuten Kräfte des Islam zu einem Ganzen zusammenzufassen.

„Man stellt sich, als blicke man mit Verachtung auf die panislamitischen Bestrebungen der Jungtürken und der Jungägypter herab: es ist nichtsdestoweniger wahr, daß infolge ihrer Bestrebungen heute ein Band internationaler Solidarität vorhanden ist, das mit der Zeit noch fester werden muß und all die zahllosen Getreuen des Propheten verbindet. Weit mehr als durch unsere militärischen Operationen, haben unsere Pläne methodischer Kolonisation, die Ausbeutung von Industrie und Landwirtschaft, wie sie von Marokko bis nach Ägypten stattfindet, kurz der ganze politisch-ökonomische Eroberungsplan, dahin geführt, bei ihnen (den Bekennern des Islam) den Instinkt des Erhaltens wachzurufen, und dieser Instinkt betätigt sich in seiner mächtigsten und gefährlichsten Form, durch die Einigung der Seelen im Glauben.

Jetzt erklären die Muselmänner aller Länder, daß sie fest entschlossen seien, ihren inneren Hader fallen zu lassen, um sich in ihrer Gesamtheit gegen uns zu wenden. Dies ist das Losungswort von einem Ende des Islam zum anderen. Sie wollen nicht mehr Waffen gegen ihre muselmännischen Brüder tragen..... In Summa, zwischen unseren muselmännischen Untertanen und uns ist eine Verständigung auf dem Boden des Status quo nicht zu erhoffen. Sie ertragen ihn blutenden Herzens. Niemals werden sie französische Bürger werden. Wir stellen ihnen, wie in römischen Zeiten, das Imperium dar, die militärische und administrative Macht des Eroberers: unser Traum, sie zu assimilieren oder auch nur zu brüderlicher Zusammenarbeit zu bewegen, ist kläglich gescheitert. Wir nehmen eine Paradestellung ein, die oft schwer zu behaupten ist, die uns aber einigen Vorteil bringt und auch ein gewisses Ansehen in der Welt gibt: was nicht zu verachten ist."

Es fragt sich, auf wie lange. Ein schließlicher Mißerfolg der französischen Politik in Marokko würde dieses Ansehen erheblich mindern

und, wenn Bertrand recht hat, der Erfolg immer nur ein vorübergehender und zweifelhafter sein.

Ich ziehe daraus den Schluß, daß wir denjenigen zu Dank verpflichtet sind, die fest genug waren, der Versuchung zu widerstehen und die von einem großen und patriotischen Teil unserer Landsleute verlangte Annexion des Sus mit aller Bestimmtheit abzulehnen.

Eine New Yorker Korrespondenz des „Standard" bringt einen höchst ironisch gehaltenen Bericht, der das Friedensbankett persifliert, das unter dem Vorsitz des Präsidenten Taft im Waldorf-Astoria-Hotel stattfand, um die Scharte auszuwetzen, die der „Kölbleismus" in der Carnegiehalle seinen Schiedsgerichtsplänen geschlagen hatte. Geladen waren alle in Washington beglaubigten Diplomaten, die Staatsgouverneure und der Staatssekretär Knox. Im letzten Augenblick aber sagten sie alle ab: erst der italienische Botschafter, dann Mr. Thomas, der Chairman des Komitees, von dem der Plan ausgegangen war die „internationale Friedensverbrüderung" zu „materialisieren". Es folgte die Absage des türkischen und des russischen Botschafters. Die beiden erstgenannten fanden es nicht passend, zu erscheinen, während ihre Regierungen im Kriege lagen, der letztere wies auf die Kündigung des Vertrages von 1832 hin. Mr. Bryce nahm darauf seine Zusage zurück, und die Vertreter Argentiniens, die gerade über den Bau von Dreadnoughts verhandelten, taten desgleichen, ebenso schließlich alle übrigen Botschafter und Gesandten. Von Roosevelt war ein Schreiben eingelaufen, welches ausführte, daß er Schiedsverträge in Bausch und Bogen perhorresziere. Weshalb die Gouverneure der Unionsstaaten absagten, ist nicht bekannt geworden. Endlich stellte sich heraus, daß auch die Anhänger Kölbles ferngeblieben waren, so daß das ganze Aufgebot an Polizei, das der Präsident zum Schutz seiner Person und der Versammlung zusammengebracht hatte, vergeblich inkommodiert worden war. Das erstaunlichste aber war wohl, daß Taft selbst seine Schiedsgerichtspläne so sehr zusammenschrumpfen ließ, daß sie allen Körper verloren. Von einer Beschränkung der Monroedoktrin oder von Freigebung der Einwanderung durch schiedsgerichtliche Entscheidung könne natürlich keine Rede sein. Auch dürfe man die Friedensbewegung nicht so deuten, als wolle Amerika darauf verzichten, bei den endlosen Revolutionen der kleinen Republiken der Neger oder der Lateiner unbehindert einzugreifen. Es sei vielmehr die Pflicht der Vereinigten Staaten, gegen die Revolu

tionen in Westindien und Zentralamerika einzuschreiten und ihre Zölle wie bisher zu kontrollieren. Es sprachen darauf noch Exsenator Towne, Exbotschafter Strauß und der große Finanzmann Mr. Henry Clows.

„Die Schwierigkeiten, auf welche die Organisatoren der ersten großen Friedensdemonstration stießen — so schließt der „Standard" seinen Bericht — scheinen anzudeuten, daß der Traum vom Weltfrieden noch lange nicht Verwirklichung finden wird." Wir wollen nicht dafür bürgen, daß dieses Referat unparteiisch ist, aber es beweist wohl, daß man in den Kreisen der englischen Unionisten nicht gerade mit Begeisterung die Schiedsgerichtsbewegung verfolgt. „Daily Chronicle" behandelt das Friedensmeeting weit gnädiger, teilt uns aber mit, daß Mr. Bryce seine Kollegen versammelt und sie bewogen hat, durch ihre Abwesenheit zu glänzen, daß aber Hunihara, erster Sekretär der japanischen Botschaft, trotzdem am Bankett teilnahm.

3. Januar. Auflösung der griechischen Nationalversammlung.
5. Januar. Das Territorium Neu-Mexiko wird als 47. Staat in die Union der Vereinigten Staaten aufgenommen.
6. Januar. Hinrichtung des Vizekönigs von Szetschwan durch die Rebellen.
7. Januar. Ernennung des Kontreadmirals Troubridge zum Chef des neubegründeten englischen Marinekriegsstabes.
9. Januar. Rußland verlangt von China Anerkennung der Unabhängigkeit der äußeren Mongolei.
10. Januar. Niederlage der persischen Regierungstruppen durch Mohamed Ali.

10. Januar 1912.

Die letzten acht Tage haben die ohne Zweifel bestehende Spannung in der allgemeinen Weltlage nicht gemindert und auch keine Möglichkeit geboten, mit größerer Sicherheit über den Ausgang der akuten Probleme zu prognostizieren. Die Vermittelungsversuche in dem italienisch-türkischen Konflikt scheitern bisher immer wieder daran, daß es für die Türkei moralisch unmöglich ist, die arabische Bevölkerung in Stich zu lassen, die sich für die Verteidigung der Türkei und für die Erhaltung der eigenen Selbständigkeit — wie sie unter türkischer Herrschaft tatsächlich bestand — erhoben hatte. Der Widerhall den der Verzicht der Türkei auf ihre Schutzpflichten in der gesamten arabischen Welt finden müßte, wäre zu laut, und würde im Effekt einer Erschütterung der Stellung des Sultans als Kalifen gleichkommen. Italien könnte, nachdem die Türkei durch einen Friedensschluß die Annexion von Tripolis anerkannt hat, wenn die Araber den Kampf fortsetzen, wie mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, nicht anders, als den ferneren Widerstand als Rebellion ansehen und strafen; ein Ausweg aus diesem Dilemma, der alle Teile befriedigt, ist aber bisher nicht gefunden worden, und so schleichen militärische und diplomatische Aktionen ergebnislos weiter.

Auf dem Balkan aber gestalten sich die Verhältnisse immer bedenklicher. Die bulgarischen Anarchistenbanden setzen ihre Dynamitattentate fort und arbeiten, wie sie offenherzig verkünden, auf einen allgemeinen Aufstand in Mazedonien hin, der bestimmt ist, das Signal

zu einer Wendung der slawischen Königreiche gegen die Türkei zu werden. Halten bisher noch Serbien und Bulgarien unter dem Druck von Rußland und Österreich zurück, so ist dagegen die Haltung Montenegros wieder provozierend geworden, während die Beziehungen Albaniens zur Türkei sichtlich bessere geworden sind. Im türkischen Parlament aber herrscht bitterer Hader. Die neue Oppositionspartei, die inzwischen den Namen „liberale Vereinigung" angenommen hat, bekämpft mit allen Mitteln die Partei „Einheit und Fortschritt", welche im Einverständnis mit dem Großwesir Said Pascha, eine schleunige Auflösung der Kammer und die Ausschreibung von Neuwahlen wünscht,; sie sollen ihr — dank ihrer besseren Organisation — mit Hilfe der Regierung für längere Zeit eine sichere Majorität schaffen. Nach § 35 der geltenden Verfassung kann eine Auflösung infolge eines Konflikts zwischen Kammer und Ministerium jedoch nur nach zweimaligem Mißtrauensvotum erfolgen, wenn das Ministerium entweder daraufhin zurücktritt oder sich an den Sultan mit der Bitte wendet, die Auflösung zu befehlen. Diesen Befehl darf der Sultan jedoch nur mit Genehmigung des Senats erlassen, so daß, wenn Senat und Kammer zueinanderstehen, die Auflösung überhaupt unmöglich wird. Said Pascha hat nun den Antrag gestellt, jenen § 35 so abzuändern, daß der Sultan das Recht erhält, nach einem ersten Mißtrauensvotum und ohne den Senat zu befragen, die Kammer aufzulösen. Dieser Antrag ist denn auch, wie es scheint, durch eine nicht unanfechtbare Abstimmung, tatsächlich angenommen worden. Said gab danach sein Gesuch um Rücktritt des Ministeriums ein, der Sultan nahm das Gesuch an, beauftragte aber Said sogleich mit der Neubildung des Kabinetts, das danach in nur wenig modifizierter Form wieder vor die Kammer trat und nun nochmals die Annahme des § 35 in seiner neuen Gestalt verlangte. Die Debatte, die sich daran knüpfte ist überaus stürmisch gewesen. Eine endgültige Entscheidung ist aber nicht erfolgt und, da der alte Großwesir zu allem Unglück erkrankt ist, scheint der Ausgang des Konflikts wieder unsicher geworden zu sein.

Die Stellung der Türkei kompliziert sich aber noch durch die Rückwirkung, welche der klägliche Verlauf der persischen Angelegenheiten auf den alten Streit zwischen der Pforte und Persien über die beiderseitigen Grenzen am Urmiasee nimmt, ein Streit, den Rußland behandelt, als sei es sein eigenes Territorium, das gefährdet wird. Russische Truppen haben die überaus wichtige strategische Position von

Choi besetzt, dazu die große Karawanenstraße Urmia-Salmas, Tauschaula und Kaschtschi (auf der Straße Ispahan-Urmia) durch ihre Piketts unter Kontrolle genommen; in Urmia ist eine Kompagnie Schützen eingerückt, und weitere Truppensendungen werden vom Kaukasus her erwartet. Die Gefahr der Lage liegt darin, daß russische und türkische Truppen einander fast gegenüberstehen, und ein Zufall oder das allzu lebhafte Temperament eines der Offiziere, auf dieser oder auf jener Seite, einen Zusammenstoß herbeizuführen vermag, dem leicht die schwersten Konsequenzen folgen könnten. Beide Teile haben guten Grund, auf diesem Boden eine unmittelbare Nachbarschaft zu fürchten, und die Türkei zeigt offenbar keine Neigung, ohne eine Kompensation das nordwestliche Persien tatsächlich in russische Hände übergehen zu lassen. Dabei tut, trotz der blutigen Strafgerichte, die sich jetzt in Täbris vollziehen, nach der „Nowoje Wremja" die russische Diplomatie noch immer nicht genug. Ihr steter Gedanke sei „wird die englische Diplomatie es nicht übelnehmen?" und so habe man, „um England nicht zu beunruhigen", nur kleine Truppenabteilungen ins Land gezogen, während man gleich bei Beginn des Konfliktes mit einem Regiment hätte vorgehen müssen, um eine Wirkung zu erzielen. Jetzt werde man genötigt sein, diese kleinen Truppenabteilungen auf lange Zeiträume in Persien bleiben zu lassen. („N. Wr." vom 5. Jan.)

Die sich hier anschließende Philippika gegen die russischen „Metternichs und Talleyrands" erlassen wir unseren Lesern und ebenso die Betrachtungen über diejenigen Organe der englischen Presse, die auf eine Verständigung mit Deutschland hinarbeiten, wie Lucien Wolf, der in der „Fortnightly Review" einen sehr vernünftigen Artikel veröffentlicht hat, und dafür als Diener „der jüdischen und deutschen Interessen" der Entrüstung der Leser der „Nowoje Wremja" zu gerechter Verachtung vorgeführt wird. Ihre Entrüstung wäre wohl noch größer gewesen, wenn sie die unter dem Titel „die Fata Morgana der europäischen Diplomatie" veröffentlichten Betrachtungen der „Nation" vom 30. Dezember 1911 gelesen hätte. Es ist ein Rückblick auf die politischen Krisen der Zeit, aus dem der sehr ehrlich gemeinte Wunsch nach einer Verständigung mit Deutschland durchklingt. Den Ausgangspunkt gaben die Ereignisse in Tripolis und Persien, die nur möglich gewesen wären, weil die Scheidung Europas in zwei feindliche Lager die öffentliche Meinung demoralisiert, dazu jede Möglichkeit eines Zusammenwirkens

zerstört habe, und geheime Vereinbarungen dem Angreifer Gewinn und Straflosigkeit sicherten.

„Unsere direkte Verantwortlichkeit für das, was heute in Persien geschehen ist, bedarf keines weiteren Beweises. Wir haben mit Rußland eine Konvention gezeichnet, welche, wie unser Gesandter in Teheran erläuterte, bestimmt war, beiden Mächten „jede Entschuldigung für eine Intervention" zu nehmen, eine Konvention, die so unzweideutig war, daß es im Text hieß, es sei ihr eigentliches Ziel, daß beide Mächte „sich gegenseitig nicht gestatten sollen, unter dem Vorwande, ihre Interessen zu sichern, in Persien zu intervenieren."

Seither seien vier Jahre hingegangen, und nun habe England eine Intervention, die ebenso brutal schamlos wie arrogant, ebenso endgültig wie leichtfertig sei, nicht nur zugelassen, sondern sanktioniert. Das um Schutz flehende Persien sei nicht geschützt worden, vor dem Impetus der Russen sei England zurückgewichen, es habe die Aufhebung der Verfassung gebilligt und dulde, daß Persien unter Aufsicht einer russischen Armee regiert werde. Das alles aber geschehe, weil, wie Grey gesagt habe, die persische Frage ein Teil der europäischen Frage sei.

„Wir bezahlen mit den Freiheiten eines hilflosen Volkes den Preis, um den, wie wir hoffen, sich Rußland vom Kreis der deutschen Diplomatie fernhalten wird. Den Italienern mußte in Tripolis freie Hand gelassen werden, weil wir hoffen, sie durch unsere Gefälligkeit zu halb abgelösten, wenn nicht gar zu ganz unloyalen Gliedern der Tripl-Allianz zu machen. Frankreich muß unterstützt werden, als es den Vertrag von Algeciras zerri und über den Preis seines nordafrikanischen Reiches schacherte, nur damit es nicht in Versuchung komme, die Fehde eines Menschenalters mit dem östlichen Nachbar beizulegen."

Da sei es kein Wunder, daß, abgesehen von den Sozialdemokraten, alle Gesellschaftsklassen in Deutschland von den Spitzen bis nach unten zu sich gegen England zusammengeschlossen hätten, und daß das Jahr 1912 eine Erweiterung des Flottengesetzes bringen werde. Nun habe Professor Delbrück in der „Daily Mail" sich dahin ausgesprochen, daß ein deutsch-englischer Krieg, wie er zu glauben beginne, unvermeidlich sei, und behauptet, daß England entschlossen gewesen sei, letzten Sommer ohne Kriegserklärung über Deutschland herzufallen. Das — schreibt die „Nation" — sei eine boshafte und grundlose Legende, da Sir Edward Greys Darstellung der Krisis damit unvereinbar sei. Es knüpft

sich daran eine weitere, nicht übelwollende Analyse des Delbrück-Interviews, wobei die „Nation" als Beachtung verdienende Punkte folgende Forderungen Delbrücks für Herstellung eines guten Verhältnisses zwischen Deutschland und England hervorhebt: nicht mehr als zwei englische Kiele gegen einen deutschen, Konzessionen in Fragen des Eisenbahnbaues, der Häfen, Straßen, Anleihen. Deutschland sei nicht landhungerig und könne nur in Afrika Neuland wünschen, etwa einen Teil des vernachlässigten portugiesischen Erbes, falls das Reich zusammenbrechen oder wünschen sollte, seine Kolonien zu verkaufen.

Der Schluß, den „die Nation" aus diesem Delbrückschen Programm zieht, ist, daß der Kampf um das europäische Gleichgewicht nicht mehr sei als der Kampf um ein Trugbild. Nichts in Europa stehe auf dem Spiel. Die Diplomaten am europäischen Schachbrett spielen mit Flotten in der Nordsee und mit Armeen am Rhein um Eisenbahnen und Häfen am Ende der Erde. Es sei ein Kampf um Macht, aber der Preis des Siegers in diesem Kriege mit Stahl und Gold werde nichts anderes sein als eine Konzession in Stambul, eine Eisenbahn am Atlas, ein Hafen in der Walfischbai. Stelle man das Problem so, so schreie es nach einer Lösung.

„Die Ziele, die Deutschland verfolgt, sind weit entfernt uns zu schädigen, sie würden vielmehr den Reichtum der Welt vergrößern und unseren eigenen Handel fördern. Unsere Kaufleute haben bereits durch die Stellung Deutschlands in Marokko gewonnen. Speziell die Bagdadbahn würde, wenn wir uns an ihr beteiligen, Ordnung und Industrie in der Türkei fördern und unseren Handel heben. Die Walfischbai ist für uns nutzlos, würde aber Wert für Südwestafrika haben, das unserem Handel die Tür offen hält. Sogar der spekulativste Punkt dieses Programms, der Zufall von Portugiesisch-Angola an Deutschland, würde eine arme und niedergehende Kolonie, die auf Sklavenarbeit aufgebaut ist, in eine aussichtsvolle Siedlung umwandeln.

„Das sind die Realitäten des lächerlichen Konflikts, den die Pedanten unseres Foreign office für ein europäisches Problem im Stile der napoleonischen Kriege halten. Unsere Interessen und die deutschen an all diesen Fragen sind in Wirklichkeit identisch. Es sind nur die Friktionen entgegengesetzter Temperamente und Schwierigkeiten in der Manier der kleinen Welt der Höfe und der professionellen Diplomatie, die zu diesem hartnäckigen Mißverständnis geführt haben. Mehr als je weist dieses europäische Wirrsal auf eine einfache Lösung hin. Die

Zeit ist gekommen, da eine Verständigung mit Deutschland auf der Grundlage realer Interessen in der Türkei und in Afrika gesucht werden muß. Die hohe Politik spielt nicht mit, und die Interessen Frankreichs werden nicht gefährdet. Ein fähiger und nicht voreingenommener Unterhändler wie Mr. Bryce, der zufällig sowohl die Türkei wie Afrika kennt, könnte die ganze Schwierigkeit in wenigen Monaten geduldiger Arbeit lösen. Ein jetzt getroffenes Abkommen würde den Ruin, den eine neue Flottenrivalität bringt, aus der Welt schaffen, das europäische Konzert wiederherstellen und uns von der demütigenden Abhängigkeit von Rußland befreien. Nicht minder sicher ist, daß, wenn der Versuch fehlschlägt, die Gefahren dieses Sommers wiederkehren müssen."

Das sind in der Tat vortreffliche Gedanken und Gesinnungen. Aber sie müßten b a l d verwirklicht werden. Die Erfahrungen, die wir diesen Sommer gemacht haben, da England ungebeten und ungebunden seine Flotte und seine Expeditionstruppen für einen durch nichts zu rechtfertigenden Krieg den Franzosen zur Verfügung stellte, haben allerdings in Deutschland das Verlangen nach Vorsichtsmaßregeln zu einem fast allgemeinen Wunsch gemacht. Sir Edward Grey hat das Parlament nur einen sehr oberflächlichen Blick in seine Karten werfen lassen. Wir wissen, daß wir in ihm einen T o d f e i n d haben; nicht wir werden die Schuld tragen, sondern er, wenn der kostspielige und mit gegenseitiger Erschöpfung abschließende Wettkampf im Bau von Über-Dreadnoughts wieder aufgenommen wird. Am Ende unserer Kräfte sind wir noch lange nicht. Es steht aber über jeden Zweifel fest, daß die englische Hand, die sich uns mit der Gesinnung, die aus den Darlegungen der „Nation" spricht, entgegenstreckt, freudig und herzlich von uns ergriffen wird. Es ist an dieser Stelle immer wieder darauf hingewiesen worden, daß nichts die Interessen beider Nationen mehr fördern würde als ein ehrliches Zusammengehen. Auch hat unser Kaiser nie ein Hehl daraus gemacht, daß dies sein aufrichtiger Wunsch ist; das Jahr 1912 wird ein gesegnetes Jahr sein, wenn es die Erfüllung bringt:

Ein Reihe höchst sympathisch gehaltener A u ß e r u n g e n von Mitgliedern des englischen K a b i n e t t s über die Notwendigkeit guter Beziehungen zwischen England und Deutschland hat die Neujahrsnummer des „Arbitrator" veröffentlicht. Es sind der Kriegsminister Haldane, der Staatssekretär für die Kolonien Harcourt, M'Kenna, der Home secretary, Sidney-Buxton, der Präsident der Handels-

kammer, der Generalpostmeister Samuel, Pease, der Präsident des board of Education, Hobhouse, der Kanzler von Lancaster u. a. m., sie alle appellieren an die Presse beider Länder, um durch sie auf die öffentliche Meinung beider Länder einzuwirken. Daß diese Bewegung an Umfang und Tiefe noch zunehmen wird, ist nicht unwahrscheinlich, zweifelhaft aber erscheint uns, ob sie stark genug ist, der entgegengesetzten Tendenz des foreign office Herr zu werden. Davon und von einer englischen Initiative aber hängt zurzeit — und die Zeit drängt — alles ab.

Man sollte übrigens meinen, daß die innere Lage Englands auf ein entschiedenes Abwiegeln in der auswärtigen Politik hindrängen müßte. Der Manchester Korrespondent des „Daily Chronicle" wirft die Frage auf, ob man in London auch wüßte, daß England vor der schwersten industriellen Krisis stehe, die es seit dem Bauernaufruhr von 1381 zu tragen gehabt habe. Alle Kohlenwerke von Fife bis Bristol werden am 1. März — wenn nicht früher — stille stehen. Noch im Laufe dieser Woche wird jedem einzelnen Grubenarbeiter die Frage zur Beantwortung vorgelegt:

„Sind Sie dafür, daß für jeden Mann und Knaben, der in den Gruben Großbritanniens arbeitet, ein Minimallohn festgelegt wird?"

Dieser Minimallohn soll durch einen Streik durchgesetzt werden. Eine Reise durch Nordengland hat den Korrespondenten des „Standard" davon überzeugt, daß die Zustimmung zu dieser Frage einhellig sein wird. Die Abstimmung findet am 9., 11. und 13. statt, und am 18. folgt darauf eine Nationalkonferenz der Grubenarbeiter in Birmingham, die das Ergebnis der Abstimmung kundtun wird. Die Gefahr, die in der Festsetzung eines Minimallohnes liegt, beruht darauf, daß die Grubenarbeiter Stückarbeit leisten, so daß die Zahlung fortan ohne Rücksicht auf die geleistete Arbeit beansprucht wird. Man berechnet jetzt, daß die vorhandenen Kohlenvorräte in einem Monat aufgebraucht sein würden und dann alle Fabriken Englands, so weit sie nicht durch ausländische Kohle genährt werden, stille stehen müßten. Auch der Hinweis auf die Lahmlegung der Schiffahrt beunruhigt lebhaft. Die rote Gefahr, über welche im Hinblick auf die Tyrannei der Arbeitersyndikate in letzter Zeit so viel geschrieben worden ist, steht drohend vor der Tür. Der „Standard" exemplifiziert an Portugal die Folgen des roten Regiments:

„Nachdem sie die Monarchie beseitigt hatten, griffen sie die Kirche an und entfesselten alle Elemente der Ungesetzlichkeit und der Unordnung. Das leichtgläubige Volk von Portugal schenkte den trügerischen Versprechungen gewissenloser republikanischer Agitatoren volles Vertrauen und meinte, daß aus den Ruinen der Monarchie ein irdisches Paradies hervorwachsen werde. Nun sind sie bitter enttäuscht, da die Trümmer sie selbst zu erschlagen drohen. Die Verwaltung der Justiz ist bestechlich und Verfolgung unschuldiger politischer Gegner an der Tagesordnung. Ein revolutionärer Terrorismus hat sich organisiert, und die Portugiesen stöhnen unter dem Despotismus der Demagogen. Die Enttäuschung in dem unglücklichen Portugal ist in der Tat vollständig."

Ein anderes Beispiel bietet Neuseeland, dessen allgemeines, auch auf die Frauen ausgedehntes Stimmrecht unter der Leitung von Politikern und Demagogen dieses von der Natur so reich gesegnete Dominium an den Rand des industriellen und finanziellen Ruins gebracht hat.

„Individueller Unternehmungsgeist und individuelle Sparsamkeit sind mit der Wurzel ausgerottet. Das Kapital ist entweder ausgewandert oder hält sich von Unternehmungen fern. Die Beamten sind lässig geworden oder haben sich ganz zurückgezogen. Die Kosten des Lebensunterhalts sind ungeheuer gestiegen. Die Gemeinde als Ganzes führt ein elendes Dasein, und die Arbeiter machen eine böse Zeit durch. Das Schiedsgericht zwischen Industrie und Arbeitern hat völlig versagt und nur dahin geführt, daß die zu hoch besteuerte Gemeinde wohlbezahlte Regierungsbeamte erhalten muß, die von den Schikanen leben, mit denen sie Handel und Industrie verfolgen."

Mr. Jollico, ein bekannter Rechtsanwalt und radikaler Politiker, der kürzlich Neuseeland und Australien besucht hat, und auf den diese Nachrichten zurückgehen, sagt, daß eine gleiche Welle verrückter sozialistischer und Arbeitergesetzgebung auch durch Australien ziehe. Wie in Neuseeland arbeite die Arbeiterpartei dort nicht nur auf ihre eigene Zerstörung, sondern auch auf die ihrer Mitbürger hin. Alles werde auf ihr eigenes Niveau herabgedrückt.

„Das Kapital ist zu zerstören. Charakter, Respekt und Pflicht sind die letzten Dinge, die sie schützen. Der Ersatz dafür ist der Sport der Preisringer, der Läufer, der Spieler. Die Sehnsucht danach wird durch eine geringe Erhöhung der Löhne befriedigt . . . Nachdem ich

während der letzten 8—9 Monate in Neuseeland und Australien Zeuge der Tyrannei, der Unwissenheit, der Faulheit, der kolossalen Insolenz und völligen Unredlichkeit des Arbeiterkollektivismus gewesen bin, habe ich den Entschluß gefaßt, bis aufs äußerste dem abscheulichen und fluchwürdigen Kreuzzug Widerstand zu leisten, der darauf ausgeht, bei uns ähnliche soziale Zustände zu schaffen, indem politisches Kapital aus Klassenvorurteil und Klassenhaß geschlagen wird, um die Institutionen zu zerstören, auf welche unser Land mit Recht stolz ist."

Das ist ein Bild des verwirklichten Zukunftsstaates, dessen Studium den Führern unserer Sozialdemokratie dringend zu empfehlen wäre.

Abgesehen von jener drohenden sozialistischen Bewegung gibt es noch zwei Fragen, welche der englischen Regierung ernste Sorge machen. Die Vorbereitung der Provinz Ulster zur Bekämpfung des Homerule mit bewaffneter Hand, falls es Gesetz werden sollte, und die Suffragistenbewegung. Grey ist für das Frauenstimmrecht, Asquith dagegen, und beide werden in großen Versammlungen ihre Ansicht vertreten. Da nicht daran zu denken ist, daß das Oberhaus sich für das Frauenstimmrecht ausspricht, hat es noch gute Weile, ehe jene Gefahr aktuell wird. Aber sie trägt eine tiefe Aufregung ins Land und fällt auch in die Kategorie, die man in England als „mad socialism" bezeichnet.

Die chinesische Revolution scheint in ein kritisches Stadium zu treten. Man beginnt an einen Zerfall des Reiches in eine nördliche und in eine südliche Staatengruppe zu glauben, und auch ein Mitreden der großen Mächte wird infolge der Ausschreitungen des chinesischen Pöbels, der nach Raubtierart den Heeren beider Parteien folgt, wohl notwendig werden. Zunächst ist man über die Verstärkung der Gesandtschafts- und Konsulatswachen und über Besetzung der Bahn Peking-Tientsin nicht hinausgegangen. Ob auch auf diesem Boden sich die Rivalität von Allianz- und Ententemächten geltend machen wird, läßt sich nicht vorhersagen. Wir möchten es nicht annehmen. Aber Amerika muß wegen der großen Interessen, die es in der Mandschurei und im eigentlichen China zu vertreten hat, mitreden. Die politische Gegnerschaft von Roosevelt und Taft tritt nun klarer zutage. Über die Aussichten des einen wie des anderen gehen die Urteile weit auseinander, aber es ist ausgeschlossen, daß Roosevelt eine auf ihn fallende Nominierung nicht annehmen sollte.

12. Januar. Rede Roseberys gegen Greys Ententepolitik.
13. Januar. Bildung des Ministeriums Poincaré.
Ernennung Akimows zum Präsidenten des russischen Reichsrats.
15. Januar. Eröffnung des preußischen Landtages.
17. Januar. Italienische Torpedoboote schleppen den französischen Dampfer Carthage nach Cagliari.

---

17. Januar 1912.

Von einem ausgezeichneten Kenner Englands höre ich, daß es ein Irrtum ist, wenn in der letzten Wochenschau Sir Edward Grey als ein „Todfeind" Deutschlands bezeichnet wurde. Sir Edward sei niemandes Feind und wohl auch niemandes Freund. Er sei eiskalt, und wenn er, seit er im Amt ist, eine entschlossen deutschfeindliche Politik verfolge und sich bemühe, uns auf Schritt und Tritt Steine in den Weg zu werfen, wenn er sich jeder Maßregel dritter Mächte anschließe, die seiner Meinung nach dahin zielt, Deutschland zu schädigen, so geschehe das ohne jede persönliche Animosität, weil er überzeugt sei, auf diesem Wege am wirksamsten den Interessen Großbritanniens zu dienen. Ob seine Politik wirklich vom Standpunkt dieser englischen Interessen als vorteilhaft bezeichnet werden kann, ist freilich eine ganz andere Frage. Zu den zahlreichen Stimmen, die sie für schädlich halten, ist neuerdings Lord Rosebery gekommen, der in seiner Eigenschaft als Kanzler der Universität Glasgow das Hauptquartier des Kontingents der Universität zum „Officers Training Corps" mit einer politischen Ansprache eröffnete. Er ging dabei von einer pessimistischen Bemerkung Lord Haldanes über die Defensivkraft Englands aus und wies auf die scharfe Kritik hin, die Lord Roberts an ihr geübt hat. Ob die englischen Rüstungen ausreichend seien — so fuhr er fort —, hänge von der auswärtigen Politik ab, von der man jedoch nicht mehr wisse, als daß sie England fest an das Kontinentalsystem geschlossen habe (we are now embraced in the midst of the Continental system). Er halte das für die bedeutsamste Tatsache seiner späteren Lebensjahre. England sei mit Leid und Freud an dieses System gebunden und könne

jederzeit mit Millionenarmeen in Berührung kommen, denen gegenüber seine eigenen Streitkräfte — so wie sie gegenwärtig seien — kaum in Betracht kämen. So wenig aber auch bekannt geworden sei, das eine wisse man bestimmt, daß während des letzten Sommers England an der Schwelle eines großen europäischen Konfliktes stand, an welchem es den vornehmsten Anteil auf sich nehmen sollte. Billige die Nation diese Politik — wie er annehme —, so müsse sie weit größere Opfer bringen als bisher. Es seien Verpflichtungen übernommen worden, deren Natur und Weite unbekannt sei, die aber darum nicht weniger bindend seien, daß sie nicht schriftlich gefaßt wurden, und die — so weit er die Zeichen der Zeit erkenne — zu einem Kriegsbrand führen könnten, wie er zuzeiten Europa verheert habe, und der größer sein würde, als irgendein Krieg, den England seit dem Sturze Napoleons gekannt habe. Es sei das nicht eine bloße Mutmaßung, obgleich er nicht mehr wisse als andere Zeitungsleser, aber jeder Zeitungsleser müsse wissen, daß England gewisse unbestimmte Verpflichtungen auf sich genommen habe, die in Zusammenhang mit den Ententen ständen. Nun wären ihm bestimmte Allianzen lieber gewesen; denn Allianzen limitieren und definieren. Die unbestimmten Verpflichtungen der Ententen aber könnten England unter gewissen Umständen, die keineswegs unwahrscheinlich seien, plötzlich nötigen, einen gigantischen Krieg auf sich zu nehmen. Durch ungeschriebene und vage Verpflichtungen gebunden zu sein, schaffe eine äußerst gefährliche Lage, für die England nicht ausreichend vorbereitet sein könne. Jetzt schließe man die Augen und rechne darauf, daß der Sturm sich irgendwie werde überstehen lassen, aber er glaube nicht, daß irgendein Kaufmann in Glasgow bereit wäre, das zu tun, was das „Foreign office" getan habe, nämlich weite und unbekannte Verbindlichkeiten auf sich zu nehmen und zu unterzeichnen, ohne ihre Natur und ihren Umfang zu kennen. Damit wolle er niemanden anklagen, aber wenn England diese Politik der uneingeschränkten Abhängigkeit vom Kontinent auf sich genommen habe, müsse es auch vorbereitet sein, seine Verpflichtungen zu erfüllen; in welcher Form, sei ihm gleichgültig, aber wirksam müßten die Vorbereitungen sein. Nun habe Haldane gesagt, es könne eine Zeit kommen, da die Territorialarmee allein den Schutz von Haus und Herd würde übernehmen müssen.

„Man hat aber uns unwissendem Volk gesagt, daß dies unmöglich sei, und daß wir eine unbesiegbare Flotte haben, die zwischen uns und

jeder denkbaren Invasion stehe. Ich gestehe, wenn ich in Betracht ziehe, daß dies der Kriegsminister gesagt hat, der so fest an die Territorialarmee glaubt, und daß nichts als die Territorialarmee an einem möglichen Tage zwischen uns und der Besetzung unserer Häuser und unseres Herdes stehen wird, daß ich mich dann verpflichtet fühle zu sagen, daß wir Grund haben, sehr ernst darüber nachzudenken, in welcher Lage wir uns befinden."

Es schlossen sich daran einige anerkennende Worte an die Offiziersaspiranten; aber der Eindruck, den diese mehr indirekte als direkte Kritik der Politik Sir Edward Greys gemacht hat, ist, wie sich aus den Preßstimmen ergibt, doch ein sehr tiefer gewesen. Man hat in England das Gefühl nicht mehr, Herr der eigenen Entschlüsse zu sein, sondern in Abhängigkeit von dem Unbekannten zu stehen, das die komplizierte und nicht vorauszusehende Politik der Mächte bringen kann, an die England nunmehr gebunden ist. Daß die ungeheure Majorität der englischen Nation von einem Kriege mit Deutschland nichts wissen will, halten wir für sicher, für ebenso sicher aber, daß es nicht in der Macht dieser Majorität liegt, ihn zu vermeiden, wenn es zu den Berechnungen von Grey gehören sollte, einen immer möglichen deutsch-französischen Konflikt so zuzuspitzen, daß er in einen Bruch ausmündet. Deshalb haben auch wir — um mit Lord Rosebery zu reden — „allen Grund, sehr ernst darüber nachzudenken, in welcher Lage wir uns befinden", und uns für alle Möglichkeiten bereit zu halten.

Glaubt man nun auch in England, daß mit Erledigung der Marokkofrage bis auf weiteres die durch die Entente mit Frankreich heraufbeschworene Gefahr beseitigt ist, so empfindet man um so mehr die Fesseln, die der englischen Politik in Asien die freie Bewegung hemmen. „Daily News" klagen darüber, daß Sir Edward Grey England erniedrigt habe durch den Kreuzzug, den er gegen Länder führe, die für ihre Freiheit kämpfen, und der persische Korrespondent des „Economist" kritisiert mit großer Bitterkeit die Ernennung des Belgiers Mornard zum Nachfolger von Schuster.

Er wird — schreibt jener Korrespondent — jedes englische Unternehmen in Persien lähmen, denn der Generalschatzmeister nimmt eine einzigartige Stellung in bezug auf Finanz- oder Handelsunternehmungen ein, und jeder Antrag, der ihm nicht paßt, kann von ihm stets beseitigt werden. Die Kaiserlich persische Bank, die Anglo-persische Öl-Co. und

der persische Gesandte in London haben formell gegen die Ernennung Mornards protestiert, der nur von den Gesandten Rußlands und Englands in Teheran unterstützt werde; von letzterem, weil er sich gedrungen fühle, allem zuzustimmen, was ihm sein russischer Kollege eingibt, von diesem aus naheliegenden Gründen. In Persien werde die Ernennung Mornards als ein Triumph Rußlands über England angesehen, dessen sinkendes Ansehen bald ganz geschwunden sein werde, denn die Politik die Grey in den letzten zwei Jahren in Persien befolgt habe, sei eine Negation aller britischen Überlieferungen und ein stetes Preisgeben britischer Interessen (negation of all British Traditions and a constant surrender of British interests).

Das klingt sehr bitter, entspricht aber der Stimmung, die heute in der City vorherrscht, die mit gleichem Unbehagen die Entwicklung ansieht, welche die Revolution in China nimmt. Die ungeheuren handelspolitischen Interessen Englands im südlichen China raten zu einer stattlichen Entfaltung der englischen Seemacht im Jangtsegebiet, was dadurch unmöglich wird, daß die englische Flotte wie hypnotisiert an den Toren der Nordsee gebannt liegt. Ebenso beunruhigen in England die russischen Absichten auf die Mongolei, an deren Realität trotz des offiziellen Dementis in London geglaubt wird, „denn da Rußland jetzt das britische Foreign Office in der Tasche hat, dürfen wir uns über nichts wundern".

Von Interesse sind auch die Bemerkungen, mit denen der „Economist" die Denkschrift Winston Churchills über die Reform der Admiralität begleitet.

„Es ist möglich — schreibt der Gewährsmann des „Economist" — vielleicht ist es sogar wahrscheinlich, daß die jüngste Wendung zu Riesenschiffen, den Dreadnoughts und Überdreadnoughts, die bei den Panzerplattenproduzenten so populär ist . . . in Wirklichkeit ein sinnloses Verschwenden unserer finanziellen Hilfsmittel gewesen ist . . . Es ist sehr wohl möglich, nein, sehr wahrscheinlich, daß die mechanischen und chemischen Erfindungen der letzten Jahre Torpedobooten, schwimmenden Minen, Unterseebooten, vielleicht auch Luftschiffen das Übergewicht sichern. Für den Fall eines Krieges mit Frankreich ist es z. B. höchst wahrscheinlich, daß kein Schlachtschiff einer der Parteien es wagen würde, den Kanal hinaufzufahren. Für den Fall eines Krieges mit Deutschland dürfte kein englisches Kriegsschiff es unternehmen, sich der deutschen

Küste auf mehr als 50 Meilen zu nähern, und kein deutsches Schlachtschiff auf mehr als 50 Meilen der englischen Küste. Die Lage einer Flotte von Schlachtschiffen, von denen jedes einzelne 2 Millionen Lstr. kostet, das mit der Blüte der Marine bemannt ist, und — vielleicht in einer Nebelnacht — in die Nordsee hineindampft, wäre ungeheuer gefährdet. Eine gut trainierte und gut manövrierende Flotte von Torpedo- und Unterseebooten könnte sie in wenigen Minuten vernichten, oder sie könnte auf schwimmende Unterseeminen stoßen und in die Luft gesprengt werden, ohne einen Feind gesehen zu haben . . . Das Mißgeschick des „Orion" und des „Olympic" und anderer Riesenschiffe geht offenbar auf ihre Größe, ihre Schwere und ihre Schwerfälligkeit zurück . . . Es ist zweifellos falsch, daß Steigerung der Größe auch Steigerung der Sicherheit bedeutet . . . Wenn Mr. Winston Churchill und sein Kriegsstab diesen wichtigen Problemen ihre Aufmerksamkeit zuwenden, . . . werden sie, wie wir nicht bezweifeln, auch finden, daß der common sense aus den hohen Regionen der Strategie und der Projekte nicht verbannt werden sollte" . . .

Das interessante weitere Detail, das über Churchills Reformpläne mitgeteilt wird, überlassen wir Fachblättern zur Bearbeitung. Uns interessiert daran zumeist, daß aus all diesen Ausführungen die Sorge durchklingt, daß die englische Flottenrüstung allmählich auch dem reichen England zu kostspielig werden könnte.

Dieser Sorge aber geht die andere parallel, daß der sich vorbereitende Ausstand der Grubenarbeiter auf längere Zeit die gesamte Marine Englands lähmen könnte. Die Abstimmung der Arbeiter hat ergeben, daß 43 955 Stimmen sich für den Ausstand erklärt haben, 11 052 dagegen. Es ist noch möglich, daß diese Zahlen sich modifizieren, da die offiziellen Angaben noch nicht vorliegen; jedenfalls ist die erforderliche zwei Drittel Majorität mehr als erreicht und das nationale Unglück dieser Arbeitseinstellung nicht mehr abzuwenden. Es handelt sich — wie wir schon vor acht Tagen ausführten — um eine Kraftprobe, die den friedlichen Ausgang unmöglich macht. Das Streikfieber ist in England in unheimlicher Zunahme. Im Jahre 1909 streikten 300 819 Arbeiter, 1910 waren es bereits 456 844, 1911 nach offiziellen Angaben 713 573, was einem Verlust von 9 010 000 Arbeitstagen gleichkommt, wobei für die Monate November und Dezember die Angaben noch fehlen.

Der Präsident der Schottischen Föderation der Grubenarbeiter Mr. Smillie hat in einer Rede, die er in Larkhall hielt, über eine Verhandlung referiert, die er mit Churchill gepflogen hat. Churchill fragte ihn, was er tun werde, falls die Arbeitgeber bei ihrer Weigerung beharren. Er antwortete: wahrscheinlich werde die Arbeit in jeder Kohlengrube Großbritanniens eingestellt werden. Nach 14 Tagen würden wahrscheinlich alle Eisenbahnen aus Mangel an Kohle stillestehen, nach drei Wochen die Gaswerke und es werde weder elektrisches Licht noch Gas geben, Mühlen und Fabriken nach einem Monat, und nach sechs Wochen würden ihre Dreadnoughts aus Mangel an Kohlen altes Eisen sein.

Darauf sagte Churchill, er werde, um das zu verhindern, drei Bills durchsetzen; aber Smillie entgegnete, daß keine Bill, so viele ihrer auch erlassen würden, die Arbeiter zwingen könnte, zu arbeiten, wenn sie es nicht wollten.

Man darf wohl annehmen, daß sie es wollen werden, sobald sie an sich selbst die Wirkungen dieser wahnsinnigen Arbeitseinstellung erfahren. Der bittere Satz, daß, wer nicht arbeitet, auch nicht essen soll, könnte praktisch werden und den Einfluß der Führer brechen, die die Verantwortung für den Streik tragen. Es wird die Pflicht des Staates sein, diese verführenden Führer zur Rechenschaft zu ziehen. Die mißbrauchte Freiheit verliert ihr Recht, und die höchste Pflicht des Staates ist seine Selbsterhaltung. Wer dem Staat ans Leben geht, muß aus dem Wege geräumt werden. Tertium non datur. Darüber hilft keine Sentimentalität und keine Doktrin, sie mag noch so schön begründet sein, hinweg.

Auf eine andere Gefahr, die sich aus dem Absentismus der englischen Flotte vom Großen Ozean ergibt, hat der Earl of Dudley, der frühere Generalgouverneur von Australien, aufmerksam gemacht. In einem Vortrag, den er vor dem Kolonialinstitut hielt, wies er darauf hin, daß für beschleunigte Einwanderung nach Australien gesorgt werden müsse, da die vorhandene Bevölkerung nicht reiche, um den großen Kontinent zu verteidigen. Solange England nicht in europäische Händel verwickelt sei, habe es keine Not, treten aber solche Komplikationen ein, so werde das tatsächlich auf weiten Gebieten unbesiedelte Australien von unwiderstehlicher Anziehungskraft für Rassen sein, die Raum für

den Überschuß ihrer Bevölkerung bedürfen, und die nicht zugeben, daß ein Unterschied der Hautfarbe den 4½ Millionen Weißen ein Recht auf den ausschließlichen Besitz von 3 Millionen englischer Quadratmeilen Landes gibt. So tapfer und gut trainiert die Australier auch seien, könnten sie unmöglich darauf rechnen, ein so großes Gebiet zu behaupten, wenn Großbritannien in einen Kampf auf Leben und Tod verwickelt sei.

So mündet schließlich alles dahin aus, den Beweis zu erbringen, wie völlig unsinnig die Tendenz der englischen Politik ist, die ihr Denken und Trachten nur auf eines gerichtet hat, sich Deutschland zum Feinde zu erziehen. Wir würden uns freuen, wenn Sir Edward Grey einmal den Entschluß fassen wollte, Deutschland, das er ebensowenig kennt wie den übrigen Kontinent, inkognito zu besuchen, damit er Gelegenheit findet, sich davon zu überzeugen, wie wenig man in Deutschland England fürchtet, und wie wenig unser Volk geneigt ist, Kriegsabenteuer zu suchen, wenn sie ihm nicht aufgedrängt werden.

Was aber Lord Dudleys Plan einer beschleunigten Einwanderung von Engländern nach Australien betrifft, so hat er kaum Aussicht, verwirklicht zu werden. Der Zug der englischen Auswanderer geht nach Kanada und Nordamerika, nicht nach Australien, wo zudem, wie wir gesehen haben, heute die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse wenig anziehend sind und die 14 Parlamente mit ihrem Politisieren eine gesunde Entwicklung nicht aufkommen lassen.

In Frankreich ist das Ministerium Caillaux zur Befriedigung aller Parteien noch etwas früher, als erwartet wurde, zusammengebrochen, und Herr Poincaré hat ein neues Ministerium gebildet, dem mehr Vertrauen entgegengebacht wird, und das die Gewähr längerer Dauer in sich trägt. Eine Reihe bedeutender Menschen, unter denen wir neben dem Ministerpräsidenten, der zugleich Minister des Auswärtigen ist, Millerand, Bourgeois und Briand hervorheben möchten, bringen Geschick, Erfahrung und bewährte Arbeitsfähigkeit ins Kabinett. Man hat sich in Frankreich den Kopf darüber zerbrochen, was man wohl in Deutschland dazu gesagt hätte, wenn Delcassé Ministerpräsident geworden wäre. Die Antwort ist, daß uns der Mann absolut gleichgültig geworden ist, und daß wir seinen Ehrgeiz und seine Eitelkeit höher einschätzen als seine staatsmännischen Fähigkeiten. Bismarck hat bekanntlich gesagt, daß man von der Leistungsfähigkeit eines Mannes seine Eitelkeit in Abzug bringen müsse. Das tun wir in betreff Herrn Delcassés.

Der Marokkovertrag wird nunmehr bald erledigt werden, ob auch die Verständigung mit Spanien, ist fraglich; das wird mehr von England als von Frankreich abhängen. Keinesfalls werden alle Wünsche der Franzosen Erfüllung finden. Die Spanier bestehen auf den Schein, den ihnen Frankreich in den Delcasséschen Verträgen gesichert hat, und England hat kein Interesse daran, die strategische Stellung Frankreichs an der Nord- und Westküste Marokkos zu stärken. Es ist daher nur ein Minimum an Zugeständnissen von Madrid zu erwarten, und der Nachfolger Canalejas wird nicht konzilianter sein können, als sein Vorgänger. Daß beide Mächte noch große Schwierigkeiten zu erwarten haben, ist zweifellos. Spanien kann nicht ruhen, ehe es die Rifkabylen tatsächlich unterworfen hat, Frankreich wird sich sein Protektorat von jedem einzelnen der marokkanischen Stämme tatsächlich bestätigen lassen müssen. Ohne große Machtentfaltung wird das schwer zu erreichen sein, aber man darf wohl annehmen, daß die Franzosen geduldig und nachsichtig vorgehen werden, um ihre politischen Früchte langsam reifen zu lassen.

Ein Zusammengehen Englands, Frankreichs und Rußlands hat sich in der Kampagne verfolgen lassen, welche gleichzeitig von „Times", „Temps" und „Nowoje Wremja" gegen die österreichische Anleihe geführt wurde. Alle drei Zeitungen führten den Gedanken aus, daß die Mächte der Tripelentente denen des Dreibundes unter keinen Umständen Anleihen gewähren dürften. Jetzt heißt es, daß in London Verhandlungen über eine 4proz. österreichische Anleihe geführt werden. Danach wäre mit dem Prinzip der finanziellen Boykottierung also gebrochen worden. Der „Economist" erklärt freilich, es sei absurd zu glauben, daß England eine fremde Anleihe aufnehmen werde, die nicht 5 v. H. Zinsen bringe, und damit wird er wohl recht haben. Interessant und nachahmungswürdig ist aber die Tatsache, daß am Tage, an dem in Wien angekündigt wurde, daß fünf neue Artilleriedivisionen formiert und daß außer den vier im Bau begriffenen Dreadnoughts drei neue gebaut werden sollen, die Skodaaktien im Laufe einer Stunde um 30 Kronen stiegen. Seither sind sie noch in 10 Tagen von 680 auf 736 Kr. gestiegen und ebenso eine Reihe anderer industrieller Papiere. Hoffentlich wird die Wehrvorlage (die wir zu erwarten haben) von ähnlicher Wirkung sein.

„Alle politischen Parteien — schreibt der Wiener Korrespondent

des „Economiſt“ — ſcheinen in gleichem Maße überzeugt zu ſein, daß notwendige Vorbereitungen getroffen werden, und allgemein wird anerkannt, daß eine mächtige Flotte unentbehrlich iſt.“

William Barnes, der Präſident des republikaniſchen Staatskomitees von New York, hat ſich kürzlich dahin ausgeſprochen, daß er Gegner einer „reinen Demokratie“ in der nationalen Politik Amerikas ſei, weil an ihr die Republik ſcheitern würde. Taft ſei ein Stümper und Rooſevelt gehe auf eine Diktatur aus. Als Rooſevelt in Gnaden Taft zu ſeinem Nachfolger machte, habe er ihn beſtimmt, ihm den Präſidentenſtuhl bis zu ſeiner Wiederwahl 1912 warm zu halten. Rooſevelts Ehrgeiz gehe nämlich dahin, den Panamakanal zu eröffnen, umgeben von Vertretern der Kaiſer und Könige und anderer regierender Häupter, mit allem Pomp, der zu einem welthiſtoriſchen Ereignis gehöre. Nun finde aber Taft, daß der Präſidentenſtuhl in Waſhington ſehr wohl zu ſeiner Statur paſſe, und die Ausſichten in Panama lockten auch ihn. Wahrſcheinlich werde ſich eine neue Partei bilden, die weder für den einen noch für den anderen ſei.

„Ich glaube,“ ſchloß Barnes, „daß große Regierungsprinzipien in Zuſammenhang mit der Präſidentſchaftskampagne auftreten werden, die an Wichtigkeit das politiſche Geſchick einzelner Individuen weit überragen werden.“

Die Kanadier ſchließen daraus, daß intimere Vereinbarungen mit Amerika vor Erledigung der jetzigen politiſchen Kriſis vermieden werden ſollten.

Auf die oſt- und weſtaſiatiſchen Angelegenheiten, die jetzt vor der entſcheidenden Wendung ſtehen, ſoll erſt nach acht Tagen eingegangen werden.

18. Januar. Zulassung norwegischer Frauen zu Staatsämtern.
Schlacht bei Derna. Sieg der Italiener.
Auflösung der türkischen Kammer.
19. Januar. Italien gibt die französischen Dampfer Manuba und Carthage frei.
20. Januar. von Kiderlen-Waechter in Rom.
23. Januar. Einberufung des deutschen Reichstages zum 7. Februar.
24. Januar. Der Kaiser in der Akademie der Wissenschaften zur Feier des 200. Geburtstages Friedrich d. Gr.
25. Januar. Der französische Senat nimmt das Marokkoabkommen an.
26. Januar. Beilegung des italienisch-französischen Manubastreits.
27. Januar. Auflösung des kroatischen Landtags.
28. Januar. Gründung des deutschen Wehrvereins in Berlin.
29. Januar. Ebermaier zum Gouverneur von Kamerun ernannt.
31. Januar. Generalstreik und Belagerungszustand in Portugal.

---

31. Januar 1912.

Am 27. Januar ist im „Temps" der Bericht veröffentlicht worden, den Herr Pierre Baudin der Senatskommission vorgelegt hat, die beauftragt war, den französisch-deutschen Vertrag vom 4. November 1911 zu prüfen. Die Senatskommission hat sich diesen Bericht als das Resultat ihrer Arbeiten zu eigen gemacht und auf Grund desselben die Annahme des Vertrages mit 16 Stimmen gegen 2 bei 4 Stimmenenthaltungen empfohlen. Der Bericht zerfällt in 6 Abschnitte, deren erster eine historische Übersicht der Beziehungen Marokkos zu den nordafrikanischen Besitzungen Frankreichs gibt und nur im Auszuge vorgeführt wird. Der zweite Abschnitt betrifft das deutsch-französische Abkommen vom 9. Februar 1909, der dritte die Ereignisse des Jahres 1911 vor Abschluß des Vertrages, wobei alles, was zwischen den 1. Juli und 4. November vorigen Jahres fällt, bis auf weiteres sekretiert wird, da zwischen den Kabinetten von Berlin und Paris die üblichen Verhandlungen stattfinden, die der Veröffentlichung eines Gelbbuches vorausgehen müssen. Der vierte Abschnitt, von dem der „Temps" nur einen kurzen Auszug gibt, betrifft das Vertragsinstrument selbst, das Herr Baudin vom Standpunkt der französischen Interessen eingehend geprüft hat. Die Verhandlungen mit Spanien (Abschnitt 5) werden als noch schwebend

übergangen, und der sechste Abschnitt endlich wirft einen Blick auf die Zukunft Marokkos.

Schon diese ganz summarische Inhaltsangabe zeigt, daß das Interesse des Kommissionsberichtes ein wesentlich historisches ist. Herr Baudin hat auf Grund seiner Materialien gewissenhaft nach den ihm vorliegenden Akten und den mündlichen Mitteilungen, die der Kommission zugegangen sind, referiert, was natürlich nicht zu dem Schluß berechtigt, daß uns in seinem Bericht ein irgend erschöpfendes historisches Dokument vorliegt. Daran fehlt sehr viel. Schon die Darlegung des deutschen Standpunktes müßte das Bild wesentlich modifizieren und nach dieser Seite hin dürfte früher oder später die Ergänzung und Korrektur nicht ausbleiben. Zu einer historisch wie politisch befriedigenden Klarlegung der Zusammenhänge fehlt aber auch dann noch zweierlei. Erstens die Feststellung der Rolle, welche das englische Kabinett gespielt hat, und zweitens eine Befragung Mulay Hafids und seiner Agenten, deren Aussagen für die Beurteilung der französischen Expedition nach Fez von entscheidender Wichtigkeit sein würde. Es ist aber, namentlich infolge der durch den Vertrag vom 4. November geschaffenen neuen Lage wohl völlig aussichtslos, daß diese Quelle jemals in befriedigender Weise erschlossen wird. Dagegen erscheint es uns nicht unmöglich, daß Verhandlungen vor dem englischen Parlament und ein englisches Blaubuch einen Teil der Schleiers lüften werden, mit dem das Foreign office seine Politik verdeckt hat. Es würde dabei namentlich darauf ankommen, einwandfrei festzustellen, ob — ja oder nein! — England den Franzosen angeboten hat, ein Schlachtschiff nach Agadir zu schicken und ob es sich zugleich bemühte, Frankreich zu derselben Maßregel zu bewegen. Es war, wenn wir nicht irren — die „Dépêche de Toulouse", welche diese Nachricht zuerst brachte, und wir haben guten Grund, sie für zutreffend zu halten. Endlich können wir die Behauptung nicht unwidersprochen lassen, die auch im Schlußurteil (conclusion du rapport) wiederkehrt, daß Frankreich dreimal in sechs Jahren seine „bewunderungswürdige Kaltblütigkeit" (la France démocratique . . . qui trois fois en six ans a mis à l'épreuve son ardent patriotisme et son admirable sangfroid) bewiesen habe. Wir haben nur das Gegenteil konstatieren können und verweisen, um nur ein Beispiel anzuführen, auf das unqualifizierbare Verhalten der „France militaire!" Von kaltem Blut war während der Krisen nichts zu spüren, wohl aber von einer

Insolenz, die in Deutschland ein Gefühl tiefer und gerechter Erbitterung hervorgerufen hat.

Aber auch wir sind geneigt, nunmehr einen Strich durch die alten Rechnungen zu machen und zu versuchen, auf der Basis des Vertrages vom 4. November gut nachbarliche Beziehungen aufrecht zu erhalten. Dem Kabinett Poincaré bringt man bei uns Vertrauen entgegen, aber man täuscht sich nicht über die in Frankreich vorherrschende Stimmung. Ein politischer Bekannter schreibt mir darüber aus Paris, daß die deutsch-französischen Beziehungen sich wesentlich geändert hätten. Noch 1910 habe niemand in Frankreich an Krieg gedacht (l'esprit français tout occupé du problème intérieur, voulait la paix), wenngleich niemand außer Jaurès gewagt hätte zu sagen, daß die elsaß-lothringische Frage tatsächlich abgeschlossen sei, aber auch niemand habe gegen Deutschland die grundsätzliche Feindschaft gehegt, die nicht überlege (qui ne raisonne pas). Der Gedanke an einen Konflikt wurde ausgeschlossen.

„Ich will nicht sagen, daß man ihn heute wünscht, aber man ist darauf gefaßt (on s'y résigne) und bereitet sich darauf vor. Das merkwürdigste dabei ist, daß, wenigstens in politischen Kreisen, jedermann zugibt, daß wir sachlich im Unrecht waren, aber das Urteil geht dahin, daß Deutschland eine Form gewählt hat, die für uns so kränkend war, daß sie offenbar gewählt wurde, um uns zum Äußersten zu treiben, während unser tatsächliches Unrecht nur die Folge der Unfähigkeit derer war, die uns regierten, nicht ein Beweis, daß sie Händel suchten."

Nun kann nicht daran gezweifelt werden, daß in diesen Worten die wirkliche Überzeugung patriotischer Kreise Frankreichs zum Ausdruck kommt, es wird darin nur übersehen, daß diese Unfähigkeit der Regierenden Frankreichs Tatsachen schuf, die unleidlich waren, und daß uns eine vieljährige Erfahrung bewiesen hatte, daß alle Verhandlungen zu unserem Nachteil in einen toten Strang ausmündeten, so daß nichts übrigblieb, als den Tatsachen eine Tatsache entgegenzusetzen. Der Erfolg hat gezeigt, daß das Mittel dem Zweck entsprach, und wir meinen mit Fug und Recht, die höchste Kaltblütigkeit für unsere Regierung in Anspruch nehmen zu können, die trotz des Kriegslärms in Frankreich und trotz der Drohungen Englands, obgleich ihr sehr zu Unrecht von weiten Kreisen Deutschlands Kleinmut vorgeworfen wurde, ihr Programm fest und sicher durchführte. Sie wußte aber sehr wohl, daß jeder falsche Zug einen Krieg mit drei Fronten zur Folge haben konnte.

Zur Marokkofrage sei schließlich noch bemerkt, daß Herr Poincaré die Ausgaben, die Frankreich für Marokko im Laufe des Jahres 1911 gemacht hat, auf etwa 61 Millionen Francs und für 1912 auf 70 bis 80 Millionen (abzüglich etwa 10 Millionen Zollerträge) angibt. An Truppen hat es gegenwärtig dort 38 000 Mann stehen.

Wie zu erwarten war, sind die französisch-italienischen Zwischenfälle, wenn auch langsamer, als in Paris erwartet wurde, gütlich beigelegt worden. Man hat über die Art, wie die Frage der Beschlagnahme der französischen Dampfer „Manuba" und „Carthage" gelöst worden ist, sich zwar in Italien nicht eben sehr befriedigt ausgesprochen, aber zugeben müssen, daß die völkerrechtliche Praxis für den französischen Standpunkt sprach. Auch der „Tavignano"-Zwischenfall wird ohne Zweifel eine befriedigende Lösung finden. Es ist im Grunde nur verwunderlich, daß soviel Aufhebens von der Angelegenheit gemacht worden ist. Wir wissen von keinem Kriege, in welchem nicht Präzedenzfälle stattgefunden hätten. Aber die ganze Frage der französisch-italienischen Beziehungen, der Stellung Italiens im Dreibunde und der Erneuerung des letzteren wurde aufgerollt und natürlich auch die Reise des Staatssekretärs v. Kiderlen-Waechter — der die günstige Gelegenheit habe benutzen wollen — damit in Zusammenhang gebracht. Wir haben in englischen Zeitungen sogar die Erwägung gefunden, daß, falls Italien in einem neuen Dreibundvertrage Verpflichtungen übernehmen sollte, die seine politische Stellung im Mittelmeer ändern, das ganze System der auf die Mittelmeerfrage bezüglichen Abmachungen zwischen England und Frankreich umgemodelt werden müsse. Das „Journal des Débats" hat noch eine andere Wahrscheinlichkeit ausfindig gemacht.

„So viel sich erraten läßt — sagen die „Débats" — besteht die Kombination Herrn v. Kiderlens darin, daß er zwischen der Türkei und Italien Frieden stiften und danach die Türkei dem Dreibunde anschließen will. Der Abschluß einer Quadrupelallianz werde beide Teile eher bereit finden, Opfer zu bringen, die jetzt schwer zu fordern seien. Indem so die Operationen erweitert werden, lassen Einzelfragen sich leichter eliminieren. Herr v. Kiderlen-Waechter scheint eine ausgesprochene Vorliebe für derartige Operationen zu haben."

Nun, wir beglückwünschen den Gedankenleser der „Débats" zu dieser Entdeckung und finden den Plan so übel nicht. Vielleicht macht

der Staatssekretär von dieser Anregung Gebrauch — vielleicht auch nicht. Er wird wohl erwägen, ob die Kombination zu verwirklichen ist, und hat, soviel wir wissen, sehr geringe Neigung, Dinge anzugreifen, die er nicht durchführen kann. Vielleicht ist ihm auch eine Betrachtung haften geblieben, die vor einigen Tagen „un diplomate italien des plus autorisés" dem römischen Korrespondenten des „Temps" anvertraut hat:

„Frankreich und Italien — sagte diese Autorität — haben ein besonderes Interesse, herzliche Beziehungen zu pflegen, und zwar um so mehr, als sie jetzt sowohl in Europa wie in Afrika Nachbarn sind. Andererseits ist die europäische Lage so beschaffen, daß jede Verschiebung (déplacement) in den internationalen Beziehunegn ernste und unvorhergesehene Folgen nach sich ziehen kann. Man weiß, wie in zahlreichen Fällen die italienisch-französische Freundschaft die Rolle des Puffers zwischen den beiden Gruppen spielte, die Europa führen. Diese überaus friedliche Wirkung der herzlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien wird von den Regierungen und von den Diplomaten beider Länder so hoch geschätzt, daß von beiden Seiten seit 10 Jahren große Anstrengungen gemacht worden sind, um sie aufrechtzuerhalten, und zwar zu Zeiten, die noch schwieriger waren, als diejenigen, die wir jetzt durchlebt haben."

Die versteckte Drohung, die im ersten Teil dieser Ausführungen liegt, sowie die Komplimente, die nebenher der politischen Vertretung Frankreichs in Rom gemacht werden, führen uns zur Vermutung, daß dieser italienische Diplomat kein anderer gewesen ist als Herr Barrère, der seit 1897 am Quirinal als Botschafter die Interessen Frankreichs sehr erfolgreich in der italienischen Presse vertritt.

Das große Ereignis des Tages in England ist die Rede, die der neue Führer der Unionisten Mr. Bonar Law am 26. Januar in Albert Hall (London) gehalten hat. Sie ist auf dem Kontinent nur in dem kurzen Abschnitt bekannt geworden, der seine Stellung zur Politik Sir Edward Greys betraf. Aber das war gleichsam eine beiläufige Bemerkung. Der Schwerpunkt der Rede war der furchtbar scharfe Angriff, den er gegen die Koalition der Radikalen und Liberalen und gegen jeden einzelnen ihrer Führer richtete. Er begann damit, daß er der Partei vorwarf, das Werkzeug der „wilden Männer" unter den Radikalen geworden zu sein die mit immer steigender Schnelligkeit

das Land dem Abgrund zuführen, an dem Regierung und Land zerschellen müssen. Die Mitglieder der Arbeiterpartei im Unterhause hätten allen Einfluß auf die Arbeiter außerhalb des Hauses verloren. Schon Balfour habe gesagt, daß die jetzige Regierung abscheulich der Krone gegenüber gehandelt habe. In allen geschäftlichen Fragen habe sie versagt und sich als inkompetent erwiesen, was Law an Winston Churchill, Lord Haldane, Grey, an der Leitung der Finanzen, an der Zunahme der Beamten („die wie Heuschrecken das Land aufzehren zu erweisen suchte.

„Es ist ihnen gelungen — sagte er — in sechs Jahren ein politisches System zu schaffen, das bereits mit demjenigen der Vereinigten Staaten rivalisiert."

Das Kapitalflüchte aus dem Lande in einer Weise, die in der Geschichte Englands unerhört sei. Die Steuern, die sie eingeführt, speziell die den Grundbesitz treffenden seien „midsummer madness", Hundstagstollheit, die Zuwachssteuer habe 20 000 Pfund eingebracht, aber die Kosten, sie beizutreiben, hätten eine halbe Million betragen. Da sei es kein Wunder, daß die Konsols stetig fallen. Aber das sei noch nicht alles. Bisher habe die Partei geschäftig Maschinen hergestellt, die der Zerstörung dienen sollten, jetzt aber sei sie im Begriff, im Ernst zu zerstören. Der erste Punkt dieses Zerstörungsprogramms sei die Einführung des allgemeinen Stimmrechts, und zwar nicht nur für die Männer, sondern auch für die Frauen, denn die Regierung bestehe aus Spielern, die allezeit bereit seien, den Einsatz zu verdoppeln und mit falschen Würfeln ihren Wurf zu tun. Nur eins dürften sie nicht wagen, die betrogenen Wähler zu einer Neuwahl zu rufen. Ein zweites Zerstörungsziel sei die Kirche in Wales, die verstaatlicht werden solle, ein drittes die Einführung von Homerule in Irland. Bei dieser Frage verweilte Law mit besonderem Ingrimm. Dann kam der Schluß, der in der Behauptung gipfelte, daß England nicht mehr unter einem System repräsentativer Verfassung, sondern unter der Tyrannei eines autokraten Kabinetts lebe. Wenn dieses Kabinett das Programm jener drei oben aufgeführten Punkte durchführe, werde es aber überhaupt eine Regierung nicht mehr sein, sondern die Tyrannei eines revolutionären Komitees werde über England herrschen. Im Hinblick auf diese Gefahren wandte sich Law an diejenigen der ehemaligen Unionisten, die wegen der Tarifreformfrage sich von

der Partei getrennt haben. Aufgeben könne er die Tarifreform nicht, sie bedeute eine Lebensfrage für England, aber man solle bedenken, daß zu wählen sei zwischen Tarifreform und dem Kommunismus Lloyd Georges. Wie sollte ein patriotischer Mann schwanken können, wenn er zwischen diesen Alternativen zu wählen habe?

Diese Rede, von der wir wenig mehr als die Stichworte wiedergeben konnten, rief bei den Zuhörern rauschende Begeisterung hervor und fand ein entsprechendes Echo in der unionistischen Presse. In begreiflicher Erbitterung referiert die liberale Presse. Und in der Tat, es gibt keinen wunden Punkt am Leibe der Partei, an dem Bonar Law nicht mit rücksichtsloser Hand gezerrt hätte. Der Mann ist ohne Zweifel ein Führer, wie ihn die Unionisten lange *nicht* gehabt haben. Scharf wie gehacktes Eisen, sachkundig, ein Meister des Worts, ohne in Pathos zu verfallen, der künftige Prime Minister Großbritanniens, ein Mann, mit dem die Welt zu rechnen haben wird. Aber bis dahin kann noch viel Wasser die Themse hinabfließen. Kenner geben dem liberalen Kabinett noch etwa 1½ Jahre Zeit, so daß die Lösung der heutigen politischen Krisis, die sich immer mehr vom Westen ab und dem Osten zuwendet, in ihren vorbereitenden Stadien jedenfalls ihm zufallen würde. Es ist völlig unmöglich vorherzusagen, ob es dabei bei dem jetzigen Kurse beharren oder sich einer neuen Richtung zuwenden wird. Beides ist möglich, für völlig ausgeschlossen halten wir jedoch trotz der sehr heftigen Angriffe, denen er im eigenen Lager ausgesetzt ist, ein Fallenlassen von Sir Edward Grey. Das wäre gegen alle englische Tradition und nur denkbar nach einem flagranten Mißerfolg, der dann wahrscheinlich das ganze Kabinett treffen würde. Auch das vermögen wir nicht zu erkennen, ob der jetzt erfolgte *Besuch englischer Notabilitäten in Petersburg* in Zusammenhang mit der englisch-russischen Entente von 1907 steht, oder ob es sich um die Inangriffnahme großer industrieller und anderer wirtschaftlicher Unternehmungen auf russischem Boden handelt, wie sie eine gewaltige Extrabeilage der „Times“ in so lockenden Farben den englischen Kapitalisten und Unternehmern vor Augen führte. In Rußland, wo die Herren eine glänzende Aufnahme bei Hof und in der Gesellschaft gefunden haben, sucht man in ihnen eine Delegation des englischen Volkes an das russische zu erblicken. Das ist freilich keineswegs der Fall. Unter den englischen Gästen ist keine einzige Persönlichkeit von bedeutendem poli-

tischen Einfluß. Der Speaker hat wegen eines Todesfalls in seiner Familie fern bleiben müssen, aber schon die Absicht, ihn hinreisen zu lassen, hatte wegen des politischen Charakters seiner Stellung in England Proteste hervorgerufen. Dagegen haben vier englische Bischöfe an der Fahrt teilgenommen und die alte Utopie von der Vereinigung der englischen Hochkirche mit der russischen ist wieder einmal lebhaft diskutiert worden. Sie muß schon deshalb scheitern, weil für Rußland die conditio sine qua non der Anschluß der englischen Kirche an die griechische Lehre vom Ausgang des heiligen Geistes ist. Dazu kommt, daß sich eben jetzt sehr unangenehme Zwistigkeiten im Schoß des heiligen Synod abspielen. Der Bischof Hermogen von Saratow, der bekannte Protektor des halbverrückten Erzmönches Iliodor, der jetzt in seiner Zeitung „Donner und Blitz" für den finstersten Obskurantismus eintritt, ist aus dem Synod entlassen und nach Saratow zurückgeschickt worden. Hermogen aber beschuldigt den Synod, ketzerische Institutionen wie das von der Großfürstin Elisabeth, der Witwe des Großfürsten Sergej Alexandrowitsch und Schwester der Kaiserin, begründete Diakonissen-institut zu begünstigen. Auch ist er ein Gegner der Wiederherstellung des Patriarchats, die vom Oberprokureur des hlg. Synod, Sabler, befürwortet wird. Der hlg. Synod hat sich genötigt gesehen, sich öffentlich zu rechtfertigen, im übrigen aber nicht gewagt den Mann anzutasten und es ist nicht zu bezweifeln, daß er ebenso wie Iliodor sein fanatisches Treiben weiterführen wird. Auch das ist höchst unbequem, daß eben jetzt die von der Regierung so nachdrücklich protegierte katholische Sekte der Mariaviten in offenkundigen Wahnsinn zu verfallen scheint. Die Frauen dieser Sekte haben ihren Bischof Kowalski, den sie für den wieder erschienenen Christ erklärten, bewegen wollen, sich selbst ans Kreuz zu schlagen, damit er danach auferstehe und die Wahrheit ihrer Lehren beweise. Da Kowalski sich hartnäckig weigerte, wollten sie ihn gewaltsam kreuzigen. Der Mann wurde aber glücklicherweise noch rechtzeitig von der Polizei befreit. Jetzt ist die ganze Angelegenheit den Gerichten überwiesen, und das wird wohl das Ende des Mariavitismus sein.

In den englischen wie in den Petersburger Berichten über den englischen Besuch haben wir keinerlei Hinweis auf aktuelle politische Fragen gefunden, obgleich sie gerade jetzt Anlaß genug zu ernsten Betrachtungen geben könnten. Von den persischen Angelegenheiten

ist es zwar in der Presse ziemlich still geworden, aber das Reich steht vor dem finanziellen Zusammenbruch und Symptome einer Konsolidierung der Verhältnisse lassen sich nur insoweit erkennen, als Rußland in den von ihm militärisch okkupierten Gebieten immer fester Fuß faßt und mit seinen Gegnern entschlossen aufräumt. Ein großer Teil der Fidai besteht aus flüchtigen Kaukasiern, ehemaligen russischen Untertanen, die, wo man ihrer habhaft wird, als Hochverräter behandelt werden. Überhaupt sind die persischen Verhältnisse erst recht zu verstehen, wenn man seine Blicke auf die Zustände im Kaukasus wirft, die wir gelegentlich näher zu beleuchten beabsichtigen. Zurzeit sind die russischen Truppen mit der Entwaffnung der Bevölkerung Persiens beschäftigt. Die kaukasische Frage beginnt auch insofern in den russisch-türkischen Beziehungen immer mehr mitzuspielen, als Rußland bemüht ist, sich der strategischen Straßen zu versichern, die vom Kaukasus nach Persien und nach Türkisch-Kleinasien führen. Von höchster Wichtigkeit ist dabei das zwischen Russen und Persern strittige Gebiet am Urmiasee, in welchem Rußland als Vertreter der persischen Interessen auftritt, während die Türken, wie ein Telegramm der „Nowoje Wremja" meldet, sich mit den Persern in Urmia verbrüdern und sie für die türkischen Ansprüche zu gewinnen suchen. Auch sollen türkische Truppen die Stadt Dilman im Kreise Salmas besetzt haben, und der russisch-türkische Gegensatz hat sich infolgedessen noch weiter verschärft. Endlich wäre darauf hinzuweisen, daß mit großer Energie an der Erneuerung der russischen Flotte im Schwarzen Meere gearbeitet wird. Aus diesen Tatsachen den Schluß auf einen bevorstehenden russisch-türkischen Krieg zu ziehen, wäre mindestens sehr verfrüht. Es handelt sich zunächst um Verhandlungen, die nach den Methoden orientalischer Politik betrieben werden und die bisher noch immer in russische Erfolge ausmündeten. Aber in der Türkei ist man offenbar entschlossen, sich aus den einmal besetzten Stellungen nicht hinausmanövrieren zu lassen, und gerade die großen Vorteile, die Rußland auf persischem Boden errungen hat, scheinen sie in diesem Entschluß bestärkt zu haben.

Auf die Dinge im fernen Osten gehen wir auch heute nicht ein. Fast jeder neue Tag meldet uns, daß eine Entscheidung zwischen Nord und Süd, Chinesen und Mandschu unmittelbar bevorstehe. Aber diese Entscheidung wird von einer Woche in die andere verschoben. Verbessert wird dadurch die Lage auf beiden Seiten nicht. Die dunklen Massen

des beutegierigen Pöbels haben sich überall in Bewegung gesetzt und, wenn nicht eine feste Hand sie bändigt, droht dem Lande entsetzliches Unheil. In der Mandschurei faßt ein Bomben werfender Anarchismus Fuß. Die mongolische Frage wird immer verwirrter. Japan beginnt seine Truppen und seine Flotte in Bewegung zu setzen und Rußland stärkt seine Stellung in dem Konzessionsgebiet militärisch. In Ili und Kuldscha ist nach russischen Nachrichten ebenfalls die Revolution in vollem Gange. Aber alle diese Nachrichten sind einseitig überliefert, unvollständig und unklar wie die Pläne Juanschikais, dessen Rätsel bisher noch keiner gelöst hat.

1. Februar. Demission des serbischen Ministeriums Milowanowitsch.
Schließung der Universität Agram.
2. Februar. Gomez an Stelle Maderos von den Aufständischen in Mexiko zum Präsidenten proklamiert.
3. Februar. Rechtsanwalt Bertrand Stewart vom Reichsgericht wegen Spionage verurteilt.
4. Februar. Die Schweiz führt die staatliche Unfall- und Krankenversicherung ein.
Amerika konzentriert Truppen an der mexikanischen Grenze.
5. Februar. Rückkehr König Georgs und der Königin von Indien nach London.
7. Februar. Eröffnung des Deutschen Reichstags durch den Kaiser.

---

7. Februar 1912.

In den chinesischen wie in den persischen Angelegenheiten beginnen wir allmählich klarer zu sehen. Es ist kaum noch zu bezweifeln, daß die letzte Stunde der Mandschuherrschaft in China geschlagen hat. Die Ratten verlassen das Schiff und die Verhandlungen zwischen Juanschikai und den Mandschufürsten, die das Interesse des Kaiserkindes und der Dynastie vertreten, scheinen sich nur noch auf die Form zu beschränken, in welcher die Abdankung sich vollziehen wird, und gewisse pekuniäre Sicherheiten und Ehrenrechte zu betreffen, die der weichenden Dynastie erhalten werden sollen. Das Attentat, dem Juanschikai glücklich entgangen ist, hat seine Stellung nur gestärkt, die Ehrenbezeigungen, durch welche die Mandschu ihn noch im letzten Augenblicke an sich zu fesseln suchten, hat er — natürlich in ehrfurchtsvollster Form — als kompromittierend zurückgewiesen, den Bürgerkrieg zwischen Nord und Süd zum Stehen gebracht und seinen Übergang in das revolutionäre — oder wie wir wohl bereits sagen müssen — in das nationale Lager mit außerordentlichem Geschick und ungewöhnlicher Verschlagenheit vorbereitet und durchgeführt. Es wäre müßige Arbeit, den Versuch zu machen, alle die Schachzüge zu verfolgen, durch die er bald vorstoßend, bald wieder zurückweichend, fast unmerklich aus einem Verteidiger des Herrscherhauses zum Haupt des chinesischen China wurde. Sie würden uns doch nur den äußern Schein einer Politik enthüllen, deren versteckte Aktionsmittel sich unseren Blicken durchaus entzogen

haben. Auch können wir nicht erkennen, ob er Präsident jener Vereinigten Staaten von China werden will, die als politisches Ideal den amerikanisierten Chinesen vom Schlage Sunjatsens vorschweben, oder ob er den Einheitsstaat China mit seinen Vasallenschaften in der Mongolei, Ost-Turkestan und Tibet zu behaupten entschlossen ist und sich selbst als neuen Sohn des Himmels an die Spitze zu stellen gedenkt.

Wohl aber liegt auf der Hand, daß die Schwierigkeiten der auswärtigen Politik mit dem Moment, da die jetzige Dynastie beseitigt worden ist, erst recht beginnen werden. Es handelt sich darum, ob auf der Grundlage des bisher von allen Mächten anerkannten Prinzips der Aufrechterhaltung der Integrität Chinas eine gemeinsame Anerkennung des status quo jenes neuen China, vor dem wir dann stehen werden, erfolgen wird, oder ob diejenigen Mächte, die seit 1907 und 1910 in der chinesischen Frage zu zweien eine Sonderpolitik verfolgen, sich nunmehr endgültig von dem Konzert der Großmächte trennen werden, das bisher in der ostasiatischen Frage, trotz mancher Differenzen, aufrecht erhalten wurde. Bekanntlich haben aber sowohl Japan wie Rußland eine dem deutsch-französische-amerikanisch-englischen Syndikat, das China durch eine Eisenbahnanleihe zu helfen bereit war, höchst ungünstige Haltung eingenommen, wie denn seit dem russisch-japanischen Abkommen von 1910, dessen Bestimmungen nur zum Teil bekannt geworden sind, diese Mächte ihre besondere Politik China gegenüber verfolgt haben. Aus der Haltung, die Rußland in der mongolischen Frage eingenommen hat, muß geschlossen werden, daß der japanisch-russische Vertrag auch die Mongolei in den Bereich seiner Vereinbarungen gezogen hat. Nun läßt sich mit aller Bestimmtheit sagen, daß eine unabhängige Mongolei ein politischer Nonsens ist. Die als Fürsten bezeichneten Ältesten der mongolischen Nomadenhorden sind völlig unfähig, ein selbständiges Staatswesen zu bilden, und ihre Lösung von China kann nichts anderes bedeuten, als ihre Unterordnung unter Rußland. Vom Standpunkte der deutschen Interessen ließe sich dagegen nichts einwenden, wir haben in der Mongolei nichts zu suchen, ganz wie wir auch durch den Übergang Tibets in andere Hände weder zu gewinnen noch zu verlieren haben, wenn nicht alle Wahrscheinlichkeit dafür spräche, daß, sobald China der Wirren Herr geworden ist, und das muß über kurz oder lang geschehen, es den Kampf um den Wieder-

gewinn seiner Stellung in der Mongolei aufnehmen wird und aufnehmen muß. Besteht dann ein russisches Protektorat in der Mongolei, so ist ein russisch-chinesischer Krieg unvermeidlich, und die Interessen der übrigen Mächte, speziell die Amerikas, Japans und Englands, aber auch die Deutschlands werden in Mitleidenschaft gezogen. Auch haben wir bereits früher darauf hingewiesen, daß die Mongolei von China als Auswanderungs- und Kolonisationsgebiet ins Auge gefaßt wird, ein Plan, an dessen Verwirklichung sowohl Kanada wie der Westen der Vereinigten Staaten und die Dominien von Neuseeland und Australien auf das lebhafteste interessiert sind. Die Kolonisation der Mongolei bedeutet für sie eine Entlastung, da überall an den Gestaden des Großen Ozeans die chinesische Einwanderung als eine soziale Gefahr gefürchtet wird. Eine andere, gleichfalls Kriegsgefahren in sich schließende Seite der chinesischen Frage zeigt uns die Mandschurei, in der China bemüht gewesen ist, die ihm noch gebliebenen Rechte tatsächlich zu behaupten. Sowohl Rußland wie Japan haben sich aber in den von ihnen besetzten Gebieten sehr erheblich verstärkt und scheinen die jetzige Lage für günstig zu halten, um ihre Stellung endgültig zu befestigen. Man kann schon jetzt Japan als den eigentlichen Herrn in Mukden bezeichnen, und in Rußland wird, wie wir einem Petersburger Telegramm des „Temps" vom 27. Januar entnehmen, eine „mongolische Gesellschaft" organisiert, um Waren russischer Provenienz in die Mongolei zu importieren und Rohstoffe auszuführen. Die Statuten der Gesellschaft sehen zugleich die Begründung von Niederlagen, den Bau von Eisenbahnen und die Gründung von Banken vor, und zwar will sie ausschließlich mit russischem Kapital arbeiten, damit andere Einflüsse in der Mandschurei nicht Fuß fassen können. Dasselbe Telegramm bringt, die wunderliche Notiz, daß der „mongolische Souverän", d. h. wohl der K u t u c h t u , den, soviel uns bekannt ist, bisher nur der russische Konsul in Urga anerkannt hat, eine Botschaft des Präsidenten der chinesischen Republik (den bisher niemand anerkannt hat) empfangen habe, die ihm ankündigte, daß die Revolutionäre gern die Autonomie, nicht aber die Unabhängigkeit der Mongolei anerkennen wollen. Was aber die Statuten der „mongolischen Gesellschaft" beanspruchen, wären Usurpationen, die nicht anders als gewaltsam durchgeführt werden können, wenn China nicht ausdrücklich seine Zustimmung dazu erteilt.

Überlegt man die Summe dieser Tatsachen, so drängt sich der

Schluß auf, daß Rußland und Japan, um ihren Ansprüchen eine legale Basis zu schaffen, die Anerkennung der sich vorbereitenden neuen staatlichen Ordnung Chinas an Bedingungen knüpfen dürften, die ihnen die Durchführung ihrer Pläne möglich machen — wenn China auf diese Anerkennung den Wert legen sollte, der diesen Opfern entspricht. Gehen dann die übrigen Mächte, was doch nicht undenkbar ist, nach diesem Beispiel mit ähnlichen Forderungen vor, so hätten wir als Folge jene Einmischung in die inneren chinesischen Angelegenheiten zu erwarten, die zu vermeiden die Richtlinie der Politik war, welche die Mächte bisher verfolgten. Wir notieren hierzu als charakteristisches Kuriosum, daß eine französisch-amerikanische Kompagnie sich erboten haben soll, für die Schätze an Kupfer und Porzellan, welche der Kaiserpalast in Mukden birgt, 1 300 000 Jen zu zahlen. Franzosen und Amerikaner sind bekanntlich überall zur Hand, wo es „ein Geschäft" zu machen gibt.

Die „Nowoje Wremja" weiß außerdem zu berichten, daß die Regierung des Präsidenten Taft ihren Botschaftssekretär in Tokio nach Südchina geschickt habe, damit er dort die Lage eingehend studiere und die Vertreter der republikanischen Regierung persönlich kennen lerne. In den diplomatischen Kreisen Pekings schließt man daraus, daß Amerika bereit sei, die Republik anzuerkennen, die englische Marine salutiere bereits die republikanischen Kreuzer und deutsche Banken hätten der republikanischen Regierung eine Anleihe von 100 Millionen, es ist nicht gesagt, ob Jen oder Mark, angetragen. Wenn die übrigen Nachrichten so falsch sind, wie die letzte, wissen wir freilich, was von ihnen zu halten ist.

Von allen Seiten laufen jetzt Nachrichten ein, denen zufolge Rußland und England in der persischen Frage eine Einigung erzielt hätten. Beide Mächte, schreibt der „Temps", hätten sich darüber verständigt, der Regierung in Teheran, deren Schatz völlig erschöpft sei, einen namhaften Vorschuß zu gewähren, Rußland werde Mohammed Ali fallen lassen und ihn nicht mehr aufnehmen. Er werde ein anderes Asyl, etwa in England, suchen müssen. An eine Okkupation ihrer Einflußsphäre dächten weder England noch Rußland, und zwar habe England erkannt, daß die militärische Besetzung des Südens seinen Interessen widerspreche und infolgedessen könne auch Rußland sich nicht im Norden festsetzen (dans ces conditions la Russie ne peut s'installer

dans le nord), auch habe der Rückzug der russischen Truppen aus Täbris bereits begonnen. Diese letztere Nachricht hat sich inzwischen als falsch erwiesen. Es sind nur die Soldaten, die ihre Jahre ausgedient hatten, zurückgezogen worden. Immerhin ergibt sich daraus, daß Rußland den Engländern die Zugeständnisse gemacht hat, welche die erregte öffentliche Meinung Englands von Sir Edward Grey verlangte. Die „Nowoje Wremja", deren politische Sprünge zu verfolgen immer von pathologischem Interesse ist, hat am 1. Februar der persischen Frage einen Leitartikel gewidmet, der davon ausgeht, daß der große Fehler der russischen Politik bisher gewesen sei, daß sie sich so völlig jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Persiens enthalten habe.

„Die Theorie der Nichteinmischung hat sich als undurchführbar erwiesen . . . Wir wundern uns daher nicht, daß die russische und die englische Diplomatie sich entschlossen haben, sie aufzugeben und in Verhandlung über die Modifikation des Abkommens von 1907 getreten sind."

Die einfachste, natürlichste Lösung wäre die Teilung Persiens. Rußland würde Frieden und Ordnung im Norden, England im Süden herstellen. Dann gäbe es keine Möglichkeit anarchischer Zustände und keine russisch-englischen Mißverständnisse mehr. Aber die Amputation sei schwierig, und so wolle man noch ein letztes Mittel versuchen: eine Teilung der Einflußsphären mit dem Recht der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der persischen Verwaltung.

„Aus zuverlässiger Quelle teilt man mit, daß die russisch-englischen Verhandlungen über die persische Frage vier Hauptpunkte betreffen: genaue Feststellung der Rechte beider Mächte in ihrer Einflußphäre; Anerkennung einer entsprechenden Kontrolle durch die direkt interessierte Macht über die persische Verwaltung in ihrere Sphäre; endgültige Lösung der Frage über das Schicksal des Exschahs und Gewährung einer Anleihe zum Zwecke der Ordnung der persischen Verwaltung und der Organisation einer regulären persischen Armee."

Das deckt sich so ziemlich mit den Nachrichten des „Temps", aber es bleibt abzuwarten, wie sich dieser „letzte Versuch" in der Praxis der politischen Wirklichkeit gestalten wird, und in dieser Hinsicht erlauben wir uns skeptisch zu denken. Es läßt sich außerdem von der persischen Frage nicht die der russisch-türkischen Beziehungen in Kleinasien und der russischen Rüstungen im Kaukasus trennen. Man ist in der russischen Presse schon lange mit einem journalistischen Feldzuge

gegen den Fürsten Woronzow Daschkow, den Statthalter des Kaukasus, beschäftigt, dem man vorwirft, daß unter seiner Verwaltung eine völlige Verwilderung des Bergvolkes, ein Stocken der russischen Kolonisation und eine unerhörte Steigerung der Unsicherheit des Lebens wie des Eigentums sich vollzogen habe. Zugleich aber habe er nichts getan, um einen russischen Erfolg in dem unabweislich bevorstehenden Zusammenstoß mit der Türkei sicherzustellen.

„Das neue Regiment in der Türkei, schreibt die „Nowoje Wremja", geht vornehmlich darauf aus, eine Kriegsmacht wiederherzustellen, und es läßt sich nicht leugnen, daß in dieser Hinsicht entschlossene Maßregeln getroffen worden sind. Wie kläglich auch die finanzielle Lage des Reiches ist . . . die jungtürkische Regierung hat trotzdem viele Millionen an die Entwicklung der Armee und an das Erstehen einer neuen Flotte gewandt. Die einsichtigen türkischen Staatsmänner können schwerlich verkennen, daß die Rolle der Türkei in Europa ihrem Ende entgegengeht, und sie richten daher ihre aggressiven Bestrebungen nicht auf diese Seite. Da sie von dort allmählich verdrängt werden, ist es natürlich, daß sie davon träumen, das Verlorene auf asiatischem Boden zurückzugewinnen, dort, wo die Wiege des Islam ist. Ihr Todfeind aber ist hier Rußland und das Objekt ihrer Eroberungsgelüste — der Kaukasus."

Dieser Gefahr habe Rußland nur drei Armeekorps entgegenzustellen, die dazu weder zum Kriege, noch für eine Mobilisierung bereit seien, während die Türkei für die erste Periode eines Krieges sechs Armeekorps zur Hand habe. Auf schnell eintreffende Verstärkungen aus Rußland sei, da nur eine Eisenbahn zur Verfügung stehe und die Türkei bald mit ihren Kriegsschiffen das Schwarze Meer beherrschen werde, nicht zu rechnen. Der lange, O...y gezeichnete Artikel schließt mit einem „caveant consules" und dringt auf schleunige Rüstung zu Wasser und zu Lande. Die geringe Kriegsbereitschaft Rußlands aber illustriert er an einer ganzen Reihe, allerdings drastischer Beispiele. Er entwirft auch die Grundzüge eines Feldzugsplanes, dessen Kritik wir uns versagen und stellt in Aussicht, daß bei energischer Arbeit Rußland in 2—3 Jahren ans Werk gehen könne.

Nun ist es natürlich der helle Unsinn, der Türkei einen Feldzug zur Eroberung des Kaukasus zuzumuten, wenngleich der neue Schamyl des Kaukasus, Selim Khan, bewiesen hat, daß eine kleine Räuberschar sich jahrelang im Kaukasus behaupten kann, und Tschetschenzen und

Dagheſtaner noch heute ihren alten Haß gegen alles Ruſſiſche lebendig erhalten haben; die Eroberung dieſer Gebirgsfeſtung, an welche Rußland mehr als zwei Menſchenalter geſetzt hat, iſt eine Aufgabe, an der auch ein weniger bedrängtes Staatsweſen als die Türkei ſich verbluten könnte. Daran iſt, wie geſagt, nicht zu denken. Wohl aber ſuchen die Türken ſich der auf ihrem Gebiet liegenden Straßen zu verſichern, zu denen dieſes ruſſiſche Ausfalltor führt, und anderſeits an der perſiſchen Grenze die Stellung zu behaupten, die ſie — ob nun zu Recht oder zu Unrecht — am Urmiaſee beſetzt hatten. Und das iſt allerdings ein wunder Punkt in den ruſſiſch-türkiſchen Beziehungen. Mit dem Gedanken des Vertreibens der Türken aus Europa zu ſpielen, ſcheint uns übrigens gefährlich. Es iſt mehr als einmal verſucht worden, man weiß mit welchem Erfolge; die Ausſicht aber, die vier Balkankönige im Hader um das Erbe zu ſehen, iſt ſo wenig verlockend, daß die einfachſten Rückſichten der Menſchlichkeit von dieſer Perſpektive abſchrecken. Mit welchen Mitteln dieſes „Ideal" erſtrebt wird, zeigt uns das ruchloſe Treiben des bulgariſchen Komitees, welchem die Regierung König Ferdinands bis auf den heutigen Tag ein Ende zu machen nicht — fähig geweſen iſt.

Daß der türkiſch-italieniſche Krieg noch fortdauert, iſt von jedem Geſichtspunkte aus zu beklagen. Die ſechs von den Italiern beſetzten Städte befinden ſich in einem Stande ſteter Belagerung, und die Überlegenheit der italieniſchen Flotte führt zwar zu namhaften Verluſten der Türken, vermag aber keine Entſcheidung zu erzwingen. Inzwiſchen wächſt die Erregung in der islamiſchen Welt. Der Aufruf Senuſſis iſt nicht ohne Wirkung geblieben. Bereits zeigen ſich Neger aus dem Sudan als Mitkämpfer der tripolitaniſchen Araber, aus Indien fließen den Kämpfern Geldmittel zu, und alle Verſuche, die bisher gemacht worden ſind, eine Löſung der dem Friedensſchluß entgegenſtehenden Schwierigkeiten zu finden, ſcheitern an dem non possumus beider Teile. Auch hat ſich eine große Nervoſität der Franzoſen bemächtigt, die es nicht verſtehen wollen oder können, daß die völkerrechtlichen Beſtimmungen über die Rechte und Pflichten der Kriegführenden wie der Neutralen, auch da auf ſie Anwendung finden, wo ſie ihnen unbequem ſind. Zum Glück iſt das Miniſterium Poincaré beſonnener als die öffentliche Meinung des Landes, und ſo kann darüber kein Zweifel walten, daß dieſer Sturm im Glaſe Waſſer unſchädlich vorüberbrauſen wird.

Der Besuch der englischen Gäste in Rußland wird immer mehr zu einem politischen Ereignis aufgebauscht. Auch hat er durch die Taktlosigkeit der Reden des Generals Bethune und anderer Engländer allerdings einen unangenehmen Beigeschmack bekommen, der natürlich sofort in dem uns feindseligen Teil der russischen Presse verstärkten Ausdruck gefunden hat. In einer Artikelserie, die im „Golos Moskwy" unter dem Titel „Vor dem Kriege" erschienen ist, finden wir in der Schlußbetrachtung bereits den „Entscheidungskampf zwischen Slawen und Germanen" als pièce de résistance vorgeführt, eine müßige Phantasie, in der übrigens, was beiläufig bemerkt sei, derselbe Pessimismus in betreff der Kampfesbereitschaft Rußlands zum Ausdruck kommt, den wir in den Ausführungen über die Lage im Kaukasus kennen gelernt haben.

Glücklich zum Abschluß gebracht ist die Affäre des Bischofs Hermogen und des Mönches Iliodor. Der heilige Synod hat sich endlich entschlossen, sie zu maßregeln, und damit einem Unfug ein Ende gemacht, welcher das Ansehen der Regierung auf das ernstlichste schädigte. Es ist jedoch nicht unmöglich, daß die Folge des ungeheuren Aufsehens, den der Kampf der obersten geistlichen Behörde mit den unbotmäßigen Geistlichen gemacht hat, die ist, daß der lange gehegte Plan der Berufung eines Konzils nach Moskau verwirklicht wird. Dann könnte auch die Frage der Vereinigung der anglikanischen Kirche mit der russisch-griechischen seine endliche Erledigung finden.

Ob man sich über die Niederwerfung der jüngsten Revolution in Lissabon zu freuen hat, kann fraglich scheinen. Die Gegner der Regierung setzten sich aus sehr heterogenen Elementen zusammen, und es scheinen auch zahlreiche Vertreter der guten Sache, wir meinen der Monarchie, unter ihnen gewesen zu sein.

König Georg ist nunmehr von seiner Indienfahrt nach England zurückgekehrt. Er hat einen großen und günstigen Eindruck hinterlassen. Ob dagegen die Erhebung Delhis und die Degradierung Kalkuttas eine günstige Maßregel war, ist zweifelhaft und wird wohl erst beurteilt werden können, wenn Gründe und Gegengründe in den Verhandlungen des Parlaments gegeneinander abgewogen werden. Die antienglischen Blätter Indiens, von denen uns der „Indian Sociologist" und „The Bande Materam" zugegangen sind, schreiben wilde Artikel.

„Bande Materam“ bringt an der Spitze jeder Nummer folgenden Aufruf:

„Calcutta evacuated by the English. Jai! Jai! Jai Bengalis. Die Tyrannen verlaſſen Kalkutta mit Sack und Pack; ihre Tage ſind gezählt, ſie finden es zu heiß. Swadeſhis, faßt ein Herz, harrt aus. Die Abrechnung iſt näher als je. Seid ſicher, daß die Geſchichte ſich wiederholen wird, das Schickſal der Mogols erwartet die Engländer, die britiſche Herrſchaft wankt. Hind, Hindoſtan für immer.“

9. Februar. Tod des Generalfeldmarschalls von Hahnke.
10. Februar. Der König und der Thronfolger von Montenegro in Petersburg.
11. Februar. Auflösung der griechischen Kammer.
13. Februar. Offizielle Konstituierung der chinesischen Republik.
Annahme des französischen Flottenprogramms.

14. Februar 1912.

Dinge von außerordentlicher Tragweite haben sich während der letzten acht Tage auf dem Felde der internationalen Politik vollzogen. In erster Reihe ist wohl die endliche Annahme des Marokkovertrages durch den Senat zu nennen. Es hat sich dafür schließlich eine sehr stattliche Majorität ausgesprochen und, wie es bei solchen großen Gelegenheiten in Frankreich stets der Fall zu sein pflegt, ist ein Teil der Reden oratorisch höchst wirksam gewesen. Auch das staatsmännische Niveau war, wie es jetzt fast überall in den Oberhäusern beobachtet werden kann, höher als in der Kammer. Man hat den Eindruck, als ob die Konstituierung des Ministeriums Poincaré, die den gemäßigten Elementen die Staatszügel in die Hände gab, ermutigend auf diejenigen einwirkte, die gewohnt waren, sich vor den lauten Phrasen der radikalen Sozialisten zu beugen. Es läßt sich nicht sagen, daß die Senatsdebatten bei uns sehr großes Interesse erregt haben. Der Ausgang war geboten und ließ sich vorhersehen. Aber psychologisch war das Schauspiel interessant, und obgleich wir nicht viel Neues erfahren haben, auch für die Feststellung der politisch-historischen Zusammenhänge nicht ohne Wichtigkeit. Wir haben aus dem Munde Ribots gehört, was alles die verschiedenen Minister des Auswärtigen, von Delcassé über Pichon zu de Selves, hätten tun müssen, um die Marokkoaffäre in einen großen Triumph Frankreichs ausmünden zu lassen, und dazu erfahren, daß die Entsendung des „Panthers" nach Agadir ein ungeheurer Fehler der deutschen Politik gewesen sei, den er, Ribot, wenn er Minister des Auswärtigen gewesen wäre, sofort mit der Rückberufung des Botschafters

Cambon nach Paris beantwortet hätte. Zum Schaden Frankreichs ist nun aber Ribot damals nicht am Platze gewesen, Herr Cambon hat in Berlin weiter verhandelt — wie ihm vorgeschrieben war — und die Entsendung des „Panther" hat höchst wirksam den Effekt herbeigeführt, den wir zu erreichen für notwendig hielten. Wenn trotzdem diese post festum-Betrachtung die Franzosen befriedigte, haben wir dagegen natürlich nichts einzuwenden. Sie hat uns im Gegenteil im Hinblick auf die Schlußausführungen des Redners, welche die Gründe, die gegen die Ablehnung des Vertrages sprechen, sehr nachdrücklich zur Geltung brachten, durchaus befriedigt. Daß Herr Pichon zur Attacke blasen würde, war allerdings eine Überraschung, die sich nach seinen Antezedentien nicht erwarten ließ, ihm zwar den Beifall Clemenceaus und der „Unentwegten" auf den Boulevards einbrachte, aber dem Ruf nicht entsprach, den er sich als Minister des Auswärtigen erworben hat. Doch wir wollen nicht weiter analysieren. Das Wesentliche ist, daß der Vertrag angenommen wurde und nun die Bahn zu einem korrekten Nebeneinander frei geworden ist, dem vielleicht sentimentale, aber keine realen Interessengegensätze im Wege stehen. Was Frankreich in den Grenzen des Vertrages vom 4. November aus Marokko macht, ist in seine Hand gelegt, wir werden es nicht behindern, und auch unsererseits die rechtliche Stellung, die wir uns gesichert haben, weder durch Übergriffe schwächen, noch durch Übergriffe des anderen Teils mindern lassen.

Der „Eclair", der bekanntlich kein Freund Englands ist, hat die bitterböse Bemerkung gemacht, daß nun endlich der Bluff der entente cordiale seinen Abschluß gefunden habe („la fin du bluff de l'Entente cordiale, où les auteurs de cette mystification croyaient trouver l'appuis décisif pour la guerre sur le Rhin). Er knüpft daran einen heftigen Ausfall gegen Delcassé (un homme disqualifié par ses bévues, mais encore impuni) und möchte ihn am liebsten strafrechtlich belangen. Das wird gewiß nicht geschehen, und könnte nur bedauert werden. Diese Kapazität muß Frankreich erhalten bleiben und hat ja jetzt volle Gelegenheit, als Experte in Marinefragen sich neue Verdienste zu erwerben.

Mit so großem Beifall der englische Besuch in Petersburg und Moskau und die dort gehaltenen Reden von der französischen Presse begrüßt wurden, so wenig Freude scheint sie an dem Aufenthalt des Viscount Haldane in Berlin gehabt zu haben. Von hier aus

gesehen schauen die Dinge anders aus. Daß die russische Gastfreundschaft den englischen Gästen gegenüber nicht versagen und inter pocula auch zu nachdenklichen Reden führen würde, haben wir von vornherein erwartet. Das ist die Regel, wenngleich derartige Verbrüderungen nicht von großer Konsequenz zu sein pflegen und in der frischen Luft eines neuen Morgens leicht verfliegen. Daß die Herren über die Zukunft Persiens und über die Richtung der Bahn, die durch Persien und Afghanistan den russischen Handel nach Indien führen soll, bindende Vereinbarungen getroffen haben, erscheint uns unwahrscheinlich. Wohl aber darf man annehmen, daß die Vertreter des englischen Großkapitals, die an dieser Expedition teilgenommen haben, Vereinbarungen über die Ausbeutung der brach liegenden Naturschätze Rußlands trafen, die dann beiden Teilen zugute kommen würden, was ja nur erfreulich sein kann. Bethunes Rede hat den Widerhall nicht gehabt, den einst Skobeleff mit seinen antideutschen Rodomontaden hatte, und diese sind bekanntlich vom Winde verweht worden, ohne andere Wirkung, als eine bald überwundene Störung der Spekulationen an den Börsen Europas. Dieses Mal ist nicht einmal diese Wirkung eingetreten. Die Welt ist darüber hinweggegangen und ebenso, scheint uns, sollte die Entgleisung angesehen werden, die Churchill in seiner jüngsten Flottenrede passiert ist. Die Behauptung, daß die deutsche Flotte ein Luxus, die englische eine Notwendigkeit sei, erledigt sich wohl auch für jeden ruhig denkenden Engländer durch die Erwägung, daß mit gleichem Recht die englische Armee ein Luxus genannt werden müßte. Welcher Engländer aber würde nicht aus vollster Überzeugung einer solchen Behauptung widersprechen? So gewiß England seine Armee, nicht nur im Königreich, sondern auch in Indien auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit halten muß, so gewiß hat auch Deutschland, das genötigt ist, infolge des russisch-französischen Bündnisses für den Fall eines Konflikts mit den Flotten dieser beiden Mächte als mit sicheren Gegnern zu rechnen, die Pflicht, seine Wehrkraft zur See entsprechend in Stand zu halten. Es ist eine mit großer Gewissenlosigkeit gepflegte Unwahrheit, daß wir unsere Flotte zum Zweck eines Angriffs auf England gebaut haben. Daran ist niemals gedacht worden, und wir glauben annehmen zu dürfen, daß die glückliche Folge des Aufenthalts von Lord Haldane in Berlin die sein wird, daß auch im englischen Kabinett und in der sich ersichtlich in günstigem Sinne wandelnden öffentlichen

Meinung Englands diese Überzeugung durchschlagen wird. Geschieht das, so kann, da keinerlei politische Gegensätze zwischen uns bestehen, die nicht zu beiderseitiger Befriedigung ausgeglichen werden könnten, mit Bestimmtheit darauf gerechnet werden, daß die diplomatischen Verhandlungen, die folgen müssen, die Spannung lösen werden, die nunmehr über ein Jahrzehnt wie ein Alp ganz Europa bedrückt. Lord Haldane hat hier einen vortrefflichen Eindruck hinterlassen, wir hoffen, daß er dieselben Eindrücke heimgebracht hat. „Economist", „Daily Chronicle" und „Standard" haben am 6. bzw. 10. Februar Ausführungen gebracht, die unseren Eindrücken sehr nahe stehen.

Große Beachtung verdient eine Betrachtung des „Standard", die sich damit einführt, daß sie durch die besten Autoritäten informiert sei. Es wird genügen, den wesentlichen Inhalt im Auszuge wiederzugeben. Der Gewährsmann des „Standard" geht davon aus, daß seit dem August vorigen Jahres, als Asquiths Eingreifen in den Ausstand der Eisenbahner es beinah zu einem Bruch zwischen den Liberalen und der Arbeiterpartei gebracht hätte, ein scharfer Gegensatz im Kabinett bestehe. Asquith sei mit der Art, wie das Versicherungsgesetz zur Annahme gebracht wurde, nicht einverstanden gewesen, während andererseits sein Versprechen, das allgemeine Wahlrecht einzuführen, lebhaft verstimmt habe, endlich werfe man ihm vor, daß er seine parlamentarischen Pflichten nicht ernst genug nehme. So tauchte der Gedanke auf, daß die Leitung der Partei in andere Hände übergehen müsse, und die Blicke richteten sich auf Mr. Lloyd George. Seine Freunde im Kabinett und in der Partei seien überaus tätig. Ohnehin sei er bereits der eigentliche Diktator des Kabinetts. Müsse nun Asquith weichen, so werde man ihn wahrscheinlich zum Oberappellationsrichter (Lord of appeal) machen, Lloyd George die Führung im Unterhause übertragen und Lord Morley zum Prime Minister erheben. Lasse sich nicht bald eine Gelegenheit zur Durchführung dieser Kombination finden so seien die Gegner von Asquith vorbereitet, einen offenen Bruch im Kabinett, selbst auf die Gefahr baldiger Neuwahlen hin, herbeizuführen. Es ist von hier aus natürlich nicht möglich, das Dunkel dieser im Schoß des Kabinetts sich abspielenden Kämpfe zu durchschauen. Eine streitlustige Natur ist Asquith gewiß nicht, wohl auch nicht von mehr als gewöhnlichem Ehrgeiz und gewiß eine Persönlichkeit, der das eigene Interesse hinter dem des Reichs zurücksteht. Seine Entscheidung wird

wohl davon abhängen, wie hoch er die Bedeutung der bestehenden Differenzen vom sachlichen Standpunkte aus einschätzt.

Ein Petersburger Telegramm der „K. Z." sagt, daß die Verhandlungen zwischen Rußland und England über Persien auf den toten Strang geraten seien. Die Nachricht geht offenbar auf die telegraphischen Berichte zurück, welche die russischen Zeitungen, speziell die stets am reichsten bediente „Nowoje Wremja" gebracht hat. Es ist in der Tat so, daß die Russen zwar ihre Truppen aus Kaswin zurückgezogen und auch in Täbris und Ardebil sie gemindert haben, dagegen sind sie in Enseli und Rescht stehen geblieben, und auf die Nachricht einer Erhebung in Masenderan sind dorthin Truppen geworfen worden. Großes Aufsehen erregt der Selbstmord des Prinzen Sia ed Dauleh, der sich im englischen Konsulat zu Täbris, in dem er eine Zuflucht gefunden hatte, das Leben genommen hat, weil auf Drängen Rußlands der englische Konsul sich bereit erklärt hatte, ihn der jetzigen persischen Regierung, d. h. seinen Todfeinden, auszuliefern. Salar ed Dauleh, der Bruder des Schah Mohammed Ali, hat sich mit 700 Mann der wichtigen Position von Sanna bemächtigt, und in Meshed finden, wie ebenfalls die „N. W." meldet, Demonstrationen zugunsten des Exschah statt. Es sind infolge dessen zwei Kompagnien russischer Infanterie mit zwei Mitrailleusen nach Astrabad, nach Barferusch eine Kompagnie und ebenfalls eine nach Meschedisser dirigiert worden. Auch werden wohl, da die „Nowoje Wremja" wieder einmal dem russischen Ministerium des Auswärtigen seine Untätigkeit und Unfähigkeit vorwirft, bald weitere Verstärkungen folgen, aber zufrieden wird dieses politische Orakel wohl erst sein, wenn Herr Pilenko berufen wird, Sasonow zu ersetzen. Vielleicht findet er dann auch eine Lösung der chinesischen Schwierigkeiten, die doch langsamer, als wir glaubten annehmen zu dürfen, einer Entscheidung nahen. Über das Schicksal des Kaiserhauses steht noch nichts mit Sicherheit fest. Juanschikai hat wieder einmal eine neue Gesichtsmaske angenommen, Japan verlangt, wie die „N. W." sagt, Kompensationen in der Mandschurei, die Eisenbergwerke von Chotian, Kohlenbergwerke im südlichen China, welche die reichsten in China sein sollen, und habe bereits Truppen unter Führung des Obersten Ono hingeschickt. Die Frage der „Kompensationen", von der wir vor acht Tagen sprachen, wäre also damit Wirklichkeit geworden. Aber man fragt wohl, wofür? Wenn nicht etwa

für das Vordringen der Russen in der Mongolei oder für das merkwürdige Vorgehen des General Chorwat, der am 1. Februar durch russische Soldaten, die in mongolische Uniformen gesteckt waren, den Jamen des chinesischen Präfekten in Luping angreifen ließ. Der Angriff wurde abgeschlagen, aber unter den Gefallenen fand man einen russischen Offizier neben 30 verwundeten Russen und Mongolen. So berichtet die „K. Z.", nach dem „Daily Telegraph". Es habe sich darum gehandelt, für Rußland Ost-Chalkas, einen Landstrich zu erwerben, der das wichtige Urga einschließt. Es sei nicht zu bestreiten, daß Rußlands Vorgehen in der Mongolei und Mandschurei eine gefährliche Lage nach sich ziehe, da die Landung chinesischer Revolutionäre in Takuschau, 150 km westlich vom Jalu, Japan in Aufregung versetzt habe, was wahrscheinlich zu schlimmen Folgen führen werde. Wenn Lupin mit Lubinfu der russischen Nachrichten vom 7. Februar identisch ist, hat die chinesische Garnison des Ortes inzwischen kapituliert. Diesen beunruhigenden Nachrichten gegenüber ist es sehr erfreulich, daß die Vereinigten Staaten ebenso wie wir den Standpunkt vertreten, daß in den chinesischen Angelegenheiten sämtliche Mächte zusammenzustehen hätten, um die Integrität Chinas aufrecht zu erhalten. Schließen sich England und Frankreich dieser Politik an, so ist gute Aussicht, daß ernste Verwicklungen sich werden abwenden lassen. Was sich nicht beseitigen läßt, ist der Gegensatz von Nord und Süd in China. In Sprache, Sitte und Temperament grundverschieden, fällt es den Führern außerordentlich schwer, einen Zusammenhang aufrecht zu erhalten. Juanschikai und Sunjatsen sind grundverschiedene Typen, und das gleiche gilt offenbar von den Generalen des Norden und Südens.

Einiges Aufsehen hat die Reise des Königs von Montenegro nach Petersburg gemacht. Man hat ihn offenbar ad audiendum verbum hinbeschieden, und es ist aufgefallen, daß während der im übrigen sehr herzliche Toast des Zaren sehr deutlich den Wunsch durchklingen ließ, daß Rußland eine friedliche Politik Montenegros wünsche, der König in seiner Antwort nicht vom Frieden, sondern von der „mächtigen Unterstützung" Rußlands sprach. Offenbar hat ihn die Freude über seine Ernennung zum General-Feldmarschall der russischen Armee die Friedensmahnung überhören lassen. Das wäre, wenn es sich in praktische Balkanpolitik umsetzte, sehr zu bedauern und, trotz der „machtvollen Unterstützung", für den König und sein Land sehr gefährlich.

Mit großem Bedauern hören wir von der Erkrankung des Grafen v. Ahrenthal. Es ist leider höchst unwahrscheinlich geworden, daß er in sein Amt wird zurückkehren können. Als mutmaßlichen Nachfolger nennt man den Grafen Khuen Hedervary, dem ein günstiges Vorurteil entgegenkommen würde.

In den italienisch-türkischen Beziehungen sind Veränderungen nicht eingetreten. Beunruhigend sind die Nachrichten, die aus Mexiko herüberklingen. Im nördlichen Teil des Staates Chihuahua ist in Cividad Juarez eine Meuterei ausgebrochen, die von dem General Pascual Orozko unterdrückt wurde, danach aber soll dieser General mit der Absicht eines Pronunziamento hervorgetreten sein, um Chihuahua zu einer unabhängigen Republik zu machen. Die Vereinigten Staaten, die als Folge eine Gefährdung ihrer sehr bedeutenden Interessen in Mexiko befürchten, haben beträchtliche Streitkräfte an den Grenzen aufgestellt, und das kann leicht zu Neutralitätsverletzungen und weiteren Komplikationen führen. Gleichzeitig ist nun ein Aufstand südlich von Mexiko unter Führung des Generals Zapata ausgebrochen, so daß Präsident Madero in Nöten ist, zumal er seiner Truppen nicht unbedingt sicher zu sein scheint. Der „Economist", dem diese Angaben entnommen sind, bemerkt dazu:

„Madero hat sich vernünftigerweise für engen ökonomischen Anschluß an die Vereinigten Staaten ausgesprochen, und nicht für das System der lateinisch-amerikanischen Allianzen, das jetzt durch einen argentinischen Publizisten vertreten wird, und Mexiko verhindern würde, fremdes Kapital zu erhalten. Aber Amerikanismus war eine der Beschwerden, die man gegen Präsident Diaz und gegen den Vizepräsidenten Corral geltend machte, der einst der nächste Präsident werden sollte."

Inzwischen ist am letzten Freitag eine französische Deputation aus Paris aufgebrochen, um dem englischen Beispiel folgend Petersburg und Moskau zu besuchen. Es sind die Vertreter der Munizipalität von Paris, lauter Mitglieder der radikalsozialistischen Partei. An ihrer Spitze der Präsident der Munizipalität Felix Roussel, der Vizepräsident César Caire, der Sekretär des Munizipalrats Barthélemy Robaglio, und dazu noch zwei andere Stadtsekretäre.

Sie werden Petersburg und Moskau in großer Aufregung finden, da im Augenblick die Affäre Hermogen, Iliodor und Rasputin alle anderen

Interessen in den Hintergrund drängt. Über den letztgenannten hatte der „Golos Moskwy" einen Artikel gebracht, der den sich hoher Protektion erfreuenden Geistlichen der schlimmsten sittlichen Vergehungen beschuldigt. Die Zeitungsnummer, die den Artikel brachte, wurde konfisziert, aber dadurch an die weiteste Öffentlichkeit gebracht, daß die Partei der Oktobristen eine Interpellation in der Duma veranstaltet, die den Artikel vollinhaltlich wiederholte. Da die Interpellation beantwortet werden soll, steht ein ungeheuerer Lärm bevor, und es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die Affäre Hermogen-Iliodor wieder lebendig wird.

In der zweiten Fastenwoche findet eine Sitzung der besonderen Kommission statt, welche die Frage der Berufung eines allrussischen Konzils zu beraten hat. Sie wird unter Leitung des Erzbischofs Antonius von Wolhynien tagen, und es sollen zahlreiche Archiereen ad hoc nach Petersburg berufen werden.

15. Februar. Sunjatsen legt die Präsidentschaft der chinesischen Republik nieder.
16. Februar. Demission des norwegischen Ministeriums Konow.
Juanschikai wird zum Präsidenten der chinesischen Republik ernannt.
17. Februar. Tod des Grafen Lexa von Ahrenthal.

---

21. Februar 1912.

Der Aufenthalt Lord Haldanes in Berlin während des 8.—11. Februar beginnt immer mehr den Charakter eines politischen Ereignisses zu gewinnen. In England haben Asquith und Sir Edward Grey, bei uns der Reichskanzler, in bestimmtester Weise sich dahin ausgesprochen, daß zwischen England und Deutschland Verhandlungen im Gange sind, die auf eine Beseitigung der Gegensätze hinarbeiten, die nunmehr über 10 Jahre lang zwischen beiden Nationen und beiden Regierungen bestanden haben. Auf beiden Seiten hat eine optimistische Stimmung über den wahrscheinlichen Ausgang dieser Verhandlungen den Pessimismus zurückgedrängt, der bisher der Grundton fast aller öffentlichen Kundgebungen war, die diesem schwierigen Problem galten. Speziell hervorheben möchten wir dabei die Haltung Sir Edward Greys, den wir uns gewöhnt hatten, als unseren eigentlichen Gegner zu betrachten. Er, wie der Prime Minister Asquith, haben auf das entschiedenste bestritten, daß die Flottenmanöver Englands im verflossenen Sommer und Herbst den Zweck gehabt hätten, einen Angriff auf Deutschland vorzubereiten oder einen Krieg zu provozieren. Wir haben das alle geglaubt, und daraus hat sich die tiefe Erbitterung erklärt, die durch unser Volk ging. Für die Berechtigung dieses Glaubens hatten wir die bestimmten Angaben eines englischen Offiziers und Wahrscheinlichkeiten anzuführen, die durch die Sprache größerer französischer Blätter, welche über die englische Kriegsmacht verfügten, als ob sie das Kommando über Englands Heer und Marine hätten, noch glaubhafter gemacht wurden. Jetzt, da Asquith und Grey feierlich vor der großen Öffentlichkeit des englischen Parlaments, dem sie für die Wahr-

haftigkeit ihrer Aussagen verantwortlich sind, versichert haben, daß es sich um eine Legende, nicht um Tatsachen handelt, daß Angriff und Provokation keinen Augenblick in der Absicht der Regierung gelegen haben, wäre es völlig ungerechtfertigt, wenn unsererseits an der Legende und an der diesen Erklärungen entgegengesetzten Behauptung festgehalten werden sollte. Ein wesentliches Hindernis ist damit weggeräumt worden, und der Erwartung das Feld freigegeben, daß es sich bei den Verhandlungen, die im Gange sind, nicht darum handelt einen Riß notdürftig zu verkleben, sondern um einen Ausgleich, der verspricht von Dauer zu sein. Kommt es dazu, so stehen wir vor einer neuen Weltlage, die sowohl uns wie England eine Freiheit der politischen Aktion zurückgeben muß, die bisher durch das Gewicht der Macht des anderen Teils sehr wesentlich beeinträchtigt wurde. Sollten dagegen, was wir nicht hoffen wollen, die Verhandlungen scheitern, so muß die Folge eine wesentliche Verschärfung der Weltlage sein, und die Gefahr liegt nahe, daß bei der ungeheuren Menge von Zündstoff, der in der ganzen politischen Welt bereitliegt, in irgendeinem Winkel — wie 1875 in der Herzegowina — ein Feuer ausbricht, das nicht mehr gedämpft werden kann.

Es muß aber hüben und drüben vor übertriebenen Erwartungen gewarnt werden. Ganz auszuschließen ist die Mutmaßung, daß eine Wandlung in dem Bestande der beiden großen politischen Kombinationen Europas eintritt. Dreibund und Tripelentente werden fortbestehen, nur würde, wenn die Schwierigkeiten zwischen England und Deutschland weggeräumt sind und in Frankreich der Glaube schwindet, daß auch bei einer aggressiven Politik auf England als französischen Bundesgenossen zu rechnen sei, der Charakter der Tripelentente sich modifizieren. Mit der Lösung der Marokkofrage, soweit sie die deutsch-französischen Beziehungen betrifft, hat sich die Haltung Englands notwendig geändert, es hat jetzt keine Verpflichtungen mehr zu erfüllen, die auf den Vertrag vom 8. April 1904 zurückgehen, dessen antideutsche Spitze ja unverkennbar war. Die Verhandlungen, die jetzt geführt werden, sind im Grunde die natürliche Folge dieser Tatsache.

Auch vor den Gerüchten über den Gegenstand der schwebenden Verhandlungen möchten wir warnen. Bisher ist darüber aus authentischer Quelle nichts an die Öffentlichkeit gedrungen, und was in unsern wie in den englischen und französischen Blättern darüber gesagt

worden ist, hat nur den Wert von Mutmaßungen, über deren Wahrscheinlichkeit sich streiten läßt. Unverkennbar aber ist die Mißgunst, mit der zumal die französische Presse die Symptome einer englisch-deutschen Annäherung begleitet. Typisch dafür ist ein Leitartikel des „Journal des Débats" vom 18. Februar. Er geht von den „oratorischen Kundgebungen" in England und Deutschland aus, die ziemlich eintönig dasselbe Thema variiert hätten: Beseitigung der Atmosphäre des Mißtrauens, die den Horizont verfinstert habe, und Bemühen, eine Grundlage zur Herstellung von Beziehungen zu finden, die das Vertrauen zwischen beiden Nationen wieder erneuert. Das Merkwürdige aber sei die selbstgerechte Sprache der deutschen Presse.

„Unsere Kollegen jenseits des Rheins scheinen Agadir und die Hartnäckigkeit vergessen zu haben, mit der ihre Regierung bemüht gewesen ist, jede günstige Gelegenheit zu ergreifen, um einen wirksamen Druck auf eine fremde Regierung auszuüben. Wenn man sie hört, müßte man glauben, daß andere Regierungen und unter ihnen England dem unschuldigen Deutschland Bürgschaften für ihre friedliche Gesinnung zu geben haben. Wie mag Herr v. Kiderlen lachen, wenn er diese Artikel von Publizisten liest, die mehr ergeben, als auf die historische Wahrheit bedacht sind? Aber so tendenziöse Darlegungen sind nichts weniger als harmlos: sie schaffen Legenden, welche Wurzeln fassen. Das kann im kritischen Augenblick von außerordentlicher Wichtigkeit werden. Es ist Gewohnheit der deutschen Regierung, die öffentliche Meinung der Nation gegen fremde Staaten auszuspielen, sie beruft sich auf ihre öffentliche Meinung, um dies zu fordern und jenes zu verweigern, und ist der Meinung, daß die Fremden deshalb stets nachgeben müssen.

Sir Edward Grey hat gestern sehr richtig gesagt: es ist nicht schwer, die Wahrheit zu sagen, aber schwierig, ihr Glauben zu schaffen. Es gibt aber Wahrheiten, an welche die deutsche Regierung nicht glauben will. So will sie nicht, daß man glaubt, daß im letzten Juli Frankreich und England legitime Vorsichtsmaßregeln ergriffen, um ihre vitalen Interessen zu verteidigen. Dagegen hält sie hartnäckig die Legende aufrecht, daß damals England einen überraschenden Angriff auf Deutschland vorbereitete. Angebliche Enthüllungen eines englischen Offiziers über Operationen der englischen Flotte mußten dieser These als Vorwand dienen. Alle Menschen von gesundem Verstande, die sich die

Mühe geben nachzudenken, werden leicht einsehen, daß in einem Zeitpunkt, da Deutschland den denkbar stärksten moralischen Zwang auf Frankreich ausübte, Frankreich und seine Freunde natürlich einige elementare Vorsichtsmaßregeln treffen mußten."

Diese Vorsichtsmaßregeln habe man zu Angriffsplänen gemacht, und obgleich Asquith, Lord Crewe und Sir Edward Grey „mit Leidenschaftlichkeit" dagegen protestiert hätten, sei es nicht wahrscheinlich, daß man in Deutschland ihrem Wort glauben werde.

„Es scheint vielmehr, daß man in Berlin im Publikum die Idee aufrechterhalten will, daß England den Deutschen eine Kompensation schuldig sei. Wir glauben nicht, daß diese Taktik in London Glück haben wird. Die Zeit der freiwilligen Kompensationen ist gewesen.

Die britischen Staatsmänner sind nicht so leichtgläubig, wie einige unserer Staatsmänner. Im Verlauf der sehr interessanten Verhandlung im Hause der Lords am 14. Februar haben einige Redner sehr treffend bemerkt, daß England keinerlei Grund habe, wie einige verlangen, mit Deutschland über ein allgemeines Abkommen zu verhandeln, das Gott weiß, welche Zugeständnisse in sich schließe. Lord Lansdowne hat das eingehend ausgeführt. Er hat gezeigt, weshalb England 1904 an einem allgemeinen Abkommen mit Frankreich interessiert war, mit dem es zahlreiche Streitigkeiten hatte, die beseitigt werden mußten, damit das von beiden Seiten gewünschte herzliche Einverständnis zustande käme. Deutschland gegenüber ist die Lage eine ganz andere. Eine Reihe von Spezialkonventionen hat die Differenzen in allen Teilen der Welt beseitigt. Andererseits ist England an ein System von Freundschaften gebunden, die es erklärt hat unerschütterlich aufrecht zu erhalten. Einem Abkommen mit Deutschland fehlt daher jede Basis. Es sind nur die Nebel des Mißtrauens und des Verdachts zu beseitigen, von denen Sir Edward Grey gestern sprach. Damit das geschehe, muß man aber in Berlin ebenso dazu bereit sein, wie in London."

Die durchsichtige Tendenz dieses Artikels, der vor allem ein business understanding fürchtet, aber schwerlich in London Eindruck machen wird, tritt noch sehr hübsch in folgendem Telegramm der „Débats" hervor:

Berlin, den 17. Februar. „Ich erhalte aus sehr sicherer Quelle die Bestätigung der Nachricht, daß Herr v. Kiderlen in nächster Zeit zurücktritt. Seine Verabschiedung soll seit seiner Reise nach Rom ent-

schieden sein und dürfte mit der Ernennung des Nachfolgers von Graf Ahrenthal zusammenfallen." Gezeichnet W. M.

Die „Débats" werden wirklich gut tun, sich einen zuverlässigeren Berliner Korrespondenten anzuschaffen. Der gute Mann ist offenbar düpiert worden. Im übrigen erlauben wir uns, die „Débats" zu ihrer Belehrung über die Agadirfrage auf die vortrefflichen Ausführungen des Staatssekretärs im Reichstage aufmerksam zu machen. Da Graf Berchtold inzwischen an die Stelle des Grafen Ahrenthal ernannt ist, wird Herr W. M. sich einen anderen Termin für den Rücktritt des Staatssekretärs zurechtlegen müssen. Wenn er vorsichtig ist, legt er ihn recht weit.

Die Nachricht des „Standard", die wir vor acht Tagen über bevorstehende Umwälzungen im britischen Kabinett brachten, haben sich bisher nicht bestätigt. Die Einigkeit im Kabinett, speziell soweit die auswärtige Politik in Frage kommt, ist vollständig wieder hergestellt, und die Rede, durch welche Mr. Asquith die Hoffnungen ankündigte, die sich an die Mission Haldane knüpfen, sind von ihm Wort für Wort nach einem vorher im Kabinett festgestellten Text verlesen worden, was ihre Bedeutung natürlich noch wesentlich erhöht. Die Glasgower Rede Churchills, in welcher die deutsche Flotte als ein Luxus bezeichnet wurde, ist wirkungslos verpufft, wie wir voraussetzten. Gefährdet ist die Stellung des Primierministers nur unter der einen Voraussetzung, daß das Parlament sich dafür entscheidet, das Wahlrecht auf die Frauen zu übertragen. Daß das geschehen sollte, ist, soviel sich heute erkennen läßt, höchst unwahrscheinlich. Auch entschieden links stehende Blätter sprechen sich gegen diese „revolutionäre" Maßregel aus. Die Sorge des Augenblicks aber ist der nach neun Tagen erwartende Beginn des Ausstandes der Grubenarbeiter, der England mit einer sehr ernsten wirtschaftlichen und sozialen Kalamität bedroht. Es ist kaum noch Aussicht, daß die Gefahr vorüberzieht, und der Optimismus beschränkt sich darauf, daß die Mittel der Ausständigen, in Summa 1 784 358 Lstr., nicht länger als drei Wochen reichen werden und danach wieder normale Verhältnisse eintreten können. Die Hoffnung der Grubenarbeiter, daß ein Weltstreik all ihrer Berufsgenossen ihnen zu Hilfe kommen werde, ist glücklicherweise ohne Aussicht auf Verwirklichung. Man kann die armen irregeleiteten Menschen nur bedauern, denn das Elend wird groß sein. Aber die Erfahrungen, welche ihnen

die Niederlage bringen wird, ist vielleicht das einzige, das die Tyrannei ihrer doktrinären Führer brechen kann.

Die sehr beachtungswerten Bemerkungen, die Sir Edward Grey am Sonnabend in Manchester über den bevorstehenden Streik der Kohlenarbeiter gemacht hat, haben auch deshalb großes Aufsehen gemacht, weil Sir Edward hier zum ersten Male eine Frage, die nur ganz indirekt in Zusammenhang mit seinem Ressort steht, öffentlich zur Diskussion stellte.

„Die Lage, sagte er, ist eine derartige, daß sie zur größten nationalen Katastrophe in unserer Geschichte führen kann. Sie kann unseren gesamten nationalen Wohlstand niederdrücken, wenn der Streik lange dauert, und es fragt sich, wieviel davon sich wird wiedererwerben lassen."

Er erklärte, daß es ihm unpassend scheine (indecent), jetzt von anderen Dingen zu reden, obgleich er vom Reden über diese Krisis vor der Öffentlichkeit nicht viel Gutes erwarte, aber er hoffe, daß Privatgespräche vielleicht Gutes herbeiführen könnten. Komme es zum Streik, so werde man am Abschluß desselben weiser sein als zu Anfang, aber man werde die Lektion in der Schule der Erfahrung gelernt haben. Sie lehre, was sonst niemand lehren könne, aber diese Schule habe drei Schattenseiten: sie sei erstens außerordentlich kostspielig, zweitens gehe sie nicht sparsam mit der Rute um, drittens aber pflege sie, wenn Leute in dieser Schule Lektionen lernen wollen, die sie besser vorher gelernt hätten, die Rute nicht nur gegen diejenigen zu brauchen, welche die Hauptschuldigen sind, sondern die ganze Schule durchzupeitschen.

Nun liegen die Dinge im Augenblick so, daß am 29. die Arbeitseinstellung stattfindet, falls nicht in letzter Stunde noch ein Ausweg gefunden wird. Daß dies geschieht, ist nicht unmöglich. Fünf Vertreter der Grubenbesitzer und fünf Arbeiter, beide Gruppen den für eine Abwendung des Ausstandes bemühten Kreisen angehörend, tagen in tiefstem Geheimnis, durch Ehrenwort gebunden, von ihren Verhandlungen nichts verlauten zu lassen. Alle unsere Sympathien gehören ihnen und ihren patriotischen Bemühungen.

In Frankreich ist eine heiß von allen Freunden der Ordnung ersehnte Wahlreform angenommen worden. An Stelle der Majoritätswahlen nach Arrondissements treten Departementswahlen mit Listenskrutinium, bestimmt, den gar nicht zur Geltung kommenden Minoritätsparteien — es sind in Frankreich die Parteien der Rechten:

Monarchisten, konservative Republikaner und Katholiken — auch eine Vertretung zu sichern und dem Mißbrauch ein Ende zu machen, der die kleinen Interessen der Kreise über die allgemeinen Landesinteressen setzte. Das bedeutet einen großen Erfolg für das Ministerium Poincaré.

Immer größeres Interesse richtet sich auf den Orient. In betreff der italienisch-türkischen Angelegenheiten steigt die Hoffnung auf eine gemeinsame Vermittlung der fünf nicht direkt beteiligten Großmächte. Der berüchtigte Londoner Korrespondent der „Nowoje Wremja" Herr Wesselitzki, hat freilich ein anderes Rezept. Auf Grund einer Meldung des „Daily Telegraph" über Äußerungen des Königs von Montenegro plädiert er für ein Bündnis der Türkei mit den Balkanstaaten — also für das alte Iswolskische Programm — und knüpft daran die folgenden giftigen Bemerkungen:

Obgleich die Türken sehen, daß Österreich die Albaner und Mazedonier zum Aufstande antreibt und sich selbst vorbereitet, den Sandschak zu besetzen, wenn möglich auch Serbien und Mazedonien, scheuen sie sich, zu dem einzigen Rettungsmittel zu greifen und sich den Balkanstaaten zu nähern!!

Die Angriffe auf das russische auswärtige Amt werden von der „Nowoje Wremja" mit großer Energie fortgesetzt. Sie spricht vom „ministère étranger aux affaires" — was freilich ein etwas abgegriffenes Witzwort ist, klagt über die Kleinmütigkeit der russischen Diplomaten England gegenüber in Persien und verlangt die Annexion der Mongolei und der nördlichen Mandschurei gegen Abtretung der südlichen Mandschurei an Japan. Nun scheinen gerade jetzt Verhandlungen zwischen England und Rußland zur Beilegung ihrer persischen Differenzen stattzufinden, die, wie sich hoffen läßt, in Vereinbarungen ausmünden, welche die Integrität des persischen Territoriums sichern; auch steht fest, daß beide Mächte bemüht sind, gemeinsam der persischen Regierung durch eine Anleihe zu Hilfe zu kommen, was kombiniert mit anderen Tatsachen dafür spricht, daß der durch die Ereignisse in Frage gestellte ursprüngliche Tenor des Abkommens von 1907 wieder in Wirksamkeit gesetzt werden soll, und zeigt, daß in Petersburg nicht eine schärfere, sondern eine mildere Praxis in persischen Angelegenheiten in Aussicht genommen und den englischen Wünschen Rechnung getragen wird. Was aber China betrifft, so scheint uns, daß durch die am 12. Februar erfolgte Abdankung der Dynastie

und die Übernahme der Regierung der chinesischen Republik durch Juanschikai eine neue Lage geschaffen ist, mit der die russische Politik ohne Zweifel wird rechnen müssen, und die eine neue Orientierung derselben zur Folge haben könnte. Es ist nicht anzunehmen daß die neue Republik das Gelb und Blau aus ihrer Fünffarbenfahne ohne Widerstand sich wird nehmen lassen. Blau ist die Farbe der Mongolei, gelb die der Mandschurei. Ohne einen Krieg, der den inneren Zusammenschluß Chinas nur beschleunigen könnte, sind die Provinzen der großen „Republik der Mitte der gesitteten Welt" nicht zu haben. Gegen diesen Krieg und für Aufrechterhaltung der Integrität Chinas aber sind alle Mächte, vielleicht mit Ausnahme von Japan, dessen Politik schwankend und zweideutig ist, so daß eine russische Annektion mindestens auf einen sehr starken moralischen Widerstand stoßen würde. Zwischen Sunjatsen und Juanschikai hat eine in klassischen chinesischen Höflichkeitsformeln abgefaßte Korrespondenz stattgefunden, die dahin ausmündete, daß Juanschikai die Republik anerkannt hat und zum provisorischen Präsidenten von dem in Nanking tagenden Parlament gewählt würde, während Sunjatsen und die provisorische Regierung in Nanking demissionierten. Ein Gegensatz besteht noch insofern, als der Süden Nanking zur Hauptstadt des Reiches machen will, während Juanschikai erklärt, Peking nicht verlassen zu können. In der Bestimmung der Hauptstadt haben übrigens die auswärtigen Mächte insofern mitzureden, als durch Protokoll vom 7. September 1901 bestimmt wurde, daß das Gesandtschaftsviertel in Peking zu ihrer ausschließlichen Verfügung stehen solle und ihnen gestattet wurde, es zu verteidigen. Daraus folgt aber indirekt, daß der Sitz der Gesandtschaften auch die Hauptstadt von China bleiben muß. Es wird also unter allen Umständen einer Zustimmung der Mächte bedürfen, falls eine Verlegung der Hauptstadt erfolgen sollte.

Wie dem auch sei, es läßt sich nicht leugnen, daß der Sturz der Dynastie die Folge einer fast dreihundertjährigen Gewaltherrschaft war, die als Fremdherrschaft empfunden wurde, und die seit lange ein System schlimmster Korruption darstellte. Wir wünschen der neuen Republik das Beste und glauben auch, daß Juanschikai unter den heutigen Chinesen der einzige Mann ist, der Geschick und Erfahrung in ausreichendem Maße besitzt, um dem Lande aus den ungewöhnlichen Schwierigkeiten, den inneren wie den auswärtigen, zu einem leidlichen Ausgange zu

verhelfen. Die Chinesen im Auslande, speziell in Australien und in Amerika sind voller Freude über die bisherigen Errungenschaften und haben viel zu den Erfolgen Sunjatsens beigetragen; es kann kein Zweifel sein, daß die neue Staatsform populär ist. Wohl aber bleibt abzuwarten, wie sie sich bewährt, und nächst der Aufgabe, die vielfach aus den Fugen gegangene Ordnung wiederherzustellen, kommt der Frage der Finanzierung und der damit in Zusammenhang stehenden Verteidigung des Staates, die größte Bedeutung zu.

Der überraschend schnell erfolgte Tod des Grafen Ährenthal ist hier tief bedauert worden. Er war ein Mann von reichen Gaben und starkem Willen. Auch in England und Frankreich läßt ihm die Presse volle Gerechtigkeit widerfahren. In Frankreich mit der Begründung, daß er in letzter Zeit begonnen habe, sich dem deutschen Einfluß zu entziehen, was ja an der Seine als ein Verdienst gilt und zu den Legenden gehört, an die man glaubt, weil man sie glauben will. Graf Berchtold, der als ein Schüler Ährenthals gelten kann, ist auf den ausdrücklichen Wunsch des Verstorbenen zu seinem Nachfolger ernannt worden.

22. Februar. Wiedereröffnung des italienischen Parlaments.
23. Februar. Die italienische Kammer nimmt das Dekret über Annektierung von Tripolitanien und Cyrenaika an, am 24. der Senat.
25. Februar. Tod des Großherzogs von Luxemburg.
26. Februar. Streik englischer Bergarbeiter.

28. Februar 1912.

Es sind merkwürdige Strömungen, die jetzt durch die öffentliche Meinung Frankreichs ziehen, soweit sie durch die Pariser Presse zu uns herüberklingen. Während einerseits die Organe der französischen Militärkreise mit erneuter Feindseligkeit ihre gehässigen Angriffe gegen Deutschland weiter zuspitzen, finden wir sehr kritisch gehaltene Betrachtungen über die politischen Beziehungen Frankreichs zu Rußland und eine noch kritischere Würdigung der inneren russischen Zustände, dazu den Ausdruck unverhüllten Mißtrauens wegen der Verhandlungen, die zwischen Berlin und London gepflogen werden, der in leidenschaftlichen Angriffen auf den Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter ausklingt, und endlich werden in einem Teil der Presse die gegen Delcassé in seiner Eigenschaft als Marineminister erhobenen Vorwürfe mit verdoppelter Energie wieder aufgenommen. Wir wollen für heute etwas eingehender bei dem russischen Teil dieses reichen Programms verweilen. Unter dem Titel „russische Geheimnisse" bringt der „Eclair" eine Betrachtung, welche ausführt, daß man in Frankreich die Gewohnheit aufgegeben habe, die russischen Angelegenheiten zu studieren, während doch die nächste Sorge eines russischen Patrioten die Beantwortung der Frage sein müßte, was kann Frankreich für Rußland tun, und umgekehrt die jedes Franzosen, was haben wir von Rußland zu erwarten. Hundert Jahre seien jetzt hingegangen, seit beide Mächte im schrecklichsten aller Kriege einander gegenüberstanden, aber immer noch sei trotz aller Wandlungen, welche die Zeit gebracht habe, zutreffend, was Napoleon in St. Helena gesagt habe:

„Gibt es einmal in Rußland einen Kaiser, der tapfer, ungestüm, fähig ist, mit einem Wort, einen Zaren „qui ait de la barbe au menton", so gehört ihm Europa."

Und schon 1801 sagte er:

„Frankreich kann nur mit Rußland alliiert sein. Diese Macht beherrscht das Baltische und das Schwarze Meer, sie hat die Schlüssel Indiens. Der Kaiser einer solchen Nation ist in der Tat ein großer Fürst."

Frankreich sei nun instinktiv dem Rat Napoleons gefolgt, aber der Enthusiasmus seiner Hoffnungen sei durch die Tatsachen nicht bestätigt worden; der Sieg der Japaner, die Desorganisation des Reichs durch die Revolution und was danach folgte, sei wohl dazu angetan, Frankreich zu ernüchtern (à nous dégriser des chimères de l'entente cordiale). Jetzt werde wieder von vorne angefangen, aber man sei wohl berechtigt, sich darüber zu orientieren, wie es beim Partner ausschaue. Von weitem gesehen, scheine es so zu liegen, daß Rußland resigniert und fest entschlossen sei, untätig zu bleiben und alle Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, um nicht in einen europäischen Konflikt hineingezogen zu werden. Der Kaiser denke an seine Krone, an Gefahren denen er entgangen ist, an andere, die in Zukunft drohen, und richte seine Blicke auf Kaiser Wilhelm, der ja überall der Verteidiger wankender Throne sei (providence des trônes en détresse). Schon habe man die Truppen, die Polen besetzt hielten, unter dem Vorwande schöner strategischer Erwägungen zurückgezogen und eine rein defensive Stellung eingenommen, es sei, ganz abgesehen von den Fehlern, deren Schuld Frankreich zufalle, zu fürchten, daß Rußland, paralysiert durch ein, wie es scheine, unheilbares Leiden, in volle Apathie zurückfalle. Das System Stolypin habe durch einen Mord seinen Abschluß gefunden und das unermeßliche Reich in voller Unordnung zurückgelassen. Es fehle an Vertrauen, an Gerechtigkeit, an Verwaltungstätigkeit, an Wohlstand und, was das schlimmste sei, an einem Ziel und an einem Ideal. Stolypin habe einige Tausend seiner Landsleute am Galgen enden lassen, Hunderttausende ins Gefängnis geworfen, ganz Rußland blutig terrorisiert und durch ausschließliche Begünstigung des russischen Nationalismus auf Kosten der Fremdvölker, wie es scheine, den Zerfall (la dislocation) unvermeidlich gemacht. Was sei unter diesen Umständen im Fall eines ernsten Krieges für Frankreich von Rußland zu erwarten? Wäre es nicht eine Niederlage,

die im voraus durch die sofortige Meuterei der besten Teile der Armee feststehen würde?

Dazu komme aber noch die steigende Sorge um die Lebensfähigkeit der orthodoxen Kirche „qui se meurt ou est déjà morte".

„Wenn die religiösen Bande, die einer so unkultivierten halbbarbarischen Masse unentbehrlich sind, gelockert oder zerrissen werden, was bleibt da übrig, da die Bureaukratie sich durch ihre Ungesetzlichkeit und ihre Unredlichkeit vollends diskreditiert, und die höchste Autorität des Kaisers der undisziplinierten Unzufriedenheit der Massen gegenüber nur noch als ein brüchiges Hindernis entgegensteht."

Illustriert wird dieses übermäßig pessimistische Bild durch einen Artikel des „Correspondant" (alte klerikal-royalistische Halbmonatsschrift) „La crise de l'orthodoxie russe à propos d'un scandale récent", der die Affäre Hermogen, Iliodor und Rasputin (fakir libidineux) überaus drastisch, aber an der Hand guter Quellen behandelt. Wir ziehen es vor, diese schon mehrfach berührte Frage an der Hand zweier französischer Blätter zu behandeln, die von vornherein pessimistischer Färbung unverdächtig sind, sobald es sich um russische Angelegenheiten handelt. Die „Débats" bringen in ihrer Nummer vom 23. Februar eine Lettre de Russie, die aus Petersburg datiert, aber höchst charakteristischerweise die schlimmste dieser „Affären", die Rasputins, mit Stillschweigen übergeht, und der „Temps" am 25. Februar eine Korrespondenz aus Moskau, die kein Blatt vor den Mund nimmt und, soweit es möglich war, sie nach russischen Quellen zu kontrollieren, vortrefflich orientiert ist. Danach stellt sich der Zusammenhang folgendermaßen dar: Der Bischof von Saratow und Zaritzyn Hermogen, ein kirchlicher Eiferer, dessen asketische Richtung einen nicht unbedenklichen Charakter trägt, hatte sich zum Protektor eines Mönches Iliodor gemacht, dessen feurige Beredsamkeit auf die Bevölkerung der Wolgagegend eine aufregende und aufreizende Einwirkung ausübte. Wir haben dieser Beziehungen mehrfach gedacht (Deutschland und die große Politik. Jahrgang 1911, S. 179—180, 253, 264, 294). Eine Zeitlang glückte es Hermogen, der zugleich Mitglied des heiligen Synod war, ihn durch seinen Einfluß zu decken. Aber der Bischof beging den Mißgriff, diesen Schutz zeitweilig auch auf einen sibirischen Bauer auszudehnen, der sich durch mystisch-sinnliche Frömmigkeit, etwa nach Art der Flagellanten, in den Kreisen der vornehmen Petersburger Gesellschaft einen

für unser Empfinden völlig unverständlichen Einfluß zu sichern verstanden hatte. Der Mann hieß Rasputin, war völlig ungebildet und galt für inspiriert, gab sich aber bald solche Blößen, daß Hermogen sich von ihm lossagte und auf das lebhafteste im Heiligen Synod den Antrag bekämpfte, ihm die geistlichen Weihen zu verleihen. Dies gab den Anlaß zum Sturz Hermogens; seine Gegner im Synod taten sich zusammen und setzten durch, daß er auf Grund von Beschwerden, die mit dem Fall Rasputin nichts zu tun hatten, nach Saratow zurückgeschickt wurde. Der Bischof gehorchte jedoch nicht, wandte sich telegraphisch an den Zaren und ließ in der Presse für sich agitieren. Zugleich suchte der gerade damals in Petersburg anwesende Iliodor die Massen für Hermogen in Bewegung zu setzen. Nun machte der Heilige Synod ernst. Hermogen wurde als Bischof abgesetzt und in das Kloster Chirowitzy im Grodnoschen verschickt, Iliodor nach Florischtschewo in ein Kloster verbannt, dessen Abt durch die Strenge seiner Disziplin bekannt war.

Am Platze aber blieb unbehelligt Rasputin. Es ist überaus charakteristisch, wie eine Reihe der einflußreichsten Blätter für die Gemaßregelten und gegen Rasputin Partei ergriff. Ein angesehener Landschaftsbeamter, Nowosselow, verlangte in einer Zuschrift an den „Golos Moskwy" vom Heiligen Synod in Sachen Rasputins verhört zu werden; die betreffende Nummer wurde konfisziert und ebenso die Abendausgabe der „Nowoje Wremja", die jenen Brief abgedruckt hatte. Auch ging allen Zeitungen ein Verbot zu, irgendetwas über Rasputin zu schreiben. Unsere Leser werden sich erinnern, daß darauf von den Oktobristen eine Interpellation in der Duma eingebracht wurde, der alle Parteien zufielen, die aber bis heute nicht beantwortet worden ist. Umgehen aber läßt sich die Beantwortung nicht, und die Lage ist für den Heiligen Synod jetzt noch dadurch wesentlich verschlimmert worden, daß inzwischen das orthodoxe Moskau für Hermogen und gegen den Synod aufgetreten ist. In dem noch fortbestehenden Organ der Slavophilen, den „Moskowskija Wjedomosti", ist ein Artikel erschienen, der dem Heiligen Synod den Charakter einer kanonischen Institution abspricht, ihm vorwirft, daß er von höfischen Einflüssen abhängig und in dem Falle Hermogen zugleich Partei und Richter gewesen sei. Das Schreiben gipfelt in der Forderung, daß ein Konzil berufen werde. Unterzeichnet ist der Artikel von Feodor und Peter Ssamarin, Nowosselow, Druschinin, Chomjäkow, lauter Namen, die einen lauten Klang haben.

Der Moskauer Korrespondent des „Temps“ betont sehr nachdrücklich, daß Rasputin vom Hof unterstützt wird, und schließt mit den Worten:

„Diese Einflüsse von oben her sind nicht das am wenigsten Charakteristische an diesen Tatsachen. Sie geben ihnen vielmehr jenen doppelten und verwirrenden Charakter, zugleich religiös und politisch zu sein, der den Slavisten in Moskau und den Parlamentariern in Petersburg eigentümlich ist.“

Die letztere Bemerkung ist ohne Zweifel richtig. Die Verquickung von nationalistischen und religiösen Motiven hat in der inneren Politik Rußlands überall mitgespielt, wo sie in Berührung mit Elementen trat, die der abendländischen Kultur näherstanden als der russisch-orientalischen, wo aber diese Zusammenarbeit russifizierender und konvertierender Bestrebungen noch nicht erfolgt ist, wird sie, wie z. B. in Finnland, mit Sorge erwartet. Das erklärt auch den zähen Widerstand, den die Finnländer, schwedischer wie finnischer Herkunft, der nur scheinbar selbstverständlichen politischen und bürgerlichen Gleichberechtigung der Russen in Finnland entgegensetzen. Russen als Schulkinder führen die Russifizierung der Schule mit sich, für die Befriedigung ihrer konfessionellen Bedürfnisse entsteht eine russische Kirche in der Nachbarschaft und danach das Bedürfnis, ihr eine Gemeinde zu schaffen; sobald aber Russen berechtigte Mitglieder des finnländischen Landtages werden, spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß der Anspruch ersteht, die Reichssprache ebenso zur Verhandlungssprache zu machen, wie es in den Behörden zum Teil schon geschehen ist. Am 1. März tritt der finnländische Landtag zusammen, und es läßt sich voraussehen, daß die Regierung mit ihren Vorlagen auf fast einmütigen Widerspruch stoßen wird. Man kann diese Wendung im wohlverstandenen Interesse Rußlands nicht genug bedauern. Es ist mutatis mutandis dieselbe Politik, die in den Ostseeprovinzen die Letten und Esten zur Revolution des Jahres 1905 erzog, und die bereits in Finnland eine nicht unbedeutende sozialdemokratische Partei herangebildet hat.

Man versteht nach diesen Erfahrungen den Jubel nur schlecht, mit dem national-russische Blätter in Russisch-Polen die Bildung einer neuen Partei begrüßen, die sich nach ihrem Organ „Zaranie“ (die Morgenröte) nennt und ihre Spitze zunächst gegen Geistlichkeit und Adel wendet.

„Es ist", jubelt der „Golos Moskwy", „eine nicht zu bezweifelnde Tatsache, daß im heutigen Polen mehr als ausreichendes Material für eine ständische, politische und kirchliche Reformation vorhanden ist. Welche Formen diese Reformation annehmen wird, muß eine nahe Zukunft zeigen, aber Polen macht jetzt Zustände durch, die denen gleichen, welche das katholische Deutschland in den Tagen Luthers durchlebte. Für uns Russen ist diese Bewegung dadurch interessant, weil vor unseren Augen auf die Arena des politischen Lebens eine neue, uns bisher unbekannte Kraft tritt — das polnische Volk, das wir so wenig kennen. Unzweifelhaft ist dieses Volk nicht so von Chauvinismus durchtränkt wie die polnische Schlachta, noch so von Haß gegen Rußland und gegen das russische Volk erfüllt, wie der polnische Adel und die polnische Geistlichkeit wünschen."

Uns scheint die Zukunft eine andere Perspektive zu zeigen, wenn, wie der Artikel befürwortet, die Regierung diese Bewegung fördert: Nicht Reformation, sondern einen Bauernkrieg, erhitzt durch Klassenhaß und religiöse Gegensätze und das gibt eine Kombination, die um so gefährlicher werden müßte, als sie ohne jeden Zweifel nach Kleinrußland hinübergreifen würde. Parallel damit geht eine ebenfalls auf nationalistische Motive zurückzuführende Wendung gegen Österreich-Ungarn. Aufgefallen ist die außerordentliche Schärfe, mit der die „Nowoje Wremja" den Statthalter von Bosnien und der Herzegowina und Finanzminister Bilinski angreift, den sie konsequent Pan Bilinski nennt und als Renegaten des Russentums behandelt.

„Man hat ihn gerufen, um jene unglücklichen Serben in Bosnien und in der Herzegowina zu bevormunden, die sich bereits drei Jahre der Wonne einer Pseudo-Selbstverwaltung unter austro-ungarischer Geißel erfreuen. Der geschworene Feind der Rechtgläubigkeit und der orientalischen (sic!) Kultur, die auf dem Fundament kyrillo-methodiusscher Schrift erwachsen ist, soll ein Land regieren, in welchem die Hälfte der Bevölkerung rechtgläubig ist, das Selbstverwaltungsrecht für Schule und Kirche besitzt und dazu alle historischen Rechte, um darauf zu bestehen, daß die kyrillische Schrift als die offizielle in Bosnien und der Herzegowina anerkannt wird.

Man muß die Ernennung Bilinskis zum Mitglied der gemeinsamen Reichsregierung neben der Berufung Berchtolds als ein

sehr zu beachtendes Symptom des neuen Kurses in Österreich-Ungarn betrachten."

Beachtenswert scheinen uns vielmehr die Reflexionen der „Nowoje Wremja". Seit wann erscheint es gerade ihr ungeheuerlich, daß der Verwalter einer Provinz, in Rußland etwa ein General-Gouverneur, anderer Konfession ist als die Mehrzahl der Bevölkerung seines Verwaltungsgebietes, und seit wann erkennt sie historische Rechte an? Sie hat stets die entgegengesetzte Ansicht vertreten, und ebenso ist die Praxis und Theorie der russischen Staatsverwaltung gewesen und geblieben. In dieser Hinsicht hätte die „Nowje Wremja" allen Grund zu schweigen. Was aber die Ernennung des Grafen Berchtold zum Minister des Auswärtigen betrifft, so sind ihre Äußerungen erst recht auffällig, und gewiß finden sie keine Billigung im Auswärtigen Amt zu Petersburg. Aber das wird Herrn Pilenko wohl gleichgültig sein, da er in seiner jüngsten Auslassung dieses diplomatische Ressort folgendermaßen charakterisiert:

„Wir wiederholen es, in unserem Ministerium des Auswärtigen versteht man nicht die geringste Kanzleiarbeit zu verrichten. Die russische öffentliche Meinung stellt als Ideale für unsere Diplomatie Talleyrand und Metternich hin. Offenbar wäre es zeitgemäßer, Akaki Akakiewitsch (der traurige Held aus Gogols tragikomischer Novelle „Der Mantel") zu wählen. Er war doch wenigstens ein guter Tschinownik."

Es ist in der Tat erstaunlich, heutzutage die russische Presse zu verfolgen. Es gibt nichts in Rußland, was sie nicht als verdorben und unbrauchbar hinstellt, und keine Maßregel der Regierung, die vor ihrem Auge Gnade findet, es sei denn, daß es sich darum handelt, dort die Fundamente zu untergraben, wo eine national und historisch erwachsene Kultur sich eine bescheidene Selbständigkeit bewahrt hat.

In China ist nunmehr Juanschikai das anerkannte Oberhaupt in einer Stellung, die der „Daily Telegraph" recht anschaulich als die eines Lord Protektors bezeichnet. Als Vizepräsident steht ihm der Führer der Revolutionäre in Wuschang, Lijuanhung, zur Seite. Wesentlich ist, daß es Juanschikai gelungen zu sein scheint, die mongolischen Fürsten zu gewinnen. Der Umstand, daß dem abgesetzten Mandschukaiser seine Stellung im Kultus gelassen worden ist, hat den Aus-

schlag dafür gegeben. Was noch aussteht, ist die unerläßliche volle Verständigung mit dem Süden, und deshalb wird der „Lord Protektor" die Reise nach Nanking schwerlich umgehen können. Am bedenklichsten liegen die Verhältnisse in der Mandschurei, da sowohl die Stellung, die Rußland einnehmen wird, wie das Verhalten Japans noch völlig ungeklärt sind.

Wir sehen auch nicht recht, wohin die Verhältnisse in Persien führen werden. Die Kandidatur des Exschah hat Rußland fallen lassen. Der Widerspruch, der sich in England dagegen erhoben hat, war zu laut. Auch ist ein Teil der russischen Truppen abgerufen worden. Es scheint aber, daß man sie durch frisch ausgehobene Mannschaften ersetzen wird, und daß Verstärkungen an der kaukasisch-türkisch-persischen Grenze zu erwarten sind, die überhaupt als der wunde Punkt in den russisch-türkischen Beziehungen zu betrachten ist. Die Ersetzung des englischen Gesandten in Teheran, Barclay, durch den bisherigen Gesandten in Argentinien und Paraguay, Townley, ist offenbar erfolgt, um eine größere politische Selbständigkeit Herrn Poklewsky an die Seite zu stellen. Townley ist von 1890—1892 in Persien gewesen und beherrscht die Landessprache, was ihm seine Tätigkeit wesentlich erleichtern wird. Die Neuordnung der persischen Finanzen aber ist jetzt endgültig dem Belgier Mornard anvertraut worden, der es hoffentlich verstehen wird, diese notwendigste aller Reformen zu gutem Abschluß zu führen. Mit den Erklärungen, die Sir Edward Grey dem Unterhause gegeben hat, ist man in der russischen Presse nicht eben zufrieden. Die „Nowoje Wremja" wettert gegen die schwächliche Politik der Nichteinmischung und gegen die übermäßige Rücksicht, welche die russische Diplomatie auf den Medschlis nehme: Vorwürfe, deren Berechtigung wohl keiner zugeben wird, der die russische Politik in Persien während der letzten fünf Jahre verfolgt hat.

In betreff der Agitation für die Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten steht jetzt fest, daß Roosevelt bereit ist, sich nominieren zu lassen und eine Wiederwahl, falls sie auf ihn fällt, anzunehmen. Aber auch für Taft wird eifrig gearbeitet, und man nimmt an, daß die Alt-Republikaner ihm ihre Stimmen geben werden. Trotzdem neigen Kenner der Ansicht zu, daß schließlich ein demokratischer Kandidat den Sieg erringen wird. Dann hätten Woodrow Wilson und Harmon die besten Aussichten auf Erfolg. Aber das alles kann bis zum November

noch anders werden, und jedenfalls wird bei der Entscheidung auch die allgemeine Weltlage mitspielen.

Auf den italienisch-türkischen Krieg gehen wir noch nicht ein. Auch läßt sich nicht erkennen, ob die überraschende Aktion der Italiener vor Beirut den Abschluß des Krieges näher rückt oder noch weiter hinausschiebt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Ausfall der Wahlen zum türkischen Parlament bei der schließlichen Entscheidung von wesentlicher Bedeutung sein wird.

Unmittelbar bevorstehend ist der Streik der Kohlenarbeiter in England, wenn nicht im letzten Augenblick die gesunde Vernunft sich stärker zeigt als eine unverantwortliche Agitation unter den betörten Massen. Waverley, der ein Kenner ist und stets den Mut hat, die Wahrheit zu sagen, schildert am 26. Februar im „Eclair" die Lage folgendermaßen: „Den ganzen Sommer über hat England eine furchtbare Krisis durchgemacht. Im Juni und Juli brachen an allen Enden Ausstände aus (102 in diesen beiden Monaten). Ende Juli streikten die Seeleute in Southampton, der Ausstand dehnte sich auf die verschiedenen Häfen aus, und 66 Streiks traten zu den früheren hinzu. Im August brachen 100 neue Ausstände aus, der Transportdienst war überall gelähmt, in Liverpool, Cardiff, Manchester herrschte die größte Unordnung, die Befürchtungen waren so groß, daß in der Nacht des 17. August 12 500 Soldaten aller Waffen in höchster Eile nach London geschafft wurden, und da man nicht wußte, woher man genügende Mannschaft nehmen sollte, die Kanoniere als Infanterie marschieren ließ. Am 18. war offiziell angezeigt worden, daß alle regulären Truppen infolge der Ausstände mobilisiert seien. Ende August streikten mehr als 400 000 Arbeiter. Erst Ende September besserte sich die Lage erheblich. Woher hätte da das Kriegsministerium die famosen 150 000 Mann genommen, welche die „Soldaten von Waterloo" in die Vogesen führen sollten? Wenn es wirklich zu dem Generalstreik der Kohlenarbeiter kommen sollte, wäre die Lage noch weit kritischer.

29. Februar. Generalstreik der englischen Bergarbeiter.
1. März. Ausschreitungen von Suffragetten in London.
3. März. Meutereien in China.
4. März. Demission des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Khuen-Hedervary.

---

6. März 1912.

Von den Verhandlungen zwischen England und Deutschland ist es ziemlich still geworden, und das mag vielleicht gut sein, denn sie sind mit zuviel Ostentation an die Öffentlichkeit getreten. Jedenfalls ist noch keine Entscheidung gefallen, und es läßt sich nicht übersehen, daß eine nach der Krisis des letzten Jahres nicht auffallende Atmosphäre des Mißtrauens an Boden gewinnt. In dem sehr lehrreichen Buch von Alexander v. Peez und Paul Dehn [1]): „Englands Vorherrschaft. Aus der Zeit der Kontinentalsperre", kommt sie sehr deutlich zum Ausdruck. Peez exemplifiziert an den Erfahrungen der Vergangenheit die Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten der Zukunft. Was der sterbende König Heinrich IV. als politisches Testament seinem Sohne zuruft, scheint ihm die dauernde Tendenz der englischen Politik richtig zu formulieren:

„Darum, mein Heinrich, Beschäftige stets die unzufriedenen Geister Mit fremdem Zwist; damit ausländische Wirrsal Erinnerung an heimische Kämpfe banne."

(Therefore, my Harry, Be it thy course to busy giddy minds With foreign quarrels; that action, hence borne out — May waste the memory of the former days.)

Und an anderer Stelle sagt er:

„Die Klugheit will ich segnen,
Wenn Frankreichs sich und Österreichs Schuß begegnen."

wo für „Österreich" heute „Deutschland" zu setzen wäre. In der Tat ist das die Politik gewesen, welche England durch die Jahrhunderte

[1]) Leipzig, Verlag von Duncker und Humblot 1912.

dem Kontinent gegenüber verfolgt hat, und auf welche die Begründung und Behauptung seiner Vorherrschaft zur See zurückzuführen ist.

Noch weit schärfer kommt dieses Mißtrauen in dem geist- und inhaltreichen Buch Friedrich von Bernhardis: „Deutschland und der nächste Krieg“ [1]) zum Ausdruck. Bernhardi, der diesem abschließenden Werk zwei umfangreiche Bände über den „heutigen Krieg“ vorausgeschickt hat, die einen rein militärischen Charakter tragen, setzt seinem neusten Werk, wie es einem tapferen General geziemt, auch ein tapferes Motto voraus:

„Der Krieg und der Mut haben mehr große Dinge getan als die Nächstenliebe. Nicht euer Mitleiden, sondern eure Tapferkeit rettete bisher die Verunglückten. Was ist gut? fragt ihr. Tapfer sein ist gut.“

Der Spruch ist Nietzsche entnommen, und wie das meiste, was Nietzsche sagt, cum grano salis zu verstehen. Aber es ist ein tapferes Buch an Wahrheitsliebe und Gesinnung, das Bernhardi geschrieben hat, und man freut sich daran, auch wo man nicht mit ihm übereinstimmt. Er glaubt an die Fortdauer der Feindseligkeit Englands uns gegenüber, und meint sie aus der englischen Interessenpolitik folgern zu müssen.

„Immerhin — sagt er aber in diesem Zusammenhange — kann die englische Politik auch andere Bahnen einschlagen und statt eines Krieges einen Ausgleich mit Deutschland suchen. Uns wäre diese Lösung jedenfalls die erwünschtere . . . Wenn aber eine solche Einigung mit Deutschland möglich werden soll, müßte England sich entschließen, der Entwicklung des Deutschtums freie Bahn neben sich zuzugestehen, den Ausbau unserer kolonialen Macht zuzulassen und unseren Wettbewerb in Handel und Industrie nicht politisch zu bekämpfen . . .“

Weil er diese Voraussetzungen — die auch für mich notwendige Prämissen für einen Ausgleich sind — vom englischen Standpunkt aus für ausgeschlossen hält, ist ihm

„ein friedlicher Ausgleich mit England . . . eine Fata Morgana, der nachzustreben, kein ernster deutscher Staatsmann unternehmen sollte.“

Das aber ist der Punkt, in dem wir auseinandergehen, und den, wie die Tatsachen zeigen, auch die verantwortlichen Leiter unserer Politik nicht teilen. In unserem wohlverstandenen Interesse liegt ebenso wie

[1]) Verlag von Cotta. Stuttgart und Berlin 1912.

in dem wohlverstandenen Interesse Englands vielmehr ein Zusammengehen beider Mächte. Dieser Tatsache entziehen sich auch einsichtige Beobachter im Auslande nicht mehr. Während gerade jetzt in der öffentlichen Meinung Frankreichs, zumal wie sie in der militärischen Presse halboffiziellen Charakters zum Ausdruck kommt, noch mehr als im vorigen Jahre für einen Krieg mit Deutschland Propaganda gemacht wird und in Heer und Flotte Vorbereitungen getroffen werden, die kein anderes Ziel zu verfolgen scheinen, hat in der „Revue Hebdomadaire" vom 24. Februar der Akademiker Gabriel Hanotaux, dem in der Reihe der französischen Minister des Auswärtigen seit den Tagen der Republik wohl die erste Stelle gebührt, seine Landsleute über das tatsächliche Verhältnis der drei Mächte: England, Deutschland und Frankreich aufzuklären versucht. Er geht von dem Satz aus, daß denjenigen, die ihr politisches Kalkul auf einen deutsch-englischen Krieg gründen, eine große Enttäuschung bevorstehe. Die Vorstellung, die man in Frankreich von der entente cordiale habe, sei irreführend. Sie sei nicht französischen, sondern englischen Ursprungs- und die unterzeichneten Verträge, auf welche sie aufgebaut wurde, und deren Vater Chamberlain sei, hätten koloniale Ziele, speziell aber Marokko, ins Auge gefaßt. England habe sich damals in Gibraltar, Ägypten, Marokko ein Maximum an Vorteilen und Garantien gesichert. Jetzt, nach Abschluß des Novembervertrages, seien diese Interessenfragen erledigt, und Lord Haldane habe in Berlin kein Geheimnis daraus gemacht, daß England nunmehr völlig freie Hand zu Verhandlungen habe. An einen unvermeidlichen Zusammenstoß zwischen England sei nicht zu denken: „il n'y a pas de querelle inévitable". Beide Nationen nehmen trotz ihrer Handelsrivalität parallel an Reichtum zu, es gebe kein eigentliches Kampfesfeld, auf dem sie sich treffen könnten, um einen Krieg zu führen, durch den der Gegner tödlich getroffen werde; ein deutsch-englischer Krieg „serait un embargo mis sur la vie de l'humanité" und unwahrscheinlich, weil es das unvernünftigste wäre, was geschehen könnte. Kaiser Wilhelm tue als guter Deutscher, was in seiner Macht liege, durch Vorbereitung für die ultima ratio, um die Unabhängigkeit und die Größe seines Reiches zu sichern. Er ziehe es vor, den Krieg zu vermeiden, aber man gewinne doch stets den Eindruck, daß er ihn nicht fürchte. Damit müsse man rechnen.

So verstanden sei die deutsche Flotte keineswegs, wie Chur-

chill behauptet habe, ein Luxus, sondern eine der Notwendigkeiten des bewaffneten Friedens, und es frage sich nur, wie lange Deutschland und Europa die steigenden Rüstungslasten würden tragen können. Hanotaux bestreitet auch mit Recht, daß Deutschland darauf ausgehe, einen Krieg mit Frankreich zu provozieren, und warnt die Taktiker, die von ihrem Schreibtisch aus mit den Rotjacken als mit sichern Figuren ihres militärischen Schachbretts spielen. Als Frankreich sich der Einkreisungspolitik Eduards VII. anschloß, habe es nur Mißerfolge erlitten: in Bosnien und in der Herzegowina, in Konstantinopel, Kreta, in Asien und schließlich in Marokko.

„Denn wir erhoben den Anspruch, das Protektorat ohne Zustimmung Deutschlands zu erlangen, und haben es ihm nur um den Preis übermäßiger Konzessionen abringen können."

In Algeciras sei ein Vertrag unterzeichnet worden, der von den Mächten diktiert wurde, und durch die Novemberkonvention habe Frankreich das Zentrum seiner Kolonie in Zentralkongo verloren, so daß in Summa die Einkreisungspolitik Frankreich nicht weniger Schaden eingebracht habe als dem englischen Partner. Wie viel klüger wäre es gewesen, wenn Frankreich sich mit Deutschland verständigt hätte, wie es die Russen in Potsdam getan und die Engländer jetzt zu tun im Begriff seien. Es schließen sich daran Mutmaßungen über den Inhalt der deutsch-englischen Verhandlungen, die, wie es nicht anders sein kann, nur einen sehr hypotetischen Wert haben. Zum Schluß aber wirft er die Frage auf, wie die so plötzlich modifizierte Lage zu beurteilen sei. Er, Hanotaux, könne die neue Orientierung den Engländern nicht verdenken, sie sichern ihre Interessen, wenn sie den Frieden aufrecht erhalten. Eine so formidabele Macht wie Deutschland mit Mißtrauen und Budieren herauszufordern, könne Folgen nach sich ziehen, die sich nicht übersehen lassen, und ein Risiko bedeuten, für welches England weder militärisch noch im Hinblick auf seine innere Lage vorbereitet sei. England verzichte jetzt auf die Einkreisungspolitik und seine Staatsmänner erfüllten damit eine Pflicht, die sie ihrem Vaterlande und der Welt schuldig seien. Die entente cordiale aber bleibe dabei bestehen, und das genüge, zumal die Verwicklungen in Tripolis, auf der Balkanhalbinsel und in China ein einiges Europa verlangen, nebenher aber soziale und finanzielle Schwierigkeiten überall mitspielen.

„Wir Franzosen — so endet Hanotaux diese jedenfalls interessanten

Ausführungen — haben uns über den Wert einer Kombination getäuscht, die bei uns eingeführt wurde, als wir voll innerer Zwistigkeiten waren. Heute stehen wir vor einer unangenehmen Realität. Wir wollen die Zeit hinnehmen, wie sie kommt, und die Dinge, wie sie sich zeigen. Aber wir wollen suchen ein für allemal gefährliche Illusionen loszuwerden, die von den Überlebenden eines Systems, das gescheitert ist, gegen alle Evidenz aufrecht erhalten werden. Gestützt auf die Allianz mit Rußland, welche die leider etwas vernachlässigte Basis unsrer internationalen Stellung bleibt, treu unseren Freundschaften, vor allem aber um unsere Ehre und um unsere Interessen bemüht, ohne etwas zu vergessen und ohne jemanden zu fürchten, niemanden herausfordernd, so können wir unseren Rang und unsere Stellung im Rat der Nationen behaupten, der über die Zukunft der Welt entscheiden wird."

Es wäre sehr erfreulich, wenn Hanotaux Gehör fände. Leider ist die Wahrscheinlichkeit, daß es geschieht, zunächst noch gering. Die mit Sicherheit auf englische Mitwirkung rechnende Kriegspartei ist mächtiger, als seine Ausführungen zeigen — die Vorstellung, daß England unter allen Umständen im Kriegsfall für Frankreich eintreten wird, der Glaube der ganzen Nation. Nicht viele sehen so hell wie der Historiker und Staatsmann, dessen Urteil wir eben gehört haben, und Illusionen zerstört nicht Belehrung, sondern Erfahrung. Auch ist jene englisch-deutsche Verständigung noch keineswegs eine Tatsache; wir hoffen nur, daß sie es wird, und wissen, daß auch in England mächtige Einflüsse ihr entgegenarbeiten. Werden sie, wie man erwarten darf, überwunden, so fordert ihre endgültige Formulierung Zeit, und bis sie erfolgt, sind Überraschungen nicht ausgeschlossen. Die Gefahr für den Weltfrieden liegt, wie seit drei Jahrzehnten, auch heute noch vornehmlich in Frankreich, sie liegt in dem, was Hanotaux die „Illusionen Frankreichs" nennt, was aber in Wirklichkeit das parti pris jeder Regierung in Frankreich und jedes Franzosen ist, eine Aussicht auf erfolgreichen Krieg gegen Deutschland nicht ungenutzt vorüberziehen zu lassen. Es ist ganz unmöglich, sich darüber zu täuschen.

Die ungeheuren Schwierigkeiten, die mit dem Ausstande der Kohlenbergleute in England verbunden sind, machen sich schon jetzt allen Engländern durch Beschränkung der Kommunikationsmittel und eine sich stetig steigernde Teuerung fühlbar. Auf die eigentlichen Ursachen der Unzufriedenheit der Streikenden beginnt erst jetzt mehr

Licht zu fallen. Sowohl das „Journal des Débats“ wie der „Temps“ haben in sehr einsichtigen Ausführungen darauf aufmerksam gemacht, daß durch die Einführung des Achtstundentages in den Kohlengruben das alte Herkommen der Arbeiter, das seit Generationen bestand und bei dem sie sich wohl befanden, unnötigerweise, einer scheinbar humanen Doktrin zuliebe gestört worden ist. Um dem neuen Gesetz zu gehorchen, mußten die Erholungstage, die von ihnen im Einverständnis mit den Arbeitgebern von Zeit zu Zeit beansprucht werden durften, und die mitunter vom Freitagabend bis zum Dienstagmorgen währten, aufgegeben werden. Der Achtstundentag schrieb ihnen eine ununterbrochene Arbeit von Montag bis Sonnabendabend vor, ohne daß dadurch ihr Lohn gesteigert ward, und das ergab eine Unzufriedenheit, die die Quelle der jetzigen Unruhen geworden ist. Höchst bedenklich ist es nun, daß Mr. Asquith, nachdem seine Vermittlungsvorschläge, die den Arbeitern sehr weit entgegenkommen, von diesen abgelehnt worden waren, öffentlich erklärt hat, daß, falls die Verständigung auf einen Minimallohn nicht gütlich herbeigeführt werden könne, er alle erforderlichen Maßregeln ergreifen werde, um die Annahme durchzuführen. Das bedeutet eine Kapitulation vor der Revolte. Zunächst scheinen die Arbeiter sich ihrer freien Zeit zu freuen, und das mag noch eine Weile dauern. Es haben bisher keinerlei Ausschreitungen stattgefunden — die blieben den allmählich ganz in den Apachenton verfallenden Suffragetten vorbehalten —, aber sobald wirkliche Not eintritt, kann bei der lawinenartig zunehmenden Zahl der freiwilligen und der nichtfreiwilligen Arbeitslosen das Schlimmste Wirklichkeit werden. Jedenfalls tut die Regierung gut, militärische Vorbereitungen zu treffen. In Aldershot sind mehrere Regimenter mobilisiert worden, auch ist für Ersatz gesorgt worden für den Fall, daß die Eisenbahner, wie befürchtet wird, dem Ausstande beitreten sollten. Ein Teil der Warenzüge hat bereits jetzt eingestellt werden müssen. Eine ganze Reihe von Streiks ist in anderen Betrieben ausgebrochen, an vielen Stellen haben die Fabrikanten ihre Werke geschlossen, die Schiffahrt beginnt zu leiden und dürfte, wenn nicht bald eine Besserung eintritt, trotz der großen Kohlenvorräte, die im Hinblick auf die erwartete Katastrophe aufgehäuft wurden, fast ganz lahmgelegt werden. Zu verzweifeln braucht man darum noch nicht. Ein Londoner Korrespondent des „Temps“ teilt den Parlamentsbeschluß mit, durch den Austra-

lien unter ähnlichen Verhältnissen einen Ausstand der Kohlenbergleute brach. Er lautet:

„1. Wenn ein Polizeioffizier im Rang eines Sergeanten oder darüber Grund hat zu glauben, daß ein Gebäude oder irgendein Ort einem Meeting als Versammlungsort dient, um einen Ausstand oder eine Aussperrung zu organisieren, oder um zu versuchen, die Fortsetzung von Ausstand oder Aussperrung durchzuführen, so darf er in dieses Gebäude oder in diesen Ort eindringen, und wenn nötig, die erforderliche Unterstützung requierieren und gewaltsam eindringen, indem er die Türen einschlägt und sich den Durchgang durch alle Mittel erzwingt die er erforderlich findet, und sich aller Dokumente bemächtigen, die sich auf die Organisation eines Ausstandes oder einer Aussperrung beziehen oder einen schon bestehenden Ausstand oder Aussperrung betreffen.

2. Für illegal wird jede Versammlung von zwei oder mehr Personen erklärt, welche Organisation oder Verlängerung eines Ausstandes oder einer Aussperrung betrifft, wenn Handel oder Industrie eines Objekts von höchster Notwendigkeit bedroht werden. Jede Person, die an dieser Versammlung teilgenommen hat oder im Verdacht steht, an ihr teilgenommen zu haben, verfällt einer Strafe von 12 Monaten Gefängnis, falls das Publikum deshalb ganz oder teilweise Gegenstände notwendigen Bedarfs entbehren muß.

3. Jede Person, die Mitglied einer Kombination oder Assoziation ist, die den Betrieb von Dingen höchster Notwendigkeit, die vom Staat organisiert sind, behindert, verfällt einer Strafe von 12 500 Fr.

4. Jede Person, die den Vertrieb von Dingen höchster Notwendigkeit monopolisiert oder sich mit anderen zum Versuch einer Monopolisierung derselben verständigt, ihre Produktion zu beschränken oder ihren Preis zu steigern versucht, verfällt einer Strafe von 12 500 Fr."

Bekanntlich ist Australien das demokratischste Land der Welt. In dem vorliegenden Fall können wir die Weisheit seiner Gesetzgeber nur bewundern.

Einem Artikel des „Economist" ist zu entnehmen, daß die Staatsschuld Rußlands jetzt 9000 Millionen Rubel beträgt, und daß zurzeit in 20 Gouvernements Hungersnot herrscht. Die Regierung gebe die Zahl der Notleidenden auf 12 Millionen Köpfe an, in Wirklichkeit sei sie wohl doppelt so groß. Die Angaben russischer

Zeitungen bestätigen die furchtbare Schwere dieses Notstandes. Meistbetroffen sind die Wolgagouvernements und Westsibirien. Aber wie oft sind solche Unglücksfälle, die stets auf dieselben Ursachen zurückzuführen sind: auf Mißwachs und auf den niedrigen Stand der Landwirtschaft in einem Lande, das alle Voraussetzungen für das Gedeihen des Ackerbaues durch die Natur erhalten hat, bereits überwunden worden! Was die Krisis überlebt, vergißt sie, und die Toten klagen nicht. Es bleibt beim Alten und die Duma hat daran nichts geändert. Sie hat mit ihren wichtigen nationalistischen Idealen so viel zu tun, daß ihr für „geringere" Aufgaben nur wenig Zeit übrig bleibt.

Die Zustände in China, die einen Augenblick eine hoffnungsvolle Wendung anzunehmen schienen, haben durch die Meuterei der Truppen ein höchst bedrohliches Ansehen gewonnen. Juanschikai hat infolgedessen die bereits beschlossene Reise nach Nanking, wo er den Eid auf die Verfassung leisten sollte, aufgeben müssen. Es scheint, daß die Abreise des zum Vizepräsidenten des Reichs der Mitte erwählten Generals Lijuanhung, der bisher die Truppen in Wutschang befehligte, den Anstoß zur Meuterei gegeben hat. Seine Nachfolge hat, wie die „K. Z." erfährt, zum Konflikt zwischen den drei Militärparteien geführt, und zurzeit soll der Aufruhr ganz Nordchina erfaßt haben. Zum Schutz der Gesandtschaften in Peking und der Fremdenkolonie in Tientsin — wo leider ein deutscher Arzt Dr. Schreyer von den Aufständischen erschossen worden ist — strömen europäische und japanische Truppen auf Bitte der chinesischen Regierung zusammen. Es ist nicht abzusehen, wohin diese Wirren ausmünden.

In der Türkei ist man mehr mit Wahlkämpfen als mit allem übrigen beschäftigt. Die Partei des Komitees und der liberalen Vereinigung kämpfen um die künftige Majorität im Parlament, von dessen Zusammensetzung auch der Ausgang im italienisch-türkischen Kriege abhängen wird.

Immer drohender gestalten sich die Verhältnisse in Mexiko. Der Präsident Madero muß erfahren, daß es leichter ist, einen Mann wie Porfirio Diaz zu stürzen, als ihn zu ersetzen. Wahrscheinlich wird er sich nur noch kurze Zeit behaupten können. Dann folgt das Chaos und das Einschreiten der Vereinigten Staaten.

Bei der Korrektur dieser Zeilen geht mir eine Broschüre „Englands Weltherrschaft und die deutsche Luxusflotte" zu, gezeichnet von „Look-

out", einem Pseudonym, an dessen Stelle ich lieber den deutschen Namen des Verfassers gesehen hätte, denn für seine Überzeugung soll der Mann mit seiner vollen Persönlichkeit eintreten.

Das Ziel dieser mit Talent geschriebenen und ohne Zweifel aus echter deutscher Gesinnung stammenden Schrift ist, vor dem Abschluß einer Verständigung mit England zu warnen. Seine Gründe nimmt der Verfasser aus der nicht zu bestreitenden Tatsache einer Feindseligkeit der Politik Englands gegen Deutschland, die uns allen aus der Geschichte bekannt ist, die aber nicht mit der Tatsache rechnet, daß wir vor der Möglichkeit einer Wandlung dieser Politik stehen, der entgegenzuarbeiten, so lange diese Möglichkeit währt, schlechte politische Arbeit ist. Es wird immer noch Zeit sein, falls — was hoffentlich nicht geschehen wird, — die Verhandlungen scheitern sollten, die Rechnung vorzuweisen, durch die Lookout die Stimmung im Lande gegen England im ungünstigsten Augenblick erregen will. Während die Politik der Regierung darauf gerichtet ist, eine Weltlage, wie sie vielleicht nie wiederkehrt, zu unserem Vorteil zu nutzen, soll man ihr nicht in den Arm fallen. Auf dieser Agitation lastet eine Verantwortlichkeit, deren sich „Lookout" offenbar nicht bewußt ist, und ich beneide ihn nicht um seinen Mut, sie auf sich zu nehmen.

7. März. Amundsen meldet, daß er im Dezember den Südpol erreicht habe.
8. März. Neukonstituierung des deutschen Reichstagspräsidiums. Ausscheiden Scheidemanns.
11. März. Demonstrationsstreik der französischen Bergarbeiter.
12. März. Austausch der Ratifikationen des deutsch-französischen Abkommens.

13. März 1912.

Schon über zwei Wochen dauert der Ausstand der Kohlenarbeiter; die Feiertagsstimmung der ersten Tage ist geschwunden, und die Not beginnt sich ernstlich fühlbar zu machen. Mit den Kohlen sind alle Nahrungsmittel teurer geworden, eine Reihe von Gruben ist endgültig geschlossen, andere drohen zu ersaufen, und alle Betriebe, deren Arbeitsfähigkeit von der Kohle in Abhängigkeit steht, werden genötigt, ihre Tätigkeit einzuschränken, die überflüssig gewordenen Arbeiter zu entlassen und dem Staate wie der großen Masse des Publikums die Dienste zu versagen, deren sie nicht entraten können, um ihren Berufsaufgaben und ihren Pflichten gerecht zu werden. Bereits stockt die Schiffahrt; die Bewegungsfreiheit der großen Dampferlinien wie der englischen Kriegsflotte ist stark beeinträchtigt, und der Handel derjenigen Mächte, die wie Spanien und Italien von englischer Kohle abhängig sind, beginnt sehr wesentlich mitzuleiden. Noch fehlen zuverlässige Angaben über die tatsächliche Zahl der unfreiwilligen Arbeitslosen, jedenfalls wächst ihre Zahl stetig. Die Zahl der streikenden Kohlenarbeiter aber wird auf 1200000 Mann angegeben, und allein in Süd-Wales beträgt der wöchentliche Ausfall an Arbeitslohn ungefähr 8 Millionen Mark. Die Sunderland Docks und ebenso die der meisten nordöstlichen Häfen stehen still, und der „Economist", dem ich diese Daten entnehme, sagt, daß bald die meisten Flüsse und Docks des Vereinigten Königreichs voll abgetakelter Schiffe liegen werden.

Andererseits herrscht große Tätigkeit in Shields, wo die Schiffe repariert und neu instand gesetzt werden, aber das ist eine Ausnahme. In der englischen Presse zeigt sich nur wenig Zuversicht. Bisher sind alle Vermittlungsversuche gescheitert, und wenn heute wieder eine

hoffnungsvollere Note durchklingt, so kann sich doch niemand der Tatsache verschließen, daß selbst nach Aufhören des Ausstandes die Folgen dieser Lähmung der Arbeitskraft des Landes noch lange nachwirken werden. Wir teilen nicht den Pessimismus, der aus einzelnen französischen Blättern und aus Rußland übertreibend herübertönt. Es ist gewiß nicht wahr, wenn Judet im „Eclair" schreibt, daß es mit der Rolle die England in der Weltpolitik gespielt habe, für immer vorbei sei. („Comment soutenir que l'Empire britannique . . . soit de taille à jouer dans la combativité mondiale le role dont il est irrémédiablement déchu?") Ein anderes England werde erscheinen und bald werde man es kaum noch erkennen. Das Land freilich werde nicht untergehen, aber wenn es in einer Flut untergetaucht und danach wieder aufgetaucht wäre, würde es keine radikalere Umbildung erfahren haben; auf Jahrhunderte sei England in Bahnen gewiesen, die in Widerspruch mit seiner stolzen Vergangenheit stehen würden. Wie gesagt, das ist eine ungeheure Übertreibung, und ebenso gibt es ein falsches Bild, wenn die „Nowoje Wremja", die übrigens mit großer Entschiedenheit gegen die Arbeiter Partei nimmt — den Sieg des Ausstandes bereits antizipiert.

„Eine Million Kohlenarbeiter schreibt ihren Willen einem Weltreiche vor. Die Sachsen, welche England erobert haben, und die normännischen Barone, die sie ablösten, haben sich des britischen Landes bemächtigt, es unter sich verteilt und sind auf lange Jahre seine Herren gewesen. Die neue Barone haben sich der bewegenden Kraft Englands, der Kohle, bemächtigt — und sind jetzt auch am Werk, sich zu Gebietern des englischen Volkes zu machen. Das ist in Wirklichkeit das Wesen der schweren Prüfung, die England und Schottland durchleben."

Das Streitobjekt aber sei der Besitz der Kohlenbergwerke.

„Wir setzen den Arbeitslohn so hoch, daß das Geschäft den Besitzern unvorteilhaft wird. Sie werden auf ihre Bergwerke verzichten, und dann werden sie uns als Eigentum zufallen."

Es ist ja nicht unmöglich, daß die Führer, denen die Schuld am Ausstande zufällt, ihn durch diese oder ähnliche Utopien den Arbeitern plausibel machten, daß sie verwirklicht werden, kann dagegen wohl als ausgeschlossen gelten. Vielmehr dürfte der normale und unbedingt notwendige Ausgang der sein, daß der Staat seine Machtmittel stärker anspannt, um die Interessen des Gesamtstaates und die Freiheit des

einzelnen vor der Willkür zu schützen, die von Arbeiterorganisationen ausgeht, die nicht gebildet und nicht weitblickend genug sind, um einzusehen, daß sie den Ast absägen, auf dem sie selber sitzen. Die drakonische Gesetzgebung, durch welche der common wealth von Australien derartige kulturfeindliche Ausstände lahmgelegt hat, trifft in der Hauptsache das Richtige und würde, auf England ausgedehnt, sehr bald dem Kohlenstreik ein Ende gemacht haben, wenn man vor Ausbruch des Ausstandes den englischen Verhältnissen angepaßte gesetzliche Schranken aufgerichtet hätte. Nachträglich ist das nicht durchführbar, der bittere Kelch muß ausgetrunken werden, und zurzeit wird im unionistischen Lager der bisherige Mißerfolg der Regierung benutzt, um ihre ohnehin äußerst schwierig gewordene Lage noch schwieriger zu machen. Wir sehen aber zunächst die Elemente noch nicht, die eine unionistische Majorität bei Neuwahlen bilden könnten. Falls, was sehr wohl möglich ist, in der Homerulefrage die Iren sich vom Regime Asquith abwenden sollten, kann das Kabinett rascher vor die Notwendigeit gestellt werden, Neuwahlen auszuschreiben, als noch vor kurzem wahrscheinlich war.

Es ist nicht überraschend, daß während der jetzigen akuten Krisis die Verhandlungen über eine deutsch-englische Verständigung zeitweilig ins Stocken geraten sind. Wir hoffen darum nicht minder, daß sie bald wieder aufgenommen und zu einem günstigen Abschluß geführt werden. Daß dieser Abschluß auf Kosten unserer Wehrkraft zu Lande oder zu Wasser erfolgen könnte, wie eine an Umfang wachsende Agitation glaubhaft zu machen bemüht ist, ist völlig ausgeschlossen. Davon kann keine Rede sein, und es scheint mir, daß wir allen Grund haben, mit vollem Vertrauen unserem kaiserlichen Herrn und seinen ihm verantwortlichen Räten zu überlassen, die Höhe der Steigerung zu bestimmen, die nach beiden Richtungen unzweifelhaft erfolgen muß und auch erfolgen wird. Daß dabei der Hauptnachdruck auf die Vermehrung unserer Armee fallen muß, unterliegt ebenfalls keinem Zweifel und ist eine Notwendigkeit, die sich aus den Anstrengungen unseres westlichen Nachbarn ergibt, uns womöglich zu überholen. Im Augenblick ist es die Luftarmee, an die sich diese Hoffnungen der Franzosen knüpfen. Das neue Schlagwort lautet „Unsere Zukunft liegt in der Luft", und die Begeisterung für diese Zukunft ist groß. Wir wollen ihre Ergebnisse abwarten und ruhig, wie bisher geschehen ist, unsere Gegenmaßregeln fortführen.

Zurzeit ist das englische Mittelmeergeschwader auf dem Wege nach Kreta, um die Kretenser zu verhindern, ihre Delegierten nach Griechenland zu schicken. Daß damit keine Lösung der griechisch-kretischen Frage erreicht werden kann, liegt auf der Hand. Zu finden ist sie überhaupt nicht, solange die Türkei in Griechenland einen Gegner sieht, der nur auf die günstige Stunde harrt, um sich ihren anderen Gegnern in Serbien, Montenegro, Bulgarien anzuschließen. Es ist für sie eine Lebensfrage, diese Kombination zu verhindern, und sie kann deshalb nicht getadelt werden. Andererseits scheint völlig ausgeschlossen, daß sich die Sinnesart der christlichen Kretenser ändert, und die Aufgabe, welche die Schutzmächte sich gesetzt haben, zugleich Griechen, Kretenser und Türken zufriedenzustellen, hat keinerlei Aussicht auf Erfolg. Es geht ihnen wie den Freiern mit dem Gewebe der Penelope, jede Nacht zerstört die Arbeit des Tages. Die Unabhängigkeit Kretas und die Vereinigung der Insel mit Griechenland ist nur aus der Hand der Türkei zu haben, wenn diese sich stark genug fühlt, die Verbindung ohne Gefahr geschehen zu lassen. Fast ebenso aussichtslos erscheint bisher ein beide Teile befriedigender Abschluß des türkisch-italienischen Krieges. Der Krieg in Tripolis geht weiter, ohne daß die Türken imstande wären, die Italiener ins Meer zu werfen, und ohne daß die italienischen Truppen eine wirkliche Eroberung des Landes auszuführen vermöchten. Enver Bei, der die Seele der Verteidiger von Tripolis ist, operiert mit unbestreitbarem Geschick. Er hat Verluste, aber keine Niederlage erlitten, die ihn zum Aufgeben des Kampfes nötigen könnte. Die Auszeichnung, die der Sultan dem Scheik der Senussi hat zuteil werden lassen, zeigt, daß er faktische Dienste leistet. Die Beschießung der Küstenplätze Arabiens gereicht, weil sie die Araber gegen die Italiener erbittert, eher den Türken als ihren Gegnern zum Vorteil, und die Schädigung europäischer Interessen bei dem Bombardement der kleinen veralteten Schiffe der Türken im Hafen von Beirut dürfte zur Folge haben, daß ähnliche Unternehmungen in Zukunft auf energischen Widerspruch stoßen. Auch verdient doch hervorgehoben zu werden, mit welchem Heldenmut die Mannschaften dieser türkischen Fahrzeuge zu sterben verstanden. Nun haben die Botschafter der fünf Mächte sich gleichzeitig an die italienische wie an die türkische Regierung gewandt, um zu erfahren, unter welchen Bedingungen sie bereit wären, Frieden zu schließen. Es ist leider vorherzusehen, daß

die Antworten hüben und drüben in direktem Gegensatz stehen werden. Die einen bestehen auf förmliche Abtretung von Tripolis und Cyrenaika, die anderen auf Abzug der Italiener. Lautet die Antwort so, so muß Fortsetzung des Krieges die Folge sein. Man spricht von Forcierung der Dardanellen durch die italienische Flotte. Aber das ist ohne ungeheure Verluste für diese Flotte nicht ausführbar, und eine Landung vor Konstantinopel vorzunehmen, würde die weit überlegene türkische Armee unmöglich machen, ganz abgesehen davon, daß die Sorge um das definitive Aufrollen der orientalischen Frage wohl einen Einspruch der Großmächte gegen einen Angriff auf die Dardanellen zur Folge haben würde. Da nun ein Angriff auf Albanien ebenfalls ausgeschlossen ist, weil er in Widerspruch zu den italienisch-österreichischen Verträgen steht, bleibt der Ausgang des Krieges unklar, wie er es von Anbeginn war.

Wie weit die neue Lage in Persien von Bestand sein wird, ist ebenfalls zweifelhaft. Zwar haben England und Rußland der persischen Regierung eine Anleihe gewährt, die es ihr möglich machte, Mohammed Ali und Salar ed Dauleh zum Abzug aus Persien zu bewegen, ihren Anhängern die ausstehende Löhnung zu zahlen und sie in ihre Heimat zurückzuschicken. Der Exschah ist auf einem russischen Dampfer wieder unterwegs nach Odessa. Wie lange er es dort aushalten wird, weiß wohl niemand. Ein großer Teil der russischen Truppen ist abgezogen, und Täbris, wo noch 1500 Mann russischer Truppen stehen, ist ruhig. Jedenfalls ist die Stellung Rußlands sowohl wie Englands momentan in ihren Einflußsphären stärker als vorher, besonders die Rußlands. Aber die in Persien lebenden Russen und die überhaupt mit ihrer Diplomatie hadernde russische Presse sind nichts weniger als zufrieden. Sie verlangen, daß jetzt ein entschlossener Frontwechsel nach Westen hin stattfinde, um die Türken endgültig aus den widerrechtlich von ihnen besetzten Gebieten hinauszuwerfen. Es handelt sich wieder vornehmlich um Urmia. Die Kurden nicht mitgezählt, ständen jetzt 3000 Türken auf persischem Boden und hart an der Grenze eine ganze türkische Division. Der aus dem Kaukasus entkommene gefürchtete Räuber Selim Khan sei beschäftigt, eine Bande von Kopfabschneidern zusammenzubringen, und ein Überfall von Kisljar oder Djulfa jederzeit möglich. Der türkischen Division aber könne Rußland nichts als die in Aserbaidschan stehende Brigade entgegensetzen.

Täbris ist zwar ruhig, aber von Urmia her weht ein kalter Wind, und Wolken sammeln sich über den Karadagh. „Ich scheue mich, das Wetter vorherzusagen, aber es scheint, daß es schlecht sein wird", so schließt eine Korrespondenz der „N. Wr." aus Teheran.

Wir können die Lage nicht so ungünstig beurteilen. Die Grenzkommission in Konstantinopel hat ihre Arbeiten zu Ende geführt und dabei stark unter russischem Einfluß gestanden. Auch finden Verhandlungen zwischen der Türkei und Rußland über Aufhebung des Vertrages von 1900 statt, durch den die Türken auf den Bau von Eisenbahnen in bestimmten strategisch wichtigen Gebieten des nordöstlichen Kleinasien verzichten mußten. Sie haben daher allen Grund, Rußland bei guter Laune zu erhalten, und gewiß keine Neigung, sich neben Italien noch Rußland als Gegner zuzuziehen. Die Angriffe auf das russische Auswärtige Amt, auf die oben hingewiesen wurde, dauern fort. Sie werden neuerdings mit immer größerer Bestimmtheit auf den Grafen Witte zurückgeführt und richten sich einerseits gegen die Führung der Politik in Persien und Ostasien, andererseits gegen den Personalbestand und die Vorbildung der russischen Diplomatie. Eine Vorstellung von der Bitterkeit, mit der der Kampf geführt wird, gibt, um ein Beispiel anzuführen, ein Leitartikel des „Golos Moskwy", der folgendermaßen anhebt:

„Wenn man die Vorwürfe und Beschuldigungen zusammenfaßt, die in den letzten zehn Jahren in Blättern aller Schattierungen und Richtungen gegen unser Auswärtiges Amt erhoben wurden, so erhält man ein so trauriges und dunkles Bild des Ressorts, dem die Ehre, Würde und die Interessen unseres Vaterlandes anvertraut sind, daß man verzweifeln kann . . ." und der Schlußsatz lautet: „So haben wir mit genügender Überzeugungskraft dargelegt, was dieses Institut ist, aus dem die Männer hervorgehen, die unsere diplomatischen Posten in Europa einnehmen. Mit wenigen Ausnahmen schickt die Kanzlei des Ministeriums des Auswärtigen Leute aus, die unbegabt sind, keinerlei patriotische Gesinnung haben und dabei unfähig sind zu ernster Arbeit."

Man kann nicht härter urteilen.

Der Prozeß gegen den Mönch des Klosters Jasnogorsk Damasi Macoch, der für Fälschung, fingierte Ehe, zügellose Unzucht, Diebstahl und Verschleuderung öffentlicher Gelder, Aneignung von Geldern eines Verstorbenen, Kirchenschändung und Mord zu 12 Jahren Zwangsarbeit

verurteilt worden ist, hat ein ungeheures Aufsehen gemacht. Die Zustände, die in diesem besonders hochverehrten Kloster der Paulaner geherrscht haben, spotten jeder Beschreibung. Es kam während der Verhandlung u. a. das Tagebuch eines Mönches zur Vorlesung, das an Zynismus und gotteslästerlicher Frechheit alles übertrifft, was mir je zu Gesicht gekommen ist. Daß sich der russische Nationalismus den Stoff nicht würde entgehen lassen, um die russische Kirche und die russische Weltanschauung im Gegensatz zur katholischen und zur polnischen zu erheben, war vorauszusehen, wenn es auch, im Hinblick auf die Rasputin-Affäre und ähnliche Symptome, die in letzter Zeit an die Oberfläche getreten sind, nicht eben vorsichtig war. Der am 19. Februar russischen Stils, dem Tage der Bauernbefreiung, tagende Kongreß der Nationalisten hat denn auch alle Gemeinschaft mit den Polen abgelehnt. In erster Linie beschloß er, mit allen Mitteln eine Erweiterung der Rechte der Juden zu bekämpfen. Das wird die Hauptparole für die im Herbst stattfindenden Wahlen sein. Die Nationalisten wollen mit anderen Parteien, soweit sie nicht mehr nach links gehen als die Oktobristen, Wahlbündnisse abschließen, und stellen sich — was doch eine Wandlung bedeutet — auf den Boden der Dumaverfassung. Mit der äußersten Rechten ist trotz einer Übereinstimmung in mehreren Punkten die Partei nicht zu identifizieren. Haben beide sich das berühmte Programm des Grafen Uwarow aus den Tagen Nikolaus I. zu eigen gemacht: Selbstherrschaft, Orthodoxie und Volkstümlichkeit — so fällt der Nachdruck der Rechten auf das erste dieser Schlagworte, der der Nationalisten auf die beiden letzten.

In China ist nach sehr kritischen Wochen Juanschikai nunmehr tatsächlich als Haupt des Reiches der Mitte anerkannt und feierlich introduziert worden. Die ihm von dem Konsortium des Vierersyndikats, dem sich in letzter Stunde auch Japan und Rußland anschlossen, gewährte Anleihe hat wesentlich dazu beigetragen. Es wäre aber ein Irrtum, anzunehmen, daß damit die Schwierigkeiten bereits überwunden wären. China hat noch ernste Tage zu erwarten und die Mächte, die in China Interessen zu vertreten und Staatsangehörige zu schützen haben, tun gewiß gut, en vedette zu bleiben.

Zwischen Roosevelt und Taft ist eine Fehde oder vielmehr offener Krieg ausgebrochen. Es scheint, daß Roosevelt durch seinen Angriff auf die bekanntlich in Amerika eine sehr bedeutsame Stellung

einnehmenden Richter, seine Aussichten erheblich verschlechtert hat. Auch trägt sein Gedanke, die letzte Entscheidung eines Richterspruches dem Votum einer Volksabstimmung zu übertragen, einen entschieden demagogischen Charakter. Dagegen ist es ein Mißerfolg Tafts, daß der Senat zwar die Schiedsverträge mit England und Frankreich angenommen, aber so amendiert hat, daß sie jede praktische Bedeutung verloren haben.

In Mexiko dauert der Bürgerkrieg fort, aber Präsident Madero scheint an Boden gewonnen zu haben. Gefährdet sind die nördlichen Staaten Mexikos, und Amerika hat es nützlich befunden, Truppen in ansehnlicher Zahl (angeblich 100 000 Mann) an der Grenze zu konzentrieren. Der auch in Brasilien ausgebrochene Bürgerkrieg wird vom Präsidenten mit eherner Faust niedergeworfen.

14. März. Anarchistisches Attentat auf König Viktor Emanuel.
Militärische Schutzmaßregeln für die Arbeitswilligen in Rheinland und Westfalen.
16. März. Eröffnung der Bahn Windhuk-Keetmanshoop.
20. März. Beendigung des deutschen Bergmannsstreiks.

---

20. März 1912.

Die Frühjahrsrevue, die dieses Jahr auf dem Plateau von Malzeville vor Nancy stattfand, wird in der französischen Presse mit mehr als gewöhnlicher Begeisterung gefeiert. Es war eine „grandiose patriotische Kundgebung", zu der sich mehr als 50 000 Zuschauer eingefunden hatten, und die, um die Worte des Berichterstatters des „Journal des Débats" zu gebrauchen, in eine wahre Apotheose der Armee ausmündete, als die Menge die Kavallerie in gestrecktem Galopp anstürmen sah. Auch hat an der Inszenierung nichts gefehlt: weder ein unerwartet erscheinender Aeroplan noch eine Luftschifferin aus Nancy, die hoch zu Roß als Amazone erscheint, noch eine elsässische Bäuerin, die Tränen der Freude vergießt, als, wie aus einem Munde, der Ruf „Vive l'armée!" aus der ungeheuren Masse der Zuschauer tönt. „Un peuple entier vibre du même frisson":

„Alles stand würdig in Schlachtordnung da, und welche Feder wäre imstande, ausreichend den Eindruck wiederzugeben, als dieser Wald von Bajonetten im Sturmmarsch vorrückte unter Trompeten- und Trommelschall, von erregtem Geschrei und den bewundernden Rufen der Tausende und Abertausende begleitet; das ganze Schauspiel, in Takt gehalten durch den Donner der Artillerie, deren Geschütze Blitze speien, die das Echo wütend von Hügel zu Hügel weitergibt, denn alle Waffen wollten an diesem Finale teilnehmen. Erst die Reiterei, dann die Infanterie und die Artillerie. Leider war es der Abschluß: langsam fließt in froher und enthusiastischer Stimmung die Menge nach Nancy ab. Sie bringt von der Revue die deutliche Vorstellung von der Stärke Frankreichs mit, das zwar friedfertig ist, aber ohne Prahlerei und auch ohne Furcht in die Zukunft blicken kann."

Daß dies der Eindruck war, glauben wir gern. Dem faszinierenden Eindruck einer militärischen Schaustellung hat sich zu allen Zeiten die Masse der Zuschauer nicht zu entziehen vermocht; aber es verdient ohne Zweifel Beachtung, daß das „archiprêt", das aus diesem Bericht hervorklingt, die Vorstellung wiedergibt, die heute durch ganz Frankreich zieht, und die durch die wohlberechnete Reklame noch gesteigert wird, durch die der große Improvisator Delcassé seine Reformen in der Marine als möglichst formidabel darzustellen weiß. Das neueste in diesem Tätigkeitsfelde ist die Schaffung (création — wie eine Primadonna eine Rolle kreiert!) von Geschwadern von Unterseebooten, die wie die Tropedojäger die französischen Linienschiffe begleiten werden, um an ihren Manövern und an ihren Kämpfen teilzunehmen. Wer die französische Presse aufmerksam verfolgt, kann sich dem Eindruck nicht entziehen, daß eine Stimmung, wie sie zwischen 1866 und 1870 durch das Land ging, heute wiederum die Nation beherrscht. Es kann kein Zweifel sein, daß Frankreich der Verbündete jedes Gegners zu sein entschlossen ist, der uns ersteht, und das erklärt das unruhige Interesse, mit der die Verhandlungen verfolgt wurden, die zwischen uns und England zur Beseitigung bestehender Mißverständnisse im Gange sind. Heute meint der „Temps" triumphierend verkünden zu können, daß der Besuch Haldanes in Berlin wirkungslos verpufft sei, und er konstatiert mit Genugtuung als Fazit des neuen englischen Marinebudgets, daß zum 1. April 10 Dreadnoughts, 6 Panzerkreuzer, 8 geschützte und 2 ungeschützte Kreuzer, 31 Torpedojäger und 15 Unterseeboote im Bau sein werden, während 4 Panzerschiffe, 2 ungeschützte Kreuzer, 20 Torpedojäger und 6 Unterseeboote neu in Dienst treten und die Mannschaft um 2000 Mann vermehrt wird.

Der „Economist", der dieses Marinebudget kritisiert und analysiert, erinnert daran, daß Churchill noch 1909 sich über diejenigen lustig machte, welche 35 Millionen Pfund nicht für ausreichend hielten, um die englische Flotte auf der Höhe zu erhalten. Damals spottete er über die Panik, welche „Luftschiffe und Seeschlangen" erregten; seit er aber Erster Lord der Admiralität geworden, habe er sich zum Standpunkt der „Daily Mail" bekehrt und Mr. Stead sogar übertrumpft. Wir können den sachlichen Teil dieser Ausführungen, die mit großem Ernst dem Treiben Churchills entgegentreten, allen Interessenten, die französischen mit eingeschlossen, nur dringend empfehlen.

Neben der Freude an der kriegerischen Entschlossenheit des Landes, an der englischen Marinevorlage und an dem angeblichen Scheitern der deutsch-englischen Verhandlungen bestehen übrigens in Frankreich auch allerlei ernste Sorgen. Die so sehnsüchtig erwartete Wahlreform scheint nicht Wirklichkeit werden zu wollen. Der Combismus mit seinem System der Gesinnungsspionage in der Armee hebt wieder sein Haupt, die Verhandlungen mit Spanien rücken nicht von der Stelle, da man in Madrid entschlossen ist, den Franzosen die territorialen Kompensationen nicht zu gewähren, die sie fordern, und ihnen eine Grenzberichtigung bietet, die nach dem Urteil des „Temps" für Frankreich wertlos ist. Das Organ Herrn Tardieus fügt freilich hinzu:

„Wenn dies das letzte Wort Spaniens ist, fällt es unter solchen Verhältnissen schwer, die Folgen ins Auge zu fassen, welche die Verhandlungen nach sich ziehen könnten."

Das klingt fast wie eine Drohung, aber es klingt nur so, denn Frankreich hat keinerlei Mittel, um einen Zwang auf Spanien auszuüben, das sich mit Fug und Recht auf den Vertrag zurückziehen kann, den es mit Herrn Delcassé abgeschlossen hat. Auch werden bereits andere Töne angeschlagen. Der alte Gedanke der Union latine wird wieder hervorgeholt und Spanien darauf hingewiesen, daß, wenn das westliche Mittelmeer eine lateinische See geworden sei, die ganze lateinische Welt ihren Vorteil davon habe. In Madrid und Rom dürfte man anders darüber urteilen, und gerade im jetzigen Augenblick, da sich eine steigende Erregung der moslemischen Bevölkerung Nordafrikas bemächtigt, hat jede der drei lateinischen Nationen in ihrem eigenen Anteil soviel zu tun, daß die Freude an Erfolgen des Nachbars darunter zu leiden hat. In Marokko nehmen die Dinge eine Wendung, die wir vorausgesehen und vorausgesagt haben. Frankreich wird nicht nur den nicht direkt Mulay Hafid unterworfenen Teil des Landes — und das sind zwei Drittel von Marokko — erobern müssen, sondern auch die bereits für die sogenannte Pénétration pacifique gewonnenen Teile aufs neue zu unterwerfen haben. Aufstände in der Maluja, wo die Beni Narain sich erhoben haben, können als Symptom der Volksstimmung gelten, mit der Herr Regnault zu rechnen hat, der jetzt auf dem Wege nach Fez ist. Mulay Hafid aber scheint von der Ehre, ihn zu empfangen, so wenig erbaut zu sein, daß es Mühe gekostet hat, ihn zu verhindern,

einen Fluchtversuch zu unternehmen. Wenn zugleich behauptet wird, seine Absicht sei gewesen, abzudanken, so klingt das sehr unwahrscheinlich. Glaubhafter scheint es, daß er fliehen wollte, um lieber in offenem Kampfe zu fallen, als dem langsamen Erstickungstod in französischer Umarmung entgegenzusehen. Nebenher aber gärt es in Tunis. Nach dem Aufstande vom 7. November will es trotz der entschlossenen Härte, mit der der Generalresident Herr Alapetit eingriff, nicht ruhig werden. Er hat zwar einen Teil der Italiener, die über die Haltung Frankreichs in der tripolitanischen Affäre ihrem Mißvergnügen zu lauten Ausdruck gaben, ausgewiesen, eine französische Zeitung suspendiert, die gegen die Indigenen hetzte, eine Reihe von Arabern aus Tunis verbannt, andere eingekerkert, die zu einem Komitee gehörten, welches die Straßenbahnen in Tunis boykottierte, aber ruhig ist es darum nicht geworden, und es hat sich herausgestellt, daß gerade die Tunesier, die in französischen Schulen erzogen wurden, und von denen alljährlich einige in französischen Universitäten eine höhere Bildung erwerben, an die Spitze der antifranzösischen Bewegung getreten sind. Es ist dieselbe Erscheinung, die den Engländern in Ägypten und Indien entgegentritt, und mit der die Italiener in Tripolis zu rechnen haben werden, wenn sie einmal Herren des Landes sind. Wohltaten fremder Herren erwecken nicht Dank, sondern mit steigender Bildung auch steigendes Verlangen nach Wiedererwerbung der nationalen Unabhängigkeit. Das ist ein historisches Gesetz, das nur dort nicht gilt, wo die Unterwerfung auch zu völliger Verschmelzung der Rassen führt. Auf islamischem Boden ist eine solche Amalgamierung eo ipso ausgeschlossen, und deshalb glaube ich nicht an den dauernden Erfolg der nordafrikanischen Kolonialpolitik Frankreichs. Sie muß früher oder später scheitern, und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß was in Marokko geschieht und sich in Tunis vorbereitet, auch nach Algier hinein zünden wird. Frankreich wird genötigt sein, wenn es seine Stellung behaupten will, von Tanger bis Tunis dauernd in Waffen zu stehen und trotzdem bei einem europäischen Kriege mit der Wahrscheinlichkeit eines allgemeinen nordafrikanischen Aufstandes rechnen müssen.

Italien hat nunmehr den Vertretern der fünf Großmächte die Bedingungen mitgeteilt, unter denen es geneigt ist, seinen Frieden mit der Türkei zu schließen. Sie sind entschieden entgegenkommend, aber sie kommen noch zu früh. Die türkische Regierung kann vor Ab-

schluß der Wahlen, und bevor sie ihrer Majorität im neuen Parlament durchaus sicher ist, in eine Abtretung von Tripolis und Cyrenaica nicht willigen. Wichtiger als die pekuniären Entschädigungen, die Italien bietet, und als die Anerkennung der geistlichen Autorität des Sultans auch über die abzutretenden Gebiete, wäre das Anerbieten einer Garantie der Integrität der europäischen Türkei. Das könnte doch von höchster Wichtigkeit für die Türkei werden, die gerade jetzt mit ganz außerordentlichen Schwierigkeiten zu rechnen hat. In Kreta ist eine provisorische Regierung ins Leben getreten, die, wie so oft schon, angekündigt hat, daß sie Deputierte wählen wird, um sie als Abgeordnete in das Parlament nach Athen zu schicken. Ein Komitee von 80 Mitgliedern leitet die Aktion, fünf Minister bilden die Exekutive und auch die Deputierten sollen aus der Reihe der 80 gewählt werden. Da das eine offenbare Verletzung des von den Schutzmächten garantierten status quo ist, hat die Türkei protestiert, und es fragt sich nun, ob die Schiffe der Mächte wachsam genug sein werden, die Abfahrt der Deputierten zu verhindern, und wenn nicht, ob Venizelos noch die Macht hat, die Zulassung der Deputierten in das griechische Parlament zu verhindern. Die Teilnahme der Kretenser an den Sitzungen in Athen aber kann in einen türkisch-griechischen Krieg ausmünden, dessen Ausgang nicht zweifelhaft ist, wenn nicht neue Verwicklungen eintreten.

Nun hat die etwas brüske Abberufung des russischen Botschafters Tscharykow aus Konstantinopel, die, wie festzustehen scheint, auf ein direktes Eingreifen des Zaren zurückzuführen ist, zwar eines der Elemente beseitigt, die man für die Unsicherheit der Zustände auf der Balkanhalbinsel verantwortlich macht, und Herrn v. Giers, der bisher Gesandter in Bukarest war, geht der Ruf eines besonnenen und disziplinierten Diplomaten voraus, aber die Verhältnisse an der russisch-persischen und persisch-türkischen Grenze haben sich in letzter Zeit so zugespitzt, daß ein russisch-türkischer Konflikt nicht als ausgeschlossen zu betrachten ist. Die Christen in Urmia haben, wie die „Nowoje Wremja" berichtet, eine Petition an den Zaren, die Duma und die Parlamente von Frankreich, England und den Vereinigten Staaten gerichtet, in der sie bitten, daß russische Truppen möglichst lange Urmia besetzt halten; die muselmanischen Chane und Grundbesitzer aber haben sich an den russischen Konsul in Urmia mit der Bitte gewandt, sie sofort „unter

den hohen Schutz Rußlands" aufzunehmen. Sie würden von den Türken bedrängt, und die persische Regierung habe sie vergessen. Die Folge dieser Bitten aber sei gewesen, daß die Türken ihre Garnison in Urmia verstärkt und ein neues anatolisches Armeekorps an der russisch-persischen Grenze aufgestellt hätten. Unter heftigen Ausfällen gegen die russische Diplomatie und gegen die lähmende Eifersucht Englands, verlangt nun die „Nowoje Wremja", daß die strategisch wichtige, den Kaukasus gefährdende Stellung, welche die Türken eingenommen haben, ihnen wieder entrissen und das törichte Prinzip der Nichteinmischung in die persischen Angelegenheiten (!!) endlich aufgegeben werde. Den Schah habe man unter Berufung auf dieses Prinzip verhindert, seinen Thron zurückzugewinnen.

„Worauf aber rechnete die russische Diplomatie, als sie sich in diese Angelegenheit, die sie nichts anging, einmischte? Welchen Nutzen hat Persien und, was das wichtigste ist, Rußland davon? Die „Regierung" in Persien ist, wie vorher, kraftlos, ohnmächtig, hilflos. Ihre Existenz ist, wie vorher, von allen Seiten bedroht. Es sind Gefahren, vor denen man sie mit guten Ratschlägen nicht schützen kann, denn die Kurden hören mit größerer Achtung auf die Ermahnungen Salar ed Daulehs als auf unseren Gesandten und seine Inspiratoren. Die Macht in Persien ist wie vorher eine nominelle, Sudsch ed Dauleh und Salar ed Dauleh strecken die Hand nach ihr aus. Im Lande herrschen wie vorher anarchische Zustände, so daß die Autorität Rußlands nicht dem wirklichen Vorteil Persiens, sondern den Einfällen der russischen Diplomatie zu Dienst gewesen ist. Ist es nicht endlich an der Zeit, mit der öden Politikasterei zu brechen und mit einer klaren politischen Aktion vorzugehen, die einer Großmacht würdig ist?"

Mohamed Ali, der jetzt in Odessa eingetroffen ist, müßte, wenn es nach der Politik der „Nowoje Wremja" ginge, unter russischem Schutz und als russischer Vasall nach Persien zurückkehren und gleichzeitig — immer zum Besten Persiens — die Türkei aus ihren Positionen in den strittigen Gebieten vertrieben werden. Das aber bedeutet Krieg, wenn, was wir bis auf weiteres nicht annehmen, die russische Regierung sich die Ratschläge des chauvinistischen Organs zu eigen machen sollte. Noch auffallender, und wahrscheinlich noch weniger der Politik der Regierung entsprechend, sind die Ausfälle der „Nowoje Wremja" gegen Japan, das als der eigentliche Urheber der chinesischen Revolution

dargeſtellt wird, die es, bei der Hilfloſigkeit der Chineſen, zu ſeinem Vorteil wenden werde. In der Südmandſchurei habe Japan bereits die faktiſche Herrſchaft in Händen, ſo daß eine Annexion nicht notwendig ſei, da ſie faktiſch bereits beſtehe. Das eigentliche Ziel der Japaner aber ſei, ſich des ganzen Priamurgebietes zu bemächtigen und gleichzeitig in China den Boden ſo vorzubereiten, daß ihnen die Führung in der panaſiatiſchen Bewegung zufällt, wenn ſie einmal die gelbe Raſſe zuſammengefaßt haben. Das mögen Träumereien ſein — wir glauben nicht, daß China die geringſte Neigung hat, ſich einer japaniſchen Leitung anzuvertrauen, aber intereſſant an den Ausführungen, welche an dieſe Zukunftsbilder geknüpft werden, iſt die Erwägung, daß für den Fall eines ruſſiſch-chineſiſchen Krieges, ein plötzliches Auswandern der Chineſen, die 85 v. H. der Arbeiterbevölkerung ausmachen, das geſamte ökonomiſche Leben ins Stocken bringen müßte. Das ſei ſchon beim Ausbruch des ruſſiſch-japaniſchen Krieges eine Gefahr geweſen, die man nur durch Verbot der Auswanderung und durch Bewachung der Grenzen im Priamurgebiet einigermaßen habe abwenden können, was in einem Kriege mit China natürlich nicht ausführbar ſei. Die Lage Rußlands ſei aber jetzt weit gefährlicher als in den Jahren 1903—1905. Die Schiffahrt auf dem Amur und Uſſuri werde von 510 Dampfern und Barken beſorgt, die faktiſch in chineſiſchen Händen ſeien. 60 v. H. des Holzes für die Heizung dieſer Fahrzeuge ſei auf dem chineſiſchen Ufer geſtapelt, die Lotſenfeuer und Zeichen, ohne welche die Fahrt auf beiden Strömen unmöglich ſei, liegen gleichfalls auf chineſiſchem Boden und werden von Chineſen bedient und die Hälfte der Schiffsmannſchaft beſtehe aus Chineſen. Das aber ſei die Lage geweſen, als Rußland im vorigen Jahre ſein Ultimatum nach Peking ſchickte. Kurz der politiſche Peſſimismus iſt ebenſo groß wie der politiſche Chauvinismus, und man ſucht vergeblich zu erkennen, worauf der letztere ſeine Hoffnungen gründet. Inzwiſchen aber hat Juanſchikai die chineſiſche Regierung tatſächlich organiſiert, eine vorläufige Verfaſſung iſt verkündet worden, als Miniſterpräſident Tongſhaoſi, ein Kantoneſe, an die Spitze des neugebildeten Miniſteriums geſtellt worden, ein Mann von europäiſcher Bildung, dem große Sachkenntnis, adminiſtrative Fähigkeiten und ein ſtarker Wille zugeſchrieben werden. Er gilt für liberal, aber für beſonnen und praktiſch, und iſt dabei, trotz alledem, von Geſinnung Chineſe geblieben. Wenn nun, wie feſt-

steht, China noch sehr große Schwierigkeiten zu überwinden haben wird, ehe die Regierung der Wirren Herr ist, die an allen Ecken und Enden des Reichs immer aufs neue aufkommen, so läßt sich doch erwarten, daß Männer wie Tongshaosi und Juanschikai ihrer schließlich mächtig werden. Der letztere hat eben erst zwei bedeutsame Maßregeln ergriffen, von denen die eine bereits zum Ziel geführt hat, eine Anleihe bei einem belgisch-englischen Konsortium im Betrage von 20 Millionen Mark, die andere, wenn sie glückt, einen schweren Schlag für die russische Politik bedeutet: Er ist nämlich in Verhandlungen mit dem Dalai-Lama getreten und hat sich erboten, nicht nur seine geistliche Autorität über alle Buddhisten herzustellen, sondern ihm auch eine glänzende materielle Stellung zu sichern, falls er sich verpflichtet, den Chutuchtu in Urga zu bewegen, sich der Republik zu unterwerfen und behilflich zu sein, daß die Mongolei wieder chinesische Provinz wird.

Die Duma hat die zwei Gesetzentwürfe angenommen, die, falls der Reichsrat sie sich ebenfalls zu eigen macht, von großer Bedeutung werden können: eine Reform in der Organisation der Wehrpflicht, welche die gebildeten Elemente mehr als bisher heranzieht, die Rekrutierung zweckmäßiger regelt und für ein besseres und zahlreiches Kontingent an brauchbaren Unteroffizieren und Offizieren der Reserve sorgen will, und zweitens ein drakonisches Gesetz zur Einschränkung des Alkoholgenusses, daß jedoch ohne jeden Zweifel von Hoch und Niedrig umgangen werden wird. Es verbietet den Verkauf von Alkoholien in allen öffentlichen und privaten Lokalen an 150 Tagen im Jahre, und macht dabei keinerlei Unterschied zwischen Branntwein, Bier und Wein oder feinen Likören. Wahrscheinlich wird der Staat, dem das Branntweinmonopol ja einen wesentlichen Teil seiner Einkünfte bringt, selbst dafür sorgen, daß die Hintertüren offen bleiben.

Ein großes Ereignis ist ferner, daß der Zar die Berufung einer Konferenz bestätigt hat, die das seit 1906 auf der Tagesordnung stehende Konzil vorbereiten soll. Man sieht ihm mit weitgehenden Hoffnungen und ebenso weitgehenden Sorgen entgegen. Die Duma hat auf die Nachricht hin, in der Kommission für Angelegenheiten der rechtgläubigen Kirche einstimmig die folgende Resolution gefaßt:

„In Betracht, daß trotz der vielfach von der Duma ausgesprochenen Überzeugung, daß unaufschiebbare Reformen der Kirchlichen Verwal-

tung notwendig sind und daß trotz der wiederholten Versicherung des Oberprokureurs des Heiligen Synod, daß alle Maßregeln ergriffen würden, um diese Reformen so rasch wie möglich auszuführen, bisher weder die Reform der Kirchspiele, noch der geistlichen Konsistorien, noch die übrigen notwendigen kirchlichen Reformen ausgeführt, sondern vielmehr auf unbestimmte Zeit vertagt sind, inzwischen aber die Lage des kirchlichen Lebens einen Charakter angenommen hat, der die Kirche und den Staat mit schweren Verwicklungen bedroht, erkennt die Reichsduma die unverzügliche Berufung eines allrussischen Kirchenkonzils für ganz unerläßlich."

In England sind bisher alle Versuche gescheitert, den Ausstand der Kohlenarbeiter zum Abschluß oder mindestens zum Stehen zu bringen. Die Zahl der Arbeitslosen und damit auch die materielle Not steigt von Tag zu Tage. Aber auch die Kapitalien, aus denen die Arbeitergenossenschaften die ungeheuren Kosten des Streiks bestreiten, werden allmählich aufgezehrt, und da nichts anderes zu helfen scheint, mag vielleicht daher die Erlösung kommen.

22. März. Abreise des Kaisers nach Korfu.
23. März. Ermordung des Fürsten von Samos.
24. März. Bergarbeiterstreik in den österreichischen Kohlenrevieren.
Kämpfe zwischen Spaniern und Kabylen.
25. März. Rede des Erzbischofs von Canterbury zugunsten einer deutsch-englischen Annäherung.

---

27. März 1912.

In England, Frankreich und Rußland ist es im Verlauf der letzten Woche zu Verhandlungen in Parlament und Kammern gekommen, die zwar sehr interessant, aber nicht immer erfreulich waren. Im Unterhause hat der junge erste Lord der Admiralität Winston Churchill (geb. 1874) zwei Reden gehalten, die, wie uns versichert wird, bestimmt waren, den üblen Eindruck zu verwischen, den sein geflügeltes Wort von der „deutschen Luxusflotte" gemacht hatte. Auch hat er in der Tat einige Worte der Anerkennung für die Deutschen gefunden, die er ein Volk „von kräftigem Willen, starkem männlichen Verstand und hohem Mut" nannte, aber es war mindestens sehr ungewöhnlich, daß er sein Marineprogramm ausschließlich durch die Notwendigkeit motivierte, um 60 v. H. stärker zu sein und für alle Zeit zu bleiben, als Deutschland es je werden könne. Nun haben wir nichts dagegen einzuwenden, daß England, wenn es ihm seine Mittel und das Menschenmaterial, das es zur Verfügung hat, gestatten, so viel Kriegsschiffe baut, als ihm irgend beliebt, aber Ton und Methode seiner Darlegungen waren doch derartig, daß Lord Beresford, dem man eine blinde Vorliebe für Deutschland nicht vorwerfen kann, erklärte, er erblicke in dieser Rede eine indirekte Drohung und eine Provokation Deutschlands, und der frühere Zivillord der Admiralität Arthur Lee bemerkte, Churchill habe die fromme Hoffnung auf künftige Beschränkung der Ausgaben für die Marine hingeworfen, wie etwa ein Reisender, der von Wölfen verfolgt werde, ihnen einen Knochen hinwerfe, wenn er bereits außer Gefahr sei, von den Wölfen erreicht zu werden. Churchill hat sich von unserer Flotte so sehr hypnotisieren lassen, daß er die übrige

Welt und die Schutzpflichten, denen England in allen Meeren gerecht zu werden hat, nicht mehr zu sehen scheint. Auch das Rechenexempel, das er aufstellt, um zu beweisen, daß, wenn in einer Seeschlacht beide Teile gleiche Verluste erlitten hätten, England durch seine Reserveflotte immer noch übermächtig bleibe, zeugt von einer erstaunlich mechanischen, nur das Nächste ins Auge fassenden Auffassung. Denken wir uns die deutsche und mehr als die Hälfte der englischen Flotte vernichtet, so werden die amerikanische, die japanische und die französische Flotte an die erste Stelle, England bestenfalls an die zweite rücken, ganz abgesehen davon, daß inzwischen die neutralen Mächte die Erbschaft des Handels beider Mächte angetreten haben werden. Am unklügsten aber war wohl, daß diese Rede gehalten wurde, während Verhandlungen im Gange waren, die alle Aussicht hatten, in eine politische Verständigung mit England auszumünden, was zum Glück auch heute noch keineswegs ausgeschlossen ist, aber doch wesentlich erschwert erscheint.

Vielleicht hätte Churchill einen anderen Ton angeschlagen, wenn er das vortreffliche Buch von E. D. Morel „Marocco in Diplomacy" gekannt hätte, das soeben erschienen ist und zu dem Besten gehört, was überhaupt über die marrokkanische Frage geschrieben worden ist. Es ist eine glänzende Rechtfertigung der Politik Deutschlands, und bei aller Urbanität in der Form eine vernichtende Kritik der Haltung Frankreichs und des politischen Spiels, das Sir Edward Grey verfolgt hat. Man kann Herrn v. Kiderlen, der diese ganze Aktion von Schritt zu Schritt im Einverständnis mit unserem Kaiser geführt hat, zu der Anerkennung nur beglückwünschen, die seiner ruhigen und festen Durchführung des ihm gestellten Zieles zuteil wird. Aber das eine geht mit Sicherheit aus dem Morelschen Buch hervor, daß ohne das Eingreifen Greys, das weder durch britische Interessen noch durch internationale Verpflichtungen geboten war und nur den Franzosen den Nacken steifte, die Kompensationen für uns günstiger ausgefallen wären. Morel widmet sein Buch

„denjenigen, welche glauben, daß die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Britannien und Deutschland wesentlich ist für das Gedeihen und die Wohlfahrt des britischen und des deutschen Volkes und für die Erhaltung des Weltfriedens, und denjenigen, die überzeugt sind, daß die Sicherheit des Staates bedroht und das Vertrauen der Nation getäuscht wird, wenn geheime Ausschüsse fremden Mächten

gegenüber Verpflichtungen eingehen, die dem britischen Volke vorenthalten werden".

Es sind 23 Kapitel, die, ohne etwas Wesentliches zu übergehen, uns die Geschichte der Beziehungen Englands, Frankreichs, Spaniens und Deutschlands zu Marokko von 1880 ab in aller Kürze und ausführlich seit der Konferenz von Algeciras — immer auf die Vorgeschichte zurückgreifend — bis auf den heutigen Tag erzählen. 22 Annexe geben den Text der urkundlichen Belege und 5 Karten das notwendige geographische Detail. Eine deutsche Übersetzung wäre sehr zu empfehlen.

Einige Sätze aus dem Schlußkapitel mögen aufgeführt werden:

„Gibt es — so fragt Morel — in den nationalen Bedürfnissen Deutschlands etwas, was von unserem Standpunkt aus vitale Interessen Englands bedroht? Schließt Deutschland seine überseeischen Besitzungen unserem Handel? Nein! Erhebt es, wie Frankreich und Portugal, Differentialtarife zu seinem Vorteil? Nein! Die britischen Kaufleute und der britische Handel werden in Deutsch-Südwest- und Ostafrika und in der Südsee genau auf demselben Fuß behandelt, wie wir deutsche Kaufleute und deutschen Handel in unseren überseeischen Besitzungen behandeln. Im kontinentalen Deutschland ist die fiskalische Politik von der unseren verschieden . . . aber über See verfolgt Deutschland wie wir die Politik der offenen Tür, weil es, anders als Frankreich Belgien und Portugal, Betätigung für die Nation, nicht Profite für begünstigte Individuen sucht" (was sehr hübsch weiter dargelegt wird unter Hinweis darauf, daß es deshalb dem Interesse Englands entspreche, die Ausbreitung Deutschlands in den tropischen und subtropischen Gebieten nicht zugunsten von Mächten zu behindern, welche die Tür schließen).

Morel wirft danach die Frage auf, ob irgendein denkender Brite wirklich glaube, daß Deutschland niedergehalten werden könne, und daß es möglich sei, ein Volk von nahezu 70 Millionen zu zerschmettern und zu vernichten. Ein siegreicher Krieg werde nicht das Ende, sondern der Anfang einer Erbschaft von glühendem Haß sein, dessen Ende niemand vorhersehen könne . . . Die Marokkoaffäre zeige, daß England sich auf die falsche Seite gestellt habe, und diese Lehre sollte nicht verloren gehen.

„Laßt uns Deutschland die Freundschaftshand entgegenstrecken, nicht mit Ostentation, nicht so daß wir auch nur im geringsten unsere Selbstachtung preisgeben, nicht durch Anbieten absurder Konzessionen,

sondern im Geiste freimütiger Anerkennung, daß es weder einen Sinn hat, noch würdig und gerecht ist, wenn unsere beiden Nationen in kleinlicher Eifersucht und wertlosen Rekriminationen einander gegenübertreten. In einem Geist, der aufrichtig anerkennt, daß Deutschlands industrielle Fortschritte nur beweisen, daß wir auf unserem eigenen Felde in ehrlichem Wettbewerb ebenso von Deutschland zu lernen haben, wie Deutschland von uns gelernt hat; in einem Geist, der aufrichtig anerkennt, daß Deutschland ebenso berechtigt ist, wie wir, seine Flotte so auszubauen, wie seine Staatsmänner es ratsam finden, um Deutschlands überseeische Beziehungen aufrechtzuerhalten; in einem Geist, der entschlossen ist, nicht zu dulden, daß persönliches Vorurteil oder Erregung von Verdacht und Mißtrauen bei uns dem allmählichen aber sicheren Fortschritt zur Herstellung der harmonischen Beziehungen entgegentritt, die allein zweier großer Völker würdig sind, die Seite an Seite auf manchem Schlachtfelde gefochten haben, niemals aber gegeneinander, die derselben Wurzel entstammen, zwischen denen die Geschichte unzählige Bande geknüpft hat, die beide der Fortschritte und des Gedeihens des anderen nicht entbehren können, und deren Versöhnung die Übel des Argwohns und der Unsicherheit verscheuchen würde, die wie ein Alp die Welt bedrücken."

Von diesen, ohne Zweifel aus tiefer Überzeugung kommenden Tönen war freilich in den Ausführungen Churchills nichts zu hören. Aber wir wissen, daß Morel nicht allein steht, und wenn wir recht unterrichtet sind, ist Sir Edward Grey jetzt in der Tat bemüht, die Wege einzuschlagen, die zu einer Verständigung mit Deutschland führen können. Die Aussicht, daß der Ausstand der Kohlenarbeiter bald ein Ende finden wird, beginnt an Boden zu gewinnen und damit auch die Wahrscheinlichkeit, daß den Fragen der auswärtigen Politik mehr Zeit gewidmet wird, als in den letzten acht Wochen möglich gewesen ist. Haben auch die mit so viel Hoffnung erwarteten Verhandlungen am letzten Montag nicht zum Ziele geführt, so beginnt die wachsende Not der Arbeiter, die steigende Lähmung des Verkehrslebens, die Erschöpfung der Geldmittel, durch welche die Arbeiterorganisation die feiernden Arbeiter erhält, sich in kaum noch zu ertragendem Maße geltend zu machen. Der Ausfall an Lohn allein bedeutet für die Arbeiter einen Verlust von gegen 200 Millionen Mark, die Verluste aber, die Handel und Industrie, der Verkehr zu Lande und zu Wasser erlitten haben, sind

gewiß weit höher anzuschlagen. Dazu beginnen bedenkliche Regungen revolutionären Geistes sich geltend zu machen, wie namentlich bei den Meetings zutage trat, die gegen die Verhaftung des Arbeiterführers Tom Mann protestierten. Es ist wahrhaftig an der Zeit, daß der Staat diesem Treiben ein Ende macht und gewiß nicht der rechte Augenblick, um die lächerliche Politik des Mißtrauens gegen Deutschland fortzuführen. Der „Temps" freilich kündigt uns schon jetzt an, daß die Mission Haldanes völlig gescheitert sei, aber er hat uns auch den Rücktritt des Staatssekretärs v. Kiderlen-Waechter angekündigt, über den die ganze Meute der französischen Presse herfällt, um ihre Revanche für Agadir und die Kongokompensation zu haben, wobei, wie begreiflich, die „Nowoje Wremja" sekundiert; das alles macht freilich diese falschen Nachrichten nicht glaubhafter, und wir wollen geduldig die Zeit abwarten, da der „Temps" genötigt sein wird, sich selbst zu dementieren. Überhaupt ist es nicht ohne Humor zu verfolgen, wie die französische Presse die Weltpolitik ausmalt. Als Beispiel mag ein Abschnitt aus dem letzten Leitartikel des „Eclair" dienen. Er hebt folgendermaßen an:

„Die während der letzten Wochen verschleierte persönliche Politik Wilhelms II. ist plötzlich an zwei Tatsachen sichtbar geworden, die sich gegenseitig beleuchten: an der Entlassung Herrn v. Kiderlens und an der Anwesenheit des Kaisers in unserer Botschaft."

Folgt eine Betrachtung darüber, wie erfreulich das Verschwinden des Staatssekretärs wäre und wie bedenklich es sei, daß der Kaiser die Überlegenheit Deutschlands durch andere als kriegerische Mittel zu erreichen suche.

„Während wir es nicht wagen, an den Orient zu denken, bereitet Wilhelm II. das Schachbrett der Verwicklungen und die ihm nützlichen Lösungen derselben vor. Rußland marschiert gegen die Mongolei, Turkestan und Persien, wohin ihm die Straßen geöffnet wurden. Österreich, das sich mit Rußland besser verständigt, wartet seiner Stunde. Italien, das ohne seine Alliierten auszukommen hoffte, ist genötigt, ihre Hilfe anzurufen, die Türkei aber scheint überglücklich zu sein, von ihrem mächtigen Freunde beschützt zu werden. Ihr werdet sehen, daß Italien schließlich den Frieden nicht seiner Flotte, sondern nur der Furcht vor den russischen Truppen zu danken haben wird, die im Kaukasus zusammenströmen. So wird der Orient provisorisch beruhigt sein, und es wird so aussehen, als ob Deutschland diesem Fest präsidiert. Dabei aber wird

es noch einmal soviel Ansehen in Konstantinopel ohne viel Gefahr und ohne alle Kosten gewinnen, der ökonomischen Vorteile nicht zu gedenken, welche es in Kleinasien erpressen wird.

Bedenklich für uns ist aber, daß wir in diesem Spiel weder einen Platz erhalten, der unserer Vergangenheit würdig wäre, noch Vorteile, die unserem Range als Großmacht entsprechen. Kaiser Wilhelm diniert bei unserm Botschafter und reicht ihm einen Olivenzweig, benutzt aber ohne Schwanken unsere Abwesenheit vom Felde der Verwicklungen, die sich ohne unser Zutun abspielen, zu seinem Vorteil. Die schiedsrichterliche Stellung Deutschlands wird so zu einer wirklichen Hegemonie, die uns immer mehr depossediert. Wann endlich wird Einigkeit uns gestatten, wieder zu werden, was wir waren, und das zurückzugewinnen, was wir durch die Torheiten und die Chimären des Delcassistischen Radikalismus verloren haben?"

Offenbar ist Herr Judet durch die Erwerbung Nordafrikas noch nicht befriedigt und auch nicht durch die ungeheuren Geldgeschäfte, die Frankreich in aller Welt, namentlich aber durch den Eisenbahnbau in der europäischen und asiatischen Türkei macht; wahrhaft ergötzlich aber ist es, daß er in dem Besuch, den Kaiser Wilhelm nach der Ratifikation des Marokkovertrages dem um diesen Vertrag so hochverdienten Botschafter Cambon gemacht hat, eine Falle sieht, die Frankreich gestellt wurde. Diesen Leuten ist in der Tat nicht zu helfen.

Wir bedauern es sehr, daß in den Verhandlungen der französischen Kammer über die Vorgeschichte des Vertrages vom 4. November es Jaurès nicht möglich gemacht wurde, Caillaux zum Reden zu nötigen. Jeder Beitrag zur wirklichen Geschichte des Vertrages wäre uns lieb gewesen und aus der Geflissentlichkeit, mit der Poincaré seinen schweigenden Vorgänger deckte, läßt sich nur der eine Schluß ziehen, daß allerdings bedenkliche Tatsachen verborgen werden mußten. Irren wir nicht, so läßt sich aus dem Morelschen Buch kombinieren, um was es sich dabei handelte.

Die dritte Kammerverhandlung, auf die wir hinwiesen, ist die der russischen Duma und Gegenstand der Verhandlung war das Budget des Hl. Synod, das durch den Oberprokureur des Hl. Synod, Wladimir Karlowitsch Sabler vertreten wurde. Die Debatte wurde von einem Mitglied der Arbeiterpartei mit der Klage eingeleitet, daß die

Kirche ein Machtmittel der weltlichen Gewalt geworden sei, welches sie zur Propaganda politischer Ideen benutze. Dann folgte eine Entgegnung des Bischofs Eulogius, der auf die bekannte Angelegenheit des Bischofs Hermogen zu sprechen kam und als einzige Instanz, an die Hermogen wegen seiner Amtsentsetzung appellieren könne, auf ein russisches allgemeines Konzil hinwies, dessen Berufung er als unerläßlich bezeichnete. Der eigentliche Angriff aber ging von Gutschkow, dem Führer der Oktobristen, aus. Er begann mit dem Ruf, daß Kirche und Staat in Gefahr seien, und ging dann sofort auf den Fall Rasputin über. Grigori Rasputin stehe nicht allein. Hinter ihm stehe eine ganze Bande, eine bunte, völlig unerwartete Gesellschaft, die seine Person und den Zauber, der von ihm ausgehe, gleichsam gepachtet habe: Leute von unersättlichem Ehrgeiz, solche, die verlorenem Einfluß nachtrauern, dunkle Geschäftsmänner, gescheiterte Journalisten, die Rasputin ausnutzen. Sie soufflieren ihm, was er weitergibt, es sei ein ganz kommerzielles Konsortium, das klug und fein sein Spiel leite. Keine revolutionäre und antikirchliche Propaganda hätte erreichen können, was die Ereignisse der letzten Tage bewirkten. Wo aber sei, während diese furchtbaren Dinge sich abspielten, die Staatsgewalt gewesen und wo die Macht der Kirche.

„Wo sind speziell Sie gewesen, Oberprokureur des Heiligen Synod? War es nicht vor allem Ihre Pflicht, die Stimme zu erheben, der Sie Vertreter des Staates in den Angelegenheiten der Kirche sind? Sehen Sie was hinter Ihnen steht? Was sind es für Leute, die sie umgeben? Sie gehören ja zu der Gruppe, welche die Reinheit des Glaubens monopolisiert hat, zu den Stützen von Thron und Altar. Als wir die Gesetze annahmen, welche die elementaren Bürgschaften für religiöse Freiheit boten, als das Gesetz über die Altgläubigen, das ein jahrhundertealtes Unrecht gutmachen sollte, angenommen ward, da standen Sie unter unseren Gegnern. Als durch das Gesetz über die Freiheit des Übertritts von einem Bekenntnis zum anderen sowohl die Regierung wie die Duma Garantien für religiöse Duldsamkeit schaffen wollten, auch da sahen wir Sie unter unseren Gegnern. Als die Duma die kirchlichen Gemeindeschulen der Aufsicht des Staates unterstellen wollte, da donnerten Sie gegen uns und warfen uns vor, daß wir die Heiligtümer der Kirche antasteten. Im Kampf mit den äußeren Gegnern an der Grenze Ihres Ressorts, sahen Sie die Gefahr nicht, die von innen her-

vor drohte, die Pestbeule, die das innerste Mark der Volksseele und das religiöse Gewissen verzehrte. Aber der Oberprokureur schwieg. Oder wußte er von nichts, oder war er feige und duckte er sich?

Ich weiß, daß man von Menschen nicht immer Heroismus verlangen darf, aber es gibt ein gewisses ethisches Minimum, das obligatorisch für verantwortliche Träger der Macht ist. Es gibt Augenblicke, da „dienen" etwas ganz anderes bedeutet, als „liebedienerisch" sein, da bürgerlicher Mannesmut Pflicht und elementare Gewissenspflicht ist.

Der Chronist Rußlands wird über die Jahre 1911 und 1912 eintragen: „In diesen Jahren, da der Wirkliche Geheime Rat Wladimir Karlowitsch Sabler Oberprokureur des Heiligen Synod war, verfiel die rechtgläubige Kirche in unerhörte Erniedrigung."

So mag das Volk wissen und die Geschichte es behalten, daß in diesem schweren Jahre, das die rechtgläubige Kirche und das rechtgläubige Volk durchlebt hat, der Oberprokureur des Allerheiligsten Synod, Wladimir Karlowitsch Sabler, seine Pflicht nicht erfüllt hat."

Der Eindruck der Rede war ein ungeheurer. Die Antwort des Prokureurs über die Maßen schwach. Er stehe hoch über den Angriffen, und in seiner Person wolle man die heilige Kirche treffen. Seine Pflicht kenne er und habe sie sein Leben lang erfüllt, durch geheimnisvolle und unbestimmte Beschuldigungen lasse er sich nicht einschüchtern.

Erledigt ist damit die Angelegenheit keineswegs. Sie wird nicht ruhen, ehe sie ihre Sühne gefunden hat, und in der Rede Gutschkows haben wir ein Vorspiel dessen, was von dem allrussischen Konzil zu erwarten ist.

Wir stellen die Konfliktsfragen der auswärtigen Politik in Persien, China, Kleinasien, Tripolis und Marokko zurück. Eine entscheidende Wendung ist an keiner Stelle erfolgt.

28. März. Vertagung von Reichstag und Landtag.
29. März. Fortgesetzte blutige Kämpfe zwischen Rebellen und Regierungstruppen in Mexiko.
29. März. Einsturz der Funkenstation in Nauen.
1. April. Russische Truppen beschießen eine Moschee in Mesched (Persien).

---

3. April 1912.

Die Mindestlohnbill ist nunmehr in beiden Häusern des Parlaments in dritter Lesung unverändert angenommen worden, sie hat die Bestätigung durch König Georg erhalten, und auch die danach erfolgte Abstimmung der Arbeiter über die Frage: ob sie sich die erfolgte Entscheidung gefallen lassen und die Arbeit wieder aufnehmen wollten oder ob nicht, hat eine Majorität in bejahendem Sinne gefunden. Danach wäre im Prinzip der Kohlenstreik zum Abschluß gekommen und in der Tat hat seither die Zahl der zu ihrer Berufsarbeit Zurückkehrenden von Tag zu Tag zugenommen, und man darf wohl hoffen, daß sich in dieser Hinsicht allmählich normale Verhältnisse wieder einstellen. Eine andere Frage ist es, ob die von Asquith und Grey — denn Sir Edward hat vornan im Kampf gestanden — herbeigeführte Entscheidung, für das Land selbst von Nutzen sein wird, und weiter, welches die Nachwirkungen des Ausstandes sein werden? Daß die Arbeiter durch die ihnen oktroyierte Lösung nicht voll befriedigt worden sind, beweisen die Mißhandlungen einiger der Arbeiterführer, die für die Bill eintraten, andererseits aber fürchten die Grubenbesitzer, daß sie unter den neuen Zugeständnissen, zu denen sie sich verstehen mußten, die Konkurrenz des Auslandes nicht werden ertragen können. England exportiert 32,37 v. H. seiner Kohlenproduktion, und das macht 11,35 v. H. seiner Gesamtausfuhr aus. Nun ist die Produktion bereits durch die von den Besitzern zu tragende Versicherung der Arbeiter wesentlich verteuert worden und der Preis der englischen Kohle höher als der der amerikanischen (8 sh. 2 p. gegen 5 sh. 10 p. in Amerika, und 9 sh. 10 p. in Deutschland; so lag das Verhältnis im Jahre 1910), mit der sie daher nicht kon-

kurrieren kann, während die Konkurrenz mit der deutschen Kohle bisher aufrechterhalten werden konnte. Man fürchtet, daß auch hier eine Wandlung eintreten und den Export Englands schwer schädigen könnte. Jaques Bardoux, der mit obigen Zahlen in einem sehr lesenswerten Artikel der „Débats" operiert, macht außerdem darauf aufmerksam, daß die Dividenden der englischen Kohlengruben bereits erheblich gesunken seien, und das gibt ein bedenkliches Zukunftsbild für den Fall, daß die Produktionskosten weiter steigen. Dazu kommt die Befürchtung, daß auch in anderen Betrieben Zugeständnisse mit denselben Mitteln erzwungen werden, die jetzt die Regierung genötigt haben, ihre Bill einzubringen und durchzusetzen. Unter allen Umständen ist nicht darauf zu rechnen, daß die zahlreichen nicht zu den Streikenden gehörenden Arbeitslosen sofort wieder Beschäftigung finden. Man wird Zeit brauchen, die Wirkungen, die gleichsam als mechanische Folgen des Ausstandes getragen werden müßten, zu verwinden, und die Not ist zurzeit größer als während der ersten Wochen des Ausstandes.

Vielleicht hat das Zusammenschmelzen der großen Kapitalien, über welche die Arbeiterorganisationen verfügten, die eine günstige Wirkung, daß die Führer es sich in Zukunft dreimal überlegen, ehe sie wieder eine Machtprobe provozieren. Der „Economist" berechnet, daß die Kohlenarbeiter selbst an Lohn gegen 6 000 000 Lstr. eingebüßt haben, dazu aber noch 3 000 000 an Ersparnissen, also gegen 180 000 000 Mk. Die Zahl der infolge des Ausstandes ohne eigene Schuld außer Arbeit Gesetzten schätzt er auf 1 000 000 und ihren Verlust auf weitere 4 000 000 bis 5 000 000 Lstr. Die Eisen- und Stahlarbeiter würden weitere 8—10 Tage feiern müssen, falls, wie angenommen wird, so viel Zeit erforderlich ist, um die gelöschten Hochöfen wieder in Gang zu bringen. Ungeheuer seien die Verluste der Grubenbesitzer und der Aktionäre, und diese Verluste würden in Zukunft sowohl von der Arbeit wie vom Kapital getragen werden müssen; sehr empfindlich sei die Einbuße der Ladeninhaber in den Minen- und Industriebezirken, so daß der Gesamtverlust wohl doppelt so groß sei, wie die Verluste, die einst ein Monat des südafrikanischen Krieges brachte, seine dauernde Nachwirkung werde Sparsamkeit im Kohlenverbrauch und die Einführung von Surrogaten: elektrischer Kraft und Öl, bringen. Aber der Gedanke der Arbeiter sei gewesen — wie einer der Waliser Arbeiterführer, Mr. Vernon Hartshorn, erklärte: „Das Land so zu paralysieren, daß die Regierung vor

uns aufs Knie fallen und uns bitten wird, die Arbeit unter Bedingungen zu leisten, welche sie jetzt für unannehmbar erklärt." Noch weit pessimistischer urteilt Waverley im „Eclair".

Eine stärkere Regierung, als die von Mr. Asquith es ist, hätte den Kampf bis ans bittere Ende durchgefochten und einen Sieg erringen müssen, der der Zukunft zugute gekommen wäre. Es ist übrigens charakteristisch, daß Sir Edward Grey auf einen Monat in die Ferien geht. Er hat so tief im Kampf gestanden, daß seine Nerven offenbar einer Erholung bedürfen, und es ist zu befürchten, daß die während der Streikperiode nur langsam vorrückenden Verhandlungen, die Haldane angebahnt hatte, nunmehr für längere Zeit ins Stocken geraten. Was nebenher dazu beigetragen hat, brauchen wir nach den Ausführungen, mit denen wir die englisch-deutschen Beziehungen seit Monaten begleitet haben, nicht zu wiederholen. Es sind auf beiden Seiten Fehlgriffe getan worden, und Geschehenes ist nicht ungeschehen zu machen. Wir wollen die Lage nehmen, wie sie ist, und sie klar ins Auge fassen. Günstiger als vor Beginn der Verhandlungen ist sie jedenfalls nicht geworden.

Der Unterzeichnung des französisch-marokkanischen Schutzvertrages sind Nachrichten vorausgeschickt worden, die dahin gingen, daß der Sultan von Marokko lieber abdanken wolle oder fliehen werde, als den Vertrag unterzeichnen. Am 31. März hat die Unterzeichnung nun doch stattgefunden, und wenn wir den französischen Zeitungen glauben dürften, zur großen Befriedigung Abdul Hamids. Immerhin hat Herr Regnault einige Tage gebraucht, um diese Stimmung in Fez hervorzurufen, und es trägt nicht weiter aus, dem „Wie" der Unterzeichnung nachzugehen. Wir kennen die Bedingungen, unter welchen wir Frankreich seine neue Stellung in Marokko bewilligt haben, und es ist heute ein internationales Interesse, daß diese Bedingungen auch eingehalten werden. An die Stelle der Unklarheiten des Vertrages von Algeciras ist eine klare, scharf umgrenzte Lage getreten, und jeder Teil weiß nun, was er zu fordern berechtigt ist, und was er zu lassen hat. Weniger günstig ist der Verlauf, den die Verhandlungen mit Spanien nehmen. Der „Temps" stellt Betrachtungen über die extrême bonne volonté de la France et l'intransigeance de l'Espagne an, und das wäre richtig, wenn Spanien nicht seinen, von Herrn Delcassé unterzeichneten Schein vorweisen könnte. Da nun die Verhandlungen

stets unter der Oberaufsicht Englands stattfinden, das bemüht ist, das Vertragsrecht Spaniens zu unterstützen, ist es begreiflich, daß die Spanier sich „intransigent" zeigen. Daß schließlich Frankreich sich wird bequemen müssen, seine Ansprüche herabzusetzen, und daß dann Unterschrift und Siegel unter einen neuen spanisch-französischen Marokkovertrag gesetzt werden, läßt sich übrigens mit Bestimmtheit voraussehen.

Nächst dem Interesse, das den Plänen Millerands für Schaffung eines aller Welt überlegenen Fliegerkorps gilt, beschäftigt nichts das heutige Frankreich mehr als die Unsicherheit, welche durch die Automobilbanditen und deren mörderische Anschläge hervorgerufen worden ist. Was in Montgeron und Chantilly getan und neuerdings am Schloß Rieux versucht worden ist, gibt allerdings ein Zeugnis dafür ab, daß die Banditen der französischen Polizei und der französischen Justiz glauben spotten zu können und läßt uns einen Blick in die Verwilderung und Verrohung tun, die infolge der unverzeihlichen Schwäche des vieljährigen radikal-sozialistischen Regiments in Frankreich überhand genommen hat. Die „Débats", die auch jetzt ihrem ernsten ethischen Standpunkte treu geblieben sind, weisen darauf hin, daß die Ereignisse der letzten Woche die Regierung doch aufgerüttelt hätten, und daß eine Besserung sich erhoffen lasse, wenn jedermann seine Pflicht genau erfülle, d. h. wenn die Gesetze in dem Bewußtsein angewendet würden, daß es sich darum handle, das Leben der „honnêtes gens" zu schützen.

„Man hatte jüngst verlangt, daß Apachen gegenüber körperliche Strafen in Anwendung kommen, was in London die Verbrecher so schnell bewogen hat, sich ruhig zu verhalten. Vielleicht wird man schließlich durch die Notwendigkeit, sich zu verteidigen, dahin gebracht werden, ein fremdes Gesetz zu übernehmen, das besser, als es bei uns geschieht, die Freiheit schützt. Man müßte aber damit beginnen, unsere Gesetze, so wie sie sind, in Anwendung zu bringen. Nach dem Verbrechen in der Straße Ordener, gab es Leute, welche glaubten, daß es sich um einen Frevel handle, der noch nicht dagewesen sei, und daß er nicht nachgeahmt werden würde. Er ist zweimal nachgeahmt worden unter immer entsetzlicheren Umständen. Man muß sich sagen — denn das ist wahr —, daß es weiter geschehen wird, daß schon jetzt neue Verbrechen vorbereitet werden, und daß die Pflicht derjenigen, die berufen

sind, die gesellschaftliche Ordnung zu verteidigen, wachsam zu sein, niemals dringender gewesen ist als heute."

Das ist jedenfalls eine ernstere Auffassung als die des „Temps", der auf die Verluste hinweist, die Paris erleiden würde, wenn der Zufluß der Fremden nachlassen sollte, weil man dort seines Lebens nicht mehr sicher sei. Es erinnert uns an ein böses, aber nicht unzutreffendes Wort, das 1906 in einer russischen Zeitschrift „Das 20. Jahrh." von Paris gesagt wurde: Diese Stadt sei in der Tat „die lächelnde Betriebsamkeit" [1]). Das Geschäft beherrscht alles, und wie wir in Frankreich Ministerien von vielfachen Millionären gehabt haben, weil man von ihrer Erfahrung geschäftliche Vorteile erwartete, so muß der Hinweis auf das bedrohte Geschäft auch als eindrucksvolles Argument zur Bekämpfung der Apachen und der Automobilbanditen dienen. Das ist ein Thema, über das viel zu sagen wäre, und das Jaurés nicht übel in seinen letzten Kammerreden über Frankreichs auswärtige Politik angefaßt hat. Er hat aber Herrn Caillaux nicht zum Reden zu bringen vermocht: die Geschäftsgeheimnisse sind Geheimnis geblieben.

Trotz aller Bemühungen russischerseits, mit Hilfe der übrigen Mächte durch gemeinsame und gleichzeitige Anfragen in Rom und in Konstantinopel festzustellen, auf welchem Wege ein Friedensschluß zwischen Italien und der Türkei zu erreichen sei, sind wir bisher der Lösung dieses Problems um keinen Schritt näher gekommen. Die Italiener wollen und können ihr Annexionsdekret nicht zurücknehmen, die Türken wollen und können die Annexion nicht anerkennen! Vielleicht ändert sich das, wenn die Wahlen in der Türkei, die offenbar für die Jungtürken günstig ausfallen, die Regierung soweit stärken, daß sie gegen ausreichende Kompensationen sich mit einem faktischen status quo zufrieden geben kann, bei dem Italien tatsächlich seine territoriale Stellung in den okkupierten Gebieten behauptet. Es fragt sich freilich auch dann noch, welche Haltung die Araber von Tripolis und Cyrenaika einnehmen werden, und darüber läßt sich ein sicheres Urteil nicht gewinnen. Die „Times" berichtet, daß sie des Krieges müde seien und die Senussi neutral bleiben wollten. Dem „Temps" meldet ein Korrespondent aus dem türkischen Lager, daß täglich aus allen Himmelsgegenden arabische Scharen dem türkischen Lager zuströmen, daß der

[1]) Siehe Deutschland und die große Politik. 2. Mai 1906.

Scheich der Sunni in Kufra den heiligen Krieg erklärt habe, und daß der Enthusiasmus der Araber durch zwei Männer lebendig gehalten werde: durch Suleiman Baruny und Fehrad Bei, beides Abgeordnete des türkischen Parlaments, die vom Frieden nichts wissen wollen.

„Wir werden" — sagte Fehrad — „kämpfen, um Osmanen zu bleiben. Wenn unglücklicherweise die Türkei einem diplomatischen Druck weichen sollte, werden wir dennoch fortfahren zu kämpfen, und Tripolis wird es dann verstehen, seine Unabhängigkeit zurückzugewinnen."

„Das ist", so schließt der Korrespondent des „Temps", H. de Zorg, „die unwandelbare Seelenstimmung der Araber." Es ist dabei jedoch in Betracht zu ziehen, daß, seit die italienische Regierung auch französischen Fahrzeugen gegenüber ihr Kriegsrecht geltend machte, die Berichte französischer Blätter mit großer Vorsicht aufzunehmen sind.

Die russisch-türkischen Beziehungen scheinen sich in letzter Zeit erheblich gebessert zu haben. Man hat es in Konstantinopel sehr günstig aufgenommen, daß Miletic und Georgow, zwei Professoren der Universität Sofia, die als Delegierte des mazedonischen Organisationskomitees nach Petersburg gereist waren, um die russische Regierung zu veranlassen, Mazedonien für autonom zu erklären, abgewiesen worden sind. Sie beriefen sich auf die Bestimmungen des Protokolls der Revaler Zusammenkunft, das bisher der übrigen Welt unbekannt geblieben ist, und behaupteten, von Sasonow empfangen zu sein, was eine notorische Unwahrheit war. Man hat sie dann bewogen, Petersburg zu verlassen, und es heißt, daß sie ihre Beredsamkeit an Paris und London versuchen wollen, wo es ihnen wahrscheinlich nicht besser glücken wird. Ihre Idee scheint demnach die Mobilisierung der Tripelentente gegen die Türkei gewesen zu sein. Inzwischen sind die russisch-türkischen Gegensätze in der persischen Grenzfrage ebenfalls in ein günstigeres Fahrwasser gelenkt worden. In Konstantinopel tagt eine türkisch-persische Kommission, welche an der Hand von Urkunden und Karten die politische Grenze feststellen soll; falls eine Verständigung nicht zu erreichen ist, soll der Haager Schiedshof angerufen werden. Schwierig ist die Lage, weil Rußland aus strategischen wie aus politischen Gründen ein Interesse daran hat, daß die Entscheidung zugunsten Persiens ausfällt, und es ist nicht ganz sicher, ob Rußland bei einem anderen Ausgang geneigt sein wird, sich einem Schiedsspruch zu fügen. Sollte der Fall eintreten, daß Rußland einem Schiedsspruch

sein Veto entgegensetzt, so wäre das freilich ein tödlicher Schlag gegen das ganze Prinzip der Schiedsverträge und gegen den Haager Schiedshof im speziellen.

In Persien hat die Regierung jetzt in aller Form das russisch-englische Abkommen von 1907 und damit die beiderseitigen Einflußsphären als zu recht bestehend anerkannt. Der Schah, der zunächst nach Odessa zurückkehrte, ist auf dem Wege nach London, und sein Bruder Salar ed Dauleh wird ihm wahrscheinlich bald folgen. Als Instruktoren sind schwedische Offiziere berufen worden, nur die Kosakenbrigade bleibt unter russischer Leitung, an Shusters Stelle ist die Leitung und Reorganisation der Finanzen dem Belgier Mornard übertragen worden, der als entschiedener Anhänger russischer Interessen bekannt ist. Soweit scheint alles nach russischem Wunsch zu gehen. Bedenklich bleibt aber die Tatsache, daß die Perser bemüht sind, den russischen Einfluß von Teheran fernzuhalten, und daß noch immer zahlreiche Anhänger des entthronten Schahs und Salar ed Daulehs im Lande sind. Was die Russen veranlaßt hat, in Mesched eine Moschee zu bombardieren, läßt sich vorläufig noch nicht übersehen. Die „Nowoje Wremja" hat die persische Frage in ihrer Nummer vom 28. März zu einem Ausfall gegen Amerika, oder vielmehr gegen die, ihrer Meinung nach, Amerika beherrschenden Juden russischer Herkunft benutzt. Es sei Schiff gewesen, der Shuster und Morgan als Vertreter jüdischer Interessen nach Persien geschickt habe, und Rußland nötigte, Geld und Blut an eine Expedition nach Persien zu setzen. Jetzt wiederhole sich dasselbe Manöver in China. Schiff vertrete die Interessen der amerikanischen Banken: National City Bank, First National Bank, J. P. Morgan and Co. und Kuhn Loeb u. Co., so daß er tatsächlich Bevollmächtigter der amerikanischen Judenschaft sei. Dieser Mann habe jetzt die Finanzierung Chinas in die Hand genommen und damit namentlich die Interessen Rußlands geschädigt. Das Ganze mündet, wie seit Wochen fast jeder politische Artikel des Blattes, in einen Angriff auf Sasonow aus, dessen bevorstehenden Rücktritt die russische Presse bald anzeigt, bald wieder dementiert. Eine gleiche Arbeit richtet sich gegen die Stellung der Minister des Innern, der Justiz, den Ministerpräsidenten Kokowzew und natürlich auch gegen den durch die Rasputinaffäre arg kompromittierten Oberprokurator des Hlg. Synod, Sabler. Die Abberufung von Tscharykow aus Konstantinopel, die Versetzung des Gesandten in Pe-

king, Koroſtowetz, nach Marokko und ſeine Erſetzung durch den Botſchaftsrat in Wien, Krupenski, die angebliche Reiſe Raſputins in die Krim, das alles ruft Gerede und zum Teil bittere Kritik hervor. Dazu kommt das ungeheure Aufſehen des zweiten Petersburger Intendanturprozeſſes, der in denſelben Rahmen fällt, wie die Intendanturprozeſſe in Kaſan, Moskau, Kiew und der erſte Petersburger Prozeß, aber noch höherſtehende Beamte bloßſtellt, endlich die verblüffende Tatſache, daß 5 Kanonen 17 Lafetten und zahlreiches Aluminium und Kupfergerät aus der Peterpaulsfeſtung geſtohlen worden ſind, die vielleicht der beſtgeſchützte Platz Rußlands iſt. Zu allerlei Konjekturen hat dann die folgende Nachricht Anlaß gegeben:

„Man ſpricht viel darüber, daß Graf Witte vor einiger Zeit nach Zarskoje gefahren iſt, und weiſt darauf hin, daß die Fahrt nach langer Unterbrechung und nach vielen Bemühungen erfolgte. Wie man erzählt, iſt Graf Witte lange in Zarskoje Selo geblieben und der von ihm ausgeſprochene Wunſch, den Reichsrat zu verlaſſen und überhaupt ſeine politiſche Tätigkeit aufzugeben, nicht genehmigt worden."

Dieſe Nachricht ſtammt aus der „Wetſchernoje Wremja", einer Abendausgabe der „Nowoje. Wemja". Der „Swet" aber berichtet, daß nach der letzten Audienz Wittes die Rückkehr des Grafen zu politiſcher Tätigkeit als unzweifelhaft zu betrachten ſei. Die Summe dieſer Nachrichten gibt ein annäherndes Bild von der Zerfahrenheit und Unſicherheit der politiſchen Zuſtände. Die Ungewißheit über den Ausgang der bevorſtehenden Wahlen zur vierten Duma trägt dazu bei, ſie zu ſteigern.

Von den Fragen der auswärtigen Politik beunruhigt am meiſten die chineſiſche Kriſis. Bisher iſt bekanntlich die neue chineſiſche Regierung noch von keiner auswärtigen Macht anerkannt worden. Aber Tangſchaoyi, der Miniſterpräſident, hat in Nanking die Anerkennung des Miniſteriums durchgeſetzt, und Juanſchikai hat die von der Nationalverſammlung in Nanking genehmigte Verfaſſung veröffentlicht. Sie zählt 56 Artikel und die wichtigſten beſtimmen:

1. Die große blühende Republik der Mitte wird von dem chineſiſchen Volke begründet. 2. Die höchſte Gewalt gehört dem Volke. 3. Das Territorium der Republik beſteht aus 18 Provinzen: dem eigentlichen China, den 3 Provinzen der Mandſchurei, der äußeren und inneren Mongolei, dem vorderen und dem weſtlichen Tibet. 4. Organe der oberſten Verwaltung ſind die Geſetze beratende Kammer, Tſanijuan,

der provisorische Präsident, die Minister und die Gerichtshöfe. 5. Alle Bürger sind gleich, unabhängig von Stammeszugehörigkeit, Klassen und Religionsunterschieden. 6. Alle Bürger genießen sieben Freiheiten: Unantastbarkeit der Person und der Wohnstätte, die Freiheit Eigentum zu erwerben und Handel zu treiben, Freiheit der Presse, Versammlungsrecht und das Recht, Gesellschaften zu bilden, Wahrung des Briefgeheimnisses, Freiheit der Umsiedlung und des Glaubens. 11. Jeder hat das Recht, nachdem er ein Examen abgelegt hat, in Staatsdienst zu treten, 12. alle haben das aktive und passive Wahlrecht, 14. alle sind dem Gesetz entsprechend verpflichtet, in der Armee zu dienen. 28. Der Tsanijuan muß sich an dem Tage auflösen, da der Nationalkongreß, Gochoi, zusammentritt, der alle Rechte des Tsanijuan übernimmt. 29. Der Präsident und der Vizepräsident werden von der Kammer mit zwei Drittel der Stimmen gewählt. 30—42 enthalten die Befugnisse des Präsidenten, dem die Organisation der Verwaltung, Ernennung von Ministern, Botschaftern und Gesandten, das Kommando von Heer und Flotte, Abschluß von Verträgen usw. übertragen wird. 43—47 zählt die Rechte und Pflichten der Minister auf, 48—52 die Organisation der Justiz. 54. Die Verfassung der Republik wird von dem Kongreß bestimmt werden, bis dahin aber gilt dieses Gesetz, das 56. in Kraft tritt, sobald der Präsident es veröffentlicht. Es hört dann sofort die Geltung der früheren Gesetze auf, nach denen die provisorische Regierung sich richtete.

Es liegt auf der Hand, daß mit dieser provisorischen Verfassung Juanschikai eine große Macht in Händen gegeben ist, und daß die Idee der Integrität Chinas und seiner Dependenzen ihr als Voraussetzung dient. Zur Aufrechterhaltung der Integrität sind auch die Mächte des sogenannten Viererkonsortiums Amerika, Deutschland England und Frankreich entschlossen, während die Absichten Rußlands und Japans, als mindestens zweifelhaft zu betrachten sind. Die russischen Zeitungspatrioten verlangen die Annexion oder mindestens die Selbständigkeit von Mongolei, Mandschurei und Tibet, Japan wird unter keinen Umständen die Süd-Mandschurei fahren lassen. Daß China von dem belgisch-amerikanischen Konsortium Geld erhalten hat und trotz des Protestes der Mächte, mit denen die erste Anleihe vereinbart wurde, noch weiter erhalten wird, kann nicht wundernehmen. China ist von ungeheurem Reichtum an Bodenschätzen und Arbeitskräften; sobald

geordnete Zustände eintreten, ist es auch zahlungsfähig. Des Geldes aber kann es nicht entraten, wenn es der erregten Massen Herr werden und sie zu ruhiger Arbeit zurückführen will. Juanschikai hat mit Abschluß jener belgisch-amerikanischen Anleihe nicht korrekt gehandelt, aber man muß zugeben, daß er unter dem Zwang einer gebieterischen Notwendigkeit stand. Es kam vor allem darauf an, die Truppen zu löhnen und des Gesindels ledig zu werden, das sich ihnen mehr oder minder freiwillig angeschlossen hatte. Jetzt ist der Gedanke aufgetaucht, diese entlassenenen Soldaten als Militärgrenzer in der Mongolei, Westturkestan und in Tibet anzusiedeln; wird der Plan kraftvoll und mit Einsicht durchgeführt, so ist gute Aussicht, daß die chinesische Republik zu geordneten Zuständen übergehen wird.

Die Frage, wer Präsidentschaftskandidat der Republikaner in den Vereinigten Staaten wird, ist noch nicht geklärt. Zurzeit sind die Aussichten Tafts besser als die Roosevelts. Die Geschäftsleute in Chicago haben sich jedoch für den letzteren erklärt, weil sie von ihm einen auswärtigen Krieg erwarten, der die Geschäfte in Gang bringen würde. Andererseits glaubt man, daß Roosevelt beabsichtigt, eine neue imperialistisch-radikale Partei zu begründen. Aber bis zu der im Juni bevorstehenden Konvention kann sich noch vieles ändern. Hätten die Demokraten einen starken Mann zu stellen, so wäre bei dem Zwiespalt im republikanischen Lager ihr Sieg sicher.

Die Revolution in Mexiko scheint in eine amerikanische Intervention ausmünden zu wollen.

3. April. Allgemeine Luftfahrzeug-Ausstellung in Berlin.
6. April. Beschluß der englischen Bergarbeiter die Arbeit wieder aufzunehmen.
8. April. Kronprinz Konstantin wird Generalinspektor der griechischen Armee.
10. April. Schwere Niederlagen der mexikanischen Rebellen werden gemeldet.

---

10. April 1912.

Der Kohlenstreik in England ist, nachdem die Abstimmung der Arbeiter keine Zweidrittelmajorität gegen Wiederaufnahme der Arbeit ergeben hat, durch eine etwas gekünstelte Auslegung nunmehr offiziell zum Abschluß gelangt. Es wird aber offenbar noch einige Zeit dauern, ehe die offizielle Wirklichkeit sich mit der handgreiflichen deckt, da wir noch einen Teil der Bergarbeiter bemüht sehen, ihre arbeitswilligen Genossen gewaltsam an der Wiederaufnahme ihres Tagewerks zu behindern. Die Pflicht der Regierung, die Arbeitswilligen zu schützen, wird in ganz England als selbstverständlich anerkannt, und wir glauben, daß die unverkennbare Unterstützung, welche ihr die öffentliche Meinung des Landes zuteil werden läßt, der großen Schwierigkeiten Herr werden wird, die sich ohne Zweifel ergeben werden. Der Anspruch der Sozialisten, Minderheiten ihres natürlichen Rechts zu berauben, durch Arbeit ihre Familien zu ernähren, führt mit Notwendigkeit zu Verhältnissen, die alle Merkmale eines Bürgerkrieges tragen, und die in einen wirklichen Bürgerkrieg ausmünden müssen, wo die Freiheit zu arbeiten nicht mit allen Mitteln des Staates geschützt wird. Der Staat, der das zu tun unterläßt, spricht sich selbst das sittliche Fundament seiner Existenz ab. Auch scheinen die Zeichen der Zeit dahin zu weisen, daß die Stärkung der sozialdemokratischen und sozialrevolutionären Bewegung auf dem Wege sozialpolitischer Gesetzgebung als ein Fehler anerkannt wird, der nicht in infinitum fortgeführt werden darf. In England wird die Tyrannei, welche die Trade Unions durch ihre Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht aller mit ihnen in Berührung kommenden Individuen ausüben, bereits sehr lebhaft empfunden und

ebenso der Zwang, durch den sie jeden Arbeiter nötigen, in eine ihrer Organisationen einzutreten. Vielleicht läßt sich hoffen, daß die Sorgen, die England jetzt zu tragen hat, in eine Gegenbewegung ausmünden, die auch auf den sozialdemokratisch verseuchten Kontinent zurückwirkt.

Allmählich fangen auch Anzeichen einer Wandlung in Beurteilung der politischen Lage auf dem Kontinent an, sich in England fühlbar zu machen. Zum ersten Male tritt uns in der englischen Presse, und zwar in einem so angesehenen Organ, wie es die „Saturday Review" ist, die Erkenntnis entgegen, daß die Gefahr für den Weltfrieden nicht, wie eine sorgfältig gepflegte Agitation seit Jahr und Tag verkündete, in Deutschland, sondern in Frankreich liegt.

Es gäbe allerdings, schreibt die „Saturday Review", Symptome in Deutschland, die beunruhigen könnten, aber der gefährlichste Herd liege in Frankreich. Niemand in England dürfe übersehen, daß im französischen Volke der Chauvinismus stetig zunehme, daß die französische Regierung ihn lebendig zu erhalten bemüht sei, und ein Teil der französischen Presse das vollkommen billige. Weitverbreitete Zeitungen machten auf den neuen Geist der Franzosen, auf den wiedererweckten Stolz aufmerksam, den ihnen ihre Armee einflöße, und auf den offen angekündigten Wunsch, die verlorenen Provinzen zurückzugewinnen.

Das alles sei sehr wahr, und man könne die Tatsache konstatieren, aber es sei auch die offenkundige Absicht, eine Kampagne zu organisieren, die bestimmt sei, die Sympathien der Engländer zu gewinnen und sie an den Gedanken zu gewöhnen, daß der Augenblick gekommen sei, es mit einer großen Anstrengung zu versuchen, um das Elsaß und Lothringen zurückzugewinnen.

Man nehme allgemein in Frankreich an, daß England berufen sei, dabei als glänzender Sekundant zu fungieren, und wolle der öffentlichen Meinung Englands diesen Gedanken gleichsam einimpfen. Es wäre aber gut, daß man in England wisse, daß Frankreich bereits feste Entschlüsse gefaßt habe. Wer sich vergangener Zeiten erinnere, erkenne die Stimmung wieder, die 1869 und Anfang 1870 vorherrschte.

„Wir wissen nicht," so fährt die „Saturday Review" fort, „ob dieses Vertrauen in die Armee vollauf gerechtfertigt ist, besser begründet als vor 40 Jahren ist es jedenfalls.

Unsere Lage in dem Zusammenhang dieser Stimmungen ist nicht beneidenswert. Natürlich müßten wir Wort halten, wenn wir Frankreich zu verstehen gegeben haben, daß wir ihm helfen werden, aber wir können unmöglich sagen, daß diese Perspektive uns gefällt, und daß wir die Manier bewundern, die so absichtlich Schwierigkeiten provoziert."

Es mag in diesem Zusammenhang mitgeteilt werden, daß die „Times" am Freitag folgende Notiz brachte:

„Gestern traten an Lloyds einige Anfragen heran über die Höhe der Versicherungsrate, um das Risiko des Ausbruchs eines Krieges zwischen gewissen europäischen Mächten zu tragen, und es wurden 6 v. H. gezahlt, um auf 12 Monate das Risiko eines Krieges zwischen Deutschland, Frankreich und England zu decken. Mitte vorigen Monats wurde dasselbe auf 4 v. H. gedeckt."

Nächsten Donnerstag wird die Homerulebill im Unterhause eingebracht werden. Der „Ulster Guardian" ist von der Regierung schon jetzt in die Lage versetzt worden, den wesentlichen Inhalt mitzuteilen. Danach wird das irländische Parlament aus einem Rat bestehen, zu dem die Krone 12 Mitglieder ernennt und 36 gewählt werden. Dieser Rat wird alle 8 Jahre erneuert. Das Abgeordnetenhaus (assembly) zählt 103 auf 5 Jahre gewählte Mitglieder und hat die Finanzbills zu votieren. Wenn Meinungsverschiedenheiten beider Kammern im Laufe von zwei Jahren nicht ausgeglichen werden, entscheidet eine gemeinsame Sitzung. Dem Parlament zu Dublin steht die Legislatur in folgenden Fragen zu: Krone, Armee, Marine, Verträge, Verrat, Naturalisation, Münze, Verlagsrecht, Adelstitel, Diplome, Post (mit Ausnahme der inneren irischen Post), Handel (mit Ausnahme des irischen Binnenhandels). Sechs Jahre lang bleibt das Zollwesen unter Kontrolle der Reichsregierung, alle anderen Abgaben erhebt das Parlament, das zugleich berechtigt ist, neue Abgaben einzuführen. Nach Ablauf der 6 Jahre fällt der Zoll dem irischen Parlament zu, falls das Londoner Parlament nicht anders entscheidet und unter der Bedingung, daß zwischen Großbritannien und Irland für alle Zeit der Freihandel behauptet wird. Sechs Jahre lang wird das Defizit Irlands aus dem Reichsschatz durch eine Summe gedeckt, die progressiv abnimmt, und während dieser sechs Jahre wird Irland dem Reich keinerlei Kontribution zu entrichten haben. Danach wird die Höhe der Kontribution fixiert werden. Die Polizei von Dublin bleibt unter irischen Kontrolle, die irische Gendarmerie

unter der des Reichs, bis zur Organisierung einer neuen lokalen Gendarmerie. Auch die Richter des Obergerichts werden sechs Jahre lang von der Reichsregierung ernannt. Das Parlament von Dublin darf keinerlei Gesetze erlassen, welche eine Konfession bevorzugen und die bisher in Kraft stehenden Ehegesetze nicht ändern; das geltende Eigentumsrecht bleibt bestehen. Expropriationen, Geburtsprivilegien jeder Art werden untersagt.

Die Zahl der Vertreter Irlands in Westminster darf nicht mehr als 70 betragen. Der Bestand der irischen Peers bleibt derselbe bis zur Reform des Hauses der Lords. Die Krone wird in Irland durch den Lord-Leutnant vertreten, dem ein dem irischen Parlament verantwortliches Ministerium zur Seite steht, und der auf Grund von Instruktionen, die ihm das Reichsparlament erteilt, das Vetorecht besitzt. Eine ungerechte Abgabe kann das Parlament von Westminster aufheben, aber das privy council kann ein solches Vorgehen für null und nichtig erklären.

Wenn die Iren klug sind, werden sie ihren ganzen Einfluß daran setzen, die Annahme dieser Bill zu fördern; eine günstigere wird in absehbarer Zukunft für sie gewiß nicht zu erlangen sein. Merkt man ihr auch an vielen Punkten an, daß die Regierung bemüht gewesen ist, den Bedenken Rechnung zu tragen, die von unionistischer Seite geltend gemacht werden, so ist doch für sicher anzunehmen, daß die gesamte unionistische Partei die Bill bis aufs äußerste bekämpfen wird, und daß sie hofft, das Kabinett darüber zu Fall zu bringen. Andererseits ist auch sicher, daß die Iren mehr wollen, als ihnen hier gewährt wird, und daß namentlich die Bestimmungen, welche das Zollwesen betreffen, ihnen unleidlich scheinen. Ausgeschlossen ist aber, daß ihnen darin Zugeständnisse gemacht werden. Man kann wohl sagen, daß die irische Nation vor einer *Prüfung* steht, die über ihre politische Reife entscheiden wird. Die ungewöhnliche Begabung der Rasse, die in Kunst, Wissenschaft und Literatur und auf ungezählten Schlachtfeldern sich bewährt hat, wird aber gerade in dieser Hinsicht in England entschieden bestritten. Der Ausgang wird zeigen, wie weit dies Vorurteil gerechtfertigt ist.

Daß der *italienisch-türkische Krieg* seine Schatten nach Frankreich und England werfen würde, war zu erwarten. Die einen fürchten für Tunis und sogar für Algier und Marokko, die anderen

für Ägypten und darüber hinaus, wenn der Kampf sich noch lange hinziehen sollte, auch für die Sicherheit Indiens. Beide wünschen daher lebhaft den Abschluß eines Friedens. Eben jetzt ist in Kairo der Aufruf veröffentlicht worden, den Sidi Achmed el Scherif, der Scheich der Senussi, erlassen hat, um die Gläubigen zum heiligen Krieg zu rufen. In einer Übersetzung des Arabisten Dr. Erich Graefe (den die deutsche „Petersburger Zeitung" in charakteristischem Auszuge wiedergibt) lautet er etwa folgendermaßen:

„Gepriesen ist Gott der Mächtige, der Gewaltige. Und Heil und Gebet mit dem, der die Macht des Glaubens mit der Schärfe des Schwertes ausdehnte; und mit seinen Nächsten, den Helfern, die erfüllen das Gebot der Pflicht: Bekämpfet die Ungläubigen, die sich um euch befinden; die gewissenhaft hielten, wozu sie sich Allah gegenüber verbunden hatten, die kosteten die Süßigkeit des Märtyrertodes, derentwegen sie gern die ewigen Freuden verlassen hätten, nur um zu ihr (der Pflicht) zurückzukehren. . . . Und wißt, daß des Lebens Ende fest bestimmt ist; es stirbt nicht nur, wer sich in den Kampf stürzt, selbst feste Burgen können ihre Bewohner nicht vor den Engeln des Todes bewahren. Dabei ist aber der Tod im heiligen Kriege des herzhaften Mannes höchste Sehnsucht; denn er bedeutet das wahre Leben und durch göttliche Gnade die höchste Stufe am Orte der Gegenwart des Herrn. . . . Auch dürfen euch nicht vom heiligen Krieg gewaltige Rüstungen oder große Zahl abhalten; denn neben der Macht des Glaubens wird jede Hilfe zunichte. Ihre (der Feinde) Truppenmassen werden auseinandergetrieben, ihre weibische Entschließung wird gar klein werden, wenn sie auch persönlich mannhaft und groß sind. Gott hat dem, der für ihn eintritt, Beistand und Festigkeit verheißen, den Feinden aber, daß sie niederstürzen und zersprengt werden . . . Keiner von euch ruhe, bis daß der Krieg seine Waffen niederlegt. Das Trachten und Verlangen eines jeden gehe auf des Ungläubigen Bekämpfung aus, bis es kein Ärgernis mehr gibt und aller Glaube nur Gottes ist. Ausdauer, Ausdauer! Nicht zwinge euch die augenblickliche Lage der Gläubigen zur Verzagtheit und Untätigkeit; denn Gott ist nahe denen, die glauben, er genügt als Beistand, er genügt als Helfer. So hoffet denn; denn das Heil ist nahe. Ich werde, so Gott will, bald zu euch kommen, und wir senden euch den willkommensten Heilgruß."

Der „Daily Chronicle", der aus den Befürchtungen, die ihm die

panislamische Bewegung erweckt, kein Hehl macht, zieht daraus den Schluß, daß England und Frankreich vollberechtigt seien, darauf zu bestehen, daß einer Lage, die drohend geworden sei, ein Ende gesetzt werde. Kein vernünftiger Mensch werde verlangen, daß Italien sich aus Tripolitanien zurückziehe, aber seine Stellung werde gleich stark, wenn nicht stärker nach Abschluß eines Friedens sein, der die Türkei nicht demütige und den Fanatismus der Araber nicht herausfordere.

Daneben gehen Betrachtungen, die uns nicht unbedenklich scheinen. Der Einfluß Europas müsse daran gesetzt werden, um das türkische Haus in Ordnung zu bringen, und die Stellung der Türkei in Kreta sei auf die Dauer nicht zu behaupten. Das Klügste wäre daher, daß die Türkei entschlossen auf Tripolis und Kreta verzichte, und durch eine energische Politik des Fortschritts rechtzeitig im Innern Kompensationen für Verluste suche, die früher oder später doch folgen würden.

Ganz ähnlich faßt die „Times" das italienisch-türkische Problem auf. Italien, sagt sie, werde von der Türkei nicht Anerkennung der Annexion verlangen und neben anderen günstigen Zugeständnissen den tripolitanischen Muselmännern volle religiöse Freiheit gewähren (als ob etwas anderes überhaupt denkbar wäre!), falls die osmanischen Truppen abgerufen würden. Wenn die türkische Regierung dagegen einwende, daß sie das Prinzip der islamischen Solidarität nicht verletzen könne, so sympathisiere England, als islamische Macht, dieser Empfindung durchaus. Diese Sympathie könne aber nicht so weit gehen, daß die jetzige Lage und die Möglichkeiten der Zukunft übersehen werden, bei denen es sich um die Erhaltung des Osmanischen Reichs und um die Stellung Englands als Großmacht handeln könne. Die „Times" konstatiert darauf, daß es sich der Türkei als unmöglich erwiesen habe, die Italiener aus der libyschen Küste zu verdrängen, und daß keine Großmacht ihr dazu helfen werde. Tripolis und Cyrenaica seien für den Sultan verloren; nicht aber notwendig auch für den Khalifa. Daran geschlossen werden ernste Bedenken gegen das völkerrechtlich ungerechtfertigt plötzliche Vorgehen Italiens. Das Fazit ergibt eine Empfehlung an beide Teile, sich zu verständigen, und diese Ermahnung geht praktisch an das türkische Parlament, dem die endliche Entscheidung zufallen muß.

Die Wahlen, die nun beendigt sind und zu einem Siege der Partei Einheit und Fortschritt geführt haben, geben ihr eine festere

Majorität in diesem Parlament, das am 18. April zusammentritt, und man wird zugeben müssen, daß die in „Daily Chronicle" und „Times" ausgeführten Gedanken wohl verdienen, erwogen zu werden. Es gewinnt in der Tat den Anschein, als ob sich von vielen Seiten her ein Sturm gegen die Türkei zusammenzieht. Die bulgarischen Komitees sind wieder am Werk und erheben wie seit Jahren ein lautes Geschrei über türkische Gräuel, wenn sie in Mazedonien niedermetzeln, was sich nicht zu ihrer Politik bekennt. Die Haltung der bulgarischen Regierung ist mindestens zweideutig, die Montenegros trotz aller in Petersburg gegebenen Versicherungen unzweideutig auf Abenteuer gerichtet, was namentlich an dem Einströmen albanesischer Elemente in montenegrinisches Territorium zutage tritt; Albanien selbst — dem die Türkei möglichst entgegenkommt — steht ganz unter revolutionären Einflüssen. Ein Telegramm der „Nowoje Wremja" macht kein Hehl daraus, wohin die Aktion geht. Nachdem uns von der friedlichen Gesinnung des Kabinetts Geschow und von seinen Bemühungen erzählt wird, das Überschreiten der türkisch-bulgarischen Grenze durch die Banden zu verhindern, heißt es weiter:

„Offenbar macht das auf die Mazedonier geringen Eindruck. Nachrichten, die unser Korrespondent erhalten hat, sagen, daß die mazedonisch-revolutionäre Organisation jetzt mit den albanesischen Komitees verhandelt um gleichzeitig in Albanien und in Mazedonien mit einer Reihe revolutionärer und terroristischer Aktionen vorzugehen."

Wir meinen daß die revolutionären Methoden doch auch über die Grenzen der Türkei hinaus Beachtung verdienten. Ob die letzten Brände in Konstantinopel auch das Werk dieser „Patrioten" sind, denen die Bombe zum normalen Handwerkszeug geworden ist, wissen wir nicht; wohl aber ist festgestellt worden, daß die jüngst in Konstantinopel von den türkischen Behörden angehaltene Partie Bomben für Rußland bestimmt war, und wer mag wissen, wie viele solcher Sendungen bereits ihr Ziel erreicht haben. Nach allem, was bei sorgfältiger Verfolgung der russischen Presse an Symptomen zutage tritt, scheint uns die Lage keineswegs beruhigend. Ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit geht durchs Land, und während in dem ungeheuren Territorium des Reiches die Ordnung mühsam aufrechterhalten wird geht das Bestreben darauf aus, neue Verwicklungen zu schaffen, die in eine neue gewaltige Er-

weiterung auf asiatischem Boden ausmünden sollen. Das Charakteristische ist, daß damit dem Eifer der chauvinistischen Presse, mit der „Nowoje Wremja" an der Spitze noch lange nicht genug geschehen ist. Sie beschimpft in jeder ihrer Nummern Herrn Sasonow, weil er den Exschah hat fallen lassen, und dringt auf weiteres energisches Vorgehen in West- und Zentralasien.

Daneben gehen die Verurteilungen ungetreuer Beamten und revolutionärer Organisationen her. Der Gehilfe des Ministers des Innern Kurlow, der Vizedirektor des Polizeidepartements Werigin, der Direktor der Kiewer Schutzpolizei und Ochrana, Kuljabko, und der Oberst Spiridowitsch sind wegen Vergehen im Amt dem Gericht übergeben worden. Im Prozeß der Warschauer Intendanten sind drei Obersten, ein Stabskapitän, ein Kapitän und ein Techniker zu Geldstrafen und zum Ausschluß aus dem Dienst verurteilt worden. Von den Teilnehmern der revolutionären Organisation Daschnakzutjan sind vier zur Zwangsarbeit, 26 zur Verbannung und Ansiedlung in Sibirien, 21 zur Festungsstrafe verurteilt, 12 Angeklagte hatten ihre Strafe durch die Untersuchungshaft abgebüßt, einer kam in die Arrestantenkompagnie und 94 wurden freigesprochen, d. h. sie hatte unschuldig in der Untersuchungshaft gesessen. Im Kreise Nachinsk ist der Führer einer Räuberbande und in Jelisawetpol der Terrorist Lado Peikraschwili erschossen worden! Das ist das Menu eines Tages (des 2. April).

Graf Witte ist nach Livadia befohlen worden. Die Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt Sasonows werden jetzt als durchaus zuverlässig wiederholt. Am 6. April wurde das Gerücht verbreitet, daß Kokowzow zum Minister des Innern ernannt werden solle, und daß der damit freiwerdende Sessel des Finanzministers auf einen seiner bisherigen Gehilfen, Pokrowski oder Weber, übergehen werde.

Die Wahlen für die vierte Duma beginnen am 10. September, im Oktober soll sie eröffnet werden.

In dem neuen chinesischen Ministerium hat der chinesische Gesandte in Petersburg, Lutschengsian, das Auswärtige Amt erhalten. Die übrigen sind teils Beamte der gestürzten Dynastie, teils im Auslande (Japan, Deutschland, Amerika) gebildete Journalisten, teils Männer, die Führer der Revolutionäre waren. Der Ministerpräsident heißt Tangshaosi. In der Mehrzahl sind das Männer des Südens. Sunjatsen, der provisorische Präsident, der zugunsten Juanschikais

zurückgetreten ist, hat am 15. Februar am Mausoleum Schujuanschans, des Begründers der Mingdynastie, der in der Nähe von Nanking bestattet ist, das übliche Opfer gebracht, um mit Gebet und liturgischen Feierlichkeiten dem Geist des großen Gründers der Dynastie zu verkünden, daß die Gewaltherrschaft der Tartaren, die durch neun Generationen auf China gelastet hat, nunmehr gebrochen sei. Am 1. April hat darauf Sunjatsen und mit ihm die provisorische Regierung demissioniert. Er erklärte, daß die Verständigung zwischen Nord und Süd nunmehr erreicht sei, und daß er wie seine Kollegen ihre Ämter in würdigere Hände niederlegten. Er hoffe und glaube, daß China vor großen Fortschritten stehe und eine der ersten Stellen in der Reihe der zivilisierten Nationen einnehmen werde. Es ist nicht ohne Größe, daß dieser Mann so ohne allen Eigennutz in das bürgerliche Leben zurücktritt. Es heißt, er wolle als Privatmann China bereisen und das Volk über die Grundsätze eines republikanischen Regiments aufklären. Wir werden wohl noch von ihm hören. Von politischem Interesse ist das folgende Telegramm des „Temps" aus Petersburg:

„Die chinesische Republik will die Proklamation der Autonomie (der Mongolei) nicht als definitiv ansehen. In der Tat sieht die chinesische Regierung, welche Begehrlichkeit dies Land erregt, das nicht lange ganz unabhängig bleiben kann. Augenblicklich befinden sich in Troitzkosawsk zwei Geheimagenten der amerikanischen Gesandtschaft in Peking, dazu sind zwei Japaner beim Lama. Juanschikai hat seinerseits 12 Emissäre ausgeschickt, um ihn zu belehren. Ohne die Antwort auf sein erstes Telegramm abzuwarten, schickte er ein zweites nach Urga, in welchem er wiederholte, daß alle Ursachen zur Unzufriedenheit, welche die Mongolen unter dem alten Regiment gehabt hätten, unter dem neuen nicht existieren würden, und er bittet den Großpriester (den Chutuchtu), auf sein Volk einzuwirken, damit alles wie vorher bleibe. Aus Irkutsk sind zehn ehemalige Unteroffiziere und ein Offizier der r u s s i s c h e n Armee als Instrukteure in die Mongolei geschickt worden."

Das ist vielversprechend. Die Kosakenbrigade wird wohl allmählich folgen.

11. April. Asquith bringt die Homerule-Vorlage im Unterhause ein.
12. April. Marsch Salar ed Daulehs nach Teheran.
14. April. Tod Henry Brissons.
15. April. Die Wehrvorlagen gehen dem deutschen Reichstag zu.
Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg zum Gouverneur von Togo ernannt.
Dr. Schnee zum Gouverneur von Kamerun.
16. April. Nachricht vom Untergang des „Titanic".

17. April 1912.

Der „Temps" hat neulich die Frage aufgeworfen, was denn eigentlich Deutschland in Marokko noch wolle. Anlaß dazu haben Klagen deutscher Blätter gegeben, die an der Hand von Tatsachen, die sie anführen, auf Schikanen hinweisen, durch welche die französische Verwaltung in Marokko systematisch die deutschen Interessenten an der wirtschaftlichen Entwicklung Marokkos zurückzudrängen und zu schädigen wisse. Die Antwort, die dem „Temps" zu geben ist, lautet sehr einfach: Wir wollen, daß der Vertrag vom 4. November ehrlich ausgeführt werde, und erblicken eine nationale Ehrenfrage darin, daß das in jedem einzelnen Falle geschieht. Es ist nicht eine vereinzelte Stimme, die das sagt, sondern so denkt jedermann in Deutschland, und es sollte uns leid tun, wenn die für uns erledigte marokkanische Frage durch die Schuld französischer Privatpersonen und französischer Beamter in einen neuen und dann naturgemäß gefährlicheren Konflikt ausmünden sollte. Was dahin führen könnte, ist die ungeheure Rolle, welche das Geldgeschäft, der besondere Vorteil von Privaten und Syndikaten in der französischen Politik spielt, und die völlige Widerstandslosigkeit der Regierung der Pariser Presse gegenüber, die einerseits finanziellen Einflüssen sehr zugänglich ist und die andererseits in unerhörter Weise Tag für Tag der französischen Eitelkeit ihre Huldigungen darbringt. Um für das letztere ein Beispiel anzuführen, mag hier ein Abschnitt aus einem Leitartikel des „Eclair" über den bekannten und, wie wir keineswegs bestreiten, um die französische

Aviatik sehr verdienten General Roget Raum finden. Nachdem in der Einleitung ausgeführt wurde, daß die öffentliche Meinung des Landes verlange, daß Frankreich alle übrigen Nationen durch eine „unfehlbare Methode" überflügele, und daß der bewunderungswürdige Heldenmut französischer Entdecker und französischer Taten verhundertfacht werde, heißt es wörtlich weiter:

„Bei uns versagt niemals etwas, wenn an die Intelligenz unbekannter Kräfte, an das Genie der Entdecker appeliert wird, wenn man für die gefährlichsten Experimente grenzenlosen Heroismus, ja, das sichere Opfer des eigenen Lebens verlangt. Das ist die unsterbliche Schönheit unseres Nationalcharakters, die Fleisch gewordene Tugend unserer Rasse; im Nu erkennt sie das Ziel und mit erstaunlicher Schnelligkeit eilt sie ihm zu . . . Solche Ergebnisse mußten die Phantasie des Volkes entflammen, das das Übermenschliche liebt, und das die Freude hat, daß sein Traum wissenschaftliche Wirklichkeit geworden ist. Diese Freude ist durch die Dankbarkeit des glühendsten Patriotismus noch gesteigert worden, als man fühlte, daß der Aeroplan, dies wundervolle Instrument, das uns in die himmlischen Ebenen führt, auch eine Kriegsmaschine der Nationalverteidigung werden kann.

Er ist es bereits geworden usw. usw."

Der französische Leser liest darüber hinweg und merkt nicht, wie sehr solche Rodomontaden die übrige Welt an Tartarin de Tarascon erinnern, an jenen unsterblichen Typus des Südfranzosen, dem es allmählich gelungen ist, sich der Leitung der innern wie der äußern Politik Frankreichs zu bemächtigen und zu dem, als ein Sohn Pamiers', auch Herr Delcassé gehört, während die anders gearteten Nordfranzosen immer mehr in den zweiten und dritten Rang zurückgedrängt wurden. Es ist die Revanche der Kelten gegen die Franken.

Es werden freilich auch andere Stimmen laut. Die Provinz mahnt zur Besinnung, aber ich wüßte nicht, daß auch nur ein Pariser Organ von solchen, nicht zum allgemeinen Chor gehörenden Stimmen Notiz nimmt. Und doch verdienen sie gehört zu werden. In Besançon erscheint ein Tagesblatt „Le petit Comtois", in dem unter dem Titel 1870—1912 ein mir nicht bekannter Herr Loyson den Gedanken Ausdruck gibt, die ihm ein Besuch in Deutschland, der zu einer Studienreise wurde, erweckte. Wir wollen den sehr zugunsten Deutschlands ausfallenden Vergleich, den er zwischen der Entwicklung

beider Nachbarstaaten in den letzten 40 Jahren zieht, nicht wiederholen, weil es aussehen könnte, als wollten wir durch seinen Mund uns rühmen. Auch wissen wir sehr wohl, daß der ungeheure materielle Aufschwung Deutschlands einen Revers zeigt, der nicht immer erfreulich ist. Aber die Tatsachen, die er einander gegenüberstellt, sind nicht zu bestreiten. Was interessiert, ist vielmehr das Bild, das er von der heutigen Stimmung der Franzosen entwirft. Herr Loyson schreibt:

„Es ist nicht zu bestreiten, daß die fanatische Leidenschaftlichkeit der Massen mit berechneter Absicht provoziert wird. Und das gelingt über Erwarten. Unanständige Rufer heulten in Vincennes zwei Schritte vom diplomatischen Korps. Unsere Troupiers haben Elsaß-Lothringen wiedererobert, indem sie einen Bajonettangriff gegen die Tribünen richteten. Aeroplane flogen hinüber: sie werden Berlin „dynamitieren"! Welcher Tag des Ruhms! Unsere Reaktionäre vergießen darüber Freudentränen und begrüßen das Wiedererstehen der „vertu française" in diesem krankhaften Schein, der nichts ist als eine Unsitte (un vice), als eine vereinzelte Erregung, die durch keinerlei dringende Gefahr hervorgerufen wurde. Wenn man aber die Gefahr provozieren und die Wechselfälle des Schicksals erzwingen will, so sage man es uns wenigstens offen heraus! Das wagt niemand, und niemand denkt daran! Seit 40 Jahren geht das französische Volk mit sich zu Rate und will die Revanche nicht. Es will eine mannhafte Verteidigung, Vorbereitung für alle Fälle und den geheiligten Kultus von Wunden, die nicht ihm, sondern dem Völkerrecht geschlagen sind." Hier verfällt Herr Loyson leider selbst in den Kultus der Phrase, die er bekämpfen will. „Aber", so fährt er fort, „nicht so bereitet man sich darauf vor, eine Invasion, die möglich ist, zurückzuweisen. Das verlangt einen Eifer, der mehr kostet, stetigen Fleiß, wie ihn uns das Beispiel Deutschlands zeigt. Frankreich glaubte sehr freigebig gewesen zu sein, als es in drei Wochen durch freiwillige Gaben eine Million für eine Flotte von Kriegsfliegern sammelte. In Deutschland fanden sich in acht Tagen drei Millionen, nur um einen Zeppelin zu ersetzen. Wir sollten deshalb aus allen Kräften arbeiten, aber still und methodisch. Einer unserer Militärflieger mit glorreichem Namen sagte mir vor wenigen Tagen im Vertrauen: Wir werden wenigstens zwei Jahre anhaltender und systematischer Anstrengungen bedürfen, damit unsere Luftflotte auf der Höhe ihrer Aufgabe steht. Unsere Wolkenspalter mögen es

wissen: Ende 1912 wird Deutschland dreimal mehr Flieger (avions) haben als wir. Wir täten daher gut, weniger den Himmelsraum und mehr den Boden Frankreichs mit Bevölkerung zu versehen, um die lothringische Ebene überschwemmen zu können.

Inzwischen, Republikaner, ist die Gefahr da, sie ist in euren Mauern. Schon lobt die Presse des Staatsstreichs zynisch den „Säbel", und die Militärliga, der General Bonnal präsidiert, ruft nach dem Führer, den die Armee erwartet.

Es genügt also keineswegs, zu verlangen, daß unsere Offiziere den Royalisten, d. h. einer todgeborenen Faktion, nicht die Hand entgegenstrecken. Denn nicht durch diese Tür wird der „Chef" eintreten. Wer weiß, aus welcher Untiefe er auftauchen wird? Die Saturnalien sind angesagt, das Bett ist gewärmt, aber „Monsieur" kommt nicht.

Möchte doch Herr Millerand besorgt werden und nach „Rückzügen" [1]) mit Musikbegleitung, die vom Lärm der Schreier übertönt wurde, nach einer Frühjahrsrevue, aus der gewisse Parteien das Rüstzeug einer tragischen Oper zu machen dachten, befehlen, daß Militärrevuen fern von halluzinierten Volksmassen stattfinden. Jüngst „en r'venant d'la r'vue" gingen uns einige Daten durch den Kopf: die Revue von Salery, 1851 vom Prinz-Präsidenten abgehalten, chienlit des boulevards 1870 (d. i. Demonstration nach der Kriegserklärung an Deutschland) und die courtille du retour de Versailles (d. i. der Versuch Déroulèdes, den General Roget zur Proklamierung der Monarchie zu bewegen) 1899. Was wird 1912 geschehen? Caveant consules!

Ich habe Alarm gerufen. An euch ist es Halte-là! zu gebieten!"

Diese Stimme verdient alle Beachtung. In Deutschland findet sie sie bestimmt, ob auch in Frankreich, ist mindestens sehr zweifelhaft. Wie wäre zu erwarten, daß die natürlichen Anlagen der Rasse nicht zur Geltung kommen, solange der Süden Frankreich beherrscht und Paris fortfährt, die besten Kräfte der Provinz zu absorbieren und zu hypnotisieren und zugunsten einer politischen Finanzwirtschaft das Aufkommen anderer Mittelpunkte städtischen Lebens systematisch niederzuhalten. Die zum Teil wunderbar schönen Städte des Landes sind geblieben, was sie vor hundert Jahren waren, das französische Kapital aber hat sich zum Werkzeug fremder Interessenpolitik gemacht, der russischen in

[1]) Anspielung auf das letzte Manöver.

Kleinasien, wo es durch meisterhaft geführte Intriguen den Bau der Bahnen verhindert, welche die strategische Defensive der Türkei stärken könnten, wie z. B. den Bau einer Bahn Trebisonde—Erzerum, und in China, wo es der russisch-japanischen Politik in die Hände arbeitet, die darauf gerichtet ist, Mongolei und beide Mandschureien von China zu lösen. Wer die russischen Zeitungen der beiden letzten Monate aufmerksam gelesen hat, kann darüber nicht in Zweifel sein. Daß dabei große Kapitalien in die Hände der französischen Unternehmer fließen, Frankreich selbst aber stehen bleibt, liegt auf der Hand und scheint eine Tatsache zu sein, über welche man in Frankreich resigniert hinwegsieht, wenn wir von der Stimme der Prediger in der Wüste absehen, deren einer Herr Lovson ist.

Inzwischen ist die spanisch-französische Differenz, deren glückliche Lösung alle acht Tage angekündigt wird, um keinen Schritt weiter gekommen und in Marokko wie an der algerisch-marokkanischen Grenze wird mit kaum geringerer Erbitterung gekämpft als in Tripolis. Hier wie dort ist das Ende nicht abzusehen, wenngleich die Aussichten der Italiener immer noch günstiger sein mögen, als die einer „pénétration pacifique" Marokkos. Was erreicht wurde, ist mehr Schein als Wirklichkeit und hat für die Franzosen vorläufig die Bedeutung, eine vortreffliche, aber mit Geld und Blut außerordentlich teuer bezahlte Kriegsschule zu sein. Das haben die hartnäckigen Kämpfe gezeigt, die am 4. und vom 5. bis zum 7. April stattgefunden haben. Es scheint aber, daß diese Dinge die öffentliche Meinung weniger beschäftigt haben als die Festlichkeiten in Nizza und Cannes in Anlaß der Denkmalsenthüllungen für die Königin Viktoria und König Eduard VII. Man atmet die hoffnungsfrohe Luft der entente cordiale mit vollen Zügen und fühlt sich dabei sehr glücklich. Einen Mißton in diese Feste hat die Veröffentlichung von Herrn Charles Paix-Séailles im „Courrier Européen" gebracht, die unter dem Titel „le secret d'Agadir" erschienen ist und inhaltlich von E. D. Morell in den „Daily News" mit einigen bitteren Bemerkungen an die Adresse des foreign office reproduziert worden ist. Danach hätte de Selves, gleich nachdem er von Herrn v. Schoen erfahren hatte, daß der „Panther" unterwegs nach Agadir sei, gegen den Rat von Caillaux und Delcassé, den französischen Botschafter in London beauftragt, anzufragen, ob England bereit sei, sich einer französischen Flottendemonstration vor Agadir anzuschließen.

Cambon sprach mit Nicholson, der für den Plan zu sein schien. Das geschah am 1. Juli, am 3., als de Selves mit dem Präsidenten nach Holland fuhr und dem Ministerpräsidenten Caillaux die Leitung des Auswärtigen Amtes zufiel, sprach Cambon auch mit Grey, der für seine Person zustimmend antwortete, aber ausdrücklich darauf hinwies, daß die Entscheidung beim Kabinett liege. Dieser Bescheid wurde Caillaux telegraphiert, der, erbittert darüber, daß de Selves über den Kopf seiner Kollegen hinweg, gehandelt hatte, Cambon wissen ließ, daß, da nach reiflicher Überlegung die Entsendung eines Kriegsschiffs nach Agadir mehr gefährlich als nützlich erscheine, er nicht darauf bestehen solle, und daß die französische Regierung entschlossen sei, kein Schiff hinzusenden. Inzwischen trat das britische Kabinett zusammen und beschloß seine Entscheidung sich noch vorzubehalten — was einer höflichen Ablehnung gleichkam.

De Selves, der davon benachrichtigt wurde, protestierte energisch von Amsterdam aus, seiner Meinung nach hätte, wenn Frankreich energisch vorging, England sich umgedacht!

Von da ab datiert die Feindschaft zwischen Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen. Caillaux wollte eine friedliche Lösung, da er den Widerspruch zwischen den Bestimmungen des Vertrags von Algeciras und dem Marsch nach Fez anerkannte, de Selves das Risiko eines Krieges auf sich nehmen. Dasselbe Risiko wollten, wie Morel ausführt, Mitglieder des britischen Kabinetts tragen und die Nation einer Gefahr aussetzen, weil Deutschland sich nicht geneigt zeigte, die geheimen Abmachungen zwischen Spanien und Frankreich über eine Teilung Marokkos, der England zugestimmt hatte, ungefragt zu dulden. Die kriegslustigen Elemente im englischen Kabinett seien von der englischen Presse unterstützt worden, ebenso de Selves, während Caillaux fast wie ein Vaterlandsverräter behandelt worden sei.

Er fügt sehr treffend hinzu, daß das englische Kabinett durchweg über die wahren Absichten der Berliner und Pariser Staatsmänner falsch unterrichtet gewesen sei.

Das ist allerdings sehr lehrreich, und ganz richtig daß die englische Nation, infolge der persönlichen Vorurteile dieses oder jenes Vertreters der ausländischen Diplomatie oder dieses oder jenes „permanenten Diplomaten im eigenen Auswärtigen Amt" wider Willen in einen Krieg hätte hineingezogen werden können. Es ist nicht gleichgültig,

auf diese Dinge zurückzublicken. Während sie einerseits zeigen, daß von der diplomatischen Leitung der drei in Frage stehenden Auswärtigen Ämter nur das deutsche einen richtig erfaßten und konsequent eingehaltenen Kurs behauptet hat, sehen wir, wie sehr unberechenbare persönliche Faktoren in den großen Fragen der Weltpolitik mitspielen. Gewiß gebührt eine große Rolle dem, was man Glück nennt. Aber rechtverstanden bedeutet Glück: die Resultante aus richtiger Kombination, klarem Urteil und festen Nerven.

Über die persischen Angelegenheiten hat das „Foreign office" ein umfangreiches Blaubuch veröffentlicht, dessen Inhalt mir bisher nur durch Auszüge bekannt geworden ist, die in den englischen Zeitungen veröffentlicht wurden. Aber auch aus dieser unvollkommenen Einsicht läßt sich mit Sicherheit erkennen, wie groß der Gegensatz der Interessen zwischen England und Rußland zeitweilig war, und daß die schlecht verklebten Differenzen zu jeder Zeit wieder auftauchen können. Jetzt scheint Salar ed Dauleh der Vertreter des nationalpersischen, dynastisch-monarchischen Gedankens werden zu wollen, und es läßt sich heute noch nicht erkennen, ob über die Politik, die ihm gegenüber einzuhalten ist, eine Verständigung zwischen den russischen und den englischen Interessen überhaupt möglich ist. Unter allen Umständen wird das so feierlich und so häufig proklamierte System der Nichteinmischung in die inneren persischen Angelegenheiten durch die Tatsachen völlig **ad absurdum** geführt.

Eine wahre Erleichterung bringt jedem, der sich mit russischer Politik zu beschäftigen hat, die Erklärung des russischen Auswärtigen Amtes, daß es nicht mehr die „Nowoje Wremja" als Organ benutzen wird. Es war sehr häufig unmöglich, zu erkennen, wo dieses meistverbreitete russische Blatt aus offizieller Inspiration schrieb, und wo es eigene Ansichten vertrat. Wenn das aufhört, kann die offizielle russische Politik nur gewinnen. Aber freilich sagt man sich: pourvu que cela dure! und wir können nicht leugnen, daß wir in dieser Hinsicht sehr skeptisch sind. — Eine große Kalamität ist die entsetzliche Hungersnot in den Wolgagouvernements. Eine Korrespondenz aus Saratow geht ihren Ursachen nach und führt sie auf den alles Pflanzenleben tötenden Staubnebel der Wüste Gobi zurück, die mgla, welche die Sonne verfinstert, alle Häuser und alle Poren jedes lebenden Wesens durchdringt.

„Das Unglück des Volkes ist so groß und schrecklich und die Zukunft

Ostrußlands so finster, so verderbend, daß ich kaum wage, an die Tür der Redaktion zu klopfen," — so leitet jener Korrespondent seine Mitteilungen ein — „aber vielleicht wird meine Stimme doch nicht die eines Predigers in der Wüste sein . . . Der Nebel, dieser teuflische chinesische Drache, dringt vernichtend in Rußland ein".

Auch der vielgenannte Mönch Iliodor hat einen Aufruf um Hilfe aus seinem Verbannungsort veröffentlicht. Pathetisch, in etwas plumper, volkstümlicher Beredsamkeit, aber auch alle anderen Nachrichten bestätigen, daß die Not entsetzlich ist. Der Feuerhauch des chinesischen Drachenteufels bringt den Hunger-Typhus, und die Unterstützung, die von der Regierung zur Verfügung der Wolga-Semstwos gestellt worden ist, reicht nicht annähernd aus, der Not zu wehren. Es ist aber im Grunde nicht ein chinesischer, sondern ein mongolischer Drache, der dort wütet, gleichsam als wolle die Natur Einspruch erheben gegen jene russisch-mongolische Verbrüderung, die uns einer der verhängnisvollsten Mißgriffe zu sein scheint, den die russische Politik der letzten Jahre gemacht hat. Es ist ja möglich, daß ein scheinbarer Erfolg das Vorgehen Rußlands zeitweilig krönt. Aber es ist undenkbar, daß er sich bei dem elementaren Vordringen einer nicht abzuwehrenden chinesischen Kolonisation auf die Dauer behauptet. Eine kluge russische Politik mußte darauf ausgehen, den Chinesen in ihrer jetzigen Not hilfreich beizustehen. Das Gegenteil ist geschehen und muß früher oder später zu einer Abrechnung führen, in der schließlich alle Vorteile auf chinesischer Seite sein werden. Auf wessen Seite aber dann das heute den Russen verbündete Japan stehen wird, vermag niemand vorherzusagen. Entscheiden wird der Vorteil, den Japan zu erwarten hat.

Übrigens sind die Schwierigkeiten, mit denen die chinesische Regierung jetzt zu kämpfen hat, außerordentlich groß. Zwar ist die Revolte der Truppen in Nanking ebenso niedergeschlagen worden, wie vorher die Emeute der Soldaten Juanschikais, und eine Militärdiktatur soll den Süden in Ordnung halten, aber Mongolei, Ili, die Mandschurei und Tibet sind nicht mehr in Händen der Regierung, und es fehlt trotz der belgischen Anleihe an Geld. Die Japaner kaufen die ohne jede Garantie ausgegebenen Banknoten der Provinzen zu Schleuderpreisen auf, um sie der Regierung in Peking zu präsentieren, die Chutuchtas und Lamas haben sich dem Einfluß Chinas entzogen und schwimmen in russischem Fahrwasser, und in die Mongolei sind (wie der „Temps" berichtet) größere russische Truppenteile eingerückt. Juan-

schikai hat, nach derselben Quelle, den chinesischen Gesandten in Petersburg beauftragt, die russische Regierung nach den Gründen dieser Maßregel zu befragen. Das alles klingt sehr beunruhigend.

Die Gerüchte über einen bevorstehenden russisch-türkischen Konflikt sind völlig verstummt, auch kann als sicher gelten, daß beide Teile keine Neigung haben, ihn herbeizuführen. Die Schwierigkeit liegt jetzt in der persisch-türkischen Kommission, die in Konstantinopel tagt, und in der Entscheidung, die über Urmia fallen muß. Einigen sich die Kommissiare beider Pareteien nicht, so müßte ein Spruch des Haager Schiedshofs entscheiden, und dabei wird die Frage brennend, ob Rußland den Persern gestatten wird, auf einen Schiedsspruch einzugehen, der, wie die Türken zuversichtlich glauben, ihnen Urmia zusprechen muß. Urmia aber will Rußland unter keinen Umständen in türkische Hände fallen lassen und andererseits die Türkei unter keinen Umständen freiwillig auf Urmia verzichten.

Neuerdings laufen Gerüchte über Unruhen unter den Muselmännern Indiens um und ebenso über militärische Vorbereitungen Afghanistans, kurz der ganze asiatische Kontinent regt sich, und das geschieht gewiß nicht, um den beiden großen europäischen Mächten, die Asien in Abhängigkeit halten, eine angenehme Überraschung zu bereiten.

Die Homerulebill ist nun von Asquith im Unterhause eingebracht worden, und die Debatten haben begonnen. Der Text der Bill liegt in offizieller Publikation noch nicht vor, weicht aber offenbar in mehreren Punkten von dem Resumee ab, das vor acht Tagen an dieser Stelle wiedergegeben wurde. Auf eine Anfrage Redmonds haben sich die vornehmsten Staatsmänner der englischen Kolonien alle für Homerule ausgesprochen. Die Gegnerschaft konzentriert sich in Ulster. Jedenfalls stehen wir erst am Anfange des Kampfes der Parteien, und es ist nicht unmöglich, daß die Entscheidung fällt, noch bevor das Haus der Lords befragt wurde. Das würde dann den Zusammenbruch des liberalen Kabinetts bedeuten. Aber, wir wiederholen es, zurzeit ist der Ausgang noch nicht abzusehen.

In dem Kampf um die Präsidentschaft in den Vereinigten Staaten haben sich die Aussichten Roosevelts in den letzten acht Tagen verbessert und die Tafts erheblich verschlechtert. Aber das kann noch mehrfach wechseln. Unter den Demokraten gewinnt Wilson an Boden.

18. April. Eröffnung der türkischen Deputiertenkammer.
Italienische Kriegsschiffe vor den Inseln des Ägäischen Meeres.
Meuterei der indigenen Truppen in Fez.
19. April. Lucacs zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannt.
21. April. Die Franzosen erstürmen Fez.
22. April. Erste Lesung der Wehrvorlagen im deutschen Reichstag.

24. April 1912.

Der tragische Untergang der „Titanic", der überall erschütternd gewirkt hat und selbst in unserer schnell vergessenden Zeit noch lange nachzittern wird, hat in der gesamten Presse Europas und Amerikas das Interesse an allem übrigen zurückgedrängt. Heldenmut und Pflichttreue, aufopfernde Liebe, die ganze Skala der Empfindungen, der guten wie der bösen, hat sich in den furchtbaren Stunden, die dem Ende vorausgingen, und in dem letzten entsetzlichen Augenblick auf dem stolzen Schiff abgespielt, das jetzt in Meerestiefen ruht, aus denen nur eine Revolution unseres Erdballs es wieder an das Tageslicht bringen könnte. Wer mag da richten? Wir freuen uns, daß die edlen Seiten der menschlichen Natur durchaus überwogen, und denken daran, wie ähnlichen Katastrophen in Zukunft vorgebeugt werden kann. Im Grunde trägt die Schuld das Unwesen des Rekordsuchens, das der Wurzel eines ursprünglichen edlen Wetteifers auf dem Felde der Leibesübungen entstammt und, wie das Wort „sport" sagt, ein Scherzspiel war. Es ist seither nicht nur bitterer Ernst, sondern ein böser Schaden geworden, an welchem keine Nation mehr krankt als die englische, auf der Mutterinsel wie in den Kolonien, und der leider auch bei uns immer mehr Fuß faßt. Hand in Hand damit geht der unsinnige Luxus, der die Geschmacklosigkeit amerikanischer Milliardäre auf Kosten der Zweckmäßigkeit zum Maßstab der Ausrüstung der Dampfer des Kontinents macht, ein Luxus, der freilich in schreiendem Gegensatz zu der spartanischen Einfachheit unserer Kriegsmarine steht. Wir glauben, daß auch die Fahrzeuge unserer großen Dampferlinien ihren Fahrgästen eine größere Sicherheit

bieten als die aller übrigen Nationen — die französischen Passagierdampfer stehen in dieser Hinsicht in letzter Reihe —, aber dem Rekordfahren haben auch sie sich nicht entziehen können, und es ist nicht abzusehen, wie darin ein Wandel geschafft werden soll. Am wirksamsten wäre wohl eine internationale Vereinbarung über Fahrstraßen zur See, obligatorische Sicherheitsmaßregeln und über Maximalgeschwindigkeiten, die nicht ohne Not überschritten werden dürfen. Das scheint uns eine würdigere Aufgabe für Kongresse zu sein, als Beratungen über den ewigen Frieden, über allgemeine Abrüstung und dergleichen Utopien mehr.

Nun hat es allerdings, auch wenn man nur bis zum Jahre 1815 zurückgreift, kein Jahr gegeben, in welchem nicht die Gefahr eines Krieges bestand, der weitere Ausdehnungen hätte annehmen können, aber so akut wie seit 1904 ist die Gefahr, soviel ich sehe, weder im 19. noch in unserem Jahrhundert je gewesen. Wenn wir vom amerikanischen Kontinent absehen, in welchem andere politische Grundsätze, eine — ich möchte sagen naive — Praxis und ein anderes Völkerrecht zur Anwendung kommen, sind es vornehmlich drei Fragen, auf welche die jetzige Krisis zurückzuführen ist: die Beunruhigung der Völker des Islam, die für ihre Unabhängigkeit fürchten, die um sich greifende Annexionspolitik Rußlands und die Nachwehen der Sorgen Englands vor einer Invasion. Was die erste dieser Fragen betrifft, so ist sie sehr allmählich zu einer Krisis herangereift. Die 1830 begonnene Eroberung Algiers hat die gesamte spätere Entwicklung zur logischen Folge gehabt. Wie in Algier hat Frankreich auch in Tunis sich nicht damit begnügt, seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluß zum dominierenden Faktor zu machen — wie später England in Ägypten es tat — sondern eine tatsächliche Eigenherrschaft begründet, wenn auch in milderen Formen, als es in Algier geschehen war. Diese französische Herrschaft ruhte auf einem Vulkan, der zwar für erloschen galt, es aber in Wirklichkeit nicht war. Das zeigte die Ausdehnung, die der Orden der Senussi nach der Annektierung von Tunis gewann, und die Wandlung, die sich seit dem Vorgehen Frankreichs in Marokko allmählich in der Psyche der Bevölkerung vollzog. Der italienische Eroberungszug gegen Tripolitanien, der sich als eine direkte Folge der Dinge bezeichnen läßt, die in Marokko durch den Vertrag vom 4. November einen vorläufigen Abschluß gefunden haben, hat dann — wie man zu sagen pflegt — dem

Faß den Boden ausgeschlagen. Es gärt seither in der gesamten mohammedanischen Welt: in ganz Nordafrika, das seit den Tagen des ersten Khalifen noch nie so viele moslemische Krieger in Aufrüstung gesehen hat, in Ägypten und im Sudan, die England ernstliche Sorgen bereiten, in Arabien, wo sich die Wendung, die der Bürgerkrieg der arabischen Scheiks nehmen wird, noch nicht vorhersehen läßt, dessen Entwicklung aber keinesfalls einen Charakter annehmen kann, über den die Mächte, die moslemische Untertanen haben, Grund hätten, sich zu freuen, endlich in der europäischen Türkei und in Vorderasien.

Auf diesem türkischen und vorderasiatischen Boden schließt sich aber an den von Marokko und Tripolis ausgehenden Strom antieuropäischer Erregung ein zweiter, der seinen Ursprung in Persien genommen hat und eine Folge des russisch-englischen Abkommens von 1907 ist. Die Art, wie dieses Abkommen funktionierte, brauchen wir kaum in Erinnerung zu bringen. Geschlossen, um die Unabhängigkeit der persischen Regierung und die Integrität ihres Territoriums zu sichern, um Ordnung in der Verwaltung und in den Finanzen Persiens einzuführen, grenzte dieser Vertrag die russische von einer englischen Einflußsphäre ab und ließ als Puffer dazwischen ein angeblich neutrales Gebiet bestehen. Die Wirklichkeit der fünf Jahre, die mittlerweile hingegangen sind, ergab dagegen die zweimalige Vertreibung des Schah, das völlige Scheitern der Finanzreform, die in eine schwere Schuldenlast ausmündete, welche vornehmlich aufgenommen werden mußte, um den Unterhalt der russischen Truppen zu bezahlen, und die periodisch wiederkehrenden Forderungen zu befriedigen, welche von geschädigten russischen Untertanen erhoben wurden. Der märchenhaft reiche Juwelenschatz des Schahs mußte meistbietend versteigert werden. Der Versuch der persischen Regierung, durch einen amerikanischen Finanzmann zu einer unabhängigen Zoll- und Finanzpolitik zu gelangen, wurde durch die vereinigten Bestrebungen des russischen Gesandten — des ehemaligen Partners König Eduard VII. im Bridge — Poklewski und des von ihm beherrschten englischen Gesandten Barclay, zum Scheitern gebracht; der Regent Nasr ul Mulk und die völlig machtlose persische Regierung, die zwischen diesen Einflüssen und der immer leidenschaftlicher der Fremdherrschaft widerstrebenden Bevölkerung des Landes hin- und hergezerrt wurden, standen vor der öffentlichen Meinung Persiens so völlig diskreditiert da, daß es ausgeschlossen scheint, daß diese Zustände

sich länger behaupten lassen. Nasr ul Mulk mag zu Mute sein wie Mulay Hafid, der, als er die Nachricht von dem bevorstehenden Eintreffen des Prokonsuls Regnault erhielt, flüchten wollte. Es heißt jetzt, daß der Regent krank geworden ist und in europäische Bäder reisen will; aber es ist fraglich, ob Herr Potlewski die Fäden aus den Händen läßt, die seine Marionetten festhalten und sie nötigen, so zu tanzen, wie er pfeift; auch kann es zweifelhaft erscheinen, ob der Regent nicht schließlich zu ganz unerwarteten Entschlüssen kommt, etwa wie sie Mulay Hafid vorgeschwebt haben. Daß man in Rußland durch seine Reisepläne beunruhigt ist, steht fest. Die persischen Monarchisten haben, wie wir schon vor acht Tagen hervorhoben, einen Führer in Salar ed Dauleh gefunden, das Kabinett steht auf unsicheren Füßen, und von einer Aussöhnung der Bevölkerung mit den neuen Verhältnissen kann keine Rede sein. Da erscheint der Regent als eine Geisel, die im Notfall auch gegen Salar ausgespielt werden könnte.

Inzwischen hat Rußland in den Provinzen am Südufer des Kaspischen Meeres festen Fuß gefaßt. Masanderan und Astrabad werden von russischen Truppen in „Ordnung" gehalten, und was diejenigen Perser zu erwarten haben, welche dies nicht für einen normalen Zustand halten, hat das Bombardement der berühmten Moschee von Meschhed gezeigt, in welcher ein Teil dieser politischen Ketzer eine Zuflucht gesucht hatte. Nun ist Meschhed eines der Heiligtümer, die weit über die Grenzen Persiens hinaus von den Gläubigen verehrt werden. Die Erregung in Afghanistan, deren hier schon vor acht Tagen gedacht wurde, scheint sich durch dieses Bombardement noch sehr beträchtlich gesteigert zu haben; es läßt sich nicht mehr übersehen, daß auch dort Verwicklungen sich vorbereiten, von denen schwer zu erkennen ist, wie weit sie reichen werden. In letzter Zeit mehren sich die Nachrichten englischer Zeitungen, die mit Besorgnis von der Stimmung in Indien reden. Aber greifbare Tatsachen liegen bisher nicht vor. Jedenfalls läßt sich aus alledem der Schluß ziehen, daß bei der Teilung in Einflußsphären die Lose so gefallen sind, daß England die Sorgensphäre erhielt.

Daß auch der Versuch Italiens, die Widerstandsfähigkeit der Dardanellen zu prüfen, oder, wie die offizielle Version lautet, die türkische Flotte zu einer Seeschlacht herauszufordern, nicht einschüchternd gewirkt hat, ist zweifellos. Die Türkei ist militärisch heute weit stärker

als sie es 1877 und 1878 war; vor entscheidenden Schlägen, die ihr die italienische Flotte beibringen könnte, wird sie durch die großen Handelsinteressen geschützt, welche zumal England und Frankreich, aber auch Deutschland und Italien selbst in den Levantehäfen haben, und für die durch Schließung der Dardanellen verursachten Schädigungen des Handels mit den südrussischen Häfen die Türkei verantwortlich zu machen, ist unmöglich, da ihr niemand das Recht bestreiten kann, die Hauptstadt zu schützen, und die Türkei seit 1856 zu dem auf dem Boden des Völkerrechts ruhenden Konzert der Mächte gehört. Aber gegen den Versuch Italiens, durch Landungstruppen die Dardanellen in den Rücken zu fassen und so eine Entscheidung herbeizuführen, würde sich natürlich nichts einwenden lassen.

Die Annexionspolitik Rußlands richtet sich, wie jetzt immer deutlicher zutage tritt, auf ein ganz ungeheures zentralasiatisches Gebiet. Sie greift vom Stromgebiet des Ili in Ostturkistan über die Mongolei nach der Nordmandschurei, offenbar mit der Absicht, das Mittelstück zu einem angeblich unabhängigen, tatsächlich unter russischer Vormundschaft stehenden Pufferstaat zu machen, Kuldscha und Mandschurei dagegen sich ganz zu annektieren. Wir haben keinerlei direkte deutsche Interessen, die dagegen sprechen, daß diese russischen Pläne ausgeführt werden — vorausgesetzt, daß sie ausführbar sind, und das eben ist zu bezweifeln. An dem Kampf um diese Gebiete, denn durch diplomatische Kunst sind sie nicht zu gewinnen, hängen jedoch schwere Zukunftsprobleme, und der Einsatz Rußlands ist weit höher als der mögliche Gewinn. Zum Einsatz gehört unter anderem auch die sich notwendig verändernde Stellung Rußlands zu Japan, sobald das Petersburger Kabinett an die Ausführung seiner Pläne schreitet. Japan hat kein Interesse daran, daß Rußland in Ostasien stärker wird, dagegen alle Ursache, einem reformierten China gefällig zu sein; endlich spielen hier amerikanische Geldinteressen mit und diese werden bekanntlich mit außerordentlicher Hartnäckigkeit verfochten. Eine Pekinger Korrespondenz des „Daily Telegraph" hat jüngst die japanische Seite des neuen zentralasiatischen Problems behandelt und behauptet aus einer Quelle, die keinen Zweifel zulasse, zu wissen, daß Japan entschlossen sei, das Protektorat über die Südmandschurei zu übernehmen. Diese Nachricht bestätigt eine Petersburger Korrespondenz des „Temps". Die japanischen Truppen in der Mandschurei würden bereits verstärkt.

Unter dem Vorwande, eine Division abzulösen, seien zwei Divisionen aus Korea hingeschickt worden, jene erste Division aber sei in der Mandschurei geblieben. Dieselbe Korrespondenz berichtet, daß eine japanische Expedition in der Mongolei eingetroffen sei, um dort die Naturschätze des Landes zu studieren. Ihr hat sich eine Reihe von Unternehmern angeschlossen, die von den mongolischen Fürsten für klingende Münze Konzessionen erwerben. Das kann schwerlich angenehm in Petersburg berühren, wo eine der ersten an China gestellten Forderungen dahin ging, daß die Chinesen in der Mongolei nicht kolonisieren und keinerlei Unternehmungen anlegen sollten. Juanschikai hat nun, wie die „Nowoje Wremja" berichtet, gegen das Eingreifen Rußlands in die mongolischen Angelegenheiten Einspruch erhoben. Ob auch gegen die „Studien" der Japaner, wissen wir nicht.

Was endlich die Nachwehen der Sorgen Englands von einer deutschen Invasion betrifft, so liegt ihre Bedeutung in der Rückwirkung, die sie auf Frankreich ausüben, das mit Hilfe dieses Phantoms der deutschen Gefahr, England an den Wagen seiner Politik gefesselt zu haben glaubt und in seiner provozierenden Haltung Deutschland gegenüber beharrt. Auch die jüngsten Erfahrungen, die der Aufruhr der eingeborenen Truppen in Fez brachte, haben daran nichts geändert, obgleich sie, beiläufig bemerkt, dahin führen müßten, die Hoffnung auf den Gebrauch afrikanischer Truppen in einem europäischen Kriege wesentlich herabzustimmen und sie in dem besonnenen Teil der französischen Presse auch herabgestimmt haben. Aber der „Temps" läßt keinen Tag hingehen, ohne seine Leser gegen Deutschland aufzuhetzen und jedem Pamphlet gegen Deutschland einen breiten Raum zu geben. Das nächste Geschenk, das wir von Frankreich zu erwarten haben, ist, wie der „Temps" beifällig mitteilt, die „Histoire d'Alsace racontée aux petits enfants d'Alsace et de France par l'Oncle Hansi. Illustrations en couleur de Hansi Huen et Stein. Grand 4° relié 15 frs. Chez tous les libraires de France et d'Alsace." Wir dürfen wohl mit Bestimmtheit erwarten, daß das letztere nicht der Fall sein wird.

Das neueste Buch von Herrn André Tardieu: „le Mystère d'Agadir", das beiläufig keinerlei Geheimnisse enthüllt, wenn es auf die Rolle der Hochfinanz in Französisch-Kongo hinweist, hat in England nicht eben enthusiastische Aufnahme gefunden. Die „Times" bemerkt sehr treffend, daß Tardieu durch einseitiges Urteil die Bedeutung seiner politischen Aus-

führungen schwäche. Die französischen Bündnisse und Allianzen sehe er nur vom französischen Standpunkte aus an, und zwar so, wie er sie verstehe. Wenn er sage, daß die neue Farbe, die Marokko auf den Karten Afrikas erhalten habe (!), mehr bedeute als eine Ausdehnung von Algier und eine Stärkung des französischen Reiches in Nordafrika, vielmehr dadurch eine neue Epoche in der Geschichte des Mittelmeers beginne, daß nun, nach Jahren der Ungewißheit, der westliche Teil desselben eine lateinische See geworden sei, so entspreche das nicht den Tatsachen und stehe in keiner Beziehung zu der Politik, welche die beiden Partner der „entente cordiale" verfolgten. — Das macht den Eindruck einer kalten Dusche, die für die allzu heißblütigen Köpfe in Frankreich bestimmt ist.

Die Demission des Grafen Khuen Hedervary und seine Ersetzung durch H. v. Lukacs, der in sein Ministerium die meisten Kollegen seines Vorgängers aufgenommen hat, wird den Ungarn, die eine erstaunlich kurzsichtige Prinzipienpolitik geführt haben, wahrscheinlich das bringen, was sie am meisten fürchten, eine Wahlreform, die das politische Übergewicht der Madjaren in Ungarn brechen wird. Nächst Kossuth und Justh trifft wohl den Grafen Andrassy die Hauptschuld an diesem Ausgang. Auch die Aufhebung der Diktatur in Kroatien ist nicht mehr zweifelhaft. Als Konsequenz läßt sich ein fester Zusammenschluß der österreichischen Südslawen erwarten, und auch das dürfte eine neue Lage ergeben, die den Madjaren schwerlich gefallen wird. Tu l'as voulu George Dandin! Sie haben den Bogen so lange überspannt, daß die Sehne gesprungen ist.

Aus Rußland liegt eine Reihe interessanter Nachrichten vor. Graf Witte hat seinen Abschied als Mitglied des Reichsrats eingereicht und schließt damit sein politisches Leben ab, wenn er nicht etwa für die vierte Duma kandidieren will, in der er leichter als im Reichsrat und von höherer Warte aus eine führende Rolle spielen kann. Es fällt schwer, zu glauben, daß der ehrgeizige und selbstbewußte Mann alle Brücken hinter sich abgebrochen hätte. Von noch größerer Wichtigkeit ist wohl die Erklärung des Oberprokureurs des Heiligen Synod, daß alle Gerüchte von der bevorstehenden Einberufung eines Kirchenkonzils eitle Phantasieprodukte seien. Ebenso haltlos sei das Gerücht von Herstellung des Patriarchats. Nun, Herr Sabler kann das eher als jeder andere wissen und wird wohl auch gute Gründe haben, das Konzil ad calendas graecas

zu verschieben. Aber das bedeutet eine ungeheure Enttäuschung für die russische Geistlichkeit und wohl auch für zahlreiche gebildete Russen, die eine Reform der Kirche lebhaft gewünscht haben.

Großes Aufsehen hat die blutige Niederwerfung eines Ausstandes der Bergarbeiter an den Goldminen der Lena-Gesellschaft gemacht, die zum Teil in englischen Händen ist. Die requirierten Truppen haben rücksichtslos eingegriffen, so daß die Arbeiter 107 Tote, 87 Schwerverwundete und 150 Leichtverwundete hatten. Von den Schwerverwundeten sind 40 gestorben. Wenn man bedenkt, daß die Zahl der ausständigen Arbeiter in England mehr als hundertmal so groß war als die der 3500 Lena-Arbeiter, und daß trotz des Aufgebots von Militär fast gar keine Opfer gefallen sind, tritt die Barbarei der russischen Praxis, „Ordnung" zu schaffen, wohl sehr drastisch zutage.

25. April. Annahme der Trennung von Kirche und Staat in Wales vom Unterhause in erster Lesung.
26. April. Rede Sasonows über die politische Stellung Rußlands.
29. April. Verurteilung des Kassendirektors im franz. Ausw. Amt zu 5 Jahren Gefängnis.
29. April. Die Türkei verspricht die Dardanellensperre unter gewissen Voraussetzungen aufzuheben.
30. April. Bürgermeister Lindhagen von Stockholm stellt einen Antrag auf Abschaffung der Monarchie.

---

1. Mai 1912.

Auf die Rede, die der Reichskanzler über unsere auswärtige Politik und die Weltlage gehalten hat, ist eine analoge Kundgebung von seiten des russischen Ministers des Auswärtigen, Herrn Sasonow, gefolgt. Beide Reden hoben nachdrücklich hervor, daß der Weltfrieden nicht gefährdet sei, und konnten naturgemäß einen anderen Ton nicht anschlagen, da das Gegenteil der momentanen Wirklichkeit nicht entsprochen und schädliche Beunruhigung hervorgerufen hätte. Die optimistische Auffassung der Lage, die beiden Staatsmännern vorgeworfen worden ist, war daher eine Notwendigkeit, und wir geben dem „Temps" durchaus recht, wenn er sagt, daß ein Staatsmann in verantwortlicher Stellung, wenn er weiß was er will, eine günstige Lage, deren Existenz er behauptet, auch herbeiführen kann. Daß beide Reden im Lager der wirklichen oder vermeintlichen Gegner der Politik des einen oder des anderen Staates eine zum Teil recht lebhafte Kritik hervorgerufen haben, ist nur natürlich. Wir wollen hier nur bei einer Bemerkung der „Débats" verweilen, die sich gegen die Vermehrung unserer Wehrkraft richtet. In Deutschland habe man Marokko als ein unerschöpfliches Reservoir schwarzer Truppen dargestellt.

„Nun weiß jedermann — so gehen diese Ausführungen weiter —, daß die Marokkaner keine Neger sind, und daß Marokko weit davon entfernt, für uns ein Soldatenreservoir zu sein, vielmehr bestimmt ist, auf unberechenbare Zeit einen Teil unserer Truppen festzuhalten. Vom militärischen Standpunkt ist unsere neue marokkanische Erwerbung eine Quelle der Schwäche, nicht eine Stärkung. Im Augenblick, wo wir

sehr ernsten Schwierigkeiten gegenüberstehen, obgleich ungefähr 40 000 Mann Truppen des Mutterlandes dort stehen und die Frage aufgeworfen wird, ob nicht noch Verstärkungen hinzuschicken sind, kann man nicht vorgeben, daß die Einführung des Protektorats über Marokko Deutschland nötigt, zwei neue Armeekorps und ein drittes Geschwader ins Leben zu rufen."

Wie oberflächlich diese Kritik ist, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die deutschen Wehrvorlagen älter sind als die marokkanischen Verlegenheiten Frankreichs, deren Ernst wir übrigens keineswegs bestreiten wollen, daß sie bestimmt waren, um einen weiteren Schritt der Verwirklichung der allgemeinen Wehrpflicht näher zu kommen, die ja in Frankreich schon ihr Ziel erreicht hat, und daß endlich die unerhörten Herausforderungen der französischen Presse nebst den Drohungen mit dem Onkel in England wesentlich dazu beigetragen haben, die Notwendigkeit dieser Vorlagen einleuchtend zu machen.

Doch wir kehren zur Sasonowschen Rede zurück. Sie ist in ihrer Charakteristik der Beziehungen Rußlands zu den Großmächten konventionell und betont mit besonderem Nachdruck die französische Allianz, die „nicht nur für den Fall des Eintretens außerordentlicher Umstände" berechnet sei, sondern ebenso für friedliche Zeiten. Dabei hob er den ununterbrochenen Meinungsaustausch mit Frankreich in allen auf der Tagesordnung stehenden Fragen hervor, eine Tatsache, die wohl bekannt ist, und auf welche hinzuweisen wir mehrfach Gelegenheit hatten. Dieser Meinungsaustausch besteht übrigens, wie das jüngste englische Blaubuch bewiesen hat, ganz ebenso mit England, nur mit dem Unterschiede, daß, während Frankreich unbedingt den russischen Weisungen folgt, England sich neuerdings doch gelegentlich recht störrisch zeigte, wo seine asiatischen Interessen ernstlich bedroht waren. Eine Note gedämpfter Beunruhigung schlug Herr Sasonow an, als er auf den nahen Orient zu sprechen kam. Er wies auf Mazedonien, Albanien und Kreta als Herde der Unruhen hin. Wir vermissen die Erwähnung von Bulgarien und Montenegro. Letzteres wird gar nicht erwähnt, Bulgarien und Serbien in anderem Zusammenhang, wobei der Minister der Hoffnung Ausdruck gibt, daß die Weisheit ihrer Regierungen und der Patriotismus ihrer Bevölkerung politische Abenteuer verhindern werde. Nun lösen bekanntlich in beiden Königreichen die verantwort-

lichen Ministerien sich sehr schnell ab, und der Patriotismus der Bevölkerungen ist auf nichts mehr gerichtet als gerade auf politische Abenteuer. Bulgarien und Montenegro senden nach wie vor revolutionäre Banden nach Mazedonien, die mit den Waffen des Terrorismus Propaganda für den Patriotismus machen, den sie vertreten. Die Nachricht ist nicht widerlegt worden, daß neuerdings eine Verständigung zwischen den bulgarischen und den griechischen Patrioten perfekt geworden ist, und wir halten es nicht für unmöglich, daß der alte Iswolskische Plan eines Bundes aller nicht direkt der Türkei untergegebenen Balkanländer bereits in Wirklichkeit ausgeführt ist. Der Gesamteindruck darf wohl dahin zusammengefaßt werden, daß wir vor einer Krisis stehen, wie sie 1875 mit dem „Bischen Herzegowina" begann, nur daß heute weit besser organisierte Kräfte einander gegenüberstehen und die Erschütterung, die ein Zusammenstoß bringen würde, weit größer sein und leicht weitere Kreise ziehen könnte. Auch in betreff der persischen Frage sah der Minister sich genötigt, mehr mit Hoffnungen als mit vollendeten Tatsachen zu rechnen. Das Bombardement von Meschhed und das Überspringen der islamitischen Bewegung nach Afghanistan, das jetzt immer neue Bestätigung findet und entschieden turkophil ist, wurden nicht erwähnt, dagegen gab er die erfreuliche Versicherung, daß der Streit um die türkisch-persische Grenzrichtung, falls sich ein Kompromiß nicht erreichen lasse, dem Haager Schiedsgericht zur Entscheidung zugewiesen werden solle. Die große Zahl von Verhaftungen, welche die persische Regierung am 27. vorgenommen hat, bringt aber ein neues Moment politischer Beunruhigung und deutet auf nahe bevorstehende Erschütterungen der so mühsam hergestellten äußerlichen Ruhe. Was von der Stellung Rußlands zu China und Japan gesagt wurde, war charakteristisch und bedeutsam: Anschluß Rußlands an das Viererkonsortium zur Finanzierung der politischen Bedürfnisse Chinas, Betonung der auf Verträgen ruhenden Rechte Rußlands an der Nordmandschurei und Begründung einer vollen Autonomie der Mongolen in dem sogenannten Chalchagebiet, von dem Rußland entschlossen ist, chinesische Kolonisation und chinesische Garnisonen fernzuhalten. Der Minister hält dabei an der These fest, daß die mongolischen Fürsten in Chalcha sich aus eigenem Antriebe für unabhängig erklärt und sich an die russische Regierung um ihre Vermittlung gewandt hätten. Bekanntlich stellen die Korrespondenten der englischen und

amerikanischen Zeitungen den Hergang so dar, daß die ganze mongolische Bewegung im russischen Konsulat zu Urga ihren Ursprung genommen habe. Von Japan endlich heißt es, daß es in die russischen Interessen nicht eingreife und Rußland ihm daher gleichfalls freie Hand lasse, wo die japanischen Interessen prädominieren.

Ein Mittelstück der Sasonowschen Darlegung bildeten die türkisch-italienischen Beziehungen, der gescheiterte Mediationsversuch, das Bombardement der Dardanellen und die Schädigung der Handelsinteressen der Neutralen durch die Sperrung der Meerenge. Auch hier war die Tendenz eine optimistische, und wir können nur hoffen — und auch Sasonow hofft nur —, daß dieser Optimismus durch Erfüllung gekrönt wird. Während nun die mongolische und die mandschurische Frage die europäischen Interessen nur indirekt berühren, und die Folgen, die sie nach sich ziehen müssen, wenn der eingeschlagene Kurs beibehalten wird, Rußland und China allein treffen, auch wahrscheinlich erst nach einigen Jahren zu praktisch-fühlbaren Konsequenzen führen werden, macht, wie wir schon oben hervorhoben, die Reihe von Problemen, die sich mit dem Namen Mazedonien verknüpft oder sie zum Vorwand nimmt, die allerernstesten Sorgen. Eine Korrespondenz des „Temps" vom 29. aus Saloniki steigert diese Befürchtungen noch.

„Ich bestätige Ihnen, schreibt dieser Korrespondent, daß die Erregung, welche sich der christlichen Elemente bemächtigt hat, aufs höchste gestiegen ist. Hervorgerufen wurde sie durch die letzten Wahlen, in welchen die unabhängigen Kandidaten der Mazedo-Griechen und der Mazedo-Bulgaren von den Kandidaten gleicher Nationalität, die zum Komitee „Einheit und Fortschritt" gehörten, geschlagen wurden."

Diese Notiz ist aber von besonderer Wichtigkeit, weil sie zeigt, daß trotz des Schreckens, den die Banden erregen, die Majorität der christlichen Bevölkerung lieber zur Türkei als zu Griechenland oder Bulgarien gehören will. Dann heißt es weiter:

„Ich bestätige ferner, daß wahrscheinlich bald die griechischen Komitees und die „innere bulgarische Organisation" mit revolutionären Anschlägen vorgehen werden. Aus guter Quelle erhalte ich die Versicherung, daß nicht nur ein Einverständnis zwischen Griechen und Bulgaren, sondern auch zwischen albanesischen und bulgarischen Banden besteht. Es gibt Leute, welche glauben, daß Italien der jetzigen albane-

sischen Erhebung und den erwähnten revolutionären Banden in Mazedonien nicht fernsteht, denn sie sind gut bewaffnet und mit Geld versehen. In den offiziellen Kreisen scheint man über diese revolutionären Pläne sehr wohl unterrichtet zu sein, und deshalb hat die osmanische Regierung und namentlich das Komitee „Einheit und Fortschritt" Kazim Bey gebeten, wieder den Posten eines Wali von Saloniki zu übernehmen, auf welchem er früher bedeutende politische und administrative Gaben entwickelte."

Ein Fragezeichen möchten wir den Angaben beifügen, welche den Italienern einen Anteil an der Erhebung der Albanesen zuschreiben. Das widerspricht den mehrfachen bestimmten Erklärungen der italienischen Regierung Österreich gegenüber und würde die Lage erheblich komplizieren. Die Festsetzung Italiens auf den Ägäischen Inseln, von denen aus die Dardanellen zunächst zu erreichen sind, und auf denen Italien von den Türken nicht erreicht werden kann, zeigt wohl, daß die Absicht dahin geht, durch Lähmung des Handels mit der Türkei und mit Südrußland, die Mächte zu einem Druck auf die Türkei zu veranlassen, der diese zum Nachgeben nötigt; auch mag dabei der Gedanke mitspielen, ein Faustpfand zu gewinnen, das bei einer schließlichen Abrechnung als Kompensation für Lybien dienen könnte. Aber das alles sind zweischneidige Waffen, und das Ende läßt sich noch nicht absehen.

Eine merkwürdige Idee ist uns in einer amerikanischen Zeitung, dem „World", vom 17. April entgegengetreten. Schon seit geraumer Zeit sind die amerikanischen Blätter, die zu den Gegnern Tafts gehören, voll davon, daß der Präsident seinen persönlichen Adjutanten, Major Butt, nach Rom geschickt habe, um beim Vatikan durchzusetzen, daß die amerikanischen Kardinäle den Vortritt vor den fremden Botschaftern erhalten. Tafts Zweck dabei sei gewesen, beim Kampf um die Präsidentschaft die katholischen Stimmen zu gewinnen. Nun war Major Butt einer der Passagiere der „Titanic". Er gehört zu den Unglücklichen, die mit dem Schiff untergingen. Jetzt verlautet, daß der Besuch im Vatikan nur ein Vorwand gewesen sei. In Wirklichkeit war Butt Überbringer eines Handschreibens des Präsidenten an König Victor Emanuel und beauftragt, die Antwort des Königs nach Washington zu bringen. Der Präsident hatte vorgeschlagen, eine Friedenskommission einzusetzen, die, wie in dem Kriege zwischen Rußland und Japan zu Portsmouth geschah, dem italienisch-türkischen Kriege ein

Ende machen sollte. Die Antwort des Königs — deren Inhalt durch Kabel in Washington bekannt gewesen sein muß — trug einen informatorischen Charakter und sagte, daß jeder Schritt und jede Aktion der Vereinigten Staaten zur Herstellung des Friedens ihm lieb sein würden, vorausgesetzt, daß Amerika die Souveränität Italiens über Tripolis anerkenne. Die erste Anregung zu dieser Initiative des Präsidenten sei von Zia Pascha, dem türkischen Botschafter in Washington, ausgegangen. Die Absicht der Vereinigten Staaten sei jetzt, sobald eine Verständigung über Detailfragen erreicht sei, die kriegführenden Parteien aufzufordern, einen Waffenstillstand zu schließen und bevollmächtigte Botschafter nach Washington zu schicken, um die Bedingungen eines Friedensschlusses zu vereinbaren. Es knüpfen sich an diese tatsächlichen Angaben noch Betrachtungen über die Wahrscheinlichkeit der Annahme des Vorschlages und schließlich die nicht uninteressante Bemerkung, daß die Türkei im Prinzip der Einsetzung einer derartigen Kommission nicht entgegen sei, und daß Italien bereit sei, für Tripolitanien eine Zahlung zu leisten, ganz wie Amerika es bei Erwerbung der Philippinen getan habe, endlich, daß die Vereinigten Staaten beabsichtigten, ihren Handel auf Nordafrika auszudehnen, und daß dies unter türkischem Regime nicht möglich wäre.

Es ist nicht zu ersehen, wie weit es sich hier um ein Wahlmanöver und wie weit um politische Realitäten handelt. Zunächst ist nur sicher, daß Butt vom Präsidenten nach Italien geschickt worden ist, und daß er zu den Opfern der „Titanic" gehört.

Übrigens treibt der Wahlkampf in Amerika die merkwürdigsten Blüten. Neben Darlegungen die von hohem sittlichen Ernst getragen sind, wie die Rede, in der Präsident Murray Butler die auf Zersetzung und Zerstörung der amerikanischen Verfassung gerichteten demagogischen Wühlereien Roosevelts bekämpft, ohne seinen Namen zu nennen, wahre Orgien von Invektiven, welche die beiden Protagonisten der republikanischen Partei gegeneinander schleudern. Wir ersparen unseren Lesern ihre Wiedergabe. Dagegen wird mir von einem ausgezeichnet orientierten amerikanischen Freunde am 15. April aus New York geschrieben:

„Die politische Situation hier wird außerordentlich interessant. Sicher scheint zu sein, daß Taft keine Aussicht hat, gewählt zu werden, selbst wenn er nominiert würde. Er hat sich jeden Monat Zehntausende

von Stimmen entfremdet. Seine Verbeugungen vor der katholischen Kirche, die Korruption seines ganzen Kabinetts und der gesamten Verwaltung den Trusts gegenüber treiben das Volk Roosevelt zu, der Aussicht hat, ins Gefecht zu kommen (a fighting chance), selbst wenn er nicht nominiert wird. Jetzt ist sogar zu letzterem Aussicht, es sei denn, daß die Demokraten einen „guten" Mann finden. Aber die Frage ist, wo man ihn finden kann.

Diese Lage rückt Mr. Gaynor, den Bürgermeister von New York, in den Vordergrund, ihn und Mr. Harman, vielleicht auch Mr. Underwood als Kandidaten der demokratischen Partei, von seiten der Republikaner Mr. Hughes als das „schwarze Pferd", „the dark horse", der republikanischen Nominierung. Der Kampf in der republikanischen Konvention beginnt, sobald sich zeigt, daß Taft keine Aussicht hat, und dann kann es zu einem Ausreißen zu Roosevelt kommen, um die Partei zu retten. Man weiß nämlich, daß er die Stimmen einer großen Zahl von Republikanern erhalten wird, denen ihre unfähigen Führer zum Ekel geworden sind. Sie sind bereit, für alles und für jeden zu stimmen, der eine unerträglich gewordene Lage ändert. Vor 14 Tagen glaubte Roosevelt noch nicht an die Möglichkeit, daß er nominiert oder gewählt werden könnte, aber er war entschlossen, dafür zu sorgen, daß auch Taft nicht gewählt werde. Jetzt ist er so ermutigt, daß er zu glauben beginnt, er könnte doch wieder Präsident der Vereinigten Staaten werden. Wird er es, so kommt es zu harten Zeiten in aller Welt (there are going to be strenuous times all round").

Der „Economist" macht darauf aufmerksam, daß die Idee des Freihandels in den Vereinigten Staaten an Boden gewinne. Roosevelt habe Taft heftig wegen Unterzeichnung des Aldrich-Payne-Tarifs angegriffen. Im Gegensatz zu meinem Korrespondenten hält der „Economist" als republikanische Kandidaten nur Taft, Roosevelt und den Richter Hughes für möglich, die Demokraten hätten bessere Anwärter. Kandidat der konservativen Demokraten sei Harmon; da er aber bereits alt ist, komme Underwood in Betracht, der die Partei im Kongreß geführt hat und dabei Geschick und Fähigkeiten zeigte. Der jetzige Speaker, Mr. Champ Clark, habe viele Feinde, sei aber früher populärer Demagoge gewesen. Es ist derselbe, der sich für die Annexion Kanadas aussprach. Die radikalen Demokraten würden wahrscheinlich Woodrow Wilson, den Gouverneur von New Jersey, wählen, einen Mann von

großer Beredsamkeit und Anziehungskraft. Zurzeit ist das Zahlenverhältnis folgendes: Taft 415 Stimmen, Roosevelt 207, La Follette 36, und auf demokratischer Seite: Champ Clark 149, Woodrow Wilson 118, Underwood 24. Aber die demokratische Agitation ist erst im Werden.

Die Lage in Marokko ist trotz der in Fez hergestellten Ruhe noch höchst unsicher, und es ist bezeichnend, daß meist ein scharfer Gegensatz zwischen den optimistischer gehaltenenen Leitartikeln und den düsteren Korrespondenzen, welche die französischen Zeitungen aus Marokko bringen, besteht. Am bedenklichsten sind wohl die zahlreichen Desertionen in den Reihen der scherifischen Truppen. Allgemein gebilligt wird die Ernennung des Generals Lyauten zum General-Residenten von Marokko, eine Wahl, die dem Ministerium durch den Druck der öffentlichen Meinung oktroviert worden ist. Man vermeidet es bekanntlich in Frankreich, wenn irgend möglich, einen Militär in einflußreiche Stellungen zu bringen. Daß die Regnaultschen Methoden versagt haben, wird kaum noch bestritten. Die Absicht der Regierung ging ursprünglich dahin, bei der Revue am 14. Juli

„den jubelnden Parisern auf der Präsidententribüne beide nordafrikanischen Vasallen, den Bei von Tunis und den Sultan von Marokko in Freiheit vorzuführen."

Jetzt ist die Reise Mulai Hafids unmöglich geworden, wie denn die jüngsten Ereignisse als eine Niederlage der Regierung aufgefaßt werden. Dazu hat Poincaré durch den Verzicht auf die Wahlreform entschieden an Ansehen verloren. Auch verstimmen die großen pekuniären Verluste, welche das ganze marokkanische Abenteuer gebracht hat. Der „Temps" macht dazu die ärgerliche Bemerkung, daß der „monde des affaires n'a pas encore pardonné à M. de Kiderlen les alarmes onéreuses de l'été dernier". Der arme Herr v. Kiderlen, wir können uns lebhaft vorstellen, wie sehr er darunter leidet.

In England geht die Debatte über Homerule unter heftiger Opposition der Unionisten weiter, ohne daß das Ministerium über diese Frage eine Niederlage zu befürchten hätte. Anders steht es jedoch mit dem Insurance-Act, der obligatorischen Arbeiterversicherung, die in den Kreisen der Arbeiter höchst unpopulär ist. Sehr unzufrieden ist ganz England über die Verhöre, denen Mannschaft und Passagiere der „Titanic" in Washington unterzogen werden. In der Tat kam, da „Titanic" englisches Schiff unter englischer Flagge war und das Un-

glück nicht in fremden Territorialgewässern, sondern auf hoher See erfolgte, die Untersuchung den Engländern zu, und es ist unerhört, daß fremde Offiziere gezwungen werden können, über Dinge, die sich auf ihrem Schiff ereignet haben, amerikanischen Richtern Rede und Antwort zu stehen. Aber es ist politischer Grundsatz Englands, in allen Rechts- und Interessenfragen vor Amerika zu kapitulieren, eine Art umgekehrter Monroedoktrin, die man sich natürlich in Washington wohl gefallen läßt. Was diese rücksichtslose Abweichung von primitiven völkerrechtlichen Anschauungen entschuldigen kann, ist ausschließlich die ehrliche Entrüstung über die unerhörten Mißstände, die bei diesem beklagenswerten Unglück zutage traten.

Ein geradezu als musterhaft zu bezeichnende ruhige und gerechte Beurteilung der Katastrophe bringt die neueste Nummer des „Economist".

Sehr ernst zu nehmen sind die Unruhen, die in Petersburg infolge des gewaltsamen Niederschlagens des Arbeiterstreiks in den Lenagoldbergwerken ausgebrochen sind. Schon die leidenschaftlichen Debatten in der Duma konnten als Sturmzeichen gelten. Die Demonstration der Studenten am 28. und die Aufnahme dieser entschieden der Regierung feindseligen Kundgebung durch die Arbeiter weist auf Zusammenhänge hin, die an die Stimmung des Jahres 1905 erinnern. Nun hat die Regierung zwar nicht schießen lassen, sondern sich mit Haussuchungen und Verhaftungen begnügt. Aber wir müßten sehr irren, wenn die Bewegung nicht auf andere Universitäten und Fabrikzentren übergehen sollte. Die vor der größten Öffentlichkeit aufgedeckte lange Reihe von Unterschleifen und von unverantwortlicher Willkür der Organe der Regierung, hat das Selbstgefühl der auf der äußersten Linken stehenden Elemente der Bevölkerung gewaltig gesteigert. Sie ist offenbar in der Aufrüstung, und falls die Regierung es nicht verstehen sollte, in den Wahlen ihre unbedingten Anhänger durchzubringen, dürfte die vierte Duma in ihrer Zusammensetzung an die erste oder an die zweite Duma erinnern.

1. Mai. Beschluß der Türkei, die Dardanellen dem Verkehr zu öffnen.
2. Mai. Kaiser Wilhelm kauft 2 Farmen in Südwestafrika.
4. Mai. Landung der Italiener auf Rhodos.
Zwei marokkanische Stämme erklären den heiligen Krieg gegen Frankreich.
7. Mai. Freiherr von Marschall in Berlin.

8. Mai 1912.

Es sieht übel aus in Marokko. Die in Fez glücklich niedergeschlagene Emeute, deren Greuel erst jetzt im Detail aus den Korrespondenzen englischer und französischer Augenzeugen ans Licht gezogen werden, und die Verkündigung des Belagerungszustandes in Fez schienen Aussicht auf eine Beruhigung der erregten Bevölkerung zu bieten. Diese Hoffnung ist aber getäuscht worden; Berber wie Araber sind in Aufrüstung, an allen Ecken und Enden flammt der Aufstand wieder auf, und organisieren sich die Elemente des Widerstandes. Die von den Franzosen geschulten Truppen des Sultans sind teils entwaffnet worden, teils mit ihren Waffen desertiert, und der Gedanke ist uns in der französischen Presse mehrfach entgegengetreten, daß diese militärischen Organisation der alten Herren des Landes überhaupt ein Fehler gewesen sei. Vielleicht wären schwarze Truppen zuverlässiger gewesen — aber auch das ist eine bloße Mutmaßung, gegen welche die Tatsache spricht, daß die allein in Betracht kommenden Schwarzen Frankreichs ebenfalls Bekenner des Islams sind. Die Erhebung gegen Frankreich hat aber die gefährliche Form eines heiligen Krieges angenommen, und daraus ergibt sich, daß Frankreich die eigenen Söhne ins Feld führen muß. Daß es einen erbitterten, langwierigen Krieg geben wird, kann kaum noch fraglich sein und ebensowenig der schließliche Ausgang. Marokko ist auf dem Wege, ein zweites Tunis zu werden, da sich gegen die Wandlung des Landes in ein zweites Algier die Verträge mit aller Bestimmtheit aussprechen, aber der Widerstand, den Frankreich zu erwarten hat, dürfte Algier, nicht Tunis zum Vorbild nehmen. Eine

eigentümliche, für Frankreich nicht notwendig ungünstige Wendung nehmen die marokkanischen Angelegenheiten durch die Absicht Mulay Hafids, sich über Rabat nach Paris zu begeben, woher er wahrscheinlich nicht mehr als Sultan nach Marokko zurückkehren wird. Daß er die Absicht hatte, abzudanken, war bereits bekannt, und der Wunsch ist verständlich, wenn man bedenkt, daß er nicht nur in seinen ursprünglichen Plänen, die auf eine Befreiung Marokkos von der Fremdherrschaft hinzielten, völlig gescheitert ist, sondern sich dazu hergeben mußte, das Werkzeug Frankreichs zur Unterjochung des eigenen Volkes zu werden, das ihn heute ebenso haßt wie die französischen Herren. Es heißt, daß er, wenn erst der Generalkommissar Lyautey eingetroffen sein wird, unter starker Bedeckung nach Rabat geführt werden soll. Die 5000 Mann, um die sich jetzt die Besatzung von Fez verringern ließe, scheinen, wie der Kampf am 2. Mai gezeigt hat, nicht ausreichend zu sein.

Es spielt aber bei dieser Tragikomödie noch ein anderes Moment mit. Herr de Selves hat, als er Minister des Auswärtigen war, auch mit dem unglücklichen Sultan seinen kleinen Geheimvertrag abgeschlossen und sich am 17. Oktober 1911 — wie der „Temps" berichtet — hinter dem Rücken des Ministerpräsidenten Caillaux im Namen Frankreichs verpflichtet, der Abdankung Mulay Hafids, wenn er darauf bestehe, nicht zu widersprechen. De Selves dementiert nun, daß er ohne Wissen seiner Kollegen gehandelt habe, bestätigt aber die Tatsache der eingegangenen Verpflichtung. Wir haben demnach mit der Abdankung des Sultans als mit einer nahe bevorstehenden Tatsache zu rechnen, und wohl auch damit, daß, wie der „Temps" konjekturiert, Mulay Hafid zugunsten eines seiner minderjährigen Söhne zurücktritt.

„Eine Regentschaft, während der Minorität eines Sohnes des Sultans — schreibt der „Temps" — wäre eine sehr annehmbare Lösung."

Gewiß, es wäre die Wiederholung dessen, was in Persien geschieht, wo der Spruch: „wehe dem Lande, des König ein Kind ist" zur traurigen Wahrheit geworden ist. Aber die Dinge scheinen uns doch in Marokko weit schwieriger zu liegen. Der Sultan ist zugleich das geistliche Oberhaupt Marokkos, und bei allem Respekt, den wir den Fähigkeiten Lyauteys entgegenbringen, glauben wir doch nicht, daß er diese Seite der ihm zufallenden Aufgabe zur Befriedigung der Marokkaner lösen wird. Einigermaßen grotesk ist die Ermahnung desselben Blattes an den Sultan, doch zu bedenken, daß es ihm keinen guten Namen in der Ge-

schichte machen würde, wenn er sich der Ausführung des Protektorats entziehe, um das er gebeten habe! Als ob der Name Mulay Hafids nicht gerade dadurch seinen Stempel erhalten hätte, daß er jenes Protektorat auf sich nahm! Er hätte seinen Namen in der Geschichte retten können, wenn er kämpfend unterging oder wie Schamyl und Abdelkader ausharrte, bis jeder Widerstand unmöglich war. Die Rolle, die er jetzt spielt, ist kläglich und wäre bei längerer Dauer noch kläglicher geworden. Seine Abdankung ist daher nicht der schlimmste Ausgang, den er als historische Figur nehmen konnte.

Die Schwierigkeiten Frankreichs mit Spanien wollen gleichfalls keine Ende nehmen. Schon die Tatsache, daß die französische Gesandtschaft in Tanger in Zukunft wegfallen und durch eine Agentur ersetzt werden solle, verstimmte in Madrid außerordentlich; noch mehr die entschiedene Weigerung Frankreichs, Uergha, das durch den französisch-spanischen Geheimvertrag vom 3. Oktober 1904 Art. 2 den Spaniern zugesichert wurde, in ihre Hände fallen zu lassen. Sie haben sich darauf entschlossen, das strittige Gebiet zu besetzen, und am 4. Mai 150 Reiter mit Mitrailleusen in Larrasch gelandet; weitere Truppen, in Summa 4000 Mann, sollen folgen, so daß die Franzosen, die ohnehin alle Hände voll zu tun haben, sich wohl in das Unvermeidliche werden fügen oder ihre Aktion auf günstigere Zeitläufte verschieben müssen.

Dazu kommt, daß die Ereignisse wieder einmal die hochtrabenden Versicherungen Herrn Delcassés widerlegen. Der „Figaro" vom 5. Mai bringt eine lange Ausführung, aus der sich ergibt, daß die französischen Panzerschiffe der Dantonklasse, das sind ihre Dreadnoughts, kein Pulver für ihre 24 Zentimetergeschütze mehr haben. Sie haben all ihr Pulver als verdächtig ausladen müssen, so daß jetzt nur 4 Panzerschiffe des 2. Geschwaders kampffähig sind. „Unsere vornehmsten Schlachtschiffe — so schließt Marc Landry seine Ausführungen im „Figaro" — sind zurzeit unbewaffnet." Da gleichzeitig berichtet wird, daß vier Pulverkasten auf der Fahrt nach Nancy explodierten, scheint das archiprêt, das wir in letzter Zeit zu hören bekommen haben, den Vorstellungen nicht ganz zu entsprechen, die andere Mächte mit diesem Begriff verbinden.

Daß in dem türkisch-italienischen Kriege sich noch immer keine Aussichten auf einen Friedensschluß zeigen bedauern wir höchlichst. Die Haltung der Türkei ist, wie wir rückhaltlos anerkennen,

sehr tapfer und würdig, ob sie auch dem Vorteile der Türkei entspricht, wird uns von Tag zu Tag fraglicher. Die jüngste Aktion Italiens die Besetzung der Sporaden, und wer kann voraussehen, was auf die Einnahme von Rhodos folgen wird, die Haltung von Samos und die Unmöglichkeit, diese Inseln anders als durch den guten Willen Italiens zurückzuerhalten, müßte der Türkei doch die Erwägung nahelegen, daß nur das vernünftig ist, was möglich ist. Wir können nicht ernst genug darauf hinweisen, daß sich ein äußerst gefährliches Gewitter zusammenzieht, das am Balkan niederzugehen droht. Die Türkei kann sich doch nicht darüber täuschen, daß sie weder in den drei Königreichen: Serbien, Bulgarien, Montenegro, noch in Griechenland aufrichtige Freunde hat. Dasselbe gilt von der Stellung Rußlands zur Türkei. Freundschaftsversicherungen, die von dieser Seite kommen, haben utilitarische Bedeutung, und sagen nicht mehr als daß man für den Augenblick stille zu halten wünscht, ohne eine Garantie für den nächsten Augenblick zu geben. Sie alle sind aus Gründen, die der Geographie, nationalen und religiösen Überlieferungen entnommen sind, von Natur Feinde der Türkei, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, bereitet sich gerade jetzt eine Kampagne vor, die bestimmt ist, die Kräfte zusammenzufassen, deren Interesse gegen Erhaltung des Statutsquo auf der Balkanhalbinsel gerichtet ist. Der „Temps" meldete schon am 1. Mai, daß Vertreter der Balkanstaaten in Livadia während der Anwesenheit des Ministerpräsidenten zusammentreffen würden, um dem Zaren ihre Huldigungen darzubringen. Bekanntlich sind auch die Herren Sasonow und Suchomlinow nach Livadia gereist. Jetzt ist eine von Herrn Danew, dem Präsidenten der bulgarischen Sobranje geführte Deputation, die sowohl König Ferdinand wie die bulgarische Regierung vertritt, ebenfalls auf dem Wege dahin. Es handle sich dabei, sagen Nachrichten aus Sofia, um Abschluß einer Allianz oder einer Militärkonvention. Gleichzeitig wird der „Nowoje Wremja" gemeldet, daß Paul Deschanel, der wie die meisten französischen Staatsmänner zugleich eine Finanzautorität ist, und der Botschafter in Wien werden soll, die Hauptstädte der Balkanstaaten besucht, und das Organ des serbischen Kabinetts, die „Samouprawa", bemerkt dazu, daß diese Reise von politischer Bedeutung sei. Auch geht das Gerücht von einer großen Anleihe, die Bulgarien in Frankreich negotiiere, lauter Dinge, die nicht eben

beruhigend wirken, wenn man verfolgt, mit welchem Nachdruck die russische Presse, speziell die „Nowoje Wremja", auf eine kriegerische Aktion drängt. Freilich hat der Spezialist in Marineangelegenheiten, der unter dem Namen Brutus schreibt, das allerpessimistischste Bild von der völligen Unbrauchbarkeit der russischen Flotte im Schwarzen Meer entworfen, aber das Marineministerium hat die Nachricht für falsch erklärt, allerdings dabei zugegeben, daß das beschädigte Panzerschiff „Jestafi" erst im Herbst wieder instand gesetzt werden solle. Nebenher berichtet Herr Wesselitzki, um die Blicke der Türken nach anderer Richtung zu lenken, von kriegerischen Absichten und umfassenden Vorbereitungen Österreich-Ungarns gegen Montenegro und Serbien, lauter Dinge, die doch einen sehr merkwürdigen Kommentar zu den offiziellen Friedensreden geben, die wir vor acht Tagen gehört haben, und zu denen jetzt die vortrefflichen Ausführungen des gemeinsamen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten für Österreich und Ungarn Frhrn. von Berchtold gekommen sind. Kurz, wir schließen aus alledem, daß die Türkei gut täte, sich mit Italien zu verständigen.

Beachtung verdient auch die folgende Korrespondenz der „Nowoje Wremja" vom 3. Mai:

Sofia. Am Freitag (26. April) fand eine außerordentliche Sitzung des geheimen Rats des (türkischen) Komitees statt, auf welchem die Berichte der Geheimagenten im Auslande erwogen wurden. Es wurden wichtige Entscheidungen getroffen.

Wie immer liefen die wichtigsten Nachrichten aus Amsterdam ein. „Die Türkei — schreibt der Agent — sollte die italienischen Dinge nicht aufs äußerste treiben, denn zuguterletzt wird Europa auf seiten der christlichen Macht treten. In der Frage der Öffnung der Dardanellen wird England mit der Türkei gehen; wenn Rußland seinen Willen durchsetzt, besetzt England Suda. Besteht die Türkei auf Behauptung eines Teils ihrer Rechte in Tripolis, so behält Italien die Insel Astropolis als Flottenstation.

Ein anderer Agent berichtet aus Venedig, daß Italien um die Erregung des Volkes zu beruhigen, mit Zustimmung Rußlands die hauptsächlichsten Inseln des Archipels besetzen werde. Dann sagt er, daß nach seiner persönlichen Meinung die Türkei sich auf Deutschland stützen sollte. Ein einflußreiches Mitglied des Komitees, Dr. Nassim Bei, er-

klärte, er wolle lieber sterben, als wieder in die Hände Deutschlands fallen. „Unsere Zukunft", sagte er, „liegt in der Freundschaft mit England. Um sie zu erlangen, müßten wir den Engländern freiwillig Suda abtreten, das sie lange wünschen." Der Redakteur des Organs des Komitees, des „Tanin", Hussein Djavid, wies darauf hin, daß Suda ohnehin den Engländern zufallen werde, da Griechenland sich durch einen Geheimvertrag verpflichtet habe, für den Fall des Anschlusses von Kreta die Bai an England abzutreten. Achmet Risa, der frühere Kammerpräsident, schlägt vor, sich von der kretischen Frage frei zu machen und die Insel Griechenland unter der Bedingung zu überlassen, Suda keiner fremden Macht abzutreten, sondern es zum Kriegshafen zu machen. Der Vorschlag rief einen stürmischen Protest hervor. Es wurde beschlossen, Griechenland den Krieg zu erklären, nicht nur wenn es Kreta annektiere, sondern auch wenn der Areopag über Aufnahme von Kretern in das griechische Parlament in Beratung trete. Ismail Hakka Boban Sade, der frühere Minister, schlägt vor, Bulgarien zu befriedigen, um es dadurch von Griechenland zu trennen, das man dann leicht bewältigen werde. Der Krieg mit Griechenland werde in einen allgemeinen Krieg ausmünden, und das sei die einzige Rettung der Türkei, während ein internationaler Kongreß den Untergang bedeute.

Dieser Bericht ist höchstwahrscheinlich echt und zeigt zweierlei: Die völlige politische Zerfahrenheit des Komitees, dessen Existenz von sehr fragwürdigem Nutzen ist, und zweitens, daß im Schoß dieses Komitees ein Verräter sitzt, der seine Verhandlungen via Sofia nach Petersburg meldet.

Die jetzt wohl als feststehend zu betrachtende Versetzung des Botschafters v. Marschall aus Konstantinopel nach London hat in England eine fast enthusiastische, in Frankreich eine überaus hämische Aufnahme gefunden. Namentlich der Berliner Korrespondent des „Temps" hat dabei die Führung übernommen. In Konstantinopel bedauert man das Scheiden Marschalls, der im Laufe langer Jahre unter den schwierigsten Verhältnissen sich das allgemeine Vertrauen und die höchste Achtung zu sichern verstanden hatte. Falls sich die Nachricht bestätigt, daß er durch unsern bisherigen Gesandten in Athen, den Freiherrn v. Wangenheim, ersetzt wird, erhält er einen höchst tüchtigen Nachfolger.

Das Eindringen afghanischer Truppen in Persien bei Yezdun ist als ein ernstes Ereignis anzusehen. Die Bombardierung von Meschhed scheint den äußeren Anlaß dazu gegeben zu haben; nebenbei spielt die Sorge um die eigene Sicherheit und der große Zusammenhang der panislamischen Bewegung mit, auf die wir mehrfach hingewiesen haben. Die Sympathien der Afghanen gehören den Türken, nicht den Persern, die ihnen als Schiiten verhaßt sind. Die Defensivkraft der Afghanen ist jedoch größer als die Kraft ihrer Offensive, ihre politischen Zustände sind denen Marokkos überraschend ähnlich, aber sie haben den Vorteil, daß ihr Land weit weniger zugänglich ist. Sowohl für Rußland wie für England tritt damit ein neues Problem auf, das zwar im Abkommen von 1907 bereits ins Auge gefaßt wurde, von dem man jedoch hoffte, daß es noch lange ruhen werde. Wir machen in diesem Anlaß auf einen Artikel von Professor Vambery aufmerksam, der im Aprilheft des „Nineteenth Century" erschienen ist und auf die Gefahr einer Allianz des Islam mit dem Buddhismus hinweist. Wir haben mehrfach auf die Bemühungen Japans hingewiesen, einen Zusammenhang mit dem Islam herzustellen; durch die chinesische Revolution ist dieser Zusammenhang zum ersten Male politisch betätigt worden, und die chinesische Regierung gibt jetzt eine Zeitung in türkischer Sprache heraus, um die zahlreichen Mohammedaner des chinesischen Reiches in ihre Interessen hineinzuziehen. Diese Verbrüderung scheint an Boden zu gewinnen und kann zu wichtigen Konsequenzen führen. Zurzeit ist der Gegensatz zwischen Tibetanern und Chinesen diesen Bestrebungen nicht günstig. Der Dalai Lama hat den bekannten Agenten Bansho Dorshiew wieder nach Petersburg geschickt, wo man alle Ursache hat, einer Verbindung von Buddhismus und Islam entgegenzuarbeiten.

Die Zustände in China nehmen eine ungünstige Wendung. Die Versuche Juanschikais den Chutuchtu und die Mongolen wieder zur Unterwürfigkeit zurückzuführen, sind gescheitert; die finanziellen Schwierigkeiten sind im Steigen, in Kuldsha sind russische Truppen eingerückt, Japan sucht in der inneren Mongolei Fuß zu fassen, und Herr Menschikow tritt mit der ihm eigenen Beredsamkeit dafür ein, daß Rußland, als Vertreter der arischen Rasse, berufen sei, Mittelasien zu organisieren. Er wendet sich mit großer Leidenschaftlichkeit gegen den Satz Sasonows, daß Rußland, um seine Stellung in Europa und im nahen Orient nicht zu schwächen, die russischen Besitzungen in Asien nicht weiter

ausdehnen solle. Das sei, so führt Menschikow aus, eine neue Politik, die in vollem Gegensatz zu derjenigen stehe, die Rußland von den Tagen der Waräger bis zu denen Alexanders III. verfolgt habe, und die sich darauf gründete, „daß Rußland einer Erweiterung seiner Grenzen auf Kosten seiner Nachbarn" bedürfe. Wenn Herr Sasonow bestimmt wisse, daß Rußland für einen Krieg noch nicht vorbereitet sei, so wäre es genial von ihm gewesen, wenn er geschwiegen hätte. Das hätte mehr Eindruck gemacht als alle Erklärungen usw. Wir glauben, daß Herr Menschikow offene Türen einrennt. Der Unterschied zwischen ihm und Herrn Sasonow liegt wohl nur darin, daß Herr Menschikow die Artischoke auf einmal vertilgen will und Herr Sasonow die Blätter einzeln zu verzehren gewohnt ist.

Eine nicht uninteressante Charakteristik der russischen „Intelligenz", die wir der Wiedergabe des „Golos Moskwy" entnehmen, gibt Morice Baring in der Zeitschrift „Eyewitneß", aus der wir folgende Sätze hervorheben:

„Der russische Intelligent muß nicht nur verstehen, von den Klassikern zu reden, von Goethe, Dickens, Schubert, John Stuart Mill, sondern auch von Anatole France, Richard Strauß usw. usw. Außerdem haben die russischen Intelligenten noch eine Reihe von Losungsworten, welche Religion, Philosophie und Moral betreffen, ohne deren Kenntnis sie sich gleichsam unbekleidet fühlen würden. Die wichtigste dieser Losungen sagt, daß die Religion Unsinn (bosh) ist und ein Ammenmärchen. Baring zählt darauf die übrigen Losungsworte auf: Keine Staatsform ist annehmbar außer dem Kollektivismus und Anarchismus (gleichviel ob er friedlich oder aggressiv ist). Kardinaldogmen der Moral sind: Freie Liebe und unbegrenzte Zahl von Ehescheidungen, ebenso das unbeschränkte Recht zum Selbstmord. Mystizismus ist gestattet, wenn er diabolisch und satanisch ist. Mit anderen Worten, die Messe gilt für eine kindische Harlekinade, die schwarze Messe für ein interessantes Experiment. Die Intelligenz negiert das Familienleben. Das bedeutet — erklärt Baring —, daß es ein Schimpf ist, reine Zimmer und anständige Nahrung zu haben. Trunkenheit ist gestattet, wenn sie durch intelligente Narkotika herbeigeführt wird. Die Frau soll alle Rechte genießen, nur nicht die der Weiblichkeit und beileibe nicht die der Ehefrau. Kurtisanen sind zu dulden. Unfruchtbarkeit — ist vornehm, Patriotismus eine Dummheit."

Der „Golos Moskwy“ bemerkt dazu: „Man muß zugeben, daß dieſe Charakteriſtik ſehr treffend iſt, ſoweit ſie ſich gegen diejenigen richtet, die man bei uns die „Intelligenten“ nennt.“

Die Präſidentſchaftswahlen nahen in Amerika der Entſcheidung. Maſſachuſetts hat ſie noch nicht gebracht. Mit um ſo größerer Spannung ſieht man dem Ausgang des Kampfes in Maryland entgegen, von dem, wie angenommen wird, die Haltung der Südſtaaten abhängen wird. Ein Prognoſtikon zu ſtellen iſt ganz unmöglich, da jeder Tag neue Überraſchungen bringt.

8. Mai. Abreise Kaiser Wilhelms aus Korfu.
9. Mai. Annahme der Home Rulebill durch das Unterhaus in zweiter Lesung.
10. Mai. Der deutsche Reichstag nimmt in zweiter Lesung die Heeresverstärkung an.

15. Mai 1912.

In dem letzten „Brief aus Rußland" des „Journal des Débats" aus Petersburg vom 2. Mai finden wir das interessante Bekenntnis, daß dem Verfasser einer der hervorragendsten russischen Politiker gesagt habe: „Wir sind kein liberales Volk, wir sind ein sozialistisches Volk." Das sei, meint der Briefschreiber, ganz richtig. Die Volksbewegung von 1905 sei weit mehr revolutionär und kommunistisch als liberal und konstitutionell gewesen. Auch hätten bereits die parlamentarischen Verhandlungen in der Masse des Volkes nur Ekel hervorgerufen, oder mindestens sei man ihnen gegenüber völlig gleichgültig geworden. Dagegen steigere sich mehr als überall sonst der Gegensatz von arm und reich, oder wie man im Abendland sage, von Kapital und Arbeit. Die Verbitterung nehme von Tag zu Tag zu und werde immer ernster. Genauer dargelegt wird diese These an den bekannten Ereignissen in den Goldwäschereien an der Lena, wobei alle Schuld den Organen der Regierung und der Habgier der Unternehmer zugewiesen wird, welche die Bemühungen des Ingenieurs Poltschinski zum Scheitern brachten, der bestrebt war, den Mißständen zu steuern, unter denen die Arbeiter litten (par un odieux calcul des administrateurs locaux dont M. Poltschinski allait dévoiler les abus). Die Katastrophe erfolgte, als die Arbeiter sich anschickten, ihre in der vorausgegangenen Nacht verhafteten Führer aus dem Gefängnis zu befreien. Der Gendarmeriehauptmann (den der Korrespondent der „Débats" für die Verhaftungen verantwortlich macht) befahl, als die gegen 3000 Köpfe zählenden Arbeiter nur noch 150 Schritt vom Gefängnis entfernt waren, den 300 Soldaten, die unter seinem Kommando standen, Feuer zu geben. Die Wirkung war furchtbar. 400 Mann

blieben auf dem Platz tot oder verwundet liegen. Die charakteristische Schlußbetrachtung mag hier wörtlich wiedergegeben werden:

„Wie zu erwarten war, erheben alle Zeitungen der äußersten Linken und sogar die Organe der Linksliberalen einen Wehruf über das Gemetzel. Die Arbeiter seien arme, resignierte, sehr friedfertige Leute gewesen. Man habe sie durch die Gewalttätigkeit der Administration und der Gendarmerie ohne Grund provoziert. Solche Deklamationen waren leicht vorherzusehen. Es ist aber trotz allem sicher, daß die Lena-Kompagnie keine ihrer Pflichten erfüllt hat, daß sie ungesetzlich verfuhr, daß schreiende Ungerechtigkeiten, Brutalitäten und unnötige Gewaltsamkeiten bei Unterdrückung der Unruhen geschahen. Die Erregung, die das tragische Ereignis hervorgerufen hat, geht durch alle Stände der Nation. Sie wird Keime von Zorn und Haß zurücklassen, die vielleicht auf den Ausgang der nächsten Wahlen einen verhängnisvollen Einfluß ausüben werden."

Wenn diese Schlußsätze den Tatsachen entsprechen, wird man sich über die Weherufe der Presse nicht wundern dürfen. Nur treffen sie nicht die Soldaten, die nur ihrer Pflicht gehorchten, sondern das System, das den Aufstand herausforderte. Der russische Arbeiter ist geduldig und Gründen zugänglich, wenn er nicht durch Branntwein unzurechnungsfähig gemacht oder durch eine politische Atmosphäre vergiftet ist, wie sie 1905 und 1906 das ganze Rußland beherrschte. Aber sein Sozialismus hat mit dem abendländischen, aus einer Doktrin erwachsen, nichts gemein. Er ist instinktiv und in ruhigen Zeitläuften latent. Anders steht es jedoch mit der sozialistischen „Intelligenz", die sich ihre Ideale erst aus den mißverstandenen Lehren der Junghegelianer holte und sie in Nihilismus und Terrorismus umsetzte, um schließlich, seit die Marseillaise hoffähig geworden war, alle Schattierungen des französischen Sozialismus und seiner Auswüchse zu übernehmen. Auch ist keinerlei Aussicht, daß sich das ändert, und wenn wir von der äußersten Rechten absehen, die streng monarchistisch ist, wird in der Staatsform des heutigen Frankreich auch das Ideal bewundert, dem nachzujagen ist.

Übrigens haben die Demonstrationen an den Universitäten einen weniger gefährlichen und nachhaltigen Charakter getragen, als ursprünglich angenommen werden mußte, und auch die Duma hat nach leidenschaftlichen Reden sich beruhigt, nachdem die Regierung eine strenge Untersuchung zugesagt hatte, aber die Kund-

gebungen an den Fabriken gehen von Stadt zu Stadt und haben nach heute nicht aufgehört. Es wird bald keinen Ort in Rußland geben, in welchem die Kunde von den Opfern der „Lena Compagnie" nicht in mehr oder minder übertriebener Form verbreitet sein wird. Und das allerdings kann ein Moment der Gefahr für die Zukunft werden. Die Tatsache, daß ein Baron Günzburg an der Spitze der Kompagnie stand, wird natürlich in antisemitischer Tendenz ausgebeutet. In Wirklichkeit ist es ein englisches Finanzunternehmen unter russischer Verwaltung. Es ist aber sehr bedeutsam, daß jetzt auch Rußland die Bahnen einer sozialen Arbeiterfürsorge betreten hat. Ein Arbeiterversicherungsgesetz, das die Duma votiert, ist auch vom Reichsrat angenommen worden, so daß die Verwirklichung als gesichert betrachtet werden kann. Es wird natürlich alles auf die Art der Ausführung ankommen. So weit sich bisher erkennen läßt, liegt ihm das deutsche Vorbild zugrunde. Ob damit bereits ein Einfluß auf die nächsten Wahlen ausgeübt wird, ist sehr fraglich. Daß Fabrikarbeiter und Bauern mit den Arbeitsergebnissen nicht zufrieden sind, welche die dritte Duma für die fünf Jahre ihres Bestehens aufzuweisen hat, kann als feststehend gelten. Die auf 20 Gouvernements ausgedehnte Hungersnot (die Russen brauchen dafür das Diminutiv Golodowka, d. i. kleiner Hunger) hat die Unzufriedenheit nicht gemindert, so daß es sehr wohl möglich ist, daß die von den Radikalen ausgegebene Parole: Wahlbündnis aller linksstehenden Parteien! Elemente in die Duma bringt, welche den Frieden jener fünf hinter uns liegenden Jahre stören. Das Losungswort, um das sich alle scharen könnten, lautet: Abänderung des Wahlgesetzes vom 3. Juni, das der dritten Duma ihre Majorität brachte. Die Programme der Regierungsparteien, die Oktobristen mit eingeschlossen, sind an sich nicht angetan, die Massen zu gewinnen. Aber die Unterstützung des offiziellen Rußland ist ihnen sicher, und die nationalistische Tendenz, die durch die Zentenarfeier des Befreiungskrieges von 1812 gefördert wird, kann ihnen zugute kommen.

Eine Betrachtung des „Westnik Jewropy", die mit großer Bitterkeit diese Frage behandelt, gipfelt in den folgenden Sätzen:

„In den Augen der Reaktion sind alle Parteien der Linken „verbrecherische Gemeinschaften", die sich nur durch den Grad ihrer Verworfenheit und durch das Maß der Strafen, die ihnen gebühren, unterscheiden. In den Augen des triumphierenden Nationalismus sind alle

Fremdvölker, wenn nicht gleich verhaßt, so doch gleich verdächtig. Zu den Fremdvölkern zählt man auch Russen von Geburt und Rechtgläubige ihrem Bekenntnis nach, wenn sie nicht von gleichem Haß gegen alles beseelt sind, was einen anderen Glauben bekennt oder nicht von großrussischen Eltern stammt. Die oberste Schicht, die Edelleute, läßt den Gedanken nicht aufkommen, daß sie auf ihre ständischen Vorzüge verzichten könnte. Die Scheidung zwischen Leuten von „weißen" und von „schwarzen" Knochen und die Aufrechterhaltung dieser Scheidung ist wieder zum Prinzip erhoben worden . . . Die gesamte linke Presse wird unterschiedslos als ein Übel behandelt, das nur geduldet wird, weil es unvermeidlich ist. Versammlungen und Meetings werden weder den Sozialdemokraten, noch den Kadetten, noch professionellen Verbänden, noch ärztlichen Genossenschaften gestattet . . . Die rechtliche Stellung des Bauern ist nach der Konstitution noch schlimmer geworden. Rechtlosigkeit hat wieder den Einzug gehalten in der bäuerlichen Familie, im Wolostgericht, im Quartier der Landpolizei und in der Kammer des Landschaftsvorstehers. Die alten Formen der bäuerlichen Rechtlosigkeit aus den Tagen der Leibeigenschaft, die zeitweilig ganz verschwunden schienen, sind wieder lebendig geworden. Man hängt die Leute — an Zahl zwar weniger aber ebenso systematisch, nach einem Gesetz, das der gesunden Vernunft widerspricht. In den Gefängnissen wird verhöhnt, geschlagen und gepeischt . . . Ist es nötig, noch weiter fortzufahren, und bedarf es weiterer Argumente, um zu beweisen, wie real und wie durchaus notwendig die Vereinigung aller progressiven Elemente der Gesamtheit ist."

Der „Westnik Jewropy" würde seiner politischen Richtung nach — auf deutsche Verhältnisse übertragen — etwa der „Vossischen Zeitung" entsprechen. Es ist eine Monatsschrift, die im 47. Jahrgang steht und bisher von tadellos vornehmer Gesinnung war. Aber es scheint allerdings, daß in ihren Kreisen die Unzufriedenheit mit den herrschenden Ordnungen in ein Gefühl so tiefer Erbitterung übergegangen ist, daß sie selbst die Allianz mit den Sozialdemokraten und den in Rußland von ihnen nicht zu trennenden Sozialrevolutionären annehmbar findet. Die Ernüchterung pflegt in solchen Stadien der Erregung erst durch Erfahrung gewonnen zu werden.

Die Livadiareise der russischen Minister hat die Wandlungen nicht gebracht, die teils gefürchtet, teils erhofft wurden. Sowohl

Kokowzew, wie Suchomlinow und Sasonow kehren in gehobener Stimmung nach Petersburg zurück. Nur der Gehilfe des Kriegsministers, General Poliwonow, hat seinen Abschied nehmen müssen, was, wie es scheint, allgemein bedauert wird. Die bulgarische Gesandtschaft, die unter der Führung von Danew, dem Präsidenten der Sobranje, in Livadia eintraf, ist überaus gnädig empfangen worden. Der „Golos Moskwy" berichtet von einem sich hartnäckig behauptenden Gerücht, daß ein formelles Bündnis zwischen Rußland und Bulgarien abgeschlossen sei. Dieselbe Nachricht bringt eine vom 9. Mai datierte Korrespondenz des „Eclair". Sie geht von Verhandlungen aus, die zwischen dem Grafen Berchtold und Sir Edward Grey über eine zwischen Österreich-Ungarn, Rußland und Italien erfolgte Entente stattgefunden hätten, und gibt dabei der Hoffnung Ausdruck, daß Sir Edward dabei den Standpunkt des europäischen Interesses nicht preisgegeben habe. Hieran schließt sich die folgende Bemerkung:

„Die Kritik, der Miljukow jüngst in der Duma die russische Politik unterzog, beschuldigte Rußland, eine Teilung der Balkanhalbinsel vorzubereiten, bei welcher der größte Anteil wahrscheinlich Österreich zufallen werde. Wie dem auch sei, es ist nützlich, Notiz davon zu nehmen, daß der russische Gesandte in Sofia, Nekljudow, der eben auf seinen Posten zurückgekehrt ist, gleich danach dem Ministerpräsidenten Geschow angezeigt hat, daß Rußland eine Allianz auf 20 Jahre mit Bulgarien abschließen wolle, kraft welcher Bulgarien seine auswärtige Politik der russischen anzupassen hätte. Man sagt, daß Nekljudow eine Antwort Bulgariens für den 14. Mai verlangt habe. Unter diesen Umständen gewinnt die Reise Danews eine gewisse Bedeutung."

Das letztere ist nicht zu bezweifeln. Man könnte jedoch auch zu der Folgerung gelangen, daß, falls Rußland wirklich ein Bündnis mit Bulgarien abschließt, seine Absicht dahin geht, es bis auf weiteres von den Abenteuern zurückzuhalten, zu welchen die bulgarische Nation offenbar die größte Neigung hat. Rußland, das gerade jetzt mit dem Ausbau seiner Flotte beschäftigt ist — wofür 700 Millionen Rubel in den Etat eingestellt sind — und zugleich an der Reorganisation seiner Armee arbeitet, ist natürlich daran interessiert, Zeit und Stunde selbst zu bestimmen, falls es ein Vorgehen gegen die Türkei für notwendig halten sollte. Auch mögen die terroristischen Methoden der bulgarischen Bandenführer in Petersburg verstimmen. Frankreichs Interesse aber

ist heute entschieden auf Erhaltung des geographischen Statusquo in der Türkei gerichtet, weil es ungeheure Summen in Unternehmungen angelegt hat, die sowohl in der europäischen wie in der asiatischen Türkei zwar der Tripelentente dienen, die es aber keinerlei Neigung hat, dem Risiko auszusetzen, das ein Balkankrieg notwendig bringen müßte. Auch finden wir, daß neuerdings die französische Presse die türkischen Verhältnisse höchst optimistisch beurteilt. Ein Konstantinopler Brief der „Débats" vom 6. Mai äußert sich geradezu enthusiastisch über die materiellen Fortschritte, welche die Türkei dem neuen Regiment zu danken hat, und gibt uns die interessante Mitteilung, daß der Direktor der Ottomanischen Bank, Paul Révoil, mit Nail Bei, dem türkischen Finanzminister, einen Vertrag abgeschlossen hat, demzufolge die Türkei nach 11 Monaten 7½ Millionen türkische Pfund und danach 2½ Millionen Pfund erhalten soll. Voraussetzung scheint zu sein, daß bis dahin der türkisch-italienische Krieg seinen Abschluß gefunden haben wird. Den Aufstand in Albanien, der auf bulgarische Agitatoren zurückgeführt wird, hofft die Türkei bald zu beruhigen. Es bleibt aber die griechische Schwierigkeit, die durch die Hartnäckigkeit, mit welcher die Kreter auf Teilnahme an den Sitzungen des Parlaments dringen, hervorgerufen wurde und die Stellung von Venizelos ernstlich zu gefährden scheint. Merkwürdig ist, wie wenig der italienische Krieg störend auf die inneren Verhältnisse der Türkei einwirkt. Die Besetzung von Rhodos und Stampalia hat in Konstantinopel so gut wie gar keinen Eindruck gemacht, um so größeren in Athen. Man hofft dort, wie dem „Temps" durch ein Telegramm aus Athen gemeldet wird, daß in betreff der von den Italienern okkupierten Inseln, jetzt sind es bereits acht, das Prinzip Anwendung finden werde, daß christliches Land, das einmal von dem türkischen Reich gelöst wurde, ihm nicht wieder zufallen dürfe. Said Pascha, der Großwesir, hat sich dagegen einem Korrespondenten des „Daily Expreß" dahin geäußert, daß Frankreich und England, um das Gleichgewicht im Mittelmeer aufrechtzuerhalten, die Annexion der Inseln nicht zulassen würden. Den Frieden erwartet er von einer Vermittlung nach vorausgegangener Konferenz. Unter keinen Umständen werde die Türkei ihn anders abschließen als nach Anerkennung ihrer effektiven Souveränität in Tripolitanien und in Cyrenaica.

Zurzeit machen die klimatischen Verhältnisse jede wirksame Kriegführung der Italiener in Nordafrika unmöglich.

Wie weit das Klima auch in Marokko auf den Verlauf der bevorstehenden Kämpfe mitspielen wird, läßt sich nicht vorhersehen. Wahrscheinlich weit weniger. Aber schon jetzt läßt sich erkennen, daß Lyautey mit großen Schwierigkeiten zu rechnen haben wird. Die als nahe bevorstehend angekündigte Verständigung mit Spanien, bei der „beide Teile ihren Vorteil finden würden", steht wohl in Zusammenhang mit diesen Schwierigkeiten.

Höchst auffallend ist das steigende Mißtrauen, welches die russische Presse Japan entgegenbringt. Eine Korrespondenz des „Golos Moskwy" aus Tokio sagt, daß Japan jetzt ein doppeltes Ziel verfolge. Es sei bemüht, einen neuen Aufstand in China zu erregen, um eine Einmischung der fremden Mächte herbeizuführen, und zweitens ein Sonderabkommen mit Rußland abzuschließen, um sich die Annexion der Südmandschurei zu sichern, da der englische Bundesgenosse sich als unzuverlässig erwiesen habe. Alle ungünstigen Nachrichten über China seien auf japanische Quellen zurückzuführen. Vor allem seien sie bemüht, die Autorität von Juanschikai zu untergraben, indem sie die Revolutionäre und die Truppen von Nanking gegen ihn aufstacheln, ihn selbst aber durch übertreibende Nachrichten von einer drohenden Restauration der gestürzten Dynastie ängstigen. Es lasse sich nicht verkennen, daß diese Intrigen ihre Wirkung ausüben.

„Obgleich sie das Bündnis mit Rußland erreicht haben, unterlassen die Japaner es nicht, um ihre anderen Ziele zu erreichen, uns böswillig zu verleumden. So wird aus japanischer Quelle in letzter Zeit hartnäckig das Gerücht verbreitet, daß die chinesischen Monarchisten Unterstützung bei Rußland suchen, und daß ihr Bevollmächtigter bereits aus Peking nach Petersburg gereist ist, um dort Unterstützung zu erlangen."

Es gibt noch eine Reihe anderer Fragen, welche zurzeit die öffentliche Meinung Rußlands tief erregen und zugleich das Gebiet der auswärtigen Politik streifen. Vor etwa 1½ Jahren, wenn wir in der Zeit nicht irren, wurde ein russischer Knabe mit Namen Andrej Juschinski unter Umständen ermordet, welche in Rußland den Verdacht erregten, daß ein Ritualmord vorliege. Die angestrengte Untersuchung mündete in ein non liquet aus, aber die Agitation dauerte in den sehr zahlreichen antisemitischen Kreisen Rußlands fort, und die Bewegung schien so gefährlich, daß aus Deutschland und Österreich Proteste bei der russischen Regierung einliefen. Neuerdings ist nun ein von zahlreichen ange-

sehenen Engländern unterzeichneter Protest hinzukommen, der von der liberalen Presse Rußlands mit Jubel, von der konservativen Presse mit Erbitterung aufgenommen wurde. Der russische Generalkonsul in London, Baron Heyking, veröffentlichte in englischen Blättern eine Erklärung, in welcher gesagt war, daß es ein Irrtum sei, wenn man in England glaube, daß die russische Judenschaft als solche für den Ritualmord verantwortlich gemacht werden solle. Die Beschuldigung richte sich nur gegen eine geheime Sekte, welche die letzten Konsequenzen aus den Lehren des Talmud ziehe. Dagegen hat nun in der „Times" Dr. Alfred Stern protestiert: es sei eine verabscheuungswürdige Insinuation, daß irgendeine jüdische Sekte je einen Ritualmord begehen könne, und er habe authentische Nachricht, daß man sich in Kiew bei der Untersuchung nicht ernstlich bemüht habe, den Mörder zu finden, dessen Spuren vorhanden seien. Da in Rußland die allerdings sehr gefährliche Agitation fortdauert, ist es sehr erfreulich, daß Kaiser Nikolaus II. das Mitglied des Reichsrats Manuchin mit nochmaliger Aufnahme der Untersuchung beauftragt hat.

Eine andere Affäre, die ebenfalls in England böses Blut gemacht hat, ist die Verurteilung einer Polin, Miß Malecka, die englische Staatsangehörige ist, wegen angeblicher oder wirklicher hochverräterischer Umtriebe zu vier Jahren schweren Kerkers durch die Warschauer Gerichte. Auch in dieser Angelegenheit werden Protestkundgebungen veranstaltet. Da aber die englische Regierung selbst nicht eingreift, läßt sich mit Fug und Recht voraussetzen, daß sie Grund hat, an die Schuld der Malecka zu glauben. Drittens endlich nimmt die „Nowoje Wremja" den Kampf gegen die russisch-englische Politik in Persien mit erneuter Leidenschaft wieder auf. Salar ed Dauleh habe nach einem ersten Mißerfolge die Truppen der persischen Regierung am 6. Mai völlig aufs Haupt geschlagen, so daß von den 2000 Mann, die gegen ihn ausgesandt waren, nur 150 entkamen und alles Geschütz in seine Hände fiel. Diesen Erfolg habe er nur mit seinen Kurden erfochten, ohne seine Hauptmacht von Luristan aus in Bewegung zu setzen. Es sei nicht zu bezweifeln, daß er, wenn man ihm freie Hand lasse, die völlig diskreditierte persische Regierung stürzen werde, wenn nicht wieder die englische und die russische Diplomatie eingreifen sollten, um das Spiel zu wiederholen, das sie mit dem des Landes vertriebenen Schah gespielt hatten. Die „Nowoje Wremja" klagt, daß die russische Regierung diesen Dingen völlig

planlos gegenüberstehe, und fürchtet englische Intrigen. Es ist ihre alte Klage und kaum zu verstehen, weshalb Herr Sasonow nicht zugunsten der allezeit weisen Redakteure des führenden russischen Blattes zurücktritt.

In England ist am 9. Mai die Homerulebill mit 372 gegen 271 Stimmen in zweiter Lesung angenommen worden. Dagegen mehrt sich die Opposition gegen die höchst unpopuläre Arbeiterversicherungsbill, und die Unionisten, die nahe daran waren, in zwei feindselige Gruppen zu zerfallen, haben sich wieder fest zusammengeschlossen. Vom Ende der englischen Verfassungskämpfe sind wir noch weit entfernt. Ein völliges Novum ist die Erklärung der Ver. Staaten, daß Kanada, als unter dem Schutz der Monroedoktrin stehend, keine eigene Flotte zu haben brauche.

Über die Instruktionen des Freiherrn v. Marschall hat alle Welt in Frankreich und England sich den Kopf zerbrochen und sie je nach Phantasie und Kombinationstalent konstruiert, bevor er welche hatte. Er hat sie erst in Karlsruhe erhalten, und soviel uns bekannt ist, sind sie bis zur Stunde noch niemand als den nächstbeteiligten offiziellen Persönlichkeiten bekannt geworden.

15. Mai. Regierungsantritt Christian X. von Dänemark.
Halil zum Präsidenten der Türkischen Kammer gewählt.
18. Mai. Endgültige Freigebung der Dardanellen.
Einführung des Frauenstimmrechts in Schweden.
19. Mai. Landung englischer Truppen in Banda Abbas.
20. Mai. Sendung einer türkischen Division nach Mazedonien.

22. Mai 1912.

Daß es durchaus notwendig war, die Politiker des Reichslandes nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß sie im Begriff sind, das Fundament zu untergraben, auf dem die ihnen verliehene Verfassung ruht, wird niemand verkennen, der die böswillige Agitation verfolgt hat, die seit Jahren die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und dem deutschen Reichsland zu vergiften bemüht ist. Aber es muß doch darauf hingewiesen werden, daß diese Agitation zum größten Teil Importware ist, und daß ein gesellschaftlicher Terrorismus darauf hinarbeitet, die Feindseligkeit einer Minorität, die ihre Inspirationen aus der Pariser Presse erhält, als Überzeugung einer ungeheuren Majorität loyaler Staatsbürger der öffentlichen Meinung zu oktroyieren. Die Pariser Presse, die offiziöse nicht ausgeschlossen, nimmt sich heraus, die elsässischen und lothringischen Angelegenheiten gleichsam als französische Interessenfragen zu behandeln, wie u. a. auch die Tatsache zeigt, daß sie eine besondere Rubrik „Alsace-Lorraine" führt und erst danach die Rubrik „Allemagne" folgen läßt. Dem würde entsprechen, wenn unsere Blätter eine besondere Rubrik „Nizza" führten und bemüht wären, die unzweifelhaft vorhandene Abneigung der italienischen Nizzarden anzustacheln und lebendig zu erhalten. Auch an Savoyen, dem Stammlande des italienischen Königshauses, ließe die gleiche Methode sich erproben, und wir glauben nicht, daß man in Paris davon sehr erbaut wäre. Daß unsere Sozialdemokratie sich nicht die Gelegenheit entgehen lassen würde, in den französischen Chorus einzustimmen gegen Preußen, das sie als das Rückgrat des Deutschen Reiches

nicht weniger hassen, als es die Franzosen tun, war vorauszusehen. Reichskanzler und Reichstag sind ihnen die Antwort nicht schuldig geblieben, und wir hoffen, daß eine zweite Antwort ihnen bei den Wahlen zuteil werden wird. Auch sie durchsägen den Ast, auf dem sie sitzen, und es gibt keinen gebildeten Menschen im Lande, der sich nicht schämt, diese Leute als Vertreter eines Volkes, das mit Recht auf seine Stellung in der Kulturwelt stolz ist, im Reichstag und Landtag im Tone der Gasse sprechen zu hören. Es fehlt nur noch, daß, wie es so häufig in der französischen Kammer geschehen ist, die Beredsamkeit der Fäuste aus der Kneipe ins Parlament getragen wird. Das Verhalten der Abgeordneten Borchard und Leinert ist ja ein Präludium dazu.

Wir hätten diese Fragen, die in das Feld der inneren Politik gehören, nicht berührt, wenn nicht das schadenfrohe Echo jenseits unserer Grenzpfähle zeigte, daß sie auch nach außen hin nicht wirkungslos vorüberziehen. Sie schädigen unser Ansehen, und die Anarchie, die sich in Reichstag und Landtag auf den Bänken der Sozialdemokraten breit macht, erweckt Hoffnungen, die zwar niemals Wirklichkeit werden können, aber den Chauvinismus lebendig erhalten, mit dem wir als mit einer politischen Tatsache zu rechnen genötigt sind. Auch ist Methode darin, daß man in Frankreich diese Auswüchse unseres politischen Lebens in breiter Umständlichkeit und mit giftigen Kommentaren vorführt. Es läßt sich darüber vergessen, was am eigenen Herde geschieht. Der Krieg gegen die Apachen, die schmähliche Auktion des Nachlasses der nach monatelanger Jagd endlich zur Strecke gebrachten Mörder und alle die sittlichen Ungeheuerlichkeiten, die das französische Strafgesetzbuch nicht trifft, sowie die noch schlimmeren Straftaten, über welche man mit wenigen Zeilen hinweggeht, während gleichzeitig breitgetreten und immer aufs neue aufgebauscht wird, was zwischen Vogesen und Memel an sittlichen Mißständen zutage tritt das alles zeigt ein System selbstgerechter Heuchelei, das aller Welt zum Ekel geworden ist.

Im politischen Leben Frankreichs während der letzten Woche sind zu den doch sehr ernsten marokkanischen Schwierigkeiten, die durch die fortdauernden Streitigkeiten mit Spanien noch kompliziert werden, die Zänkereien des französischen Botschafters in Petersburg, Herrn Louis, mit Herrn Iswolski getreten, der bekanntlich Rußland in Paris vertritt. Die Pariser Presse tritt einmütig für Herrn Louis ein, den

man am Quai d'Orsay, wie es scheint mit Recht, für eine hervorragende staatsmännische Kapazität hält. Der Ärger richtet sich gegen Herrn Iswolski, und es sind Stimmen laut geworden, welche für den Fall, daß Louis aus Petersburg weichen muß, auch die Abberufung Iswolskis verlangen.

„Es ist — schreibt der „Ecalir" — für niemanden ein Geheimnis, daß dieser Botschafter in Paris nicht am rechten Platz ist; er ist nur ungern nach Frankreich gekommen (was notorisch falsch ist), dessen Würde er in mehr als einer Hinsicht verletzt hat. Auch geht Herr Iswolski darauf aus, nicht nur in Paris, sondern auch in Petersburg seine persönlichen Ansichten in der Frage des italienisch-türkischen Krieges durchzusetzen. Diese Ansichten erschüttern wesentlich die französisch-russische Allianz und den europäischen Frieden. Herr Louis dagegen ist ein friedfertiger und eifriger Beamter, während Herr Iswolski den Bramarbas spielen will. Ein solcher Gegensatz kann nur dadurch beseitigt werden, daß der eine wie der andere verschwindet."

Man wird gut tun, diese Gegensätze nicht allzu tragisch zu nehmen. Von einer dadurch herbeigeführten Lockerung der Allianz kann keine Rede sein. Der Ausgang dürfte derselbe sein, wie nach einem Streit zwischen Brautleuten, sie fallen sich schließlich in die Arme und es ist alles vergessen, wobei freilich nicht an die Herren Louis und Iswolski, sondern an Rußland und Frankreich zu denken ist. Da, wie jetzt offiziell erklärt wird, Herr Louis das rauhe Petersburger Klima nicht verträgt, dürfte sich bald herausstellen, daß die weiche Luft Frankreichs Herrn Iswolski nicht bekömmlich ist; wird auf die Gesundheit beider die gleiche Rücksicht genommen, so ist nicht ersichtlich, welche Schatten noch die französisch-russische Freundschaft beeinträchtigen könnten. In der Orientpolitik sind, nachdem die russische Regierung der Türkei die bündigsten Versicherungen gegeben hat, daß ihr jeder Gedanke an einen Angriff fern liege, die Differenzen, die vorzuliegen schienen, jedenfalls beseitigt, und in Persien decken sich die beiderseitigen Interessen insofern, als überall, wo Rußland vordringt, dem französischen Kapital lohnende Anlagen eröffnet werden.

Übrigens vermögen wir nicht die persischen Dinge optimistisch anzusehen. Die jetzige Regierung hat keinen festen Boden unter den Füßen und würde zusammenbrechen, sobald die Stützen fortgezogen werden durch welche Rußland und England sie aufrechterhalten.

Salar ed Dauleh ist ein ernst zu nehmender Prätendent, und falls die Ententemächte nicht vorziehen sollten, mit ihm zu paktieren, wird er nicht anders zu beseitigen sein als durch einen Krieg. Nun läßt sich Rußland seine „Hilfsleistungen" stets von der persischen Regierung nach einem nicht zu knapp berechneten Kostenanschlage bezahlen, so daß unter allen Umständen der Ausgang eine ins Unerschwingliche anwachsende Schuldenlast Persiens wird, zu deren Tilgung dann Anleihen gewährt werden, die nebenher durch politische Zugeständnisse bezahlt werden müssen. Dagegen empört sich dann der Rest von Stolz, der den Persern geblieben ist, es folgt ein neuer Versuch, die lästigen Fesseln abzuschütteln, was einen neuen russischen Feldzug nötig macht, der neue Ausgaben bringt, und so fort ad infinitum, bis sich als Fazit ergibt, daß Persien unfähig ist, sich selbst zu regieren, und daraus die Notwendigkeit folgt, die russischen Grenzpfosten weiter nach Süden vorzurücken. So ist es immer gewesen, und so wird es auch in Zukunft sein. Es ist die Methode, die Frankreich den Russen in Marokko nachmacht. Mulay Hafid soll — wie jetzt behauptet wird — tatsächlich abdanken, nachdem er, was an Würde und Macht ihm zu eigen war, verloren hat, und der Prätendent, mit dem Frankreich die nächste Verhandlung führen wird, hat sich bereits erhoben: Hamed el Harba, der Sohn Mai el Ainins. Auch da wird es heißen: und so fort mit Grazie ad infinitum.

Während der Krieg in Tripolis durch die Jahreszeit zum Stillstand gebracht worden ist, haben die Italiener ihre Operationen gegen die türkischen Inseln immer weiter ausgedehnt. Die in Konstantinopel aus Rhodos verbreiteten Siegesnachrichten haben sich als trügerisch erwiesen. Die ganze Besatzung der Insel hat sich den Italienern kriegsgefangen ergeben müssen, und dasselbe Schicksal muß auch die weit schwächeren türkischen Besatzungen auf den übrigen Inseln treffen. Nur über Kreta breiten die Schutzmächte ihre Flügel und verhindern dadurch Italien, der Türkei einen wirklich empfindlichen Schlag zu versetzen. Der wird schließlich, trotz aller Verwahrungen und trotz aller Maßregeln zum Schutze der ideellen Souveränität der Türkei von anderer Seite fallen, sobald sich die Lage so gestaltet, daß der Türkei der Anlaß oder die Möglichkeit genommen ist, Griechenland dafür verantwortlich zu machen. So sehen die Dinge nüchtern betrachtet aus. Die gleiche nüchterne Betrachtung sagt freilich, daß Italien in absehbarer Zeit keine Möglichkeit hat, die Türkei zur Abtretung von

Tripolis und Cyrenaica zu zwingen, und das mag einen Vorschlag erklären, der neuerdings in der Presse auftauchte: die Türkei solle das strittige Gebiet dem Scheich der Senussi abtreten und dieser dann sich mit Italien verständigen — vorausgesetzt, daß er dazu geneigt sein sollte, was zurzeit noch wenig wahrscheinlich ist. Eine kleine Schrift von Norman Angell „The mirage of the Map“ streift indirekt die sich aus dieser Lage ergebenden Probleme. Der vielgenannte Verfasser des Buches über die „große Illusion“ vertritt auch hier einen ähnlichen Gedanken: die Eroberungspolitik Frankreichs komme nicht den Franzosen zugute, sondern denjenigen Nationen, welche die französischen Eroberungen wirtschaftlich exploitieren. Er führt Tunis als Beispiel an. Dort leben 25 000 Franzosen (Soldaten und Beamte nicht mitgerechnet). Das sei so viel, als Frankreich alle sechs Monate durch Abnahme seiner Bevölkerung verliert, der Ertrag des tunesischen Marktes für Frankreich erreiche aber nicht die Höhe der Ausgaben, welche die Okkupation und Verwaltung dieser Kolonien erfordere, d. h. Frankreich verliere alljährlich an einheimischer Bevölkerung zwei Kolonien, die Tunis gleichwertig seien. Heute seien *mehr Deutsche in Frankreich* als Franzosen in allen Kolonien, die Frankreich im Laufe des letzten halben Jahrhunderts erworben hat, und der Handel Frankreichs mit Deutschland sei weit höher als der Frankreichs mit all seinen Kolonien. So sei also Frankreich heute eine bessere Kolonie Deutschlands als alle exotischen Kolonien Frankreichs es sein könnten.

„Man sagt mir — bemerkt ein französischer Deputierter —, daß die Deutschen in Agadir sind. Ich weiß dagegen, daß sie in den Champs Elysées sind.“

Von Frankreich — dem Norman Angell ein schließliches Verschwinden der Rasse ankündigt (was uns ganz ausgeschlossen und ein Trugschluß zu sein scheint) — geht er auf *Deutschland* über, um zum Schluß zu gelangen, daß wir, von dem täuschenden Trugbild der Karte abgesehen, eine Ausbreitung genommen hätten, die das Wunder der Welt sei. 20 Millionen Zuwachs an Bevölkerung, während Frankreich zurückging, von allen Nationen Europas hätten wir den größten Anteil an der Entwicklung von Welthandel, Industrie und Einfluß, dazu eine Anzahl Deutscher, die der gesamten Bevölkerung aller Kolonien Großbritanniens gleich sei, außerhalb der eigenen Grenzen

lebend und dort diese Territorien entwickelnd und exploitierend — das sei die Stellung, die Deutschland heute einnehme.

Daraus ergebe sich: auf der einen Seite eine Nation, die ihre politische Herrschaft ungeheuer ausgedehnt habe und doch an politischer Kraft abnehme, auf der anderen eine immense Ausdehnung an wachsender, kräftiger Bevölkerung, die sich selbst erhalte und doch ihr politisches Dominium kaum ausgedehnt habe. Was aber Großbritannien betreffe, so gehe der größte Teil seines überseeischen Handels auf Gebiete zurück, die England weder gehören noch von ihm abhängig sind oder beherrscht werden, denn die großen Dominien seien tatsächlich selbständig. Deutschlands wahre Kolonien, die es exploitiere, ohne den Gedanken zu hegen, sich je diese Länder zu eigen zu machen, seien Brasilien, Argentinien, die Vereinigten Staaten, Indien, Australien, Kanada, Rußland, Frankreich und England, nicht dank deutscher Dreadnoughts und diplomatischer Drohungen, sondern es sei das Werk von Kaufleuten und Industriellen, die sich selbst zu helfen verstanden. Es schließen sich hieran sehr scharfe Ausfälle gegen die Politik Italiens und gegen das tripolitanische Unternehmen, die hier nicht wiederholt werden sollen, sich aber aus dem, was wir vorausgeschickt haben, leicht erraten lassen. Auch wollen wir nicht bestreiten, daß in den Ausführungen Norman Angells ein gut Teil Wahrheit steckt. Was aber seine Bemerkungen über Deutschland betrifft, so sei nur auf einen Punkt hingewiesen, auf das Interesse, das ein Volk hat, den sprachlichen und ethischen Zusammenhang mit seinen Volksgenossen aufrechtzuerhalten und den Schutzpflichten zu genügen, die sie auch in der Fremde verlangen können. Ohne Machtentfaltung ist das nicht möglich, und dabei wird es notgedrungen bleiben müssen, so lange die Natur der Menschen dieselbe bleibt, die sie seit Anbeginn gewesen ist. Der prinzipielle Unterschied der Kolonisationsarbeit Deutschlands von der aller anderen kolonisierenden Nationen ist, daß wir den Boden alter Kulturvölker achten und nicht begehren. Was wir uns in Afrika zu eigen gemacht haben und hoffentlich noch zu eigen machen werden, ist für die Zivilisation jungfräulicher Boden. Wir beneiden weder Frankreich um seine islamischen Besitzungen, noch England um Indien, noch weniger Italien um seine tripolitanischen Ansprüche. Unsere Rüstungen, um die soviel Lärm gemacht wird, aber sind notwendige Reflexe die sich aus den politischen Realitäten dieser

argen Welt ergeben, und von denen wir lassen wollen, wenn einmal diese „race infame“ ihre Natur geändert haben wird.

Über die Dinge die sich in Afghanistan vorbereiten, gehen die russischen und die englischen Nachrichten weit auseinander. Die „Nowoje Wremja“ will von der Wandlung Afghanistans in ein ungeheueres Kriegslager wissen. Der Emir habe es verstanden, alle Bergstämme, die sich bisher befehdeten, zu versöhnen und verfüge heute über ein nach vielen Tausenden zählendes, wohlbewaffnetes Heer, von dem ein Teil bereits in das persische Jezd eingedrungen sei und im Begriff stehe, durch Salar ed Dauleh in Verbindung mit Deutschland zu treten, um Russisch-Turkestan, Persien und Indien zu bedrohen. Die „Times“ bringt ganz andere aus Indien stammende Kunde. Eine Rebellion gegen den Emir Habibullah sei im Distrikt von Chost an der Grenze des unruhigen Waziristan ausgebrochen, und das sei bedenklich, da die afghanische Armee noch immer vornehmlich eine Armee auf Papier sei; trotzdem sei kein Zweifel, daß der Emir den Aufstand unterdrücken werde. England, das allerdings damit unzufrieden sei, daß er den Waffenhandel nach Indien nicht unterdrückt, habe das größte Interesse daran, daß er Sieger bleibe, denn ein schwaches Afghanistan wäre als Pufferstaat von nur geringem Wert. Die Ordnung im Lande müsse Habibullah selbst wiederherstellen, da England sich verpflichtet habe, nicht in die inneren afghanischen Angelegenheiten einzugreifen. Aber England könne nichts gleichgültig ansehen, was die Sicherheit seines Thrones gefährde. Seine Beziehungen zu Indien seien nicht immer so innige gewesen, wie sich wünschen ließ, aber seinen wesentlichen Verpflichtungen sei es immer treu geblieben. Auf internationale Intrigen habe es sich niemals eingelassen. Die Schwierigkeit liege in dem mißtrauischen Charakter einiger seiner Edelen und im erregbaren afghanischen Temperament. Der Artikel der „Times“ schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der Aufstand gegen den Emir nicht weiter um sich greifen werde. Es scheint demnach, daß die „Nowoje Wremja“, wie so häufig, falsch unterrichtet ist. Ob dasselbe von den russischen Nachrichten zu gelten hat, die das Vordringen Japans in die südliche Mongolei betreffen, ist von hier aus kaum zu kontrollieren. Russischerseits sieht man mit Besorgnis eine russisch-japanische Grenze an die Stelle der russisch-chinesischen treten.

„Dieser wichtige Prozeß — so schreibt man dem „Golos Moskwy“

aus Charbin — muß unausbleiblich dahin führen, daß Rußland in Zukunft überall im fernen Osten nicht China, sondern Japan gegenüberstehen wird. Leider gibt es keine Anzeichen dafür, daß die russische Politik mit dieser Perspektive gerechnet hat. Wir wollen damit sagen, daß kein Grund vorliegt, heute mit China viele Umstände zu machen. Unsere Nachbarn werden in Zukunft die für uns ungefährlichen westchinesischen Provinzen sein; im Osten aber werden wir nur mit Japan zu rechnen haben . . . ."

Daß sich daran ein Angriff auf Herrn Sasonow knüpft, gehört zum System der russischen Preßpolitik, die in der „Nowoje Wremja" in einen Sehnsuchtsruf nach der Rückkehr Iswolskis ausmündet. Ein anderer mit außerordentlicher Leidenschaft in Duma und Presse angegriffener Minister ist Schtscheglowitow, der Justizminister, und es ist leider zuzugeben, daß die russische Justiz sich in den letzten Jahren allerdings die bedenklichsten Mißgriffe — um nicht mehr zu sagen — hat zu schulden kommen lassen.

In England gewinnt die Agitation wegen der Malecka-Affäre und des Massakers in den Lena-Goldfeldern immer mehr an Umfang. In Sachen der Malecka wird Sir Edward Grey ein energisches Eintreten für ihre Interessen nicht umgehen können. Er hat versprochen, dem Parlament Rede und Antwort zu stehen, sobald er einen zuverlässigen Bericht aus Warschau erhalten habe. — Wir schließen mit einer Betrachtung des „Economist" über die Churchillschen Ergänzungskredite für die Flotte:

„Was immer seine Absicht gewesen sein mag, das eine ist nicht zu bezweifeln, daß Mr. Winston Churchill seine Frühstücks- und Tafelreden seit seiner unglücklichen Promotion in die Admiralität in bewunderungswerter Weise darauf angelegt hat, die Rivalität in der Flottenvermehrung zu fördern. Die Manier war vielleicht noch mehr zu beklagen als die Motive, aber glücklicherweise ist weder das deutsche noch das englische Publikum geneigt, die Rhetorik zu überschätzen, die vor ein oder zwei Jahren auf der anderen Seite in Anwendung kam. Aber Churchills Erklärung am Mittwoch, daß er in Anlaß des neuen deutschen Flottenplans Ergänzungskredite fordern würde, ist sehr ernst zu nehmen, denn es ist eine nunütze und deshalb verderbliche Bürde, die den Steuerzahlern auferlegt oder dem Tilgungsfonds entzogen wird. Je früher das englische Publikum einsieht, daß Churchill Unheil an-

richtet, deſto weniger Unheil wird er anrichten können. Seine letzte after-dinner Rede in der Fiſhmongers'-Hall trug die Form einer Anſprache an die Kolonien, die, wie wir zu glauben wagen, ihr Ziel nicht erreichen wird und den Staatsſekretär für die Kolonien in ſeinem ſchwierigen Amt nicht eben unterſtützt. Der jubelnde Chorus aus Fleet-Street wird die Sorge derjenigen ſteigern, die mit geſundem Menſchenverſtand die Lebensfragen des Landes betrachten. Wir hoffen, daß einige unſerer Finanzfürſten eine Rede ſtudieren werden, die Sir Erneſt Tritton über Krieg und Finanzen am Donnerstagvormittag im Friedenskongreß gehalten hat."

22. Mai. Tod des russischen Botschafters Baron Osten-Sacken.
Graf Tisza zum Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses gewählt.
23. Mai. Generalstreik der Transportarbeiter in London.
Deschanel zum Präsidenten der französischen Kammer gewählt.
24. Mai. Graf Berchtold in Berlin.
27. Mai. Angriffe der Berber auf Fez.

29. Mai 1912.

Parallel mit dem Erscheinen jener „englisch-deutschen Verständigungsnummer" von „Nord und Süd", die in der „Kreuz-Zeitung" (Nr. 240) bereits eingehende Würdigung gefunden hat, so daß wir in Zustimmung und Abwehr eine nochmalige Beurteilung an dieser Stelle nicht für notwendig halten und uns mit dem Ausdruck des Wunsches begnügen können, daß die positiven Argumente für eine deutsch-englische Verständigung sich als die durchschlagenden erweisen — parallel mit dieser Aktion geht eine andere, die bemüht ist, für den Gedanken einer französisch-englischen Allianz Propaganda zu machen.

Die Anregung dazu ging in einer Serie von drei Artikeln von der „Morning Post" aus und ist zustimmend von drei anderen unionistischen Organen: „Daily Graphic", „Observer" und „Spectator" aufgenommen. In Frankreich ist diese englische Initiative mit um so größerem Beifall aufgenommen worden, als die Stimmen der Staatsmänner, die sich in „Nord und Süd" für eine Verständigung mit Deutschland ausgesprochen hatten, entschiedenes Mißbehagen erregt hatten. Auch hat man sie so weit möglich dem französischen Publikum, das nicht deutsche oder englische Blätter liest, vorenthalten und mit wenigen Worten abgetan. Um so eifriger wird die neue, den entgegengesetzten Standpunkt vertretende Kundgebung verbreitet und kommentiert. Da die „Morning Post" zugleich verspricht, daß England „sein militärisches System in Einklang mit den Forderungen stellen werde, die von der Kriegskunst des 20. Jahrhunderts verlangt werden", d. h. die allgemeine

Wehrpflicht einführen wolle, bricht der „Temps“ in den Jubelruf aus, daß alle Aussicht vorhanden sei, Zeuge eines großen historischen Ereignisses zu werden. Hat doch Herr Tardieu schon 1908 verlangt, daß England seine Armee nach kontinentalen Mustern zu reformieren habe, wie denn in den Spalten des „Temps“ mindestens alle acht Tage einmal zu lesen ist, daß die Redakteure des ausgezeichneten Blattes alles vorausgesehen, vor allen Fehlern, die begangen wurden, gewarnt und zu allem Guten, das geschah, geraten haben. In dieser Hinsicht kann nur die „Nowoje Wremja“ mit dem „Temps“ konkurrieren.

Die „Débats“ begnügen sich mit Abdruck der Ausführungen des „Observer“, ohne weiter einen Kommentar daran zu knüpfen, der „Figaro“ schweigt, währen die royalistische „Action française“ und der radikale „Rappel“ mutatis mutandis sich auf den Boden des „Temps“ stellen, was nicht eben ein Kompliment für das leitende diplomatische Organ Frankreichs ist. Dagegen hat der „Matin“ zur Vorsicht gemahnt und darauf hingewiesen, daß „Morning Post“ und Gefolge nicht als Ausdruck der öffentlichen Meinung Englands gelten können und daß namentlich die Frage der allgemeinen Wehrpflicht nichts weniger als populär ist. Endlich begnügt sich der „Eclair“ mit Wiedergabe der telegraphischen Berichte, die ihm sein Londoner Korrespondent über die Ausführungen von „Morning Post“, „Daily Graphic“ und „Observer“ zuschickt. Nachträglich sehen wir, daß der Londoner Korrespondent des „Temps“, in der letzten Nummer des Blattes, die Aussichten dieser Allianz nichts weniger als optimistisch beurteilt.

Von weit größere Wichtigkeit ist die Stellungnahme der großen englischen Blätter, von denen zwei, „Daily Chronicle“ und „Times“, hervorgehoben zu werden verdienen. Die „Times“ geht von dem Besuch aus, den Mr. Asquith und Mr. Churchill nach ihrer Konferenz mit Lord Kitchener in Malta, in Biserta abgestattet haben, und führt die oben aufgeführten Allianzartikel der englischen Presse darauf zurück. Man könne diese Diskussion nicht gerade als opportun bezeichnen, auch sei zu beachten, daß England in Verhandlungen mit Spanien wegen der bekannten territorialen Differenzen in Marokko stehe und daß die Frage der künftigen Stellung Spaniens noch immer nicht entschieden sei. Diese Frage aber berühre vitale Interessen Englands und Spaniens, da die gesamte marokkanische Politik Englands darauf zurückzuführen sei, daß die Küste Marokkos am Mittelmeer wie am Atlantischen Ozean

in der Kontrolle Spaniens bleibe und daß Tanger internationalisiert werde. Es sei bedenklich, diese Basis durch ungelegene Diskussionen über künftige Formen der anglo-französischen Beziehungen zu komplizieren. Auch seien diese Beziehungen nicht so klar, daß sie als Fundament für die Entwicklung der „Entente" zu einer „Alliance" dienen könnten. Unmöglich könne England, wie einige französische Blätter vorgeschlagen hatten, die Verteidigung von Ägypten, Malta, der Straße nach Indien und der englischen Interessen im nahen Orient allein der französischen Flotte übertragen. Das gebe eine solche Summe von Interessen, daß sich darüber nicht durch Spekulationen über die künftige Basis französisch-englischer Beziehungen verfügen lasse. Was aber die strategischen Fragen über die Stellung beider Mächte in einem künftigen Kriege betreffe, so gehörten sie in das Gebiet militärischer Autoritäten, und es werde die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland nicht bessern, wenn die Frage, welche Unterstützung von englischen Truppen zu erwarten sei, die noch nicht existieren, zur Diskussion gestellt werde. Dazu werde immer noch Zeit sein, wenn England sich tatsächlich dem kontinentalen Wehrsystem angeschlossen habe. Dieser Gedanke wird dann weiter ausgeführt, und der Artikel schließt mit den folgenden Sätzen:

Endlich, der Gedanke, daß eine formelle Allianz die Luft reinigen und uns alle instand setzen würde, zu übersehen, in welcher Stärke wir ins Feld rücken können, ist trügerisch. Es ist notorisch, daß im gegenwärtigen Augenblick niemand in Frankreich eine Vorstellung davon hat, welche Machtmittel Rußland an der Ostgrenze Deutschlands für den Fall eines deutsch-französischen Krieges aufbieten kann, und doch ist Rußland der formelle Verbündete Frankreichs. Es ist unmöglich, England im Ernst vorzuschlagen, daß es die Pflichten auf sich nimmt, die Rußland, wie es scheint, nicht unter allen Umständen zu erfüllen fähig ist.

„Daily Chronicle" aber faßt nach einigen scharfen Bemerkungen gegen „Morning Post", „Spectator" und den nervösen „Observer" seine Ansichten dahin zusammen, daß ein Allianztraktat von jedem Gesichtspunkte aus ein Schnitzer (blunder) wäre. Weder England noch Frankreich würden dadurch an Stärke gewinnen, wohl aber beide in ihrer Politik behindert und zu neuen ruinierenden Rüstungen genötigt werden. England brauche keine allgemeine Wehrpflicht.

Schild zur Verteidigung und Waffe zum Angriff sei die Flotte. Seien die Interessen Europas England niemals gleichgültig, so lägen die wesentlichen Interessen doch in den ungeheuren überseeischen Dominien und in den Territorien, die durch englisches Gesetz und englische Gerechtigkeit beherrscht würden. Sie seien durch Ozeane vom Mutterlande getrennt, aber die See sei die Heerstraße Englands. Die kopflosen Vorschläge zu einer Allianz mit Frankreich seien besonders verunglückt, da gerade jetzt gute Aussicht auf eine wesentliche Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen vorhanden sei. Im vorigen Jahre habe England in der marokkanischen Frage nicht aus Feindschaft gegen Deutschland gehandelt, sondern aus Loyalität, um die Frankreich gegenüber eingegangenen Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen. Jetzt, da die marokkanische Frage aufgehört habe, ein Objekt internationaler Friktionen zu sein, sei die Bahn frei, um die deutsch-englischen Beziehungen zu alter Herzlichkeit zurückzuführen (for the restoration of Anglo-German relations to their old footing of cordiality) . . .

Die beiden hier wiedergegebenen englischen Stimmen, die zwei verschiedenen Parteilagern entstammen, dürften sich ziemlich genau mit den Ansichten der englischen Regierung decken, die gewiß nicht daran denkt, sich durch Übernahme sehr weitgehender, tief in die innere Politik des Landes eingreifender Verpflichtungen in eine faktische Abhängigkeit von Frankreich zu setzen. Die Politik unserer Nachbarn ist heute unbrechenbarer als je, und die explosive Natur ihres Temperaments würde für den Fall eines englisch-französischen Bündnisses aller Wahrscheinlichkeit nach früher zum Ausbruch eines Krieges führen, als heute glaubhaft erscheint. Das müßten Männer, die wie die Redakteure des „Temps" ihr Volk kennen, sich selber sagen, und wir gehen wohl nicht irre, wenn wir ihnen diese Einsicht tatsächlich zuschreiben. Die Konsequenz, die sich daraus ergibt, liegt auf der Hand. Die Betrachtungen, die das Blatt heute über die Stellung der Seemächte im Mittelmeer veröffentlicht, um nachzuweisen, daß zurzeit Frankreich noch stärker sei als Italien und Österreich, sind daher wohl in den Wind geschrieben. Auch kommt uns das Rechenexempel, das die Frage der Leistungsfähigkeit der beiderseitigen Flotten nach dem Kilogrammgewicht der Geschosse abschätzt, recht mechanisch vor; die Fähigkeit der Führer, der Geist der Mannschaften und des Offizierkorps sind, wo nicht überwältigende Überlegenheit entscheidet, stets die Faktoren gewesen, die den

Ausschlag gaben, und dabei, so meinen wir, wird es auch in Zukunft bleiben. Aber nach Kilo und Gramm lassen sich diese Imponderabilien nicht berechnen. Die Imponderabilien, die heut ein Marokko mitspielen, sind erstaunlicherweise von den Franzosen nicht vorausgesehen worden, und die mangelhaften Vorbereitungen die sie getroffen haben, um sich die heißersehnte Stellung auch tatsächlich zu sichern, die ihnen freigegeben worden ist haben zu schweren Verlusten geführt, die eine umsichtige Politik vermieden hätte. Heute steht fast das ganze Land in Flammen, der Sultan läßt sich nicht bewegen, die schmähliche Rolle weiter zu spielen, zu der er sich, entnervt und entmutigt, verstanden hatte, und kein Anzeichen spricht dafür, daß die jetzt aus Frankreich hinübergeschickten Verstärkungen genügen werden, um Marokko zu beruhigen. Die Wespen schwärmen aus, und es darf nicht vergessen werden, daß es sich um ein Volk von 7 Millionen Köpfen handelt, in welchem jeder Mann zugleich ein Krieger ist[1]). Nun hatte man sich in Frankreich mit der Hoffnung getragen, daß Algerien, das seit bald drei Menschenaltern in französischen Händen ist, durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht nur zur Niederhaltung der Marokkaner, sondern auch für einen europäischen Krieg ein kostbares Material liefern werde. So wurde, ohne daß das französische Parlament befragt worden wäre, durch Dekret des Kriegsministers vom 3. Februar 1912 nach französischem Muster der obligatorische Kriegsdienst in Algier eingeführt. Aber gleich die ersten Aushebungen haben zu Unruhen in Tlemsen, Oran und in andern Städten geführt, was, wie die „Débats" ausführen, um so bedenklicher sei, als von allen Seiten in Französisch-Nordafrika Elemente des Aufruhrs sich regen.

„Die Kanonen von Tripolis versetzen unsere Tunesier in Fieber, und die Nachrichten aus Fez werden mit beunruhigender Aufmerksamkeit von unsern Muselmännern in Algier verfolgt."

Nichts sei unglücklicherweise ungewisser, als Truppen aus Algier nach Frankreich zu schicken, wenn eine Mobilisierung nötig werde, viel-

[1]) Die bei der Korrektur dieser Zeilen eingetroffenen Alarmnachrichten aus Fez werden sich, wie man noch hoffen darf, nicht bestätigen. Wenn sie sich bewahrheiten sollten, bleibt Frankreich nichts übig, als entweder einen großen Krieg auf sich zu nehmen, oder sich aus Marokko zurückzuziehen. Beides aber würde von verhängnisvoller Bedeutung auch für die Wendung der inneren Verhältnisse Frankreichs werden können.

mehr würden die ausgehobenen indigenen Truppen zu einer Verlegenheit und zu einer Gefahr werden.

Das ist gewiß richtig, und die Lage wäre, wie Waverley sarkastisch bemerkt, noch weit schlimmer, „si les jeunes Turcs, qui sont de vieux Juifs“ sich entschließen sollten, den Jehad, den heiligen Krieg zu proklamieren. Wir hoffen, daß es zu diesem Äußersten nicht kommen wird, und glauben, daß es ein Verdienst der deutschen Diplomatie ist, daß es nicht dazu kam. Der Jehad, vom Sultan ausgerufen, ist ein zweischneidiges Schwert, das auch den verletzt, der es braucht und, weil es einen Vernichtungskampf proklamiert, auch in einen Vernichtungskampf ausmünden muß. Der unglückliche italienisch-türkische Krieg dauert ohnehin schon zu lange, und die Aussicht, daß eine internationale Konferenz den Frieden bringen könnte, ist nach wie vor außerordentlich gering. Die Nachricht von einer bevorstehenden Konferenz, die zuerst in einem russischen Blatt auftauchte ist danach von Petersburg wie von London aus auf das entschiedenste dementiert worden. Die Besetzung der ägäischen Inseln bedeutet aber kein Zwangsmittel gegen die Türkei, vielmehr ist zu befürchten, daß die angedrohte oder gefürchtete Besetzung von Chios, Mytilene und Lemnos die Pforte aufs neue veranlaßt, die Dardanellen zu schließen, Nebenher wuchert in diesem Kriege das giftige Kraut der politischen Verdächtigungen. So läßt sich der „Temps“ aus Athen melden, daß die Pforte durch Nachrichten beunruhigt sei, denen zufolge Deutschland in Übereinstimmung mit Österreich die Initiative ergreifen werde, um die Abtretung der ägäischen Inseln an Griechenland unter der Bedingung zu veranlassen, daß eine Insel an Deutschland für Anlage einer Kohlenstation abgetreten werde und daß Griechenland auf die türkischen Territorien jenseits des Luros am Golf von Arta verzichte, lauter Dinge, die keinerlei tatsächlichen Untergrund haben.

Für ebenso falsch möchten wir eine Nachricht der „Tribuna“ halten, derzufolge Rußland für seine durch Schließung der Dardanellen geschädigten Kaufleute als erste Rate eine Summe von zwei Millionen Franken gefordert hätte. Es wäre eine schreiende Ungerechtigkeit, die Türkei dafür verantwortlich zu machen, daß die durch die Verhältnisse notwendig gewordene Sperrung der Dardanellen die unvermeidlichen Folgen nach sich zieht, die sich daraus ergeben. Genau mit demselben Recht könnte die Entschädigung von Italien gefordert

werden, wo dann die gleiche ablehnende Antwort mit Fug und Recht erfolgen würde. In Albanien scheint eine Wendung zum Besseren eingetreten zu sein, dagegen hat die letzte Woche wieder Nachricht von Missetaten bulgarischer Banden in Mazedonien gebracht. Zurzeit ist die Sorge wegen der Haltung der Balkankönigreiche jedoch geringer als noch vor acht Tagen.

In Persien hat Salar ed Dauleh eine völlige Niederlage erlitten, so daß die Regierung wieder aufatmen kann. Aber man fragt sich auf wie lange, da eine Ministerkrisis in Sicht ist und im Kreise von Urmia Kämpfe mit Kurden stattfinden, deren Tragweite sich nicht übersehen läßt. Auch will der Regent jetzt nach Europa reisen, und die Autorität, die er besaß, läßt sich auf die schwache Regierung nicht übertragen. Dagegen scheint nach einer Petersburger Nachricht des „Bureau Reuter" die Nachricht von der Niederlage Salars übertrieben zu sein. Er hat von Hannekin aus dem Regenten telegraphiert, daß er bereit sei, die Feindseligkeiten einzustellen und an einer Konferenz teilzunehmen, die über die unheilvolle Lage Persiens unter Teilnahme von Vertretern der Armee, des Hofes, der Ulemas und der Stammeshäuptlinge stattfinden solle. Lehne man seinen Vorschlag ab, so werde er mit 150 000 Mann den Krieg wieder aufnehmen. Zugleich bittet er die europäischen Nationen, die Regierung in Teheran weise zu beraten, damit sie ihre utopische Politik aufgebe. Auch wünscht er, daß sein Vorschlag allen Parlamenten der Welt mitgeteilt werde.

Sehr bedenklich ist der Umfang, den der Ausstand der Transportarbeiter (docker) in London angenommen hat. Man schätzt die Zahl der Ausständigen auf 125 000 Mann, und die Gefahr ist sehr groß, daß der Streik sich auch auf die Arbeiter der andern Hafenplätze ausdehnt und England wieder der Gefahr einer schweren Teuerung ausgesetzt wird. Auch wird ernstlich befürchtet, daß schließlich ein Generalstreik die gesamte Arbeiterwelt Englands zusammenfaßt. Der Führer der Transportarbeiter, Mr. Gosling, ist jedenfalls bemüht, dem Streik einen prinzipiellen Charakter zu geben und ihn zu einer Machtfrage zuzuspitzen. Der Ursprung des Konflikts geht, wie er erklärt, auf die Hartnäckigkeit der Arbeitgeber zurück, welche die zum Syndikat gehörenden Arbeiter zwingen wollen, mit nicht-syndizierten zu arbeiten.

„Wir weigern uns, mit nicht-syndizierten zur arbeiten, und man wird uns nur durch Hunger dazu zwingen können. Nötigt uns der

Hunger, die Arbeit wieder aufzunehmen, so wird es nicht auf lange sein. Sobald wir wieder bei Kräften sind, werden wir wieder die Arbeit niederlegen, um unser Prinzip durchzusetzen."

Daß dieses Prinzip in schnöder Weise die Willensfreiheit derer beschränkt, die arbeiten wollen, und wenn es sich durchsetzt, den Staat der Tyrannei ehrgeiziger Arbeiterführer ausliefert, liegt so klar auf der Hand, daß es uns völlig unverständlich ist, daß die englische Regierung nicht durch Verhaftung der Aufwiegler dem unleidlichen Unwesen ein Ende macht. Die Frage wird einmal ausgefochten werden müssen, sonst droht schließlich alles staatliche Leben in Abhängigkeit von Elementen zu geraten, welche die Tragweite ihrer Handlungen zu übersehen nicht fähig sind oder, falls ihre Führer weiter blicken sollten, Werkzeuge von anarchistischen Köpfen sind, deren letztes Ziel, wenn es je erreicht werden sollte, an die Stelle des Staates die Anarchie oder die Tyrannei und Utopie sozialdemokratischer Institutionen setzt.

Die Wahl von Paul Deschanel zum Präsidenten der französischen Kammer bedeutet eine Niederlage der radikalen Sozialisten Combesscher Färbung und bietet die Aussicht zu einer Wahlreform, welche die Alleinherrschaft dieser Fanatiker beseitigen wird. Es wird jetzt darauf ankommen, wie die wieder zusammengetretene Kammer arbeitet und ob das Ministerium Poincaré sich behaupten kann. Es werden ihm neuerdings ungünstige Horoskope gestellt. Der „Eclair" meint sogar, dieses Ministerium, in das Poincaré alle seine möglichen Konkurrenten aufgenommen habe, sei die letzte Karte, welche die Republik auszuspielen habe. Aber was sollte dann an die Stelle treten? Das Königtum hat keinen Boden, das Imperium keinen ernst zu nehmenden Kandidaten, der ehrgeizige General, der ein neues Regiment begründen könnte, aber ist bisher noch nicht hervorgetreten. Vielleicht kennt man ihn in den Kreisen der „France militaire".

31. Mai. Einführung des achtstündigen Maximalarbeitstages für Staatsarbeiter in den Ver. Staaten.
1. Juni. Vertagung der griechischen Deputiertenkammer.
2. Juni. Ferdinand von Bulgarien in Schönbrunn.
4. Juni. Ankunft des deutschen Geschwaders in Hampton Roads.
Tumulte im ungarischen Abgeordnetenhause.
5. Juni. Demission des portugiesischen Ministeriums.

5. Juni 1912.

Die bereits vor acht Tagen an dieser Stelle beachtete englische Bewegung, die jüngste entente cordiale in eine Allianz umzuwandeln, fährt fort, in England wie in Frankreich die Presse zu beschäftigen. Es sind zwei Parteien, die einander gegenüberstehen. Ihre Schlagworte lassen sich dahin zusammenfassen, daß die Einen Abschluß einer Allianz mit Frankreich wünschen, um damit der gefürchteten deutsch-englischen Verständigung vorzubauen, während die andere Partei die 1904 Frankreich gegebenen Zusicherungen für erfüllt ansieht, und England von weiteren Verbindlichkeiten Frankreich gegenüber befreit wissen möchte, namentlich so weit es sich um die möglichen Folgen handelt, die sich aus der Stellung Frankreichs in Marokko ergeben müssen. Die Frage kam auch im Hause der Lords zur Sprache, wo Lord Crewe im Namen der Regierung die Erklärung abgab, daß England in keinem Allianzverhältnis zu einer Großmacht des europäischen Kontinents stehe, und ebenso keine verbindlichen (entangling) militärischen Allianzen habe. Wohl aber habe England eine freundschaftliche Verständigung intimen Charakters, deren mögliche Tragweite bei denkbaren europäischen Verwickelungen sich jedermann, der die Weltpolitik verfolge, wohl vorstellen könne.

Der „Temps" zieht aus der englischen Preßpolemik, die sich an diese Betrachtung geknüpft hat, aufatmend den Schluß, daß alle Parteien in England sich darüber klar sind, daß das vitale Interesse des Landes verlange, um jeden Preis zu verhindern, daß Frankreich von Deutschland zermalmt werde (d'être écrasé par l'Allemagne). Es ist derselbe

Wechsel von Ruhmredigkeit und Mangel an Selbstvertrauen, den wir schon lange beobachten und der schließlich stets in einen Augenaufschlag nach der englischen und der russischen Seite auszumünden pflegt.

„Würden wir besiegt — so deklamiert der „Temps" weiter —, so wäre die Hegemonie Deutschlands in Europa begründet, das Gleichgewicht wäre zerstört, und nichts würde unsere Nachbarn verhindern, ihre Flotte so zu vergrößern daß sie zur See dieselbe Übermacht hätten wie zu Lande."

Man kann, sobald man sich in die Seele eines patriotischen Franzosen hineindenkt, nur erröten zu diesem Bekenntnis *schlottern*-*der Angst*. Wer denkt denn daran, Frankreich zu zermalmen, wenn nicht das Gespenst des eigenen bösen Gewissens, das eine fühlbare Folge all der Hetzereien erwartet, die seit Jahr und Tag gegen Deutschland laut geworden sind! So weit mit den Faktoren der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden kann, wird ein deutsch-französischer Krieg stets auf eine französische Initiative zurückzuführen sein, und fast mit voller Bestimmtheit läßt sich behaupten, daß eine französisch-englische Allianz diese französische Initiative bringen würde. Ein Artikel, den E. D. *Morel* in den „Daily News and Leader" veröffentlicht, der jetzt durch die gesamte englische Presse geht, verlangt nähere Aufklärungen über die laut Erklärung Lord Crewes noch fortbestehenden „weiteren Verbindlichkeiten", an denen England Frankreich gegenüber festzuhalten genötigt sei, und in Besprechung der Morelschen Gedanken kommt der „Star" vom 31. Mai zu folgenden Schlüssen: Morel tue gut, den im Fundament unenglischen Charakter der antideutschen Kampagne darzulegen. Er zeige warnend, daß Haß und Furcht vor der bevorstehenden englisch-deutschen Verständigung, ihr Motiv ist .... Diese Verschwörung müsse vernichtet werden, denn lasse man sie an Kraft wachsen, so münde sie in ein *Desaster* aus. Die nächste Folge für England würde die Konskription sein. Jetzt, da Frankreich seine Truppen in Marokko, Algier und Tunis brauche und der russischen Hilfe kein Vertrauen entgegenbringe, hätten die französischen Chauvinisten keinen heißeren Wunsch, als mit England eine Offensiv- und Defensiv*allianz gegen Deutschland* abzuschließen.

Die vorausgegangenen Ausführungen des „Spektator" klingen fast wie eine Paraphrase des oben erwähnten „Temps"-Artikels und kommen naturgemäß auch zu gleichem Schluß, während der „Manchester

Guardian" sich völlig auf den Boden der Morelschen Ausführungen stellt. Die ganze Angelegenheit würde noch verwickelter durch den Churchillschen Plan, die britische Flotte aus dem Mittelmeer zu ziehen und in Gibraltar zu konzentrieren, was offenbar nur als provisorische Maßregel gedacht war, bis die Ergänzungskredite für die englische Marine die Begründung einer neuen Mittelmeerflotte möglich machen sollten. Bis dahin wäre im Mittelmeer der Schutz der englischen Interessen Frankreich zu überlassen, dessen altes Ideal, aus dem Mittelmeer eine lateinische See zu machen, damit wenigstens zeitweilig Wirklichkeit gewonnen hätte. Diesen Fiktionen hat das offizielle diplomatische Organ des Kabinetts, die „Westminster Gazette", die schon am 28. Mai mit großer Entschiedenheit all diesen Konjekturen entgegentrat, die Spitze abgebrochen: Man hätte, schreibt sie, keinen ungelegeneren Augenblick wählen können, um von einer französischen Allianz zu reden, als den jetzigen; weder Mr. Asquith noch Winston Churchill dächten daran, militärische Verpflichtungen zu übernehmen, noch seien sie nach Malta gegangen, um das Mittelmeer zu räumen und britische Interessen einer anderen Macht zu übertragen.

„Die Mittelmeerfrage, heißt es zum Schluß wörtlich, hat schwierige Punkte; so lange wir aber in guten Beziehungen zu Frankreich bleiben, sind sie nicht akut, und der italienisch-türkische Krieg hat sie nicht ernstlich kompliziert. Hier wie auf anderen Gebieten unserer Politik wäre die Lage merklich erleichtert durch eine Détente mit Deutschland, und wir haben uns vor den Unheilstiftern zu hüten, die in der Mittelmeerfrage eine Gelegenheit sehen, die Bemühungen zum Scheitern zu bringen, die eine bessere Beziehung zu Deutschland zum Ziel nehmen."

Uns ist bei Erörterung dieser Fragen in der englischen und französischen Presse auch die Befürchtung entgegengetreten, es könne zwischen Deutschland und Frankreich auch nach dem Abkommen vom 4. November 1911 zu Schwierigkeiten über Marokko kommen. Wir halten das für ganz ausgeschlossen, so lange Frankreich die Verpflichtungen loyal einhält, die es auf sich genommen hat. An dieser Loyalität zu zweifeln, haben wir keine Veranlassung, wenn auch, wie an dieser Stelle oft hervorgehoben wurde, uns die gesamte Marokkopolitik Frankreichs im Prinzip falsch zu sein scheint. Auf diesem Boden sind zeitweilige, nicht dauernde Erfolge zu erringen. Wenn erst die Verstärkungen für Lyautay eingetroffen sind, läßt sich voraussehen,

daß die Straße von Fez nach Tanger wieder frei wird. Da Mulai Hafid erklärt hat, daß er drei Monate lang von seiner Absicht, abzudanken, nicht mehr reden wolle, wird damit wohl der Termin angedeutet, bis zu welchem Lyautay diese Aufgabe gelöst zu haben hofft; das übrige Land aber wird erobert werden müssen. Man rechnet dabei auf die Zwietracht der Stämme und Stammeshäuptlinge, und das mag die Aufgabe erleichtern. Daß sie zu einer Versöhnung oder gar zu einer Verschmelzung der Rassen führt, halten wir für ausgeschlossen. Unendlich viel hängt von der Natur des Generalresidenten ab, dessen früheres Verhalten das Vertrauen berechtigt erscheinen läßt, das ihm die Regierung entgegenbringt.

Neben diesen äußeren Sorgen und Verlegenheiten beschäftigt sich die öffentliche Meinung des Landes mit der Frage der Wahlreform, in welcher die Regierung sich verpflichtet hat, ein Vertrauensvotum beider Kammern zu provozieren, wodurch eine Entscheidung herbeigeführt werden muß. Siegt die Regierung, so ist damit die Niederlage der Radikalsozialisten entschieden und das bedeutet zweifellos eine Wandlung in der gesamten inneren Politik Frankreichs zum Besseren. Es ist nur zu bedauern, daß keine Aussicht ist, daß dabei der Chauvinismus abnimmt, er wird von Generation zu Generation gepflegt, und die Parteien rivalisieren, wie die erneute unpassende Agitation über Elsaß-Lothringen zeigt, in der Zucht der Zukunftsrevanche. Das geht mit anderen sozialen Krankheiten parallel und muß wie diese in mehr oder minder gefährliche Krisen ausmünden. Zurzeit verfolgt man in Rußland mit Sorgen die Tatsache, daß Paris, wie gegen Deutschland die Revanche, gegen Rußland die Revolution züchtet. Der Pariser Korrespondent der „Nowoje Wremja" hat darüber ganz kürzlich frische und authentische Nachrichten gebracht. In Paris erscheint als Organ der dortigen russischen Revolutionäre die „Arbeitsfahne", die bei Erörterung der Frage, weshalb die von den Arbeitern eingeleitete Revolution des Jahres 1905 so schnell und verhältnismäßig so leicht niedergeworfen worden sei, und was man zu tun habe, um in Zukunft günstigere Resultate zu erlangen, zu sehr interessanten Resultaten kommt. Die Sozialrevolutionäre finden, daß ihre Taktik bisher eine falsche gewesen sei. Ein halbes Jahrhundert habe Rußland gebraucht, die Revolution vorzubereiten, und als sie endlich kam, zeigte man der Welt das einzigartige Beispiel eines Revolutionsversuches „mit auf der Brust

verschränkten Armen". Es gab Meetings, kühne Reden, auch eine Reihe von Forderungen wurde der Regierung gestellt, aber zu einer wirklichen Revolution sei es nicht gekommen. Es ist kein einziger Versuch gemacht worden, eine Regierung zu begründen und sich der Gewalt zu bemächtigen; man vergaß, daß die Regierung sich nicht freiwillig ergeben werde, und die Regierung sah ein, daß die Revolutionäre nicht so schrecklich waren wie ihre Programme, die sie mit bewaffneter Hand zu behaupten nicht vermochten, und schlug sie zu Boden.

In diesen Kreisen, schreibt der Gewährsmann der „Nowoje Wremja", sei man überzeugt, daß die zweite Revolution unweigerlich folgen werde, und berate den Feldzugsplan. Da 1905 nicht nur die Masse des Volkes, sondern auch die gesamte revolutionäre Organisation für eine Gesamterhebung mit den Waffen unvorbereitet war, sei jetzt nach anderen Methoden vorzugehen. Und zwar müsse ohne Zeitverlust dazu geschritten werden, einen bewaffneten Aufstand des ganzen Volkes praktisch vorzubereiten. Zu diesem Zwecke hätten vor allem die Revolutionäre selbst, und zwar in möglichst großer Zahl, sich militärische Kenntnisse zu erwerben. Spezialschulen zur militärischen Ausbildung von Soldaten und Offizieren (wo?) für die Revolution seien zu begründen, die sozusagen den Kern für eine Kriegspartei zu schaffen hätten. Diejenigen welche diese Schulen durchgemacht haben, sollen danach auf russischem Boden die militärischen Kaders organisieren. Aufgabe der Kaders werde es sein, alles, was die Waffen tragen kann, und überhaupt alle, auf die für die Revolution gerechnet werden kann, so weit militärisch auszubilden, als für jeden Soldaten erforderlich ist. Sie sollen für allmähliche Bereitschaft von Waffen, Munition und andere Kriegsmittel Sorge tragen, sich genau über Standorte und Stärke der Truppen wie der Polizei unterrichten, die Quartiere der Zivil- und Militärautoritäten, die Waffendepots der Regierung wie die Waffenmagazine von Privatpersonen usw. kennen und auf Grund dieser Kenntnisse rechtzeitig einen möglichst genauen und detaillierten Kriegsplan für das in Frage kommende Gebiet ausarbeiten, ganz wie Polizei und Militärautoritäten es tun, wenn sie „Unruhen" unterdrücken. Jedes Mitglied müsse vorher wissen, was es zu tun und welchem Genossen es sich unterzuordnen habe. Endlich sei es Aufgabe des Kaders, die Initiative zum Aufstande zu ergreifen, und wenn der Aufstand begonnen habe, ihn in dem betreffenden Gebiet zu leiten, einen revolutionären Generalstab

zur allgemeinen Leitung der Revolution aus ihrer Mitte zu wählen und Offiziere an die Spitze der aufständischen Volksmassen zu stellen, damit Kampfeseinheiten gebildet und richtig geleitet werden. Endlich ist eine eifrige Propaganda auf die Armee zu verwenden.

Das alles klingt im Grunde recht kindisch und erinnert an die Pläne, mit denen die polnischen Emigranten in Paris sich in den 30er und 40er Jahren und vor der Revolution des Jahres 1863 getragen haben. Sie haben nur sich selbst und ihren Landsleuten Unglück gebracht. Die Unterstützung, welche die revolutionäre und anarchistische Emigration Rußlands heute in den entsprechenden Kreisen Frankreichs findet, kann auch nur Unheil stiften, ohne Positives zu schaffen. Aber es läßt sich nicht verkennen, daß die inneren Verhältnisse in Rußland ihr den Boden bereitet haben. Der kraftvolle Versuch Stolypins, einerseits mit den revolutionären Elementen, andererseits mit der Korruption aufzuräumen, ist, wie sein Ausgang, die ungeheure Zahl der schimpflichen Defraudationsprozesse, die lange Reihe erregter Arbeiterdemonstrationen, das Versagen der Justiz und andere gleich bedenkliche Erfahrungen gezeigt haben, als gescheitert zu betrachten. Die nationalistische Bewegung ist Selbstzweck geworden und steht in fester Verbrüderung zu reaktionären Elementen, die kaum noch aus ihrer Abneigung gegen die Oktoberverfassung ein Hehl machen. Daß die Oktobristen sich zu dieser Bundesgenossenschaft bereit gefunden haben, ist der ungeheure Fehler der Partei, und der Vorteil dieser Verleugnung ihrer ursprünglichen Ideale dürfte nur den ihrer Stunde harrenden revolutionären Elementen zugute kommen. In Rußland glaubt man zu wissen, daß sie von den reichen amerikanischen Juden unterstützt werden, und das scheint richtig zu sein. Im Auslande aber gewinnt die Vorstellung an Boden, daß die russische Politik darauf ausgeht, diese Verlegenheiten und Schwierigkeiten nach außen hin abzulenken. Die ostentative Verbrüderung der Serben und Bulgaren, wie sie noch bei dem letzten Belgrader Kongreß, der unter der Fahne einer ökonomischen Annäherung beider Balkanstaaten tagte, erregt Mißtrauen und ebenso das Vorgehen Rußlands in der Mongolei und in Ili, sowie die Finanzpolitik, die Rußland in der Frage der chinesischen Anleihe verfolgt. Wir sehen heute von dieser letzteren Frage ab, um einen Augenblick bei der mit der russischen Eisenbahnpolitik in Zusammenhang stehenden mongolischen Frage zu verweilen.

In den „Grenzboten" veröffentlicht Dr. Kleinow eine interessante Studie, die unter dem Titel: „China, Rußland und Europa" die Frage einer Eisenbahnverbindung zwischen Moskau und Peking vom wirtschaftlichen wie vom politischen Gesichtspunkte aus behandelt und zum Schluß gelangt, daß das Unternehmen nicht nur wirtschaftlich wohl ausführbar sei und der gesamten Welt große und fruchtbare Aussichten eröffne, sondern auch die bekanntlich jetzt sehr gespannten russisch-chinesischen Beziehungen sehr erheblich entlasten würde. Er denkt dabei namentlich daran, daß China nicht mehr wie bisher seine Auswanderung in die Mandschurei und darüber hinaus in die sibirischen und Amurbesitzungen Rußlands lenken, sondern zur Besiedlung die von der Bahn Moskau-Peking durchschnittenen Gebiete, das ist die Mongolei und ihre westlichen Ausläufer, benutzen würde. Wir würden dem Verfasser zustimmen, wenn wir nicht einen durchschlagenden Einwand dagegen zu erheben hätten. Eines der wesentlichsten Ziele der heutigen russischen Politik ist, gerade diese Gebiete der chinesischen Einwanderung und Kolonisation zu verschließen und aus ihnen einen den Chinesen verschlossenen, in russischer Abhängigkeit stehenden Pufferstaat zu machen. Es liegt auf der Hand, daß damit der Gedanke eines Zusammenwirkens der russischen Regierung mit den Chinesen, zur Durchführung des uns so verführerisch geschilderten Planes, in sich zusammenbricht, und daß andere Wahrscheinlichkeiten an die Stelle treten, die uns im Interesse der beiden großen asiatischen Nachbarstaaten keineswegs zu liegen scheinen und auf deren Erörterung wir verzichten.

Wie man in Rußland über diese Dinge denkt, illustriert ein Artikel des „Golos Moskwy" vom 1. Juni, in dem es u. a. wörtlich heißt:

„Im Prinzip muß die Frage der mongolischen Eisenbahn entschieden werden, solange die chinesische Regierung unfähig ist, eine Eroberungspolitik gegen die Mongolei zu beginnen. Versäumt man diese Zeit, so kann die Eisenbahnfrage zum Apfel der Zwietracht zwischen Rußland und China werden. Bekanntlich gibt es aber bereits genug Reibungsflächen zwischen ihnen."

Dazu kommt die wenig durchsichtige Politik Japans gegenüber China wie gegenüber Rußland. Ein Pekinger Telegramm des „New York Herald" bestätigt, daß Japan dem Konsortium der Mächte in betreff der chinesischen Anleihe beigetreten ist, und bemerkt dazu:

„Man sieht darin bei uns ein Ereignis, das in der Politik des fernen

Ostens Epoche machen muß, und glaubt darin einen Abfall Japans von Rußland zu erkennen.

Wir haben auf Symptome dieser werdenden Gegensätze mehrfach hingewiesen und finden sie wieder in einem Telegramm der „Nowoje Wremja" aus Tokio, das die folgende lakonische Nachricht bringt:

„Drei russische Kreuzer sind in das Meer von Ochotsk abgeschickt worden, um den Protest der russischen Autoritäten gegen Mißbräuche japanischer Händler zu unterstützen."

Endlich läßt sich die Haltung Rußlands in der Frage der Vermittlung zwischen Italien und der Türkei schwer verstehen. Es ist eine Reihe von Anläufen gemacht worden, um eine Verständigungsformel zu finden, aber sie haben sich alle als für beide Teile unannehmbar erwiesen. Gleichzeitig aber wird systematisch darauf hingearbeitet, in Rom wie in Konstantinopel Mißtrauen gegen die deutsche Politik zu erregen, die doch das denkbar Möglichste getan hat, um die Fäden nicht abreißen zu lassen, die trotz allem einen Zusammenhang zwischen den Interessen beider Mächte aufrechterhalten. Von Bedeutung kann vielleicht eine Erklärung Giolittis werden, die dieser einem Korrespondenten des „Daily Chronicle" gegenüber getan hat. Er unterscheidet zwischen der Forderung Italiens, daß seine Souveränität über Cyrenaica und Tripolis anerkannt werde, und der Frage der Annektierung:

„Der Unterschied zwischen einfacher Annektierung — sagt er — und der Proklamierung unserer souveränen Rechte über Tripolis und Cyrenaica ist von ganz besonderer Wichtigkeit für die Muselmänner, denen wir unverbrüchliche Freiheit und Gerechtigkeit sowie gewisse Freiheiten und Rechte garantiert haben. Die letzteren betreffen speziell die völligste Freiheit für ihre Religion und Beachtung ihrer alten Gesetze und Gewohnheiten. Was wir wollten, war, daß aus den Händen des Sultans die Oberherrlichkeit über diese Territorien auf den König von Italien übergehe."

Das erste Stadium des Kampfes zwischen Roosevelt und Taft ist vorläufig zugunsten des ersteren entschieden. Das letzte Wort aber hat erst der Nationalkonvent zu sprechen, und es ist sehr wohl möglich, daß er für einen demokratischen Kandidaten, und zwar für Wilson entscheidet.

6. Juni. Landung amerikanischer Marineinfanterie auf Kuba.
7. Juni. Ferdinand von Bulgarien in Potsdam.
Attentat und Selbstmordversuch des ungarischen Abgeordneten Kovacs.
8. Juni. Nikita von Montenegro in Wien.
9. Juni. Tagung des deutschen Flottenvereins in Weimar.
10. Juni. Lord Haldane zum Lord-Kanzler ernannt.

---

12. Juni 1912.

Wir nähern uns immer mehr dem 18. Juni, an dem die 1076 Delegierten der Nationalkonvention der Republikaner in Chicago zusammentreten sollen, um darüber zu entscheiden, ob Taft, Roosevelt oder eine dritte, noch nicht bekannte Persönlichkeit im Januar nächsten Jahres als Präsidentschaftskandidat der Republikaner dem gleichfalls noch nicht bekannten Kandidaten der Demokraten entgegentreten soll. Während nun die Verfassung sich darauf beschränkt, zu bestimmen, daß der Präsident indirekt durch Wahlmänner zu wählen ist, sagt sie nichts darüber, wie diese Wahlmänner zu ernennen sind, und in der Tat hat sich in den einzelnen Staaten eine vielfach divergierende Praxis ausgebildet. Die Wahlmänner wurden für die republikanische Partei im Prinzip von allen amerikanischen Bürgern gewählt, die auf den Wählerlisten erklärten daß sie der Partei angehörten, aber es war bis 1908 Regel, daß meist republikanische Komitees die Wahlmänner bestimmten. Von da ab fanden Primärwahlen statt: man legt den Wählern Listen vor, welche Kandidaten zu Wahlmännern vorschlagen, und die Delegierten jeder Liste verpflichten sich, für einen bestimmten Präsidentschaftskandidaten zu stimmen, so daß eine Art Plebiszit innerhalb der Partei stattfindet. Zur Prüfung der Rechtmäßigkeit der Mandate jener 1076 Delegierten besteht eine Kommission der republikanischen Nationalkonvention, die ihre Arbeiten in Chicago bereits begonnen hat. An ihrer Spitze steht Mr. Rosewater aus Nebraska; sie zählt in Summa 53 Mitglieder, von denen 43 entschiedene Anhänger Tafts sind, und da nicht weniger als 262 Delegationen strittig sind, wird von dieser Kom-

mission das möglichste geschehen, um die für Roosevelt abgegebenen Stimmen für ungültig zu erklären. Das ist bereits für Alabama geschehen, wo auf diesem Wege 24 Delegationen den Anhängern von Taft zugesprochen wurden. Trotzdem ist alles noch unsicher. Eine Korrespondenz, die den „Débats" zugegangen ist, weist darauf hin, daß es sich bereits mehr um einen Prinzipienkampf als um einen Kampf zweier Präsidentschaftskandidaten handle. Roosevelt stehe nicht nur an der Spitze einer Fraktion der republikanischen Partei, er sei das Haupt einer revolutionären Bewegung, deren Erfolg die Partei, so wie sie seit 50 Jahren bestand, vernichten würde. Die Niederlage von Taft gelte trotzdem beinahe als sicher, aber man fürchte den Sieg von Roosevelt, und deshalb würden viele Republikaner gegen ihn stimmen, ganz wie zahlreiche Demokraten 1896 gegen Bryan stimmten, weil er die Einführung des Bimetallismus in sein Programm aufgenommen hatte. Gelinge es der Kommission des Nationalkonvents, die für Roosevelt abgegebenen strittigen Stimmen für ungültig zu erklären, so werde Taft gewählt. Anderenfalls könne ein dritter Kandidat aufkommen, oder aber, wenn der Süden für Roosevelt eintrete, gehöre der Sieg ihm. Sicher sei auch das nicht, wenn die Demokraten schließlich einen Präsidentschaftskandidaten ausfindig machen, den die Anhänger Tafts lieber annehmen als Roosevelt. Diesem bleibt aber immer noch als letzter Ausweg die Möglichkeit, von der Entscheidung der Kommission an die des Nationalkonvents zu appellieren, und bei dem magnetischen Einfluß, den er auf die Massen ausübt, könnte das den Ausschlag geben. Kurz, alles ist noch ungewiß, was u. a. die groteske Tatsache belegen mag, daß ein Mitglied der New Yorker Börse sich verpflichtet hat, falls Roosevelt gewählt wird, einen Neger im Schubkarren von der Batterie bis zum Rathause zu fahren, nur mit einer Badehose bekleidet und mit Sand in den Schuhen. Der Nationalkonvent der Demokraten findet am 25. Juni in Baltimore statt. Die vier Kandidaten Harmon, Underwood, Clark und Wilson haben alle nur unsichere Aussichten auf Erfolg. Man sucht nach einem Kandidaten, der an Persönlichkeit und Ansehen Roosevelt entgegengesetzt werden könnte — aber man hat ihn bisher noch nicht gefunden.

Ob die Negerrevolte in Kuba zu mehr als einer Demonstration der Vereinigten Staaten führen wird, steht noch nicht fest, obgleich beträchtliche Vorbereitungen für eine eventuelle Landung im

östlichen Kuba getroffen worden sind. Wahrscheinlich wird man sich nur dazu verstehen, wenn die kubanische Regierung der von dem General Estenoz geführten Insurgenten nicht Herr werden sollte. Daß an eine Annektion der Insel gedacht wird, kann wohl als ausgeschlossen betrachtet werden. Man hat in Washington keine Neigung, der Union durch einen neuen Staat fremder Rasse einen noch bunteren Charakter zu geben und wünscht namentlich nicht die Zahl der schwarzen Bürger zu vermehren, die ohnehin schon als eine ernste Kalamität betrachtet werden. Auch ist nicht anzunehmen, daß, bevor die Entscheidung über die Präsidentenfrage gefallen ist, ernstere Unternehmungen in Angriff genommen werden. Die verhältnismäßig passive Rolle, welche die Vereinigten Staaten in der großen Krisis spielen, die im fernen Osten in eine Entwicklung tritt, welche in höchstem Grade auch das amerikanische Interesse in Anspruch nimmt, kann dafür als Illustration dienen. Handelt es sich doch darum, weite Gebiete des chinesischen Reiches dadurch, daß sie tatsächlich in russische und japanische Hände fallen, für den Handel der übrigen Welt abzuschließen. Die Anleiheverhandlungen Chinas scheitern bisher an der Hartnäckigkeit, mit der die Regierungen von Petersburg und Tokio die Verwendung der Anleihe so begrenzen wollen, daß ihre besonderen auf Schwächung Chinas hinzielenden politischen Pläne dadurch nicht getroffen werden. Es gilt, alles zu verhindern, was zur Behauptung des chinesischen Einflusses in den beiden Mandschureien und in der inneren wie in der äußeren Mongolei dienen könnte, die bereits als künftige Beutestücke betrachtet werden. Dieser russisch-japanische Protest aber hat die Wirkung, daß China seine nächste Aufgabe, die Löhnung und Entlassung der undisziplinierten Truppen des Südens, nicht ausführen kann und dadurch die alle Teile schädigende Gärung und Unruhe im Reiche lebendig erhalten wird. Rußland und Japan aber arbeiten nicht mit eigenem Gelde, sondern denken ihren Anteil an der chinesischen Anleihe mit französischem und englischem Gelde zu decken und sich so ohne Risiko ihren politischen Gewinn zu sichern. Die Last wird tatsächlich von der Hongkong- und Schanghai-Bank, der Deutsch-Asiatischen Bank, der Banque d'Indo-Chine und der Morgan-Gruppe getragen und es ist dem Laien völlig unverständlich, weshalb sie sich mit den ihnen entgegenarbeitenden Interessen Rußlands und Japans identifizieren.

Eine Charakteristik für die Art, wie in Ostasien gearbeitet wird,

finden wir in einer Korrespondenz des „Golos Moskwy“ aus Charbin, die uns erzählt, daß jetzt zwischen dem Chutuchta und den Vertretern der russischen Regierung über den Bau einer Eisenbahn von Kjachta nach Urga verhandelt wird. Die Regierung des Chutuchta wird gegen 1 Million Rubel die Konzession zum Bau dieser Bahn unter denselben Bedingungen erteilen, unter denen Rußland 1896 von China die Konzession zum Bau der mandschurischen Bahn erhielt. Dazu bemerkt der „G. M.“:

„Diese Nachrichten sind kostbar, denn es ist die rechte Zeit, wenigstens im Prinzip die Frage der mongolischen Eisenbahn zu entscheiden, da die chinesische Regierung jetzt noch zu schwach ist, „erobernd“ in der Mongolei vorzugehen. Wird der Augenblick versäumt, so kann die Eisenbahnfrage zum Zankapfel zwischen Rußland und China werden. Es gibt aber bereits genug Reibungsflächen zwischen uns. Bekanntlich hatte China beschlossen, selbst eine Bahn von Kalgan über Urga nach Kjachta zu bauen, aber die Revolution trat dazwischen.“

Der „G. M.“ meint nun, das Wesentliche sei, die Konzession zu erwerben, mit dem Bau selbst habe es keine Eile. Es soll eben eine der vielen Zukunftsreserven werden, die Rußland sich in Asien gesichert hat, und die Frage, daß außer Rußland noch niemand die Unabhängigkeit des Chutuchta und mithin sein Recht, Eisenbahnkonzessionen zu verleihen, anerkannt hat, wird als irrelevant nicht einmal berührt.

Eine Reserve für die Zukunft soll offenbar auch die transpersische Bahn werden, über welche, wie ein Reutertelegramm meldet, jetzt völliges Einverständnis zwischen Rußland und England erreicht worden ist. Es handelt sich allerdings zunächst nur um eine société d'études, welche die künftige Bahnlinie von Persien nach Indien technisch und in bezug auf ihre finanzielle Ausführbarkeit prüfen soll, so daß ein nachträgliches Veto immer noch denkbar wäre, aber die Tatsache, daß es überhaupt dazu kommen konnte, steht in so flagrantem Widerspruch zur Curzondoktrin von den Glacis von Indien, daß die ungeheuere Wandlung, die sich in den allgemeinen politischen Verhältnissen vollzogen hat, dabei recht drastisch zutage tritt. Freilich sind nicht alle englischen Politiker damit einverstanden.

„Es ist, schreibt der „Economist“, seit Rußland in seinem Marsch durch Asien die Grenzen von Persien und Afghanistan berührt hat, immer eine Maxime der britischen Diplomatie und militärischer Strategie

gewesen, daß die beiden Pufferstaaten intakt bleiben müßten, und daß die russischen Eisenbahnen der indischen Grenze nicht näher geführt werden dürfen. Wir sind nicht vorbereitet, aus dem Stegreif zu sagen, ob diese Politik falsch oder richtig ist; aber wir sind überzeugt, daß es dem Foreign Office nicht vorbehalten sein sollte, ohne Diskussion vor voller Öffentlichkeit und ohne Zustimmung der indischen Autoritäten und des Unterhauses darüber zu entscheiden."

Sir Edward Grey scheine die ganze Angelegenheit für unwichtig zu halten, sie verlange aber ernstlichste Erwägung und werde hoffentlich nicht als Vorwand benutzt werden, um die ohnehin schwere Abgabenlast Indiens durch militärische Forderungen zu steigern. Man wird demnach wohl erwarten dürfen, daß diese Angelegenheit das Parlament noch beschäftigen wird.

Zur Charakteristik der russisch-englischen Beziehungen ist auch die folgende Mitteilung des Pariser Korrespondenten der „Nowoje Wremja" (vom 9. Juni) von Interesse, die angeblich die Konfidenzen eines vornehmen persischen Emigranten wiedergibt. Dieser Gewährsmann erzählt:

„Wir sind immer schlecht regiert worden, und die besten Männer unter uns dachten schon unter Nasr Edin an Begründung eines Senates, der Verwaltung und Justiz kontrollieren sollte. Das war das Äußerste, was in Hinblick auf die Apathie und den niedrigen Kulturzustand des Landes zu erreichen war. Aber die Ordnung unserer Verhältnisse entsprach nicht den Interessen Englands, das bemüht war, bei uns mit allen Mitteln die Anarchie zu erhalten. Mit Hilfe englischen Geldes und englischer Agenten wurden die Bachtiaren bewaffnet und unterstützt, die armenischen Daschnakzuten herbeigerufen und die Partei unserer sogen. Demokraten organisiert, d. h. der Teheraner Pöbel, der aus seiner Mitte die Regierung und die Mitglieder des Medjlis wählt. Wer nicht zu ihnen steht, ist ein Feind des Vaterlandes, man verfolgt und erschlägt ihn. In Europa glaubt man an einen Kampf der Anhänger neuer Ideen mit den Anhängern der Reaktion. Daran ist in Wirklichkeit nicht zu denken. Ideen haben damit nichts zu schaffen. Es ist eine Bande von nichtsnutzigen Leuten, die im Interesse Englands arbeitet. Unsere Feinde — verkünden sie — sind die Russen, unsere Rettung liegt bei England. Deshalb werden die Anhänger Rußlands mit barbarischer Härte verfolgt. Auf bloßen Verdacht hin bricht man

in die Wohnung der Anhänger Rußlands ein, schlachtet sie wie Hammel oder erschießt sie wie Hunde. Besonders zeichnen sich die Armenier, diese geschworenen Feinde Rußlands, dabei aus. Eure russische Diplomatie aber wird leider im Schlepptau von der englischen geführt. Sie scheint nicht zu verstehen, daß sie nichts als ein Werkzeug ist. Selbst aber bleiben die Engländer im Hintergrunde. Mit Hilfe ihres Geldes organisieren sie die Anarchie und versorgen sie die persischen Anarchisten mit Waffen. Aber sie bleiben beiseite, und das persische Volk sieht sie nicht. Sie verstehen die Dinge so zu wenden, daß stets, wenn etwas geschehen soll, was Rußland kompromittiert, sie die Russen vorschicken. Dabei aber wächst der englische Einfluß stetig über die englische Einflußzone hinaus. Ich sage das mit großer Betrübnis, denn ich bin als Patriot ein Freund Rußlands. Es gibt nur ein Mittel, diesen Zuständen ein Ende zu machen, das wäre die Herstellung der Monarchie. In Persien gibt es einen Mann, der fähig ist, die Ordnung herzustellen: Salar ed Dauleh. Aber England wird natürlich nicht dulden, daß er die Herrschaft erhält, weil er die Fähigkeit hat sie zu behaupten."

Das gibt doch eine höchst eigenartige Vorstellung vom herzlichen Zusammenwirken Rußlands und Englands in Persien, und wir können uns lebhaft vorstellen, wie beifällig diese Charakteristik der beiderseitigen Beziehungen von Sir Edward Grey aufgenommen werden muß.

Die Frage der angeblich bevorstehenden Zurückziehung der englischen Seemacht aus dem Mittelmeer beschäftigt die französische Presse zurzeit mehr als die englische. Man scheint in England die Frage noch keineswegs als endgültig entschieden zu betrachten, während sie mit fast alleiniger Ausnahme des „Eclair" in Frankreich als Definitivum behandelt und überaus freudig begrüßt wird. Der „Eclair" ist im Prinzip Gegner der dauernden Konzentrierung der französischen Flotte im Mittelmeer. Das Mittelländische Meer verweichliche die Marine, während der Atlantische Ozean und der Kanal mit ihren schwierigen Gewässern die seemännischen Eigenschaften entwickeln. „Die „Méditerranée" macht unsere Provencalen nicht tüchtiger und unsere Bretonen verlieren dort ihre Vorzüge. Es ist eine wahre maritime Ketzerei und eine Bastardkombination, deren Nutzen man durch das überwiegende Interesse Englands erklären will, die aber für uns weder militärisch noch politisch erträglich ist." Dagegen jubelt der „Temps", der nicht versäumt, darauf hinzuweisen, daß es die deutsche

Konkurrenz sei, welche England nötige, seine gesamte Flotte um die britischen Inseln zu konzentrieren „La Méditerranée échappe à l'Angleterre", und für Frankreich ergebe sich daraus die Notwendigkeit, den two powers standard auf das Bassin des Mittelmeers zu übertragen. Auch sei Frankreich fest entschlossen, es im gesamten Mittelmeer (dans toute son étendue) zur Anwendung zu bringen. Es sei nur eine Frage von Geld, und Geld habe Frankreich mehr als seine Rivalen.

„Die Ära, die sich für das neue Europa eröffnet, wird in das Mittelmeer die Achse der Geschichte der Seemacht zurückverlegen, die durch einige Jahrhunderte durch das Übergewicht Englands verdrängt war. Wir sitzen an beiden Küsten des Meeres fest und werden uns behaupten, wenn wir uns zu rüsten verstehen, um aus den Ereignissen unseren Vorteil zu ziehen."

Das klingt sehr zuversichtlich und trägt die Färbung südfranzösischer Diktion. Aber es ist doch interessant, daß hier die alte Gegnerschaft der Tage durchklingt, da Napoleon von der Beherrschung des Mittelmeers träumte, und man kann gespannt sein, welchen Widerhall diese Deklamationen in England finden werden. Nebenher klingt auch hier die sich stetig steigernde Erbitterung gegen Italien durch, dem man in Frankreich nicht verzeihen kann, daß es auf den Ägäischen Inseln Fuß gefaßt hat. Auch ist es höchst bezeichnend, daß eben jetzt die französische Presse sich lebhaft für Syrien zu interessieren beginnt.

„Der Libanon — läßt der „Temps" sich schreiben — so wie er heute ist, ist ein Werk Frankreichs: durch seine Soldaten im Jahre 1860, dann durch seine Schulen, seine Sprache, seine Autoren, seine Literatur und seine Presse."

Es schließen sich daran Klagen über die Türkei, und das Ganze mündet in einen Ruf um französische Hilfe aus.

„Wenn man uns so ohne Verteidigung und ohne Freiheit läßt in Aussicht der Gefahren, die uns bedrohen, so weiht man uns wissentlich dem Tode und vernichtet mit einem Schlage das schon so weit vorgeschrittene Werk unserer geistigen Kultur, die vielleicht bei dem großen Werk der Wiedergeburt des Orients nicht nutzlos sein wird. Unser Elend, unsere Zerstörung, wem bringt das Vorteil?" . . .

Der „Temps" hat dieser Frage noch einen Artikel gewidmet, und wir verstehen sein Interesse. Nicht nur der dritte, sondern auch der erste Napoleon hatte sein Auge auf Syrien geworfen. Interesse für die

Französisch redenden Syrer zu finden, fällt jedoch schwer. Es sind die blutsaugendsten und berüchtigtsten Wucherer in der Levante, und die armen Fellachen in Ägypten wissen davon zu erzählen.

Die fortdauernden Kämpfe zwischen Türken und Italienern dürfen wir wohl übergehen. Sie haben die Entscheidung zum Frieden nicht näher geführt. Die Idee eines Kongresses scheint endgültig aufgegeben, beide Parteien haben sich auf ihr non possumus so festgelegt, daß auch Rußland, das bisher mit einem Vermittlungsversuch nach dem andern hervortrat, der Atem ausgegangen zu sein scheint. Dagegen richten sich die Blicke auf die Balkankönigreiche. Der „Temps" beharrt mit großer Bestimmtheit dabei, daß Serbien und Bulgarien ein Bündnis abgeschlossen hätten, dessen Spitze sich gegen die Türkei richte und die Teilung Mazedoniens zum Ziel nehme. Ebenso behauptet sich die Nachricht von einem Bündnis beider Staaten mit Rußland. Danach ist am 1. Juni König Ferdinand von Bulgarien in Wien, darauf in Berlin gewesen, und die hier wie dort ausgetauschten Reden haben nachdrücklich die Erhaltung des Friedens betont. Dieselbe Tendenz klingt uns aus dem entgegen, was vom Besuch des Königs von Montenegro in Wien an die Öffentlichkeit gedrungen ist, während gleichzeitig (2. Juni) die „Nowoje Wremja" über die bevorstehende Teilung der Türkei durch Deutschland (!) leitartikelt und beiläufig daran erinnert, daß Deutschland den russisch-japanischen Krieg „bekanntlich" angezettelt habe. Dasselbe Blatt teilt freilich auch mit, daß Österreich mit der friedlichen Eroberung Wolhyniens beschäftigt sei (!), und ist, was die innere Politik betrifft, neben den fortgesetzten Aufreizungen gegen die unglücklichen Finnländer, die unter der harten Hand des Generalgouverneurs Seyn noch mehr Drangsal zu leiden haben als in den Tagen Bobrikows, beschäftigt mit einer Kampagne gegen den Ministerpräsidenten Kokowzow, den man durch einen mehr rechtsstehenden Kandidaten zu ersetzen hofft. Der Besuch, den der Pariser Polizeipräfekt Lepine in Moskau gemacht hat, galt, wie die russische Presse offen zugibt, der Sicherheit des Zaren, und steht offenbar in Zusammenhang mit den anarchistischen Umtrieben, von denen wir vor acht Tagen berichtet haben.

Als mögliche Nachfolger des verstorbenen Botschafters Baron Osten-Sacken werden folgende Namen genannt: Graf Tatischtschew, Fürst

Engalytschew, Fürst Kudaschew und Baron Budberg. Die Kandidatur Temirjäsews gilt als endgültig eliminiert.

Mit großer Genugtuung begrüßen wir die Energie, mit der Graf Stephan Tisza die pöbelhafte Obstruktion zu bezwingen vermochte, durch welche die Opposition unter der Führung von Justh und Apponyi die Wehrvorlage zu Fall zu bringen versuchte. Sie wurde in erster, zweiter und dritter Lesung angenommen. Daß der Graf dabei den drei Revolverschüssen entging, die ein Mitglied der Kossuthpartei, Kovacs, gegen ihn richtete, ist als ein Glück für Ungarn und für die Monarchie zu betrachten, der der vortreffliche Mann hoffentlich noch lange seinen Mut und seine Kaltblütigkeit wird zu Dienst stellen können.

In Belgien, wo der Sieg der Katholiken bei den Wahlen zeitweilig ernste Unruhen hervorzurufen drohte, hat die Erregung sich glücklich gelegt. Welche Wendung der Ausstand in England nehmen wird, ist noch nicht abzusehen. Bisher sind alle Versuche, einen Ausgleich zu finden, gescheitert.

14. Juni. Rede Poincarés über die politiſche Lage.
15. Juni. Annahme der öſterreichiſchen Wahlvorlage in Ungarn.
Tätliche Beleidigung von Asquith durch eine Suffragette.
17. Juni. Einbringung der neuen Wahlrechtsvorlage im engl. Unterhauſe.
19. Juni. Parteitag der Republikaner in Chicago.

19. Juni 1912.

In Moskau iſt unter großen Feierlichkeiten das Denkmal Kaiſer Alexanders III. enthüllt worden, und wie nicht anders zu erwarten war, hat die geſamte Preſſe den verſtorbenen Herrſcher in hohen Tönen gefeiert. Wie weit das aufrichtig gemeint iſt, mag zweifelhaft erſcheinen. Alexander III. war als Menſch gewiß eine hochachtbare Perſönlichkeit, wahr, aufrichtig in Liebe und Haß, pflichttreu, ſo wie er ſeine Pflichten verſtand, ein muſterhafter Familienvater, ſtreng und rein von Sitten, von ungemachter Religioſität und beſeelt von einem Willen, der die Gerechtigkeit ſuchte und die Größe ſeines Vaterlandes ſich zum Ziel ſetzte. Er war 36 Jahre alt, als er zur Regierung gelangte, 20jährig, als durch den Tod des älteren Bruders die Ausſicht und Pflicht, einmal als Herrſcher dem Vater nachzufolgen, an ihn herantrat. Wir wiſſen nicht mit Sicherheit, wie tief die Eindrücke der politiſch ernſten Zeit, in welcher er vom Knaben zum Jüngling, vom Jüngling zum Manne heranwuchs, auf ihn eingewirkt haben. Daß der erſchütternde, völlig unerwartete Tod des Großvaters, Kaiſer Nikolaus I., mitten im Verlauf eines unglücklichen Krieges, dem damals Zehnjährigen ein perſönliches Ereignis bedeutete, iſt wohl als ſicher anzunehmen. Er war 16 Jahre alt, als die Bauernbefreiung vom 19. Februar 1861 Rußland auf neue Bahnen ſeiner Entwicklung führte, und die Ära der Reformen, die mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1874 ihren Abſchluß fand, muß mit ihren Hoffnungen und Enttäuſchungen auch ihn erfaßt haben. Dazwiſchen aber hatte jene zweite polniſche Revolution ſtattgefunden, an der ſich die intolerante Bewegung des ruſſiſchen Nationalismus entzündete, und ſie iſt es geweſen, die mehr als alles Übrige Eindruck auf den Großfürſten machte. Es kombinierten ſich

damit die panslavistischen Ideale, die in Moskau ihre beredten Vertreter fanden, und auch deren Hoffnungen und Enttäuschungen hat der künftige Kaiser alle geteilt. Die Agitation, welche in den Krieg der Jahre 1877/78 ausmündete, ist von ihm nach Kräften gefördert worden; der Krieg aber, in welchem er selbst als einer der Heerführer teilgenommen hat, brachte ihm die bittere Erfahrung, daß alle die Schäden, welche das absolutistische Regiment Nikolaus' I. hatte reifen lassen, auch unter dem liberalen Regiment des Vaters lebendig geblieben waren. Nebenher aber war die furchtbare politische Krankheit der Nation, der Nihilismus, gereift, und eine Kette von Attentaten, welche die Existenz der Dynastie bedrohten, ließ die Zukunft ungewiß und düster erscheinen. Der Großfürst hat in diesen Jahren sich ganz in den Gedankenkreis eingelebt, der einerseits von Katkow, anderseits von Pobedonoszew vertreten wurde und die schon von Nikolaus I. ausgegebenen Schlagworte: „Selbstherrlichkeit, Nationalismus und Orthodoxie" wieder aufnahm.

Auch die Feindseligkeit, welche diese Männer seit 1871 gegen das Deutsche Reich hegten und durch die gefälschte Geschichte des Berliner Kongresses popularisierten, ging auf ihn über, und als der März 1881 durch eine furchtbare Katastrophe dem Leben des Vaters das letzte Ziel gesetzt hatte und er nunmehr als Kaiser Alexander III. den Thron bestieg, fühlte er sich berufen, mit all den politischen Irrtümern aufzuräumen, an denen, wie er meinte, Alexander II. gescheitert war. Auf die Ära der Reformen folgte die Ära der Rückentwicklung Rußlands zum unbeschränkten Absolutismus. Von den Reformen des Vaters blieb nur die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht unangetastet. Die Liberalen unter den Staatsmännern Alexanders II. wurden beseitigt, und an ihre Stelle trat eine Reihe von Mittelmäßigkeiten, deren einziger Vorzug darin lag, daß sie persönlich anständig und unbedingt fügsam waren. Neben ihnen, als einflußreichster aller Ratgeber des Zaren, der kalte Fanatiker Pobedonoszew, der es verstand, die Grenzmarken Rußlands durch ein System systematischer Rechtsbrüche und religiösen Zwanges tödlich zu verletzen und sie auf das empfindlichste in ihrer Kultur wie in ihrem materiellen Gedeihen zu schädigen. Es ist eine Leidensgeschichte, die hier nicht erzählt werden soll, deren Folgeerscheinungen sich aber dem Reich als solchem erst durch die revolutionären Bewegungen, die aus dieser Saat reiften, fühlbar gemacht haben.

Gegen den Nihilismus in seinen terroristischen Formen hat Alexander III. während der ersten acht Jahre seines Regiments erfolglos gekämpft. Erst nachdem das Attentat, dem er zu Borki am 29. Oktober 1888 wie durch ein Wunder entging, die ganze Größe der Gefahr gezeigt hatte, gelang es durch ein System von Massenverhaftungen, welches mit den Verdächtigen auch die Schuldigen traf, das Übel, wie es schien, mit der Wurzel, auszurotten. Die Terroristen verschwanden teils in den Bergwerken Sibiriens, teils durch rechtzeitige Flucht über die Landesgrenzen, und während der letzten Jahre seiner Regierung konnte Alexander III. wohl glauben, daß Rußland diese Krankheit glücklich überwunden habe. Auch hatte er verstanden, der Phantasie der Nation eine neue Richtung zu geben. Die russische Politik begann ihre Spitze gegen Zentralasien und gegen den fernen Osten zu richten. Erst wurden die Teke-Turkmenen unterworfen, Merw annektiert, die nach Afghanistan führenden Grenzpässe fielen in russische Hände, und es konnte eine Zeit lang scheinen, als sollten die russischen Truppen die englischen Besitzungen in Indien bedrohen. Als Alexander III. starb, waren die Verhandlungen bereits eingeleitet, die den bevorstehenden Rückzug Englands völkerrechtlich feststellen sollten. Inzwischen aber hatte der Kaiser in voller Mißachtung der Bestimmungen des Berliner Vertrages von 1878 die Freihafenstellung von Batum aufgehoben, und das unter dem Beifall der öffentlichen Meinung Rußlands. Man fühlte sich wieder stark und hoffte auf weitere Erfolge. Ebenso hat die bulgarische Politik Alexanders, obgleich sie tatsächlich in einem Verzicht Rußlands auf weiteren Einfluß auf der Balkanhalbinsel ausmündete, nur Beifall, keine Kritik hervorgerufen, denn parallel damit ging die Konzentrierung der russischen Streitkräfte an der deutschen und an der österreichischen Grenze. Man glaubte mit Sicherheit darauf rechnen zu können, daß die Revanchelust Frankreichs eine russische Aggression gegen den deutschen Westen unterstützen werde. Die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages vom 3. Februar 1888 haben diese Anschläge zuschanden gemacht. Rußland wandte sich wieder mehr dem asiatischen Osten zu. An die schon 1885 eröffnete Eisenbahn von Krasnowodsk nach Merw schloß sich 1888 die Eisenbahn, die über Buchara nach Samarkand führte, und im März 1891 begann der Bau der sibirischen Bahn, um bereits im August 1893 Omsk zu erreichen. Das waren bewunderungswürdige Leistungen, aber

wir erkennen bereits die vorausfallenden Schatten der Zukunft, als am 22. Juni 1893 die Japaner durch Besetzung von Söul in Korea festen Fuß fassen.

Der Rückzug, den die russische Politik in ihrer aggressiven Tendenz nach Westen im Jahre 1888 antrat, war jedoch nur ein scheinbarer. Seit geraumer Zeit bereits arbeiteten parallele Strömungen in Rußland wie in Frankreich auf eine politische Annäherung beider Reiche hin. Schon 1885 hatte eine Agitationsreise Déroulèdes nach Rußland eine sympathische Aufnahme in den nationalistischen Kreisen Moskaus gefunden. Aber der Zar widerstrebte. Er hat den Eindruck, den die Erhebung der Kommune von Paris 1871 auf ihn machte, nur sehr langsam verwinden können; dann folgte die Erbitterung darüber, daß die russischen Terroristen in Frankreich eine sichere Zuflucht fanden, und daß ihm sogar die Auslieferung notorischer Mörder, wie jenes Hartmann verweigert wurde, dessen Anteil an den Attentaten gegen Alexander II. gerichtlich festgestellt war. Als das französische Gericht den Fürsten Krapotkin freisprach, hatte der Kaiser dem französischen Botschafter General Appert zornig zugerufen: „quel fichu gouvernement vous avez; il paraît que c'est un tas de canailles." Aber Ende der 80er Jahre traten diese Eindrücke allmählich zurück. Politische und finanzielle Erwägungen verwischten die Abneigung des Zaren, und eine ursprünglich von dem russischen Botschafter in Paris, Mohrenheim, eingeleitete, von Katkow und den Franzosenfreunden am Hof geförderte Arbeit mündete schließlich in jene französisch-russische Allianz aus, die bis auf den heutigen Tag der Eckstein der russischen Politik geblieben ist.

Der nachmalige Finanzminister des Zaren, heute Graf Witte, gedenkt in einer Charakteristik Alexanders III., die er aus Anlaß der Denkmalsenthüllung, von der wir ausgegangen sind, veröffentlicht hat, jener Tage der neuen russisch-französischen Verbrüderung folgendermaßen:

„Er (Alexander III.), der allerselbstherrlichste Monarch und überzeugteste Konservative, hat zum Wohl seines Volkes Rußland mit der großen französischen Republik vereinigt. Er, der Selbstherrscher vom Kopf bis zum Fuße, hat dabei die tiefste Liebe zu seinem Volke gezeigt. Zum Wohle seines Volkes hat er als Erster unter den russischen Kaisern das Haupt bei den Klängen der französischen Marseillaise entblößt, als das französische Geschwader die russischen Gewässer besuchte . . . Durch

dieſen Schritt hat Kaiſer Alexander III. den ganzen Gang der internationalen Politik und die in Jahren angehäuften Traditionen verändert."

Gewiß, es kam damit eine neue Richtung auf, und der General Tſchernajew gab der Empfindung Ausdruck, die damals durch ganz Rußland ging, als er in einer Anſprache an den Admiral Gervais, der das franzöſiſche Geſchwader nach Kronſtadt geführt hatte, ausrief:

„Ruft man bei Ihnen die Bürger zu den Waffen, ſo ruft man ſie auch bei uns. Wir werden unſere Bataillone von der Weichſel bis Kamtſchatka formieren. Es lebe Paris, die Hauptſtadt der ziviliſierten Welt!"

Das war die eine Seite der Wandlung. Die andere aber war, daß der franzöſiſchen Marſeillaiſe nunmehr eine ruſſiſche an die Seite trat: Steh auf und erheb dich, du Arbeitervolk (wstawai podnimaisja rabotschnarod!), daß in London der „Fonds der freien ruſſiſchen Preſſe" gegründet wurde, und die revolutionäre Bewegung in die Kreiſe der ruſſiſchen Studentenſchaft wieder einzudringen begann. Es war Saat für die Zukunft, der Alexander III. durch Verſtärkung der repreſſiven Maßregeln und Steigerung der nationaliſtiſchen Tendenzen neue Nahrung zugeführt hat. Vom 28. Februar 1891 datiert das erſte Manifeſt, das die finnländiſchen Privilegien durchbrach, im Januar 1893 wurde die Univerſität Dorpat zu Jurjew umbenannt und damit die Richtung angegeben, in der die Zukunft weiterarbeiten ſollte. Überlegt man dieſe Zuſammenhänge, ſo wird man zum Schluß kommen, daß alle Maßregeln, die Alexander III., durch Überzeugung und Gewiſſen gedrängt, ergriffen hat, im Effekt in ihr Gegenteil ausmündeten. Die Korruption der Beamtenſchaft, die er ausrotten wollte, hat ihr Haupt ſchamloſer erhoben als je vorher, die Stärkung der ruſſiſchen Wehrkraft, die er erreichte, mußte von Weſten nach Oſten gerichtet werden und führte nach Mukden und Tſuſchima, die franzöſiſche Bundesgenoſſenſchaft verſagte ſich in der Bedrängnis des japaniſchen Krieges, die Revolution, die er erſtickt zu haben meinte, flammte verheerend von Kamtſchatka bis zur Weichſel auf, Liberale und Konſervative ſtehen in zwei feindlichen Lagern einander gegenüber, die verſchiedenen Nationalitäten des Reiches liegen in bitterem Hader, und wo er die Selbſtherrſchaft als ein unerſchütterliches Fundament der Regierung hatte ſtabilieren wollen, waltet der unberechenbare Volkswille in der

Duma, welche die Majorität der Nation für eine durchaus ungenügende Vertretung ihrer Ansprüche hält. Das ist die Wirklichkeit. Nicht ihr, sondern der Legende von Alexander III. ist das Denkmal in Moskau errichtet worden.

Das Tatsachenmaterial der letzten Woche ist schnell erledigt. Was vor allem die Konferenz in Malta betrifft, so ist ihr Ergebnis anders ausgefallen als — zumal in Frankreich — erwartet wurde. Von einer Zurückziehung der englischen Flotte aus dem Mittelmeer ist weiter keine Rede; vielmehr wird in Gibraltar die Flotte verstärkt, deren Aufgabe es ist, die afrikanischen Küsten am nördlichen Atlantischen Ozean und im westlichen Mittelmeer zu beobachten. Dagegen wird in Ägypten die englische Armee, wie es scheint, diesmal nicht durch indische, sondern durch südafrikanische Truppen vermehrt. In der Frage der transpersischen Bahn hat Sir Edward Grey mit außerordentlichem Nachdruck erklärt, daß durch die Arbeiten der jetzt als solche bestätigten Studienkommission an der endlichen Entscheidung Englands über den Bau der Bahn in keiner Weise präjudiziert wird. Die Ernennung Lord Haldanes zum Lordkanzler läßt sich nur beifällig begrüßen, da dadurch der Einflußkreis des vortrefflichen Mannes über den engen Rahmen des Ressorts hinaus, das er bisher vertrat, erweitert wird. Der Ausstand der Docker ist erloschen, er ist nicht, wie die Führer wünschten, in einen Generalstreik ausgemündet. Immerhin hat die Regierung alle Ursache, mit Sorge die ausgesprochen revolutionäre Organisation des „Central labour College“ zu verfolgen. Der „Temps“ hat über Geschichte und Tätigkeit dieser Schule zur Ausbildung revolutionärer Arbeiterführer einen ausgezeichnet orientierenden Artikel gebracht. In Frankreich hat die Ausstandsbewegung jetzt wieder die sogenannten inscripts maritimes, ergriffen, die schon 1907 und 1909 infolge ihres Zusammenhangs mit der Kriegsmarine die Stellung Frankreichs zur See ernstlich gefährdeten. Es scheint aber, daß Delcassé entschlossen ist, diesmal energischer durchzugreifen. Der Gedanke taucht auf, die ganze Organisation der inscripts maritimes aufzuheben, und das dürfte auch das Vernünftigste sein. Nur fragt sich, ob diese tief einschneidende Maßregel ohne ernste Erschütterungen durchzuführen sein wird. Es läßt sich überhaupt nicht verkennen, daß das Ministerium Poincaré darauf ausgeht, Frankreich nach der Orgie des Radikalismus, der bisher die innere Politik des Landes tyrannisch bestimmte, in ruhigere Bahnen zu führen. Man fängt an,

in den klerikalen — oder wie man für Frankreich treffender sagen muß — in den katholischen Kreisen zu hoffen, daß bessere Zeiten bevorstehen, und im Zusammenhange damit beginnen auch Royalisten und Bonapartisten das Haupt zu heben. Jedenfalls steht eine innere Krisis bevor, und es läßt sich nicht absehen, ob sie zu einer friedlichen Lösung führen kann. Poincaré hat über die auswärtige Lage Frankreichs eine höchst optimistische Rede gehalten, die uns in die beste aller Welten versetzt, und von der wir hoffen wollen, daß ihr die Zukunft entsprechen wird. In betreff Marokkos trifft dieser Optimismus dank der energischen und klugen Haltung des Generals Lyautey für den Augenblick zu. Der General beschränkt sich zunächst auf das tatsächlich von den französischen Truppen besetzte Gebiet und ist in freundschaftliche Beziehungen zu den anliegenden Stämmen und Häuptlingen getreten. Mulay Hafid ist glücklich in Tanger eingetroffen und seine endgültige Abdankung gesichert. Er hat darüber, wie wir jetzt erfahren, schon seit 1907 mit Frankreich verhandelt und ist der Held und Patriot jedenfalls nicht, den man zeitweilig in ihm zu erkennen glaubte. An seine Stelle tritt als Vasall Frankreichs einer seiner Söhne, und es wird die Aufgabe Lyauteys sein, ihn so zu dressieren, daß er Frankreich von Nutzen ist.

Die Italiener haben bei Zanzur einen ersten großen Erfolg über die türkisch-arabische Kombination in Tripolitanien errungen. Türkischerseits wird jetzt ein Angriff auf das kleinasiatische Festland erwartet, man trifft Vorbereitungen, um Smyrna und die Dardanellen für den Fall einer Landung italienischer Truppen zu sichern. Wir wir meinen, wird diese Vorsichtsmaßregel sich als unnötig erweisen. Die persisch-türkische Konferenz, die in Konstantinopel tagte, um strittige Grenzfragen zu erledigen, ist ohne Resultat verlaufen, so daß jetzt wohl die in Aussicht genommene Entscheidung des Haager Schiedshofes angerufen werden wird. Im übrigen liegen die persischen Verhältnisse sehr unklar. Der Regent hat das Land verlassen, und der „Temps" bringt aus Petersburger Quelle am 14. Juni die folgende überraschende Nachricht:

„Im Palais des Exschahs in Odessa ist man eifrig mit Vorbereitungen für die Reise Mohammed Alis ins Ausland beschäftigt. Es ist möglich, daß der Schah wieder in Astrabad erscheint, statt daß er nach Karlsbad geht."

Das fehlte gerade noch, um die Verwirrung in Persien zum Kulminationspunkt zu führen.

Großes Aufsehen erregt die Nachricht, daß der frühere japanische Ministerpräsident Fürst Katsura im Juli eine Europareise unternimmt, von der er über Amerika nach Tokio zurückkehren soll. Er werde drei Tage in Petersburg verweilen, Stockholm, London, die Schweiz, Berlin und Wien besuchen. Eine andere Nachricht sagt, daß er Amerika nicht berühren werde. Begleiten wird ihn der Eisenbahnminister Goto, der in Petersburg wohlbekannt ist. Die Nachrichten der japanischen Zeitungen über Ziel und Zweck der Reise gehen auseinander. Nach den einen handelt es sich um Erneuerung der englisch-japanischen Allianz, nach der anderen um festeren Anschluß an Europa. Man erinnert sich der folgenreichen Reise des Marquis Ito nach Petersburg und London 1903. In Chicago steht der Entscheidungskampf zwischen Roosevelt und Taft unmittelbar bevor. Die politische Atmosphäre ist bereits so überhitzt, daß in vollem Ernst Handgreiflichkeiten befürchtet werden.

20. Juni. Beginn der Kieler Woche.
Meuterei in Mukden durch Japaner unterdrückt.
21. Juni. Niederlage Roosevelts in Chicago.
Straßenunruhen und Bombenanschläge in Lissabon.
22. Juni. Der Zar dankt der Duma für Annahme der Flottenvorlage.
24. Juni. Der republikanische Nationalkonvent wählt Taft zum Präsidentschaftskandidaten.
26. Juni. Annahme der Wehrvorlage im österreichischen Abgeordnetenhause.
28. Juni. Untergang des Luftschiffs Schwaben.
29. Juni. Tätlicher Angriff von Suffragetten auf Asquith.
1. Juli. Tod des serbischen Ministerpräsidenten Milowanowitsch.
Bestätigung der neuen italienischen Wahlreform.
3. Juli. Den türkischen Offizieren wird durch Gesetz alle Parteipolitik untersagt.

3. Juli 1912.

Die dritte Duma ist, nachdem sie 5 Jahre getagt hat, geschlossen worden, und Rußland bereitet sich auf die Wahlen zur vierten Duma vor. Welche Vertretung in das ehemalige Potemkinsche Palais einziehen wird, vermag niemand vorherzusagen. Die Sympathie der Regierung und damit auch ihre mächtige Unterstützung, gehört der Rechten und der mit großer Geschäftigkeit an der Wahlagitation beteiligten Geistlichkeit; sie gehört auch, wenn wir von einer bestimmten, noch näher zu betrachtenden Frage absehen, der ganz für nationalistische Ideale gewonnenen Partei der Oktobristen, und das Schlagwort Kaiser Nikolaus I.: „Selbstherrschaft, Rechtgläubigkeit und Nationalismus" ist das Programm, das von diesen drei Gruppen vertreten wird. Es scheint, daß die Linke bis zu den Sozialrevolutionären hinab wenig organisiert ist, so daß die Befürchtungen, die vielfach gehegt wurden, geringe Wahrscheinlichkeit haben, sich zu verwirklichen. Auch ist es eine überall hervortretende Erscheinung, daß, bei vorwaltenden nationalistischen Strömungen der aggressive Radikalismus zeitweilig zurückzutreten pflegt. Die Duma hat aber unmittelbar vor ihrer Verabschiedung zwei Gesetzesvorlagen angenommen, die diesen nationalistischen Stempel tragen: die Abtrennung des Gebietes von Cholm vom administrativen Zusammenhang mit Russisch-Polen und das neue

Flottengesetz. Auf die Cholmvorlage einzugehen, haben wir keinen Beruf. Das ist eine innere russische Angelegenheit, in der Partei zu ergreifen, Fremden nicht zusteht. Von allergrößtem Interesse für uns dagegen ist die Annahme der russischen Flottenvorlage, die am 19. Juni mit der großen Majorität von 228 gegen 71 Stimmen erfolgte.

Die Beratungen in der Kommission für Landesverteidigung, danach in der Budgetkommission waren zwar, wie begreiflich ist, geheime, aber die Zeitungen wurden trotzdem autorisiert, ausführliche Berichte zu bringen, so daß die Motive der Vorlage allgemein bekannt wurden. Bei ihrer Einführung kam Admiral Grigorowitsch mehrfach auf die deutsch-russischen Beziehungen zu sprechen und bezeichnete sie als die fundamentale Ursache seines Flottenprogramms; er wurde dabei von dem Minister des Auswärtigen, Herrn Sasonow, auf das nachdrücklichste unterstützt. Der Jubel darüber ist denn auch in den deutschfeindlichen Organen Englands und Frankreichs laut genug zutage getreten.

„Herr Sasonow, schreibt die „Times", sprach von einer unmittelbar bevorstehenden feindlichen Koalition, was wohl genügt, um den Kurs anzuzeigen, den die russische Politik unwiderruflich eingeschlagen hat, und deshalb sollte dieses Flottengesetz endgültig jeden Verdacht beseitigen, der in England und anderenorts (sc. in Frankreich) in betreff des treuen Festhaltens Rußlands an seinen Allianzen und Abkommen entstehen könnte."

Ganz denselben Ton aber schlägt der „Temps" an. Es geht von den Darlegungen Kokowzews aus, daß im Reichsschatz 400 Millionen zu freier Verfügung ständen, und daß Überschüsse in den Einnahmen der vier ersten Monate des Jahres 1912 im Betrage von 40 Millionen Rubel ohne jede Schwierigkeit für die ersten Forderungen des Flottenprogramms genügen würden; etwas zurückhaltender werden die Erklärungen Sasonows berührt; der „Temps" rühmt das „kleine Flottenprogramm" Grigorowitschs, das sich nur auf das Baltische Meer bezieht und für das nächste Quinquennium 4 Dreadnoughts von 26½ Knoten Schnelligkeit, 30 000 t Gehalt und von je neun 14zölligen Geschützen fordert, dazu 4 Kreuzer mittlerer Größe, 18 Torpedoboote und 12 Unterseeboote; dann heißt es wörtlich:

„Alle diese Neubauten haben das gleiche defensive Ziel: Sicherung vor Landungen; diese Sicherung soll aber offensiv erreicht werden, durch Werkzeuge des Krieges, die zugleich modern, mobil, mächtig und

der speziellen strategischen Kontrolle entsprechend sind, um die es sich handelt. Das ist in höchster Vollendung jene „aktive Flotte vom defensiven Standpunkte aus", die das Programm der Oktobristen 1908 forderte, und die Kokowzew in seiner Rede am 19. Juni noch besser als die notwendige Garantie der Sicherheit und Würde der Nation charakterisierte."

Herr Menschikow, der sich des dankbaren Stoffes bemächtigt hat, ist freilich durch den „kühnen Schritt" Rußlands etwas beunruhigt.

„Der Entschluß, im Rücken Deutschlands eine ungeheure Angriffsflotte (die Fiktion der Defensivflotte macht er also nicht mit) zu bauen, kann die gespannte Lage Europas rasch einer Entscheidung zuführen."

Er wirft die Frage auf, was Deutschland tun könne, um der ihm drohenden Gefahr vorzubeugen. Die erste mögliche Antwort wäre ein Krieg, dessen Chancen für Deutschland außerordentlich günstig lägen, und dessen Ergebnis wohl dahin führen könnte, daß Rußland einen ähnlichen Vertrag zu unterzeichnen genötigt sein würde, wie es ihn 1856 für das Schwarze Meer unterzeichnet habe. Weil aber ein Krieg mit Rußland notwendig auch einen Krieg mit England und Frankreich nach sich ziehen werde, Deutschland auch 41 Jahre lang Frieden gehalten und doch mächtig geworden sei, hält er für wahrscheinlicher, daß Deutschland nicht direkt vorgehen, sondern Österreich-Ungarn, Rumänien und die Türkei gegen Rußland aufhetzen werde, um erst durch die Waffen seiner Verbündeten Rußland zu schlagen, dann aber Frankreich niederzuwerfen, und ihm die Milliarden zur Bekämpfung Englands abzunehmen. Die sich hieran knüpfenden Betrachtungen über die jetzige militärische Machtstellung Rußlands übergehen wir, sie atmen Feindseligkeit gegen Österreich-Ungarn und Mißtrauen gegen Polen und Kleinrussen, die ganze Darlegung aber mündet schließlich in die folgenden pessimistischen Sätze aus:

„Einen Krieg mit Österreich und der Türkei bereiten unsere Feinde uns schon lange vor. Ich fürchte, daß der Bau der Angriffsflotte im Baltischen Meer Deutschland veranlassen wird, die reifenden Ereignisse zu beschleunigen. Schon zweimal in den letzten 60 Jahren hat der Bau unserer Angriffsflotte — im Schwarzen Meer und im Stillen Ozean — zu den für uns unglücklichsten Kriegen geführt, zum Krimkriege und zum mandschurischen. Wenn es nur nicht zum dritten Mal

so geht! Die Strafoperation könnte dann von deutschen Händen vorgenommen werden!"

Im wesentlichen gewinnt man den Eindruck, daß Rußland jetzt zur See dieselbe Politik aufnimmt, die Alexander III. durch Massierung seiner Truppen an den deutschen Grenzen Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre verfolgte. Der Ton der russischen Presse und die Richtung der Geister war damals ebenso deutschenfeindlich wie heute. Herrn Menschikows Methode, seine Kritik der ihm unsympathischen Flottenvorlage mit einer Verdächtigung Deutschlands zu verbinden, kann natürlich nicht überraschen; aber ungefährlich ist dieses Spiel nicht. Es ist ein Seitenstück der in gewissen deutsch-feindlichen englischen und französischen Blättern auftauchenden Bemühungen, im voraus die für die nächsten Tage erwartete Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren, als zu völliger Ergebnislosigkeit bestimmt, zu diskreditieren. Diese Bemühungen gehen aber auf Petersburger Korrespondenzen zurück und können als das Echo der Wünsche angesehen werden, mit denen von den drei Gliedern der Entente die Zusammenkunft in Baltischport begleitet wird. Wir wollen hoffen, daß die Tatsachen eine andere Sprache sprechen.

Verhältnismäßig wenig Beachtung hat bei uns die ungnädige Bemerkung des Zaren über die ablehnende Stellung der Oktobristen zur Regierungsvorlage gefunden, welche die Aufsicht über die Kirchspielsschulen ganz der Geistlichkeit überweisen wollte. Es handelt sich aber dabei um eine Konfliktsfrage, die notwendigerweise auf die vierte Duma übergehen wird, und die möglicherweise in eine Modifizierung des oktobristischen Programms ausmündet. Herr Menschikow erteilt den Wählern zur vierten Duma die folgenden charakteristischen Ratschläge:

„Wählt die besten Bürger, die talentvollsten und kenntnisreichsten, aber versäumt nicht, vorher festzustellen, ob sie überhaupt anständige Menschen sind. Talent und Kenntnisse sind schöne Dinge, aber es ist durchaus notwendig, daß die Gesetzgeber ein Minimum von kulturellen Eigenschaften mitbringen. Sie dürfen keine Skandalmacher, Renommisten, Schreier und nicht Raufbolde sein, die eine gebildete zahlreiche Versammlung durch den Terror ihrer Schmähsucht beherrschen."

Es folgt ein Lob des englischen Parlaments, das offenbar durch die Energie veranlaßt worden ist, die Asquith bei Ausweisung des So-

zialisten Lansbury gezeigt hat. Auch diese Ratschläge bedeuten zugleich eine Kritik, die diesmal gegen die dritte Duma gerichtet ist, die Menschikow dahin charakterisiert, daß sie weder talentiert noch unbegabt, weder radikal noch konservativ gewesen sei; sie habe — dem grauen Klima Petersburgs entsprechend — von allem etwas gehabt. Keine Partei vermochte entscheidendes Übergewicht zu erlangen, und die stärkste von ihnen (die Oktobristen) sei weder von rechts noch von links unterstützt worden. Das Resultat sei eine schwache, vielgeschäftige Duma gewesen, welche die „drastisch hervortretenden Züge slavischer Weichherzigkeit und Abgeschmacktheit trug". Das ist recht hart geurteilt und wird sich vielleicht bessern, wenn Herr Menschikow in der vierten Duma Gelegenheit finden sollte, seine unerbittliche Charakterstärke und seinen feinen Geschmack zur Geltung zu bringen. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß der Reichsrat auf Kosten der Duma stetig an Gewicht gewinnt. Dort dominiert die Rechte unter Führung von Herrn Akimow, von dem ein weit größerer Einfluß ausgeübt wird, als jenseits der russischen Grenzpfähle bekannt ist. Was aber die auswärtige Politik Rußlands betrifft, so wird sie zurzeit mehr von den russischen Botschaftern in Paris und London dirigiert, als von der Sängerbrücke her. Darüber herrscht unter Kennern der Lage ebensowenig ein Zweifel, wie darüber, daß die großen prinzipiellen Fragen, d. h. die eigentliche Richtung der Politik, durch den Willen des Zaren entschieden werden.

Die von der Zeitschrift „Nord und Süd" veröffentlichten Äußerungen erst englischer, dann deutscher im politischen Leben stehender Persönlichkeiten über die deutsch-englischen Beziehungen, münden zwar hüben und drüben in den Wunsch aus, gute Beziehungen von Staat zu Staat und von Volk zu Volk herzustellen, aber leider entscheiden solche Kundgebungen nichts. In England ruht die Politik völlig unbeschränkt in den Händen des inneren Kreises des Kabinetts, und wir sehen nicht, daß es seinen Kurs geändert hätte. Wir stehen nach wie vor einer Koalition gegenüber, die in allen Fragen der auswärtigen Politik ihre Spitze gegen Deutschland richtet, und es tritt immer mehr zutage, daß es sich um feste Verpflichtungen handelt, durch welche die drei Mächte sich gegenseitig gebunden haben. Wir haben guten Grund zur Annahme, daß die Reihe der jüngst bekannt gewordenen Geheimverträge noch keineswegs erschöpft ist. Die „Nowoje Wremja" deutet in dem oben im Auszuge wiedergegebenen Artikel

Menschikows an, daß die jüngste Flottenvermehrung Englands, Erfüllung eines Rußland gegebenen Versprechens sei. Aus dem Bestehen russischer Geheimverträge mit Bulgarien und Serbien macht die russische Presse kein Geheimnis mehr, und neuerdings verbreitet sie die Nachricht, daß zwischen Serbien und Bulgarien ein Vertrag auf der Basis abgeschlossen sei, daß Mazedonien ein vierter selbständiger Staat werden solle. Das ist nun freilich eine Angelegenheit, bei der auch die Türkei mitzusprechen hätte und die uns hart an die Schwelle der orientalischen Frage führt, deren jetziges Aufrollen ohne Zweifel keine der an ihr interessierten Mächte wünscht, die aber durch die Rückwirkung, welche die für Italien günstige Wendung der Kriegsereignisse auf die innere Lage der Türkei ausübt, einen entschieden bedrohlichen Charakter annimmt. An die Stelle der enthusiastischen Parteinahme der Araber für die türkische Sache ist jetzt eine Revolte getreten, die unter der Führung des Scheichs Idris einen Erfolg nach dem anderen erringt. Bedenklicher noch ist die Abwendung von dem regierenden Komitee „Einheit und Fortschritt".

Der jüngst in Konstantinopel anwesende Khedive hat sich mit großer Schärfe gegen die von dem Komitee bestimmte Politik der Türkei ausgesprochen. Nach einem Londoner Telegramm der „Nowoje Wremja" (d. h. nach einer Meldung Wesselitzkis) warf er dem Komitee vor, daß es zwar voll Selbstgefühl, aber unerfahren und taktlos sei, und dadurch nicht nur die Türkei, sondern die gesamteislamitische Welt ins Verderben stürze. Die panislamische Agitation habe das Mißtrauen und sogar die Feindseligkeit Europas gegen alle Muselmänner wachgerufen. Durch Aufreizung der Jungägypter stelle das Komitee sogar den Schatten von Selbständigkeit in Frage, den England den Ägyptern gelassen habe. Das Komitee „Einheit und Fortschritt" dürfe nicht vergessen, daß England carte blanche von Europa in Egypten erhalten habe. Daß er, der Khedive, wie das Komitee behaupte, nach dem Kalifat strebe, sei eine grundlose Erfindung. Er persönlich habe weder die Mittel noch den Wunsch, dies Ziel zu erreichen. Die Bewegung der bisher inerten arabischen Masse beruhe auf dem erwachten Selbstbewußtsein und werde vielleicht von einer Macht unterstützt, deren Interessen dadurch gefördert würden. Die Hilfe, die ganz Nordafrika den Tripolitanern gegen Italien geleistet habe, sei nicht durch Anhänglichkeit zu einem nicht faßbaren Osmanentum, sondern durch den realen Fort-

schritt, der Idee des solidarischen Interesses aller Araber herbeigeführt worden. Ein Beweis dafür sei der Eintritt Enver Beys in den Orden der Senussi. Es sei falsch, wenn man ihm, dem Khedive, absolutistische Tendenzen vorwerfe, denn einmal sei er durchaus liberal gesinnt, dann aber könne schon deshalb davon nicht die Rede sein, weil nicht er, sondern England tatsächlich über Ägypten herrsche. Schließlich gab der Khedive dem Komitee den ironischen Rat, seine Kräfte auf die Rettung der Türkei zu konzentrieren und erst danach sich dem Luxus so nebelhafter Ideen wie Ottomanismus oder gar Panislamismus hinzugeben! Das alles sind durchaus treffende Bemerkungen. Sie bestätigen, was wir immer wieder betont haben, daß die Nebenregierung des Komitees, in dem die den Türken verhaßten jüdischen Elemente eine führende Rolle spielen, eine Gefahr für die Existenz des Staates bedeute.

Die sich jetzt in Albanien konzentrierende Militäremeute trägt einen Charakter, der entschieden an die Revolte erinnert, die im Juli 1908 den Sturz des Sultans Abdul Hamid einleitete. Nur richtet sich die Bewegung jetzt gegen eben jenes Komitee, das die neue Türkei ins Leben rief, und das jetzt zu Unrecht fortbesteht. Dazu kommt die Erregung, welche die Besetzung der ägäischen Inseln durch die Italiener hervorgerufen hat, zumal Admiral Ameglio so unvorsichtig gewesen ist, die künftige Vereinigung dieser Inseln mit Griechenland anzukündigen. In der Türkei aber fürchtet man einen neuen Anschlag auf die Dardanellen. Die von den Mächten der Tripeleentente angeregte, aber nicht an die offizielle Öffentlichkeit gebrachte Idee, durch eine Konferenz diese Schwierigkeiten auszugleichen und einen Frieden zwischen Italien und der Türkei herbeizuführen, scheint an der Schwierigkeit zu scheitern, auf welche die Forderungen einer für die Türkei und Italien gleich annehmbaren Basis der Konferenz stößt. Auch liegt die wohl nicht unbegründete Befürchtung vor, daß die Konferenz Probleme in Fluß bringen könnte, die nicht in direktem Zusammenhange mit den türkisch-italienischen Gegensätzen stehen, aber so schwierige Fragen wie die der Öffnung der Dardanellen zur Diskussion stellen könnten. Endlich wird schon jetzt die Frage des „Gleichgewichts“ im Mittelmeer — das bekanntlich zu keiner Zeit bestanden hat — ventiliert, ein Problem, das nicht nur mit der Frage der strategischen Aufstellung der englischen Kriegsflotte, sondern auch mit der des französischen Pulvers in Verbindung steht und

bei der Frage der Internationalisierung Tangers mitspielt. Die „Times" erklärt klipp und klar, daß England die Suprematie im Mittelmeer mit niemandem teilen könne, auch nicht mit Frankreich, was freilich in merkwürdigem Gegensatz zu dem Jubel steht, mit dem nach dem Marokkovertrage französische Blätter ankündigten, daß nunmehr das Mittelmeer wieder zur „mer latine" geworden sei. Spricht aus der „Times" jetzt noch die Opposition, so dürfte sie in dieser Frage schließlich doch recht behalten.

Die Entwicklung der marokkanischen Angelegenheiten ist für Frankreich wenig erfreulich. Die wöchentlich sechsmal angekündigte Verständigung mit Spanien ist in so weitem Felde, daß dem „Temps" noch am 1. Juli aus Larrasch telegraphiert wird, daß die Haltung der spanischen Autoritäten arroganter sei als je, und daß es kindisch wäre zu glauben, daß ein loyales Zusammenarbeiten Frankreichs und Spaniens unter den jetzigen Verhältnissen denkbar sei. In Marrakesch gärt es, und ein neuer Prätendent, Mohamed Heiba, Sohn Ma el Ainins, der im Sus stetig an Boden gewinnt, hat sich mit den Gegnern Frankreichs in Marrakesch in Beziehung gesetzt. General Gourand, der seine militärischen Operationen mit dem ganz barbarischen Niederbrennen der schnittreifen Getreidefelder begann, hat glücklicherweise diese Methode jetzt aufgegeben. Der „Temps" meldet nämlich, daß die Kolonne Gourand ohne Zwischenfall bis 60 km nordöstlich von Fez gelangt gelangt sei, und daß die Berber im Vertrauen auf das Wort der Franzosen fortfahren, ihre Ernte einzubringen. Dazu die Bemerkung: das Land ist ungeheuer reich und gut kultiviert! Der Schluß, der daraus zu ziehen ist, wird dem Leser überlassen. Diese Erhebung im Sus scheint den Franzosen große Sorgen zu machen und zugleich große Hoffnungen zu erregen. Beides mag gerechtfertigt sein, aber es wird unerläßlich werden, weit größere Streitkräfte aus Frankreich nach Marokko zu werfen, als General Lyautay ursprünglich für nötig fand.

Wir gedenken zum Schluß des Lärms, den in Rußland und in Frankreich — das doch keine Ursache hat, für fremde Spione Partei zu ergreifen — die Affäre Kostowitsch gemacht hat. Die nicht abbrechende Reihe der Spionageprozesse, die dem Reichsgericht in Leipzig zugewiesen werden müssen, und die in der Regel auf Grund erdrückenden Beweismaterials in eine Verurteilung ausmünden, sind an sich

ein Beweis dafür, wie notwendig es ist, daß unser Land, das von Ost und West her das Ziel wißbegieriger „Reisender" oder studierender „Spezialisten" ist, diese interessanten Leute scharf im Auge behält. Nichts ist lächerlicher als die Entrüstung darüber, daß, wenn einer von ihnen in flagranti gefaß wird, wir ihn nicht ohne weiteres laufen lassen. Es hat sich über die Ausdehnung der Spionage unserer Nachbarn auf deutschem Boden nachgerade ein ungeheures Material angesammelt, und es empfiehlt sich daher r ü c k s i c h t s l o s e S t r e n g e walten zu lassen, wo es gelingt, diese meist sehr vorsichtigen Herren zu überführen. Die jüngsten Nachrichten über die Spionage in Kiel können diese Forderung nur noch nachdrücklicher rechtfertigen.

4. Juli. Zusammenkunft zu Baltischport.
Annahme der Flottenvorlage durch den russischen Reichsrat.
5. Juli. Kolonial-Staatssekretär Solf in Windhuk.
6. Juli. Flucht des chinesischen Ministerpräsidenten Tanschaoji nach Schanghai.
7. Juli. Rückkehr Kaiser Wilhelms nach Potsdam.
Veröffentlichung des Communiqués über die Ergebnisse der Zusammenkunft zu Baltischport.
9. Juli. Beginn der Nordlandsreise Kaiser Wilhelms.
10. Juli. Rücktritt Schewket Paschas als Kriegsminister.

10. Juli 1912.

Die offiziellen Darlegungen über Charakter und Ergebnisse der Zusammenkunft zu Baltischport lassen keinen Zweifel darüber, daß der Schwerpunkt in den besonders deutlich zutage getretenenen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Häuptern beider Herrscherhäuser zu suchen ist. Im Zusammenhang damit haben die das ganze Gebiet der großen Tagespolitik umfassenden Beratungen gestanden, die einerseits vom Reichskanzler von Bethmann Hollweg, andererseits von den Herren Kokowzow und Sasonow geführt worden sind und in einer abschließenden Unterredung beider Kaiser gipfelten. Wir dürfen aus den Andeutungen, welche die offiziellen Kommuniqués gegeben haben, wohl den Schluß ziehen, daß Rußland fortan nicht über Deutschlands Kopf hinweg in Fragen, die deutsche Interessen berühren, mit Frankreich und England diesen Interessen entgegenarbeiten wird. Wir hätten also in Zukunft größeres Vertrauen und größere Rücksicht von seiten der russischen Politik zu erwarten und würden unsererseits die gleiche Haltung Rußlands gegenüber einnehmen. Wie weit sich daraus eine Wandlung der allgemeinen politischen Konstellation ergeben muß, kann nur die praktische Erfahrung zeigen Von einem bevorstehenden Systemwechsel des einen oder des anderen Teils kann keine Rede sein, aber es hat sich vielleicht ergeben, daß diese Interessen einander keineswegs so entgegengesetzt sind, wie eine berechnete und böswillige Preßagitation sie darzustellen bemüht war. Andererseits täuschen wir uns nicht darüber, daß die seit 1891 bestehende Allianz mit Frankreich für Rußland so vorteil-

haft ist, daß kein russischer Staatsmann daran denken dürfte, sie fahren zu lassen. Wir verstehen es daher durchaus, daß man es in Petersburg für nützlich befunden hat, die Nervosität der Franzosen, die gleich bei der ersten Nachricht von der bevorstehenden Zusammenkunft recht drastisch zutage trat, nach Möglichkeit zu beruhigen. Sie erhielten die bündigsten Versicherungen, daß Rußland der Allianz treu bleiben werde; man ließ sie wissen, daß in der Marinekommission der Duma erklärt wurde, die 503 Millionen Rubel, die zur Reorganisation der russischen Flotte gefordert wurden, seien ausdrücklich bestimmt, die Spitze dieser Zukunftsflotte gegen Deutschland zu richten, man schickte den russischen Generalstabschef General Shilinski und den Chef des Admiralstabes Fürsten Lieven nach Paris, berichtete von dem gnädigen Empfang, den der Botschafter Herr Georges Louis beim Zaren vor dessen Abreise nach Baltischport gefunden habe und wies darauf hin, daß Louis, sobald die Tage von Baltischport vorüber seien, eingehend von den Herren Kokowzow und Sasonow von allem unterrichtet werden solle, was gesprochen und vielleicht auch dem, was gedacht worden sei; auch konnte man die Franzosen damit trösten, daß ja in wenigen Wochen Herr Poincaré, zugleich Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, bei seinem Besuch in Petersburg und in Moskau Gelegenheit finden werde, die allerintimsten Einblicke zu gewinnen. Damit wurde den Patrioten in der Presse an Zuckerbrot geboten, was sie irgend erwarten durften. Wenn trotzdem der „Gil Blas" jetzt in Tönen über Rußland klagt, die an den berühmten „Alliance ou flirt?"-Artikel des „Figaro" erinnern, so ist diesem armen Kinde nicht zu helfen, es wird schreien, bis es sich von selbst beruhigt hat.

Bei alledem ist es von bleibendem Interesse festzuhalten, welche Sprache die westmächtlichen wie die russischen Blätter in den Tagen geführt haben, auf die wir jetzt, da Kaiser Wilhelm zurückgekehrt und Kaiser Nikolaus in die finnländischen Schären abgedampft ist, mit der Ruhe zurückschauen können, mit der historische Tatsachen betrachtet werden müssen. Das ist um so wichtiger, als die Zusammenkunft zu einer Zeit erfolgte, da weite Kreise in England und Deutschland auf Herstellung guter Beziehungen beider Nationen zueinander hinarbeiteten und Lord Haldane sein begeistertes Lob Kaiser Wilhelms dem englischen Publikum zutrug, als Akkompagnement aber Verdächtigungen der deutschen Politik in französischen Blättern vorgebracht wurden, deren Tücke

die „Times", die ihren deutschfeindlichen Charakter behauptet, ihrem Leserkreise appretiert vorzuführen nicht unterlassen hat.

Als Probe mag der folgende Abschnitt aus einem Referat der „Times" über die Haltung der französischen Presse dienen:

„Die öffentliche Meinung Frankreichs ist völlig darüber beruhigt, daß, soweit Rußland in Frage kommt, die Gruppierung der europäischen Mächte durch irgendwelchen direkten Einfluß Deutschlands gefährdet werden könnte. Die einzige Frage, über die spekuliert wird, ist, ob Kaiser Wilhelm seine früheren Bemühungen erneuern wird, die Aufmerksamkeit Rußlands auf die Mittel- und Ostasiatische Frage zum Schaden der russischen Interessen in Europa abzulenken. Der russisch-japanische Krieg war vom französischen Standpunkte aus ein lange andauerndes Albdrücken, und jedes Symptom eines erfolgreichen Versuches, Rußland in abenteuerliche Verwicklungen in Persien zu ziehen, würde unzweifelhaft in Paris mit wahrer Bestürzung betrachtet werden. Wie die „Débats" sagen, würde Deutschland es gern sehen, daß Rußland sich so bindet, daß das Gleichgewicht in Europa zum Vorteil Deutschlands erschüttert wird, ganz wie Deutschland sich zweifellos freuen würde, wenn Frankreich in Marokko großen Schwierigkeiten begegnete. Jede derartige Veränderung im Zentrum des Schwerpunkts der russischen Politik würde gleicherweise, nach französischer Ansicht, die Lage im Baltischen Meer ändern und könnte dahin führen, daß die Pläne der russischen Admiralität, eine tatkräftige Seemacht in diesem Meere zu schaffen, modifiziert werden. Es wird jedoch zugegeben, daß Herr Sasonow jetzt mehr Erfahrung in Leitung der auswärtigen Politik Rußlands gewonnen als zur Zeit der Potsdamer Zusammenkunft, da er eben erst ins Amt getreten war. Der Krieg zwischen Italien und der Türkei und alle sich daraus ergebenden Probleme, die aller Wahrscheinlichkeit nach noch schwieriger werden dürften, wenn Friedensanträge aufkommen, haben unablässig die Aufmerksamkeit Herrn Sasonow beschäftigt. Plötzliche Auswege, wie die deutsche Politik gewohnt ist, sie in kritischer Zeit den Nachbarn Deutschlands zu suggerieren, werden gewiß weder den Zaren noch seine Ratgeber aus der Fassung bringen

oder irreführen. Es wird außerdem hervorgehoben, daß der Zar kürzlich den französischen Botschafter in längerer Audienz empfing und daß Herr Georges Louis beständig mit den Herren Kokowzow und Sasonow verhandelt hat.

Die französische Regierung wird über die Natur und die Ergebnisse der Unterhaltungen in Baltischport eingehend informiert werden. Man erwartet, daß offizielle Kommuniqués in der russischen und in der deutschen Presse bald diese Ergebnisse andeuten werden, sei es, daß sie positiv sind, oder, wie es so häufig unter ähnlichen Verhältnissen geschehen ist, nur einen negativen Charakter tragen."

Das letztere ist offenbar der Wunsch der „Times" und ihres französischen Gewährsmannes. Die Vorlage des vom 4. Juli datierten Artikels der „Times" liegt uns in den „Débats" vom 5. Juli vor, enthält aber *nicht* die letzte von uns gesperrte Stelle der „Times"-Korrespondenz, das ist *eigene* Mache; dagegen mag es nützlich sein, die folgende von der „Times" *nicht* wiedergegebene Bemerkung hierher zu setzen:

„Kein Zweifel, daß Wilhelm II. sehr aufrichtig geneigt ist, Rußland die Sicherheit seiner Westgrenze für den Fall zu garantieren, daß es sich beeilen sollte, den ihm in Asien zugeschriebenen Ehrgeiz zu verwirklichen. Er würde auch gewiß Wort halten wie zur Zeit des mandschurischen Krieges; aber die Russen wissen jetzt aus Erfahrung, was diese Politik kostet und wozu sie führt."

Daran schließt sich die liebenswürdige Insinuation, daß Deutschland die moralische Verantwortung für die Niederlage der russischen Flotte bei Tsushima trage, was freilich denjenigen einigermaßen „unverfroren" erscheint, die sich erinnern, wie das *russisch französische Bündnis völlig versagte*, als damals *Frankreich* seine *Bundesgenossenschaft* durch die Tat *beweisen* sollte.

Ganz anders ist der Ton, den die „*Nowoje Wremja*" sowohl in ihrem redaktionellen Hauptartikel, wie in dem Baltischport gewidmeten Artikel Menschikows anschlägt. Herr Menschikow ist heute deutschfreundlich und antienglisch und sucht seinen Landsleuten darzulegen, welche Torheit es wäre, wenn Rußland den Franzosen und Engländern behilflich wäre, „die Deutschen niederzuschlagen". Schon

am Tage nach dem Siege würde Rußland es zu bedauern haben, und nach Bundesgenossen gegen seine englischen Verbündeten suchen müssen.

„Es gibt — schreibt er — ein mehr oder minder beständiges Element in der Geschichte, das ist die Geographie. Solange Rußland die einzige europäische Macht bleibt, die nahe an Indien herangerückt ist, wird es eine Gefahr für England sein. Andererseits kann nur der Verlust Indiens einen ewigen Frieden zwischen uns und England herbeiführen. Überlegen wir doch, was im Fall einer Niederwerfung Deutschlands geschehen wird. Die deutsche Flotte wird untergehen, nicht aber die für uns gefährliche Armee. Auf Jahrhunderte wird die für uns und alle Welt drückende Vorherrschaft Englands zur See sich befestigen. Wenn wir nicht an diese Vorherrschaft gewöhnt wären, würde sie uns ebenso ungeheuerlich erscheinen, wie unseren Vorfahren die Vorherrschaft Napoleons auf dem Kontinent ... Stemmt sich diese englische Hegemonie nicht wie eine eherne Mauer uns im ganzen Orient entgegen: im nahen, mittleren und fernen? Hält diese Hegemonie nicht unsere natürliche Entwicklung auf beiden Weltteilen zurück?

Es schließt sich daran die Darlegung, daß die deutsche Flotte für Rußland keine Gefahr bedeute, und daß ein Sieg Deutschlands über England einen realen Vorteil für Rußland darstelle. Am Schluß aber heißt es:

„Wie die Leser wissen, halte ich für das Fundament unserer Freundschaft ein gegenseitiges nicht einmischen (sc. in die Angelegenheit des andern) und gegenseitige Rückensicherung. Wenn die jetzigen Formeln des Dreibundes und der Tripelallianz der russisch-deutschen Freundschaft nicht entsprechen, so muß nicht die Freundschaft, sondern die Formel verändert werden. Die sehr verwickelte Natur der jetzigen internationalen Beziehungen verlangt einfachere Verbindungen."

Das war die Sprache der „Nowoje Wremja" am 5. Juli, am 6. Juli aber veröffentlicht sie einen eingehenden Brief ihres bekannten Pariser Korrespondenten Waliszewski, der halb Pole, halb Russe und jetzt dazu noch Franzose ist und den aus dieser Kombination sich ergebenden dreifachen Haß gegen Deutschland und gegen diejenigen russischen Diplomaten ausspielt, die er im Verdacht hat, deutschfreundlich zu sein. Er beginnt mit der Erzählung eines Traumes. Zwei Männer sind ihm erschienen, der eine Mephistopheles mit dem Gesichtszügen Sir Edward

Greys, der andere in Stiefeln und Kürassierhelm Bismarcks, der Freiherr v. Marschall. Mephistopheles wies auf den weiten Horizont hin und sagte dem anderen:

„Ich kann der Herrschaft über die Meere nicht entsagen, um sie mit dir zu teilen, daher will ich mit dir kämpfen, und das Ende wird mein Untergang sein und deiner. Aber ich bin friedfertig und will aus Liebe zum Frieden für dich sorgen. Auf dem Kontinent kann ich nicht dulden, daß du deine Grenzen nach Westen ausdehnst, sie berühren schon jetzt meine vitalen Interessen. Aber ich verstehe, daß bei eurem Wachstum es euch enge wird in euren Grenzen, und gehe darauf ein, daß ihr sie in entgegengesetzter Richtung ausdehnt. Mir und meinen Klienten der Westen, euch und den eurigen der Osten. Verständigen wir uns dahin, so werden wir uns vertragen. Sonst kämpfen wir auf Leben und Tod. Wähle!

Der Mann in den hohen Stiefeln und mit der spitzen Maske wollte antworten, aber bevor er etwas zu sagen vermochte, leuchtete aus seinen Augen eine solche Zufriedenheit und eine solche Gier, daß ich von Furcht ergriffen wurde und in Schweiß gebadet aufwachte."

Hieran schließt sich eine Betrachtung über Herrn v. Marschall und dessen Aufgabe, eine Versöhnung zwischen England und Deutschland herbeizuführen, was, wenn es gelänge, nach Herrn Waliszewskis Ansicht einem Selbstmord Englands entsprechen würde und nach ihm der Ansicht einiger russischer Staatsmänner gleichzusetzen wäre, welche die deutsch-russischen Beziehungen vortrefflich finden und es nicht für unmöglich halten, von Frankreich abzurücken und um den Preis einiger Unannehmlichkeiten und Demütigungen sich Sicherheit zu erkaufen. Aber wie lange werde es mit dieser Sicherheit dauern? Wenn man ein Kaninchen in den Käfig sperre, in welchem eine Riesenschlange soeben ein anderes Kaninchen verschlungen habe, werde das neue Kaninchen zwar ohne Zweifel zeitweilig nichts zu fürchten haben, aber doch nur so lange, als der Verdauungsprozeß der Boa constrictor dauere. Aber freilich, Sasonow habe in seiner letzten Rede nicht nur erklärt, daß er dem Bündnis mit Frankreich treu bleiben, sondern auch Freundschaft mit Deutschland pflegen wolle, um, wie die Fabel erzähle, zugleich den Kohl und die Ziege in Sicherheit zu bringen. Das sei eine ebensolche Chimäre wie Iswolskis Versuch, Italien vom Dreibunde zu trennen. Überhaupt lasse sich in der russischen Politik weder

Plan noch Richtung erkennen. Alles werde in tiefstem Geheimnis betrieben, und obgleich die Nation eine Duma besitze, erfahre sie nichts. Auf allen Lippen aber liege die Frage: Wohin treiben wir? Es wäre interessant zu wissen, ob in dem Dunkel, in welchem die russische Diplomatie langsam und ungeschickt arbeite, ihren schwachen und schüchternen Bewegungen irgendein Plan zugrunde liege der dem nationalen Interesse überhaupt verständlich sei, wie er, Waliszewski, gern glauben möchte, oder ob die seit dem Frieden von Teschen aufgekommene Donquichoterie noch fortlebe, die russisches Blut und russisches Geld schließlich für alle Monarchen Europas verschwendet habe.

In den Kämpfen der Gegenwart werde es sich darum handeln, Leib und Seele von Millionen einzusetzen; wie aber sollten die Massen mit Überzeugung all die Opfer bringen, die man von ihnen verlange, wenn man, statt ein klares Ziel zu setzen, ihnen eine Charade oder ein Rebus zu lösen gebe. Einst habe das Rebus Port Arthur und Dalny geheißen und die Lösung war — Portsmouth.

„Gewiß, die Diplomatie kann ihre Geheimnisse nicht enthüllen. Aber die Diplomaten aller Länder mißbrauchen ohnehin über alles Maß ihre Geheimniskrämerei. Einige von ihnen korrespondieren sogar in Chiffre mit ihren Schneidern. Jedes Handwerk hat ja seine Manie, und man kann Leuten, auf denen eine so schwere Verantwortung ruht, die Schwäche verzeihen. Aber andererseits muß doch die Gesellschaft wissen, worüber und wie die diplomatischen Verhandlungen geführt werden. Das Volk muß verstehen — sonst kann es, wenn es not tut, der Regierung nicht zu Hilfe kommen — welches die Aufgaben sind, die es durch Taten zu erfüllen hat.

Wohin gehen wir und weshalb? Was wollen wir erreichen und mit welchen Mitteln? Wer steht zu uns und wer gegen uns? Das sind die Fragen, auf die man uns eine Antwort schuldig ist. Es genügt nicht, daß man uns sagt, wir lieben die Ziege sehr und schätzen den Kohl auch sehr hoch, und daß keinerlei Grund vorliegt, uns zu beunruhigen, da wir im Paradiese leben, in dem die Pflanzen von den Tieren nicht zu leiden haben.

Vielleicht ist es sehr plaisierlich, im Dunst auf dem Dreifuß zu sitzen und zu orakeln. Aber die Zeit der Sibyllen und der Pythia ist längst entschwunden, und unsere Sphinxe an der Sängerbrücke wären wohl besser im fernen Wüstensande Ägyptens untergebracht, wo halb zerstört

von der Zeit und halb verschüttet vom Sande ihre steinernen Kollegen am Fuß der Pyramiden schlafen."

Das alles bedarf wohl weiter keines Kommentars, auch hätte sich die im Grunde sehr einfach liegende Frage über die Tragweite der Kaiserzusammenkunft in wenigen Zeilen erledigen lassen, wenn sie nicht in so gehässigem Sinn aufgebauscht worden wäre. Der Ausgangspunkt dieser Gehässigkeit aber ist immer Paris, wie denn, um ein charakteristisches Beispiel anzuführen, der Korrespondent des „Temps" bei Schilderung des herzlichen Empfangs, den die französischen Delegierten von seiten der tschechischen Sokols in Prag fanden, nach Tacitus zitiert „les haines communes font les amitiés fortes". Dasselbe Blatt aber nimmt für jenen Elsässer Studenten Partei, der die Frechheit hatte, seine Kommersrede mit einer Beleidigung Kaiser Wilhelms einzuleiten!

Der Ausgang des Kongresses der Demokraten in Baltimore hat wohl endgültig Herrn Taft als Kandidaten der nächsten Präsidentschaft beseitigt. Woodrow Wilson hat heute die meisten Aussichten, aber es bleibt zu beachten, daß Roosevelt seine Waffen keineswegs niedergelegt hat, und es ist immer noch möglich, daß er schließlich doch durchdringt. Auch darf man das Übermaß an Grobheit, das bei diesen Wahlkämpfen allseitig zum Ausdruck kam, nicht mit europäischem Maßstab beurteilen. Es ist das Wettrennen um die erste Stellung im Staat zu einem Sport geworden, in welchem bewußt die Schranken des sonst für jeden Sport geltenden Grundsatzes des fair play weggeräumt worden sind. Dem schließlichen Sieger werden all seine Sünden vergeben. Der Erfolg entscheidet. Das unwürdigste war wohl das Umwerben der Neger, an dem alle Parteien sich beteiligt haben. Man hat sie erkauft, umarmt, geküßt und sich mit ihnen berauscht, nur um ihre Stimme zu gewinnen, und die sonst verachteten Schwarzen, die in gewöhnlichen Zeiten nicht im selben Hotel wohnen und nicht im selben Kupee fahren dürfen, durften in diesen wüsten Tagen sich als die eigentlichen Herren der Lage fühlen. Sie werden es, sobald die Entscheidung gefallen ist, aller Wahrscheinlichkeit nach noch schwer büßen müssen.

In Marokko ist die Lage Frankreichs zwar noch keine kritische, aber voller Gefahren. General Lyautey hat um weitere Verstärkungen gebeten, Marrakesch ist ernstlich gefährdet, das Sus bedroht, die Etappenlinien sind überall unsicher. Es wird sehr große Anstrengungen kosten,

um das Land in den Zustand verhältnismäßiger Ruhe zurückzuführen, der vor dem folgenreichen Marsch der Franzosen nach Fez vorherrschte.

Immer größere Dimensionen nimmt in der Türkei die Opposition gegen das Regiment des Komitees ein. Die Stellung des tapferen Mahmud Schewket Pascha ist erschüttert, der Aufstand der Albanesen nicht gebrochen, die Gefahr eines Bürgerkrieges nicht ausgeschlossen. Das alles ist sehr traurig, kann aber im schließlichen Effekt dahin führen, daß der Friedensschluß zwischen der Türkei und Italien früher zustande kommt, als noch vor kurzer Zeit wahrscheinlich war. So wie die Dinge liegen, muß es heißen: je früher je besser; am vorteilhaftesten aber wäre es für die Türkei, sich direkt mit Italien zu verständigen, ohne eine Vermittlung abzuwarten, die den Charakter einer kaum verhüllten Nötigung annehmen könnte.

Der Schatzmeister und der Privatsekretär Mohamed Alis haben Odessa verlassen, es heißt, daß der Schah ihnen bald folgen wird, und daß seine Agenten in Persien energisch in seinem Interesse tätig sind.

Der ehemalige japanische Minister Katsura muß in nächster Zeit Petersburg erreichen. Das Gerücht, das ihm eine ähnliche Rolle zuschrieb, wie sie Ito 1902 spielte, scheint falsch zu sein. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich um den definitiven Abschluß eines bereits im Prinzip fertigen Vertrages über die Teilung der äußeren Mongolei zwischen Rußland und Japan.

Der „Golos Moskwy" bringt die überraschende Nachricht, daß die Bulgaren sich mit der Absicht tragen, Kaiser Alexander II. heilig sprechen zu lassen. Seit dem 24. Juni werden in Rußland die Säkulartage der französischen Invasion von 1812 begangen. Auch das verdient notiert zu werden, daß in Moskau dem „weißen General" Skobelew ein Denkmal errichtet worden ist. In der Vorstellung des Volkes aber ist er nicht gestorben. Er lebt und wartet der Stunde, da Rußland seiner bedürfen wird, um als Sieger und Retter wiederzuerscheinen.

11. Juli. Reise des Reichskanzlers nach Moskau.
12. Juli. Protest Englands gegen die Bestimmungen über Benutzung des Panamakanals.
14. Juli. Demission Hadschi Adils, des türkischen Ministers des Innern.
15. Juli. Rückkehr des Reichskanzlers nach Berlin.
Vertrauensvotum für das türkische Ministerium.
16. Juli. Mahmud Mukhtar P. wird Kriegsminister.
17. Juli. Antirussische Unruhen in Kaschgar.

17. Juli 1912.

Die ausländische Presse hat sich nunmehr überall über die politische Bedeutung der Zusammenkunft in Baltischport ausgesprochen, und die Summe ihrer Betrachtungen läßt sich vom deutschen Standpunkt aus keineswegs als erfreulich bezeichnen. Sie läßt sich dahin zusammenfassen, daß in Baltischport deutscherseits eine Verbeugung vor den Mächten der Tripelentente gemacht worden sei, und daß die übertriebene Bedeutung, welche die deutsche Presse dem Potsdamer Abkommen zugeschrieben habe, durch den Wortlaut des identischen, auf Initiative des russischen Ministerpräsidetnen Kokowzew abgefaßten Kommuniqués, zurechtgestellt wurde. Deutschland habe vor aller Welt anerkannt, daß die Tripleentente notwendig sei zur Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts, ein Ausspruch, den bekanntlich 1893 Graf Caprivi im Hinblick auf die russisch-französische Allianz tat, und an den der „Temps" heute erinnert. Ein „russischer Brief" des „Journal des Débats" vom 6. Juli faßt das folgendermaßen zusammen:

„Sie kennen heute das russische Kommuniqué über die Zusammenkunft in Baltischport. Dieser Tag sollte, wie die deutschen Zeitungen sagten, ein großes Datum für die Geschichte der europäischen Diplomatie werden. Das ist nicht unsere Meinung. Nach den russischen Zeitungen, die darin die öffentliche Meinung Rußlands getreu wiedergeben, hat es sich um eine einfache Höflichkeitsvisite gehandelt, um die Wilhelm II. ersuchte, und die unser Zar natürlich annahm. Wir wissen aus sicherer Quelle, daß zuerst Herr Sasonow und nach ihm Nikolaus II.

selbst, Herrn Louis, Ihrem Botschafter, die bündige Versicherung gegeben haben, daß unsere Verständigung mit Frankreich bei dieser Gelegenheit weder erschüttert, noch überhaupt diskutiert werden würde."

Letzteres war selbstverständlich, wird aber schon hier als eine der den Unterredungen von Baltischport von russischer Seite gesetzten Schranken dargestellt, wodurch natürlich ein ganz falsches Bild entsteht. Es knüpft sich daran ein heftiger Angriff wegen der Verhaftung Kostowitschs, die beiläufig bemerkt, von der „Nowoje Wremja" zu einem geradezu pöbelhaften Angriff auf das Leipziger Reichsgericht benutzt wird. Dasselbe Blatt kommt in einem höchst macchiavellistisch angelegten Leitartikel zum Schluß, daß durch das Kommuniqué anerkannt werde, daß der im vorigen Jahre, durch die Marokkofrage gefährdete Frieden, dank der Tripelentente, die den Krieg unmöglich machte, bewahrt worden sei, was gewiß eine Auslegung ist, die von deutscher Seite durchaus nicht zuzugeben ist. Auch der Petersburger Korrespondent der „Times" betont, daß es überaus wichtig sei, daß durch das Kommuniqué die jetzige Gruppierung der Mächte als n o t w e n d i g für das europäische Gleichgewicht anerkannt worden sei. Ein „leitender Diplomat" habe ihm gesagt:

„c'est un fait nouveau d'une grande importance, et qui apportera beaucoup de clarté et de calme dans les relations internationales"

ein Satz, der wohl nur unter der Voraussetzung richtig ist, daß beide Gruppen darauf verzichten, den Zusammenhang dieser Kombinationen zu sprengen und durch Heranziehung neuer Elemente dieses sogenannte Gleichgewicht zu stören. Jener „Times"-Korrespondent macht nebenher in tendenziöser Absicht darauf aufmerksam, daß der Minister des Auswärtigen, Sasonow, nicht bis zum Schluß der Visite des Reichskanzlers in Petersburg geblieben sei, aber zurückkommen werde, um den Prinzen Katsura und Herrn Poincaré zu empfangen, der am 10. August eintreffen werde. Ein Gegenstück dazu ist das Schreiben des Berliner Korrespondenten desselben Blattes, der sich darüber lustig macht, daß die deutschen Zeitungen sich bemühen, ihre Leser zu trösten und ihnen einzureden, daß die Zusammenkunft von Einfluß auf die russisch-deutschen und auf die europäischen Beziehungen im allgemeinen gewesen sei, als sei etwas Neues geschehen und ein großer diplomatischer Erfolg errungen, während sie sich doch sagen müßten, daß das, was in Berlin Befriedigung hervor-

rufe, keine Freude in Paris und London erregt hätte. Das letztere aber ist sonder Zweifel der Fall. Man braucht nur den Leitartikel des „Temps" vom 12. Juli über die militärischen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland zu lesen, um sich davon zu überzeugen. Den Anlaß zu den Ausführungen des Blattes hat der Besuch des General Shilinski und des Admirals Lieven gegeben; ihr Thema ist die Notwendigkeit, Maßregeln gegen die deutsche Flottenverstärkung und die zwei neuen deutschen Armeekorps zu ergreifen. Wir heben die Schlußsätze der Betrachtung des „Temps" hervor:

„Das Schlagwort vom Frieden durch Gleichgewicht, das in Europa zuerst 1893 ausgegeben wurde, scheint von allen Regierungen aufgenommen zu sein. Aber es könnte gefährlich werden, wenn vergessen würde, daß die französisch-russische Allianz bis heute das einzige Fundament dieses Gleichgewichts ist, und daß die scheinbare Harmonie der politischen Kräfte des Kontinents gestört werden könnte, wenn nicht stetig eine Kompensation der militärischen Macht beider europäischer Gruppen stattfindet. Das drückte das jüngste deutsche Kommuniqué aus, als es „die Nützlichkeit der gegenwärtigen Gruppierungen zur Aufrechterhaltung des Friedens und des Gleichgewichts" anerkannte. Das ist es, was die Anwesenheit der beiden Häupter der russischen Generalstäbe unterstreicht. Das ist die Aufgabe, zu der diese Offiziere mitwirken wenn sie in Paris mit unseren Generalstabschefs konferieren. wenn sie in Mailly und in Chalons die Führer unserer Armee und unserer Armeekorps treffen, wenn sie unsere Truppen im Felde bei Erfüllung ihrer Tagesarbeit sehen, endlich wenn sie sich davon überzeugen, wie vortrefflich unser technisches Werkzeug ist, das unseren Mannschaftsbestand und die Wirkung unserer militärischen Ausbildung ergänzt. Die jüngsten Fortschritte unserer Aeronautik werden ihnen ganz besonders beweisen, wie sorgfältig die Entdeckungen der Wissenschaft stets den Bedürfnissen der Landesverteidigung angepaßt werden, und wie groß der Wert der aktiven Hilfe ist, die sie von unserer Industrie und von unserer Armee erwarten dürfen."

Offenbar ist man in Frankreich archiprêt, und die jüngsten Reden im englischen Parlament, die das Kommuniqué ebenfalls enthusiastisch begrüßt haben, werden wohl nicht mit Unrecht als eine Absage jener deutsch-englischen Verständigung betrachtet, um die man sich hüben und drüben so ernstlich bemüht hat. Die Aussicht auf die im Baltischen

Meer erwarteten neuen russischen Kriegsgeschwader scheint vornehmlich die Wirkung in London gehabt zu haben, daß die eingebildete deutsche Gefahr nunmehr erheblich gemindert erscheint und infolgedessen auch der Nutzen einer Verständigung mit Deutschland an Evidenz verloren hat. Höchst interessant ist auch, daß der Berliner Korrespondent des „Golos Moskwy" bemüht ist, darzulegen, daß in Deutschland Zuversicht und Mut geschwunden seien; weder in der auswärtigen noch in der inneren Politik sei die frühere Energie und Standhaftigkeit zu finden. Bereits werde offen zugestanden, daß man bei Abschluß des neuen Handelsvertrages mit Rußland den russischen Wünschen würde nachgeben müssen, auch der bisherige Chauvinismus habe einer kleinmütigen Stimmung Platz gemacht. Das sei aber kein Zufall, die Deutschen hätten den biologischen Rubikon überschritten, der Kulminationspunkt liege hinter ihnen, und die Rasse zeige Symptome der Erschöpfung. Der Zuwachs der Bevölkerung sei zum Stehen gekommen und damit auch der Traum von der Rolle der germanischen Rasse in der Welt, es werde nicht mehr möglich sein, die deutsche Armee zu vergrößern, und die Nachbarn Deutschlands könnten erleichtert aufatmen.

Offenbar kommt bei unserem Niedergang jetzt die große slawische Rasse an die Reihe, ihre Weltmission zu erfüllen. Wir haben sie soeben in Prag am Werke gesehen und die gesamte Tripelentente dabei vertreten gefunden. Der „Nowoje Wremja" wird darüber wörtlich das folgende aus London gemeldet:

„Die aus Prag zurückgekehrten Engländer messen den tschechischen und slawischen Sokolfesten eine große Bedeutung bei. Sie sind der Überzeugung, daß die tschechischen Sokols eine materielle und moralische Macht darstellen, welche die Annexion Böhmens durch Deutschland nicht dulden und Österreich nötigen wird, sich zu bedenken, den Konflikt mit Rußland zu provozieren, zu dem die Polen und Ukrainophilen Österreich drängen. Die Engländer und Franzosen wurden vortrefflich von den Tschechen empfangen. Aber der wärmste Empfang wurde vom Volke den russischen Sokols zuteil, was die Engländer übrigens ganz verständlich finden, da die Tschechen in den Russen nicht nur ein blutverwandtes Volk erkennen, sondern von ihnen auch die Verteidigung ihrer nationalen Existenz erwarten. Die englischen wie die französischen Freunde der Tschechen sind überzeugt, daß die Interessen ganz Europas

verlangen, daß ein Antasten des Tschechenlandes ein casus belli für England und Frankreich sein müsse."

Das war das Leitmotiv der Feierlichkeiten. Auch an einem ehrwürdigen Rhetor aus den Reihen der Tripelentente hat es den Tschechen nicht gefehlt. Emile Ollivier hat einen offenen Brief an seine „teuren Freunde in der Gerechtigkeit und im Recht" geschickt, nämlich an die Sokols in Prag. Er lautet folgendermaßen:

„Das große 19. Jahrhundert, das in allen Ländern eine so prächtige Explosion von literarischem, künstlerischem und wissenschaftlichem Genie gesehen hat, hat noch etwas Größeres getan: es hat einen Kodex internationaler Moral ausgearbeitet, der die Brutalitäten und Kaprizen des Eroberungsrechts endgültig beseitigt hat. Das Werk schien gelungen, und eine neue Ära der Zivilisation, friedlichen Aufblühens erschloß sich der Welt wie eine vielversprechende Morgenröte. (Gemeint ist offenbar die Ära des Ministeriums Ollivier mit ihrem Abrüstungsantrag!)

Seit aber Frankreich durch einen illoyalen, lange vorbedachten Angriff überrascht, auf dem Schlachtfelde unterlag, ging der bereits gewonnene Fortschritt verloren. Ideen, die tot schienen, erstanden aus dem Grabe; die scheußliche Hand der Eroberung streckte sich wieder über die Völker aus; das Gefühl der Gerechtigkeit und der Scham wurde vernichtet, und wohl zu keiner Zeit hat eine ärgere Immoralität die Völker beherrscht. Man möchte sein Antlitz verhüllen, auf der Straße niederfallen und Gott fluchen.

Aber, teure Brüder, gebt euch nicht dieser Verzweiflung hin! Wenn Gott mitunter zu schlummern scheint, seine Stunde kommt früher oder später, und dann fegt er die weg, die seine Gesetze mißachtet haben. Er will aber nicht allein handeln. Wir müssen ihn durch eine kraftvolle Anstrengung anflehen, und er schenkt den Sieg nur gut geführten Schlachten.

Es ist die Schlacht, die ihr so mutig und klug schlagt. Da ihr wißt, daß jedes zwieträchtige Haus in sich zerfällt, sammelt ihr die verstreuten Glieder eurer unzerstörbaren Familie, die so edel, so tapfer, so köstlich ritterlich ist, und ihr kämpft, um euch den groben Umarmungen zu entziehen, die eure freie und harmonische Entwicklung verhindern. Harret aus, hofft! Es wird euch gelingen! Und wenn der Segen eines Greises, dessen Herz an denselben Wunden blutet, eine Kraft ist, schicke ich euch

den meinigen. Mag er eurem Herzen süß sein und euren heiligen Eifer mehren. Emile Ollivier!"

Der alte Mann, der hier bemüht ist, den Deutschenhaß der Tschechen anzustacheln, ist derselbe, der 1870 „leichten Herzens" den Betrug sanktionierte, durch den der französischen Kammer die frevelhafte Politik Grammonts verborgen wurde. Man wird die Tschechen um diesen Segen nicht beneiden. Der Brief Olliviers ist im „Figaro" veröffentlicht, und wir haben bisher keine Reproduktion desselben in der russischen Presse gefunden, so daß sich nicht erkennen läßt, ob die lächerlichen Schwächen dieser Deklamation empfunden worden sind. Eines ist aber gewiß richtig. Es geht ein Zug elementaren Hasses durch diese slawische Welt, und auch in Rußland wird man, außer bei dem Zaren und wenigen über der Menge stehenden Persönlichkeiten, bei allem, was sich Intelligenz nennt, diesen Haß gegen alles Deutsche finden. Nebenher aber verdient der Tatendurst der Slawen volle Beachtung: Vor allem das Bündnis der Bulgaren und Serben, an dessen Realität nicht mehr gezweifelt werden kann, und wir glauben nicht, daß der Einfluß der russischen Regierung stark genug sein wird, den Ausbruch ihrer nationalen Leidenschaft zurückzuhalten, wenn sie glauben, daß Zeit und Stunde ihnen einen Erfolg versprechen. Ihr Ziel aber sind auch heute noch die Grenzen von San Stephano. So wie die Dinge liegen, kann der Augenblick früher eintreten, als Rußland, das noch in der Vorbereitung steht, lieb sein dürfte. Die paradiesischen Zeiten, die von der letzten Rede Sir Edward Greys angekündigt wurden, scheinen uns daher noch recht weit zu liegen. Bulgarien folgt, wie die „Nowoje Wremja" berichtet, mit gespannter Aufmerksamkeit der Entwicklung der Ereignisse in der Türkei, und die leitenden Kreise in Sofia erwarten, daß die Krisis, die zum Rücktritt Schewket Paschas geführt hat, „zu äußerst ernsten Verwicklungen führen werde und zu gefährlichen Folgen für die Zukunft der Türkei." Eine weitere Korrespondenz desselben Blattes vom 14. Juli sagt: Die Lage der christlichen Bevölkerung in Mazedonien verschlechtert sich von Tag zu Tag und wird unerträglich, was sowohl den Exarchen von Bulgarien wie den ökumenischen Patriarchen beunruhigt. Die Regierungen von Sofia, Athen und Belgrad sind gleichfalls sehr besorgt wegen dieser Frage. Der bulgarische Exarch und der Patriach erhalten täglich Nachrichten über Morde, Martern, Arreste und Plünderungen, die an Bulgaren, Griechen und Serben verübt

werden, das schlimmste aber ist, daß die Christen an den türkischen Gerichten kein Recht erhalten können. Der Exarch hat sich mehrfach an den Minister des Innern Adil Bey gewandt und ihn gebeten, Maßregeln zu ergreifen, um dem Übel zu wehren, das das Reich ins Verderben führen werde. Adil gab die Argumente des Exarchen zu, erkannte die Richtigkeit der Tatsachen an, und versprach, die Dinge in Mazedonien zu verbessern. Gleiche Vorstellungen hat auch der griechische Patriarch gemacht.

Aus einem Bericht des „Golos Moskwy" über einen Kongreß, der kürzlich in Anlaß der mazedonischen Frage in Sofia stattfand, ergibt sich, daß beschlossen wurde, überall Versammlungen zu berufen um auf die bulgarische Regierung einzuwirken und sie zu nötigen, zu den Waffen zu greifen; jeder der 50 Delegierten, die aus allen Enden Bulgariens eingetroffen waren, solle in seiner Stadt arbeiten. Man hörte Rufe: Entweder Krieg oder die Regierung soll einer anderen Platz machen! „Es wurden, schließt diese Ausführung, eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt, über welche wir, aus begreiflichen Gründen, schweigen . . . Die Stimmung ist derartig, daß selbst für die allernächste Zukunft nicht gebürgt werden kann."

Das klingt so bedrohlich, als ob wir unmittelbar vor ernsten politischen Verwicklungen ständen. Auch heißt es, daß Bulgarien über Abschluß einer großen Anleihe mit Frankreich verhandele, während andererseits in Österreich das Gerücht verbreitet ist, daß infolge des neuen Abkommens über das Mittelmeer, das zwischen England, Frankreich und Italien verhandelt wird, die letztere Macht genötigt sein werde, zwischen Tripelentente und Dreibund zu optieren. Bekanntlich arbeitet der französische Botschafter in Rom, Barère, seit Jahren daran, Italien zu Frankreich herüberzuziehen und zu den Geheimverträgen, die Herr Delcassé abgeschlossen hat, gehört, wie ebenfalls bekannt ist, auch ein Vertrag mit Italien, von dessen Bedeutung wir in Algeciras Erfahrungen gemacht haben. Endlich ist kein Zweifel daran, daß seit Racconigi russisch-italienische Verabredungen in Kraft getreten sind, deren Inhalt geheim gehalten wird. Der Schluß liegt nahe, daß jedenfalls daran gearbeitet wird, das „Gleichgewicht" der beiden Gruppen zu stören, und zwar nicht zum Vorteil der Gruppe, zu der wir gehören. Jedenfalls wird es notwendig sein, daß, wenn die Frage der Erneuerung des Dreibundes

gestellt wird, die Stellung Italiens im Bunde ohne jeden Vorbehalt und ohne Zweideutigkeit präzisiert wird.

Es steht wohl in Zusammenhang mit der kriegerischen Stimmung, welche durch die slawische Welt geht, daß die russischen Sozialrevolutionäre, wie dem „Golos Moskwy" aus Petersburg berichtet wird, Ende Juli und Anfang August sich zu einem Kongreß in Paris zusammenfinden werden. Delegierte der in Lausanne, Genf, London lebenden Organisation und das gesamte Zentralkomitee werden anwesend sein; eine Vorberatung der in Paris lebenden Häupter der Partei hat bereits stattgefunden. Es handelt sich darum, festzustellen, welche Taktik bei den Wahlen zur vierten Duma einzuhalten sei. Die große Majorität der in Rußland selbst domizilierten Sozialrevolutionäre will sich an den Wahlen beteiligen, um die Tribüne der Duma zu revolutionärer Propaganda zu benutzen. Sie wollen während des Wahlkampfes mit den Sozialdemokraten und der Arbeiterpartei Wahlabkommen treffen: die ausländischen Sozialrevolutionäre dagegen wollen nicht mitmachen, weil dadurch der Protest gegen die „gefälschte Volksvertretung" fallen gelassen würde und die Gefahr vorliege, daß die Politik des Terrors aufgegeben werde. Auf den Terror aber will die Majorität der ausländischen Gruppen nicht verzichten. Der Schuß Bagrows, der ein Protest gegen die geltende russische Staatsordnung war, habe keine Veränderung der politischen Konjunktur zur Folge gehabt. Stolypin sei gefallen, aber die Stolypinsche Politik dauere fort. Wahrscheinlich werde die Folge dieser Meinungsverschiedenheiten der Zerfall der Partei sein. So glaubt der „Golos Moskwy", und man muß hoffen, daß er recht behält. Aber wir glauben nicht, daß all diese Stimmen sich als irrelevant beiseiteschieben lassen!

Eine äußerst interessante Kontroverse, die alle seefahrenden Nationen angeht, ist über die durch den zweiten Hay-Pauncefote-Vertrag vom 18. November 1901 für die Schiffahrt auf dem Panamakanal bedingte Freiheit der Durchfahrt durch den Kanal zwischen England und den Vereinigten Staaten zur Losung gestellt.

Der Artikel 3 Punkt 1 dieses Vertrages lautet im englischen Urtext:

„The canal shall be free and open to the vessel of commerce and of war of all nations observing Rules, on terms of entire equality, so that there shall be no discrimination against any such nation, or its citizens or subjects in respect of the conditions or charges of traffic,

or otherwise. Such conditions and charges of traffic shall be just and equitable."

Nun verhandelt der Kongreß der Vereinigten Staaten über eine Bill, die folgende Bestimmungen enthält:

1. Die Benutzung des Kanals wird Schiffen verboten, deren Eigentümer dauernd Eisenbahngesellschaften assoziert sind und die Küstenschiffahrt zwischen Häfen der Vereinigten Staaten treiben.

2. Freiheit von allen Durchfahrtsabgaben wird allen amerikanischen Küstenfahrern gewährt.

3. Freiheit von allen Abgaben wird den amerikanischen Kriegsschiffen gewährt, sowie denjenigen Handelsschiffen, welche Reeder der amerikanischen Regierung im Notfall zur Verfügung stellen.

Gegen die Beratung dieser Bill hat die britische Regierung protestiert, und Staatssekretär Knox hat davon dem Senat Mitteilung gemacht. Der Senat hat aber mit 40 gegen 34 Stimmen abgelehnt, die Verhandlung über die Bill aufzuschieben, solange, wie Großbritannien verlangt hatte, die Verhandlungen zwischen England und den Vereinigten Staaten dauern.

Damit ist eine Konfliktsfrage gestellt, in der, wie nach dem bisherigen Verlauf aller Verhandlungen Englands mit Amerika, ersteres wird nachgeben müssen, wenn nicht etwa Rücksicht auf Kanada, die beide Teile nehmen müssen, zu einem Ausgleich führt. Daß die Vereinigten Staaten auf einen Schiedsspruch im Haag eingehen, ist noch zweifelhaft, da jedes Schiedsgericht für England entscheiden müßte.

Der Rücktritt Schewket Paschas, der uns vor acht Tagen wahrscheinlich schien, ist inzwischen erfolgt und damit eine innere Krisis in der Türkei eingeleitet, die uns ernste Sorgen macht. Der fortdauernde Aufstand in Albanien, die Erhebung eines Teiles der Truppen, die Erfolge der italienischen Waffen und die oben gekennzeichnete Haltung der Bulgaren und ihrer Verbündeten lassen die Lage sehr bedenklich erscheinen. Vielleicht führt aber gerade diese Gefahr zu einem Kompromiß mit den Unzufriedenen und zur Einsicht, daß vor allem dem Kriege mit Italien durch einen Friedensschluß ein Ende zu machen ist. Aber die letzte Rede des Großwesiers und das Vertrauensvotum der Kammer, das sie zur Folge hatte, läßt gerade diese rettende Wendung zweifelhaft erscheinen.

18. Juli. Demission des Kabinetts Said. Tewfek P. Großwesir.
19. Juli. 90. Geburtstag der Großherzogin Augusta von Mecklenburg-Strelitz.
Italienische Torpedoboote versuchen die Dardanellen zu forcieren.
21. Juli. Fürst Katsura in Petersburg.
22. Juli. Das englische Unterhaus genehmigt den neuen Flottenetat.
Ghazi Mukhtar P. wird Großwesir. Kiamil Präsident des Staatsrats.
24. Juli. Allgemeine Amnestie und Einstellung der Operationen gegen die Albaner.

24. Juli 1912.

Prinz Katsura ist seit Sonntag in Petersburg, und wahrscheinlich ist der Vertrag bereits unterzeichnet, durch den beide Mächte die Konsequenz aus den Verträgen der Jahre 1907 und 1910 ziehen, in denen sie sich gegeneinander verpflichteten, die Integrität Chinas und den Statusquo in der Mandschurei aufrechtzuerhalten: „Les Hautes Parties contractantes reconnaissent l'indépendance et l'intégrité territoriale de la Chine" (Artikel 2 des Petersburger Vertrages 17./30. Juli 1907, gezeichnet Motono, Iswolski), oder, wie es im Vertrage vom 21. Juni 1910, der dieselben Namen als Unterzeichner trägt, heißt: „Chacune des hautes parties contractantes s'engage à maintenir et à respecter le statu quo en Mandchourie, tel qu'il résulte de tous les traités, conventions ou autres arrangements conclus jusqu'à ce jour, soit entre le Japon et la Russie, soit entre ces deux puissances et la Chine". Der sich anschließende Artikel 3 dieses Vertrages aber sagt, daß, wenn ein Ereignis eintreten sollte, das diesen Statusquo bedroht, beide Mächte sich über die Maßregeln verständigen würden, die sie zur Aufrechterhaltung des Statusquo für notwendig halten. An diesen, der chinesischen Regierung mitgeteilten Vertrag, knüpfe sich aber ein geheimer, dessen Inhalt nicht bekannt würde, dessen Existenz aber gut verbürgt ist. Um die Ausführung dieses letzteren Vertrages scheint es sich zu handeln, und nach japanischen Quellen, welche die „Nowoje Wremja" vom 15. Juli wiedergibt, handelt es sich um nicht mehr und nicht weniger als um eine Teilung der Mandschurei und der

Mongolei, wobei Japan die Mandschurei bis zum Sungari bei Laschajou und die Mongolei bis zum Fluß Tore zu erhalten wünsche. Für Rußland müßten dann, die nördlich vom japanischen Anteil der Mandschurei und westlich von der japanischen Mongolei liegenden weiten Landstriche abfallen. Die „Nowoje Wremja" findet diese Teilungslinien ungünstig. Eine solche Teilung werde den wesentlichsten politischen und ökonomischen Interessen Rußlands unwiederbringlichen Schaden verursachen und es nötigen, aus strategischen Gründen das Zentrum der mandschurischen Stellung Rußlands aus Charbin nach Zizichar oder noch westlicher zu verlegen. Man würde Charbin zu einem internationalen Platz machen müssen und des gesamten Getreidemarktes der Mandschurei verlustig gehen.

Ein Telegramm der „Agence Havas" aus Tokio vom 18. Juli, das die Form eines Dementi der umlaufenden Allianzgerüchte trägt, bestätigt, ohne geographisch zu präzisieren, die oben wiedergegebene russische Nachricht. Rußland und Japan hätten sehr wichtige Kommuniqués ausgetauscht, welche die Vereinbarungen von 1907 und 1910 *ergänzen* und die Einflußsphäre Rußlands in der nördlichen Mandschurei und äußeren Mongolei sowie die Japans in der südlichen Mandschurei und in dem Teil der Mandschurei festlegen, der früher innere Mongolei genannt wurde. Dasselbe Telegramm erklärt, daß von einer russisch-japanischen Allianz keine Rede sei, es hätten keinerlei Verhandlungen darüber stattgefunden und man beabsichtige auch nicht, welche anzuknüpfen. Offenbar ist jene Ableugnung von Bündnisabsichten nicht mehr als ein diplomatischer Kniff: das Bündnis besteht bereits seit 1910, und man hat es jetzt nur auf weitere Gebiete ausgedehnt.

Ein russischer Diplomat, dessen Äußerungen der „Golos Moskwy" wiedergibt, drückt das so aus:

„Die Behauptung der ausländischen Presse, daß Katsura in Petersburg ein russisch-japanisches Bündnis abschließen will, ist wenig wahrscheinlich. Die bisher zwischen Rußland und Japan bestehenden Verträge sichern in ganz ausreichender Weise die völlige Solidarität beider Mächte, und das Bestehen gemeinsamer Interessen sowie gemeinsamer Aktion gibt eine solidere Basis für die gegenseitigen Beziehungen als alle schriftlichen Vereinbarungen."

Diese Daten, die sich dahin zusammenfassen lassen, daß Rußland und Japan Mandschurei nud Mongolei ebenso in Einflußsphären geteilt

haben, wie Rußland und England Persien teilten, haben nicht genügt, das Mißtrauen der „Nowoje Wremja" zu zerstreuen. Sie beunruhigt sich wegen der bevorstehenden Reise Katsuras, die ihn, wie bekannt ist, schließlich auch nach Berlin führen sollte. Sie fürchtet, daß die notorisch guten Beziehungen zwischen Deutschland und Japan in ein Bündnis ausmünden könnten! Das würde der deutsch-russischen Freundschaft einen tödlichen Schlag versetzen. Wenn Deutschland sich überflüssigerweise mit ostasiatischen Angelegenheiten befasse und Japan zum Nachteile Rußlands unterstütze, riskiere es die Sicherheit an seiner Ostgrenze, an die es so fest glaube, und dazu seinen gesamten Handel mit Rußland zu verlieren. Auch wäre es unmöglich, daß eine Macht zugleich mit England und mit Deutschland verbündet sei. Das englisch-japanische Bündnis stehe aber, wie Sir Edward Grey eben erst bestätigt habe, unerschütterlich fest. Der lange, in den gegen Deutschland gerichteten Drohungen höchst unverschämte Artikel, mündet schließlich in die Versicherung aus, daß Rußland keine anderen Gedanken habe, als die Integrität Chinas aufrechtzuerhalten, daß aber allerdings die bisherigen Verträge zwischen Rußland und Japan nicht mehr den jetzigen Verhältnissen entsprächen, und daß Katsura die von dem japanischen Botschafter in Petersburg vorbereitete engere Verständigung beider Mächte endgültig formulieren werde! Auch hier bestätigt der Schluß, was anfangs bestritten wurde.

Die „Times", die ihre Befriedigung über die zwischen Japan und Rußland eingetretene Verständigung unzweideutig ausdrückt, benutzt die Gelegenheit, um einen waren Hymnus auf den Nutzen anzustimmen, den die englisch-japanische Allianz nicht nur diesen beiden Mächten, sondern China und der ganzen Welt gebracht habe!, wobei das Cityblatt zu vergessen scheint, daß diese Allianz den Chinesen Korea und den Russen Port Arthur, ihre Flotte und die Verbindung mit dem eisfreien Ozean kostete. Vergessen scheint auch die Tatsache, daß die jetzt geltende Allianz nicht mehr der ursprünglichen entspricht, wie denn überhaupt die Gesamtlage im fernen Osten einen neuen, nicht nur durch die chinesische Revolution gewandelten Charakter trägt. Wenn jetzt die schwere, wahrscheinlich tödliche Erkrankung des Mikado Katsura direkt nach Japan zurückführen sollte, wird es wohl von all den Kombinationen still werden, die an seine wirklichen oder angeblichen Pläne geknüpft werden. Was bleibt, ist die Ausdehnung der russischen und der japanischen „Ein-

flußsphären", die einer kaum verhüllten Annexion gleichzusetzen ist. Es bleibt auch der Eindruck von der selbstgerechten Heuchelei, mit der diese orientalische Politik betrieben wird, von der Überhebung, die sich die russische Presse Deutschland gegenüber erlaubt, und endlich von der Hilflosigkeit, in der China vorläufig der konzentrierten Übermacht seiner beiden Gegener gegenübersteht.

Dabei ist der Vorbehalt mit allem Nachdruck zu betonen, daß es sich nicht um bleibende Entscheidungen handelt. So sicher Arbeitsfähigkeit und Zähigkeit der chinesischen Rasse, ihre ungeheure Kopfzahl, der unerschöpfliche Reichtum ihres Bodens und ihre Fähigkeit, sich die Ergebnisse europäischer Kultur anzueignen, dem überlegen sind, was Rußland ihnen auf die Dauer entgegenzusetzen hat, ebenso sicher ist es, daß die Zukunft eine chinesische Revanche bringt. Ob sie im Bündnis mit Japan erfolgt, oder ob China allein seine Massen gegen Norden und Westen vorwälzen wird, vermag zwar niemand vorherzusehen, aber begonnen hat die Revanche schon heute. Die russische Kolonisation am Amurgebiet weiß davon zu erzählen. Die russische Zeitung der „Ferne Osten" schildert die Lage, wie sie zurzeit in Wladiwostok ist, folgendermaßen:

„Unser Geld strömt ins Ausland: nach China, Japan, Amerika usw. Nicht nur der Lohn der Arbeiter geht nach China, alles Erworbene fließt über die Grenze. Fleisch wird aus Australien und China eingeführt, Getreide aus China, Gemüse und Früchte aus Japan. Man sollte glauben, daß die Fische unser sind; wenn wir uns aber erinnern, wem der größte Teil der Fischereigründe gehört, wer die Fischer sind, woher alles Gerät für die Fischerei und woher das Salz kommt, so gelangt man zu dem Schluß, daß wir auch die Fische von Japan erhalten. Bediente sind Chinesen und Japaner. Wir werden von Japanern geschoren, rasiert und photographiert. Unsere Möbel erhalten wir von Nagasaki oder Schanghai, werden sie aber hier gearbeitet, so geschieht es durch japanische oder chinesische Hände. Chinesen stopfen die Zigaretten, die Hülsenfabrik in Wladiwostok wird von Chinesen bedient. Mit einem Wort — das gesamte Leben ist in Händen der Gelben; alles Geld geht durch ihre Hände, ohne sie sind wir unmündig, wir vermögen nichts für uns selbst zu schaffen. Sogar unsere Kleider kaufen wir meist bei Künst und Albers, d. h. das Geld dafür schwimmt nach Hamburg, wollen wir aber einen Anzug hier machen lassen, so müssen wir zu chinesischen

Schneidern gehen. Und so ist es überall. Alles klagt über die Krisis, aber alles beeilt sich, das der Krone abgezwackte Geld jenseits der Grenze loszuwerden. Früher waren die Chinesen nur die Träger der groben Arbeit oder handelten in ihren Ländern. Heute sind sie überall eingedrungen. Das ist ein abscheuliches Symptom. Die Chinesen kommen auf, und die Russen räumen ihnen alle Positionen."

Man kann es nicht treffender sagen. Es ist der Anfang der Revanche, und nie ist eine törichtere Politik getrieben worden als die, welche Rußland in die Mandschurei und Mongolei geführt hat. Das schließt freilich nicht aus, daß die einzelnen Schachzüge dieser Politik, soweit es sich um Erreichung des nächsten Zieles handelt, mit großer Schlauheit und Verschlagenheit geführt wurden. Aber das Ziel selbst ist falsch gestellt und der Einsatz des Spieles die Zukunft des gesamten asiatischen Rußland.

Man könnte die Frage aufwerfen, ob die Politik, die sich den Bau der transpersischen Bahn nach Indien zum Objekt gesetzt hat, nicht ebenfalls ein Ziel verfolgt, das, wenn es erreicht wird, ganz andere Folgen nach sich ziehen muß, als ursprünglich erstrebt wurden. Das offiziell in Petersburg und in London proklamierte Programm will durch die Verbindung der wirtschaftlichen Interessen Rußlands mit Indien die englisch-russische Freundschaft fester begründen. Der Militärkorrespondent der „Times" meint aber, das Gegenteil werde die Folge sein. England dürfe nicht vergessen, daß der Bau der sibirischen Bahn es Rußland möglich gemacht habe, eine Million Krieger gegen Japan in Bewegung zu setzen, während es sonst im Laufe von 18 Monaten schwerlich mehr als 100 000 Mann aufgebracht hätte. England werde, wenn es dulde, daß die Eisenbahn Indien erreiche, zu einer Kontinentalmacht und wie Japan genötigt sein, zur allgemeinen Wehrpflicht zu greifen. Es gebe kein Projekt, das mehr geeignet sei, in England den Antagonismus gegen Rußland wach zu rufen als diese Bahn durch Indien. „Wenn die Entente es verlangt, daß wir unsere militärische Stellung schwächen um des Profits russischer und französischer Finanziſten willen, dann wird die Frage des Nutzens der Entente kontrovers." Dieser Gedanke wird weiter ausgeführt. Enlgand habe aus ähnlichen Gründen das Projekt des Tunnels verworfen, der unter dem Kanal England und Frankreich verbinden sollte; wie damals solle man das Ohr der Stimme der öffentlichen Meinung Englands, nicht der Reklame

interessierter Unternehmer folgen lassen. Es kann nicht Wunder nehmen, daß der „Temps" mit höchstem Eifer für das Projekt eintritt: er vertritt, wie in der marokkanischen Frage, auch hier die Interessen der hohen Finanz und der Unternehmer und spielt schließlich den Trumpf aus, daß „Rußland nach dem Abkommen von 1907 in Persien innerhalb seiner Einflußsphäre alle Bahnen bauen könne, für die es Konzessionen erhalte, also auch nach Ispahan und Jezd, das heißt bis zu einem Punkt, von dem aus russische Truppen bereits ernstlich die Sicherheit Indiens bedrohen können". Der Artikel schließt mit den Worten: „England mag wollen oder nicht, die transiranische Bahn wird gebaut werden." Das mag sein. Jedenfalls aber nicht mit russischem Gelde. Frankreich und England werden es hergeben müssen — wenn sie dazu willig sind. Von Frankreich ist es nicht zu bezweifeln, aber in England regen sich sehr ernste Zweifel. Der „Economist" berechnet in einem sehr lehrreichen Artikel, daß von 1906 bis heute England der russischen Regierung, russischen Städten und industriellen Unternehmungen nicht weniger als 40 221 252 Lstr. geliehen habe, wobei die 3 346 450 Lstr. finländischer Anleihen nicht gerechnet sind.

„Wir empfehlen diese Zahlen der Aufmerksamkeit des „Foreign Office", schließt der „Economist". „Nach dem Ton der Reden von Sir Edward Grey und dem liebedienerischen Ton einiger seiner Depeschen zu schließen, möchte man annehmen, daß das britische Reich vom Wohlwollen der russischen Regierung abhängt. In Wirklichkeit wird die russische Regierung immer abhängiger vom Wohlwollen des Londoner Geldmarktes, und die russischen Diplomaten mögen wohl lächeln über den Kontrast zwischen den ökonomischen Realitäten und dem diplomatischen Schein. Es gibt wahrhaftig keinen Grund, weshalb unsere Botschafter in Gegenwart ihrer Debitoren auf Händen und Knieen kriechen sollen."

Das ist sehr richtig, aber es wird jenes Schweifwedeln fortgesetzt werden, solange der Wahnsinn von der deutschen Gefahr in englischen Köpfen weiter spukt.

Dieser Wahnsinn ist soeben wieder in der Rede zum Ausdruck gekommen, die Winston Churchill vor dem englischen Unterhause gehalten hat, und die in einen neuen Flottenplan ausmündete, dessen Durchführung der deutschen Flotte fünf englische Geschwader entgegenzusetzen bestimmt ist. Denn Churchill argumentiert ebenso wie

Admiral Lieven in der Budgetkommission der Duma mit Deutschland als dem Gegner und ist dabei so unehrlich, während er die italienische und die österreichische Flotte als Momente der Gefahr für England mitrechnet, die russische und die französische Flotte mit Stillschweigen zu übergehen, als ob sie nicht vorhanden wären. Das Motiv der ungeheuren englischen Flottenvermehrung aber ist unsere jüngste Flottenvorlage und der heuchlerische Vorwand, durch den die öffentliche Meinung Englands gewonnen werden soll: die Notwendigkeit England gegen Deutschland zu verteidigen und den Weltfrieden zu erhalten.

Daß England sich nur sicher zu fühlen glaubt, wenn es in ungeheurer numerischer Überlegenheit uns gegenübersteht, ist zwar für unsere Marine sehr schmeichelhaft — als Engländer aber müßte man sich dieser Argumentation schämen, ganz abgesehen davon, daß der Gedanke, daß wir Wilhelm dem Eroberer nachfolgen wollen, in seiner Hysterie nur wenig von dem Wahn unterschieden ist, an dem heute die englischen Suffragetten kranken. Was aber die Erhaltung des Weltfriedens betrifft, so gefährdet ihn nichts mehr als gerade diese englischen Rüstungen, die schon, bevor sie in der jetzigen Höhe angekündigt wurden, den Revancheeifer der Franzosen zum Sieden brachten. Qui vivra verra! An Stoff zum großen Brande, auf den man sich diesseits wie jenseits vorzubereiten scheint, fehlt es wahrhaftig nicht.

Die Krisis, in der heute die T ü r k e i steht, ist vielleicht im Begriff, eine Wendung zum Besseren zu nehmen. Die Ernennung des alten Helden Muktar Gazi Pascha zum Großwesir könnte sie bringen, der jüngste Versuch Italiens, die Dardanellen zu forcieren, den Hader der Parteien schlichten und die politische Tyrannei brechen, die das „Komitee" zum Unheil des Reiches ausgeübt hat und zu behaupten bemüht ist. Aber das sind noch Hoffnungen, und erst wenn wir wieder eine einige Türkei sehen, wird sich daran glauben lassen, daß diese, die Existenz des Staates bedrohende Krisis, überwunden werden kann. Denn daß es sich um den Fortbestand der Türkei als europäischer Staat handelt, kann nicht mehr zweifelhaft sein. Der immer hartnäckiger auftauchende Gedanke eines Kongresses oder einer Konferenz zur Lösung der orientalischen Frage geht nicht von den Freunden der Türkei aus und zielt nicht auf ihre Erhaltung, sondern auf ihre Auflösung. Findet die Türkei kein Mittel, Albanien zu befriedigen, so wird diese Provinz die Wege gehen, die Serbien und Bulgarien gegangen sind, gelingt es nicht Maze-

donien Ruhe und Sicherheit zu schaffen, so gibt es einen Krieg mit Bulgarien, der aller Wahrscheinlichkeit nach auch Serbien und Griechenland in Aufrüstung bringt und Italien der Rücksichten ledig macht, die es immer noch einhält. Die Bulgaren glauben, daß sie in dieser Kombination siegen werden, sollten sie aber — was das wahrscheinlichere ist — unterliegen, so rechnen sie wohl nicht mit Unrecht darauf, daß die russische Regierung durch den Druck der öffentlichen Meinung des Landes genötigt werden wird, für sie einzutreten. Die Gefahr liegt in Bulgarien, und es ist sehr fraglich, ob König Ferdinand, trotz seiner Abneigung gegen Kriegsgetümmel, imstande sein wird, das bulgarische Volk, das in all seinen Schichten den Krieg um die Grenzen von San Stephano verlangt, wird zurückhalten können.

Inzwischen trifft soeben die Nachricht ein, daß Muktar sein Großwesiriat in die Hände des 86jährigen Kiamil Pascha niedergelegt hat. Die „Nowoje Wremja" kündigt an, daß die Türken mit fliegenden Fahnen in das englische Lager übergehen, daß die Anarchie steige, und daß in der bulgarischen Presse und in der bulgarischen Armee energische Proteste und Beschuldigungen gegen die Friedensliebe und den Gleichmut laut werden, den die bulgarische Regierung den Ereignissen gegenüber beobachte, die jenseits der bulgarischen Grenzen sich vollziehen.

Wir glauben, daß den Herren Geschow und Todorow von der „Nowoje Wremja" Unrecht geschieht. Diese Herren scheinen eher geneigt, das Feuer zu schüren, als es zu löschen.

In Frankreich sind die marokkanischen Sorgen im Steigen. Wie gleichzeitig die Stimmung in Frankreich uns gegenüber ist, hat vor wenigen Tagen G. N. Raschdau in der „Kreuz-Zeitung" sehr treffend dargelegt. Was man in Paris „nécessités supérieures de notre défense métropolitaine" nennt, ist die Hoffnung auf den Krieg, den andere für Frankreich ausführen sollen. Herr Tardieu hat ja in seinen Ausführungen in der „Deutschen Revue" kein Hehl daraus gemacht, und wir haben allen Grund zu glauben, daß hinter ihm nicht nur der „Temps" und die „France Militaire" stehen, sondern all die Elemente, die noch immer den Ausschlag in Frankreich gegeben haben, und denen die friedliche Masse des Volkes zu widerstehen unfähig ist. Dieser Masse ist auch das marokkanische Unternehmen, das doch erst in seinen Anfängen steht, höchst unbequem, aber sie ist stumm, und die Pariser Journalisten, die in sich bereits künftige Minister erblicken und jedenfalls ministrables

sind, entscheiden. Zurzeit ist ganz Marokko in Flammen, und die Anzeichen, daß das Feuer nach Algier und Tunis übergreift, mehren sich. Jetzt trägt man sich mit dem Gedanken, Abdul Aziz wieder zum Sultan zu machen. Es ist kaum glaublich, daß er so töricht sein sollte, den Dornensitz anzunehmen, den man ihm aufnötigen will.

Die Ereignisse in Portugal zeigen, daß die Republik zwar nicht stark genug ist, um ein haltbares Regime zu begründen, daß aber ihre militärischen Kräfte gerade noch hinreichen, den immer wieder erneuerten Anstrum der Mornachisten zurückzuweisen. Neuerdings scheint die Gegenrevolution auch in der Armee an Boden zu gewinnen, und wenn sich das bestätigen sollte, könnte die unrühmliche Geschichte dieser traurigen Republik ihren Abschluß finden.

25. Juli. Rede von Asquith über die auswärtige Politik.
26. Juli. Frhr. v. Wangenheim übernimmt die Geschäfte der Botschaft in Konstantinopel.
29. Juli. Tod des Kaisers Mutsohito von Japan. Sein Nachfolger Joshihito.
30. Juli. Ausdehnung des albanischen Aufstandes.
Vertrauensvotum der türkischen Kammer für das Ministerium.

31. Juli 1912.

Es ist wohl an der Zeit, den Verlauf und die bisherigen Ergebnisse des Kampfes zusammenzufassen, den die Nominierung der republikanischen und demokratischen Präsidentschaftskandidaten in den Vereinigten Staaten von Amerika heraufbeschwor. Ist die Entscheidung auch noch keineswegs gefallen, so lassen die politischen Strömungen sich doch erkennen, welche die Massen in Bewegung setzen, und zugleich darf nicht übersehen werden, daß wir vor der Möglichkeit tiefgreifender politischer Wandlungen in der großen Republik jenseits des Ozeans stehen. Noch aber ist es ganz unmöglich, mit annähernder Sicherheit vorherzusagen, wem sich als nächstem Präsidenten die Pforten des Weißen Hauses öffnen werden. In den Reihen der republikanischen Partei scheint die Erkenntnis immer mehr Boden zu gewinnen, daß sie einer völligen Niederlage, ja dem Zusammenbruch nur entgehen kann, wenn sie sowohl Taft als Roosevelt ganz fallen läßt und einen Mann auf den Schild hebt, den die gesamte Partei zu ihrem Kandidaten zu machen willig ist. Daß die Aussichten von Taft fast gleich Null sind, wird kaum noch bestritten, Roosevelt aber hat so viele Fehler gemacht, daß seit der Nominierung Wilsons, der ja auch dessen Gegner Champ Clark schließlich zugestimmt hat, der Abfall in seinem Lager stetig zunimmt.

Nun gibt es aber auch im demokratischen Lager, ebenso wie im republikanischen, einen schwachen Punkt, und das ist die Haltung, welche die katholische Kirche einnimmt. Zum erstenmal in der Geschichte der Vereinigten Staaten hat die katholische Kirche durch ihre hierarchischen Häupter in die Präsidentschaftswahlen eingegriffen. Sie

haben sich alle rückhaltlos für Taft ausgesprochen, was ja insofern nicht wundernehmen kann, als Taft schon, bevor er Präsident wurde, auf den Philippinen und in Portorico durch seine Verwaltungstätigkeit sich um die Gunst der einflußreichen katholischen Organisationen bemühte. Als Präsident aber hat er durch die Stellung, die er in der Frage der Indianerschulen und durch den Einfluß, den er in Armee und Flotte dem katholischen Klerus einräumte, das Vertrauen, das man ihm entgegenbrachte, nicht nur zu bewahren, sondern noch zu steigern verstanden. Den vorwaltenden Anschauungen der republikanischen Partei aber entsprach diese Politik keineswegs. Im Gegensatz zu ihr bildete sich eine Organisation, die den Namen „Guardians of Liberty", Hüter der Freiheit, annahm und sich zum Ziel setzte, allen Eingriffen der geistlichen Gewalten in die Rechte und in die Funktionen der weltlichen Gewalten entschlossen entgegenzutreten. Diese Organisation gewann überraschend schnell an Bedeutung und Ausdehnung in beiden Lagern, in dem republikanischen wie in dem demokratischen.

Nun hatte einige Zeit, bevor die demokratische Konvention zusammentrat, das demokratische National-Komitee dem besonderen demokratischen Komitee des Staates New York angeboten, ihm die Nominierung des Kandidaten für die Vizepräsidentschaft zu überlassen, falls ein irischer Katholik ernannt werde, und zugleich angedeutet, daß der Senator O'Gorman die dazu geeignete Persönlichkeit wäre. Das geschah zur Zeit, da noch alle Wahrscheinlichkeit dafür sprach, daß Champ Clark von der Demokratischen Konvention nominiert werden würde. Um nun die Nominierung eines irisch-katholischen Vizepräsidenten zu sichern, ist von Murphy (d. h. von Tammany Hall) so hartnäckig für Clark eingetreten worden, und als es nicht mehr zweifelhaft war, daß dieser Kandidat nicht durchzusetzen sei, für Underwood. So wurde die Nominierung von Wilson in doppelter Hinsicht zu einer Niederlage Tammanys, das sowohl seinen politischen Kandidaten Champ Clark als seinen konfessionellen Kandidaten für die Vizepräsidentschaft verlor. Man hat dann noch einen schwachen Versuch gemacht, einen Katholiken aus dem Westen für die Vizepräsidentschaft zu gewinnen, aber das glückte nicht, und Marsholl aus Indiana wurde nominiert.

Einen irischen Katholiken hatte man aber zum Vizepräsidenten haben wollen, weil für den Fall, daß der Präsident vorzeitig starb, die

Vereinigten Staaten zum erstenmal einen Katholiken und Iren zum Präsidenten gehabt hätten. In Baltimore wurde, wie mir von wohlorientierter Seite geschrieben wird, damals allgemein geglaubt, daß, wenn die in der demokratischen Konvention hervorgetretenen katholischen Pläne ihr Ziel erreicht und die Kombination Clark-O'Gorman durchgesetzt hätten, Clarks Leben in steter Gefahr gewesen wäre. An einen der Führer von Tammany soll direkt die Frage gestellt worden sein, „ob es gegebenenfalls ein zu rechtfertigender Totschlag wäre, den Präsidenten nach erfolgter Wahl zu töten". Bei der ungeheuren Erregung, welche die Wahlagitation hervorgerufen hat, ist es allerdings nicht undenkbar, daß in einem fanatischen und dabei beschränkten Kopfe der Gedanke Boden gewinnen konnte, sich auf diesem gewaltsamen Wege ein Verdienst um die Kirche zu erwerben. Von der „Vorurteilslosigkeit" Tammanys aber hat noch die jüngste Zeit erstaunliche Belege gebracht.

Allgemein scheint aber jetzt geglaubt zu werden, daß Wilson gewählt werden wird; doch es läßt sich nicht verkennen, daß die öffentliche Meinung noch hin und her schwankt, und es ist sehr wohl möglich, daß sie bis zum Tage der Entscheidung noch erwägt, ob nicht am Ende doch Roosevelt der Vorzug zu geben sei. Alles wird von der ökonomischen Lage der großen Massen zur Zeit der Wahl abhängen. Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse sehr ungünstig, so kann ein Massenabfall von beiden Parteien zum Sozialismus die Folge sein. Es läßt sich daher annehmen, daß Wilson und seine Agenten alle irgend möglichen ökonomischen Verheißungen machen werden, um die Wähler an der Partei festzuhalten. Was die dritte oder Rooseveltpartei betrifft, so macht sie kein Hehl daraus, daß sie ihr Programm so formuliert hat, daß es die von den Republikanern und den Taftisten abfallenden Elemente einzufangen und das Überlaufen zu den Sozialisten möglichst zu verhindern bestimmt ist. Hat Roosevelt Erfolg, so soll er beabsichtigen, der Regierung in Washington ein spezielles Departement anzuschließen, dessen Aufgabe es sein würde, alle geschäftlichen Organisationen zu kontrollieren. Alle Umstände ihrer Bildung würden geprüft, der Wert ihrer Obligationen festgestellt und nach den vorhandenen Barsummen bewertet werden. Eisenbahnen, Dampfergesellschaften, alle Organisationen für den Transport sollen reguliert werden, ebenso Telegraphen, Telephone usw., endlich auch der Preis aller Waren.

Da das einer Revolution gleichkäme, denkt Roosevelt natürlich nicht daran, dieses laut angekündigte Programm zu verwirklichen, offenbar aber hofft er, daß dieses Füllhorn von Verheißungen alle diejenigen anziehen wird, die unter den jetzigen anarchischen ökonomischen Zuständen und durch die Korruption von Regierung und Verwaltung in Stadt und Staat zu leiden haben. Von Korruption und Anarchie sind uns ja gerade in der letzten Kampagne um die Präsidentschaft die allerdrastischsten Symptome entgegengetreten — es gehört die ganze Leichtlebigkeit des amerikanischen Temperaments dazu, diese Tatsachen als erledigt beiseite zu schieben, sobald die nächste Wirkung, der sie dienen sollten, erreicht wurde. Wohl nirgendwo ist die Fähigkeit, immer wieder von vorn anzufangen, mehr die Voraussetzung jedes Erfolges als dort, nirgends wird leichter vergessen und vergeben und wohl auch im politischen Leben keines anderen Staates politischen Verheißungen, die bestimmt sind, dem Augenblick zu dienen, geringere bindende Kraft zugeschrieben.

Die Zähigkeit und Konsequenz der amerikanischen Politiker im Verfolgen bestimmter Ziele tritt dagegen in der auswärtigen Politik überaus einleuchtend hervor. Die Monroedoktrin, die bald hundert Jahre alt sein wird, ist nicht nur festgehalten, sondern weiter entwickelt worden, und wir haben eben jetzt an der Frage des Panamakanals ein Beispiel, zu welchen Konsequenzen sie führt. Von den Clayton-Bulwer- und Hay-Pauncefote-Verträgen ist nichts mehr übrig geblieben als die Erinnerung an die damit verknüpften Niederlagen Englands, das, wie jetzt mit großer Bestimmtheit versichert wird, sich entschlossen hat, sein gutes Recht, das ihm jedes Schiedsgericht bestätigen würde, nicht geltend zu machen. Der „New York American" vom 16. Juli faßt den amerikanischen Standpunkt unter heftigen Ausfällen gegen England folgendermaßen zusammen: „Die Wahrheit ist, daß der Panamakanal amerikanisches Eigentum ist. Wir haben ihn für einen hohen Preis gekauft, und ihn bezahlt. In betreff der Nutzung sind wir moralisch und durch Verträge verpflichtet, alle fremden Nationen gleichmäßig zu behandeln und der Billigkeit entsprechende Zölle festzusetzen." England war in dieser Frage der gebotene Protagonist Europas; aber wie konnte es auch nur daran denken, seinen ursprünglichen Widerspruch aufrechtzuerhalten, seit es, hypnotisiert durch den verrückten Gedanken von der deutschen Gefahr, nur noch dank dem

guten Willen Japans, Rußlands und Frankreichs seine Stellung in Asien und Afrika und seine Interessen in Amerika zu behaupten fähig ist. Nun rechnet man in England freilich auf die Hilfe, die von seiten der großen Kolonien kommen soll, und gewiß wird sie dort nicht fehlen, wo die britischen Interessen mit denen der Kolonien identisch sind. Die ursprüngliche Tradition, die keineswegs ausgestorben ist, ging aber dahin, daß das Mutterland die Kolonien, nicht umgekehrt die Kolonien das Mutterland zu schützen hätten. Die Artikelserie im „Le Devoir", in der ein so namhafter kanadischer Politiker wie Herr Bourassa, sich für die Vereinigung des Dominiums mit den Vereinigten Staaten ausspricht, mag um mehr als ein Menschenalter verfrüht sein; Tatsache ist aber, daß die angebliche Begeisterung Kanadas, die Mitverantwortung für die Geschicke des Mutterlandes auf sich zu nehmen, keineswegs so groß ist, als die Leitartikel englischer Blätter glaubhaft zu machen bemüht sind, und daß das Ideal der kanadischen „Nation" mehr der Politik entspricht, die Laurier mit so großem Geschick und Erfolg vertreten hat, als den Ansichten, die Herrn Borden zugeschrieben werden, über deren praktische Konsequenzen aber erst nach Bordens Rückkehr das kanadische Parlament zu entscheiden haben wird.

Zu den Erklärungen der englischen Staatsmänner im Unterhause erinnert der „Economist" daran, daß 1909 das englische Marinedepartement verkündete, daß Deutschland im Februar 1911 13 Dreadnoughts und 1912 gar 20 haben würde, während Mr. Balfour diese Angabe dahin korrigierte, daß es 1911 17 deutsche Dreadnoughts und 20 im Jahre 1912 geben werde. Großadmiral Tirpitz gab dagegen die Erklärung ab, daß wir erst 1912 13 Dreadnoughts haben würden. In Wirklichkeit wird diese Zahl erst nächstes Jahr erreicht werden. Die neue Panik — sagt der „Economist — werde durch gleich inkorrekte und gleich provokatorische Daten gerechtfertigt. Seit 10 Jahren gebe England 2 Lstr. für je 1 Lstr. aus, das Deutschland auf seine Marine verwende. Wenn die Wirkung dieser Anstrengungen nur Furcht vor Invasionen und Panik sei, müsse etwas faul sein im Marinedepartement. Am Montag vor 8 Tagen sei angekündigt worden, daß Deutschland 1914 gegen 33 englische Schiffe 29 deutsche werde setzen können, am Mittwoch aber erklärte Churchill, das Verhältnis werde 41 zu 29 bei einer Reserve von 28 Schiffen zugunsten Englands sein. Endlich habe die Admiralität im Juni offiziell kundgegeben, daß

England 55 Schlachtschiffe von 868 000 t gegen 33 deutsche von 482 000 zu setzen habe. Dabei sei aber durch die Flottennovelle das deutsche Programm für dieses Jahr von 4 auf 2 Schlachtschiffe gesunken, während England 4 baue. Am Donnerstag nach seiner ersten unglücklichen Rede aber habe Churchill folgende Daten gegeben: „Im 4. Quartal von 1913 erwarten wir, 18 Dreadnoughts zu haben gegen 13 deutsche, im 4. Quartal 1914 werden wir 24 gegen 16 deutsche besitzen, im letzten Quartal 1915 27 gegen 17. Ich lasse in allen Fällen die Kreuzer weg und zähle die beiden „Nelsons" nicht mit, obgleich sie von den Franzosen zu den Dreadnoughts gerechnet werden und gewiß Schiffe von großem Wert und großer Stärke sind. An Schlachtkreuzern werden wir 8 haben, wenn Deutschland 4 haben wird, also Ende 1913. Ende 1914 werden wir 9 gegen 5 und 1915 10 gegen 6 deutsche haben."

Der „Economist" fragt, ob diese Lage den geringsten Grund zu Alarm oder Beunruhigung biete, und kommt zum Schluß, daß, wenn der Ministerpräsident und der Minister des Auswärtigen den ersten Lord der Admiralität weiterhin unterstützen, der Ausgang ein ökonomischer und finanzieller Desaster sein werde. Sollte aber Kanada eine namhafte Bewilligung für die englische Flotte machen, so werde das die Form einer großen Anleihe am Londoner Markt annehmen, wie Neuseeland es schon getan habe, ein Beispiel dem Südafrika und Australien vielleicht folgen würden. Solche Anleihen aber würden auf Kosten des Tilgungsfonds zu beschaffen sein und ein weiteres Fallen der Konsols nach sich ziehen. Die „Westminster Gazette" macht die bezeichnende Bemerkung, daß es Zeit sei, die Politik den Händen der „Rüstungsfirmen" zu entziehen und durch eine kollektive Anstrengung internationalen Charakters eine Herabsetzung der Rüstungen zur See zu erreichen. Der „Economist" faßt aber den Stier bei den Hörnern, wenn er darauf hinweist, daß nicht mehr Kabinett und Parlament, sondern die Admiralität die Politik des Reiches bestimme.

„Es ist die Admiralität, die alles entscheidet; das Kabinett tritt nur zusammen, um seine Entscheidungen zu registrieren. Die Admiralität ist aber nicht die Marine und hat nicht Teil an der Popularität der Marine."

Des Zusammenhangs wegen sei noch auf die letzten der bekanntlich unter dem Titel „L'Angleterre inconnue" erscheinenden Briefe Waverleys im „Eclair" vom 29. Juli hingewiesen, der in höchst pessimistischer

Weise die finanziellen Schwierigkeiten Englands beurteilt und daneben auf andere Schäden hinweist, die gleich ernste Beachtung verdienen. Dabei ist freilich zu beachten, daß Waverley über englische Zustände stets in einem Pessimismus schreibt, den wir für stark übertrieben halten. Er gehört der Schule französischer Politiker an, die ihre früheren Überzeugungen nicht mit dem Jahre 1904 über Bord warfen.

Wir bedauern jedoch, annehmen zu müssen, daß all diese Versuche, der vorherrschenden Geistesrichtung entgegenzuwirken, wahrscheinlich wirkungslos verpuffen werden. In Deutschland haben wir zudem den Eindruck nicht, daß Churchill und Grey verschiedene Tendenzen vertreten. Uns scheint es, daß sie an einem Strang ziehen. Sollten wir aber falsch sehen und tatsächlich die britische Politik vom Marineministerium und nicht vom Minister des Auswärtigen bestimmt werden, so wird sie irrationell und so einseitig, daß die weiten Interessen des britischen Reiches vor dem Interesse des einen Ressorts und seiner Ideen ganz in den Hintergrund treten.

Ein Telegramm der „Vossischen Zeitung" will wissen, daß „die französische und die englische Regierung gemeinsam dem neuen türkischen Ministerium die Versicherung gegeben haben, daß sie gewillt sind, jedem Versuch eines Balkanstaates, den Statusquo auf der Balkanhalbinsel zu stören, mit allen Mitteln zu widerstehen. Sollte diese Nachricht autentisch sein, so würde sie bestätigen, daß Bulgarien — denn nur dieses kann gemeint sein — sich in der Tat mit Angriffsplänen trägt. Wir haben auf diese Pläne mehrfach hingewiesen, und die letzten den russischen Zeitungen zugegangenen Nachrichten mußten uns noch in der Vorstellung festigen, daß diese Absicht — trotz der offiziellen Dementis — allerdings besteht. Die Wirren und der drohende Bürgerkrieg in der Türkei, die nicht beigelegten Unruhen in Albanien und die Richtung der öffentlichen Meinung Rußlands, von der man hofft, daß sie wie 1877 die russische Regierung mit sich fortreißen werde, scheinen für die bulgarischen Patrioten eine Versuchung zu sein, der sie nicht zu widerstehen vermögen. Vielleicht wirkt jene Erklärung Frankreichs und Englands so weit abkühlend, daß sie noch an sich halten, obgleich wir die Mittel nicht erkennen, durch die beide Mächte auf Bulgarien einwirken können. Vielleicht macht Frankreich die Zusagen rückgängig, durch die es den Bulgaren eine Anleihe in Aussicht stellte, vielleicht haben sie der Türkei ihre Unterstützung zu-

gesagt: auffallend ist jedenfalls, daß nicht Rußland mit einer solchen Erklärung hervortritt. Aber das alles gilt nur unter der Voraussetzung, daß die Nachricht der „Vossischen Zeitung" mehr ist als das Echo eines in Konstantinopel umlaufenden Gerüchts. Wie dem auch sei, die Lage ist so gespannt, daß der fortdauernde Hader der türkischen Parteien den Charakter des Landesverrats annimmt. Verstehen die jetzt an der Spitze des Reiches stehenden Männer nicht die Einigkeit herzustellen, so wird auch die wohlmeinende Mahnung Englands und Frankreichs wirkungslos verhallen.

Der Kaiser von Japan, Mutsohito, ist gestorben. Es ist der erste weltgeschichtliche Name der alten Dynastie, deren Taten bis auf ihn einen Widerhall in der Welt des Abendlandes nicht gefunden hatten. Unter ihm ist Japan Großmacht und Weltmacht geworden; wie weit durch ihn, kann die geschichtliche Betrachtung noch nicht entscheiden. Aber der Ruhm der 44 Jahre seines Regiments fällt unter allen Umständen im Bewußtsein der Nation ihm zu. Die klugen und kühnen Männer, die das Werk der Umbildung Japans und der Begründung der japanischen Weltstellung vollführten, haben allezeit ihre Ruhmeskränze an den Stufen seines Thrones niedergelegt, und so wird auch die Nachwelt tun.

1. August. Frankreich erklärt, daß die russische und die französische Flotte im Kriegsfall zusammenwirken werden.
4. August. Rückkehr des Kaisers von der Nordlandfahrt.
5. August. Verhaftung jungtürkischer Offiziere. Auflösung der Kammer und Verhängung des Kriegszustandes über Konstantinopel.
6. August. Die Türkei droht die diplomatischen Beziehungen zu Montenegro abzubrechen.
7. August. Unruhen in Tsimarotte.

7. August 1912.

Aus Anlaß der von ihm zuerst veröffentlichten Nachricht vom Abschluß der russisch-französischen Marinekonvention, hat der „Temps" eine längere Betrachtung angestellt, deren Weisheit in die folgenden Sätze ausmündet:

„Die alliierten Mächte wissen fortan, welches im Kriegsfall die Verwendung dieser wiedererstehenden Flotte sein wird. Die übrigen Mächte wissen, daß diese Verwendung nunmehr feststeht. Späteren Rüstungen ist das Programm gewiesen (ont leurs cadres tracés). Möge es aufgefaßt werden, wie es wirklich der Fall ist, als Sicherung des Gleichgewichts und des Friedens. Möchten doch alle Völker Europas in diesem Anlaß sich nervöser Erregungen enthalten, die, abgesehen von den Ungelegenheiten, die damit verbunden sind, von einer völligen Verkennung der realen Bedingungen des modernen Lebens zeugen."

Also Gleichgewicht und Frieden als erfreuliches Resultat der handgreiflichen Antwort, die Rußland und Frankreich auf das ebenfalls von Gleichgewicht und Frieden redende Petersburger Kommuniqué gaben, dem es jedoch an einer entsprechenden Illustration der „realen Bedingungen des modernen Lebens" fehlt. Der „Temps" will seine Auffassung durch zwei Aussprüche russischer Staatsmänner stützen. Admiral Fürst Lieven habe gesagt:

„Wenn wir eine überwiegende (prépondérante) Stimme in den internationalen Fragen haben wollen, müssen wir uns nicht nur auf eine starke Armee, sondern auch auf eine Flotte im Baltischen Meer stützen".

Und der Ministerpräsident Kokowzew habe diese Flotte schon am 19. Juni als „notwendige Garantie für die Sicherheit und Würde der Nation" bezeichnet. Das klingt recht plausibel, ist aber eine Fälschung. Admiral Lieven hat, wie wir schon vor acht Tagen zeigten, die Notwendigkeit seines Flottenprogramms direkt damit motiviert, daß die Spitze sich gegen Deutschland richten müsse, und sich dabei nicht entblödet, die Loyalität seiner eigenen baltischen Landsleute zu verdächtigen. Die Forderung einer *überwiegenden* Stellung aber führt jene Theorie vom Gleichgewicht ad absurdum, die zudem von England ausdrücklich als unannehmbar bezeichnet wird. England besteht darauf, unter allen Umständen sein Übergewicht zur See zu behaupten, Rußland verlangt in seiner Kombination mit Frankreich ein Übergewicht in den Fragen internationaler Politik, sieht stillschweigend von seiner Entente mit England ab, weist mit dem Finger auf Deutschland hin und nennt das Gleichgewichtspolitik! Diese sonderbare Gleichgewichtspolitik hat auch darin ihren Ausdruck gefunden, daß unmittelbar nach der Zusammenkunft in Baltischport, in deren von gegenseitigem Vertrauen getragenen Unterredungen die bevorstehende französisch-russische Flottenkonvention mit keinem Wort angedeutet worden ist, der schwedische Ministerpräsident von Herrn Ssasonow zu der Erklärung veranlaßt worden ist, daß der schwedischen Politik nichts ferner liege, als je Hand in Hand mit Deutschland zu gehen. Nehmen wir hinzu, daß seit Jahren Rußland und Frankreich einmütig darauf hinarbeiten, Italien vom Dreibunde abzuziehen, daß Serbien und Bulgarien unter russischem Einfluß ein Bündnis abgeschlossen haben, dem heute wahrscheinlich auch Griechenland beigetreten ist, und daß Rußland die Balkankönige nur von dem Einbruch in Mazedonien zurückhält, weil es selbst noch nicht fertig ist, daß Montenegro, das enfant terrible des slawischen Gedankens, ebenso wie jene hofft, Rußland mit sich fortzureißen, auch bereits begonnen hat, sich gegen die Türken zu „*verteidigen*", so ergibt sich wohl, daß es lächerlich ist, zu behaupten, daß diese Kombinationen „der Sicherung des Gleichgewichts und des Friedens" dienen. Sie suchen vielmehr das Gleichgewicht, soweit es vorhanden ist, vollends zu stürzen und können im Effekt in einen Krieg ausmünden, wie die Welt noch keinen gesehen hat.

An sich läßt sich gegen das Bestreben Rußlands, seine durch den japanischen Bundesgenossen von heute, unter schadenfrohem Beifall

Englands, bei untätigem Zuſchauen des franzöſiſchen Bundesgenoſſen, in den Grund geſchoſſene Flotte wiederherzuſtellen, natürlich nichts einwenden. Das fordert allerdings die Sicherheit und Würde des Ruſſiſchen Reichs, aber die Tatſache, daß dieſe Erneuerung der ruſſiſchen Seemacht ſich direkt mit Frankreichs offenkundig feindſeligen Abſichten und damit indirekt auch mit den Plänen der engliſchen Flottenpolitiker kombiniert, macht ſie um ſo mehr zu einer wenig freundſchaftlichen Demonſtration, als ſie trotz der Ausſprache von Baltiſchport darauf berechnet war, durch Überraſchung zu wirken. Der „Standard“, der ſelbſtverſtändlich keinen Augenblick daran geglaubt hat, daß die Phraſe vom Gleichgewicht mehr ſei als eine Phraſe, betont gerade dieſes Moment und fügt hinzu:

„Wie mächtig auch der Dreibund zur See ſein mag, die franzöſiſch-ruſſiſche Allianz wird in einigen Jahren noch mächtiger ſein, zumal wenn die Faktoren, aus denen ſie beſteht, nach einem geſchloſſenen ſtrategiſch-politiſchen Plan zuſammenwirken.“

Gewiß, nach einigen Jahren, wenn alles ſo verwirklicht wird, wie man in Paris und Petersburg wohl möchte. Wir erlauben uns nach beiden Richtungen hin ſkeptiſch zu ſein. In Rußland pflegen die Pläne auf dem Papier anders auszuſehen als die Wirklichkeit ihrer Ausführung. Es iſt nicht wahrſcheinlich, daß die Spezialiſten ausgeſtorben ſind, die ſich einen Nebenverdienſt daraus machen, daß ſie die Schrauben oder das Öl der Maſchinen ſtehlen, und der alte Spottvers: „auf dem Papier iſt alles ſchön — die Wirklichkeit nicht anzuſehen“, dürfte im weſentlichen auch heute noch zutreffen. Es kommt hinzu, daß, wie es immer geweſen iſt, die Leiſtungsfähigkeit Rußlands erſtaunlich überſchätzt wird, bevor es genötigt wird, ſie durch die Tat zu beweiſen. Das Abendland iſt allezeit bereit geweſen, Potemkinſche Dörfer für Realitäten zu halten, und wer 14 Tage in Rußland war, glaubt ſich berechtigt, über Land und Leute, wer mit ruſſiſchen Offizieren gefrühſtückt oder mit ruſſiſchen Diplomaten diniert hat, über ruſſiſches Heerweſen und ruſſiſche Politik mit Autorität zu urteilen. Es iſt aber alles anders, als es zu ſein ſcheint, und nichts trügeriſcher, als der Schein der Biederkeit und Offenherzigkeit, der beſtimmt iſt, diejenigen zu fangen, die übertölpelt werden ſollen. Gerade jetzt wird ſeit dem 29. Juli unter Ausſchluß der Öffentlichkeit der Prozeß gegen jene 67 Revolutionäre zu Ende geführt, die ſich das Ziel ſetzten, die ganze ruſſiſche Flotte zum Aufſtande zu bewegen und mit

Ermordung aller Offiziere zu beginnen; danach sollte die Eroberung von Petersburg und Kronstadt folgen und die Einsetzung einer revolutionären Regierung. 22 der Angeklagten sind Unteroffiziere der baltischen Kriegsflotte, die übrigen Matrosen. Die Verschwörung hatte bereits auf den Kriegsschiffen „Dwina", „Nikolajew", „Admiral Kornilow", „Slawa", „Zesarewitsch", „Andrej Perwoswanny", „Awrora", „Rurik" festen Boden gewonnen und sollte auf die Flotte des Schwarzen Meeres übertragen werden, als ein Zufall zur Entdeckung des Anschlages führte. Auch ist es wohl kein Zufall, daß das in Toulon liegende Linienschiff „Slawa" das Signal zum Aufstande geben sollte, denn der Zusammenhang zwischen den russischen und den französischen Anarchisten und Revolutionären steht über allem Zweifel fest, und daß die Ansteckung fortdauert, wird Herr Poincaré, wenn er in Petersburg eintrifft, aus bester Kenntnis bestätigen können, da die französische Polizei Rußland über die von den russischen Revolutionären geplanten Anschläge auf dem Laufenden erhält. Aber sie erfährt nicht alles und Paris ist nicht das einzige Zentrum dieser verbrecherischen Organisationen. Die gefährlichsten Nester sind in Rußland verborgen. Die Aufstände in den Lenagoldfeldern, die, wie offiziell behauptet wurde, von „Politischen" angezettelt wurden, weisen auf die weite Ausdehnung dieser Verzweigungen hin, und die Soldatenmeuterei in Turkestan mag ähnlichen Ursprungs sein, wenn nicht etwa die gewissenlose Ausbeutung durch Unternehmer in dem einen, durch militärische Vorgesetzte im anderen Fall den eigentlichen Anlaß gab. Die russischen Blätter, die es gewagt haben, etwas eingehendere Berichte zu bringen, sind, wie die „Rjetsch" und das „Sowremennoje Slowo", mit je 500 Rubel oder 3 Monaten Arrest gestraft worden. Auch darauf ist hinzuweisen, daß die revolutionäre Agitation in den baltischen Provinzen fortdauert, anderer beunruhigender Symptome zu geschweigen. Daß das jetzige Regiment in Rußland keineswegs beliebt ist, zeigt jeder Blick in die russischen Zeitungen. Dagegen nimmt die nationalistische Agitation zu und die Vorbereitungen zu den Dumawahlen haben infolge des Eingreifens des Heiligen Synod, der bemüht ist, den Einfluß der Geistlichkeit, der hohen wie der niederen, auszuspielen, viel böses Blut gemacht.

Wir wollen daraus nicht den Schluß ziehen, daß wir an der Schwelle von Ereignissen stehen, wie sie die Jahre 1904 und 1905 gebracht haben, wohl aber scheint uns, daß die russische Regierung alle Ursache hat, ihre

Machtmittel nicht zu überschätzen, ebenso wie wir keinen Anlaß finden, sie uns als besonders gefährlich vorzustellen. Wohl aber scheint sich uns aus alledem zu ergeben, daß Festigung und wohl auch Erweiterung und Vertiefung des deutsch-österreichischen Bündnisses sowie unzweideutige Klärung der Stellung unerläßlich ist, die Italien für alle Eventualitäten im Dreibunde sowie in seinen Beziehungen zu Rußland und Frankreich einnimmt. Heute besteht darüber keineswegs volle Sicherheit. Endlich sind wir nach wie vor der Überzeugung, daß es möglich sein muß, eine volle Verständigung zwischen Deutschland und England herbeizuführen. Was zwischen uns liegt, sind Phantome, die alle Wesenheit verlieren müssen, sobald die ohne Zweifel vorhandene Gemeinsamkeit vitaler Interessen ernsthaft geprüft und mit dem redlichen Willen, einen Ausgleich zu finden, die Differenzen beseitigt werden, an denen die bisherigen Anläufe zu einer Verständigung gescheitert sind.

Die Lage der Türkei wird immer kritischer. Die unerläßlich gewordene Auflösung der Kammer ist nicht in einer Form geschehen, die von allen Teilen als unanfechtbar betrachtet werden muß. Militärliga und die zum Komitee Einheit und Fortschritt haltenden Offiziere stehen in bitterem Gegensatze einander gegenüber. Das aufgelöste Parlament scheint eine secessio in montem sacrum zu planen. Von einem festen Standpunkt und einem entschiedenen Willen des Sultans ist wenig zu spüren. Die Führung der inneren und der äußeren Politik hat er ebensowenig in Händen wie etwa in Frankreich Herr Fallières, und doch würde ein entschlossenes Hervortreten des Sultans wahrscheinlich in der gesamten moslemischen Welt wie eine Erlösung aus dem Wirrwarr der Parteiintrigen begrüßt werden. Scheint nunmehr Aussicht zu sein, daß die Albanesen ihre Feindseligkeiten einstellen, so droht infolge des Vorgehens der Montenegriner ein Grenzkrieg, der leicht größere Dimensionen annehmen und das Signal zum allgemeinen Brande auf der Balkanhalbinsel werden könnte. Daß in Hinblick auf diese Möglichkeiten der Friede mit Italien zum Abschluß gebracht werden müßte, ist evident. Die Lage ist doch die, daß Italien die Türkei auch weiterhin schädigen kann, ohne daß diese entsprechende Repressalien entgegenzusetzen imstande wäre. Noch ist Aussicht, daß die von Italien okkupierten Inseln an die Türkei zurückfallen, an eine Wiedergewinnung der Hafenplätze in Lybien aber ist nicht zu denken. Es ist für die Türkei wahrhaftig nicht an der Zeit, sich über diese Realitäten hinwegzusetzen,

da die andere Realität, die Perspektive eines Balkankrieges droht, an dem die Existenz des Staates hängt.

Wie weit es richtig ist, daß der Botschafter Iswolski jetzt in Petersburg Aussicht hat, die Dardanellenfrage zur Lösung zu stellen, vermögen wir nicht zu beurteilen. Der bereits veröffentlichte angeblich russische Antrag ist derartig, daß die Pforte ihn erst nach einer Niederlage annehmen könnte, die ihre Widerstandskraft völlig gebrochen hätte. Wahrscheinlich haben wir es nicht einmal mit einem Fühler, sondern einer journalistischen Erfindung zu tun.

Einen großen Schritt weiter in der Demokratisierung seiner Institutionen hat England getan, indem es das Wahlrecht zum Parlament auf alle mündigen Engländer ausdehnt, die mindestens 6 Monate in ihrem Wahlkreise gelebt haben. Man nimmt an, daß die Zahl der Wähler dadurch um etwa zwei Millionen gesteigert wird. Zugleich sind die Pluralstimmen und die Privilegien gewisser Korporationen beseitigt, so daß man wohl sagen darf, daß die Schranken gefallen sind, die sich dem Überwiegen der Masseninstinkte bisher noch entgegenstellten. Daß auch das Frauenstimmrecht durchgesetzt werden könnte, möchte man nach den Erfahrungen, die mit den Suffragetten gemacht worden sind, nicht für möglich halten. Bei den Nachwahlen dringen fast regelmäßig die Unionisten durch. Sie zählen jetzt 279 Sitze im Unterhause, das sind 14 mehr, als die Liberalen haben, aber noch stehen Iren und Arbeiterpartei zu ihnen und sichern ihnen die Majorität.

Am 29. Juli hat Joschihito, der neue Kaiser von Japan, den Thron bestiegen. Wie weit er hervortreten wird, ist bei der völligen Unbekanntschaft über seine Entwicklung und seine bisherige Tätigkeit nicht abzusehen. Wahrscheinlich wird, wie bisher, der Genro, d. i. der Rat der Alten, der entscheidende Faktor bleiben. Fürst Katsura dürfte, sobald die japanische Trauretikette es gestattet, seine unterbrochene politische Reise wieder aufnehmen. Ob wiederum durch Rußland, könnte fraglich erscheinen. Aber es bleibt der kürzeste Weg. Die russischen Zeitungen melden, daß auf die Nachricht von dem russisch-japanischen Teilungsvertrage — denn das ist es bestimmt — zahlreiche Chinesen aus der Südmandschurei in die nunmehr russische Nordmandschurei flüchten. Offenbar ist der Eindruck, den man in China von der „Energie" der Japaner hat, sehr tief gedrungen, und die Russen erscheinen ihnen gegenüber noch als Gemütsmenschen. Überaus schwierig ist die Lage

Juanschikais. Es fehlt an Geld und folglich auch an der Möglichkeit, Garde- und Polizeitruppen zu organisieren, ohne welche die Ordnung nicht herzustellen ist. Vielleicht weiß Mr. Morrison zu helfen, den Juan zu seinem besonderen Berater angestellt hat. Die Wahl kann von Nutzen werden, wenn der bisherige „Times"-Korrespondent als Mitgift in diese politische Ehe die Unterstützung des großen Cityblattes mitbringt. Morrison hat eine jener wunderbaren Journalistenkarrieren gemacht, die in England und Frankreich nicht ungewöhnlich sind. Ist doch soeben erst Mr. Spender, der Redakteur der „Westminster Gazette", zum Botschafter in Washington bestimmt worden, in Frankreich aber geht jeder dritte Minister aus dem Journalistenstande hervor.

Zum Schluß zwei charakteristische Kuriosa:

Der „Eclair" vom 5. August bringt die folgende Buchanzeige: Die Schlacht bei Woëvre (1915). Bericht an S. M. Viktor Emanuel III. vom Generalmajor N. Braccio di Moutone übersetzt von Félix Deparbieu, Baron de Menni.

„Dieses Buch hat einiges Aufsehen in Deutschland gemacht und in Rußland Interesse hervorgerufen. Es ist die Erzählung der Schlacht bei Woëvre, in welcher die Franzosen die Deutschen 1915 schlagen. Ein Generalstabsoffizier, der die deutsche Armee begleitet, berichtet darüber dem Könige von Italien.

Weil Frankreich Nancy befestigt hatte, schickte Deutschland ein Ultimatum, das Schleifung des neuen Forts verlangte. Frankreich rief seinen Botschafter ab und England den seinigen. Die deutsche Armee drang in Lothringen ein und suchte Nancy zu nehmen. Sie wurde durch die neuen Forts zum Stehen gebracht. Der französische Generalissimus blieb unter dem Schutz der Festung in der Defensive. Während deutsche Aeroplane auf Nancy Wurfgeschosse schleudern, belästigen französische Flieger ununterbrochen die deutschen Regimenter, erschrecken und zerstören zum Teil Mannheim. Der deutsche Generalissimus versucht die Barriere, welche ihm die Forts und die französischen Armeekorps entgegenstellen, zu durchbrechen. Während diese Widerstand leisten, wirft sich der französische Generalissimus mit mehreren Armeekorps auf die Deutschen und zwingt sie zum Rückzug. Von der Artillerie zermalmt und demoralisiert, kehren sie ins Elsaß zurück. Die Festungen kapitulieren eine nach der anderen, worauf Deutschland beschließt, in

Weisheit Frieden zu machen und Frankreich die Grenzen von 1814 zurückzugeben.

Im Gegensatz zu gewissen Werken dieser Gattung — so ergänzt der „Eclair" diese Inhaltsangabe — enthält dieses Buch keine groben Übertreibungen. Es sind Möglichkeiten, die der Verfasser mit großem Geschick entwickelt hat. Die Erzählung ist klar und lebendig und präzis wie wirkliche Schlachtberichte." Nun, wir gratulieren!!

Das zweite Kuriosum bietet uns der „Golos Moskwy": „Eines der Moskauer kinematographischen Kontore bereitet zum Jubiläum des vaterländischen Krieges eine Reihe von Stücken aus der Epoche 1812 vor. Eines dieser Stücke stellt den Angriff von Wölfen auf Franzosen der Großen Armee dar. Das wurde folgendermaßen vorbereitet: Es wurden zwei Puppen in natürlicher Größe mit französischen Uniformen bekleidet und in den Schnee neben einen erlöschenden Scheiterhaufen gestellt. Das Innere der Puppen wurde mit Fleisch und Eingeweiden von Kühen gefüllt. Aus dem Zoologischen Garten wurden zwei Wölfe gemietet und auf die Puppen losgelassen. Die hungrigen Bestien witterten Blut, stürzten sich auf die Beute, rissen mit ihren blutigen Rachen die Leiber der Puppen auf und schleppten die Eingeweide im Schnee hin und her. Während dieses wilden Mahles wurde die Szene überaus natürlich; die Wölfe wurden wie rasend, fletschten mit den Zähnen und stürzten sich grimmig aufeinander; es begann ein abscheulicher Kampf um die zerrissenen Überreste, die in den blutigen Uniformen steckten. Ein Augenzeuge sagte, es sei auch für starke Nerven kaum erträglich gewesen. Im Winter wird ganz Moskau das Schauspiel zu sehen bekommen, denn natürlich wird es an Zuschauern nicht fehlen, die Unternehmer kennen den Geschmack des Publikums."

Gewiß! Vive l'alliance franco-russe!

8. August. Hundertjahrfeier der Firma Krupp in Essen.
9. August. Ausreise Herzog Adolf Friedrichs von Mecklenburg nach Togo.
10. August. Eintreffen Poincarés in Petersburg.
12. August. Abdankung Mulay Hafids, Sultan von Marokko.
14. August. Die Türkei bewilligt die Forderungen der Albaner.
16. August. Poincarés und Sjasonows Veröffentlichung über das Ergebnis ihrer Verhandlungen.
17. August. Zustimmung der Mächte zum Antrag Berchtold.
Bulgarien beruft die beurlaubten Offiziere ein.
Verhaftung hoher Offiziere in Peking.
18. August. Amnestierung der aufständischen Albaner.
23. August. Erneute Zusammenstöße zwischen Türken und Arnauten.
28. August. Schiffe der Schutzmächte vor Samos.
29. August. England verlangt von China Autonomie für Tibet.
31. August. Montenegro und Bulgarien geben der Türkei die Versicherung friedlicher Gesinnung.
1. September. China lehnt die Forderungen Englands in betreff Tibets ab.
3. September. Kaiser Wilhelm in Zürich.
5. September. Meutereien auf der russischen Flotte in Sewastopol.
7. September. v. Bethmann Hollweg in Buchlau.
10. September. Prinz Heinrich trifft in Tokio ein.
12. September. Auflösung der 3. Duma.
13. September. Selbstmord Feldmarschall Nogis.
17. September. Tumulte im ungarischen Reichstag.
19. September. Schlacht bei Derna (Tripolitanien).
Flug der „Hansa" von Hamburg nach Kopenhagen und zurück.
Verhängung des Belagerungszustandes über Marakesch.
20. September. Asquith und Sjasonow in Paris.
22. September. Landung von Kretern auf Samos.
24. September. Unruhen der Malissoren.
Tod des Botschafters Freiherr Marschall von Bieberstein.
26. September. Landung englischer und französischer Truppen auf Samos.
27. September. Eisenbahnerstreik in Spanien.
30. September. Mobilisierung in Bulgarien, Serbien, Griechenland.
2. Oktober. Ablehnung eines serbischen Ultimatums von der Türkei.
3. Oktober. Die Türkei bringt ihre Truppen auf Kriegszustand.
4. Oktober. Der türkische Ministerrat beschließt die Friedensvorschläge Italiens anzunehmen.
Einzug Liauteys in Marakesch.
7. Oktober. Österreich-Ungarn und Rußland mahnen im Auftrag der Mächte die vier Königreiche und die Pforte zum Frieden.
Kundgebung der Mohammedaner in Kalkutta zugunsten der Türkei.
8. Oktober. Eintreffen Sjasonows in Berlin.
Montenegro erklärt der Türkei den Krieg.

9. Oktober 1912.

Wenn diese Zeilen dem Leser zu Gesicht kommen, ist aller Wahrscheinlichkeit nach die Entscheidung darüber bereits gefallen, ob die vier

Königreiche der Balkanhalbinsel ihren Willen durchgesetzt und der Türkei den Krieg aufgezwungen haben, den sie sich nicht entgehen lassen wollen, oder ob es dem Zusammenwirken der fünf großen Mächte — denn von Italien mußte bisher abgesehen werden — gelungen ist, im letzten Augenblicke ein Halt! zu gebieten, das von beiden Teilen, von der Türkei wie von den vier Königreichen, als eine Unbill empfunden werden wird. Beide glauben, daß der Sieg ihnen nicht fehlen kann, und sind bereit, ihm jedes Opfer zu bringen, beide leben in der Vorstellung, daß das gute Recht auf ihrer Seite ist, und sind überzeugt, daß ein gebieterisches Eingreifen der Mächte wohl einen Aufschub der Feindseligkeiten, nicht aber eine dauernde Versöhnung der Gegner zur Folge haben könne. Das mag pessimistisch klingen, rechtfertigt sich aber durch die Erwägung, daß Bulgarien, das führende Königreich, und seine Gefolgschaft in Serbien, Montenegro und Griechenland darauf ausgeht, weit mehr zu gewinnen, als ihre Forderungen sagen. Summiert man ihre Wünsche, so ergibt sich nicht als Fazit eine Verwaltungsreform in der europäischen Türkei, sondern ein Anlauf zur Auflösung des türkischen Reiches, dessen Erbschaft sie früher oder später anzutreten gesonnen sind. Das wird in den diplomatischen Noten, die ihre Regierungen schreiben, natürlich nicht zum Ausdruck gebracht, aber in den slawischen Komitees zu Moskau und Petersburg, in denen mazedonische und bulgarische Delegierte das Feuer der russischen Begeisterung für den bevorstehenden heiligen Krieg schüren, wird aus diesem letzten Ziel kein Hehl gemacht. So führte, wie die „Nowoje Wremja" vom 4. Oktober berichtet, der Bulgare Minkow in dem Petersburger Slawenkomitee in glühender Rede aus, daß die Bulgaren beweisen würden, daß die letzte Stunde der Türkei geschlagen habe, und daß in den bulgarischen Offizieren der Geist Suworows, Skobelews, der Helden vom Schipka-Paß und des Zaren Symeon von Bulgarien noch lebendig sei. Dieser Zar Symeon, der von 893 bis 927 regierte, hat aber Konstantinopel belagert und war Herr nicht nur von Bulgarien, sondern auch von Thessalien, Epirus, Albanien und hatte Serbien tributpflichtig gemacht. Auch kann nicht zweifelhaft sein, daß der Ehrgeiz der Bulgaren über die Grenzen von San Stephano hinausführt. Das Bündnis, das sie mit Serbien, Montenegro und Griechenland geschlossen haben, ist daher ein Bündnis mit künftigen Gegnern, denn Griechenland fühlt sich als der einzig berechtigte Nachfolger des byzantinischen Reichs,

während Serbien von den Tagen Stephan Duschans und seines großserbischen Reiches träumt. Jener Stephan aber ist gestorben, als er 1355 zur Eroberung Konstantinopels auszog. Was Montenegro betrifft, so ist es kein Geheimnis, daß dort der dynastische Ehrgeiz in Konkurrenz zu dem serbischen und bulgarischen tritt. Wir streifen diese historischen Erinnerungen, weil sie politische Realitäten sind und bis zum Abschluß jenes Bündnisses, dem wir jetzt gegenüberstehen, und dessen Aufrichtung ein mit großer Konsequenz verfolgtes Ziel der Politik Iswolskis war, zu kaum unterbrochenen Kämpfen um Mazedonien führten, die freilich nicht von Regierung zu Regierung, sondern durch die Banden des Komitees geführt wurden, die mit unglaublicher Erbitterung einander bekämpften: die serbischen Banden die bulgarischen und umgekehrt; beide aber bemüht, mit allen Mitteln die Griechen in Mazedonien zu beseitigen. Hierin aber ist die eigentliche Ursache der unseligen Zustände zu erblicken, die in Mazedonien vorherrschen.

Bulgaren, Serben und Griechen tragen weit mehr Schuld daran als die Unfähigkeit der Türken, zumal wenn man sich erinnert, daß jeder Versuch, Ordnung zu schaffen, durch den Terrorismus, den diese Banden ausübten, im Keim erstickt wurde. Wir haben über diese Greuel fortlaufend Buch geführt, wie jeder Jahrgang von „Deutschland und die große Politik" ausgiebig beweist. Der Schluß, den wir aus alledem ziehen, ist aber der, daß es eine Lösung dieser Seite des orientalischen Problems, mit welcher zugleich die europäischen Mächte und die Balkanstaaten, geschweige denn die Türkei, sich zufriedengeben könnten, überhaupt nicht gibt. Man hat den vier Königreichen erklärt, daß sie von kriegerischen Erfolgen unter keinen Umständen territoriale Vergrößerung zu erwarten hätten, denn Europa bestehe auf Erhaltung des Statusquo. Aber man fragt wohl, welche Macht, falls die Verbündeten siegreich vordringen sollten, einen Krieg auf sich nehmen würde, um ihnen ihre Eroberungen zu entreißen und sie den Türken zurückzugeben? Steht doch fest, daß jedes Einrücken der Truppen einer Großmacht sofort das höchste Mißtrauen und eine Gegenaktion der anderen hervorrufen würde. Diese Drohung wird offenbar in Sofia nicht ernstgenommen, auch würde ein siegreicher Krieg der Verbündeten, wenn er in einen Rückzug ausmündet, aller Wahrscheinlichkeit nach eine ernste Gefährdung der Dynastien zur Folge haben.

Weit wahrscheinlicher ist es, daß eine *siegreiche Abwehr*

des drohenden Angriffs der Koalition durch die Türkei in haltbare Zustände ausmündet. Daß sie sich mit der Erhaltung des territorialen Statusquo begnügen würde, ist sicher. Sie würde sich mit einer Kriegsentschädigung zufriedengeben und die jetzt aus eigener Initiative angekündigte Ausführung der von Artikel 23 des Berliner Vertrages geforderten Reformen durchführen können, was unseres Erachtens dem allseitigen Interesse am meisten entspricht . . . Wir wollen bei diesen Betrachtungen nicht verweilen. Sie sind im Augenblick vielleicht schon müßig geworden und eine vollendete Tatsache kann an ihre Stelle getreten sein. Höchst interessant und bedeutsam ist aber, daß die diplomatischen Verhandlungen der Mächte und die Kommentare, welche sie in der Presse der direkt interessierten Staaten fanden, ein neues Licht auf internationale Zusammenhänge geworfen haben, die entschieden der Aufklärung bedurften.

Die politische Kampagne des letzten Jahres, vor Ausbruch der jetzigen orientalischen Krisis, schien nach der Begegnung Kaiser Wilhelms mit dem Zaren und nach den Verhandlungen des Reichskanzlers mit den russischen Staatsmännern in Petersburg durch die Veröffentlichung des Kommuniqués, das der völligen Übereinstimmung der politischen Ansichten beider Mächte Ausdruck gab, zu zeigen, daß die Spannung zwischen den beiden großen Gruppen des europäischen Staatensystems in eine deutliche Abspannung ausmünden wolle. Leider war jedoch dieser Eindruck nur von kurzer Dauer. Es folgte der Besuch Herrn Poincarés in Petersburg und dank der Redseligkeit der französischen und der russischen Presse zeigte sich, daß die Ergebnisse der Verhandlungen größere waren, als die offizielle Mitteilung erwarten ließ. Rußland hat nicht nur eine Marinekonvention mit Frankreich abgeschlossen und durch Entsendung des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, des Oberkommandierenden im Fall eines Krieges, zu den großen Manövern der französischen Armee an unserer Westgrenze, die militärische Leistungsfähigkeit der Franzosen kontrollieren lassen, sondern auch die Verpflichtung übernommen, seine Truppen, wie es in den Tagen Alexanders III. der Fall war, in den Westgouvernements zu konzentrieren. Nun heißt es freilich, diese den französischen Wünschen gemachten Zugeständnisse seien auf das Bedürfnis Rußlands nach einer neuen großen Anleihe zurückzuführen; aber es hat sich nachträglich herausgestellt, daß nicht die französische Regierung als solche das Geld

hergeben wird, sondern daß es durch große Konzessionen an französische Unternehmer aufgebracht werden soll, also gegen Garantien, wie man sie sonst unter Großmächten nicht zu verlangen pflegt. Immerhin bedeutete das Fazit eine weitere Stärkung der französisch-russischen Allianz, wenngleich ein Zusammenwirken der französischen Flotte mit der russischen zunächst noch in das Gebiet der Zukunftsmusik fällt. Die französische Kriegsmarine steht vor ernsten Verlegenheiten, die M. Gonde, Deputierter für Brest, bei Charakterisierung des für das Mittelmeer bestimmten, in Brest liegenden Geschwaders dahin zusammenfaßt, daß dieses Geschwader nichts anderes sei als ein Vulkan, dessen Eruption man herbeizuführen bemüht sei. Das ist natürlich eine ungeheure Übertreibung; aber daß Frankreich jetzt in einem Seekriege eine klägliche Rolle spielen würde, ist kaum zu bezweifeln. Die russische Flotte aber ist, abgesehen von den doch nicht zu übersehenden Meutereien der Matrosen in Odessa, Reval und Kronstadt, noch so unbedeutend, daß sie im Ernstfall weder im Baltischen noch im Schwarzen Meer gefährlich werden kann. Im Schwarzen Meer wäre ihr die türkische Kriegsflotte, die der italienischen gegenüber es nicht wagen durfte, die Dardanellen zu verlassen, heute ein gefährlicher Gegner. Wir dürfen aus alledem wohl den Schluß ziehen, daß die Poincaré-Ssasonowschen Vereinbarungen mehr dem Schein als der Wirklichkeit zu dienen bestimmt sind. Wenn Rußland 1930 sein großes Flottenprogramm ausgeführt und Herr Delcassé erfüllt haben wird, was er für die französische Flotte zu leisten so siegesfroh versprochen hat, werden wir dem Zusammenwirken beider Marinen eine ganz andere Bedeutung beimessen. Bis dahin aber hat es gute Weile, und wir möchten uns nicht dafür verbürgen, daß die Weltlage und die Allianzsysteme dann noch unverändert fortbestehen.

Schon jetzt mehren sich die Symptome einer kommenden Wandlung. In England hat eine Art Rebellion des linken Flügels der Liberalen gegen die Politik Sir Edward Greys stattgefunden. Die ersten Anzeichen ließen sich während des Kulminationspunktes der englischen Angriffe auf die deutsche Flottenpolitik erkennen, jetzt zeigen sie sich auf anderem Boden. Das russisch-englische Abkommen von 1907 ist nur kurze Zeit populär gewesen; sowohl in Rußland wie in England kam eine Opposition auf, die im strikten Widerspruch gegen die offizielle Politik behauptete, daß vitale Interessen des eigenen Landes zugunsten

des ehemaligen Gegners und jetzigen Freundes geschädigt würden. Dieser Widerspruch steigerte sich von Jahr zu Jahr und ist jetzt so stark geworden, daß Herr Ssasonow es nötig fand, persönlich nach England zu fahren, um womöglich die Differenzen auszugleichen. Es handelte sich dabei um die persische Frage, um die russisch-englische Eisenbahn, die durch Persien nach Indien fahren sollte, um die chinesische Anleihe und ganz neuerdings um die prinzipielle Stellung beider Mächte zur Türkei. Daß das ostensible Ziel des Abkommens, soweit Persien in Frage kam, nicht erreicht worden ist, bestreitet heute niemand mehr. Das Land ist nicht zur Selbstverwaltung und zu geordnetem staatlichen Leben erzogen worden, vielmehr die Finanznot, die Unsicherheit für Leben und Eigentum, die allgemeine Depravation nie größer gewesen als heute, nachdem Rußland und England 5 Jahre lang die Geschicke des unglücklichen Landes in Händen gehabt haben. Daß es so nicht weitergehen kann, liegt auf der Hand. Dr. Dillon, der ein Kenner Persiens ist, bemüht sich im „Daily Telegraph", die Erregung seiner Landsleute zu beruhigen, hat aber kein besseres Argument vorzubringen als dieses, daß die Tripelentente zusammengebrochen und das Gleichgewicht Europas gestört würde, wenn das englisch-russische Abkommen als ein Mißgriff aufgegeben werde. Daß Persien als Staat untergehen müsse, hält er für erwiesen, aber er möchte die Agonie möglichst verlängern. Wenn dann Rußland schließlich Nordpersien annektiere, werde England nichts übrigbleiben, als in Südpersien und auch in die neutrale Zone einzudringen, denn dort müßten die Straßen nach Schiras und Ispahan geschützt werden. Vor diesem Ausgang aber warnt er die Liberalen unter Hinweis auf die Erregung der Muselmänner Indiens. Man versteht nicht, wie er den letzt wiedergegebenen Abschnitt überschreiben kann: No question of Annexation! Das kann sich höchstens darauf beziehen, daß Grey und Ssasonow diese Frage nicht auf die Tagesordnung gesetzt haben; sie ist aber die notwendige Konsequenz der Tatsache, daß England sich entschieden weigert, eine Rückkehr Mohamed Alis, die Rußland wünscht, zu dulden, daß der Regent, um den unleidlichen Zuständen zu entgehen, nach Europa gezogen ist und der Bruder des Schahs, Salar ed Dauleh, als Mensch und Herrscher gleich ungeeignet ist. Trotzdem aber scheint Rußland gerade ihn als Kandidaten für die Regentschaft in Sicht zu haben.

Im Gegensatz zu Dillon geht ein anderer hervorragender eng-

lischer Orientalist, Professor Edward G. Browne von der Universität Cambridge, der sich selbst als liberal einführt, unbarmherzig mit der auswärtigen Politik des liberalen Kabinetts ins Gericht. Sie sei illiberal, unmoralisch, verächtlich und gefährlich. Illiberal, weil sie bereit gewesen sei, für eine schlechte Sache, die Knechtung Marokkos durch Frankreich, in den Krieg zu ziehen, und nichts getan habe, um den brutalen Angriff des „neuen russischen Freundes" auf Persien zu verhindern; unmoralisch, weil sie der freien Presse Englands in allen auswärtigen Angelegenheiten den Maulkorb anlegt und die öffentliche Meinung durch Unterdrückung der Wahrheit, Suggestion oder direkte Entstellung der Tatsachen vergiftet; verächtlich, weil sie Englands Ruf als eines Landes, das Wahrheit, Ehre und „fair play" liebe, zerstört habe; gefährlich, weil trotz der stetig steigenden Rüstungen Lord Morley nicht den Mut gefunden habe, zu dem „wahnsinnigen Projekt der indisch-russischen Bahn" „Nein" zu sagen, weil größere Übel Folge der Ablehnung sein könnten. Das Resultat sei, daß, wie die Perser sagen, England weder diese Welt noch die andere habe, und daß sein Einfluß, seit das jetzige Kabinett am Ruder sei, stets auf der Seite der Tyrannei, der Reaktion und des Vandalismus gestanden habe. Der Brief Brownes, dem wir diese leidenschaftlichen Bemerkungen entnehmen, wird durch Photographien illustriert, welche die „Russian Atrocities" in Täbris wiedergeben.

Der Plan der russisch-indischen Bahn ist übrigens — wenn ich recht sehe — bereits als gescheitert zu betrachten. Man wird die Studienkommission noch eine Zeitlang arbeiten lassen und danach das Projekt als unausführbar verwerfen.

In der Frage der Sechsmächteanleihe an China, welcher bekanntlich Japan und Rußland erst nachträglich zugetreten sind, um China Bedingungen aufzunötigen, die diesen beiden Mächten ein weiteres Eingreifen in die inneren Verhältnisse Chinas ermöglichen und der Regierung Juanschikais die Konsolidierung des Reichs erschweren sollen, hat sich, dem Foreign office völlig unerwartet, die City von London vom Einfluß der Regierung emanzipiert und in Verhandlungen, die im Auftrage Juans von Dr. Morrison, dem ehemaligen „Times"-Korrespondenten und jetzigen Berater des Präsidenten der chinesischen Republik, geführt wurden, den Chinesen eine Anleihe von 10 Millionen Pfund versprochen, von denen 5 Millionen bereits ausgelegt und zum

größeren Teil gezeichnet worden sind. Dieses Beispiel hat dann in Belgien gezündet, wo eine Gruppe von Kapitalisten 10 Millionen Pfund den Chinesen gegen Eisenbahnkonzessionen (Honanfu—Sianfu—Lanchofu—Haichow) vorstreckt, so daß die von England geführte Gruppe der sechs Mächte schwerlich in Anspruch genommen werden wird. Auch hier ist die Opposition der liberalen Presse Englands gegen die Regierung überaus scharf. „Daily Chronicle" meint, es sei ein sehr wenig erbauliches Geschäft und zu bedauern, daß England sich an die Spitze desselben gestellt habe. „The Nation" sagt sogar, dieses Vorgehen sei Shylocks würdig und zeige einen argen Mangel an Ehrenhaftigkeit. Der „Economist" aber macht es lächerlich, daß Japan und Rußland, die sich wegen ihrer Schuldenlast kaum über Wasser halten können, sich erboten haben, das Geld für die Anleihe aufzubringen, während sie in Wirklichkeit nur darauf ausgehen, einen Anteil an der Finanzkontrolle zu gewinnen.

Dasselbe, jedenfalls sehr ernst zu nehmende Organ geht im Prinzip mit der russischen Entente ins Gericht und schildert an der Hand der Korrespondenz eines konservativen Blattes, der „Yorkshire Post" vom 23. September, die Lage der inneren Zustände Rußlands, deren pessimistische Färbung wir leider nur bestätigen können. Es liegt allerdings so, daß die äußerliche Ruhe, die Petersburg zeigt, irreführend ist, und es ist ganz richtig, daß „Kräfte am Werke sind, die eines Tags nicht nur die regierenden Klassen Rußlands, sondern ganz Europas in Erstaunen setzen würden". Die Revolution sei getroffen, aber nicht getötet worden. Man habe sie hinausgetrieben, aber die Repression habe sie eher verstärkt als geschwächt, und heute sei der revolutionäre Geist überall verbreitet. Im Hinblick auf die Meutereien in der Marine kommt die „Yorkshire Post" zum Schluß, „man müsse Flottenoffiziere und Matrosen, so weit möglich, vom Besuch fremder Länder fernhalten. Denn je mehr die Russen mit der Freiheit, der Kultur und dem Fortschritt anderer europäischer Länder in Berührung kämen, um so unzufriedener würden sie mit den Zuständen im eigenen Vaterlande". Es folgt ein Hinweis auf die unleidlichen Zustände in Finnland, auf die Erregung in Russisch-Polen, Kleinrußland und Georgien. Das alles ist richtig. Es wäre noch darauf hinzuweisen, daß das Eingreifen der Regierung und der hohen Geistlichkeit in die jetzt stattfindenden Wahlen zur vierten Duma große Erbitterung erregt. Daß die Säkularfeier der Schlacht

bei Borodino und die übrigen Erinnerungsfeste an den russischen Freiheitskriegen — der freilich keine innere Freiheit brachte — völlig teilnamslos an dem so leicht begeisterten Volke vorübergingen, ist gleichfalls ein böses Symptom, und ebenso die Agitation, welche darauf ausgeht, wie 1876, die Regierung in einen türkischen und womöglich auch in einen österreichischen Krieg zu drängen. Auch die Revolution von 1904 und 1905 wurde durch eine ähnliche Kriegslust eingeleitet. Zu gewinnen haben ja nur die Revolutionäre von ihm.

Wir kehren damit zu unserem Ausgangpunkt, den Verhandlungen von Balmoral zurück. Es ist Ssasonow nur äußerlich gelungen, die Zustimmung Sir Edward Greys zu seiner Balkanpolitik zu erhalten. England hat die gemeinsamen Schritte zur Verhinderung oder mindestens zur Lokalisierung eines Balkankrieges nur unter Vorbehalten mitgemacht. Seine Sympathien stehen auf türkischer Seite, und dies ist ein Punkt, in welchem die öffentliche Meinung Englands sich dem Minister anschließt. Offenbar bereitet sich eine Rückkehr zur alten Orientpolitik Englands vor, die die Erhaltung der Türkei zu ihrem Ziel macht. „Daily Chronicle" meldet, daß zahlreiche englische Offiziere sich am 2. Oktober bei der türkischen Botschaft in London gemeldet haben und für den Kriegsfall ihre Dienste anboten. Sie wollen als Privatpersonen in der türkischen Armee dienen, wenn man sie annimmt. Auch hat England allen Grund, aus Rücksicht auf seine 60 Millionen moslemischer Untertanen in Indien und auf die Stimmung in Ägypten keine antitürkische Politik zu treiben. Von Sympathien für Bulgaren, Serben und Griechen ist keine Rede, die Rolle des Balkankomitees, das 1907 auf einen bulgarisch-türkischen Krieg im Interesse Bulgariens hinarbeitete, ist ausgespielt, und die von der Türkei angekündigten Reformen, über die englische Preßäußerungen noch nicht vorliegen, werden ohne Zweifel günstig aufgenommen werden. Am meisten Beachtung verdient wohl, daß England sich weigert, eine Garantie für Durchführung der Reformen auf der Balkanhalbinsel zu übernehmen.

Uns steigt bei alledem der Gedanke auf, daß über kurz oder lang England zu der Politik der splendid isolation zurückkehren könnte, die bis 1902 seine überlieferte Politik war. Jedenfalls tun Frankreich und Rußland (gemeint ist die Presse beider Länder) das Mögliche, um die Engländer in diese Stellung hineinzuärgern. In Frankreich der „Temps", durch eine Reihe boshafter Nadelstiche, in Rußland so ziemlich die ge-

samte Presse. Wir müssen sehr weit zurückgreifen, um auf eine ähnliche Feindseligkeit gegen die Engländer zu stoßen. Im Grunde aber sitzt sie sehr tief im Bewußtsein der Russen; auch des gemeinen Mannes. Das Volk hat seit dem Krimkriege an allem Unheil Rußlands stets der Anglitschanka, der Engländerin, die Schuld gegeben. Übrigens hat die nationalistische Presse Rußlands überhaupt alles Gleichgewicht und alles Maß verloren. So stellt der „Golos Moskwy" in einem Leitartikel, der die Überschrift „Rußland und das Land des neuen russischen Generalfeldmarschalls" führt, Rumänien als das Land dar, das „der geschworene Feind und Mörder (der Slawen) sei, und in seiner gedungenen Hand hinter dem Rücken den geschärften Dolch verberge". Ungeheuer ist die Erbitterung über die russische Diplomatie. Die „Nowoje Wremja" vom 6. Oktober gibt folgende Äußerung eines den Kreisen der russischen Gesandtschaft nahestehenden Politikers wieder: „Die russische Diplomatie hat wiederum die russische Stellung auf dem Balkan verdorben, indem sie kurzsichtig das Spiel Deutschlands und Österreichs förderte. Bereits vor einem Monat ließ sich erkennen, welche Entwicklung die Verhältnisse auf dem Balkan nehmen werden. Ich kenne Geschow und Danew genau. Es sind Männer, denen Abenteuerlichkeiten fernliegen, und die sehr friedlich gesinnt sind. Wenn damals Rußland, England und Frankreich die hiesige Lage ernstlich in Betracht gezogen und in der Türkei den Artikel 23 des Berliner Vertrages verwirklicht hätten, wäre der Sturm abgewendet worden. Statt dessen hat Europa sich begnügt, „stillezusitzen". Jetzt ist die Lage derartig und die Erregung des Volkes so groß, daß weder Bulgarien und Serbien, noch Griechenland sich mit dem Artikel 23 zufriedengeben werden. Jetzt wird auch Autonomie nicht alle befriedigen. Ich wiederhole, die jetzige bulgarische Regierung ist nicht imstande, den Strom aufzuhalten. Sie kann abdanken, aber ihre Nachfolger werden sich in schlimmerer Lage befinden. Arbeiten sie gegen den Krieg — so droht eine Revolution. Die Gefahr liegt darin, daß die Armee sehr erregt ist, jetzt aber bildet das ganze Volk die Armee, denn alle stehen unter den Fahnen."

Am Montag ist das englische Parlament wieder zusammengetreten. Es wird bis zum März, vielleicht bis zum April tagen und vornehmlich über die Homerulebill zu verhandeln haben.

10. Oktober. Erste Erfolge der Montenegriner.
11. Oktober. Das Unterhaus beschließt, daß die Beratung der Homerule-Bill nicht mehr als 34 Tage dauern darf.
13. Oktober. Bulgarien erklärt, die Ratschläge der Mächte seien zu spät gekommen.
14. Oktober. Abgeordnete Kretas in der griechischen Kammer.
15. Oktober. Unterzeichnung des italienisch-türkischen Präliminarfriedens in Ouchy.

16. Oktober 1912.

Nun hat der Balkankrieg seinen Anfang genommen. Montenegro ist als erstes der vier Königreiche ins Feld gerückt, kein Zweifel, daß die drei anderen folgen werden, vielleicht ist es bereits geschehen. Es wurde schon vor mehr als 14 Tagen der 15. Oktober in Bulgarien als Termin für den Beginn des Kampfes angegeben. An diesem Tage nämlich rechnete man darauf, daß die Mobilisierung in Bulgarien und Serbien vollendet sein werde, während die Türkei erst nach Monatsfrist in voller Aufrüstung stehen könne. Man wollte sich den Vorsprung sichern. Die Bemühungen der Großmächte um eine Friedensformel, die allem Hader ein Ende machen sollte, wurden halb ironisch, halb ärgerlich beobachtet, man gab sich den Anschein, als hoffe man auf einen günstigen Ausgang, tat aber alles, um ihn unmöglich zu machen. Mit dem Augenblick, da die Mobilisierung in Serbien und Bulgarien beschlossen war, stand auch fest, daß der Krieg die Folge sein werde. Weder König Ferdinand noch König Peter hätten die Mobilisierung rückgängig machen können. Ihr Thron und ihre Dynastie waren aufs äußerste gefährdet, wenn sie nicht in den Krieg zogen, und eine Niederlage für sie die mindere Gefahr. Es ist aber nicht zu bezweifeln, daß die slawischen Königreiche auf einen Sieg rechnen. Der Impuls geht von Bulgarien aus, und es war gewiß klug, Montenegro vorzuschicken, das nichts zu verlieren und alles zu gewinnen hat. Es kann höchstens in seine Berge zurückgeworfen werden und konnte mit Übermacht den schwachen türkischen Besatzungen, die ihm in den Grenzfesten gegenüberstanden, Siege abringen, deren Wirkung auf die Siegeszuversicht

der Koalition nicht zu unterschätzen ist. Daß aber an dieser Stelle keine Entscheidung fallen kann, liegt auf der Hand. Wir haben sie aller Wahrscheinlichkeit nach auf der Ebene von Adrianopel zu erwarten, und auch da gewiß nicht durch einen Schlag, der den Gegner niederwirft. Es sind tapfere, zum Äußersten entschlossene Truppen, die einander gegenüberstehen werden, und der Einsatz auf beiden Seiten ist außerordentlich hoch. Wer wollte sich da in Prophezeiungen ergehen, wo die Logik der Kanonen und des Säbels sich Beachtung erzwingt.

Inzwischen aber mobilisiert die Diplomatie; sie ist in ihren Bemühungen, durch ein Machtwort Europas den drohenden Konflikt abzuwenden, nicht eben glücklich gewesen und konnte nicht glücklich sein, weil sie Realitäten gegenüberstand, die sich nicht rückgängig machen ließen. Das Wesentliche dabei ist wohl die Revolte Bulgariens gegen die politische Führung, die Rußland den Balkanstaaten gegenüber beansprucht und bisher auch behauptet hat. Die Koalition zwischen Serbien und Bulgarien ist, wie sicher feststeht, von Rußland unter Überwindung großer Schwierigkeiten herbeigeführt worden, Serbien und Bulgarien sind natürliche Gegner, Konkurrenten in ihren Ansprüchen auf Mazedonien, wie in ihren weiteren auf Führung der Balkanslawen gerichteten Bemühungen. So lange Iswolski Minister der auswärtigen Angelegenheiten war, ging all sein Bemühen dahin, diese Rivalität zur Ruhe zu bringen, und das ist ihm, wie es bei oberflächlicher Betrachtung scheinen konnte, auch gelungen. Die alten Gegner versöhnten sich, aber die Voraussetzung, die dieser Aktion zugrunde lag, erwies sich als falsch. Beide Königreiche wollten nicht mehr unbedingte Werkzeuge Rußlands sein und zeigten seit Beginn des türkisch-italienischen Krieges einen Eigenwillen, der Herrn Ssasonow höchst unbequem war. In Bulgarien begann eine Agitation, die Ausnutzung des günstigen Augenblickes verlangte: jetzt oder nie sei der Zeitpunkt gekommen, die Verlegenheiten der Türkei zu nutzen, um endlich einmal die slawische Frage zu lösen, d. h., um das Erbe der Türkei anzutreten. Griechenland wurde in die Koalition hineingezogen, Montenegro, das stets rauflustige, trat ihr bei, und man glaubte mit Sicherheit auf den mächtigen Bundesgenossen rechnen zu können, den man in der öffentlichen Meinung Rußlands hatte.

In Petersburg wurde die Gefahr dieser Lage sehr wohl erkannt. Kaiser Nikolaus und seine Staatsmänner wollten den

Krieg nicht. Rußland ist nicht kriegsbereit; seine Flotte soll erst gebaut werden, und auch die Aufrüstung des Heeres, speziell der Bestand der Artillerie, läßt viel zu wünschen übrig. Auch macht die Lage im Innern des Reiches Sorgen. Die Meutereien in Taschkent und auf der Flotte, im Schwarzen wie im Baltischen Meer, die steigenden Unruhen im Kaukasus, allerlei bedenkliche Symptome, die bei der Wahlbewegung zutage getreten sind, Unzufriedenheit in einem Teil der westlichen Grenzprovinzen: in Finnland, dessen passiver Widerstand gegen die systematische Beseitigung der historischen Landesrechte die Bevölkerung tief erregt; in Polen, wo alte Utopien wieder anspruchsvoll hervortreten, das alles läßt einen Balkankrieg höchst unerwünscht erscheinen. Herr Ssasonow hat, was an ihm lag, getan, um ihm vorzubeugen. Nach Belgrad, Sofia, Cetinje ergingen immer dringendere Mahnungen: wir werden keinen Finger rühren, euch zu helfen — aber die Bulgaren antworteten: so tragen wir Gefahr und Gewinn selbst, und was Bulgarien sagte, galt auch für die anderen. Nun suchte Herr Ssasonow das europäische Konzert auszuspielen, aber als er meinte, es wiedergefunden zu haben, mußte er erfahren, daß die Instrumente nicht zusammenstimmten und gerade die Mächte der Tripelentente disharmonierten. Sir Edward Grey hatte, während Ssasonow in England war, gerade Probleme vor, die ihn mehr interessierten als die türkisch-slawische Frage. Ihn beschäftigte das persische Problem, das in dem Lager seiner eigenen Partei nicht so aufgefaßt wurde, wie es dem russischen Interesse, das England bisher vertreten hatte, entsprach; in Balmoral konnte es zu einer vollen Verständigung darüber nicht kommen; zu einer Aktion der Türkei gegenüber, die den Charakter eines Zwanges getragen hätte, aber wollte Grey sich nur ungern verstehen: über eine Formel, die zugleich alles und doch nichts sagte, konnte man sich nicht verständigen, auch war sie schwierig zu finden. Er scheint zuletzt die Geduld bei dem Hin- und Herreden verloren zu haben, und da er gerade eine wichtige Angelpartie vorhatte, kam die Note zu spät, auf die man sich schließlich doch einigte. Österreich und Rußland sollten als Mandatare Europas in der Türkei wie bei den slawischen Königen den Willen Europas kundtun, daß es beim Frieden bleiben sollte. Sie kam zu spät in jeder Hinsicht. Die Türkei hatte von sich aus feierlich angekündigt, daß sie alles erfüllen werde, was Europa von ihr auf Grund des Artikels 23 des Berliner Friedens zu verlangen berechtigt sei, und die Montenegriner

hatten der Türkei den Krieg erklärt und waren ins Feld gerückt. Damit aber stand man vor einer neuen Lage, und das Problem, mit dem wir heute zu rechnen haben, geht dahin, diesen Balkankrieg so zu lokalisieren, daß vitale Interessen der großen Mächte dadurch nicht berührt werden. Auf welchem Wege dieses Ziel erreicht werden soll, steht noch nicht fest. England scheint auf die Seite der Türkei treten zu wollen und hat dadurch, wie man in Paris und Petersburg ihm nicht ohne Bitterkeit, aber zu Unrecht vorwirft, den Krieg erst möglich gemacht; die Türkei verzögert aus nicht verständlichen Gründen den Abschluß des Friedens mit Italien, der doch eine Notwendigkeit ist, Österreich steht, für alle Eventualitäten vorbereitet, auf der Wacht, um auch auf einen Ausgang des Krieges vorbereitet zu sein, der vitale Interessen des Staates schädigen könnte, in Rußland beginnen analoge Maßregeln getroffen zu werden, Frankreich aber ist in Sorge um die Renten, die es aus seinen Anleihen in Rußland und in der Balkanhalbinsel bezieht, und das sind recht erhebliche Summen: 15 000 Millionen in Rußland, 2000 Millionen in der Türkei, 400 in Bulgarien, 420 in Serbien, 800 in Rumänien und 300 in Serbien, das gibt in Summa etwa 19 000 Millionen, an denen die Schar der französischen Rentner — und das ist fast ganz Frankreich — sehr lebhaft interessiert ist. Daher die Panik an den Börsen, die übrigens an keiner Stelle weniger Berechtigung hat als in Deutschland, das ruhiger als jede andere der europäischen Mächte dem schließlichen Ausgange entgegensehen kann.

Dagegen verstehen wir wohl die Unruhe, die sich Rußlands bemächtigt hat. Es empfiehlt sich daher, unter den gegenwärtigen Umständen der russischen Presse größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, als bei uns für gewöhnlich zu geschehen pflegt. Trotz des Druckes einer rücksichtslos durchgreifenden Zensur, übt sie einen Einfluß aus, dem sich die Regierung schließlich auf Gnade und Ungnade zu ergeben pflegt. Der russisch-türkische Krieg von 1877/78 und der russisch-japanische des Jahres 1904 sind auf eine derartige Kapitulation zurückzuführen, und alle Anzeichen weisen darauf hin, daß die Tendenz dieser Presse dahingeht, den, wie man noch hoffen darf, lokalisierten Krieg der vier Balkankönigreiche gegen die Türkei zu einem Feuer anzufachen, das zunächst einen russisch-österreichischen Brand entzünden und dann lange gehegte und nicht erfüllte Hoffnungen der russischen Nationalisten zur politischen Wirklichkeit führen soll. Denn daß die Nationalisten

heute die öffentliche Meinung Rußlands absoluter beherrschen als der Zar die Organe seines Willens, liegt klar zutage. Die Methode, nach der gearbeitet wird, zeigt sich an der systematischen Diskreditierung der Persönlichkeiten, die Kaiser Nikolaus II. an die meist verantwortlichen Stellen gesetzt hat. Das Prestige des Ministerpräsidenten Kokowzew ist bereits untergraben, der vortreffliche Unterrichtsminister Kassso, der mit großer Energie an der Sanierung des russischen Unterrichtswesens arbeitet, wird mit wahrer Erbitterung verketzert, vor allem aber richtet sich der Zorn gegen die Vertreter der russischen Diplomatie und gegen ihren Chef, Herrn Ssasonow. Der Hohn, der über seine letzten politischen Reisen ausgegossen wird, ist fast einmütig und findet nirgends schärferen Ausdruck als in der „Nowoje Wremja", vor deren Einfluß der aller anderen russischen Zeitungen zurücktritt, und in dem Organ der Oktobristen, d. h. derjenigen Partei, die sich als Wortführerin des besonnenen russischen Konstitutionalismus auszuspielen liebt. Der „Golos Moskwy", denn von dem reden wir, ist ganz in das nationalistische Lager übergegangen und nimmt die Niederlage der Türken als absolut sichere Tatsache vorweg. Seine Sorge ist nur, was nachher geschehen soll, und daß Rußland versäumen könnte, die günstige Gelegenheit, die sich ihm bietet, auszunutzen.

„Rußland darf nicht vergessen, daß der Sieg der Balkanslawen seine internationale Stellung außerordentlich verbessert. An der Südfront Österreichs wird eine Armee von fast einer Million Krieger uns befreundeter Staaten stehen, und unsere kaukasische Grenze wird völlig gesichert sein — denn es lohnt sich ja nicht, eine Türkei, die auf Kleinasien zurückgeworfen ist, noch ernst zu nehmen.

Anderenfalls aber würde ein Sieg der Türkei den Untergang Serbiens, die Schwächung Bulgariens und die Stärkung Österreichs zu ungeheurer Macht bedeuten. Durch die eine oder die andere Lösung werden kolossale Interessen Rußlands berührt. In unserem eigensten Interesse dürfen wir nicht dulden, daß Österreich die Verwirklichung der Aufgaben der Slawen stört. Wir müssen alle Energie des Staates anspannen, um die Arbeit der Slawen zu erleichtern. Erreichen werden wir es jedoch nur, wenn wir unserer Nachbarin unzweideutig zu verstehen geben, daß wir österreichische Einmischung als eine an uns gerichtete Herausforderung betrachten werden."

Das führt dem Leser den Eindruck zu, daß Rußland seinen nächsten Gegener in Österreich zu suchen habe, und das ist das Leitmotiv aller Betrachtungen, die uns zu Gesicht gekommen sind. Nebenher aber ist der Groll gegen England wieder erwacht, das die Vertreter der „befreundeten Mächte" gewissenlos „zum Narren" gehalten habe.

Die unglücklichen russischen Diplomaten, „die ihr Monokel wie Aehrenthal und Berchtold zu tragen verstehen", deren Verständnis aber die Merkmale eines beschränkten Provinzialismus trage, der über Kleinigkeiten stolpert und die Hauptsachen nicht zu erkennen vermag, werden auch von Herrn Menschikow in einem seiner langatmigen Leitartikel unbarmherzig ins Gebet genommen und müssen eine Vorlesung über russische Weltpolitik anhören, die auch für weitere Kreise nicht ohne Interesse sein dürfte. Ausgangspunkt dieser Betrachtungen ist ein soeben erschienenes Buch eines jungen russischen Generalstabsoffiziers, Vendamme, das den Titel „Unsere Lage" führt, und die politischen Sünden der „von Deutschen umgebenen" Nachfolgerinnen und Nachfolger Peters des Großen aufzählt. Sogar Katharina II. soll deutschen Einflüssen die Interessen Rußlands geopfert haben, denn alle die heute Rußlands bedrängenden „Fragen", die slawische, türkische, persische, chinesische, japanische, hätten bereits im 18. Jahrhundert gelöst werden müssen. Vendamme geht sogar so weit, daß er der russischen Politik die Nichterwerbung des westlichen Nordamerikas, Kalifornien mit eingeschlossen, als eine am russischen Volke begangene Sünde vorwirft. Schuld an allem trage aber die unselige Neigung, sich der Politik des europäischen Abendlandes zu Dienst zu stellen. Rußland habe, da es noch Zeit war, versäumt, sich der Gebiete zu bemächtigen, die ein warmes Klima und Zugang zum Ozean boten, und als Folge habe sich ergeben, daß heute die slawische Frage noch ungelöst geblieben sei und daß die stetig zunehmende Dreistigkeit der Nachbarn die Stellung Rußlands in den Weltteilen anzutasten beginne. Allezeit aber sei der eigentliche Feind Rußlands England gewesen. In Amerika, im fernen Osten, in Zentralasien und auf dem Balkan habe es ihm den Weg verlegt:

„Unser Hauptfeind (bis vor wenigen Jahren) und zugleich der Feind der gesamten Welt, ist England, das nicht nur Rußland, sondern ganz Europa in einer Art „Konzentrationslager" gefangen hält, wie einst

die Buren in Südafrika. Ihm gehöre faktisch das gesamte Weltmeer, es habe das angelsächsische Volk Amerika gewonnen und gehe daran, China zu verschlingen. Als Napoleon Englands Stellung bedrohte, habe es verstanden, Rußland gegen ihn zu hetzen, als das siegreiche Rußland sich fähig zeigt, Indien zu bedrohen, habe ihm England die Koalition von 1854 entgegengeworfen und 50 Jahre später Japan: jetzt sei es bemüht, alles daran zu setzen, um die wachsende Macht Deutschlands durch eine große Koalition zu brechen. Aber obgleich Frankreich und Rußland durchaus keine Lust hätten, diesen Krieg auf sich zu nehmen, lasse England in seinen hartnäckigen Bemühungen, ihn herbeizuführen, nicht nach. Im vorigen Jahre sei es ihm während der Marokkokrise beinahe gelungen, jetzt werde der Brand auf dem Balkan vorbereitet. Für England sei es kein Nachteil, daß die unglücklichen Christen auf dem Balkan darunter schwer leiden würden, und „daß die schlecht vorbereiteten Nachbarn Deutschlands von rechts und von links schwere Niederlagen riskieren". England wisse, daß es jedenfalls für Deutschland kein leichter Krieg sein werde, daß er — wie auch der Ausgang sei — die deutschen Kräfte furchtbar erschöpfen und das drohende Wachstum der deutschen Flotte wenigstens zeitweilig aufhalten werde. Dann aber bleibe England der Herr des Ozeans."

Diese vor wenigen Wochen noch undenkbare Sprache der „Nowoje Wremja", die bisher die englische Freundschaft als einen Trumpf gegen Deutschland auszuspielen pflegte, verdient alle Beachtung. Sie deutet auf eine sich vorbereitende Wandlung in der Konstellation der europäischen Politik hin, die von der öffentlichen Meinung Rußlands als bereits vollzogen antizipiert wird, in Wirklichkeit aber noch keineswegs perfekt ist, wenn sie auch zu den Möglichkeiten gehört, mit denen gerechnet werden muß. Auch in Frankreich erweckt die politische Seite der denkbaren Wandlungen Unbehagen. Man hatte am Quay d'Orsay sein Spiel auf zwei Karten gesetzt, von denen die eine, wie es scheint, aus dem Spiel gezogen werden soll, die Stichkraft der anderen zweifelhaft geworden ist, weil die höchsten Trümpfe zu früh ausgespielt wurden, der Gegner aber bisher an sich gehalten hat. Am liebsten möchte man das Spiel aufgeben; es ist unsicher geworden, und man hat „kalte Füße" bekommen. Auch gibt es am eigenen Herde so mancherlei zu tun. So oft man auch von endgültigen Erfolgen Liautays berichtet, es kommen

immer neue kleine Ungelegenheiten in Marokko vor, die Frage der Wahlreform ist noch immer nicht erledigt, endlich soll die Republik einen neuen Präsidenten erhalten, und man weiß noch nicht, wem man diese Stellung gönnen soll. Herrn Poincaré oder Herrn Deschanel oder einer anderen der zahlreichen Kapazitäten, die jeder Aufgabe gewachsen sind: sei es, daß es sich um die Leitung des Staates handelt, um das Kommando einer Kriegsflotte oder um eine Steinoperation.

Auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist noch nichts über den Ausgang der bevorstehenden Präsidentenwahl entschieden. Im „New York Call" vom 9. September wurde der Inhalt einer Unterredung mit einer politischen Persönlichkeit von Einfluß über die Präsidentschaftskampagne veröffentlicht, die uns Beachtung zu verdienen scheint. Im Augenblick — so heißt es in diesen Ausführungen — scheine sich alles von Taft ab und Wilson zuzuwenden. Das gebe aber noch keinen Maßstab für den schließlichen Ausgang. Nach einigen Wochen werde Carnegie die „big boys" seiner Stahlwerke kommen lassen, und ihnen einleuchtend vorstellen, daß in ihren Betrieben für Taft gestimmt werden müsse. Das verständen diese Männer wohl; sie beschränken ihre Tätigkeit nicht nur auf die Arbeiter, sondern geben überall das Schlagwort aus: „Stimmt für Taft, wenn Euch daran liegt, daß die Stahlwerke nicht stillestehen." Das Mittel habe schon früher gefruchtet und werde auch diesmal nicht versagen.

„Die Kampagne" — schloß dieser Gewährsmann des „New York Call" — „wird die kostspieligste von allen sein, die in Amerika geführt worden sind. Vor vier Jahren kostete es zwei Millionen Dollar, Taft zu wählen, in diesem Jahr wird es nicht einen Cent weniger als 10 Millionen kosten. Ich werde ein Tageblatt in der Stadt gründen, in der ich lebe. Es wird die Interessen Tafts vertreten. Die Taftleute haben Geld, von dem sie nicht wissen, wie sie es ausgeben sollen, und ich kann es ebenso gut brauchen wie ein beliebiger anderer."

Das ist gleichsam eine Momentphotographie aus der Wahlagitation, beweist aber noch nichts für den schließlichen Ausgang. Weit wichtiger ist, daß die Häupter der katholischen Kirche die Parole ausgegeben haben, daß Taft zu unterstützen sei. Nun werden zwar die irischen Wähler der Parole nicht gehorchen, wohl aber die Polen, Italiener und die nach Neuengland übergesiedelten französischen Kanadier, während die Haltung der deutschen Katholiken zweifelhaft ist. Diese Parole der Führer

des amerikanischen Katholizismus ist um so auffallender, als die katholischen Stimmen bisher regelmäßig den Demokraten zufielen. Aber Tafts protektionistische Politik zieht den Katholizismus an, und Wilson hat in dieser wichtigen Frage nicht entschlossen genug Stellung genommen. Ein weiteres Motiv liegt in der Hoffnung, durch die Interventionspolitik in Mexiko katholisches Land zu gewinnen und damit die Macht der katholischen Stimmen in der Union zu stärken.

17. Oktober. Beginn des Krieges der Serben und Bulgaren gegen die Türkei.
18. Oktober. Friede zu Ouchy zwischen Italien und der Türkei.
19.—22. Oktober. Erste Erfolge der verbündeten Balkanslaven.
23. Oktober. Beginn der Kämpfe um Kirk-Kilisse.

23. Oktober 1912.

Nun ist der Krieg seit acht Tagen auf der Balkanhalbinsel in vollem Gange. Bis zum 16. Oktober dauerten noch die Scheinverhandlungen. An diesem Tage aber riefen Bulgarien, Serbien und Griechenland ihre Gesandten aus Konstantinopel ab, nachdem Montenegro seinen Handschuh schon acht Tage vorher der Türkei hingeworfen hatte. Die vier Könige hatten es eilig, denn sie rechneten darauf, die Türkei, die mit ihrer Mobilisierung arg im Rückstande war, zu überrumpeln. In Konstantinopel hatte man sich gescheut, offenkundig zu rüsten, so lange Rußland und Frankreich Tag um Tag versprachen, ihr Veto gegen einen Angriffskrieg der Kleinen einzulegen. Dies Veto und ebenso die Bemühungen der anderen Mächte fanden jedoch in Belgrad und Sofia keine Beachtung, und heute, am 21., stehen die bulgarischen Truppen bereits vor Adrianopel, und auch Serben und Griechen wissen, wie vorher die Montenegriner, von einer Reihe von Erfolgen zu berichten. Wollte man den Nachrichten aus Cetinje, Belgrad, Sofia und Athen Glauben schenken, so hätten die Türken überall Niederlagen erlitten. So aber ist es schwerlich gewesen. Es liegen ohne jeden Zweifel übertreibende Berichte vor uns, und zurzeit scheint nicht mehr festzustehen, als daß die schwachen Streitkräfte, welche die Türkei vor ihrer Mobilisierung an den Grenzen stehen hatte, sich nach hartnäckigem Widerstande auf die Hauptmacht, die sich bei Adrianopel konzentrierte, zurückgezogen haben. Zu sicherem Urteil werden wir erst gelangen können, wenn unparteiische Berichte aus der Feder von Kriegskorrespondenten und Militärbevollmächtigten der Mächte vorliegen werden. Bisher aber haben weder die einen noch die anderen mit eigenen Augen gesehen.

Daß die Montenegriner bei ihren Grenzkämpfen tapfer gefochten haben, scheint festzustehen, wenngleich die Zahl der Gefangenen, die sie gemacht haben wollen, wahrscheinlich stark übertrieben ist. Das sind jedoch nicht mehr als Nadelstiche. Die Entscheidung hängt von anderen Faktoren ab. Die bevorstehenden Kämpfe vor Adrianopel werden darüber entscheiden, ob der Vormarsch der Balkankönige in einen Rückmarsch ausmündet, oder ob die Türkei — wie ihre Gegner wünschen — nach Kleinasien übersiedelt. Das letztere ist nun im höchsten Grade unwahrscheinlich und wäre der g e f ä h r l i c h s t e Ausgang, den dieser Krieg nehmen könnte. Die Dinge liegen heute ganz anders als 1829 und 1878, da der Anmarsch der Russen gegen das nicht verteidigte Adrianopel genügte, den Widerstand der Türken zu brechen. Dem Frieden von Adrianopel 1829 war der Feldzug des Jahres 1828 und danach die Schlacht bei Kalewtschi vorausgegangen, dem Präliminarfrieden von San Stefano, Plewna und Schipka. In beiden Fällen war die Kriegsmacht der Türkei tatsächlich zusammengebrochen, und ihr stand Rußland gegenüber, nicht der Gegner von heute. Mag Bulgarien auch in seiner militärischen Ausbildung nicht hinter der Türkei zurückstehen, so hat es doch schon jetzt alles aufgebracht, was es an Mannschaften überhaupt aufzubringen fähig ist, und es kann die Lücken nicht ergänzen, die der Krieg notwendig in die Reihen der aktiven Armee reißt. Nur ein baldiger, durchschlagender Sieg kann dauernde Erfolge bringen, und das gleiche gilt — abgesehen von der Qualität der Truppen — auch von Serben und Griechen. Jeder neue Tag aber stärkt die Widerstandskraft der T ü r k e i. Auch finanziell steht die Türkei sicherer als die Königreiche, denen sich der Kredit Europas versagt, wenn nicht etwa Rußland seine Politik ändern und unter dem Druck der Slawophilen seine so bestimmt angekündigte Neutralität aufgeben sollte. Zunächst ist aber daran nicht zu denken, und bisher sind alle Versuche, die Stellung Ssasonows zu erschüttern, an dem Vertrauen gescheitert, das der Zar ihm schenkt. Endlich ist die Hoffnung gescheitert, die sich an die Fortdauer des italienisch-türkischen Krieges knüpfte, und damit der Türkei nicht nur die Möglichkeit geboten, ihre in Tripolitanien stehenden Mannschaften heranzuziehen, sondern auch mit ihrer Flotte gegen Griechen und Bulgaren zu operieren. Kurz, trotz des ungeheuren Lärms, den die Verbündeten über ihre wirklichen oder angeblichen Erfolge aufschlagen, halten wir auch jetzt noch die Stellung der Türkei für die bei weitem aussichtsvollere.

Es ist auch kein Zweifel, daß sich die öffentliche Meinung Europas auf die Seite der Türkei, nicht auf die ihrer Gegner gestellt hat. Das Kreuzzugsmotiv, das König Ferdinand im bulgarischen Kriegsmanifest anschlägt, findet — immer von der russischen Presse abgesehen — an keiner Stelle einen Wiederhall. Man weiß zu genau, daß es nicht dieses Motiv war, das die Balkanslawen in den Krieg getrieben hat. Was sie erstreben, ist auch nicht die „Befreiung" Mazedoniens, sondern die Eroberung eines Gebiets, über dessen Teilung, wenn die Eroberung erfolgen und die Teilung gestattet werden sollte, die Sieger sofort in tödlicher Feindschaft einander gegenüberstehen würden. Die Türkei ist ehrlicher. Sie wehrt sich ihrer Haut und verteidigt ihre Existenz. Doch wir brechen ab. Es trägt nichts aus, über Möglichkeiten zu spekulieren; die große Entscheidung, die sich vorbereitet, zieht schon jetzt, da es sich um ihre einleitenden Stadien handelt, die halbe Welt in Mitleidenschaft. Die Panik, die sich der französischen Börse bemächtigte, hat ihren Reflex bis nach Peru gehabt; in London, Wien, Petersburg, leider auch in Berlin — wenngleich in geringerem Maße — wurde der Geldmarkt erschüttert und damit aufs neue die alte Regel bestätigt, daß Spekulationen in exotischen Werten mit einem unberechenbaren Risiko verbunden sind. In Frankreich traf die Deroute vornehmlich russische Industriepapiere, welche die französischen Inhaber um jeden Preis los zu werden suchten, ein Anzeichen dafür, was geschehen würde, wenn Rußland in einen europäischen Krieg verwickelt werden sollte. Eine weitere Folge der Balkankrisis ist die erbitterte Preßfehde, die zwischen den drei Ententemächten ausgebrochen ist. Daß England in Berücksichtigung der Tatsache, daß es in Indien mit der Stimmung von über 60 Millionen Mohammedanern zu rechnen hat, türkische Sympathien zeigt, daß Frankreich im Hinblick auf die ungeheuren Geldinteressen, die es in der europäischen wie in der asiatischen Türkei zu verteidigen hat, die gleiche Haltung einnimmt, hat in den nationalistischen Kreisen Petersburgs und Moskaus wahre Erbitterung hervorgerufen. Gleichzeitig aber befehden sich „Temps" und „Times", so daß gerade die Preßorgane, die sich bisher in hämischen Angriffen gegen Deutschland die Hände reichten, in bitterer Feindschaft mit giftigen Pfeilen gegeneinander vorgehen. Auch finden die inneren Verhältnisse Rußlands jetzt in Frankreich wie in England eine überraschend pessimistische Beurteilung. Man gewinnt

den Eindruck, als werde hüben und drüben der erneute Ausbruch einer russischen Revolution nicht für unwahrscheinlich gehalten. So schreibt, um ein Beispiel anzuführen, der Wiener Korrespondent des „Daily Chronicle" am 18 Oktober:

Ich erfahre aus Warschau, daß die polnisch-sozialistische Partei große Tätigkeit entfaltet, um eine Revolution in Russisch-Polen zu organisieren, sobald Rußland in den Balkankrieg eingreift, was sie für unabwendbar hält. Die Sozialisten scheinen mit einem Geheimkomitee der polnischen revolutionären Partei sich verständigt zu haben. Mehrere Millionen Abzüge zweier revolutionärer Manifeste sind unter der Bevölkerung verbreitet worden. Eines dieser Manifeste fordert die Bevölkerung auf, dem Feinde Rußlands, sobald er einrückt, mit Sympathie zu begegnen. Das heißt natürlich, daß Österreich in Russisch-Polen bewillkommnet und durch eine nationalpolnische Erhebung unterstützt werden soll. Ich erfahre weiter, daß die sozialistische Partei in Österreich-Galizien in dieser Richtung gleich geschäftig ist, und daß die österreichische Polizei sich alle Mühe gibt, sie niederzuhalten.

Das zweite Manifest fordert für den Fall eines russischen Krieges die Arbeiterpartei auf, sich darauf vorzubereiten, Eisenbahnen und Telegraphen zu zerstören, Desertionen in der Armee zu veranlassen und die Operationen des Feindes zu unterstützen.

Derselbe Korrespondent sagt, daß die Behauptung hartnäckig aufrechterhalten werde, daß die russische Reichsbank der bulgarischen Nationalbank 25 Millionen Franken vorgeschossen habe, eine Behauptung, die im Hinblick auf die Haltung der russischen Regierung durchaus unglaubwürdig erscheint. Was aber die revolutionären Vorbereitungen in Polen betrifft, so handelt es sich um einen chronischen Zustand, der an sich als ungefährlich bezeichnet werden könnte, wenn ihm nicht der gefährliche Drang der russischen Nationalisten nach einer auswärtigen Aktion den Boden vorbereitete. Die Revolution in Rußland ist allezeit aus dieser Kombination hervorgegangen. Der Aufstand der Dekabristen steht in direktem Zusammenhang mit den Kriegen von 1813—15 und kombiniert sich mit der polnischen Verschwörung der zwanziger Jahre, der polnische Aufstand von 1830 ist durch den Türkenkrieg von 1828—29 vorbereitet worden und sollte schon während desselben ausbrechen, der Aufstand von 1863 wurde anfänglich von der

unmittelbar nach dem Krimkrieg entstandenen Partei der russischen Liberalen mit lebhafter Sympathie begrüßt, und nach dem russisch-türkischen Kriege von 1877—78 erwuchs die Macht der revolutionären Partei, die über Nihilismus und Anarchismus zur Revolution der Jahre 1904 und 1905 führte, deren blutige Erfolge erst durch den russisch-japanischen Krieg möglich wurden. Daß ein russisch-türkischer Krieg, der in einen russisch-österreichischen ausmünden kann, von revolutionären Erschütterungen begleitet sein würde, muß man wohl für sicher annehmen. Daß konservative Russen das nicht einsehen, ist fast unbegreiflich. Herr A. Stolypin, Bruder des ermordeten Ministerpräsidenten, ist einer dieser Verblendeten. Er kann es nicht begreifen, daß Rußland noch nicht f e r t i g ist.

„Wir sind nicht fertig!" das ist die sakramentale Phrase, die Tag für Tag wiederholt wird von allen, angefangen von den Staatsmännern bis hinab zu den Schwätzern in den Gasthäusern. Man müßte aber hinzufügen, und das ist weit trauriger, „wir verstehen es nicht und wollen uns nicht vorbereiten". Bei dem Mangel an Leidenschaft und Temperament (was man den Russen gewiß nicht vorwerfen kann!), der Korruption des Kanzleiwesens, an dem unsere militärischen Zentren verfaulen, kann man mit Bestimmtheit sagen, daß die Stunde des Fertigseins niemals kommen wird: jedes Jahr des Aufschubs wird aber von unseren Nebenbuhlern und Gegnern um so besser ausgenutzt werden. Man muß daher in den Donnerschlägen, die vom Balkan herüberschallen, ein gnädiges Winken der Hand einer gütigen Vorsehung erblicken, die sich unserem Vaterlande entgegenstreckt. Der Hinweis auf die Gefahr ist so augenfällig, daß auch Blinde ihn nicht übersehen können, die Gefahr so groß, daß nur Leute, deren Gewissen verstummt ist, den quälenden Schmerz um das Vaterland, und die Erkenntnis dessen, was Pflicht und Verantwortlichkeit fordern, nicht empfinden. Wenn aber die Gefahr augenscheinlich, wenn sie groß und unabweisbar ist, so liegt sie zeitlich doch noch ziemlich fern. Man kann annehmen, daß der Balkankrieg sich noch 3—4, vielleicht 5 Monate hinziehen wird, bevor Rußland in eine unleidliche Lage gerät, die sofortige Antwort verlangt. Rußland hat, bevor es sich dem Gericht der Geschichte stellen muß, noch eine letzte kurze Frist, die so ausgenutzt werden muß, als ob der Feind schon die Grenzen des Vaterlandes überschritten hätte. Wenn der Krieg erklärt ist und die Heere des Feindes im Anmarsch sind, schont man ja weder

Milliarden noch Blut! Weshalb soll man es nicht bereits vorher tun und sich dadurch vor dem Unheil retten? Fünf Monate! Das ist sowohl sehr wenig als ungeheuer viel Zeit, wenn man Einsicht hat, und, was noch wichtiger ist, wenn man will. So mag denn der glühende Wille, der dem trägen, sorglosen, slawisch-leichtfertigen, lebendigen Mechanismus unseres Kriegsministeriums fehlt, wenigstens ersetzt werden durch eine andere Kraft: durch Furcht vor entsetzlicher Schande, vor nahe bevorstehender Verantwortung und vor der Geißel des erwachsenden Gewissens."

Wir haben aus einer langen Reihe von Betrachtungen russischer Blätter das obige Beispiel gewählt, weil es aus der Feder eines Mannes stammt, der durch Geburt und Beziehungen über dem Durchschnitt der russischen Journalisten steht. Wer zu lesen versteht, hört auch aus diesem verhältnismäßig ruhigen Artikel den glühenden Wunsch nach einer Abrechnung mit dem „Feinde" heraus, und es ist nicht schwer zu erkennen, wo Herr Stolypin ihn sucht. Inzwischen aber hat die russische Regierung die Unabhängigkeit der Mongolei anerkannt und der Golos Moskwy, der, wie wir mehrfach zu verfolgen Gelegenheit hatten, über die Dinge im fernen Osten vortrefflich unterrichtet zu sein pflegt, kündigt an, daß sich eine schwere Verwicklung vorbereite. Die aggressive Politik Chinas trete immer deutlicher zu Tage. Juanschikai gehe darauf aus, die Mongolei zurückzugewinnen, und wolle die Wirren am Balkan benutzen, um sein Ziel zu erreichen. Der Generalgouverneur des Priamurgebietes, Gondetti, habe darüber nach Petersburg berichtet und sehr bestimmte Instruktionen erhalten, um auf Ausführung des Traktats von 1881 zu dringen. Wie stets geben wirkliche oder angebliche Belästigungen des russischen Handels den Vorwand. In Wirklichkeit aber wird die Mongolei von Rußland mit Waffen versorgt, und China ergreift Gegenmaßregeln, um teils durch List und klingende Überredung, teils durch Drohung und militärische Maßnahmen den verlorenen Boden zurückzugewinnen. Entrüsten kann man sich darüber nicht, aber unbequem mag es den Russen sein.

Der „Economist" vom 19. Oktober bringt wiederum eine Reihe sehr beachtenswerter Ausführungen über die Frage der englisch-deutschen Beziehungen. Namentlich verdient ein Artikel Beachtung, der den Titel: „German Expansion and Anglo-German Frictions" führt. An der Hand der Ausführungen von Professor Bonn

(Handelshochschule in München) und eines Artikels von Gothein in der „Hilfe" wird die Frage, ob die Interessen Englands und Deutschlands einander ausschließen, mit aller Bestimmtheit vom englischen Standpunkte aus verneint, und derselbe Gedanke wird auch in einer lehrreichen Studie über die europäischen Marinen, ihr Wachstum und ihre Kosten seit 1907 ausgeführt. Endlich veröffentlicht Sir John Brunner, Parlamentsmitglied für Northwich, Besitzer der Alkaliwerke von Northwich, einen Brief über liberale Politik, der in zwei Resolutionen ausmündet, deren Annahme er der National Liberal Federation empfiehlt.

Resolution 1. Daß diese Versammlung, während sie herzlich Fortsetzung der freundschaftlichen Beziehungen wünscht, die zu Frankreich bestehen, die Regierung dringend auffordert, es klarzustellen, daß damit keine Verständigung oder Absicht verbunden ist, zu Lande oder zu Wasser gegen eine andere Macht vorzugehen, und ferner, daß sie (die Versammlung) die nachdrückliche Ansicht aussprach, daß gleich freundschaftliche Beziehungen auf gleicher Grundlage mit Deutschland hergestellt werden.

Resolution 2. Daß diese Versammlung die Regierung Seiner Majestät dringend auffordert, internationale Verträge mit den Vereinigten Staaten und anderen Mächten abzuschließen, um alle friedliche Schiffahrt und Ware vor Wegnahme (capture) oder Zerstörung in Kriegszeiten zu sichern.

Begleitet werden diese Thesen nächst der an die Nationalliberale Federation gerichteten Einführung von Sir John Brunner durch eine kleine Schrift von Francis W. Hirst, dem hochverdienten Herausgeber des „Economist". Er erinnert daran, daß der in der zweiten These enthaltene Antrag auf der Haager Konferenz von Amerika eingebracht und von Deutschland und der Majorität der Mächte angenommen wurde, aber an dem Widerspruch Englands scheiterte, und weist an einer Reihe von schlagenden Beispielen nach, daß die Prisenpolitik unter keinen Umständen die Vorteile bringe, die England davon zu erwarten scheine. Moralisch bedenklich sei die Erziehung der Seeleute zur Jagd nach Prisen, unsinnig, weil das System der Versicherung und Rückversicherung dahin führe, daß unter allen Umständen auch England geschädigt werde, das der Mittelpunkt der Versicherungen zur See sei. Da endlich die wertvollsten Schiffe Kompagnien gehören, deren Gewinnanteile sehr weit verbreitet

sind, wisse derjenige, der die Prise einbringt, (the naval robber nennt ihn Hirst) nie, wessen Eigentum er raube. Die englische Admiralität und das foreign Office seien offenbar der Ansicht, daß, solange England die stärkste Flotte habe, die Drohung, friedliche Handelsschiffe zu plündern oder zu zerstören, den Wert eines Präventivs habe, im Kriege aber eine Waffe zur Schädigung des Gegners sei. Beides sei falsch. Der Schaden, den man dem Feinde zufüge, werde durch die Kosten des Krieges aufgewogen, und da England mit seinen 21 000 Schiffen von in Summa 11½ Millionen Netto-Tonnen alle übrigen Seemächte übertreffe, die Möglichkeit der Schädigung aber im Verhältnis zur Zahl der Schiffe stehe, so könne England auch leichter als die anderen an seinem Handel durch Flotten kleiner Kreuzer geschädigt werden. Ein weiteres Argument für die Brunnersche Resolution ist, daß die Prisenpolitik ein wesentlicher Grund sei, die Völker zu Rüstungen zur See zu drängen, die, wenn es so weitergehe, dahin führen werden, daß der Engländer wie es jetzt in Japan geschehe, 5 sh vom Pfund Einkommensteuer werde zahlen müssen. Falle die Prisenpolitik, so lasse sich auf eine Minderung der Rüstungen zur See rechnen. Hirst schließt mit dem Wunsche, daß England, Deutschland und die Vereinigten Staaten sich durch Verträge dahin verständigen, einerseits die von England aufrechterhaltene Prisenpolitik, anderseits die von Deutschland verteidigten schwimmenden Minen aufzugeben. Der Seekrieg der Zukunft werde dadurch viel von seinen Schrecken verlieren.

Nun lassen sich Seeminen, die doch einen rein defensiven Charakter tragen, nicht in eine Reihe mit der Frage der Prisenpolitik setzen, auch geht Hirst hier über Brunner hinaus. Die Frage der Seeminen führt uns in ein ganz anderes Feld völkerrechtlicher Fragen und wäre zunächst jedenfalls, wenn ein Erfolg erreicht werden soll, zurückzustellen. Im übrigen halten wir die aufgeführten Argumente sehr der Beachtung wert und wünschen beiden Herren mit ihrer Anregung den besten Erfolg. Wir glauben allerdings, daß, wenn das englische Kabinett sich die Gedanken Sir John Brunners zu eigen macht, ein wesentlicher Schritt zu einer ehrlichen Verständigung zwischen England und Deutschland getan wäre. Aber nach allem, was von deutscher Seite geschehen ist, dahin zu gelangen, gehört die Initiative jetzt England.

Über den italienisch-türkischen Friedensschluß, den alle Großmächte freudig begrüßt haben, gehen die Ansichten der französischen und der

italienischen Presse weit auseinander. Der „Corriere d'Italia" hatte sich gegen die Behauptung der Pariser Blätter gewandt, daß Frankreich die Souveränität Italiens in Libyen erst anerkennen werde, wenn die Grenze zwischen Tunis und Tripolitanien geregelt sei. Die Antwort darauf war, daß der „Corriere" auf einen Geheimvertrag hinwies, durch den Frankreich das Gebiet zwischen Ghat und Ghadames als italienischen Anspruch anerkannt habe. Beide Mächte haben 1899 eine Karte unterzeichnet, die jeden Streit darüber ausschließt. Der französische Unterzeichner war Herr Delcassé, dessen Neigung für Geheimverträge schon so viel Unheil angerichtet hat. Der Schluß liegt nahe, daß der italienisch-türkische Krieg auf diesen Geheimvertrag zurückzuführen ist. Natürlich kann dieser Vertrag, dessen Bekanntwerden den Franzosen eine peinliche Überraschung war, nicht rückgängig gemacht werden, und wir sehen nicht, was die Italiener veranlassen könnte, auf ihn zu verzichten. Die Lage ist ziemlich genau dieselbe, wie sie in Marokko durch den französisch-spanischen Vertrag Delcassés geschaffen wurde, über den die Verständigung, trotz aller offiziöser Versicherungen des Gegenteils, noch nicht erfolgt ist.

Daß Ägypten im Balkankriege neutral bleiben würde, war zu erwarten, bedeutet aber eine Schwierigkeit für die Türkei, die ihre Truppen nicht zu Lande aus Tripolitanien führen kann.

Es scheint, daß Frankreich seine Blicke auf Syrien richtet, und die sofort dementierte angebliche Äußerung des englischen Botschafers in Wien, Cartwright, hat dem Gerücht Nahrung gegeben, daß England sich der Sudabai bemächtigen wolle. Es ist darüber zu einer heftigen Fehde zwischen „Temps" und „Times" gekommen.

26. Oktober. Die Bulgaren vor Adrianopel. Die Serben nehmen Uesküb.
27. Oktober. Rede Poincarés in Nantes. Vorrücken der Montenegriner gegen Skutari.
29. Oktober. Die Bulgaren besetzen Bunar Hissar.

30. Oktober 1912.

Die letzten acht Tage haben nur Siege der vier Königreiche und nur Niederlagen der Türken gebracht. Man muß, auf den Krieg des Jahres 1870 zurückgreifen, um die Analogie zu finden. Im russisch-japanischen Kriege hat es doch wenigstens russische Teilerfolge gegeben, und wir wissen heute, daß ein verfrühter Friedensschluß, der nicht unwesentlich durch die Revolution bedingt wurde, die im Rücken der Armee Rußland in Flammen gesetzt hatte, die Entscheidung für Abschluß mit Japan brachte. Die Gefahr für die Türkei liegt, auch wenn noch weitere Erfolge der Koalition zu verzeichnen wären, darin, daß sie diesem Beispiel folgt und der, wie es scheint, bevorstehenden Mediation der Ententemächte ihre Interessen ebenso opfert, wie sie tat, als sie dem vornehmlich von diesen Mächten ausgehenden diplomatischen Druck nachgab und Vorbereitungen auf einen Krieg unterließ, der bereits von ihren Gegnern beschlossen war, und für den sie alles fertiggestellt hatten, ohne der Mahnungen zu achten, die auch ihnen zugegangen waren. Sie haben, unter Führung Bulgariens, ermuntert durch die Haltung der russischen Presse und ihrer Agenten auf dem Balkan, ihre Kräfte aufs äußerste angespannt und in dem Augenblick losgeschlagen, als sie befürchten mußten, daß jene Mahnungen die Form eines Befehls annehmen könnten. Daß das Vorspiel in Montenegro einer Verabredung entsprach, kann als sicher gelten. Es schuf das fait accompli, auf welches hingewiesen werden konnte, um ein Rückgängigmachen der Mobilisierung zu verweigern. Diese Verhältnisse sind es gewesen, die eine völlige Überrumpelung der Türkei erst möglich gemacht haben. Die nun in aller Eile begonnene Mobilisierung der Türken ging, den großen Entfernungen entsprechend, mit denen

gerechnet werden mußte, nur langsam vorwärts, und was dem Feinde zunächst entgegengeworfen werden konnte, erwies sich der Zahl nach als unzulänglich und in der Qualität als minderwertig. Auch machten offenbar die Folgen des unseligen Haders sich geltend, den die Nebenregierung des jungtürkischen Geheimkomitees in das politische und militärische Leben der Türkei hineingetragen hatte. So ist die Gefahr immer näher gerückt, daß die Überrumpelung ihr Ziel erreicht und, wie bereits angekündigt worden ist, die siegreichen Scharen der Alliierten ihren Einzug in Konstantinopel halten.

Das ist die eine gleißende Seite des Bildes. Sie bedeutet für den schließlichen Ausgang noch gar nichts, und dazu führen die folgenden Erwägungen: Von den alliierten Mächten ist der offensive Vorstoß im wesentlichen von Bulgarien zum Erfolg geführt worden. Montenegro kann über eine Aktion an seinen Grenzen überhaupt nicht hinausgehen, dazu fehlen alle Vorbedingungen, das Vorrücken der Griechen trifft unter keinen Umständen den Lebensnerv der Türkei. Bedroht wird er von Serben und Bulgaren, aber die entscheidende Frage ist, wie lange sie in der Stellung des Angreifers beharren können, wenn es ihnen nicht glückt, in nächster Zukunft der Türkei die entscheidende Niederlage beizubringen. Sie haben, wie wir schon vor 8 Tagen hervorhoben, alles aufgebracht, was sie an Mannschaft überhaupt aufzubringen fähig sind. Es scheint richtig zu sein, was Berichterstatter schreiben, die in den letzten Tagen durch Serbien gezogen sind, daß das Land den Eindruck mache, als ob es mitten in einem Generalstreik stehe, wie Rußland ihn 1905 und 1906 erlebte. Alle Arbeit stockt, weil die Hände fehlen, sie zu verrichten. Ähnlich mag es in Bulgarien stehen. Kenner berechnen, daß beide Königreiche diesen Zustand höchstens 2 Monate tragen können. Man darf aber mit Sicherheit annehmen, daß nach wenigen Wochen die Türkei ihre Mobilisierung vollendet haben wird, wahrscheinlich aber schon früher, und es darf als ausgeschlossen gelten, daß sie eine Mediation, wie sie von den Mächten der Tripleentente vorbereitet wird, annehmen sollte, bevor sie Gelegenheit gefunden hat, zu erproben, ob ihre Kraft reicht, die Gegner in ihre Grenzen zurückzuwerfen. Es ist eine Forderung des „fair play", daß ihr die Möglichkeit dazu offen gelassen wird. Jeder Versuch aber, der Türkei die Mediation aufzuzwingen, wäre eine überaus ernste Gefährdung des europäischen Friedens.

Jedenfalls ist es verfrüht, das Programm des „status quo ante“ auf das alle Großmächte sich geeinigt hatten, als über Bord geworfen zu betrachten. Wir wüßten nicht, daß irgendwo an verantwortlicher Stelle eine dahingehende Erklärung oder Anregung erfolgt wäre. Die furchtbare Strenge, mit der in Konstantinopel gegen die Flüchtlinge von Kirkkilisse vorgegangen wird, zeigt zudem, daß in den leitenden türkischen Kreisen der Entschluß feststeht, nicht kampflos unterzugehen, und wir halten es nicht für denkbar, daß Österreich und Rußland, die als Mandatare Europas den Krieg zu lokalisieren übernommen haben, sich auf das neue Programm einer sofort vorzunehmenden Mediation einigen könnten. Die Frage der Schuld an diesem Kriege trifft die Alliierten, nicht die Türkei, und ebenso trifft nicht die Türkei die Schuld an den trostlosen Zuständen in Mazedonien, die den Vorwand zum Kriege hergeben mußten. Nicht Christen und Mohammedaner haben sich auf diesem Boden bekämpft; der Islam ist seiner Natur nach nicht unduldsam, sondern die Anhänger des Exarchats bekämpften diejenigen, die im Patriarchen von Konstantinopel ihr Oberhaupt anerkannten, und die ruchlosen Banden der Komitadschis suchten durch Attentate eine Gegenaktion der türkischen Bewohner Mazedoniens herbeizuführen, um dann über türkische Greuel klagen zu können. Wir erinnern an die zahlreichen Bombenattentate dieser bulgarischen Banden, an den Versuch die Eisenbahn Saloniki—Konstantinopel durch eine Höllenmaschine zu sprengen, an das Attentat auf die Eisenbahn zu Köprüli, daran, daß die Moschee in Istib in die Luft gesprengt wurde, und an Kotschana, wo bulgarische Attentate blutig vergolten wurden. Das alles aber ist, mit Ausnahme der Kotschana-Affäre, in der zweiten Hälfte des Jahres 1911 geschehen; wollten wir weiter zurückgreifen, so gäbe es kein Ende. In Mazedonien kämpften Serben, Griechen und Bulgaren gegeneinander, um ihrer Nationalität und ihrer Konfession ein numerisches Übergewicht zu sichern, das Ansprüche für die Zukunft zu begründen bestimmt war, und einig waren sie nur darin, jedesmal den Türken die Schuld des Blutvergießens zuzuschreiben, das auf ihr Gewissen fällt. Sie haben es in unbewachten Augenblicken selbst zugegeben. So äußerte sich der frühere serbische Minister Mijalowitsch im Frühjahr 1910 über den Balkanbund folgendermaßen:

„Wenn die Griechen glauben, auf diesem Wege das byzantinische Kaiserreich aufrichten zu können, die Bulgaren davon träumen, das

Reich ihrer Zaren herzustellen, und wenn die Serben bis zum Ägäischen und Adriatischen Meer vordringen wollen, dann wäre es besser, diese Konföderation gar nicht zu bilden, sie würde den Keim des Todes in sich tragen."

Jetzt sehen wir die Konföderierten am Werk, sie wirken heute zusammen, aber wir sehen für den Fall, daß sie siegen sollten, nicht den Boden, auf dem eine Verständigung zwischen ihnen herbeigeführt werden könnte, vielmehr eine Perspektive endloser Wirren, unter denen niemand mehr leiden würde, als eben jenes Mazedonien, das sie zu befreien vorgeben und das nur zur Ruhe kommen kann, wenn sowohl Griechen, wie Serben und Bulgaren jeder Einfluß auf die weiteren Geschicke des unglücklichen Landes entzogen würde. Ein autonomes und reformiertes Mazedonien unter türkischer Suzeränität wäre die einzig rationelle Lösung.

Daß *England* sich aus Rücksicht auf seine mohammedanischen Untertanen der Türkei günstig zeigen werde, war eine Vorstellung, die sich als trügerisch erwiesen hat. Gegen Konzessionen Rußlands in Persien, die sich aller Wahrscheinlichkeit nach als *Scheinkonzessionen* erweisen und in die Rückkehr Mohammed Alis ausmünden werden, hat England sich das französisch-russische Programm der Mediation zu eigen gemacht, das, wie wir oben ausgeführt haben, einer entschiedenen Parteinahme *gegen* die Türkei gleichkommt. Beides, die Abwendung von der Türkei und die Fortsetzung der bisherigen Politik in Persien, hat, wie Nachrichten aus Kalkutta melden, unter den Mohammedanern Indiens einen sehr üblen Eindruck gemacht. Die nationalistischen Blätter Indiens, speziell „Baude Mataram", ein Blatt, das für Europa in Genf gedruckt und dessen Redaktion in Paris, 25 Rue de Ponthieu, sitzt, gehen neuerdings mit noch größerer Leidenschaft als bisher für die Türkei und gegen England vor und kündigen die bevorstehende Annexion von Arabien und Palästina an, was gewiß nicht richtig ist. Aber Beachtung verdient diese Stimmung gewiß. Sie *braucht* nicht in Taten auszumünden, aber es ist nicht unmöglich, daß es geschieht, und ein Verzweiflungsruf der Türkei würde, nachdem Bulgarien die Kreuzzugsparole ausgegeben hat, höchstwahrscheinlich Gehör finden. Es spielen überhaupt in der heutigen orientalischen Krisis Stimmungen der öffentlichen Meinung mit, die sich nicht überhören lassen. Vielleicht ist es kein Zufall, daß in zwei unmittelbar aufeinander

folgenden Briefen aus Rußland, von denen der eine im „Temps“, der andere in den „Débats“ erschienen ist, darauf aufmerksam gemacht wird, daß der Dissensus, der zwischen der offiziellen Politik Rußlands und den Wünschen dessen, was man in Petersburg und Moskau „öffentliche Meinung“ nennt, besteht, zugunsten der letzteren entschieden werden könnte. Der Korrespondent des „Temps“ (28. Oktober) drückt das folgendermaßen aus:

„Die öffentliche Meinung Rußlands gewinnt von Tag zu Tag an Wichtigkeit . . . Die russische Regierung hat ihre Pläne und Ideen; die öffentliche Meinung ihre Wünsche und ihre Empfindungen. Das ist aber wichtig, wenn diese allgemeine Empfindung sich der Regierung eines Tages aufnötigt (peut . . . forcer la main du gouvernement). Das Kabinett von Petersburg handelt nur auf Befehl und nach dem Willen des Herrschers. Der Herrscher aber kann Einflüssen unterliegen, die an ihn herankommen, und so dem Ansturm seines Volkes nachgeben. Es gibt ein Präzedens dafür in Rußland: das Volk hat 1878 der Türkei den Krieg erklärt.“

Es schließt sich hieran eine längere Ausführung, um zu zeigen, daß die Stimmung sich vornehmlich gegen Österreich richte, und der Verfasser berichtet von einer Umfrage, die er an eine Reihe von Persönlichkeiten gerichtet habe, die seiner Ansicht nach die öffentliche Meinung richtig wiedergeben. Er faßt ihre Äußerungen so zusammen:

„Ja, auf Österreich sind alle unsere Sorgen gerichtet. Wir, die unabhängigen Männer, lassen uns nicht durch Texte und Kundgebungen täuschen, wir sehen vor allem die Tatsachen. Wenn das Petersburger Kabinett erklärt, es sei beruhigt, so ist das vortrefflich, aber man muß sehr optimistisch sein, um sich zu schönem Vertrauen zu bekennen, wenn man sieht, daß in Wien ungeheuere Militärkredite bewilligt werden und die österreichische Armee zum Teil mobilisiert wird.“

Österreich sage: ich bleibe ruhig, aber im rechten Augenblick werde ich meine Rechnungen vorlegen. Um welche Rechnungen handele es sich? Es seien Ansprüche, die sich am Ballplatz zu Rechten umwandeln. Rußland bleibe ruhig, es mobilisiere nicht, aber es solle auch nicht Hand in Hand mit Österreich zum Gendarmen Europas gegen die Slawen werden. Die öffentliche Meinung wolle nichts vom Statusquo für die Balkanstaaten wissen. Solle ein Druck Europas ausgeübt werden, so habe er sich nicht gegen Sofia und Belgrad, sondern gegen Wien zu richten.

„Wenn die französische Diplomatie sich nicht die öffentliche Meinung Rußlands entfremden will, soll sie verstehen, daß die Aktion mehr gegen Wien als gegen den Balkan zu richten ist, in Hinblick auf den nahe liegenden Tag, da man „die Rechnungen vorweisen wird, die zu bezahlen sind".

Die Lettre de Russie der „Débats" kommt mit einigen Umschweifen zu dem gleichen Ergebnis: ob Krieg oder Frieden, werde die Duma entscheiden, und ohne, daß es direkt ausgesprochen wird, bleibt dem Leser kein Zweifel, daß die Losung Krieg lauten werde.

Die Rede, die Herr Poincaré in Nantes gehalten hat, erscheint im Lichte der hier dargelegten Möglichkeiten einigermaßen optimistisch. Abgesehen davon, daß er die Mediation auf dem Balkan als vielleicht ganz nahe bevorstehend bezeichnet, charakterisiert er die Fundamente der Tripelentente ebenfalls höchst optimistisch.

„Wir bleiben eng verbunden mit Rußland, unserm Bundesgenossen, und mit England, unserm Freund; wir bleiben ihnen verbunden durch Bande, die ineinander verschlungen und unzerstörbar sind: durch Gefühl (sentiment), Interesse und politische Ehrbarkeit."

Nun liegt uns nichts ferner, als an der politischen Ehrbarkeit der drei Partner zu zweifeln, obgleich, an der im Balkan verfolgten Politik früherer Jahre gemessen, wohl Zweifel sich regen könnten; unmöglich aber ist uns, an die Unzerstörbarkeit der Gefühle und der Interessen zu zu glauben. Sind doch „Gefühle" das Wandelbarste, was es gibt, und Interessen, die sich im Laufe der Zeit nicht umgemodelt hätten, kennt die Geschichte in Beziehungen der Nationen zueinander nicht. Die Beziehungen Englands zu Frankreich und Frankreichs zu Rußland könnten dafür als klassische Beispiele dienen. Im übrigen war die Rede außerordentlich geschickt gefaßt und so meisterhaft auf das französische Ingenium berechnet, daß sie in Frankreich fast einmütigen Beifall gefunden und die Stellung des Ministeriums entschieden gekräftigt hat. Und das war ja ihr hauptsächlichster Zweck. Ob das angekündigte Programm auswärtiger Politik glücklicher sein wird als die bisher in allen Punkten gescheiterte Balkanpolitik Frankreichs, wollen wir abwarten.

Suchte Herr Poincaré in seiner Weise beruhigend auf die öffentliche Meinung Frankreichs einzuwirken, so sind in England zwei Reden gehalten worden, die darauf ausgingen, zu erregen. Lord Roberts führte aus, daß ein Krieg mit Deutschland unvermeidlich sei, weil wir zu mächtig wären, und verlangte Einführung der allgemeinen Wehr-

pflicht zum Schutze gegen eine drohende Invasion. Lord Beresford variierte dasselbe Thema im Hinblick auf unsere Flotte. Nun sind wir durch ein Jahrzehnt ähnlicher Deklamationen so abgehärtet, daß sich bei uns niemand darüber aufregt, aber es freut uns doch, daß sich in England sehr energische Stimmen erheben, die mit allem Nachdruck gegen diese Hetzereien protestieren. Der „Manchester Guardian" hat eine ganze Reihe solcher Proteste zusammengestellt. So sagte der Präsident der Landwirtschaftskammer Mr. Runciman in einer Versammlung der Liberalen in Elland u. a.: Lord Roberts sei ein um England hochverdienter Mann, aber er habe dem Lande keinen Dienst geleistet, als er in öffentlicher Versammlung eine Äußerung tat, die praktisch darauf hinauslief, daß ein Krieg zwischen Deutschland und England unvermeidlich sei.

„Ich glaube das nicht und meine, das, was Lord Roberts sagte, beklagenswert und schädlich war, daß es auch gefährlich ist, und wenn man es in Deutschland übel aufnimmt, möchte ich, daß die Deutschen wissen, daß wir in England es nicht minder übel aufnehmen (cheers) . . . Lord Roberts weiß wenig von England und gewiß wenig von Nordengland, wenn er sich einbildet, daß wir jemals auf Konskription eingehen werden . . ."

In gleichem Sinn sprach sich Mr. C. P. Trevelyan aus, Parlamentssekretär für Unterrichtswesen, und in der „Nation" war der Rede Lord Roberts ein Artikel gewidmet, der die Überschrift führte „Eine teuflische Rede". Der Schluß mag hierhergesetzt werden.

„Er sagt, daß der Krieg in dem Augenblick ausbrechen werde, da die deutschen Streitkräfte ihrer Überlegenheit auf jeder Seite sicher wären. „Deutschland schlägt los, sobald diese Stunde geschlagen hat." Aber Deutschland hat niemanden seit 1870 angegriffen, und damals schlug es, um seine nationale Einheit zu sichern und den steten Drohungen des französischen Imperialismus ein Ende zu machen; seither ist es das friedfertigste, in sich genügsamste, wenn auch gewiß nicht das sympathischste Glied der europäischen Völkerfamilie gewesen. Frankreich hat einen großen Teil von Nordafrika absorbiert; wir haben gewaltsam ein neues Südafrika geschaffen, Rußland, Italien, Österreich haben Angriffskriege geführt. Deutschland . . . ist noch heute das Deutschland von 1870, ein großes Reich der Industrie, an dem Wissenschaft und Handel weiter bauen. Und darauf baut Lord Roberts sein

unwissendes Pasquill auf. Er gibt tatsächlich seinen Zuhörern die Versicherung, daß er Deutschland nicht tadele, weil jede große Nation das Recht habe, über ihren Nachbar herzufallen, wenn sie die Macht dazu hat, und zieht daraus direkt den Schluß, daß wir Deutschland tun sollten, was, wie er fälschlich behauptet, Deutschland sich vorbereitet uns zu tun. Das ist Moral für ein Rudel Wölfe, nicht für eine Gesellschaft christlicher Männer, und wurde als „ausgezeichnete Politik" der britischen Nation in Gegenwart eines Bischofs der anglikanischen Kirche empfohlen."

Es ist wohl nicht nötig, auch nur ein Wort hinzuzufügen.

Die Sorge, die jetzt das russische Kaiserhaus um den Großfürsten Thronfolger trägt, findet in Deutschland allgemeine Teilnahme. Glücklicherweise steigern die Aussichten auf einen günstigen Ausgang sich von Tag zu Tag, und wir wollen hoffen, daß bald die freudige Nachricht von seiner völligen Genesung eintrifft.

Von großer Politik ist nur noch wenig zu berichten. Die besonnene und feste Haltung, die Rumänien seit Anbeginn der Krisis behauptet hat, ist durch eine Rede König Carols so kommentiert worden, daß kein Zweifel darüber besteht, daß bei eventuellen Verschiebungen des Status-quo die besonderen Interessen Rumäniens Beachtung finden müssen.

Zwischen Frankreich und Spanien ist nun endlich die Verständigung über Marokko zustande gekommen. Auch vom deutschen Standpunkt ist die Tatsache erfreulich, so daß wir auch uns dazu beglückwünschen können.

In den Vereinigten Staaten gewinnen die Aussichten Wilsons an Boden. Mit Roosevelt geht es entschieden vorwärts, aber er ist noch nicht imstande, seine Agitationsreisen wieder aufzunehmen. Die Frage der Panamakanalzölle macht nicht nur in dem meist betroffenen England, sondern überall böses Blut. Die „Débats" berechnen die Taxen, die erhoben werden können, für die Tonne netto auf 6,25 Fr. und für den Passagier auf 7,50 Fr. Das Minimum beträgt 3,75 Fr. für die Tonne, gilt aber nur für amerikanische Schiffe und Bürger, für die es noch weiter herabgesetzt werden kann und tatsächlich auf Null reduziert werden wird. Ein amerikanisches Schiff, das zehnmal im Jahr durch den Kanal fährt, wird also pro Tonne einen Vorsprung von 62,50 Fr. vor jedem fremden Schiff haben. Ein Schiff vom Gehalt der „France" der Compagnie Transatlantique würde für jede Durchfahrt

52 375 Fr. zu entrichten haben! Außerdem aber behalten sich die Vereinigten Staaten das Monopol für Kohle vor, die wahrscheinlich ebenfalls amerikanischen Schiffen günstiger berechnet werden soll. Taft habe daher gewiß recht gehabt, als er sagte:

„Ich meine, diese Bill ist eine der vorteilhaftesten, die diesem Kongreß oder einem der früheren jemals vorgelegt worden sind."

Die „Débats" knüpfen daran die Bemerkung: „Aber die Bestimmungen sind zu beunruhigend für die europäischen Seemächte", und das ist gewiß richtig.

In Persien sind die russischen Truppen um acht Bataillone verstärkt worden, und die Türken haben infolge des Krieges ihre Streitkräfte aus den strittigen persischen Grenzgebieten zurückgezogen, aber mit dem Vorbehalt, daß sie nicht von fremden Truppen besetzt werden. In China fangen die Verhältnisse an, sich zu bessern, man hat den 1. Jahrestag der Republik am 10. Oktober unter großer Teilnahme und allgemeiner Begeisterung gefeiert. Die Stellung Juanschikais gilt als nunmehr ganz gesichert. In der Mongolei sollen der Chutuchtu und seine Minister, wie eine Depesche meldet, sich ganz dem Trunk ergeben haben und wüste Orgien feiern. Die kleinen Lamas und die Beamten folgen dem Beispiel. Es werden wohl die russischen Subsidien sein, die in Branntwein umgesetzt werden. In Urga stehen 600 russische Soldaten, und 4000 Gewehre sind für die mongolische Armee angekauft worden, dazu 13 Kanonen. Die Zahlung hat sich Rußland aus einer Goldmine zu holen, welche die Mongolen dem hilfreichen Nachbar verpachtet haben. Wenn Flinten und Kanonen nicht vertrunken werden sollten, ist es für beide Teile ein gutes Geschäft.

Der Prozeß, den die russische Regierung gegen den Wiborger Magistrat angestrengt hatte, hat mit der Verurteilung des Bürgermeisters Fagerström und der Ratsmänner Palmrot und Lagercrantz — alle drei Finländer schwedischen Ursprungs — zu 6 Monaten Gefängnis seinen Abschluß gefunden. Der Vorwurf, der sie trifft, ist, daß sie den Eid, den sie auf die Verfassung des Landes geleistet haben, nicht haben brechen wollen. Aber das ist ein Standpunkt, den die Richter nicht verstehen konnten. Wahrscheinlich wird jetzt eine Reihe ähnlicher Prozesse folgen. Die „Nowoje Wremja" wettert nach wie vor gegen die „schamlosen Artikel" des „Temps". Da letzterer die Artikel der „Nowoje Wremja" ähnlich beurteilt, mögen beide recht haben.

30. Oktober. Eröffnung des ungarischen Parlaments.
31. Oktober. Sieg der Bulgaren am Ergena.
1. November. Die Griechen besetzen Thasos und Imbros.
3. November. Eintreffen San Giulianos in Berlin.
Einnahme von Prevesa durch die Griechen.
4. November. Gesuch der Türkei um Friedensvermittlung.

6. November 1912.

Nichts ist so lehrreich wie Tatsachen, und keine politische Tatsache imponiert mehr als ein großer militärischer Erfolg. Jeder Pazifist wünscht ihn gegebenenfalls für die eigene Nation, und kein Ruhm lebt länger im Gedächtnis der Völker und wird tiefer in die ehernen Tafeln der Geschichte eingegraben als der Ruhm, der auf dem Schlachtfelde dem siegreichen Helden zuteil wird. Man mag es unvernünftig finden, aber es ist so, und so wird es wohl bleiben, trotz aller Annehmlichkeit phäakischer Lebensideale. Die Wahrhaftigkeit, die allen falschen Schein zerstört, ist es, die den Krieg adelt und die furchtbaren Opfer, die er verlangt, verschmerzen läßt. Es kann kein Zweifel sein, daß der Krieg der vier Balkanstaaten formell ein ungerechter war. Sie haben der Türkei den Krieg aufgezwungen, und diese hat, was an ihr lag, getan, ihn zu vermeiden. Auch die großen Mächte, speziell die des Dreiverbandes, sind bemüht gewesen, ihn zu vermeiden. Unter Führung Frankreichs hat man den Krieg als völlig zwecklos darzustellen sich bemüht, und den Alliierten, oder, wie man jetzt sagt, dem Balkanbunde auf das bestimmteste erklärt, daß unter keinen Umständen eine Veränderung des territorialen Besitzstandes erfolgen werde. Europa, werde es nicht dulden. Man hat es ein über das anderemal gesagt, und während die vier Königreiche teils mit, teils ohne Verbeugung, den Weg einschlugen, den sie zu gehen unter allen Umständen entschlossen waren, der Türkei so weit imponiert, daß sie die kostbaren Stunden versäumte, die ihr zu einer Vorbereitung, zu einem Kampf auf Leben und Tod — denn, daß es sich darum handelte, konnte nach den ersten acht Tagen

des Krieges nicht mehr zweifelhaft sein — noch übrig geblieben war. Sie hat diese Frist schlechter genutzt, als vorausgesetzt werden mußte. Es ist im Grunde nichts fertig gewesen. Feldherren, Mannschaft, vor allem die Verwaltung versagte. Die Truppen haben hungern müssen, Ärzte waren, soweit das Rote Kreuz sie nicht mit sich führte und aller Herren Länder sie nicht freiwillig stellten, kaum vorhanden. Die Mobilisierung ging ungeregelt und unvollständig vor sich und selbst im letzten Augenblick schwieg der Parteihader nicht. Daß trotz allem der türkische Soldat sich tapfer geschlagen hat, zeigt der ungeheure Verlust an Menschen. Es ist ein furchtbarer Zusammenbruch.

Und nun die Bulgaren, denn die eigentlichen Sieger sind sie. Fern sei uns, die Methoden zu rechtfertigen, durch welche sie die Reformtätigkeit in Mazedonien vereitelten. Die Greuel, die von den Komitadschis verübt worden sind, schreien zum Himmel, sie waren barbarisch, unentschuldbar und erklären sich nur dadurch, daß es die Abrechnung war eines Hasses, der, durch Jahrhunderte der Knechtung, der Demütigung und des Leidens genährt, einen Ausweg suchte. Es liegt etwas Großartiges darin, wie sie wider Rat und Drohung ihrer russischen Protektoren bei ihrem Willen beharrten, König und Regierung mit sich fortrissen, den für Ziele fremder Politik organisierten Bund der Balkanstaaten zu einem Werkzeug ummodelten, das ihren Zielen, nicht jenen, dienen mußte und so aus eigener Kraft von Sieg zu Sieg vordrangen bis zur Tschataldschalinie, zum letzten Schutzwall des zusammenstürzenden europäischen Reiches der Türkei. Sie werden auch diesen Wall höchst wahrscheinlich überfluten, und wenn das geschehen ist, können wir ihnen nur wünschen, daß sie auch ihr letztes Ziel erreichen und das Kreuz an die Stelle des Halbmondes auf der Sophienkirche wieder aufrichten.

Zwar, das ist eine Tat, die Rußland als seine historische Mission betrachtet, aber es hat 1878 den Augenblick versäumt, da es möglich war, sie zu erfüllen. Die Drohungen Lord Beaconsfields und Lord Salisburys, unzeitige Eifersucht gegen zu große Vorteile, die dem österreichischen Konkurrenten zufallen konnten, Zweifel am eigenen Können lähmten die Tatkraft. Man schob die Entscheidung auf und rief jenes Bulgarien ins Leben, das erst gehätschelt und dann mißhandelt wurde, das ein Werkzeug werden sollte und jetzt bewiesen hat, daß es zu einer Selbständigkeit herangewachsen ist, die für

eigenen Vorteil und auf eigene Gefahr handelt. Wir halten es für ganz ausgeschlossen, daß ihnen der Siegespreis, Konstantinopel, falls sie ihn erringen, wieder entrissen werden sollte. Auch sehen wir nicht, wessen wohlverstandener Vorteil sich dagegenstemmen sollte? Daß Rußland wie in den Tagen Nikolaus' I. seine schützenden Flügel über die Türkei breiten sollte, halten wir im Hinblick auf die Stimmung, die heute durch die Nation geht, für ausgeschlossen. Englands Tradition und Politik verbieten ein russisches Konstantinopel, oder besser, Konstantinopel in Händen einer Großmacht. Mit Konstantinopel und Gallipoli aber könnte Bulgarien neidlos die Vergrößerung von Serbien, Montenegro und Griechenland, die unerläßliche Kompensation für Rumänien sich gefallen lassen und Österreich die Garantien bieten, deren es bedarf, um sicher zu sein, daß seine Beziehungen zu den Balkanstaaten vom politischen und vom ökonomischen Standpunkt aus gute bleiben. So hat sich noch kürzlich der „Pester Lloyd" ausgedrückt. Eine weitgehende Politik der offenen Tür, wie sie diesen fast ausschließlich ackerbauenden Staaten nur förderlich sein kann, würde zudem Bedenken entwaffnen, die von anderer Seite leicht laut werden könnten. Wir sehen nicht, welches deutsche, englische, französische oder italienische Interesse neben dem schon erwähnten österreichischen und dem russischen, wenn Rußland die Meerengen geöffnet werden, dagegen sprechen sollte.

Wie aber wäre die Türkei gestellt, wenn sie, wie wahrscheinlich ist, Konstantinopel verlieren sollte? Man kann mit Bestimmtheit sagen, daß selbst, wenn der Friede jetzt geschlossen werden sollte, ihr unter keinen Umständen in Europa mehr bleiben würde als etwa jenes Gebiet, das der letzte Paläologe, der Kaiser Konstantin, besaß, als er an jenem 29. Mai 1453 kämpfend den Heldentod fand. Es wäre ihr doch nur eine kurze Frist gesetzt, die mit den Schrecken eines neuen Krieges ihren Abschluß finden würde. Mit der Rückkehr auf den Boden Kleinasiens aber bietet sich ihr die Aussicht auf eine Regeneration, die Möglichkeit, auf diesem märchenhaft reichen, vernachlässigten und verwahrlosten Boden, der unter dem Kalifat in Bagdad so herrliche Früchte getragen hat und erst durch die systematische Zerstörung, die von den Mongolen ausging, zur Wüste wurde, die eine uralte blühende Kultur verschüttet hat, wieder ein kraftvoller orientalischer Staat zu werden. Auf asiatischem Boden liegt ihre Zukunft, wenn sie die furchtbaren Lehren dieses Krieges zu nutzen versteht; in Europa gibt es keine Zukunft mehr für sie.

Wir übersehen keineswegs, daß wir damit eine ideale Lösung gezeichnet haben. Die Wirklichkeit mag sich anders gestalten. Es ist auch jetzt nicht unmöglich, daß bei Verteilung der Siegesbeute unter den Siegern die alten Rivalitäten wieder lebendig werden, daß der Chor dieser orientalischen Tragödien mitzuspielen beginnt. Es sind allerlei Möglichkeiten zur Sprache gebracht worden. Im „Eclair" erinnert Ernest Judet daran, daß noch vor wenigen Wochen der Beitritt Griechenlands zum Balkanbunde ungewiß gewesen sei und Venizelos seine Neutralität um den Preis geringer Konzessionen Muktar Pascha angeboten habe, aber hochmütig abgewiesen wurde. Er spottet über die schwankende Haltung Rußlands: „M. Sazonow qui trop tard d'incendiaire s'est déclaré pompier." Es ist ihm sehr wahrscheinlich, daß Österreich, England, Italien „dépècent ensemble l'Empire Ottoman." Lord Kitchener wolle England zum Herrn Arabiens und Syriens machen, und Rußland werde sehr Unrecht tun, wenn es ihn nicht überwachen wollte, wobei man wohl die Frage aufwerfen darf, wie Rußland das anfangen sollte? Endlich kommt er auch auf Frankreich: „quant à nous c'est devoir pressant de controler les opérations prochaines pour ne pas perdre à la fois après notre protectorat religieux en Orient, les capitaux que nous possédons dans l'Empire Ottoman." Das letztere ist wohl die vornehmste Sorge, denn die 2 Milliarden, die Frankreich am Balkan festgelegt hat, sind selbst für den französischen Sparstrumpf keine Kleinigkeit. Andere (der „Temps") weisen sehr nachdrücklich auf die französischen Interessen in Syrien hin, zugleich aber hören wir einen wahren Schreckensruf darüber, daß der französischen Marine die Kriegsmunition fehle. Der „Temps" vom 4. November hat einen langen Artikel mit einer Überschrift dieses Inhalts gebracht und behauptet, die französische Flotte sei genau in der Lage wie am Tage, da die „Liberté" in die Luft flog, und die französischen Matrosen seien keinen Augenblick sicher, daß es ihnen nicht morgen ebenso gehe. Für die in den Orient bestimmten Schiffe hat sich nun freilich noch ein ausreichender Vorrat gefunden, und wir glauben, daß auch in diesem Fall, wie man in Frankreich zu tun pflegt, die Farben stark aufgetragen sind. Jedenfalls sammelt sich vor Konstantinopel und im östlichen Mittelmeer eine internationale Flotte, wie sie so stark dort noch nie gesehen worden ist, und wir freuen uns, dabei durch ein Prachtschiff wie den „Goeben" vertreten zu sein. Die Bitte um eine Intervention

der Mächte, wegen deren sich die türkische Regierung an Frankreich gewandt hatte, und die Herr Poincaré vermitteln sollte, ist abgeschlagen worden, wie nicht anders möglich war. Die europäischen Flotten aber haben, wie es scheint, nur die Aufgabe, die wirklich bedrohte Sicherheit der christlichen Bevölkerung in Konstantinopel und andern gefährdeten Punkten zu schützen, nicht in den Balkankrieg einzugreifen.

Der italienische Minister des Auswärtigen, San Giuliano, weilt zurzeit in Berlin, und es in nicht zweifelhaft, daß die Dreibundakte in diesen Tagen wieder erneuert werden wird. Auch der „Temps" weiß davon zu berichten, scheint aber Italien eine Stellung im Dreibunde anweisen zu wollen, die mehr den Interessen der Tripleentente, als denen der Verbündeten entsprechen würde. Italien hat während der marokkanischen Krisis auf Grund früher eingegangener Verpflichtungen tatsächlich in seiner Politik Frankreich näher gestanden als uns; das scheint uns jetzt, da die internationale Seite der marokkanischen Frage erledigt ist, nicht mehr möglich, und wir hoffen, daß bei Erneuerung der Dreibundsakte diese veränderte Sachlage auch ihren Ausdruck finden wird. Es ist uns übrigens aufgefallen, daß in den letzten Wochen die Besorgnis um die französische Stellung in Marokko außerordentlich lebhaften Ausdruck findet. El Hiba scheint doch nicht die völlige Nullität zu sein, die man uns in ihm vorführte, sogar die Schauja ist unruhig, was aber meist beunruhigt, ist die Stimmung in Algier und Tunis. Die Franzosen stoßen überall auf finstere Blicke und haben den Eindruck, als ob sich ein Gewitter vorbereiten wolle. Das ist nicht unmöglich, denn die Anzeichen einer steigenden Erregung in der islamischen Welt mehren sich, und es ist nicht abzusehen, wohin der Fall von Konstantinopel führen könnte.

In Frankreich beschäftigt die bevorstehende Präsidentenwahl die politische Welt. Es gibt wohl nur zwei ernst zu nehmende Kandidaten, Poincaré und Deschanel, die Wahrscheinlichkeit spricht für den Sieg des erstgenannten. Übrigens wäre die Person des Präsidenten ziemlich gleichgültig, wenn das neue Oberhaupt Frankreichs dieselbe nichtige Rolle spielen sollte, wie seit den Tagen der Präsidentschaft Grevys alle Nachfolger desselben, Herrn Fallières mit einbegriffen. Es scheint aber, daß man in Frankreich das Verlangen empfindet, einmal einen Präsidenten zu haben, der mehr kann als Kaninchen schießen und als mehr oder minder glanzende Dekoration zu dienen. Seit einiger Zeit wird

in verschiedenen Blättern darauf hingewiesen, daß die Nullität der Präsidentenstellung nur auf Gewohnheit, nicht auf rechtlicher Grundlage ruhe. Die Präsidenten hätten nur von ihren Rechten, die in der Tat größer sind, als die des Königs von England, keinen Gebrauch gemacht. Sollte Herr Poincaré, falls er gewählt wird, zu den Prärogativen zurückgreifen, die ihm gebühren — wie noch MacMahon tat, so wird man ihm ohne Zweifel zujubeln. Frankreich sehnt sich schon lange nach einem Herrn.

Der neue Herr der Vereinigten Staaten wird morgen gewählt, kein Mensch zweifelt mehr daran, daß es Wilson sein wird. Die von den großen Zeitungen veranstalteten Probezählungen lassen keinen Zweifel darüber. Aber Mr. Wilson hat einen Automobilunfall gehabt, der ihm eine, wie es scheint, glücklich überwundene Gehirnerschütterung (wenn der Unfall nicht übertrieben ist) gebracht hat, und das hat einen Augenblick Besorgnis erregt. Von Taft ist weiter nicht die Rede.

Die Dumawahlen in Rußland bringen das erwartete Bild: Starke Majorität der Rechten und Nationalisten, Schwächung der Oktobristen, das geistliche Element zahlreicher als in den drei ersten Dumen, die Linke aller Farben in der Minderheit. Herr Gutschkow, der Führer der Oktobristen und zeitweiliger Präsident der Duma, ist in der ersten Kurie in Moskau nicht wiedergewählt worden. Er war jedenfalls eine Kraft, aber er hat starke politische Schwenkungen durchgemacht und war zuletzt ganz in das nationalistische Lager übergegangen.

Der „Golos Moskwy" prophezeit für das Frühjahr 1913 einen russisch-chinesischen Krieg. China intrigiere in der inneren Mongolei, bestoche oder terrorisiere die Mongolenfürsten und schicke Truppen und Geschütze in die Mongolei. Das Ziel sei offenbar, über Chalcha herzufallen, was eine Herausforderung sei, die Rußland sich nicht gefallen lassen könne. Die russischen Truppen in der Mandschurei aber seien zu schwach, um den Chinesen entgegenzutreten. Wie viel Wahrheit an diesen Nachrichten ist, läßt sich nicht entscheiden.

In Persien tritt Saad ed Dauleh plötzlich wieder in den Vordergrund. Der persische Ministerpräsident hat ihn telegraphisch aus Genf zurückgerufen, wo er bis vor kurzem weilte. Ein hoher Posten harre

seiner. Diese Berufung geschah über den Kopf des Kabinetts hinweg, aber unter Zustimmung Rußlands und Englands. Im Augenblick ist Saad in Teheran, wo er sehr mißtrauisch empfangen worden ist. Die „Deutsche Petersburger Zeitung" meldet, daß sich das Gerücht vom Rücktritt Kokowzews hartnäckig behaupte, Staatssekretär Krivoschein solle sein Nachfolger werden. Die Gesundheit des Thronfolgers macht erfreuliche Fortschritte.

7. November. Verurteilung der Meuterer von Sebastopol.
8. November. Angriff der Bulgaren auf die Tschataldscha-Linie.
9. November. Die Griechen rücken in Saloniki ein.
10. November. Die Serben vor Alessio.
11. November. Zufallsniederlage der englischen Regierung im Unterhause.
Präsident der bulgarischen Sobranije, Danew, in Budapest.
12. November. Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten Canalejas.

13. November 1912.

Bereits in der Wochenschau vom 31. Juli wiesen wir darauf hin, daß der fortdauernde Hader der türkischen Parteien den Charakter des Landesverrats annehme. Dieser Hader hat nicht geruht, bis der Ausbruch des Krieges die Streitenden überraschte, er ist während des Krieges fortgesetzt worden, und eben jetzt, da die letzte Position der Türken vor Konstantinopel bedroht wird, die Stadt voll geflüchteter Landbewohner, voll Verwundeter und Kranker ist und die geschlagenen Truppen sich in den Straßen und auf den öffentlichen Plätzen drängen, hat eine neue Intrige der Jungtürken niedergeschlagen werden müssen. Sie sind in der Tat die Totengräber der europäischen Türkei, und wenn die jetzt aus Asien herangezogenen Truppen, die nicht unter ihrem destruierenden Einfluß gestanden haben, noch die militärische Ehre der Türken retten sollten, wird es gewiß nicht das Verdienst der Nasim, Kiamil und wie sie alle heißen, sein. Unmöglich ist es nicht, daß hinter der Tschataldschalinie der türkische Widerstand sich noch eine Zeitlang behauptet. Und wenn es jetzt auch nicht heißen kann: Zeit gewonnen, alles gewonnen, so würde es doch bedeuten „viel gewonnen". Serben, Bulgaren, Griechen und Montenegriner haben alles aufgebracht, was sie an Mannschaft und Kriegsmitteln aufbringen konnten. Sie haben keine Reserven mehr, die sie noch einberufen könnten, und ihre Finanzen sind der Erschöpfung nahe. Eben deshalb aber setzen sie alles daran, die letzte endgültige Entscheidung herbeizuführen. Die Tschataldschawerke sollen, wie zuverlässige Beobachter melden, ebenso vernachlässigt

und „antediluvianisch“ sein, wie die völlig versagende türkische Intendantur, die an keiner Stelle ihrer Pflicht genügt hat. Der türkische Soldat ist für die Niederlagen der Armee nicht verantwortlich zu machen, und diejenigen, die ihn haben kämpfen und sterben sehen, sind seines Ruhmes voll. Nicht ohne Bewegung wird man die folgenden Schlußworte des Kriegskorrespondenten des „Daily Chronicle“ lesen, Martin H. Donohoe. Er schreibt:

„Es ist verhältnismäßig leicht, einen Panegyrikus auf den „Elan“ von Soldaten zu schreiben, die von der Flut des Sieges getragen werden, aber was soll man von denen sagen, die während Abdullahs furchtbarem Rückzug gestorben sind? Was von denen, die den bittern Kelch leeren mußten, in den noch die Galle der Demütigung getan wurde? Ich war Zeuge ihres Leidens und nahm teil an ihren Entbehrungen während der Niederlagen. Sie sind tot. Ich lebe. Als ich aber mit Abdullahs fliehender Armee eingepfercht war, da wußte ich, daß kein einziger dieser Soldaten gezögert hätte, sein Leben für das meinige hinzugeben, und doch war ich ein verhaßter Giaur. Jeder Soldat war während dieses entsetzlichen Rückzuges zehnmal ein Held. Tausende von diesen braven Burschen wurden den Notwendigkeiten des Krieges geopfert. Verödete Heimwesen in Anatolien und in der europäischen Türkei werden über ihren Untergang wehklagen. Sie schlafen dort auf der weiten Thrazischen Ebene den letzten Schlaf. Mag Allah der Mitleidige erbarmenden Auges auf seine toten Kinder blicken und ihre Seelen im Paradies empfangen. Mag der ungestüme, beißende Wind, der stets durch die Thrazische Ebene fegt, fein säuberlich über die Asche dieser gefallenen Helden fahren.“

Das sind Worte, die aus warmem Herzen kommen und die den Stempel erlebter Empfindung tragen. Sie bestätigen nur, was wir von den menschlichen Tugenden des gemeinen Mannes in der Türkei wissen. Er ist tapfer, mannhaft, nüchtern und treu. Um so größer aber ist die Verantwortung derjenigen, die ihn zur Schlachtbank geführt haben, zur Verteidigung einer durch ihre Schuld verlorenen Sache.

Wie lange hat man nicht den Tag vorhergesagt, der jetzt vor uns aufgeht. Alle diejenigen, die, um mit dem Herzog von Wellington zu reden, gewohnt waren, „zu erraten, was auf der andern Seite des Berges vor sich ging“, haben das Ende des „kranken Mannes“ angekündigt. 1807 haben Napoleon und Alexander I. in Tilsit den Plan entworfen,

wie sein Mantel verteilt werden sollte, 1808 Caulaincourt und Rumjanzow darüber gestritten, wem Konstantinopel zufallen solle, 21 Jahre danach stand Diebitsch an den Pforten Konstantinopels und nach wenig über einem halben Jahrhundert standen die Russen wiederum an derselben Stelle; aber Kraft und Entschluß reichten nicht aus, um das Kreuz an die Stelle des Halbmondes zu setzen. Jetzt sind die Bratuschki, die kleinen Brüderchen, im Begriff, es zu tun und die Frucht zu pflücken, nach der schon Oleg gelangt hatte, als er, wie die Sage erzählt, im Jahre 907 seinen Schild an das Haupttor Konstantinopels schlug. Auch heute ist die Frage, wem Konstantinopel zufallen soll, brennend. Zwar die slawischen Gesellschaften in Petersburg und Moskau scheinen nichts dagegen zu haben, daß auch dieser Siegespreis den Bulgaren zufällt. In der „Nowoje Wremja" wird der Tag, da sie „über den Kuppeln das rechtgläubige Kreuz schimmern lassen", sogar in nicht üblen Versen gefeiert. Aber es kann nicht zweifelhaft sein, daß das offizielle Rußland eine solche Lösung nicht wünscht, und alles daransetzen wird, sie zu verhindern. In der Tat würden Bosporus und Dardanellen, deren Besitz kaum von dem Konstantinopels zu trennen ist, die Macht Bulgariens so erheblich steigern, daß die politische Vormundschaft, die Rußland über Bulgarien als historisches Recht beansprucht, sich auf die Dauer nicht würde behaupten lassen. Im Besitz von Konstantinopel und Saloniki muß Bulgarien früher oder später Seemacht werden, und selbst wenn wir uns vorstellen, daß die Meerengen neutralisiert werden, was keineswegs unmöglich ist, muß doch als ausgeschlossen gelten, daß das Schwarze Meer in Zukunft ein mare clausum für die Kriegsschiffe der andern Nationen bleiben könnte. Konstantinopel in Händen einer völlig geschwächten Türkei muß in Petersburg um so mehr als eine erwünschte Lösung erscheinen, als die Pforte dann noch weniger als jetzt einem diplomatischen oder militärischen Druck Rußlands Widerstand leisten könnte. Auch wäre nicht undenkbar, daß der alte Gedanke des ersten Napoleon, der sich Konstantinopel als europäische Freistatt vorstellte, wieder auftaucht, was jedoch ebenfalls nur mit einer Öffnung der Meerengen verbunden sich ausführen ließe. Jedenfalls liegt hier ein Problem, an dem nicht vorübergegangen werden kann, und der von mehreren Seiten ausgesprochene Gedanke, Konstantinopel mit möglichst kleinem Territorium den Türken zu lassen (with a strip of teritory schlägt z. B. der „Economist" vor), scheint uns der bedenklichste von allen zu sein,

weil er mit Notwendigkeit in einen neuen Krieg ausmünden muß und der Türkei die Aussicht nimmt, auf asiatischem Boden sich zu regenerieren. Aber auch wir beanspruchen nicht, zu sehen, „was hinter dem Berge vorgeht" und wissen aus Erfahrung, daß die Wirklichkeit an die Stelle all der Möglichkeiten, die man erwägt, eine neue, völlig übersehene zu setzen pflegt.

Nächst dieser Konstantinopeler Frage, die historisch betrachtet ohne Zweifel die wichtigste ist, rückt jetzt die serbische in den Vordergrund. Sie versucht sogar sich zu einer europäischen aufzubauschen, wozu an sich nicht die geringste Berechtigung vorliegt. Es ist derselbe Größenwahn, der die Serben im Herbst 1908 in der bosnisch-herzegowinischen Frage plagte, und eine Zeitlang ganz Europa in Atem hielt, weil sie politische Gegensätze der Großmächte zu ihrem Vorteil ausspielen wollten. Heute scheint die Rechnung dieselbe zu sein. Sie fordern einen Hafen an der Adria und wollen Albanien, das doch ebenfalls ein Balkanstaat ist, aufteilen, obgleich die Devise, unter welcher der Krieg begonnen wurde: „Der Balkan den Balkanstaaten" lautete. Der „Economist" nennt diesen Anspruch „an alarming and, we must add, an extraordinary foolish demand". Pasitsch habe seinen Anspruch damit begründet, daß die Albanesen ein primitives, unkultiviertes Volk seien. Er hätte hinzufügen können, daß sie kein Wort Serbisch verstehen, daß sie die Serben hassen, und wahrscheinlich jenes Großserbien, das die Chauvinisten in Belgrad immer größer machen wollen, zugrunde richten würden. Der natürliche Ausweg Serbiens liege nicht im Westen, sondern im Osten. In San Giovanni, Alessio und Durazzo werde es nicht nur auf kämpfende Albanesen, sondern auf zwei Großmächte stoßen, endlich scheine Serbien zu vergessen, daß es finanziell hart am Bankerott stehe und für künftige Anleihen von den Märkten in London, Paris, Berlin und Wien abhänge. Es würde ein schwerer Fehler des Foreign Office und der britischen Presse sein, wenn sie den handelspolitischen Interessen Österreichs und Italiens entgegentreten sollten, die für ein autonomes und neutralisiertes Albanien eintreten.

Das alles ist sehr treffend bemerkt; nicht berücksichtigt wird nur, daß die auf einen Krieg drängende russische Presse den Serben den Rücken steift. Die „Nowoje Wremja" klagt, daß die österreichische Diplomatie das Drama, das sich auf der Balkanhalbinsel abspiele, mit einer schmutzigen Wiener Operette abschließen wolle, verspricht aber,

daß dies nicht geschehen werde, da zu den Balkanstaaten noch Rußland stehe und hinter ihm Frankreich und England. Der „Golos Moskvy“ vom 8. November konstruiert einen gegen Rußland geplanten Überfall von seiten Österreichs, das mit Rußland ebenso verfahren wolle wie Bulgarien und Serbien der Türkei getan. Deshalb solle Rußland rüsten, das Bild werde dann bald ein anderes sein, Deutschland werde dann nicht wagen, Österreich zu unterstützen, denn es riskiere zu viel. „Ein Mißerfolg — und die Revolution in Deutschland ist fertig.“ Herr Poincaré habe erklärt, daß England und Frankreich fertig seien, und wenn das richtig sei, stehe Deutschland auch vor einer ökonomischen Katastrophe. Für Österreich aber bedeute ein Konflikt mit Rußland das Ende der habsburgischen Monarchie usw. Die ganze Tirade schließt mit den Worten: „Bereitet euch zum Kriege vor. Die ganze Macht Rußlands steht bereit und wartet nur darauf, gerufen zu werden.“ Den gleichen Gedanken hat General Parensow, derselbe, der als bulgarischer Kriegsminister so kläglich Fiasko machte, in der Petersburger slawischen Gesellschaft ausgeführt: Die Einnahme Wiens werde sofort zum Zerfall der habsburgischen Monarchie führen, es sei aber nicht einmal notwendig, Wien zu nehmen, da es ein Grenzgebiet gebe, das von echten Russen bewohnt werde. Diese letztere Bemerkung, die auf Galizien hinweist, empfehlen wir den österreichischen Polen, die neuerdings höchst ausfahrend gegen Deutschland geworden sind, zu reiflicher Überlegung. Ihre Zukunftspolitik, wie ihre Gegenwartspolitik ruht auf völlig unsicherem Boden.

Leider gerät die russische Regierung offenbar immer mehr unter den Einfluß der chauvinistischen Presse, von der wir oben einige Stichproben gegeben haben.

So wird dem „G. M.“ aus Petersburg, 10. November, geschrieben:

„In russischen diplomatischen Kreisen ist bekannt geworden, daß heute der österreichische, deutsche und italienische Botschafter in Belgrad dem serbischen Ministerpräsidenten im Namen ihrer Regierungen erklärt haben, daß sie nicht dulden würden, daß Serbien in Besitz irgend eines Hafens am Adriatischen Meere komme.“

In russischen diplomatischen Kreisen weiß man jedoch, daß Serbien sich nicht mit dem ihm vorgeschlagenen Ausweg zum Ägäischen Meer zufrieden geben wird und daß es seine Ansprüche auf Erwerbung eines Hafens am Adriatischen Meer für durchaus berechtigt hält.

Zwischen den Mächten der Tripleentente besteht in dieser Frage völlige Übereinstimmung der Ansichten.

Sie sind übereingekommen, daß in den Händen der Verbündeten die Territorien bleiben sollen, die mit den Waffen in der Hand eingenommen wurden, und Frankreich, England und Rußland haben zugleich anerkannt, daß ein Ausgang Serbiens zum Adriatischen Meer notwendig ist. (Was wir uns erlauben zu bezweifeln!)

Ein weiteres Telegramm von demselben Tage meldet:

„Diese Frage ist ernst. Österreich besteht energisch auf seiner Auffassung. Die russische Diplomatie aber, die nebst der Diplomatie Frankreichs und Englands die Sympathien der Balkanstaaten nicht verlieren will, wird auf Befriedigung der Forderungen Serbiens bestehen. Auf diesem Boden ist ein russisch-österreichischer Konflikt möglich."

Das wollen wir doch abwarten. Die offenbar nicht offiziellen russischen Diplomaten, die hier aufgeführt werden, dürften eine herbe Enttäuschung erleben.

Sehr interessant ist, was ein Korrespondent des „Temps" aus Sofia, 8. November, über die Geschichte der Verträge mitteilt, durch welche die Balkanstaaten sich verbunden haben. Der serbisch-bulgarische Vertrag sei im Oktober 1909 durch Herrn Hartwig herbeigeführt worden, aber Rußland habe nicht geahnt (?), daß es damit ein Kriegsinstrument gegen die Türkei vorbereite. Im März 1912 habe man den Vertrag unterzeichnet, der die Grenze zwischen Serbien und Bulgarien durch eine Linie zog, die von Vranja durch den Ochridasee zum Adriatischen Meere ging. Über eine strittige Zone an der Vranja—Ochridalinie habe man sich auf einen Schiedsspruch Kaiser Nikolaus II. verständigt. (Also doch wohl mit Zustimmung Rußlands!) Die Verhandlungen über die bulgarisch-griechische Konvention seien im Juli 1912 begonnen worden, wobei Saloniki außerhalb der Zone griechischer Ansprüche blieb. Die bulgarisch-montenegrinische Konvention habe den Montenegrinern einen Teil des Sandschaks zugesichert, was schon 1910 auch von seiten Österreichs (?) geschehen sei. Die Militärkonvention sei auf 25 Jahre abgeschlossen, für den Beginn der Feindseligkeiten der September festgesetzt worden. Aus Rücksicht auf Rußland habe man über Konstantinopel keine Abmachungen getroffen, nach anderer Quelle, die, wenn wir uns recht erinnern, auch in unsere Zei-

tungen übergegangen ist, auch in dieser Frage den Schiedsspruch Rußland vorbehalten.

Natürlich ist dem „Temps" die Verantwortung für diese Nachrichten zu überlassen, die ziemlich deutlich eine Mitschuld Rußlands an dem Überfall der Türkei durch die vier Königreiche erkennen lassen.

Anfang dieses Monats ist ein mongolisch-russischer Vertrag abgeschlossen, dessen vier Artikel folgendermaßen lauten:

1. Die kaiserlich russische Regierung wird der Mongolei ihre Hilfe zuteil werden lassen, um ihre Autonomie zu sichern, sowie das Recht, ein nationales Heer zu halten, und nicht zu dulden, daß chinesische Truppen ins Land dringen und Chinesen mongolischen Boden kolonisieren. 2. Der Gebieter der Mongolei und die mongolische Regierung stellen es russischen Untertanen und dem russischen Handel frei, auf ihren Besitzungen die Rechte und Vorzüge zu genießen, die in dem angeschlossenen Protokoll aufgeführt werden. Es versteht sich von selbst, daß fremde Untertanen nicht mehr Rechte erhalten werden, als die russischen Untertanen. 3. Sollte die mongolische Regierung es notwendig finden, in einen Sondervertrag mit China oder mit andern fremden Staaten zu treten, so werden die Artikel des gegenwärtigen Vertrages und des Protokolls in keiner Weise dadurch geändert werden, es sei denn, daß die kaiserlich russische Regierung ihre Zustimmung dazu erteilt. 4. Diese freundschaftliche Vereinbarung tritt vom Tage der Unterzeichnung an in Kraft.

Der „Manchester Guardian", der sich eingehend mit diesem Vertrage beschäftigt, bestreitet das Recht Rußlands auf die Nordmongolei, soweit dieses nicht auf den Vertrag von 1880 zurückgehe, und fürchtet, daß Japan Kompensationen fordern werde, die in der Südmandschurei und inneren Mongolei gesucht werden könnten. Das sei aber nicht eine Frage, die nur Rußland, Japan und China angehe: alle Großmächte würden dadurch getroffen, insbesondere aber England. Prinzip der englischen Politik in China sei stets die Unabhängigkeit und Integrität Chinas und die offene Tür gewesen. Beides komme in den englisch-japanischen Verträgen zum Ausdruck, und man sei daher berechtigt, zu fragen, welche Stellung die beiden alliierten Mächte zu dem russischen Protektorat in der nördlichen Mongolei einnehmen werden, und welche Bedeutung die Allianz noch habe, wenn die Mächte einen so flagranten Angriff auf China gleichgültig dulden.

Oder solle man gar glauben, daß Japan trotz der Präambel und der Klausel 1 des Vertrages, eine Regierung, mit der es gebunden war, Rats zu pflegen, ignoriert, und eine private Verständigung mit Rußland abgeschlossen habe, welche die Politik des Ostens betraf, während England seinerseits die Dinge laufen lasse, ohne sich um seine Vertragsverpflichtungen und um seine Interessen zu kümmern?

Der englisch-japanische Vertrag sei das wichtigste Dokument für die Politik und die Verpflichtungen Englands im fernen Osten, und man müsse daher die Frage aufwerfen, wie die jüngste Entwicklung der russischen Politik damit in Einklang zu bringen sei.

Daß diese Stimme des vornehmsten Organs Manchesters unbeachtet verhallt, ist wohl ausgeschlossen, und ebenso sicher scheint uns zu sein, daß die Rede, die Mr. Francis W. Hirst am 6. in Hull gehalten hat, um im Zusammenhang mit dem Ost- und Nordseehandel dieser reichen Handelsstadt auf die Notwendigkeit guter Beziehungen zu Deutschland hinzuweisen, nicht ohne Wirkung vorübergehen wird. Die Strömung, die zu einer deutsch-englischen Verständigung drängt, gewinnt offenbar an Stärke. Mr. Hirst faßte den Inhalt seiner Rede schließlich folgendermaßen zusammen: Ich werde mich freuen, wenn ich Sie veranlaßt habe, über zwei Dinge nachzudenken: über die Notwendigkeit einer freundschaftlichen Verständigung mit Deutschland, und zweitens über das Bedürfnis einer Reform der Gesetze, die Konterbande, Wegnahme von Schiffen und Zerstörung von Privateigentum auf See betreffen. Mr. F. E. Smith habe vor kurzem im Unterhause gesagt, wenn ich ein Deutscher wäre, würde ich, so lange das Recht besteht, Privateigentum auf See zu zerstören, nicht ruhen, ehe mein Volk eine Flotte hat, die es unmöglich macht, daß jenes Recht, zu zerstören, ausgeübt wird.

Wir möchten auch die Reden von Asquith und Churchill, die in jüngster Zeit durch unsere Presse gegangen sind, diesen erfreulichen Symptomen anschließen, verhehlen uns aber nicht, daß die alte Koalition unserer Gegner in England noch immer tätig am Werk ist.

Ob die soeben eingetroffene Nachricht von der Zufallsniederlage des Ministeriums Asquith zu einem Rücktritt des Kabinetts führen wird, ist noch fraglich. Aber wir erinnern daran, daß Sir Edward Grey in seiner auswärtigen Politik mindestens ebensosehr der Mann der Unionisten als der Liberalen war. In dieser Hinsicht ist eine neue Richtung kaum zu erwarten.

Die herzlichen und festen Beziehungen der Dreibundmächte sind durch den Aufenthalt San Giulianos in Berlin aufs neue bestätigt worden, und wir möchten namentlich hervorheben, daß in den kritischen orientalischen Fragen in allen Punkten vollste Übereinstimmung herrscht.

Alles, was man von Mr. Wilson, dem künftigen Nachfolger Tafts, hört, macht einen außerordentlich günstigen Eindruck.

Die Wahlen zur vierten Duma sind so gut wie abgeschlossen. Der Sieg gehört der Rechten und den Nationalisten, die großen Städte haben radikal gewählt.

14. November. Graf Romanones wird spanischer Ministerpräsident.
Beginn der Vermittelung der Großmächte zwischen Bulgarien und der Türkei.
Cholera in Konstantinopel.
18. November. Die Großmächte beschließen, Matrosen in Konstantinopel zu landen.
19. November. Die Serben nehmen Monastir ein.
Schwere Verwundung Mohmad-Mukthar Paschas.

20. November 1912.

Von einem der fähigsten englischen Publizisten, Sidney James Low, der bei uns namentlich durch sein schönes Buch „The Governance of England" bekannt ist, sind neuerdings zwei höchst beachtenswerte politische Betrachtungen veröffentlicht worden, die wohl verdienen, erwogen zu werden. Die erste erschien im Novemberheft der „Fortnightly Review" und führte den Titel „Auf dem Wege zu einer Reichspolitik" (Towards an imperial foreign policy). Sie vertrat den Satz, daß das wahre Interesse Englands die Rückkehr zur Politik Salisburys sei, dessen Politik darin gipfelte, daß er sich von allen Verwicklungen in europäische Händel fernzuhalten bemüht war. Das sei u. a. in der Abtretung Helgolands an das Deutsche Reich zum Ausdruck gekommen.

„Diese Konvention — schreibt Low — wurde ihrer Zeit sehr lebhaft kritisiert, und es muß zugegeben werden, daß Lord Salisbury ein schlechtes Geschäft machte; denn wenn Helgoland für uns von geringem Wert war, war es für Deutschland aus sentimentalen und strategischen Erwägungen von so ungeheurem Wert, daß man wohl einen höheren Preis als die Anerkennung des britischen Protektorats über Sansibar für dieses Inselstück deutschen Bodens hätte fordern können, das zu einer Festung ersten Ranges gemacht worden ist. Welchen Preis würde nicht Spanien für Gibraltar, Italien für Malta, oder Frankreich für die Kanalinseln zahlen? Aber die Konvention von 1891 wurde im Glauben vereinbart, daß die Ära unserer Kriege und Allianzen auf dem Kontinent endgültig abgeschlossen sei, und daß wir von Europa nichts

anderes brauchten als Freiheit und Gelegenheit, unseren Weg unbehelligt an anderer Stelle in Frieden zu gehen."

Sidney Low ist nun der Ansicht, daß eine allmähliche Rückkehr zu dieser Politik der splendid isolation, die 1902 durch das Bündnis mit Japan, 1904 durch die Entente mit Frankreich und 1907 durch das Abkommen mit Rußland durchbrochen wurde, im Interesse England läge, jedoch so, daß, wenn England seine Hand von den europäischen Händeln abziehe, es um so fester die Hand seiner Dominien und Dependenzen ergreifen müsse. Er drückt das folgendermaßen aus:

„Deutschland, Frankreich, Österreich, Italien und Rußland mit ihren großen Hilfsmitteln und ihren gedrillten Millionen können selbst für ihre Interessen sorgen und sollten ihren Zügen und Gegenzügen auf dem internationalen Schachbrett überlassen werden, ohne Intervention und Obstruktion unsererseits.

Unsere Pflicht liegt wo anders. Sie geht dahin, das Weltreich, dessen Außenwerk und Mittelpunkt die britischen Inseln sind, zu sichern und enger zusammenzuschließen (consolidate). Es ist wahr, daß wir Bundesgenossen haben müssen, aber diese Bundesgenossen müßten die Teile unseres eigenen Reiches sein. Wir müßten unsere Überlegenheit zur See behaupten, aber nicht, indem wir andere europäische Seemächte oder Japan zu Hilfe rufen, sondern durch Entwicklung der Hilfsmittel unserer Kolonialstaaten, die sich selbst regieren. Und wir sollten anerkennen, daß, wenn der Gedanke der Expansionsperiode für uns in das Stadium der Konzentration übergegangen ist, dies bei anderen nicht der Fall ist. Wir müssen ohne Feindseligkeit oder ungehörige Eifersucht auf die Anstrengungen unserer kontinentalen Nachbarn blicken, die ein Feld für ihre Tatkraft suchen. Die Zeit unserer Größe im Handel und auf See ist nicht abgelaufen; aber wir haben das Monopol verloren, und mit dieser Tatsache müssen wir rechnen."

Doch es ist nicht möglich, den ganzen Essay Sidneys hier wiederzugeben, und wir verweisen diejenigen, die sich für die Frage interessieren, wie sich der Verfasser jenen engern Bund mit den großen Dominien vorstellt, auf die „Forstnightly Review". Näher geht uns der Grundgedanke seiner Ausführungen an: der Überdruß an der Abhängigkeit von fremden Interessen, die für England in seinen Allianzsystemen liegt. Auch glauben wir nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß die ungeheure Mehrzahl der politisch denkenden Engländer zu

ähnlichen Ergebnissen gelangt. Trügen nicht alle Anzeichen, so hält Sir Edward Grey in der jetzt brennenden Krisis auf dem Balkan, namentlich soweit die serbisch-österreichischen Gegensätze mitspielen, die von Low gewünschte Richtlinie ein. Wir halten es für ausgeschlossen, daß, falls es über die Frage der serbischen Ansprüche auf einen Hafen an der Adria oder über die Teilung Albaniens zu jenem russisch-österreichischen Zusammenstoß kommen sollte, den die russische Presse so leidenschaftlich herbeisehnt, England auch nur einen Finger rühren sollte, um den einen oder den anderen Teil zu unterstützen. Wie Sidney Low sich zur Balkankrisis stellen würde, war nach den oben dargelegten Ausführungen vorherzusehen. Er hat seine Ansichten der „Westminster Gazette" vom 6. d. M. in einem Artikel dargelegt, dem er die Überschrift gibt: „Das Schicksal des Balkans, Europa und die Konföderation."

Sein Ausgangspunkt ist der, daß in der Föderation der vier Königreiche eine neue Großmacht erstanden sei, mit der die politische Welt ebenso zu rechnen habe, wie mit den übrigen Großmächten. Bulgarien werde, wenn die Teilung erfolgt sei, so groß sein wie England und gegen 7 Millionen Köpfe zählen, Serbien und Griechenland je 5 Millionen und einiges, Montenegro so groß sein wie Wales mit etwa einer halben Million Einwohner. Zusammen gäbe das einen Bund von 16—17 Millionen Köpfen auf reichem Boden, und in einigen Jahrzehnten würden es mehr als 30 Millionen sein mit über 1 Million streitbarer Männer. Heute seien es 400000 Mann, und in ihrer Hand liege es, zu behalten, was sie erobert hätten; das sogenannte europäische Konzert mit seiner anachronistischen Diplomatie werde sie nicht daran hindern, jedenfalls nicht England. Es liege im allgemeinen Interesse, daß die orientalische Frage, um welche so viel Blut geflossen sei, einmal endgültig gelöst werde. Auch sehe er keinen vernünftigen Grund, weshalb die europäischen Mächte über das Erbe der Türkei aneinanderkommen sollten. Lasse man den gesunden Menschenverstand walten, den common-sense, so würden alle alarmistischen Vorhersagungen in sich zusammenbrechen. Schwierig seien nur zwei bis drei Fragen: Konstantinopel, die Dardanellen und der serbisch-österreichische Konflikt.

Obgleich wir vor 8 Tagen bei Besprechung dieser Probleme fast genau zu denselben Ergebnissen gelangt sind wie Sidney Low, erscheint

es uns doch nützlich — speziell weil es eine englische Stimme ist, die das Wort ergreift, seine Ausführungen vollständig wiederzugeben.

„Da ist", schreibt Low, „natürlich zuerst die Frage Konstantinopel. Ein ungeheurer Aufwand von Gefühlen knüpft sich an die berühmte Stadt, mehr wegen der historischen Erinnerungen, die sie wachruft, als wegen ihrer strategischen und politischen Bedeutung. Rußland hat in den zwei letzten Jahrhunderten die Hand nach ihr ausgestreckt und ganz Europa ist in chronischer Aufregung gewesen, um den Moskowiter von der Residenz der oströmischen Cäsaren fernzuhalten. Aber Rußland kann jetzt Konstantinopel nicht bekommen, und mag ebensogut für die Zukunft das Verlangen danach endgültig aufgeben. Es steht ferner vom Ziel als je vorher, denn an Stelle einer altersschwachen desorganisierten Macht ist ein zivilisierter Staat getreten, der auf dem Balkan über eine größere Streitmacht gebietet als Rußland selbst, das, wenn es Konstantinopel nicht den Türken entreißen konnte, noch weniger imstande sein wird, es den Bulgaren zu nehmen. Wahrscheinlich wäre es im Interesse Europas das beste, wenn man den Bulgaren, nachdem sie Konstantinopel genommen haben, oder in der Lage sind, es zu nehmen, gestatten wollte, endgültig dort zu bleiben. Früher oder später wird die Stadt doch die Hauptstadt Bulgariens oder der Balkanföderation werden, und der letzte Schritt könnte ebenso gut jetzt gemacht werden. Konstantinopel in Händen einer verhältnismäßig kleinen Macht, würde weit weniger Anlaß zu europäischen Verwicklungen geben, als wenn es der Sitz einer großen See- oder Militärmacht wäre. Auch wäre es entschieden ein Vorteil, wenn die beiden Ufer der Meerengen unter Kontrolle verschiedener Jurisdiktionen ständen. Bosporus und Dardanellen würden dann aufhören, rein territoriale Gewässer zu sein, und sie könnten von den Besitzern der Ufer unter eine internationale Garantie als Waffen der See (arms of the sea) gestellt werden, wie die Straßen von Dover und Gibraltar, und den Handels- und Kriegsschiffen aller Nationen stets offenstehen. Rußland würde für das Aufgeben seines byzantinischen Traumes reichlich durch die Erlaubnis entschädigt werden, seine Kriegsschiffe durch Bosporus und Dardanellen dampfen zu lassen. Es gibt keinen vernünftigen Grund, weshalb man in dieser Hinsicht ihm ein Embargo auflegen sollte. Wünscht es seine Flotte aus dem Schwarzen ins Mittelmeer zu verlegen, so wäre es weder gerecht noch politisch, dem Hindernisse in den Weg zu legen.

Aber die Bulgaren könnten bewogen werden, Konstantinopel nebst den Küsten des Marmarameeres und der Dardanellen und einem Streifen Landes den Türken unter europäischer Garantie zu lassen. Dem Sultan mag, wie jemand gesagt hat, gestattet werden, als Portier Europas in bescheidener und beschränkter Stellung die Schwellen des Balkans zu bewachen. Die Bulgaren könnten sich zu diesem Akt der Entsagung bequemen. Es ist natürlich, daß sie darauf ausgehen, Konstantinopel zu behaupten, wenngleich nur aus sentimentalen Gründen. Einmal werden sie die Stadt bestimmt haben. Inzwischen bekommen sie alles, was sie für Handel wie für militärische Zwecke brauchen, in dem sie Kavala oder Dedeagatsch oder einen andern geeigneten südthrakischen Hafen zu einer Marinebasis ersten Ranges erheben.

Die andere und zurzeit aktuellere Schwierigkeit betrifft das Vorgehen und die Haltung Österreichs. Österreich-Ungarn hat sich von Anbeginn für Erhaltung des Statusquo ausgesprochen, und vor Beginn des Krieges schien es möglich, radikale Änderungen durch Aufstellung einer Armee an den Grenzen Serbiens zu verhindern. Die Nutzung der Balkanländer und die Ausdehnung des politischen und militärischen Einflusses (der habsburgischen Monarchie) auf Saloniki am Ägäischen Meer ist von langer Hand das Bestreben österreichischer Staatskunst und der österreichischen Militärpartei gewesen. Aber Österreich muß, wie die übrige Welt, das fait accompli hinnehmen. Um Saloniki zu nehmen oder sich ein Stück mazedonischen Gebiets zu eigen zu machen, müßte Österreich durch die bewaffnete Hut der Slawenstaaten durchbrechen; und wenn es gleich wahr ist, daß die österreichischen und ungarischen Armeen in ganz anderer Verfassung sind als Mohammeds V., ist es doch zweifelhaft (?), ob sie durch die verbündeten Legionen der siegreichen Alliierten sich ihren Weg bahnen können.

Österreich hat sich natürlich geweigert, die Poincarésche Formel des Desintéressement anzunehmen. Daraus folgt aber nicht, daß es sich mit Angriffsplänen trägt. Land, welches zumeist von Slawen bevölkert ist, braucht es nicht mehr. Bereits über die Hälfte seiner Bevölkerung ist slawisch und 1 oder 2 Millionen mehr würden das Gleichgewicht noch mehr zuungunsten der Deutschen verschieben. Was Österreich mit Recht beansprucht, ist ein starker Anteil an der Entwicklung von Handel und Finanzen der Balkanländer, die bestimmt sind, in den Strom europäischen Handels und Verkehrs einzutreten. Und das wird

es nicht erreichen, wenn es mit den neuen Herren des Balkans hadert. . . . . Die neue Föderation sollte ihre Laufbahn durch eine enge und freundschaftliche Verständigung mit Österreich-Ungarn einleiten, als Mitglied einer Handels-Union die Rumänien einschließen und von den deutschen und russischen Grenzen bis hinab zu den Inseln der Levante und zum Kap Matapan reichen könnte."

Wir haben gegen diese in der Tat mit gesundem Menschenverstande geschriebenen Ausführungen fast nichts einzuwenden. Zweifel hegen wir an der Haltbarkeit jener Föderation der vier Balkanstaaten. Es sind alte Gegner, fast müßte man sagen, Feinde, die sich zur Teilung einer gemeinsamen Beute zusammengetan haben, und wenn auch eine Vereinbarung über den Anteil eines jeden stattgefunden hat, bevor der Krieg ausbrach, ist schon jetzt der Hader ausgebrochen, da die Beute größer ist als erwartet wurde. Auch ist die letzte Entscheidung noch nicht gefallen. Sollten die Türken wirklich, wie jetzt immer nachdrücklicher behauptet wird, an der Tschataldschalinie die Bulgaren geschlagen haben und trotz der Cholera einen durchschlagenden Erfolg erringen, Dank den anatolischen Regimentern, die infolge der gewissenhaft eingehalten Neutralität Rußlands zum Kampfe gegen die Balkanstaaten herangezogen werden dürften und ihrerseits aggressiv vorgehen können, so müßte die zu verteilende Beute nicht unwesentlich eingeschränkt werden, zumal Rußland bemüht ist, den Türken ein möglichst großes Territorium zu erhalten. Auch behaupten sich Adrianopel und Skutari, so daß der endliche Ausgang zweifelhaft geworden ist. Was aber die serbisch-österreichischen Differenzen betrifft, so ist der hadernde Teil nicht Österreich-Ungarn, sondern Serbien, das wider alles Recht das Programm der Befreiung der Balkanslawen und Griechen in ein Programm zur Knechtung der Albanesen umgewandelt hat. Von den Sympathien, die sich Serben und Bulgaren durch ihre Tapferkeit und ihren Todesmut erworben hatten, ist infolge des unmenschlichen Ausrottungskrieges, den die Serben gegen die Albanesen führen, und der barbarischen Grausamkeit, die sich im Verstümmeln der Verwundeten (das Abschneiden der Nasen) und Toten zeigt, sehr viel verloren gegangen. In betreff der Serben kommt noch der steigende politische Größenwahn hinzu, der alles daran setzt, Rußland unter dem Drucke der öffentlichen Meinung, wie sie durch „Nowoje Wremja", „Swet" und Genossen vertreten wird, in einen Krieg mit Österreich zu nötigen; dieser Krieg aber würde aller Wahrscheinlichkeit nach auch in

einen deutsch-französischen ausmünden, da Frankreich vertragsmäßig gebunden ist, der russischen Politik Gefolgschaft zu leisten. Es erscheint uns nicht denkbar, daß Europa sich in den Dienst dieses serbischen Treibens stellen wird. Immerhin muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß trotz der korrekten Haltung, die Herr Ssasonow während des ganzen Verlaufs der Balkankrise behauptet hat, der Druck, den erfahrungsmäßig die von den großen Schlagworten der Presse bestimmte Petersburger „Gesellschaft" auf die Richtung der russischen Politik ausübt, nicht ohne Einfluß bleibt. Die Tendenz ist seit den Tagen des bosnisch-herzegowinischen Konflikts noch nie so antiösterreichisch gewesen wie jetzt, und es scheint Mode geworden zu sein, die Vorstellung eines baldigen Zerfalls der habsburgischen Monarchie anzukündigen. Es geht kein Tag hin, ohne daß in mehr oder minder grober Form diesem Gedanken Ausdruck gegeben wird. Es ließen sich Bogen mit Zitaten dieser Tendenz füllen. Inzwischen ist man aber in den russischen Regierungskreisen durch die in Russisch- und Österreichisch-Polen zutage tretende Stimmung beunruhigt, und es verdient beachtet zu werden, daß neuerdings auch die Ruthenen in Galizien entschieden antirussische Töne anschlagen, was wohl in Zusammenhang mit den Anfechtungen steht, denen die sogenannten Ukrainophilen in Kleinrußland ausgesetzt sind.

Die Zusammensetzung der vierten Duma dürfte tatsächlich ein ganz anderes Bild zeigen als nach den offiziellen Berichten über das Wahlergebnis angenommen werden müßte. Zahlreiche Abgeordnete die als der Rechten zugehörig gezählt wurden, haben sich anderen Parteien angeschlossen, und als Resultat scheint eine Verschiebung nach links sich zu ergeben. Auch sind die Hoffnungen der „Nowoje Wremja" auf die Interpellationen und Kundgebungen gerichtet, die sie von dem russischen Parlament erwartet, das, wie das Blatt hofft, die Diplomatie nötigen werde, ihr Schweigen zu brechen. Die Aussagen, die Herr Ssasonow machen könnte, sind aber bereits im voraus verurteilt. In China hat die Regierung, nachdem ihr erster Protest von dem russischen Auswärtigen Amte unberücksichtigt gelassen war, dem Gesandten Korostowetz einen zweiten Protest zugehen lassen, in welchem erklärt wird, daß China den russisch-mongolischen Vertrag nicht anerkenne und sich durch seine Bestimmungen nicht gebunden fühle. Als unannehmbar werden zu den bereits aufgeführten Punkten des Vertrags jetzt noch die folgenden aufgeführt: 1. Aufhebung des zoll-

freien Handels der Chinesen in der 15. Werstzone (an der Bahn), 2. die Exterritorialität der Russen in der Mongolei, 3. die völlige Abgabenfreiheit des russischen Handels in der Mongolei, 4. die Errichtung russischer Konsulate, wo es für nötig befunden wird, 5. die gemischten russisch-mongolischen Gerichte zur Austragung von Streitigkeiten zwischen beiden Nationalitäten, und endlich 6. das Recht der Russen, Grundbesitz zu erwerben.

Es wird jedoch angenommen, daß die Chinesen nicht zu den Waffen greifen, sondern sich auf passiven Widerstand beschränken werden. Es sei bei dieser Gelegenheit auf das vortreffliche Buch von Lanzelot Lawton: Empires of the far East. Band 1—2, London 1912, aufmerksam gemacht, das historisch und politisch die Geschichte Japans und Chinas bis in die Gegenwart führt. Der Verfasser, der den russisch-japanischen Krieg mitgemacht und sich lange in China und Japan aufgehalten hat, ist entschiedener Gegner des englisch-japanischen Bündnisses.

Die Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten Canalejas durch einen fanatischen Anarchisten hat wieder die Aufmerksamkeit auf den verbrecherischen Charakter gelenkt, den der Anarchismus namentlich in slawischen und romanischen Ländern so leicht annimmt.

Kaum weniger gefährlich ist die sozialdemokratische Agitation, die unter dem Vorwande, sich über die Greuel zu entrüsten, die nur zu häufig einen Krieg begleiten und während des jetzigen Krieges so schrecklich zutage getreten sind, darauf hinarbeitet, das Fundament unserer nationalen Sicherheit, das stehende Heer und die allgemeine Wehrpflicht zu untergraben.

Herr Jaurès, dem man leider gestattet hat, bei uns zu agitieren, rechtfertigt sein Erscheinen auf deutschem Boden als patriotische Tat, da er die militärische Kraft Deutschlands durch seine revolutionäre Propaganda unterhöhle; er ist dabei durch die Beifallsrufe deutscher Reichsangehöriger unterstützt worden. Die Italiener haben Hervé der in gleicher Absicht auf Reisen ging, ohne viele Umstände aus dem Lande gewiesen. Wir bedauern, daß es unserem sozialdemokratischen Häuptling, der nach Frankreich ging, um dort in gleichem Sinne zu wirken, nicht ebenso ergangen ist. Denn es ist ganz richtig, wenn der „Eclair" sagt, daß hinter der angeblichen Agitation für den Frieden die Argumente des Landesverrats und der Feigheit stecken.

20. November. Annahme der Finanzresolution zum Home Rulegesetz.
21. November. Riccardo Bollati wird zum italienischen Botschafter in Berlin ernannt.
Beginn von Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Bulgarien und Türkei.
22. November. Erzherzog Franz Ferdinand und Feldmarschall-Leutnant Schemua in Berlin.
27. November. Nasim Pascha lehnt die bulgarischen Stillstandsbedingungen ab.

27. November 1912.

Mit Ausnahme der Stellung an der Tschataldschalinie, Adrianopels und Skutaris haben die gegen die Türkei verbundenen Staaten überall an Boden gewonnen. Die verbotenen Häfen an der Adria San Giovanni di Medua und Durazzo sind von den Serben besetzt worden. Monastir ist gefallen, die Chalcidice in griechischen Händen. Um die Befestigungen der Tschataldschalinie aber dauert der Kampf fort; nachdem die Türkei die Waffenstillstandsbedingungen der Bulgaren abgelehnt hat, ist ihr Ziel wiederum der Einzug in Konstantinopel, und gleichzeitig sind sie am Werke, die europäischen Befestigungen der Dardanellen von der Landseite anzugreifen und der griechischen Flotte den Weg in das Marmarameer zu erschließen. Ob die neu angekündigten Verhandlungen zum Ziele führen werden, ist nicht mit Sicherheit anzunehmen, aber nicht unmöglich. Die Türkei hat sich durch reguläre Truppen aus Anatolien verstärkt, die Jungtürken haben ihren hochverräterischen Versuch, in dieser Zeit äußerster Krisis die Regierung zu stürzen, mit dem völligen Zusammenbruche ihres Einflusses büßen müssen. Sie sind teils in eiliger Flucht entkommen, teils in Haft genommen worden. Trotz der furchtbaren Verluste, welche die aus Kleinasien eingeschleppte Cholera gebracht hat, fechten die Türken mit der alten Bravour, die wir aus ihren Kriegen mit den Russen kennen, und im Geschützkampfe zeigen sie sich jetzt entschieden überlegen. Ein außerordentlich betrübendes Bild geben die allmählich, trotz der strengen Zensur der Verbündeten und trotz des unerhörten Drucks, der mit allen Mitteln auf die Kriegskorrespondenten ausgeübt wird, hierher gelangenden

Privatbriefe vom Kriegsschauplatze von der wahrhaft barbarischen Kriegführung der Serben und der Griechen. Die Serben führen einen Ausrottungskrieg gegen die albanesische Nationalität, die sie am liebsten bis auf die Wurzel vernichten möchten, und die von den Griechen an wehrlosen Türken jeden Geschlechts und Alters verübten Greuel stehen ihnen in nichts nach. Es steckt ein entsetzlicher Kern unmenschlicher Barbarei in diesen Völkerschaften, und die Verwilderung, die der Krieg mit sich bringt, hat allen bösen Instinkten freien Spielraum gegeben. Wenn die jetzt mundtoten Zeugen dieser Untaten einst heimgekehrt sein werden, dürfte jede Spur von Sympathie schwinden, die das Abendland diesen Halborientalen noch zuwendet.

Dennoch werden die Resultate der Siege den Siegern bleiben. Daß Mazedonien und Thrazien an die Türkei zurückfallen, ist ausgeschlossen. Zwar hat Rußland eine politische Schwenkung vollzogen, durch die es in elfter Stunde sich zum Beschützer der Türkei aufgeworfen hat. Herr Ssasonow hat die Parole ausgegeben, daß den Türken Konstantinopel mit einer Linie von der Maritzamündung über Adrianopel zum Schwarzen Meere bleiben müsse, und in der russischen Presse ist die Begeisterung für die Befreiung der Hagia Sophia auf einen Wink von Petersburg her plötzlich erloschen. Man erinnert sich, daß es die Mission Rußlands, nicht der Balkanslawen ist, an die Stelle des Halbmondes das Kreuz in Konstantinopel aufzurichten, und da sich dieses hohe Ziel durch russische Hände zurzeit nicht erreichen läßt, soll der Halbmond überhaupt „bis auf weiteres" stehen bleiben. Das ist die hinter all den täuschenden Worten versteckte Wahrheit. Dagegen ist allen russischen Federn freigegeben worden, sich über das entsetzliche Unrecht aufzuregen, das den Serben geschieht, denen Österreich einen strategischen Hafen am Adriatischen Meere verweigert. Daß den Serben ein Hafen am Ägäischen Meere offengehalten wird, und daß Österreich sich geneigt zeigte, ihnen den Zugang zu einem seiner dalmatinischen Häfen zu gewähren, wird für nichts geachtet. Es soll ein albanesischer Hafen sein, d. h. Albanien seinen Todfeinden ausgeliefert und zugleich Rußland die Möglichkeit geboten werden, mit Hilfe des serbischen Schützlings an der Adria Fuß zu fassen und so die Position, die ihm durch seine Beziehungen zu Montenegro geboten wird, zu kräftigen und weiter auszubauen. Trügen nicht alle Anzeichen, so ist Rußland von dem im Verein mit

Herrn Poincaré angeregten Programme des Desintéressements nicht mehr so durchdrungen, wie zur Zeit, da es ausgegeben wurde, um Österreich durch feste Verpflichtungen zu binden. Denn was sollen die Truppenkonzentrationen an der österreichischen Grenze bedeuten, wenn nicht zurzeit noch nicht an die Öffentlichkeit gedrungene russische Interessen geltend gemacht werden sollen. Da der Dreibundvertrag ein Defensivvertrag ist, von einem auch sonst durch kein österreichisches Interesse bedingten Angriffe auf Rußland also keine Rede sein kann, bleibt nur die Absicht übrig, daß Rußland unter dem Drucke seiner sogenannten öffentlichen Meinung sich für serbische Interessen einsetzen will. Herr Ssasonow, dessen friedfertige Haltung seit der Rückkehr des kaiserlichen Hofes aus Spala nach Zarskoje Sselo sichtlich abgenommen hat, rechnet offenbar auf Unterstützung von französischer und von englischer Seite. Ob beide Regierungen Neigung haben, um einen Adriahafen für Serbien zu gewinnen, einen Weltkrieg auf sich zu nehmen, ist mehr als fraglich. In der französischen Presse freilich finden sich Stimmen, die in dem drohenden oder scheinbar drohenden Konflikte die Möglichkeit eines deutschen Krieges wittern, und für diesen wären sie im Verein mit Rußland und in der Hoffnung auf den Anschluß Englands ja stets zu haben, auch geben sie die andere Hoffnung nicht auf, daß es möglich sein werde, Italien dem Dreibunde abspenstig zu machen.

Wie stets, wo es sich um Giftmischerei handelt, hat der „Temps" den Vortritt. Er teilt uns mit, daß Italien 1909 mit Rußland einen Rückversicherungsvertrag abgeschlossen habe (la contre-assurance que l'Italie a demandée à la Russie en 1909) und hält den Italienern vor, daß es mehr ihrem Vorteile entspreche, mit einem slawisierten als mit einem österreichischen Albanien rechnen zu müssen. Nun, wir wollen die Wirkung dieser Ermahnungen abwarten. Aber vielleicht hat auch der „Temps" inzwischen in Erfahrung gebracht, daß die Vereinbarungen von Racconigi — denn nur um diese kann es sich handeln — ein Vorstadium des tripolitanischen Unternehmens der Italiener waren, daß diese Frage ihre endgültige Erledigung gefunden hat, und daß eine neue politische Lage vorliegt, die zu einer vollen Verständigung Italiens mit Österreich-Ungarn über die albanesische Frage geführt hat. Die Zitate aber, welche der „Temps" aus der Barrèreschen Presse vorbringt, machen nirgend in aller Welt einen Eindruck. Unter-

stützt wird der „Temps“ auch von Herrn Wessélitzki, der sein Heerlager von London nach Paris verlegt hat und in dem unseren Lesern bekannten Sinne seine Tätigkeit fortsetzt. Wir danken ihm u. a. das politische Aktionsprogramm Österreichs und der Bulgaren. Der Plan der letzteren, schreibt er, ist folgender: erst mit der Türkei Frieden schließen, danach irgendwie den Konflikt mit Österreich beilegen, endlich die Verteilung des eroberten Territoriums vornehmen und die Balkanföderation abschließen. Der Plan Österreichs ist, wiederum nach Wessélitzki, offenbar dieser: einen panalbanischen Aufstand erregen und ihm die Wendung gegen die Serben geben, die Verteidigung der Türken verlängern, Rumänien zur Teilnahme drängen, endlich eine europäische Konferenz berufen und den Berliner Kongreß wiederholen. Wir halten uns bei dieser Komposition nicht weiter auf, aber Herr Wessélitzki sollte doch wissen, daß die Konferenz- oder Kongreßidee Herrn Poincaré gehört, der durch eine Sammlung der Vertreter Europas, um seinen Ministersessel, eine Aussicht mehr gewinnen möchte, das Quai d'Orsay mit dem Elisée zu vertauschen. Wir würden ihn auch lieber als andere Kandidaten als Präsidenten der französischen Republik sehen und ihm daher „die Wiederholung des Berliner Kongresses“ herzlich gern gönnen, wenn nur ein Kongreß wie der Berliner in Aussicht stände. Aber aller Wahrscheinlichkeit wird nach Abschluß des Friedens die Regelung der Landverteilung den Verbündeten überlassen werden unter Berücksichtigung ihres eigenen Leitsatzes: Balkan den Balkanstaaten, wobei dann Albanien den Albanesen zufiele, die, wie schon heute als sicher angenommen werden kann, ihre Autonomie aus den Händen der Türkei erhalten werden. Es würde sich demnach schwerlich mehr als eine Konferenz zusammenfinden, die vollendete Tatsachen zu registrieren hätte, und ob die in Paris oder in Konstantinopel stattfindet, wäre absolut gleichgültig.

Eingehender verweilen wir bei der Haltung Englands. Wenn, wie wir sahen, die öffentliche Meinung Rußlands zum Kriege treibt, so drängt umgekehrt die öffentliche Meinung Englands auf Erhaltung des Friedens. Nun wissen wir freilich, wie stark die Einflüsse sind, die von Petersburg und Paris her dagegen arbeiten, und in bestimmten Kreisen Englands Unterstützung finden. Aber die Gegenwirkung ist gleichfalls außerordentlich stark. Sie hat ihren Mittelpunkt in der City von London und in den großen Handelsplätzen Englands,

deren vornehmstes Organ der „Manchester Guardian" ist, ein großes, gänzlich unabhängiges liberales Organ, dessen Leitartikel eine gewisse Berühmtheit durch ihre feste Sprache, ihr schönes Englisch und ihre gründliche Fundamentierung erhalten haben. Die Einwirkung des Chors dieser Stimmen auf die regierende liberale Partei hat in den letzten Monaten stetig an Bedeutung gewonnen und am letzten Freitag auf der in Nottingham abgehaltenen Konferenz der „National Liberal Federation" einen imponierenden Ausdruck gefunden. Die Konferenz beschloß einstimmig als Resolution die Regierung zu bitten, es klar auszusprechen, „daß unsere freundlichen Beziehungen zu Frankreich keine Verständigung oder Absicht militärischer Aktion gegen irgendeine andere Macht einschließen" und sie zu ersuchen, daß auf die Verständigung mit Frankreich eine ähnliche Freundschaft mit Deutschland folge („to make it clear that our friendly relations with France imply no understanding or intention as to military action against any other Power, and desiring it to follow up our agreement with France by a similiar friendship with Germany").

Höchst beachtenswert ist nun die Betrachtung, die der „Manchester Guardian" an diese Motion knüpft. Nicht nur, daß sie einstimmig beschlossen wurde, sei zu beachten, sondern daß der Antrag überhaupt gestellt wurde. Er weise auf die Möglichkeit hin, daß die Regierung, ohne das Parlament zu befragen, das Land plötzlich in einen europäischen Krieg stürzen könne, der nicht durch britische Interessen bedingt, sondern auf gewisse geheime Formeln der auswärtigen Politik zurückzuführen sei. Man fürchte, daß Kräfte am Werke seien, von denen weder das Parlament noch das Land etwas wisse, die aber der Politik des Landes eine verderbliche Richtung geben. Wenn es irgendeinen Vertrag gäbe, welcher die Freundschaft mit Deutschland erschwere, oder ein anerkanntes Ziel britischer Politik, das von Deutschland durchkreuzt werde, würden die Aufgaben leichter sein, die Beziehungen besser zu gestalten. Die Schwierigkeit liege aber darin, daß die Reibungen auf verborgene Ursachen (underground causes) zurückzuführen seien.

Der Gedanke wird weiter ausgeführt und mündet in die folgenden Sätze aus:

„Es ist unverständlich, wie die Freundschaft mit Frankreich und Rußland, die in geographisch berenzten Vereinbarungen zum Ausdruck gekommen ist, so ausgebaut werden konnte, daß sie eine allgemeine

Opposition gegen den Dreibund wurde. Wenn aber etwas unheilvolles (baleful) in dem Worte „Entente" liegt, so daß es einerseits friedfertig und andererseits kriegerisch wird, dann wird es ohne Zweifel notwendig, jede Entente mit einem Mitgliede der einen Gruppe durch eine gleiche Entente mit einem Mitgliede der anderen zu ergänzen. Die Verständigung mit Frankreich sollte notwendig und logisch zu einer gleichen Verständigung mit Deutschland führen; und wenn das nicht geschieht, dann sind unterirdische Kräfte am Werk, die weggefegt und vernichtet werden müssen, sonst unterminieren sie den Liberalismus."

Eine verwandte Stimme kommt in einer Teheraner Korrespondenz des „Economist" zum Ausdruck. Der Verfasser, der früher ein entschiedener Freund des Abkommens mit Rußland war, hat ganz Persien bereist und die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Landes eingehend studiert. Er ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß das vornehmste Hindernis allen Fortschritts, der Ordnung im Heere, wie namentlich einer rationellen Eisenbahnpolitik Rußland sei, das, wie jeder, der in Persien gewesen sei, wisse, entschlossen sei, die Wiedergeburt des Landes zu verhindern und so lange irgend möglich, die südlichen und westlichen Handelsstraßen in Unordnung und Unsicherheit zu erhalten. Die von der „Société d'Etudes" vorgeschlagene Bahn, sei von jemandem entworfen worden, der offenbar versuchte, einen Weg zu entdecken, den der Handel so wenig wie möglich berührt. Es sei absurd, Bahnen durch Beludschistan zu legen oder Kerman mit Bompur zu verbinden, während doch jedermann wisse, daß der Handel dieses Teils von Persien nördlich und südlich zum Golf führe. Weit eher könne die transpersische Bahn erdacht worden sein, um Indien für die Möglichkeit einer Invasion von Norden her zu erschließen. Das werde wohl der Grund der großen Popularität dieser Bahn in Petersburg sein. Persien brauche vor allem eine Bahn Trebisonde—Täbris, die das nördliche Kleinasien entwickeln und den Handel zwischen Westeuropa und Aderbeidschan fördern würde, aber dagegen stemme sich Rußland. Die wichtigste der geplanten Bahnen wäre Mohammera—Chorramabad vom Golf zum westlichen Zentralpersien. Eine Bahn Hanekin am Ende des Bagdadsystems nach Teheran über Hamadan sei durch das Potsdamer Abkommen bereits sanktioniert, wenn dazu die Bagdadbahn bis zum Golf geführt werde, werde ein Triangelsystem von Bahnen geschaffen, das die syrische Küste im Westen und den Persischen Golf im

Osten mit Mesopotamien und Zentralpersien verbinde. Es sei für die friedliche Entwicklung der Türkei und Persiens, wie für den Handel des Abendlandes von höchster Wichtigkeit, daß jene drei Bahnen gebaut würden. Aber Rußland sehe sie mißgünstigen Auges an, und es sei daher dringend notwendig, daß England und Deutschland Hand in Hand gehen, um in Mesopotamien und Zentralpersien das Werk durchzuführen, sonst werde es der russischen Diplomatie gelingen, ihre selbstischen und aggressiven Absichten zu erreichen. Stehen England und Deutschland zueinander, so sei das eine Kraft, die Rußland nicht ignorieren könne. Die eigennützige Politik, die Deutschlands Bagdadbahn vom Ausgang zum Golf fernhalte, schädige sich selbst. Es sei gleichgültig, ob englische oder deutsche Finanzgruppen die Bahn bauen; daß sie gebaut und dem Welthandel erschlossen werde, darauf komme es an. Unvernünftiges Mißtrauen zwischen England und Deutschland komme nur Rußland zugute und allen Kräften der Reaktion. Natürlich müßte Deutschland allen Nationalitäten gleiche Begünstigung im Güterverkehr gewähren. Er sehe keinen Grund, weshalb die Bahn unter dieser Voraussetzung nicht nach Koweit geführt werden sollte, vielleicht unter der Bedingung, daß in dieser letzten Sektion ein britisches Mitglied in die Direktion eintrete. Als Gegenleistung könne Deutschland den Bau der Bahn Mohammera—Chorramabad durch gemeinsame Vorstellungen mit England in Persien erleichtern. Solche Vereinbarungen wären leicht zu treffen, wenn beide Teile aufrichtig eine Verständigung wünschen. „Die Zeit ist reif, und ich behaupte, es liegt reiches Material für ein solches Abkommen vor. Wird das abgeschlossen, so wird ein Einfluß mehr gegen Aggression von Norden, und ein Interesse mehr für die Regeneration Persiens geschaffen."

Man kann hinzufügen: auch für die Regeneration der Türkei und für die Erhaltung des Weltfriedens.

Nach englischen Korrespondenzen aus Teheran vom 17. November ist die Lage in Persien jetzt die folgende: Der von Rußland unterstützte Versuch Salar ed Dowlehs, sich in Teheran festzusetzen, ist gescheitert. Der Ministerpräsident Samsan es Saltaneh hat den früheren ersten Minister des Exschah, Saad ed Dowleh, aufgefordert, nach Persien zurückzukehren, und jetzt geht das Gerücht, daß der Schah im Begriffe

sei, Odessa zu verlassen und nach Teheran zurückzukehren. Das würde das Signal zu neuen Wirren sein. Das russisch-englische Abkommen zu Balmoral, das die Autonomie Persiens ausbedang, erscheint diesen englischen Stimmen ernstlich gefährdet, und aus dem Gesamtinhalt ihrer Darlegungen klingt ein entschiedenes „videant consules“ hervor. Aus anderer Quelle, russischen Ursprungs, wissen wir, daß die Frauen und Kinder Mohamed Ali Shas bereits in Täbris sind. Offenbar bereitet er eine Wiederholung seines ersten Versuchs den Thron zurückzugewinnen vor, und gewiß rechnet er darauf, daß Rußland, wie damals, seine Hände in Unschuld waschen werde! Das Land ist so müde und erschöpft, daß es wahrscheinlich bereit ist, alles über sich ergehen zu lassen, wenn nicht anders, so auch ein neues Mißregiment Mohamed Alis.

Aber der „Manchester Guardian“ knüpft an seine Ausführungen die Bemerkung: „Auf England richtet das persische Volk seine Blicke gegen die Intrigen der Russen und Bachtiaren.“

Am Dienstag, 26. November, tritt das Komitee für auswärtige Politik (Foreign Policy Committee) in Caxton Hall zusammen. Lord Courtney und Mr. Dickinson präsidieren. Es ist kein Parteikomitee, sondern eine Versammlung von Parlamentsmitgliedern und anderen Personen, die sich für eine parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Politik interessieren. Man beabsichtigt nicht, das Foreign office anzugreifen, da man erfahren hat, daß die Beziehungen zu Deutschland leichter geworden sind und der Hauptwunsch des Komitees dahingeht, jedes Bestreben nach besseren Beziehungen zu unterstützen und die Verwicklungen des Allianzsystems loszuwerden. Das Eintreten in Allianzen wird als Ursache der Schwierigkeiten mit Deutschland, China und Persien betrachtet. Man beabsichtigt, eine Reihe von Resolutionen, die diesem Gedanken Ausdruck geben, einzubringen. Wir hoffen, auf Verhandlungen und Resolutionen dieser Komiteesitzung noch zurückzukommen.

28. November. Sir Edward Grey schlägt eine Beratung der Botschafter in London vor. Eröffnung der 4. Duma. Präsident Rodsjönko.
29. November. Proklamierung der Unabhängigkeit Albaniens in Vallona.
1. Dezember. Demission des japanischen Kriegsministers.
2. Dezember. Rede des Reichskanzlers über die Lage der auswärtigen Politik.
3. Dezember. Der Thronfolger von Rumänien in Berlin.
4. Dezember. Abschluß eines Waffenstillstandes der Türken mit Bulgaren, Serben und Montenegrinern.

4. Dezember 1912.

Die letzten acht Tage brachten einen großen Wechsel der Stimmung. Am Donnerstag und Freitag konnte man glauben, daß wir unmittelbar vor einem Kriege ständen, jetzt ist die Zuversicht auf einen friedlichen Ausgang der Krisis, so weit es sich um politische Gegensätze unter den Großmächten handelt, mit Recht fast allgemein. Der Balkankonflikt bleibt lokalisiert, und die Friedensverhandlungen zwischen Bulgarien und der Türkei neigen sich einem günstigen Abschlusse zu. Noch muß eine Verständigung zwischen Bulgarien und seinen drei Bundesgenossen über die Bedingungen stattfinden, unter denen aus dem faktisch eingetretenen Stillstande zwischen Bulgarien und der Türkei ein Balkanfriede werden kann, und es ist wohl möglich, daß hier noch erhebliche Schwierigkeiten auftauchen, die den Abschluß verzögern. Sollten Griechenland, Serbien und Montenegro sich intransigent zeigen, so ist es nicht undenkbar, daß ein türkisch-bulgarischer Separatfriede, als Vorstadium, der Lage eine neue Wendung gibt, und daß ein Veto Europas dem überspannten Ehrgeiz der Griechen und Serben die unerläßlichen Schranken setzt. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Griechen Valona und daß die Serben Prizrend erhalten. Rußland wird deshalb keinen Krieg auf sich nehmen, und die übrigen Mächte unter der Führung Deutschlands und Englands — von den direkten Interessen Österreich-Ungarns und Italiens zu geschweigen — sind entschlossen, eine derartige Verschiebung der Machtverhältnisse im Adriatischen Meere nicht zu dulden. Von einem Zurückwerfen der Türkei nach Asien, das noch vor

wenig mehr als 14 Tagen als die wahrscheinlichste Lösung erschien, die aber immer noch günstiger gewesen wäre, als eine Türkei mit Konstantinopel und einem unhaltbaren Stadtterritorium, kann weiter keine Rede sein. Die tapfere Verteidigung von Adrianopel, die Behauptung und Stärkung der Tschataldschalinie und der Zuzug frischer Truppen aus Anatolien haben es unmöglich gemacht, ganz abgesehen davon, daß Rußland unter keinen Umständen dulden wollte, daß Bulgarien der Ruhm zufalle, das Kreuz an Stelle des Halbmondes in Konstantinopel aufgerichtet zu haben. Diese Erwägung, die den Bulgaren sehr nachdrücklich von dem „älteren Bruder" zu Gemüte geführt wurde, ist für die Haltung Rußlands entscheidend gewesen. Die Bahnen historischer Entwicklung haben Rußland schon mehr als einmal veranlaßt, sich zum Beschützer der Türkei aufzuwerfen, zum ersten Male aber hat es jetzt Konstantinopel geschützt vor dem Ansturm griechisch-orthodoxer Christen, die es zudem als die slawischen Vorposten Rußlands seit den Tagen Peters des Großen begünstigt, bewaffnet und in Wort und Schrift zum Kampfe gegen die „Ungläubigen" ermuntert hatte.

Dem panslawistischen Gedanken in Rußland ist damit der schwerste Schlag versetzt worden, der ihn treffen konnte. Man hat ihn ad absurdum geführt, denn welches Ziel könnte ihm in Zukunft auf der Balkanhalbinsel von Rußland gestellt werden? Ihn gegen Österreich-Ungarn zu richten, ist in jeder Hinsicht gefährlich und könnte im Effekt dahin führen, daß die Ereignisse die Frage aufwerfen, ob die Attraktionskraft Rußlands auf die österreichischen Ruthenen, oder die Österreichs auf die Ukrainer die stärkere ist? Es liegt im beiderseitigen Interesse, daß diese Frage nicht gestellt wird. Anderseits weiß Rußland, und der Herr Reichskanzler hat es gestern mit einer Bestimmtheit erklärt, die jeden Rückzug ausschließt, daß bei einem Angriffe Rußlands auf die uns so eng befreundete und verbündete habsburgische Monarchie Deutschland an der Seite Österreichs fechten würde. Der Schluß, der sich daraus ergibt, weist auf Entscheidung derjenigen Seiten des Balkanproblems, die zwischen der Türkei und den vier Balkanstaaten schlecht oder gar nicht gelöst werden sollten, durch die übereinstimmenden Beschlüsse der Großmächte hin. Wenn eine solche Übereinstimmung sich nicht erreichen ließe, dann allerdings wäre ein großer Krieg nicht ausgeschlossen, aber das ist wohl heute die unwahrscheinlichste der vorliegenden Möglichkeiten. Ein Angriff könnte nur von russischer Seite kommen; zu den bereits

aufgeführten Erwägungen auswärtiger Politik, die dagegensprechen, kommt aber eine Reihe von Gründen, die sich aus den inneren Verhältnissen des Landes ergeben, und mit denen die Regierung zu rechnen genötigt ist. Wir denken dabei zunächst an Russisch-Polen. Es gärt im Lande schon seit geraumer Zeit. Die 30 Jahre, die von einer polnischen Revolution zur anderen hinzugehen pflegen, sind mehr als übervoll abgelaufen, und zuverlässige Nachrichten bestätigen, daß dort nichts mehr gewünscht wird, als ein russisch-österreichischer Krieg, der dann eine Erhebung der Polen gegen Rußland zur Folge haben würde. Wir sind überrascht gewesen, diese Mutmaßung in sehr positiver Form auch in einer Pariser Korrespondenz des „Manchester Guardian" zu finden. Der Verfasser des Briefes weist darauf hin, daß die nicht durch die Boulevardblätter vertretene öffentliche Meinung Frankreichs sehr friedfertig gestimmt sei und bittere Klage über den beherrschenden Einfluß führe, den Rußland auf die Politik der Tripelentente ausübe. England folge russischem Gebot in Persien, Frankreich in seiner Orientpolitik. Die Haltung Deutschlands während der Krisis habe viel altes Mißtrauen beseitigt, und die große Majorität des französischen Volkes denke mit Grauen an einen Krieg um eine Frage, die das Interesse Frankreichs nicht im geringsten berühre. Die kühle Erwägung halboffizieller Blätter, daß Frankreich notwendig oder wahrscheinlich in einen russisch-österreichischen Krieg mit hineingezogen werden müsse, finde durchaus keinen Anklang. Dagegen rechne man mit den Schwierigkeiten, die beiden Staaten aus ihren inneren Verhältnissen erwachsen; mit der Unlust österreichischer Slawen, gegen Rußland zu fechten (eine Gefahr, die der Korrespondent wohl überschätzt, weil er den Geist der österreichisch-ungarischen Armee nicht zu kennen scheint), und der Feindseligkeit der russischen Polen, da „a declaration of war would be quickly followed by a rising in Russian Poland, and perhaps by risings elsewhere in the Russian Empire". Das stimmt durchaus mit Nachrichten überein, die auf Persönlichkeiten zurückgehen, die Gelegenheit gehabt haben, in letzter Zeit die Stimmung in Russisch-Polen kennen zu lernen, und wir glauben, daß die von Rußland vorgenommenen Truppenversammlungen an seinen Westgrenzen darauf zurückzuführen sind, daß man in Petersburg über diese Dinge sehr wohl unterrichtet ist.

Was aber die Verhältnisse im Innern Rußlands betrifft, so bringt Herr Menschikow eben jetzt in der „Nowoje Wremja" eine sehr ein-

gehende Darstellung, welche die „Anarchie im Volke“ (das ist der Titel) schildert. Er geht davon aus daß die Kreisversammlung in Welikolutsk im Gouvernement Pskow mit allen gegen eine Stimme beschlossen habe, die Prügelstrafe wieder einzuführen, und tritt dafür ein, diesem Beispiele in ganz Rußland Folge zu leisten. Die wohl auch unseren Lesern bekannten Zustände, die in dem Roman von Radionow „unser Verbrechen“ geschildert werden, entsprächen — so entsetzlich und unmenschlich und so traurig in ihrem Ausgange sie sind — durchaus der Wirklichkeit. Der Roman spielt im Gouvernement Nowgorod. In Petersburg, zwischen Pskow und Nowgorod stehe es damit nicht besser, und es sei nicht denkbar, daß die Mitglieder des Reichsrats, die alle in ihrer Eigenschaft als Gutsbesitzer das Land kennen, davon nicht wissen sollten. Helfen lasse sich, wenn man in den gesetzgebenden Körperschaften eine Reihe von Gesetzesvorlagen zur Annahme bringe, um der Anarchie Schranken zu setzen, und zwar: Gesetze über Polizei, Gericht, über Befugnis der Polizei und der Kriminalgerichte, Körperstrafen zu verhängen, Gesetze über Einschränkung der Trunksucht und des Vagabundierens, über Beschränkung der Feiertage, über Abhängigkeit der Bauern von den Kulturelementen, denen sie sich entfremdet haben: vor allem aber Gesetze zum Schutz der Familie und der Kirche. Die Regierung scheute vor der Schwierigkeit dieser Aufgaben zurück. Aber ein weiterer Aufschub sei nicht möglich. Petersburg, das von der Garde, von verschiedenen Polizeiinstituten und von der Ochrana beschützt werde, sei von Landstreichern belagert. Die Gouverneure und die Semstwos wüßten nicht zu helfen, die Bauerngemeinden seien durch den Terror dieser russischen Apachen gelähmt und fürchteten ihre Rache. Die Gefängnisse schreckten nicht mehr und um Arbeitshäuser mit harter Zwangsarbeit werde vergebens petitioniert.

„Wir sind im Begriff, neue Milliarden Rubel und Hunderttausende von Menschenleben um eines Adriahafens willen zu verlieren, und inzwischen fällt die russische Muttererde, das tausendjährige Erbe des Volkes, einer finstern Macht zu, die aus dem Schoße dieser selben Erde hervorgegangen ist. Es findet ein wirklicher Bürgerkrieg in den Tiefen des Volkes statt, der ärgeres Verderben droht, als irgendein Angriff auswärtiger Feinde ....“

Anarchie sei der Name des Übels, das Dorf und Stadt zu Grunde richte. Nicht nur Entartete und Psychopathen zögen durchs

Land und terrorisierten es. Es sei die ganze mittlere, normale Masse, mit Ausnahme weniger von Natur gut gearteter Bauernburschen, die, soweit möglich, sich dem Arbeitsleben entziehe. Man könne doch nicht das gesamte saufende Volk — Greise, Weiber, Mädchen, Kinder — Huligans nennen? Aber fast alles, was sich betrinke, sei aufsässig und werde zu Brandstiftungen, zu Raub, Gewalttätigkeit und Totschlag verführt. Die Verwilderung habe schließlich alles ergriffen und sei in Vertierung ausgeartet. Schon vor 40 Jahren sei es schlimm gewesen, weit schlimmer aber seit der „großen Reform" geworden. Um das Volk vor dem Untergang zu retten, müsse vor allem die Regierung selbst sich nicht daran beteiligen, es zu vergiften.

„Ich weise auf den Hauptgrund der Vertierung der Dorfbevölkerung hin, auf das „gottlose Saufen", wie die Petersburger „Uprava" sagt. Wer Straße und Haus mit Petroleum begießt, darf sich nicht wundern, wenn das Feuer um sich greift. Man darf sich über die Vertierung der Sitten nicht wundern, wenn die Zahl der in den untersten Schulen trinkenden Knaben in einigen Gouvernements 80—90 v. H., die der trinkenden Mädchen 60—70 v. H. beträgt, wie nämlich Dr. Bobrinski in einer Sitzung der Gesellschaft russischer Ärzte mitteilte."

Das ist gewiß ein trübes, aber ebenso gewiß kein übertriebenes Bild. Daß, wie Herr Menschikow zu wünschen scheint, die russische Regierung auf ihr Branntweinmonopol verzichtet, ist wohl auszuschließen, und fast ebenso unwahrscheinlich ist es, daß die jetzt in Funktion getretene vierte Duma die Gesetze votiert, von denen es eine Besserung der sittlichen Verhältnisse des russischen Bauernstandes erwartet. Möglich wäre es gewesen, wenn die Mitglieder der Rechten tatsächlich die Majorität hätten, welche die Zahlen über die Wahlergebnisse ankündigten. Es überwiegt aber bei weitem die liberal-doktrinäre Linke, zu der in den angeregten Fragen auch der größte Teil des Zentrums gezählt werden muß. So wird es denn wohl beim alten bleiben. Eine Heilung des russischen Bauern von seiner Trunksucht und all ihren Folgen ließe sich nur von einer religiösen Bewegung erwarten, wie sie in den zahlreichen Sekten der russischen Kirche besteht. Die sogen. Altgläubigen sind nüchterne Leute, ebenso die Stundisten und andere von der herrschenden Kirche niedergehaltene oder verfolgte Bekenntnisse. Die Staatskirche hat sich dem nationalen Laster gegenüber völlig machtlos erwiesen, und der Staat zieht aus ihm seine reichsten Einkünfte.

Was Menschikow ausführt, ist aber nicht die einzige Sorge der Regierung. Alle Berichte französischer Blätter, die von der mit dem jetzigen Regime unzufriedenen Richtung genährt werden, weisen auf die steigende Mißstimmung im Lande hin. Man klagt über „Reaktion" und nimmt mit Befriedigung von den Symptomen Akt, die auf die Gegenwirkung hinweisen. Arbeiter und Studenten streiken aus politischen Gründen, mitunter aus recht bedenklichen, wie z. B. zum Ausdruck des Protestes gegen die Bestrafung der Meuterer in der Marine. Auch was aus den Ostseeprovinzen herüberklingt ist bedenklich. Ein Teil der Revolutionäre der Jahre 1905 und 1906 ist zurückgekehrt, und bisher ist es nicht gelungen, ihrer habhaft zu werden. Die Blutwitterung des großen Krieges, den die russische Presse so stürmisch verlangte, scheint sie angelockt zu haben.

Die Stimmen, die sich in England für eine Verständigung mit Deutschland aussprechen, mehren sich in erfreulichster Weise und sind in dem politischen Komitee der „National liberal Federation" kräftig zum Ausdruck gekommen. Es sei dabei besonders auf die Kritik hingewiesen, der Mr. Morel das französische Gelbbuch über Marokko unterzog, um den Nachweis zu erbringen, wie völlig ungerechtfertigt die Erregung war, die von Frankreich nach England übertragen wurde, um es für ein Vorgehen gegen Deutschland zu gewinnen. Er nennt es „a detestable intrigue" und hat gewiß damit recht. Es mag dabei auf das Buch von Homer Lea: Des britischen Reiches Schicksalsstunde, Mahnwort eines Angelsachsen. Deutsch von Graf Reventlow (Berlin 1903 bei Mittler u. Sohn) hingewiesen werden. Wir können den Inhalt in wenigen Worten dahin zusammenfassen, daß Lea, der Amerikaner ist, drei Feinde sieht, die England zu verderben drohen: Rußland, Japan und Deutschland. Rußland bedrohe England in Indien, Japan seine Stellung im Indischen Ozean, Deutschland seine Herrschaft über die Meere und seinen Handel. Er plädiert daher für rücksichtslose Vernichtung der Gegner, hält das aber nur für möglich, wenn die gesamte Rasse der Angelsachsen sich zusammen tue, und zwar:

1. durch die militärische und maritime Vereinheitlichung des Weltreichs,

2. durch völlige Trennung des militärischen und maritimen Gebiets von den Zivilbehörden der selbstregierenden und der anderen Kolonien,

3. durch Einführung der allgemeinen Dienstpflicht für die Angelsachsen in allen Teilen des Weltreichs,

4. durch Organisation aller Landstreitkräfte für eine Verwendung außerhalb des eigenen Landes.

5. durch Bestimmung der Stärke und örtlichen Verteilung der Reichsarmee lediglich nach der Stärke und Verteilung ihres wahrscheinlichen Gegners,

6. durch Erhöhung der Kriegstüchtigkeit der angelsächsischen Rasse und Erhöhung der tatsächlich vorhandenen militärischen Streitkräfte des britischen Reiches mit jedem militärischen Zuwachs anderer Nationen, deren natürliche Expansionslinien sich auf die unter britischer Herrschaft stehenden Länder und Völker richten,

7. dadurch, daß die militärische und politische Einheit des Reiches in gleichem Verhältnisse zentralisiert wird, wie die Zentralisation der einzelnen Reichsteile in sich fortschreitet.

Wenn dies, wie Lea meint, das einzige Mittel ist, England und die angelsächsische Rasse zu retten, stünde es verzweifelt schlecht um sie, denn es läßt sich a priori sagen, daß weder England selbst noch irgendeine seiner selbstregierenden Kolonien für das von ihm vorgeschlagene Programm zu haben wäre.

Der ganze Gedankenkreis von Homer Lea ruht aber auf dem völlig irrigen Ausgangspunkt, daß England nicht imstande sei, seine Stellung in Indien und in den Kolonien zu behaupten, wenn es nicht vorher Deutschlands Flotte und Weltstellung vernichtet habe. Das Mittel, dieses Ziel zu erreichen, sei *plötzlicher Überfall*, wobei er an der Wegnahme der dänischen und holländischen Flotte während des Krieges gegen Napoleon den Vorteil solcher Maßnahmen exemplifiziert. Wir müssen gestehen, daß uns seine Ausführungen ebenso töricht wie ruchlos erscheinen. England, braucht einen Kampf mit Deutschland, den Lea selbst einen Kampf auf Leben und Tod nennt, nicht auf sich zu nehmen, um seine Kolonien, seinen Reichtum und seine Weltstellung zu verteidigen; einmal weil es keinen Angriff zu befürchten hat, und zweitens weil es nur zuzugreifen braucht, um aus dem Gegner seiner Einbildung einen Freund zu machen, der in einem reichen und mächtigen England einen Vorteil erblicken würde, der ihm, England selbst, und der Welt zu gute käme.

6. Dezember. Prinz Louis von Battenberg wird erster Lord der Admiralität.
7. Dezember. Mitteilung, daß der Dreibund unverändert erneuert wurde.
7. Dezember. Die Botschafterberatung ist von allen Großmächten angenommen.
8. Dezember. Die Griechen schleppen einen angehaltenen italienischen Dampfer nach Corfu.
9. Dezember. Eröffnung des rumänischen Parlaments durch König Carol.
9. Dezember. Danew wird vom Könige empfangen.

11. Dezember 1912.

Der Abschluß des Waffenstillstandes zwischen der Türkei und den drei Königreichen des Nordens ist nicht terminiert, und eröffnet damit die Aussicht auf einen wirklichen Friedensschluß, vorausgesetzt, daß in London, wo die Friedenskonferenz der Balkanstaaten tagen wird, eine Diagonale zwischen den Ansprüchen des einen Teils und der Abneigung des anderen, sie voll zu befriedigen, gefunden wird. Zurzeit gehen die Hoffnungen beider Teile weit auseinander. Die Türkei ist bereit, viel zuzugestehen und sich in schmerzliche Verzichte zu finden, aber die Verbündeten gehen in ihren Forderungen viel weiter, und Griechenland, das sich dem Stillstande nicht angeschlossen hat, ist inzwischen bemüht, durch billige Okkupationen neue Ansprüche zu begründen. Nun wird, wer den Verlauf des Krieges durchdenkt, darüber nicht im Zweifel sein, daß, was an Erfolgen errungen wurde, hauptsächlich auf die Tatkraft Bulgariens zurückzuführen ist. Hat Rußland auch in den Tagen der Ära Iswolski den Balkanbund angeregt, ohne die Initiative Bulgariens, — das den Mut fand, in seinen Zielen weit über die Absichten Rußlands hinauszugreifen — wäre er niemals zustande gekommen. Zugleich hat Bulgarien mehr Selbstbeherrschung und mehr politischen Sinn gezeigt als Serben, Montenegriner, Griechen. Dem Veto Rußlands, das den heißersehnten Preis — Aufrichtung des Kreuzes auf der Hagia Sophia — verbot, hat Bulgaren sich bereits gefügt. Es ist wahrscheinlich, daß ein weiterer von Rußland verlangter Verzicht — Adrianopel — folgen wird. Man sagt sich offenbar in Sofia, daß für den ersten Anlauf genug errungen ist, und daß die eigene Mäßi

gung auch den Herren Verbündeten Zurückhaltung auferlegen muß. An einer übermäßigen Vergrößerung Serbiens und Griechenlands hat aber Bulgarien kein Interesse. Am ehesten könnte es sich noch in ein rasches Wachsen Montenegros finden, dessen Augen mehr auf Belgrad und ein Stück Sandschack gerichtet sind, als auf bulgarische Stammgebiete. Geht doch sogar das Gerücht, daß König Nikita sich in vollem Ernst als Kandidaten für den albanesischen Thron aufzustellen gedenkt. Aber die Hauptschwierigkeiten liegen bei Serbien. Serbien will zu viel und könnte dabei auch dessen verlustig werden, was ihm heute die Welt als natürliche Folge seiner Siege gönnt. Die Art aber, wie Serbien den Albanesen nicht nur ihre politische Existenz und ihre nationale Eigenart bestreitet, sondern sie buchstäblich auszurotten bemüht ist, hat der serbischen Nation, deren „mordliche" Geschichte während der letzten Menschenalter überhaupt nur Abscheu erwecken kann, alle Sympathien europäischer Kulturvölker entzogen.

Wenn Rußland eine andere Haltung einnimmt und sich mit Serbien politisch identifiziert, so spielen dabei andere Erwägungen mit, die mit serbischen Sympathien absolut gar nichts zu tun haben. Die Serben sind ein Werkzeug russischer Politik, ein Keil, durch den Rußland nicht nur den Einfluß Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel zu vernichten, sondern auch slawische Bestandteile der habsburgischen Monarchie von dieser abzusprengen hofft. Der Anspruch, den Serbien, wie höchst wahrscheinlich ist, auf russischen Antrieb in Albanien geltend macht, ist durchaus aggressiver Natur. Die 6 Millionen österreichischer Serben sollen für die großserbische Idee gewonnen werden, Österreich von der Adria abgeschnitten und ihm zugleich der Handel mit der Levante unterbunden werden. Es liegt auf der Hand, daß hiermit auch in Lebensinteressen Deutschlands mit eingegriffen würde, und deshalb werden wir die Verwirklichung dieser Gedanken ebensowenig dulden, wie Österreich-Ungarn, wenn letzterem auch — wie billig — der Vortanz gebührt. Die Reden, die bei uns der Reichskanzler, in Frankreich Herr Poincaré gehalten haben, wiesen beide indirekt auf diese serbische Gefahr hin, welche sich kurzweg als die Gefahr bezeichnen läßt. Die Erneuerung des Dreibundes und die Veröffentlichung der Tatsache gerade in diesen kritischen Tagen ist ein Beweis, daß die Dreibundmächte sich des Ernstes der Lage durchaus bewußt sind; sie werden die Festsetzung Serbiens an der Adria unter keinen Umständen dulden

und haben durch Überlassung des Sandschaks Novibazar an das vergrößerte Serbien bereits ein Opfer gebracht, das bei Ausbruch des Balkankrieges noch ausdrücklich als ausgeschlossen bezeichnet wurde. In Rußland, wo die öffentliche Meinung sich immer mehr über diese Dinge erregt und charakteristischerweise bereits anfängt, mißtrauisch nach Sofia zu blicken, ist die Poincarésche Rede um so mehr mit großem Beifall aufgenommen worden, als man mit der Kampfesbereitschaft Frankreichs zugleich die Vorstellung verbindet, daß England unter allen Umständen auf seiten Frankreichs gegen Deutschland stehen werde. Diese, geflissentlich von Frankreich nach Rußland kolportierte und allgemein geglaubte Kooperation Englands und Frankreichs, läßt sich mit aller Bestimmtheit als das psychologische Moment bezeichnen, welches die Kriegslust in Rußland lebendig erhält, und aller Wahrscheinlichkeit nach über kurz oder lang zum Kriege führen wird, falls diese Voraussetzungen nicht hinfällig werden.

Da werden auch andere Stimmen laut: Warverly in seinem jüngsten „Eclair"-Artikel über das „unbekannte England" spricht sich über die Aussichten auf Erhaltung des Friedens folgendermaßen aus:

„Ich hoffe, daß die von Spekulanten und deren Helfershelfern mit Geschick aufrechterhaltene und periodisch zum Vorteil der Baisse verbreitete Furcht vor dem angekündigten Weltbrande jetzt schwinden wird . . . Es hat niemals die geringste Gefahr eines allgemeinen Krieges vorgelegen, weil es tausend Gründe gibt, die dagegen sprechen. Diese Gründe herzuzählen, erspare ich mir, aber einen großen europäischen Krieg wird es nicht geben, wohl aber eine englisch-deutsche „Entente". Man braucht nicht Hexenmeister zu sein und braucht nicht Madame Memphtis zu befragen, um das zu behaupten. Ebenso wird die Orientfrage keineswegs durch die Konferenz geregelt werden, die in London zusammentritt. Eines ihrer Resultate wird die schärfere Betonung der Tatsache sein, daß die englisch-russische „Entente" ein Irrtum war, . . . ganz wie die Interessen Frankreichs und Englands an allen Enden der Welt gegeneinanderstoßen. Die Interessen Englands und Rußlands aber schädigen sich überall: im Orient, in Persien, in Zentralasien und im fernen Osten. Die Engländer werden trotz der Plattheit der jetzigen Regierung auf die Dauer nicht dulden, daß ihre Interessen überall den russischen geopfert werden, und dann werden wir dieses klägliche Ministerium doch nicht immer haben."

Ohne uns diesen einerseits sehr optimistischen, andererseits aus dem Munde eines Franzosen, der in England naturalisiert ist, recht pessimistischen Auffassungen anzuschließen, wollen wir nicht bestreiten, daß sie volle Beachtung verdienen. Irrig ist nur die Annahme, daß es keine Kriegsgefahr gegeben habe, sie ist noch jetzt vorhanden.

Nun werden freilich, während die vier Balkanstaaten über ihre Forderungen mit den Delegierten der Türkei streiten, gleichzeitig die Botschafter der Großmächte sich über die Interessen der Mächte, welche sie vertreten, „unterhalten", und über diese Unterhaltungen ihren Kabinetten berichten. Daß die Leitung dabei Sir Edward Grey zufällt, ist selbstverständlich, und daß London, nicht Paris, gewählt wurde, scheint auf die Erwägung zurückzugehen, daß England doch noch etwas weniger als Frankreich an die russischen Interessen gebunden ist und nicht wie Frankreich genötigt ist, unbedingt die eigenen Münsche in Abhängigkeit von den russischen zu stellen. Die „Nowoje Wremja" rechnet mit Bestimmtheit auf Krieg für den Fall, daß „Österreich auf seinem Willen bestehe" und wettert gegen die Drohungen des „Majors" v. Bethmann Hollweg":

„Nach der Rede des deutschen Kanzlers können wir unsere preußische Grenze nicht mehr als gesichert betrachten, und daraus sind die logischen Schlüsse zu ziehen. Auch unsere Kapitalien in deutschen Banken dürfen wir nicht als gesichert betrachten, sie sind nach Rußland zurückzuschaffen. Wir sind überzeugt, daß alle diese Maßregeln auf lange den deutschen „Majoren" die Lust nehmen werden, provozierende Reden zu halten."

So schreibt die tapfere Zeitung der Helden des Newski Prospekt. Ein Gegenstück dazu bringt der „Temps" in einer Korrespondenz aus Sofia, welche, natürlich aus „bester Quelle", folgende Erzählung bietet:

„Man hat in diplomatischen Kreisen sich sehr für die Audienz interessiert, die der Kaiser von Rußland vor einigen Tagen dem österreichischen Botschafter gewährte. Die österreichischen Zeitungen haben diese Zusammenkunft als ein sicheres Pfand dafür betrachtet, daß der Zar um keinen Preis Schwierigkeiten mit Wien haben wolle.

Ich erfahre aus sehr hoher Quelle, daß die Audienz des österreichischen Botschafters schon vor einem Monat erbeten und erst jetzt gewährt wurde. Aus gleicher Quelle wird mir eine Tatsache berichtet, deren Authentizität mir garantiert wurde.

Als der österreichische Botschafter das Kabinett des Kaisers verließ, begegnete er in einem der Säle von Zarskoje Sselo dem Kriegsminister.

Nun, General, also wir haben Frieden? sagte ihm der österreichische Diplomat.

General Suchomlinow antwortete deutsch: Ja, mein lieber Botschafter, Frankreich, England und Rußland wollen aufrichtig den Frieden, aber wenn es nötig ist, wird Rußland vor dem Kriege nicht zurückschrecken!

Ich muß hinzufügen, daß diese Paraphrase der kürzlichen Erklärungen Poincarés hier einen starken Eindruck gemacht hat."

Das versteht sich, auch halten wir die Äußerung Suchomlinows für authentisch; sie entspricht der Stellung des Generals und zeigt zugleich jenen Hinweis auf England, der so wesentlich zur Erhöhung der politischen Atmosphäre in Rußland beiträgt.

Dagegen haben wir es mit reiner Erfindung oder Tüpierung in folgendem Falle zu tun: Ein Herr Dmitri Nikolajew, ständiger Korrespondent des „Golos Moskwy" in Brüssel, berichtet am 8. Dezember, daß es der, von Frankreich dazu gedrängten, belgischen Regierung gelungen sei, sich der Papiere des deutschen „Informationsbureaus" in Brüssel zu bemächtigen, und dabei auch die Feldzugspläne Deutschlands und Österreichs zu „finden". Diese Feldzugspläne sind darauf Herrn Nikolajew mitgeteilt worden, und er veröffentlicht sie in ziemlich eingehendem Auszuge, den man in unserem Generalstabe wohl mit Interesse lesen wird. Dem kombinierten österreichisch-deutschen Plane liege die Annahme zugrunde, daß Frankreich sich zu einem Angriff nicht entschließen könne, und daß es möglich sein werde, es durch Okkupation von Belgien und Luxemburg in Schach zu halten, im Osten aber werde Deutschland Polen besetzen, was sich in zehn bis zwölf Tagen vollenden lasse. Der zweite Fundamentalpunkt des deutsch-österreichischen Kriegsplanes sei die Neutralität Rumäniens, die es den Russen unmöglich mache, Truppen in die Balkanhalbinsel zu werfen. Drittens endlich rechneten beide Mächte mit der Langsamkeit der russischen Mobilisierung. In diesem Punkte, meint Nikolajew, werde man unangenehme Überraschungen erleben, aber die Besetzung Belgiens und die Neutralität Rumäniens seien allerdings große Vorteile, so daß in der Theorie dieser Plan seinen Urhebern ausgezeichnet und siegbringend erscheinen müsse. Zum Glück aber strafe die Wirklichkeit Pläne, die am Schreibtisch er

künstelt seien, durch grobe und unerwartete Antworten, und so, meint Herr Nikolajew, werde es auch diesmal gehen. Wir fürchten jedoch, daß diese Kriegspläne niemanden schädigen können als Herrn Nikolajew, dessen Leichtgläubigkeit mißbraucht worden ist, und dessen Scharfsinn nicht so weit reichte, um einzusehen, daß er durch Veröffentlichung seines Geheimnisses ihm jede praktische Bedeutung raubt, wenn es echt war, — daß man es ihm aber nicht mitgeteilt hätte, wenn an anderer Stelle von der Mitteilung mehr zu erwarten war, als er bieten konnte.

Zu dem indischen Angebot für die englische Marine, das nicht ernst zu nehmen ist, hat Mr. Borden den sehr ernst gemeinten Antrag in die kanadische Kammer gebracht, der englischen Admiralität 3 Schlachtschiffe zu schenken, die 7 Millionen Lstr. kosten würden und auf englischen Werften zu bauen seien. An dieses Angebot knüpft sich jedoch eine Reihe von Bedingungen: Kanada soll einen Vertreter in die Landesverteidigungskommission schicken und zugleich berechtigt sein, die 3 Dreadnoughts, wenn es nötig werde, nach Kanada zurückzurufen, endlich erwartet Borden, daß eine ansehnliche Flotte von englischen Schlachtschiffen und Kreuzern dauernd im Stillen Ozean stationiere, und daß ein mächtiges Geschwader periodisch die atlantischen Küsten Kanadas besucht. Aber das ist bisher nur ein dem kanadischen Parlament von dem Prime Minister der regierenden konservativen Partei gestellter Antrag, der sowohl in Kanada wie in England auf sehr bestimmten Widerspruch stößt. In Kanada ist der Führer der Opposition Sir Wilfried Laurier, der auf der letzten Kolonialkonferenz in London 1911 Kanada vertrat, entschieden gegen Bordens Plan. Laurins Gedanke ist, daß Kanada seine eigene Flotte haben sollte, er wünscht außerdem, daß die Entscheidung über diese wichtige prinzipielle Frage durch ein Referendum herbeigeführt werde. In England findet man das kanadische Angebot im Verhältnis zu dem Gesamtbudget der britischen Marine gering und den Wert der drei Dreadnoughts wesentlich gemindert durch die Bestimmung, daß Kanada sie zurückrufen kann; der „Manchester Guardian" meint, Mr. Churchill werde der erste sein, zu behaupten, daß er mit seinem Schiffsbau fortfahren müsse, als habe Kanada gar nichts gegeben. Die Hauptbedenken richten sich aber gegen die Verfassungsänderung, die sich aus der Zuziehung eines externen und nicht repräsentierten Elements zur Zentrale und Leitung der englischen Politik mit Notwendigkeit ergeben muß. Mit großer

Schärfe wird in liberalen Kreisen das Memorandum des englischen Admiralstabes beurteilt, mit dessen Verlesung Borden seinen Antrag einleitete. Es beginnt mit der Versicherung, in keiner Weise einen Einfluß auf Kanada ausüben zu wollen, verfällt aber bald in den aus den Reden Chamberlains und Churchills bekannten Ton, und spielt die Rüstungen Deutschlands als Hauptargument aus, um die Hilfe Kanadas für Vergrößerung der Flotte zu erhalten. Der „Economist" charakterisiert dies Verfahren folgendermaßen:

„Die Darlegung ist geschickt so gestaltet, daß Deutschland die Rolle des Provokators, England die des Verteidigers zugewiesen wird. Der ungeheuere und verhängnisvolle Fehler unserer Admiralität, der Bau des 1. Dreadnought, wird natürlich übergangen. Ebenso die Festnahme des „Bundesrat", die so viel zur Annahme des 1. deutschen Flottengesetzes beitrug. Das Wesentlichste aber, was wir dem Memorandum der Admiralität zuzufügen gedenken, wenn wir mit ihm abrechnen werden, ist, daß die deutschen Steuerzahler das Anwachsen der deutschen Flotte vornehmlich getragen haben, weil mehrere britische Regierungen nacheinander, von ihren Marineautoritäten schlecht beraten, „an dem Beuterecht auf See (right of Capture) festgehalten haben."

Wir rechnen es dem „Economist" sehr hoch an, daß er nebenher die Mühe auf sich genommen hat, die in einem Manifest der Navy League niedergelegte Behauptung, daß Deutschland einen neuen provozierenden Fortschritt in seinem letzten Marineprogramm gemacht hätte, an der Hand der Daten und Zahlen eingehend zu widerlegen. Er stellt u. a. das Marinebudget Deutschlands und Englands einander gegenüber und führt seine Leser zum Schlusse, daß jetzt das Ideal der Redner, die zwei englische Kiele gegen einen deutschen verlangen, erreicht sei. Für je ein Pfund, das in Deutschland für die Marine ausgegeben werde, zahle England zwei: gegen 22 614 000 Lstr. — 44 000 000 Lstr. in runder Zahl.

Die ganze Affäre ist eine rein britische, die sich zwischen dem Mutterlande und der Kolonie abspielt und die übrige Welt nicht mehr angeht als andere Fragen der Kolonialpolitik Englands und der Dominien. Die Neigung Kanadas, eine eigene Flotte zu bauen, ist auf die unvorsichtigen Reden zurückzuführen, die vor Verwerfung des Reziprozitätsvertrags die künftige Annexion Kanadas durch die Vereinigten Staaten ankündigten. Auch das ist eine Utopie oder eine eingebildete Gefahr

— je nachdem, ob Kanadier oder Amerikaner urteilen — wie so viele andere.

In jüngster Zeit mehren sich die Anzeichen, daß in der Politik des fernen Ostens Wandlungen sich vorbereiten. Es scheint, daß China, den in der Mongolei verlorenen Boden durch Geld und Geschenke an die Mongolenfürsten zurückzuerobern beginnt, daß diese Fürsten der Mißwirtschaft des Hutuchtu überdrüssig geworden, und daß auch in Rußland mildere Saiten gegen China aufgezogen werden. Eine andere, wohl in Zusammenhang mit diesen Tatsachen stehende Nachricht will von einer Annäherung Japans an China wissen, und daß Japan gesonnen sei, auf den Besitz der südlichen Mandschurei zu verzichten, was naturgemäß einen Verzicht Rußlands auf die Mandschurei zur Folge haben müßte. Es ist sehr ernstlich davon die Rede, diese ostasiatischen Dinge dem Haager Schiedsgericht zur Entscheidung vorzulegen, und man meint, daß Rußland, auf dessen Initiative die Gründung des Schiedshofes zurückgeht, sich solchem Ansinnen nicht werde entziehen können. Aber das ist nur in der Theorie unmöglich; die Praxis der Diplomatie hat ungezählte Auswege, um eine unbequeme Verpflichtung loszuwerden, und so wird es auch diesmal sein. Inzwischen haben die Fürsten der östlichen Mongolei in der chinesischen Republik ihre Obrigkeit anerkannt.

12. Dezember. Tod des Prinzregenten Luitpold von Bayern.
12. Dezember. Dr. Danew in Berlin.
13. Dezember. Kämpfe zwischen Griechen und Türken um Janina.
14. Dezember. Streitigkeiten zwischen Bulgaren und Griechen um Saloniki.
14. Dezember. Demission des südafrikanischen Ministeriums Botha.
16. Dezember. Friedenskonferenz der Balkanstaaten in Janina.
17. Dezember. Fürst Katsura wird Ministerpräsident in Japan.

18. Dezember 1912.

Der „Golos Moskwy" bringt unter der Überschrift: „Die symbolische Matratze" eine lehrreiche Betrachtung, die sich in Kürze so zusammenfassen läßt: Zu einer Zeit, da das erlöschende Feuer auf der Balkanhalbinsel aufs neue aufzulodern und ganz Europa in Flammen zu setzen drohe und die russische Gesellschaft in quälender Ungeduld die Beantwortung der Frage erwarte: „Sind wir fertig? Werden Maßregeln ergriffen, um die Gefahren abzuwehren, die sich an unsern Grenzen häufen, und was tut man in unserer Flotte?" — sei plötzlich der geheimnisvolle Schleier gehoben worden und eine Kundgebung erfolgt, die für den künftigen Geschichtschreiber dieser Tage höchster Spannung von allergrößter Bedeutung sei. Der Kommandant des Petersburger Hafens hat nämlich unter Nr. 499 den folgenden Prikas erlassen:

„Am 2. Oktober wurde die Segelwerkstatt beauftragt, für den Marineminister eine Matratze anzufertigen. Diese Matratze ist bis zur Stunde noch nicht geliefert worden, und infolgedessen hat der Segelmeister Kollegienrat Subkow einen strengen Verweis wegen Vernachlässigung seiner Pflichten erhalten. Ich mache ihn darauf aufmerksam, daß er bei fernerem Versagen im Dienst mit Arrest auf der Hauptwache bestraft werden wird."

Dazu bemerkt der „Golos Moskwy":

„Man denke: seit dem 2. Oktober wird an der Matratze genäht, und wir sind schon im Dezember, und das zu einer Zeit, da jeder Augen-

blick kostbar ist. Was aber soll geschehen, wenn der Segelmeister auch ferner versagt? Ich bin kein Spezialist in Flottenangelegenheiten und weiß nicht, was das Zweckmäßigste wäre, glaube aber, daß man eine Anweisung auf das Gehalt des Marineministers geben könnte und von einem der österreichischen Minister eine Matratze kaufen sollte: die brauchen sie gewiß nicht, denn sie halten in letzter Zeit Tag und Nacht Sitzungen ab .... Die russische Gesellschaft aber, die durch die Vorbereitungen Österreichs beunruhigt ist, kann jetzt ruhig schlafen. Sie braucht sich dazu nur eine Matratze zu bestellen."

Die Erbitterung der zum Kriege treibenden russischen Blätter über die „symbolische Matratze" ist allerdings sehr groß, das klingt aus allen Ausführungen der oft zitierten Petersburger und Moskauer Preßorgane und aus den Korrespondenzen hervor, die sie ins Ausland — speziell nach Frankreich — schicken, oder die ihnen aus den europäischen Hauptstädten zugehen, So schreibt der bekannte Wiener Korrespondent der „Nowoje Wremja", Dmitri Jantschewski, man sei in Wien überzeugt, daß, wenn die österreichischen Bedingungen in betreff Albaniens nicht angenommen würden, der Krieg zwischen Österreich und Serbien unvermeidlich sei und an der Niederlage des letzteren nicht gezweifelt werden dürfe. Man argumentiere weiter, daß in solchem Falle die öffentliche Meinung Rußlands die Regierung zwingen werde, Österreich den Krieg zu erklären, deshalb seien drei Korps in Galizien mobilisiert, auch die in Wien stehende, meist zuverlässige deutsche Kavallerie dorthin dirigiert worden, und man sei in höchster Eile beschäftigt, das bisher offene Lemberg zu befestigen („wozu unsere galizisch-russischen Arbeiter benutzt werden"). In Wien wolle man aber den russischen Angriff abwarten, weil man dann der vertragsmäßigen Hilfe Deutschlands sicher sei, deren man sehr bedürfe, da, wie in Österreich, allerdings nicht offiziell, verbreitet werde, Rußland bereits 2 Millionen Soldaten mobilisiert und an der österreichischen Grenze aufgestellt habe. Dieselbe Korrespondenz weiß auch zu berichten, daß in polnisch-galizischen Kreisen die Vorbereitungen getroffen würden, um die russischen Polen im Kriegsfalle für eine Erhebung zu bewaffnen, und was solcher Gerüchte mehr sind.

Die „Nowoje Wremja" hat nach der langen Reihe von Hetzartikeln, durch die sie ihre Leser „aufzuklären" bemüht ist, es jetzt auch für notwendig gefunden, die prinzipielle Seite der russisch-österreichi-

schen Gegensätze darzulegen. Da das Blatt in diesem Falle offenbar aufrichtig ist und auf die Frage nach dem Fundament dieser Gegensätze eine Antwort gibt, die „keine Klauen und Hörner" hat, wird es nützlich sein, sie in möglichster Vollständigkeit inhaltlich wiederzugeben.

Durazzo sei nur ein Vorwand, in Wirklichkeit habe Österreich eine Frage von unvergleichlich größerer Bedeutung auf die Tagesordnung gesetzt. Der Erfolg der Balkanstaaten werde an der Südgrenze Österreichs eine neue slavische Macht aufrichten, die der österreichisch-ungarischen Diplomatie nicht unterworfen sei, deren Mitglieder ausnahmslos ihre staatliche Existenz Rußland zu danken hätten und daher instinktiv ihre Blicke dem Norden, dem stammverwandten starken russischen Reiche zuwenden. Für die Zukunft bedeute das ein enges tatsächliches Bündnis mit Rußland, und eine Rettung der Südslaven vor dem von Norden her drohenden Germanentum, während der Vorteil, den Rußland von den Balkanslaven haben werde, darin bestehe, daß Österreich-Ungarn, durch eine Armee von 500 000 Slaven im Rücken gefaßt, Rußland gegenüber lahm gelegt werde, und dieses die Möglichkeit erhalte, die Meerengenfrage in seinem Sinne zu lösen. Es sei daher eine Schicksalsfrage, an der die Zukunft hänge, ob Rußland die Gunst der jetzigen Lage ausnutze. Ökonomische Motive spielten bei Österreich-Ungarn nicht mit, es handle sich nur darum, den Balkan, der naturgemäß nach Rußland hin gravitiere, diesem Zentrum zu entreißen. Auch werde nur scheinbar Serbien allein bedroht, in Wirklichkeit gelte es allen Balkanstaaten mit Ausnahme der Türkei. So schwer es sei, in die Zukunft zu blicken, lasse sich doch folgendes vorhersagen. Die Folge russischer Untätigkeit werde sein, daß die Balkanstaaten, in zu enge Grenzen eingeschlossen, genötigt sein würden, sich mit der Alltagswirklichkeit zufrieden zu geben und bis auf glücklichere Zeiten die Erfüllung ihrer nationalen Träume zu verschieben. Jetzt sei die Türkei geschlagen, erschöpft, jedenfalls ungemein geschwächt. Für den Fall eines europäischen Konfliktes komme sie heute nicht in Betracht. Die Armeen der Balkanstaaten würden, trotz ihrer Verluste, kraft ihres gehobenen nationalen Bewußtseins sich nicht ungestraft beleidigen lassen. Noch sei die Tripel-Entente nicht tot. In Österreich hätten die Erfolge der Südslaven unter den dortigen Slaven in weitesten Kreisen Begeisterung hervorgerufen. Nach fünf bis sechs Jahren aber werde sich alles ändern. Die Türkei

könne sich erholen und für den Fall eines Konfliktes auf die Seite der Gegner Rußlands treten. Das bedeute eine Gefahr für den Kaukasus, auf dem Balkan aber werde Österreich inzwischen alles getan haben, um die Slaven politisch und ökonomisch niederzuhalten. „So ist die Frage der serbischen Häfen an der Adria nur scheinbar eine österreichisch-serbische, in ihrer historischen Wirklichkeit ist es eine rein russische Frage. Und das ist der wesentliche Inhalt der Ereignisse, die sich jetzt abspielen."

Den gleichen antiösterreichischen Ton schlägt eine telegraphische Korrespondenz des „Temps" aus Petersburg vom 16. Dezember an. Die Mobilisierung Österreichs habe Rußland zu Vorsichtsmaßregeln genötigt. Der Warentransport namentlich der Südwestbahnen sei sehr beträchtlich wegen der ununterbrochenen Beförderung von Kriegsmaterial eingeschränkt worden. Warschau zeige einen ganz ungewohnten Anblick durch die massenhafte Ansammlung von Truppen. In allen Kasernen werde geübt, um die in großer Zahl eingetroffenen Rekruten für den Dienst zu drillen. Diejenigen, deren Dienstzeit abgelaufen sei, würden nicht entlassen. In den offiziellen Kreisen setze man die Vorbereitungen fort, schweige aber, ohne die Vorbereitungen abzuleugnen, während in den militärischen Kreisen von einem Kriege mit Österreich als von etwas Unvermeidlichem gesprochen werde. Namhafte Publizisten wie Stolypin verlangten, daß, da von Krieg die Rede sei, Rußland selbst den günstigsten Augenblick ergreife, das aber sei der Winter, der jetzt begonnen habe. Das ganze Land habe sich in die Aussicht auf einen österreichischen Krieg eingelebt und nehme sie ruhig hin. Ein Mitarbeiter Ssasonows habe jenem Korrespondenten auf seine Frage erklärt, daß eine Anfrage an Österreich, weshalb es rüste, nicht absolut notwendig sei, und daß es noch viele andere Mittel gebe, die vorliegenden Schwierigkeiten zu lösen. Anderseits aber gehe das Gerücht, daß, wenn die internationale Lage sich nicht nach einigen Tagen gebessert haben sollte, am 20. Dezember die Mobilisierung erfolgen werde.

Eine andere Korrespondenz des „Temps", die etwas früheren Datums ist, behauptet, daß Rußland von deutscher Seite Versicherungen erhalten habe, die beweisen, daß Österreich eine große Unvorsichtigkeit begehen würde, wenn es von den Vorbereitungen zur Tat übergehen sollte, das ist natürlich eine Unwahrheit und wohl eine gewollte und bewußte Unwahrheit; sie gehört zu dem System der Aufreizung und der

Verdrehung von Tatsachen, das, nächst der ungeheuren Eitelkeit, mit der dieses Blatt fast täglich die eigene untrügliche Weisheit preist, sich kurzweg als Politik des „Temps“ bezeichnen läßt. Deutschland hat deutlich und bestimmt erklärt, daß es Österreich-Ungarn nicht im Stich lassen wird; darüber kann also ebensowenig ein Zweifel sein, wie darüber, daß die österreichisch-serbische Frage ein Besonderes darstellt, bei dem andere als diplomatische Unterstützung von deutscher Seite weder erwartet wird, noch geboten ist. Auch darauf soll hier noch hingewiesen werden, daß bestimmte, mit englischen Zeitungen des deutschfeindlichen Konzerns in Verbindung stehende amerikanische Blätter mit ihren Ausfällen gegen Deutschland als Rivalen der „National Review“ an die Seite treten. So ist „Evening Sun“ vom 5. Dezember, die „New York Preß“ vom 6. Dezember und die „Sun“ von demselben Datum. Es wird genügen, die Tatsache zu erwähnen, sie ist an sich gleichgültig, aber wichtig als Zeichen, daß die Partei der Feinde Deutschlands in England ihre gehässige Tätigkeit immer noch fortsetzt.

Wenig bekannt wird es bei uns sein, daß in Amerika eine zahlreiche albanische Kolonie besteht und in Boston seit 1909 ein Wochenblatt in albanischer Sprache mit lateinischer Schrift erscheint, das in der jetzigen Krisis sehr eifrig bemüht ist, Stimmung für die albanische Sache zu machen. Die mir zugegangenen Nummern des „Dielli“ (Sonne) vom 21. November und vom 5. Dezember veröffentlichen Telegramme der „albanischen Nationalisten in den Ver. Staaten“ an Kaiser Franz Josef, Kaiser Wilhelm, Taft, Erzherzog Franz Ferdinand, Graf Berchtold, Sir Edward Grey, den Papst und andere, die nur erwähnt, nicht im Wortlaute wiedergegeben werden. Eine Antwort ist nur vom Erzherzog eingelaufen. Erwähnung verdient noch das von diesen Bitt- und Danktelegrammen grundverschiedene Telegramm an das Londoner Balkankomitee, das folgendermaßen lautet:

„Albanesische Nationalisten jedes Glaubens und aus allen Teilen Albaniens, versammelt zu einer Konvention in Boston, beauftragen uns, Euch ihre Glückwünsche zu dem glorreichen Verhalten Eurer serbischen Schützlinge zu kabeln, die nichtkämpfende Albaner niedermetzeln, sowie zu der glorreichen Aktion der liberalen Regierung von England, die Serbien, Montenegro und Griechenland hilft, Albanien zu berauben und zu teilen.“

Sir Edward Grey wird dabei entschieden unrecht getan, und eine

Teilung Albaniens kann schon jetzt als ausgeschlossen gelten. Die Lage ist vielmehr zurzeit die folgende. Die Delegierten der vier Balkanstaaten und der Türkei sind in London eingetroffen, um sich untereinander und mit der Türkei über die Bedingungen zu verständigen, unter denen aus dem Waffenstillstande ein Frieden werden kann. Ihre Beratungen haben bereits begonnen. Parallel damit gehen die Beratungen der Botschafter, deren Beginn unmittelbar bevorsteht, und denen die Bedeutung einer Vorkonferenz zukommt, die die Voraussetzungen feststellen soll, unter welchen auf einer Konferenz oder auf einem Kongresse die definitive Regelung der Ergebnisse des Krieges völkerrechtlich geordnet werden könnte. Es steht noch nicht fest, ob dieses Resultat erreicht werden kann, aber die Wahrscheinlichkeit spricht dafür bei dem ohne Zweifel vorhandenen guten Willen, einen Krieg zu vermeiden.

Die Schwierigkeit liegt bei Rußland, dessen Regierung bereits mehrmals in letzter Zeit vor dem Ansturm dessen, was sich als öffentliche Meinung in Petersburg und Moskau aufbauscht, den Rückzug angetreten hat, jetzt aber eine festere Haltung zeigt. An sich hat Rußland an dieser serbischen Frage keinerlei direktes Interesse. Was als russisches Interesse vorgegeben wird, haben wir an der oben mitgeteilten Darlegung der „Nowoje Wremja" gesehen. Das Interesse Österreichs ist ein historisches, erwachsen aus dem Schutz, den es seit 1690 den zu ihm geflüchteten und auf seinem Boden angesiedelten Serben gewährt hat, ein Boden, auf dem heute weit über 7 Millionen Serben gegen etwa ebenso viel hundert Serben in Rußland leben. Der russische Schutzanspruch ist eine Anmaßung, wie so vieles andere, was die russische Politik kennzeichnet, wobei als Beispiel zu erwähnen wäre, daß es nicht so lange her ist, seit der Anspruch erhoben wurde, daß Kleinasien für Rußland als Gebiet seiner Einflußsphäre reserviert werden müsse. Dasselbe gilt von der Politik, die Rußland in Persien, in der Mandschurei und gegen China verfolgt.

Es bereiten sich aber im fernen Osten gerade jetzt Wandlungen vor, die darauf hinweisen, daß diese Politik der unbegrenzten Ländergier, der das Kulturvermögen und die sittliche Kraft der Nation in keiner Weise entspricht, bestimmt ist, auf einen Widerstand zu stoßen, der mit der Zeit übermächtig zu werden droht. Aufmerksame Beobachter haben schon seit geraumer Zeit darauf hingewiesen, daß sich in den

russisch-japanischen Beziehungen eine Wandlung vorbereitet. Der japanisch-russische Vertrag vom 7. Mai 1911 hat die Gegensätze, die trotz des gemeinsamen Raubes an der Mandschurei und trotz des Friedens von Portsmouth fortleben, keineswegs beseitigt. Man weiß in Tokio, daß Rußland das Verlangen nach dem Hafen am warmen Meer für den fernen Osten ebensowenig aufgegeben hat, wie den Ausgang zum Persischen Golf und die Durchfahrt durch die Dardanellen für seine Kriegsschiffe. Nun ist neuerdings in Japan ein Konflikt ausgebrochen, der zum Rücktritt des ersten Ministers Soionji führte, der seit 1911 im Amte war. Anlaß dazu hatte die Forderung des Kriegsministers gegeben, der zwei neue Divisionen für Korea verlangte. Soionji, dem die Majorität des Parlaments zur Seite stand, verweigerte die Divisionen aus finanziellen Rücksichten, konnte aber keinen Kriegsminister finden, und da nun auch der Rat der alten Staatsmänner unter der Führung des Fürsten Jamagata und von Männern wie Oyama und Katsura (der 1904 und 1905 die Politik Japans leitete) sich gegen ihn aussprachen, mußte er weichen, der Generalgouverneur von Korea Terauchi sollte an seine Stelle treten, ist aber im letzten Augenblick durch Katsura ersetzt worden, was einen Sieg der Aktionspartei bedeutet. Korea aber erhält seine beiden Divisionen. Fragt man nun, gegen wen diese Verstärkung gerichtet sein könnte, so läßt sich schwerlich eine andere Antwort finden als die, daß es eine Vorbereitung Japans auf den Krieg ist, der über kurz oder lang wegen der mongolischen Frage zwischen Rußland und China, trotz des Vertrages von Urga, zum Ausbruch kommen muß.

Uns hat im Hinblick auf diese Wahrscheinlichkeiten die Inhaltsangabe eines Vortrags sehr interessiert, den kürzlich ein russischer Ingenieur, Herr Bulasow, in Petersburg gehalten hat. Er sprach von den ungeheuren Wandlungen, die sich in jüngster Zeit in China vollzogen haben. Die Fortschritte auf technischem Gebiete bezeuge das Arsenal von Schanghai, in dem von chinesischen Technikern und chinesischen Arbeitern elfzöllige Kanonen in höchster Vollkommenheit hergestellt würden. Die Stahlgießereien in Chaljan und Utschan ließen nichts zu wünschen übrig, in den Docks von Futschou, auf denen bisher nur Handelsschiffe gebaut wurden, werde bald der erste chinesische Dreadnought in Arbeit genommen werden. Die neue Eisenbahn, deren Endpunkt Kiachta sein solle, werde ausschließlich von Chinesen gebaut,

und zwar weit billiger, als es in Europa denkbar sei. Dabei sei alles Material chinesisch. Mit besonderem Nachdrucke weist Herr Bulasow auf das chinesische Schulwesen hin. Es seien zahllose Schulen gegründet worden und die Mittel dazu durch Schließung der buddhistischen Klöster- und Verjagung der Mönche beschafft worden. Diese Schulen, die einen 6jährigen Kursus hätten, seien im Gegensatz zu aller historischen Überlieferung Chinas durchaus von militärischem Geiste getragen; wer sie verlasse, sei für den Dienst im Felde vorbereitet. An die Möglichkeit, die Chinesen aus der Mandschurei zu verdrängen, glaubt Bulasow nicht. Lihungtschang sei seinerzeit für die mandschurischen Bahnen eingetreten, weil erst ihr Bau die massenhafte Einwanderung der Chinesen möglich machte. Die Station Charbin befördere jetzt jährlich 54 Millionen Lasten Getreide, vor fünf Jahren seien es nur 6 gewesen. Die Mongolen aber verkauften allmählich ihr Land an die Chinesen. Es klingt im Hinblick auf solche Tatsachen geradezu lächerlich, wenn der Vertrag von Urga den Chinesen die Einwanderung in die Mongolei verbietet, da doch Rußland nicht imstande ist, sie von dem Amur- und Ussurigebiet fernzuhalten.

Das sind elementare Bewegungen, die sich vorbereiten, und die „gelbe Gefahr" bedroht heute niemanden mehr als Rußland, in dem China seinen eigentlichen Feind erblickt. Wer mag sagen, welche Stellung in diesem kommenden Konflikt Japan einnehmen wird. Schon im Juli vorigen Jahres bezeichnete die „Nowoje Wremja" Japan als den eigentlichen Feind. Es könnte den Chinesen geben, was ihnen noch fehlt: Feldherren.

Ich schließe mit dem Hinweis auf eine vortreffliche Studie von Professor Hintze, die unter dem Titel: „Regierung, bürgerliche Freiheit und auswärtige Lage" in Nr. 10 der freikonservativen Wochenschrift „Das neue Deutschland" erschienen ist. Es mag genügen, den Gedanken hierherzusetzen, der den Mittelpunkt seiner Ausführungen bildet. Er lautet: „Das Maß von Freiheit, das in einem Staate vernünftigerweise stattfinden kann, ist umgekehrt proportional dem militärisch-politischen Drucke, der auf seine Grenze vom Auslande her ausgeübt wird." Hintze knüpft daran sehr ernste und sehr beachtenswerte Ausführungen. Wir können nur dringend wünschen, daß sie nach allen Seiten Beachtung finden.

18. Dezember. Rede Kokowtzows über auswärtige Politik Rußlands.
18. Dezember. Der französisch-spanische Marokkovertrag wird von der spanischen Kammer angenommen.
19. Dezember. Zar Ferdinand und König Georg in Saloniki.
20. Dezember. Annahme des Kriegsleihungsgesetzes durch das österr. Abgeordnetenhaus.
21. Dezember. Prinzipielle Verständigung der Botschafterberatung über die albanische Frage.
22. Dezember. Beschießung von Tenedos durch die türkische Flotte.
22. Dezember. Attentat auf Lord Hardinge.

25. Dezember 1912.

Die offiziellen Reden über die durch den Balkankrieg geschaffene Lage liegen hinter uns. Wir wollen nur an sie erinnern, nicht ihren ganzen Inhalt wiedergeben. Im Namen des Dreibundes hat der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg am 2. Dezember geredet. Das war zu einer Zeit akuter Krisis, als es darauf ankam, der Welt zu zeigen, daß die durch 41 Jahre bewiesene Friedenspolitik des Deutschen Reiches und seines kaiserlichen Führers ihre bestimmten Grenzen hat; sie werden bezeichnet durch unsere Vertragspflichten, wie durch die anderen Pflichten, die uns die geographische Stellung Deutschlands und die mit seiner nationalen Ehre verbundenen Fragen auswärtiger Politik auferlegen. Daß wir, um sie zu wahren, sobald es nötig sein sollte, bereit sind zu „fechten", unterliegt keinem Zweifel, und es war gut, daß es vor aller Welt unzweideutig zum Ausdruck gebracht wurde. Am 18. Dezember folgte die Rede San Giulianos und die des russischen Ministerpräsidenten Kokowtzow, endlich sprach am 21. Herr Poincaré erst in der Kammer und darauf im Senat.

Alle diese Reden sind in der Absicht friedliebend gewesen und haben nebenher den Zweck verfolgt, nach innen den Eindruck zu machen, den die Redner ihrer politischen Richtung nach für zweckentsprechend hielten. Es ist aber nützlich, daran zu erinnern, daß am Freitag vor 8 Tagen, das ist am 13., in Paris eine bis in die Spitzen reichende Panik ausgebrochen war, weil übereinstimmende Berichte aus Rußland und aus

Österreich keinen Zweifel darüber zu lassen schienen, daß in einem Moment, da die Lage an Schärfe gewonnen zu haben schien und während die Kriegsbereitschaft Österreichs offenkundig war, die russischen Kriegsvorbereitungen alles zu wünschen übrig ließen. Es ist nicht unsere Sache, diese letztere Tatsache zu untersuchen. Sie scheint insofern nicht richtig zu sein, als Truppenverstärkungen in Russisch-Polen bestimmt stattgefunden haben, weil, wie die letzten Dumaverhandlungen bestätigten, dort für den Kriegsfall eine Revolution erwartet wird. Andererseits aber gilt für wahrscheinlich, daß der russische Kriegsplan defensiv gedacht ist, und daß bisher von einer Mobilmachung keine Rede sein konnte. Zuverlässige Nachrichten, die hierher gelangt sind, weisen zudem darauf hin, daß allerdings für eine Angriffskampagne Rußlands keinerlei ausreichende Vorbereitungen getroffen sind. Wenn man in Frankreich dennoch in höchste Erregung geriet, kann es nur in der Voraussetzung geschehen sein, daß trotzdem ein österreichisch-russischer Krieg bevorstehe und Frankreich in Erfüllung seiner Bundespflichten einen Krieg mit Deutschland auf sich nehmen müsse, wozu, wie ebenfalls mit Sicherheit angenommen werden kann, nicht die geringste Neigung vorhanden ist. Demgegenüber ist die Erklärung Poincarés auffallend, es sei ihm seit dem November bereits offiziell bekannt gewesen, daß Österreich keinerlei territoriale Ansprüche zu erheben gedenke („le gouvernement de la République a été officiellement informé que le gouvernement austro-hongrois n'avait aucune visée territoriale") und weder die politischen noch die ökonomischen Interessen der Balkanstaaten, speziell Serbiens, in irgendwelcher Weise zu gefährden beabsichtige. Das bedeutet doch, daß von österreichischer Seite eine Kriegsinitiative. oder eine Provokation zum Kriege nicht vorliegen konnte und man in Paris erwartete, daß sie von anderer Seite, d. h. von dem schlecht vorbereiteten Rußland kommen werde. Was diese Befürchtungen zerstreut hat, wissen wir nicht. Ihr Anlaß mag in Überschätzung des Einflusses liegen, der der russischen Presse zukommt, die ja allerdings Tag für Tag auf einen Krieg hingearbeitet hat.

Ohne auf den weiteren Inhalt der Reden des französischen Ministerpräsidenten einzugehen, seien noch zwei Bemerkungen hervorgehoben. In seiner Senatsrede spricht Herr Poincaré von Frankreichs Alliierten: ce n'était pas seulement par loyauté vis-à-vis de nos alliés etc. Bisher wußte die Welt nur von dem russischen

Alliierten Frankreichs in Europa: wenn nicht ein sehr unwahrscheinlicher Hör- oder Druckfehler vorliegt, müßten wir annehmen, daß inzwischen aus der Entente mit England eine Allianz geworden ist, was zu wissen außerordentlich wichtig wäre und hoffentlich im englischen Unterhause klargelegt werden wird. Das zweite ist die Erklärung, daß Frankreich fest entschlossen sei, in Asien die Integrität der Türkei aufrecht zu erhalten. Diese Integrität wird nur von einer Stelle her bedroht, und die bisherige Politik Frankreichs ging dahin, diese Stelle zu unterstützen. Es gibt nichts Feindseligeres als die Art und Weise, wie mit Hilfe der französischen Finanzen und der französischen Regierung Rußland verstanden hat, zu verhindern, daß die Türkei die für ihre ökonomischen und strategischen Interessen notwendigsten Bahnen in Kleinasien bauen konnte. Endlich erklärte der Minister, daß Frankreich bereit sei, mit der vollen Energie seines Patriotismus den französischen Einfluß im Orient aufrecht zu erhalten, sowie ihn und das „Prestige" des französischen Namens gegen jeden Angriff zu verteidigen. Das klingt recht schön und hatte eine Beifallssalve zur Folge; aber es ist unmöglich, sich dabei etwas Bestimmtes zu denken, wenn nicht etwa ein Druck auf die Pforte zur Beschleunigung von Reformen in Syrien und am Libanon gemeint war, gegen die eine Einwendung von keiner Seite zu erwarten ist, so lange die Integrität des osmanischen Reichs, auf die Herr Poincaré sich verpflichtet hat, und die daran gebundenen Interessen Dritter nicht beeinträchtigt werden.

Was nun die sehr umfangreiche Rede des russischen Ministerpräsidenten betrifft, die gelesen, nicht gesprochen wurde, so ist sie nicht übel dahin charakterisiert worden, daß Herr Kokowzow in der Beleuchtung der auswärtigen Politik zu wenig, in der Beleuchtung der inneren Politik zu viel gesagt habe. Das letztere ist insofern richtig, als ein ungeheures Reformprogramm entwickelt wurde, dessen Erledigung, falls die Reformgesetze nicht übers Knie gebrochen werden sollen, wahrscheinlich noch Generationen beschäftigen wird. An den Ausführungen über die auswärtige Politik aber haben wir vor allem den Effekt zu beanstanden, den sie erreichten. Daß ein Mann wie Herr Kokowzow, dem die politische Atmosphäre seines Landes doch bekannt sein müßte, diesen Effekt nicht voraussehen konnte, ist schwer anzunehmen und wäre, falls er das Gegenteil erstrebt hätte, ein be-

denkliches Zeichen für seine staatsmännische Begabung. Der Effekt aber war ein Aufflammen des russischen Chauvinismus, wie wir ihn bisher nur in der Sprache gewisser Zeitungen zu erkennen gewohnt waren. Graf Bobrianski ging so weit in seinen Ausfällen, daß er sich zur Behauptung verstieg, Österreich habe im Jahre 1908 Bosnien und die Herzegowina gestohlen, während allbekannt ist, daß vor dem Berliner Kongreß Rußland ebenso ausdrücklich der Erwerbung dieses Landes zugestimmt hat, wie Österreich-Ungarn gleichzeitig der Erwerbung Bessarabiens, das man daher mindestens mit gleichem Recht als gestohlen bezeichnen müßte. Derselbe Redner verlangte, daß Rußland für das Schicksal der 48 v. H. slavischer Untertanen der Habsburgischen Monarchie einstehen müsse. Das Ganze war ein Kriegsruf gegen Österreich und Deutschland, vom Beifall der Duma und mehr oder minder antönenden Reden der übrigen Parteiführer begleitet. Es war der oratorische Kommentar zu den Leitsätzen, die wenige Tage vorher von der „Nowoje Wremja" folgendermaßen formuliert wurden: „Die Lage, die noch niemals für Rußland so günstig war, kann und muß genutzt werden. Mögen die Diplomaten diesen historischen Augenblick, der so vielleicht niemals wiederkehrt, nicht vorüberziehen lassen."

Nun, der Moment ist — wie wir mit ruhiger Zuversicht sagen können — weit weniger günstig gewesen, als diese Herren sich einzureden suchen, obgleich man annehmen müßte, daß auch sie einen Einblick in die russische Wirklichkeit gehabt haben. Aber es trägt nicht aus, darüber zu streiten. Der große Augenblick ist gewesen. Die serbische Frage kann als erledigt betrachtet werden, seit auf der Londoner „Reunion" die Vertreter der Großmächte an der Hand der Instruktionen, die ihnen von den verantwortlichen Stellen zugegangen sind, sich über das autonome Albanien und den serbischen Ausgang zur Adria unter Bedingungen verständigt haben, wie sie so günstig Serbien kaum erhoffen durfte. Auch halten wir es nicht für ausgeschlossen, daß Serbien noch Konzessionen an der Ostgrenze des nationalen Territoriums Albaniens erhalten könnte. Unter allen Umständen wird es nützlich sein, mit allem Nachdruck festzustellen, daß nunmehr jeder Anlaß zu einem Konflikt zwischen den Großmächten als beseitigt gelten muß.

Weniger erfreulich ist der Verlauf der sogenannten Friedens

konferenz, d. h. der Verhandlungen der vier Königreiche mit der Türkei. Der Schwerpunkt fällt auf die Frage Adrianopel, das nach dem ursprünglichen russischen Programm bei der Türkei bleiben sollte und dessen Besitz als conditio sine qua non für den Friedensschluß von Bulgarien gefordert wird. Die Möglichkeit eines Wiederausbruchs des Krieges ist daher nicht ausgeschlossen. Sie ist auch von Herrn Poincaré in seiner Senatsrede ins Auge gefaßt worden, und da es die einzige offizielle Äußerung ist, die diese Möglichkeit erwägt, setzen wir seine Worte her: „Werden die Verhandlungen zum Ziel führen? Es ist noch zu früh, es zu sagen, noch ist es ein Geheimnis nächster Zukunft. Wenn aber unglücklicherweise ein Bruch erfolgen sollte, wäre die Aufgabe Europas nicht beendigt. Europa könnte gewiß nicht gleichgültig einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gegenüberstehen, die mit größerer Wahrscheinlichkeit als vorher einen allgemeinen Brand heraufbeschwören könnten. Der ursprüngliche Gedanke einer Mediation würde ohne Zweifel wieder aufgenommen werden." Auch wir sind der Meinung, daß die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, wenn irgend möglich, vermieden werden müßte, im Interesse der Sieger, des Besiegten, wie des Chors der Großmächte, der bereits über Gebühr von den Leidenschaften der Kämpfer in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Je früher ein Definitivum, um so besser.

Auch die schlecht verhaltenen Gegensätze und Eifersüchteleien der verbündeten Königreiche ertragen ein langes Hinziehen der Entscheidung nicht. Griechen und Bulgaren sind, abgesehen von der Kooperation ad hoc, entschieden politische Gegner. Vielleicht besser ausgeglichen ist die säkulare Gegnerschaft zwischen Serben und Bulgaren. Ganz ungemindert sind die dynastischen Gegensätze zwischen Serbien und Montenegro. Schien noch vor Jahresfrist nicht undenkbar, daß König Nikolaus von Montenegro auf Kosten seines Schwiegersohns, des Königs Peter von Serbien, beide Königreiche vereinigen werde, so soll jetzt, wie wir dem „Manchester Guardian" entnehmen, das Blatt sich gewendet haben und die Karageorgewitsch von Serbien Aussicht haben, die Njegosch zu stürzen. Der Erfolg habe für den Prinzen Alexander Karageorgewitsch entschieden, während die Njegosch vor Skutari scheiterten. Auch sei in Montenegro eine antidynastische Partei am Werke, deren Mitglieder der König zwar jüngst begnadigt habe, die aber durch die Folgen des unglücklichen

Krieges wieder lebendig geworden sei. Das alles klingt höchst bedenklich und wird sich hoffentlich nicht bewahrheiten. Es würde, in neuer Form, die serbische Frage wieder akut machen, und zwar in einer weit kritischeren.

Eine weitere politische Kombination der Zukunft bringt der „Golos Moskwy" in Vorschlag, indem er Rumänien auffordert, dem Balkanbunde und einem Abkommen mit Rußland beizutreten, wofür als Preis 4 Millionen österreichischer Rumänen geboten werden. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, daß die in Bukarest bevorstehenden Festlichkeiten zum politischen Wendepunkte im Leben Rumäniens werden, „daß die Gefühle lebendigster Anhänglichkeit an das Befreiervolk ganz konkrete Formen annehmen, und daß — so wollen wir hoffen — die Waffenbrüder nicht das schreckliche Verbrechen Kains wiederholen werden". Es fällt wirklich schwer, diesem Pathos gegenüber ernst zu bleiben. Wir glauben nicht, daß Rumänien ein Interesse hat, sich aus seiner jetzt ungemein günstigen Stellung in ein mehr oder minder drückendes Abhängigkeitsverhältnis zu begeben, hören aber auch aus diesen russischen Anläufen denselben Ton des Hasses gegen Österreich hervorklingen, der uns in den Verhandlungen der Duma entgegentrat. Endlich richtet sich diese Preßaktion gegen Österreichisch-Galizien und die dort verbreitete Erhebung gegen Rußland, über die in einer Artikelserie Herr Dmitri Wergun berichtet. So mobilisiert der russische Nationalismus nach außen, während gleichzeitig im Innern die intolerante Aktion gegen Finnland fortdauert und durch die von Herrn Kokowzow angekündigte Beseitigung des baltischen Provinzialrechts und Ersetzung desselben durch das russische Zivilgesetz der letzte Rest altüberkommener wissenschaftlicher Jurisprudenz aus den Ostseeprovinzen verdrängt wird.

Über die augenblickliche Lage des Konflikts mit Finnland berichtet eine Helsingforser Korrespondenz des „Manchester Guardian". Es handelt sich um die Konsequenzen der willkürlichen Verhaftung von Lagercrantz, dessen Freilassung das Wyborger Obergericht gefordert hatte. Das wurde russischerseits als eine Verletzung des im vorigen Frühjahr dekretierten Gleichberechtigungsgesetzes interpretiert, das von den Finnländern als eine Verletzung ihrer Verfassung nicht anerkannt wird. Nun wurde das gesamte Wyborger Obergericht in Anklagezustand gesetzt, zwölf Richter in ihren Wohnungen verhaftet und als Gefangene nach Petersburg geführt, wo sie vor das Bezirksgericht ge-

stellt werden sollen. Einige von ihnen sind unter Bürgschaft in Freiheit gesetzt worden, die übrigen befinden sich in Untersuchungshaft, die wahrscheinlich in das neue Jahr hinein dauern wird. Verfassungswidrig ist, daß Finnländer vor ein russisches Gericht gezogen werden, und erstaunlich, daß der Spruch des Obergerichtshofes einem Bezirksgericht, das nach anderm Recht urteilt, zur Entscheidung zugewiesen wird. Herr Kokowzow hat in seiner Programmrede sich ausdrücklich mit dieser Politik identifiziert. Es sind eben große Zusammenhänge, um die es sich handelt.

Ein anderes merkwürdiges Beispiel bewußter Verletzung klaren Rechts tritt uns in der Haltung entgegen, die die Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber dem englischen Protest wegen Verletzung des Hay-Pauncefote-Vertrages einnehmen. Die „New York Preß" vom 11. Dezember bringt das recht drastisch in einem Leitartikel zum Ausdruck, dem sie die Überschrift „Never to be arbitrated" (niemals durch Schiedsgericht zu entscheiden) gibt. Der Inhalt ist so charakteristisch, daß wir ihn fast vollständig wiedergeben:

„Englands Recht, dagegen zu protestieren, daß der Hay-Pauncefote-Vertrag durch die Panamakanalakte verletzt worden ist, ist anerkannt.

Englands Recht, daß dieser Protest von den Vereinigten Staaten beachtet werde, ist ebenfalls anerkannt.

Jedoch können die Vereinigten Staaten niemals zugestehen, daß England berechtigt ist, im Haag oder sonstwo einen Schiedsspruch zu verlangen, der über das Recht der Vereinigten Staaten entscheidet, das Gesetz zu erlassen, gegen welches England protestiert.

Gesetzgebung ist in den Vereinigten Staaten eine Funktion der Souveränität. Wer das Recht der Vereinigten Staaten, ein Gesetz zu beschließen, bestreitet, und einen Schiedsspruch über dieses Recht verlangt, bestreitet die Souveränität dieser Nation. Unser Volk wird einen solchen Schiedsspruch niemals dulden.

Es ist recht (fair), daß Großbritannien an den Präsidenten appelliert und an den Kongreß durch den Präsidenten, damit das Gesetz nochmals geprüft wird, das den angeblichen Vertragsbruch Großbritannien gegenüber betrifft. Aber es liegt nicht in der Macht des Präsidenten oder des Senats, durch Schiedsspruch die Wirkung eines Kongreßgesetzes zu annullieren. Es kann nicht widerrufen werden durch die Exekutive, die mit der Hälfte der Legislative der Ver. Staaten entscheidet. Es

kann nicht widerrufen werden durch Beschluß irgendwelchen Schiedsgerichts. Es kann nur beseitigt werden durch die Potenz, die es machte, den Kongreß selbst.

Präsident Taft sollte nicht das Gesuch Großbritanniens dem Senat vorlegen, um über den Vorschlag auf Schiedsspruch zu entscheiden. Seine konstitutionelle Pflicht und seine Pflicht als Verteidiger der Souveränität Amerikas ist, den Anspruch auf schiedsgerichtliche Entscheidung zu verwerfen, weil kein Kongreßgesetz arbitrabel ist.

Wenn der Präsident glaubt, daß die Vereinigten Staaten eine Vertragspflicht verletzt haben, ist es seine Pflicht, dem Kongreß eine Begründung dieser Ansicht zu unterbreiten, und um die Widerrufung der Panamaakte als Ehrensache zu bitten. Die Verantworutng für Annahme oder Verwerfung des britischen Gesuches bleibt beim Kongreß und sonst bei niemandem."

Das mag amerikanische Auffassung sein, völkerrechtlichen Grundsätzen über Haltung von Verträgen entspricht es gewiß nicht, und ebensowenig ist es in Einklang zu bringen mit der Agitation, die von Amerika aus auf die Ausdehnung schiedsgerichtlicher Entscheidungen hinarbeitet. Es ist auch nicht ehrlich, da Amerika entschlossen ist, unter keinen Umständen etwas von seiner Gewalt über den Kanal aus den Händen zu geben. Es ist eine Machtfrage, in welcher Washington auf Grund seiner Erfahrungen wohl nicht zu Unrecht erwartet, daß England einen Rückzug antreten wird, und nur das Bekenntnis zu diesem Standpunkte kann die Haltung Amerikas rechtfertigen.

Das Attentat auf den Vizekönig von Indien ist ein sehr ernst zu nehmendes Symptom steigender Erregung. Wir verfolgen seit geraumer Zeit die teils von Japan ausgehende, teils in Genf gedruckte, für Indien bestimmte revolutionäre Literatur. Sie ist seit dem englisch-russischen Vertrage von 1907 in Anlaß der Entwicklung, die die persischen Dinge genommen haben, besonders leidenschaftlich geworden; die letzten Schläge, welche die Türkei trafen, haben die Bewegung vertieft und weiter ausgebreitet und ihren panasiatischen Charakter verschärft. Besonders charakteristisch und lehrreich sind in dieser Hinsicht die Oktober- und November-Nummern von „The Bande Mataram". Schon die Titel der Hauptartikel zeigen die Richtung: „Eine Monroe-Doktrin für Asien", „Indien erhebe dich!", „Seid Männer, ihr Söhne von Hindostan!", „England, Indien, China und Tibet",

„Die Pflicht des indischen Volkes Asien gegenüber", „Unsere Moslem-Brüder und die Revolution". Als charakteristisch sei noch hervorgehoben, daß die Rede Lord Roberts nach den „Daily News" vom 30. Oktober abgedruckt wird und darunter in fetter Schrift die Worte gesetzt werden: „May God grant victory to German Arms! Bande Mataram". Verwandt damit ist die Tendenz der in Tokio erscheinenden „Islamic Fraternity", die von dem Inder Barakatullah redigiert wird, und der in Paris erscheinende „Indian Sociologist", Redakteur Krishnawarma. Wie weit diese Blätter in Indien verbreitet sind, ist fraglich. Es geht aber eine verwandte, in Indien gedruckte Literatur nebenher.

Überaus widerspruchsvoll sind die Nachrichten, die aus dem fernen Osten vorliegen. Da sie zum großen Teil auf die „Petersburger Telegraphenagentur" oder auf Privattelegramme der Korrespondenten russischer Zeitungen zurückzuführen sind, tragen sie meist einen ausgesprochen tendenziösen Charakter. Auch jener Vortrag des Herrn Bulasow, über den an dieser Stelle vor acht Tagen referiert wurde, macht keine Ausnahme. Seine Angaben sind teils übertrieben, teils ganz unwahr. Wie wir einem Briefe des Berliner Redakteurs der „Frankfurter Zeitung", Dr. Wertheimer, entnehmen, der vom März bis August dieses Jahres eine Studienreise in den fernen Osten unternommen hat, sind die Hochöfen von Hanyang erkaltet und neu aufzubauen, die Docks von Futschou nur geeignet, kleine Kähne zu bauen usw. Dagegen bestätigt er die Fortschritte der chinesischen Bauernkolonisation in der Südmongolei. Es bleibt die Frage offen, ob Herr Bulasow in seinem Vortrage, der doch den Anspruch erhob, wissenschaftlich zu sein, bewußt falsche Angaben gemacht, oder ob die „Nowoje Wremja", wie so häufig, falsch berichtet hat. Beides wäre gleich verwerflich.

Die letzten Pekinger Briefe der „N. Wr." ergeben, daß jedenfalls einige der mongolischen Fürsten von den Chinesen Niederlagen erlitten haben, daß aber die Veröffentlichung des Vertrages von Urga in Peking ernüchternd gewirkt habe. Es ist von der chinesischen Regierung eine Warnung an die Patrioten gerichtet worden, die auf einen Krieg mit Rußland drangen. Noch sei es zu früh, aber die Zeit werde kommen, da China für die ihm angetane Beleidigung, die es den Russen niemals verzeihen könne, Rache nehmen werde. Auch hier ist der Vorbehalt zu machen, daß diese Nachricht von der „P. T. A." verbreitet wird. Die

letzte am 24. hier eingetroffene Pekinger Korrespondenz der „N. Wr." aber behauptet, daß die Kriegsvorbereitungen in China fortgesetzt werden, und daß der Juanschikai zur Seite stehende Rat von dem Präsidenten verlangt habe, daß er ohne Kriegserklärung eine starke Armee in die Mongolei schicken solle, um danach die folgenden Forderungen an Rußland zu richten:

1. Die Mongolei verbleibt in chinesischer Untertanschaft.
2. Ausländischen Mächten wird untersagt, Truppen in die Mongolei zu senden und zu unterhalten, sowie Kolonisten ins Land zu schicken.
3. China ist bereit, die Zahl seiner Beamten in der Mongolei nicht weiter zu vermehren.
4. Chinesische Truppen und Polizei sollen ausschließlich für Beschützung der chinesischen Beamten und Kolonisten verwendet werden.
5. Die mongolischen Weideplätze sind Staatseigentum, werden aber zur Nutzung den mongolischen Fürsten überlassen.
6. Konzessionen jeglicher Art (an Bergwerken und Eisenbahnen) und Besiedlung der Einöden sind nur nach Genehmigung Pekings zu dulden.
7. Die Mongolei verliert das Recht, Verträge mit ausländischen Staaten zu schließen.

Angeblich sollen diese chinesischen Forderungen dem russischen Gesandten Krupenski bereits überreicht worden sein. Das werde eine ernste Lage ergeben, immer unter der Voraussetzung, daß die Nachricht wahr ist.

Völlig widerspruchsvoll sind auch die Nachrichten über die Politik des Kabinetts Katsura. Die letzten Nachrichten würden auf eine bevorstehende Ära japanischer Friedenspolitik hinweisen.

Das chinesische Parlament, das die bisher nur provisorische Regierung Chinas endgültig legalisieren soll, wird nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, im Januar 1913, sondern erst im März zusammentreten.

24. Dezember. Attentat auf Fürſt Tamagata in Tokio.
26. Dezember. Rücktritt des ruſſiſchen Miniſters des Innern Makarow.
28. Dezember. Suchomlinow, ruſſiſcher Kriegsminiſter, in Leipzig zur Grundſteinlegung des Denkmals für die 1813 dort gefallenen Ruſſen.
30. Dezember. Tod des Staatsſekretärs des Auswärtigen Amtes Alfred von Kiderlen-Waechter.

31. Dezember 1912.

Das Jahr 1912, das nunmehr ausklingt, hat unter der Nachwirkung der Ereigniſſe geſtanden, die im Laufe des Jahres 1911 ſich vorbereiteten. Sind auch zum Glück nicht alle böſen Keime zur Reife gelangt, von denen giftige Früchte erwartet wurden, ſo ſind doch viele von ihnen hoch emporgeſchoſſen und die Gewitterſchwüle, unter der das verfloſſene Jahr begann, hat zu ſchwerem Wetter im nahen wie im fernen Orient geführt. Deutſchland in ſeiner zentralen europäiſchen Stellung und mit ſeinen weltumfaſſenden geiſtigen und materiellen Intereſſen iſt um ſo mehr in Mitleidenſchaft gezogen worden, als beide Probleme notwendig auf die großen Koalitionen zurückwirken mußten, die das politiſche Leben der europäiſchen Kulturvölker beſtimmen. So lange dieſe Kombinationen ſich in die Schlagworte Zweibund und Dreibund zuſammenfaſſen ließen, konnte der Frieden Europas als geſichert gelten. Die Defenſivſtellung des Zentrums war zu ſtark, um der Kombination franzöſiſcher Revancheluſt mit dem ruſſiſchen Chauvinismus mehr als papierene Ausfälle ratſam erſcheinen zu laſſen. Der Anſchluß Englands an Frankreich und Rußland erſt hat dieſe Lage geändert. Die Politik von Paris und Petersburg fühlte ſich zu offenſivem Vorgehen gegen bisher vorſichtig geſchonte Intereſſen der Dreibundmächte ermutigt, da für den Fall eines drohenden Konfliktes in hoffnungsvollem Aufblick zu der überlegenen Flotte Englands, auf deren Eingreifen feſt gerechnet und ein Rückzug Deutſchlands und Öſterreichs erwartet wurde.

Dieſe Rechnung erwies ſich jedoch als falſch. Als Iswolski ſeine auf Öffnung der Dardanellen und damit auf Herſtellung eines Vaſallen-

verhältnisses der Türkei gerichteten Pläne auszuführen versuchte, wurde er durch die Gegenzüge Ährenthals, die Bosnien und Herzegowina nunmehr endgültig an Österreich knüpften, so völlig schach und matt gesetzt, daß er seine leitende Stellung in Petersburg aufgeben und einen weniger selbständigen Wirkungskreis in Paris suchen mußte. Für Frankreich aber mündete der in gleicher Rechnung auf englisches Eingreifen gemachte Versuch, sich über Verträge hinwegzusetzen, bei denen Deutschland ein Mitkontrahent war, in die schwer empfundene Notwendigkeit aus, einen Teil seines afrikanischen Territoriums an Deutschland abzutreten und für alle Zeiten auf die Behauptung eines Einflusses in Marokko zu verzichten, der die wirtschaftlichen Interessen anderer Mächte ausschloß. Denn das ist, so unangenehm es auch französischen Ohren klingen mag, der Inhalt des Vertrages, dessen Ratifikationsurkunden wir am 12. März 1912 mit Frankreich ausgetauscht haben. An der Wahrung der Interessen, die wir in Marokko verfolgen, und für deren Sicherung Frankreich auf die Gefahr hin einzutreten verpflichtet ist, daß es andernfalls der besonderen Stellung verlustig geht, die ihm eingeräumt wurde, sind die übrigen Mächte, vor allem aber England, ebenso interessiert, wie wir. In aller Ruhe konnten wird der Austragung der französisch-spanischen Differenzen in Marokko zuschauen und ebenso den Kämpfen, die sich bis zum heutigen Tage zwischen Franzosen und Marokkanern abspielen. Sie schädigen unsere Interessen nicht, stärken sogar unsere wirtschaftliche Stellung in Marokko und in gewisser Hinsicht unsere politische Stellung in Europa. Für uns ist die marokkanische Frage, solange Frankreich loyal am Vertrage festhält, endgültig erledigt.

Ein zweites Stadium der europäisch-orientalischen Frage fand im März mit der Abberufung des russischen Botschafters Tschariykow aus Konstantinopel seinen Abschluß. Es war wiederum das Problem der Dardanellen, in dem er, trotz der Erfahrungen Iswolskis, eine eigene Lösung zu finden suchte, das ihn zu Fall brachte; das dritte Stadium datiert vom Oktober. Es war die Aggression der vier Balkankönigreiche, deren Allianz zu ganz anderen Zwecken von der russischen Diplomatie vorbereitet worden war, gegen das seit vier Jahren durch die desorganisierende Tätigkeit der Jungtürken gelähmte osmanische Reich. In dieser Phase stehen wir noch heute, ohne mit Sicherheit ihren Ausgang vorhersehen zu können. Jedenfalls trägt sie Entwicklungen in ihrem Schoß, die keineswegs mit den säkularen Zielen der

ruſſiſchen Politik in Einklang zu bringen ſind. Weder iſt König Karl von Rumänien für einen Feldmarſchallſtab zu kaufen, noch König Ferdinand von Bulgarien geneigt und überhaupt in der Lage, nationale Intereſſen Bulgariens politiſchen Wünſchen Rußlands zu opfern; ſie haben aufgehört identiſch zu ſein, ſeit Bulgarien ſo ſtark war, daß es eine eigene Politik gegen den Willen Rußlands durchſetzen konnte. Daß es Serbien, Montenegro und Griechenland zu gleichem Ungehorſam fortzureißen vermochte, war eine diplomatiſche Meiſterleiſtung, aber gewiß nicht den Wünſchen entſprechend, die man an der Sängerbrücke in Petersburg hegte. Rußland hat nun, indem es ſich mit den ſerbiſchen Wünſchen identifiziert, den verlorenen Boden auf der Balkanhalbinſel, ſoweit die Slaven in Frage kommen, zurückzugewinnen geſucht, und in der Tat, dank dem Entgegenkommen aller Mächte, einen leidlichen, wenn auch keineswegs durchſchlagenden Erfolg erzielt. Die Londoner Vorkonferenz und die Friedensverhandlungen der Balkanmächte, ſie ſollten bekanntlich, wenn es ging, wie Herr Poincaré wollte, in Paris ſtattfinden — haben aber, abgeſehen von der im Prinzip erfolgten Löſung der albaneſiſchen Schwierigkeiten, bisher keinen Abſchluß gefunden, und es iſt deshalb nicht unmöglich, daß im neuen Jahre die Verbündeten ſich noch einmal zu einem Feldzuge gegen die Tſchataldſchalinie und gegen die andern von der Türkei behaupteten Poſitionen zuſammenfinden. Zu dieſer Möglichkeit haben in nicht geringem Maße die Indiskretionen Herrn Poincarés beigetragen, der trotz der beſtimmt vereinbarten Aufrechterhaltung des Geheimniſſes für die Londoner Verhandlungen den franzöſiſchen Kammern Mitteilungen über ihren Inhalt machte, die eine lebhafte Agitation und Erregung auf der Balkanhalbinſel zur Folge hatten. Sie haben die Situation ſo verſchärft, daß der Bruch, der vermieden werden konnte, heute nicht unwahrſcheinlich geworden iſt. Was dann erfolgt, iſt völlig unberechenbar, da kein Zweifel darüber beſteht, daß Rußland unter keinen Umſtänden die „Bratuſchki“ — und das bedeutet in dieſem Falle ausſchließlich die Bulgaren — im Goldenen Horn und in Gallipoli ſehen will. Ebenſowenig aber will es die Griechen an den Berg Athos heranrücken ſehen. So hat ſich, wie in den Tagen Kaiſer Nikolaus' I. vor dem ihm aufgezwungenen Krimkriege, Rußland in die paradoxe Stellung geſetzt, zum Beſchützer des Halbmondes gegen den Anſturm der Balkanvölker griechiſch-orthodoxen Bekenntniſſes geworden zu ſein.

Die Tatsache ist auch deshalb so außerordentlich lehrreich, weil sie retrospektiv ein Licht auf den Sinn jener „Befreiungspolitik" wirft, die Rußland nach 1878 auf dem Balkan verfolgt hat. Alexander von Battenberg, Stambulow, Milan und Alexander von Serbien haben daran glauben müssen, und die scheinbare Schwenkung, die 1894 nach dem Tode Alexanders III. eintrat, war, wie die Ereignisse des letzten Monats zeigen, eben nur ein Schein, der aber von dem Zaren Ferdinand mit außerordentlicher Klugheit so behandelt worden ist, als glaube er an die Wirklichkeit des selbstlosen Interesses des russischen „Beschützers". Er hätte auch auf ihn — nicht für sich und seine Dynastie, aber für das bulgarische Volk — rechnen können, wenn er eine Niederlage oder nur mäßige Erfolge errungen hätte. So wie der historische Gang der Ereignisse war, erwies sich der Erfolg als zu groß, und die Schleier mußten fallen.

Fragen wir nun nach den Gründen der türkischen Niederlagen und des darauf folgenden russischen Interesses für die Osmanenherrschaft in Europa, so kann über die Antwort kein Zweifel sein. Der italienische Krieg um den Besitz Tripolitaniens, in dem die Türkei nur den Schatten einer wirklichen Herrschaft behauptete, war mehr ein Krieg gegen die arabischen Bewohner der Oasen, als gegen die Türken. Diese afrikanischen Araber haben die eigentliche Last des Kampfes getragen, und wir halten es nicht für unwahrscheinlich, daß sie unsern italienischen Freunden noch manche harte Nuß zu knacken geben werden; die Türkei selbst aber hat trotz der Tapferkeit und Tüchtigkeit einzelner Türken, wie z. B. Enver Beys, versagt. Sie wußte seit Jahren von der Absicht Italiens, das sich auf diesem nordafrikanischen Boden als Erbe Roms fühlt, in Tripolis Fuß zu fassen. Die von Italien in dieser Absicht geschlossenen Verträge, die jedermann kannte, der die Politik aufmerksam verfolgt hat, sind ihr gewiß kein Geheimnis gewesen; sie hat aber, als im September 1911 die Schicksalsstunde schlug, nichts vorbereitet gehabt, und was sie nachher im Laufe des Krieges aufbrachte, war, trotz aller Siegesbulletins, die ausgegeben wurden, kläglich. Es fehlte an der Fähigkeit, große Entschlüsse zu fassen und durchzuführen, und das Geheimnis der Schwäche der Türkei lag den Urteilsfähigen damit klar zutage. Was seit 1908 in der Türkei an realer Macht durch das politische Parteiwesen der Jungtürken unterhöhlt worden war, brach zusammen, und Rußland mußte nun fürchten, daß die Türkei nach

Asien zurückgeworfen und eine leistungsfähigere Potenz die Wacht der Meerengen übernehmen werde. Beides widersprach den russischen Interessen, andernfalls wäre es der russischen Politik nicht schwer gewesen, gerade diesen Ausgang herbeizuführen. In Asien wäre die Türkei stärker gewesen als in Europa und nach der kaukasischen wie nach der persischen Grenze hin ein höchst unbequemer Nachbar geworden. In Europa, umgeben von den zu Militärmächten herangewachsenen Balkanstaaten, bleibt sie zu chronischer Schwäche verdammt, hilflos auch in Asien und jeder politischen Chantage ausgesetzt, die an sie herantritt. Die Punkte, an denen diese Chantage angesetzt wird, sind bereits recht unverhüllt angedeutet worden. Frankreich erinnert sich unveräußerlicher Rechte auf Syrien und Libanon, Rußland interessiert sich wieder lebhaft für das asiatische Armenien, nachdem es mit den eigenen Armeniern, soweit irgend möglich war, aufgeräumt hat, und wer mag sagen, was weiter folgen wird? Wir halten es keineswegs für ausgeschlossen, daß, falls die Friedensverhandlungen in London scheitern sollten, Rußland direkt in den Krieg eingreift, und zwar nicht, um Österreich in den Arm zu fallen, denn die tatsächlich von Kabinett zu Kabinett vorliegenden Differenzen sind, wie wir schon hervorhoben, gelöst, sondern um den Balkanrivalen eine Beute zu entreißen, die sie unter keinen Umständen erhalten sollen. Daß eine solche Politik zu schweren Verwicklungen führen kann, die weit über die orientalische Frage hinausgreifen, brauchen wir nicht auszuführen.

In der persischen Frage hat die Politik des Jahres 1912 die Welt um keinen Schritt weiter geführt. Das englisch-russische Abkommen von 1907 hat sich in jeder Hinsicht als eine unfruchtbare Transaktion erwiesen. Persien hat zur Zeit weder einen wirklichen Regenten, noch einen wirklichen Schah, noch ein arbeitsfähiges Ministerium, weder Finanzen, noch Handel, noch Heer. Was es hat, ist ein fast ununterbrochener Bürgerkrieg und Niedergang aller Ordnung mit allen sich daran knüpfenden materiellen und moralischen Schäden. Das englisch-russische Zusammengehen aber ist auf diesem Boden ein heuchlerischer Schein. Es sind Rivalen, die einander gegenüberstehen, und eine Verständigung über die Teilung der ihnen verfallenen Beute nicht haben finden können. Einen realen Vorteil aber hat Rußland ohne Zweifel von diesem Abkommen. Er hat dank der Allianz mit Frankreich nicht nur den Charakter einer Versicherung für Rußland auf asiati-

schem Boden angenommen, sondern ihm auch in Europa eine Unterstützung seiner Politik gebracht, die nicht Rußland von der englischen Politik, sondern umgekehrt England in Abhängigkeit von den ihm nicht anvertrauten Zielen der russischen Politik gesetzt hat. Das Schlagwort: England macht unter allen Umständen mit, wird ebenso in Petersburg wie in Paris geglaubt. Ob mit Recht, wird ebenfalls aller Wahrscheinlichkeit nach das Jahr 1913 beantworten.

In der inneren Politik Rußlands sind ohne Zweifel Fortschritte gemacht worden. Zwei günstige Ernten haben wesentlich zur Besserung der Finanzen beigetragen, viel fremdes Kapital ist ins Land geströmt, und die dritte Duma hat eine Reihe wichtiger Reformen unter Dach und Fach gebracht, worüber das Mitglied des Reichsrats Professor Guerrier eine ausgezeichnet orientierende Schrift veröffentlicht hat. Wie die jetzt zusammengetretene vierte Duma arbeiten wird, bleibt abzuwarten. Sie ist überwiegend nationalistisch. Im fernen Osten geht Rußland aggressiv vor. Die Annexion der Nordmandschurei und die Lösung der Mongolei von China wird ohne Zweifel erstrebt und vielleicht wird sie auch erreicht werden. Ob auf die Dauer, ist uns höchst zweifelhaft. Es bereitet sich in dieser ostasiatischen Welt eine ungeheure Revanche vor, welche die größten Gefahren in sich birgt, und die sich zunächst gegen Rußland, dann aller Wahrscheinlichkeit nach gegen England richten wird. Über das Wann läßt sich natürlich nichts sagen; alle Mutmaßungen, die kommenden Ereignissen Termine setzen, münden für gewöhnlich in perspektivische Fehler aus. Ebensowenig vermögen wir über die Rolle zu prognostizieren, die Japan dabei spielen wird. Aber die Parole „Asien für die Asiaten" ist von Tokio ausgegangen, und gewiß ist sie nicht aufgegeben. Man rechnet im fernen Osten mit längeren Zeiträumen als in unserer raschlebigen europäischen Welt, und harrt seiner Stunde. Es ist gewiß kein Zufall, daß England bei Erneuerung seines Vertrags mit Japan auf die Unterstützung verzichtet hat, die es sich für Indien und seine Glacis ausbedungen hatte. Auch die Phantasie der Inder ist durch das neue asiatische Losungswort erregt worden, und das Attentat auf Lord Hardinge ein böses Symptom. Dazu kommt, daß das jetzt bald ein Jahrzehnt gepflegte Gerede von dem bevorstehenden deutsch-englischen Kriege von der indischen Presse eifrig weiterverbreitet wird. Ein solcher Krieg soll von einer Erhebung

Indiens gegen die fremden Herren begleitet werden: daß dahin die Agitation geht, steht über allem Zweifel fest und sollte, wie uns scheint, ein der Beachtung wertes Argument für diejenigen sein, die eine Verständigung zwischen den beiden großen Weltmächten als Ziel verfolgen. Die Rechnung auf eine Kapitulation Deutschlands ist unter allen Umständen falsch. Sie wird bestimmt nicht stattfinden, aber nach wie vor sind wir der Meinung, daß der Zusammenschluß Deutschlands und Englands die Kombination ist, der zum Heile beider Nationen und zum Heile der Welt die Zukunft gehören sollte.

In Frankreich wie in den Vereinigten Staaten bringt uns das neue Jahr auch neue Staatsoberhäupter. In den Vereinigten Staaten ist nach einem Wahlkampfe, in dem die beiden Führer der republikanischen Partei, der Expräsident Roosevelt und der Präsident Taft, alles Denkbare getan haben, um sich gegenseitig und ihre Partei zu diskreditieren, in den Demokraten Wilson eine bisher wenig bekannte Größe emporgestiegen. Man weiß in Europa nicht mehr von ihm, als daß er ein hochgebildeter Mann ist, der sich im Privatleben als tüchtig und ehrenhaft erwiesen hat. Es entspricht dem politischen Usus der Vereinigten Staaten, daß Präsident Taft bis zur Niederlegung seines Amtes alle politischen Fragen von größerer Tragweite ruhen läßt und die Entscheidung seinem Nachfolger überläßt. Solche Fragen werden die Panamafrage, die Stellung zu Rußland, Japan und China und die der Handelspolitik sein. An ihnen allen ist auch Europa auf das lebhafteste interessiert.

Die Präsidentschaftswahl in Frankreich harrt noch der Entscheidung. Die allgemeine Stimmung, der stark vorgearbeitet worden ist, scheint dahin zu gehen, einen starken Mann an die Spitze zu rufen, der die Macht, welche die Verfassung ihm gewährt, auch wirklich zur Geltung bringt. Man sehnt sich nach einem Herrn. Ob Poincaré oder Ribot oder einer der andern weniger aussichtsvollen Kandidaten (Dubost, Deschanel) gewählt wird, ist noch völlig ungewiß. Jedenfalls aber wird die Stellung des Ministerpräsidenten in Zukunft eine weniger bedeutende sein, als sie es unter farblosen, prinzipiell wirklichem Einfluß entsagenden Präsidenten seit den Tagen Grevys gewesen ist.

Das Jahr 1912 hat eine Reihe höchst bedenklicher sozialistischer Ausstände gebracht. In England erst den vom Januar

bis zum April währenden Ausstand aller Grubenarbeiter, der dem Lande, zumeist aber den Arbeitern selbst schwere materielle Verluste brachte und mit einer Niederlage der Arbeiter endete; geringer, aber ebenfalls nicht ohne bedeutende Schädigungen nach sich zu ziehen, waren die Ausstände bei uns, in Österreich und Portugal. Am bedenklichsten aber zeigen sich die Auswüchse der sozialistischen Utopien in Frankreich, wo sie in Heer und Flotte einen meuterischen Charakter annahmen und in der Congrégation générale du travail eine Organisation fanden, deren endgültiger Sieg zu ganz anarchischen Zuständen hätte führen müssen. Das heutige Frankreich ist wohl das meist sozialistisch unterwühlte Staatswesen in Europa, unzweifelhaft aber ist auch der Wunsch lebendig, der sozialistischen Tyrannei Herr zu werden.

Eine aufsteigende Bewegung läßt sich in Spanien verfolgen, wo trotz der republikanischen und anarchistischen Propaganda der monarchische Gedanke sichtlich erstarkt. Vielleicht wirkt auch der Blick auf den Niedergang des republikanischen Portugal abschreckend.

In ganz Europa ist die militärische Ausrüstung zu Wasser und zu Lande wesentlich verstärkt worden. Es ist keinerlei Aussicht, daß darin in absehbarer Zeit eine Änderung eintritt, und vor allem ist bei der exponierten Lage, in der wir uns befinden, bei uns nicht daran zu denken. Als neue Waffe ist jetzt das Luftschiff hinzugetreten, und im Reiche der Lüfte gehört trotz aller Anstrengungen der andern die Führung uns. Wir werden sie nicht aus den Händen geben.

Das alte Jahr hat vor seinem Scheiden dem Deutschen Reich und Sr. Majestät dem Kaiser einen der tüchtigsten Männer aus der Reihe derer geraubt, die ihre Kräfte dem Dienst der auswärtigen Interessen Deutschlands geweiht haben. Es sind erst zwei und ein halbes Jahr her, seit Herr v. Kiderlen-Waechter als Staatssekretär aus der Peripherie des auswärtigen Dienstes in die leitende Stelle trat, der die wesentliche Verantwortung für die mit Kaiser und Reichskanzler zu vereinbarende Richtung unserer auswärtigen Politik zufällt, und dazu die sehr wesentliche Aufgabe, das höchst komplizierte Räderwerk des Auswärtigen Amts und die Fäden, die es in ununterbrochene Verbindung mit unsern Vertretungen im Auslande setzen, in richtiger und wirksamer Funktion zu erhalten.

Nach beiden Richtungen hin war Herr v. Kiderlen ein Meister. Er

hatte eine feste Hand und einen sichern Blick, der ihn das Wesentliche mit untrüglicher Sicherheit erkennen ließ, und brachte ein angeborenes Phlegma in seinen Beruf mit, das ihn vor jeder Überstürzung bewahrte. Er war ohne jeden Anflug von Menschenfurcht und ohne eine Spur jenes Ehrgeizes, der seine Befriedigung in Äußerlichkeiten findet. Von Natur heiter, lebenslustig und voller Humor, dabei von unverwüstlicher Arbeitskraft, wo es galt, einen wohl erwogenen Plan durchzusetzen und ein gesteckes Ziel zu erreichen. Von den Schwierigkeiten, die er als Staatssekretär und vorher beim Abschluß des Marokko-Abkommens vom 9. Februar 1909 zu überwinden gehabt hat, werden einst die Akten berichten. Sie waren weit größer, als den Kreisen der nicht Eingeweihten bekannt geworden ist, und wurden überwunden als Etappe zum zweiten Marokkovertrag vom 4. November 1911, der wiederum den Charakter einer Etappe an sich trägt.

Das letzte Jahr seiner Tätigkeit hat vornehmlich der orientalischen Frage gegolten und dem von ihm mit großer Konsequenz verfolgten Problem eines Ausgleichs der Interessengegensätze, die sich, seiner Überzeugung nach, zu gleichem Nachteil beider Teile, zwischen Deutschland und England aufgebauscht hatten. Herr v. Kiderlen hatte eine ganz ausgezeichnete Schule durchgemacht. Er hat die strenge Zucht an sich erfahren, die der Fürst Bismarck an allen übte, die ihm als Werkzeuge seiner Politik dienten. Kopenhagen, Petersburg, Paris, Konstantinopel waren die Stationen seines diplomatischen Erziehungsganges, bevor er 1880 als vortragender Rat in das Auswärtige Amt gezogen wurde, wo er in wechselnden Referaten bis 1897 in angestrengter Tätigkeit wirkte. Aus seiner späteren Laufbahn sind die 10 Jahre, die er in Bukarest bis zu seiner Ernennung zum Staatssekretär verbrachte, wohl die bedeutsamsten gewesen. Rumänien ist vielleicht der günstigste Punkt, von dem aus sich die Zusammenhänge der Orientpolitik überblicken lassen. Schon deshalb, weil es der ruhigste Aussichtspunkt ist und das weiteste Feld zur Beobachtung erschließt, und weil in der Person König Karols der Mann an der Spitze Rumäniens steht, der von allen Lebenden die größte Erfahrung in den Fragen der Orientpolitik gesammelt hat. In gewisser Hinsicht kann man Kiderlen-Waechter seinen Schüler nennen. Er war aber ein Schüler, aus dem ein Meister geworden ist. „Hut ab, Gesellen, ein Meister ist geschieden."

Mag das neue Jahr die Wolken verscheuchen, die über dem alten ruhen, und der Welt aus dem faulen Frieden, in dem sie lebt, zu einem gesunden Frieden verhelfen. Sollte aber, trotz allem, eine andere Lösung nicht zu finden sein, als die, welche die Schärfe des Schwertes erzwingt, so wissen wir, daß ganz Deutschland in entschlossener Treue zu Kaiser und Reich steht, und die Tradition der großen Jahre, die uns den Kaiser und das Reich erkämpft haben, in Ehren behaupten wird.

Sachregiſter.

(Die Ziffern bedeuten die Seiten.)

A.

Abdelkader 157.
Abdul Aziz 250.
Abdullah, Rückzug 312.
Achmet Riſa 160.
„Action française“ 183.
Aderbeidſchan, Handel 333.
— ruſſ. Truppen 89.
Adil Bey, türk. Miniſter 239.
Adolf Friedrich, Herzog von Mecklenburg, Gouverneur von Togo 129. 267.
Adria, Hafen 314. 322. 328. 329. 330.
— — u. Rußland 339.
— Machtverhältniſſe 336.
— u. Öſterreich 344.
— u. Rußland 329.
— u. Serbien 298. 344. 354. 362.
Adrianopel 278. 286. 325. 328. 329. 363.
— Bulgaren vor A. 295.
— Kämpfe vor A. 287.
— Verteidigung 337.
— Verzicht 343.
Afghaniſtan 179. 209.
— Armee 179.
— Eiſenbahn 52.
— Erregung 141.
— islamit. Bewegung 148.
— u. Marokko 161.
— militär. Vorbereitungen 137.
— u. Perſer 161.
— u. Türken 161.
Afrika, deutſch-engl. Intereſſen 18.
— Deutſch-Oſtafrika u. England, Handel 104.
— Deutſch-Südweſtafrika u. England, Handel 104.
Afrika, Deutſchſüdweſtafr., Wilhelm II. Ankauf von 2 Farmen 155.
— Nordafrika, Europäerfeindlichkeit 8. 9.
— — u. Frankreich 96. 107. 301.
— — Gärung 140.
— — moslem. Bevölkerung, Erregung 95.
— — u. Verein. Staaten, Handel 151.
— Südafrika u. England 256. 301.
Agadir 32. 60. 177.
— Frage 52.
— franzöſ. Flottendemonſtration 133. 134.
— „Panther“ 133.
— „Panther“-Entſendung 50.
— Revanche für A. 106.
— Tardieus Buch 143.
Ägäiſche Inſeln u. Italien 150.
Ägäiſches Meer, Hafen 329.
— ital. Kriegsſchiffe 138.
— u. Serbien 298.
Agence Havas 243.
Agram, Univerſitätsſchließung 41.
Ägypten 220.
— u. England 78. 96. 139. 140. 275.
— Gärung 140.
— u. ital.-türk. Krieg 124.
— u. Türkei 294.
Aehrenthal, Graf 282. 370.
— Erkrankung 56.
— Tod 58. 66.
Akaki Akakiewitſch 73.
Akimow, Präſident des ruſſ. Reichsrats 22. 219.
Alapetit, Generalreſident von Tunis 96.
Albaneſen, Ausrottung 325. 329.
— Feindſeligkeiten 263.
— Knechtung 325.
Albanien 188. 314.

Albanien den Albanesen 331.
— Amnestie 242.
— autonom u. neutralisiert 314.
— Banden 149.
— u. England 355.
— Forderungen 267.
— Frage 314. 330. 359.
— u. Griechenland 355.
— u. Großmächte 362.
— Hafen 329.
— u. Italien 150. 330.
— u. ital.-österreich. Verträge 89.
— u. Mazedonien, revolutionäre Komitees 126.
— u. Montenegro 355.
— u. König Nikita 344.
— u. Österreich 352.
— Schwierigkeiten 371.
— u. Serbien 344. 355. 362.
— serb. Metzeleien 355.
— Teilung 322. 356.
— u. Türkei 126. 331.
— Unabhängigkeitsproklamierung 336.
— Unruhen 257.
— — Herd 147.
Aldershot, Mobilisation 81.
Aldrich-Payne-Tarif 152.
Alessio 311. 314.
Alexander I. 312.
Alexander III. 207. 210. 211. 212. 218. 372.
Alexander Karageorgewitsch, Prinz 363.
Alexander von Serbien 372.
Algeciras, Konferenz 104.
— Vertrag 16. 79. 112. 134.
Algier 8. 96. 186.
— Eroberung 139.
— u. ital.-türk. Krieg 123.
— Kämpfe an der marokk. Grenze 133.
— u. Marokko 155.
— Mißstimmung 308.
Ameglio, Admiral 221.
Amerika, japan. Gefahr 2.
— Nordamerika, engl. Einwanderung 28.
— Verein. Staaten 178.
— — Achtstundentag für Staatsarbeiter 190.
— — Alabama 199.
— — Albanische Kolonie 355.
— — Bimetallismus 199.
— — u. China 21. 375.
— — Interessen 43.
— — Integrität 55. 118.
— — — Republik 44.
Amerika, Verein. Staaten, Demokraten, Kongreß 231.
— — — Siegesaussichten 119.
— — demokr. Nationalkomitee 252.
— — deutschfeindl. Presse 355.
— — u. Deutschland 293.
— — — Presse 355.
— — u. England 254. 255. 283. 341. 366.
— — — Flottenstärke 103.
— — — Hay-Pauncefote-Vertrag 365.
— — — internat. Verträge 292.
— — — Panamakanal 241.
— — — Schiedsvertrag 92.
— — — „Titanic"-Untersuchung 154.
— — — Verständigung 293.
— — u. Frankreich, Schiedsvertrag 92.
— — Freihandel 152.
— — Guardians of Liberty 252.
— — Handelspolitik 375.
— — Hay-Pauncefote-Vertrag 240. 241.
— — u. Japan 375.
— — u. Italien 151.
— — u. ital.-türk. Waffenstillstand 151.
— — Kabinett, Korruption 152.
— — u. Kanada 349. 350.
— — — Flotte 172.
— — — Vereinbarungen 30.
— — Katholiken 284. 285.
— — — u. Präsidentenwahl 251.
— — Kohlenmonopol 303.
— — Kohlenpreis 110.
— — u. Kuba, Landung von Infanterie 198.
— — Maryland 163.
— — Massachusetts 163.
— — u. Mexiko 41. 56. 83. 92. 285.
— — — Revolution 119.
— — u. Mongolei 128.
— — — als Auswanderungsgebiet 43.
— — Monroedoktrin 172.
— — Nationalkonvention 198. 199.
— — Neger 231.
— — Neumexikos Aufnahme in die Union 13.
— — u. Nordafrika, Handel 151.
— — u. Philippinen, Erwerbung 151.
— — Präsidentschaftskampagne 30. 137.
— — — kandidaturen 119.
— — — wahl 163. 198. 231. 251. 284.
— — — — Agitation 74.
— — Primärwahlen 198.
— — Republikaner, Parteitag 207.
— — u. Rußland 375.

Amerika, Verein. Staaten, Schiedsverträge, Annahme im Senat 92.
— — Wahlagitation 284.
— — Wahlkampf 151. 375.
— — u. Weſtindien 12.
— — u. Zentralamerika 12.
Amſterdam 159.
Amundſen, Erreichen des Südpols 85.
Amur, Schiffahrt 99.
— Gebiet, chineſ. Einwanderung 2.
— — u. Rußland 358.
Anarchismus 327.
Anatolien, Truppen 328. 337.
Andraſſy, Graf 141.
Angell, Norman 177. 178.
Angelſachſen, Zuſammenſchluß 341.
„L'Angleterre inconnue" 256.
Antonius, Erzbiſchof von Wolhynien 57.
Araber 221.
— u. Berber, Aufſtand 155.
— Fanatismus 125.
Arabien, Bürgerkrieg der arab. Scheiks 140.
— England 298. 307.
— u. Italien 372.
— — Küſtenplätze, Beſchießung 88.
„Arbeitsfahne" 193.
„Arbitrator" 18.
Ardebil, ruſſ. Truppen vermindert 54.
Argentinien 178.
Armenien u. Rußland 373.
Arnauten u. Türken 267.
Aſerbeidſchan ſ. Aderbaidſchan.
Aſien, Frankreichs Mißerfolge 79.
— Kleinaſien 109.
— — Bahnbau 361.
— — u. Deutſchland 107.
— — u. Perſien 333.
— ruſſiſch-türkiſche Beziehungen 45.
— — u. Rußland 133. 356.
— — u. Türkei 133.
— — türk. Eiſenbahnen 90.
— u. Rußland 127.
— u. Türkei 373.
— Vorderaſien, Gärung 140.
— Zentralaſien u. Rußland 142.
— — — u. England 345.
Asquith, engl. Miniſterpräſident 58. 61. 183. 192. 207. 218. 251.
— u. Eiſenbahnerausſtand 53.
Asquith gegen Frauenſtimmrecht 21.
— u. Homerulebill 129. 137.
— und Iren 87.
— Kabinett, Einigkeit 62.
— — Uneinigkeit 53.
— — Zufallsniederlage 318.
— und Kohlenarbeiterſtreik 81. 110. 112.
— in Paris 267.
— Rede 318.
Aſtrabad, ruſſ. Truppen 54. 141.
Aſtropolis, Inſel, ital. Flottenſtation 159.
Athen, kretiſche Deputierte 97.
Athos u. Griechenland 371.
Auſtralien 178.
— Arbeitergeſetzgebung 20.
— common wealth u. Ausſtände 87.
— u. England 256.
— engl. Einwanderung 27. 28.
— Kohlenarbeiterausſtand durch Parlamentsbeſchluß gebrochen 82.
— u. Mongolei als Auswanderungsgebiet 43.
— Parlament gegen Kohlenarbeiterausſtand 82.

B.

Bachtiaren, Intrigen 335.
Bagdad 306.
— bahn 17. 333. 334.
— ſyſtem 333.
Bagrow 240.
Balfour 36.
— u. Deutſchlands Flotte 255.
Balkan 205.
— den Balkanſtaaten 314. 331.
— bulgar. Anarchiſtenbanden 13.
— Bund 148. 297. 322. 323. 325.
— — Erfolge 286.
— — u. Europa 304.
— — u. Frankreich 304.
— — u. Rumäniens Beitritt 364.
— — u. Rußland 343.
— — u. Türkei, Krieg 268.
— Frage u. Europa 79.
— Friede 336.
— Gefahr 158.
— Halbinſel, Brand 263.
— — Erregung 371.
— — u. Europa 351.
— — u. Rußland 337. 371.
— — Statusquo 257.
— Komitee 275.
— Konflikt 336.

Balkan, Könige u. Rußland 260.
— Königreiche gegen Türkei 14.
— — u. Türkei, europäische 47.
— Krieg 264. 277. 359.
— — u. Europa 308.
— — Kreuzzugsmotiv 288.
— — Lokalisierung 280.
— — u. Rußland 279. 289. 290.
— — — Neutralität 287.
— Krisis 322. 326.
— — u. Ententemächte 288.
— — u. Rumänien 302.
— Problem 337.
— Reformen 275.
— u. Rußland 276. 372.
— Schicksal 322.
— Slawen, Befreiung 325.
— Staaten, Angriff 370.
— — Armeen 353.
— — u. Deutschland 306.
— — Eifersüchteleien 363.
— — u. England 257. 306.
— — u. Europa 269.
— — Finanzen 311.
— — u. Frankreich 257. 306.
— — Friedenskonferenz 343. 351. 371.
— — u. Italien 306.
— — Krieg 304.
— — Öffentliche Meinung 299.
— — u. oriental. Problem 269.
— — u. Österreich 267. 306. 353. 360.
— — u. Rußland 278. 281. 305. 315. 353.
— — — Militärkonvention 158.
— — — Presse 295.
— — Siege 295.
— — u. Türkei 88. 158. 257. 287. 288. 297. 304. 328. 337. 373.
— — — Bündnis 64.
— — — Delegierte in London 356.
— — — Krieg 304.
— — — Verhandlungen 346. 363.
— — — Waffenstillstand 343.
— — Verständigung der Verbündeten 336.
— — Verträge 316.
— Statusquo 158.
— Streitmacht 323.
— Teilung 168.
— u. Tripelentente 300.
— Unsicherheit 97.
Balmoral 279.
— Verhandlungen 275. 335.
Baltimore, Demokr. Konvention 253.
Baltischport 218. 224. 233.
— Aussprache 261.
— Zusammenkunft 233. 234. 235. 260.
Bender Abbas, Truppen 173.
„The Bande Materam“ 48. 49. 298. 366.
Banque d'Indo-Chine 200.
Bapst 7.
Barakatullah 367.
Barclay, engl. Gesandter in Teheran 5. 140.
— Abberufung 74.
Bardoux, Jaques 111.
Baring, Morice 162.
Barferusch, russ. Truppen 54.
Barnes, William, Präsident des republik. Staatskomitees New York 30.
Barrère, franz. Botschafter in Italien 35. 239. 330.
Battenberg, Alexander von 372.
Battenberg, Louis von, Prinz 343.
Baudin, Pierre 31. 32.
Beaconsfield, Lord 305.
Beirut, Bombardement türk. Schiffe durch Italien 88.
— italien. Aktion 75.
Belgien u. China 274.
— u. England, Überseehandel 104.
— u. Frankreich 347.
— Wahlen 206.
Belgrad u. Montenegro 344.
Beludschistan, Bahnen 333.
Beni Narain 95.
Berber 182.
— u. Araber, Aufstand 155.
Berchtold, Graf 62. 66. 72. 73. 159. 182. 267. 282.
— u. Albanier-Telegramm 355.
— u. Sir Edw. Grey 168.
Beresford, Lord 102. 301.
Berlin, Börse 288.
— Luftfahrzeugausstellung 120.
— Rumäniens Thronfolger 336.
— Wehrverein, Gründung 31.
— Kongreß 362.
— Vertrag 270. 276.
Bernhardi, Friedrich von 77.
Bertrand, Louis 8.
Besançon 130.
Bessarabien 362.
v. Bethmann Hollweg, Reichskanzler 58. 224. 344. 346.
— in Buchlau 267.
— Rede über auswärt. Politik 146.
— — über Dreibund 359.

Bethune, General 48. 52.
Bilinski, Statthalter von Bosnien u. der Herzegowina 72.
Birmingham, Grubenarbeiterkonferenz 19.
Bismarck, Fürſt 377.
Bobrinski, Graf 362.
Bovrinski, Dr. 340.
Bobrikow 205.
Boitati, Riccardo, ital. Botſchafter in Berlin 328.
Bompur 333.
Bonar Law, Unioniſtenführer, Rede in Albert Hall 35.
Bonn, Profeſſor 291.
Bonnal, franz. General 132.
Borchardt, Abgeordneter 174.
Borden, kanad. Miniſterpräſident 255. 348. 349.
Borodino, Säkularfeier 275.
Bosnien u. Herzegowina, Frage 314
— franz. Mißerfolge 79.
— Konflikt 326.
— u. Öſterreich 362. 370.
— Selbſtverwaltung 72.
Bosporus 313. 323.
Boſton, Albanier-Konvention 355.
— alban. Wochenblatt 355.
Botha, Demiſſion 351.
Bouraſſa 255.
Bourgeois, franz. Miniſter 28.
Braccio di Montone, M., Generalmajor 265.
Braſilien 178.
— Bürgerkrieg 92.
„Bratuſchki" 313, 371.
Briand, franz. Miniſter 28.
Briſſon, Henri, Tod 129.
Browne, Prof. Edward G. 273.
Brunner, Sir John 292. 293.
Bryan 199.
Bryce, Mr. 11. 12. 18.
Buddhismus, Allianz mit dem Islam 161.
Bulaiow 357. 358. 367.
Bulgaren u. Griechen, Einverſtändnis 149.
— in Mazedonien 297.
— u. Serben in Mazedonien 297.
— Tapferkeit 325.
Bulgarien 147. 249.
— u. Adrianopel 295. 343. 363.
— Angriffspläne 257.
— u. Armee 276.
— u. Balkanföderation 331.
Bulgarien, Banden 149.
— Banden, Bombenattentate 297.
— u. Berliner Vertrag 276.
— u. Bunar Hiſſar 295.
— u. Bundesgenoſſen, Verſtändigung 336.
— dynaſt. Ehrgeiz 269.
— u. England 257. 275.
— — Größenverhältnis 322.
— Erfolge 296. 343.
— u. Frankreich 257.
— — Anleihe 158. 280.
— u. Goldenes Horn 371.
— u. Griechenland 160. 268. 269. 343. 344. 371.
— — Gegner 363.
— — Konvention 316.
— — Streitigkeiten 351.
— — Vergrößerung 306.
— — Verſtändigung 148.
— u. Hagia Sophia 343.
— Komitees 47. 126.
— u. Konſtantinopel 313. 323. 324. 328.
— Kreuzzugsparole 298.
— Kriegsmanifeſt 288.
— u. Mächte 277.
— u. Mazedonien 148. 268. 305.
— — chriſtl. Bevölkerung 149.
— u. mazed. Chriſten 238.
— Mobiliſierung 267. 277.
— u. Montenegro 268. 277. 343. 344. 371.
— — Konvention 316.
— — Vergrößerung 306.
— nationale Intereſſen 371.
— u. Öſterreich 331.
— — Garantien 306.
— — Konflikt 331.
— u. Rumänien 306.
— u. Rußland 260. 278. 279. 281. 305. 337. 345. 371. 372.
— — Allianz 168.
— Balkanbund 343.
— — Konſtantinopel 233.
— — politiſche Vormundſchaft 313.
— Reichsbank 289.
— u. Saloniki 313.
— u. Serbien 268. 269. 277. 286. 296. 298. 343. 344. 371.
— — Bündnis 205. 260. 268. 278.
— — Gegnerſchaft 363.
— — Vergößerung 306.
— — u. türkiſch-italien. Krieg 278.
— — Vertrag 316.
— Sieg bei Ergena 304.

Bulgarien, Stillstandsbedingungen 328.
— u. Tschataldscha-Linie 311.
— u. Türkei 126. 158. 160. 257. 267. 268. 275. 278. 281. 286. 295. 296. 315.
— — Frieden 331.
— — Friedensverhandlungen 336.
— — u. Großmächte, Vermittelung 320.
— — Kriegsmacht 287.
— — Separatfriede 336.
— — Tschataldscha-Linie 325.
— — Waffenstillstand 336.
— — — Verhandlungen 328.
Bunar Hissar, Besetzung 295.
Butler, Murray, Präsident 151.
Butt, Major 150. 151.

C.

Cagliari 22.
Caillaux, franz. Ministerpräsident 107. 114. 133. 134.
— Ministerium 6.
— — Rücktritt 28.
— u. de Selves 134. 156.
Caire, César, Vizepräsident der Pariser Munizipalität 56.
Cambon, franz. Botschafter 51. 107.
— u. Grey 134.
— u. Nicholson 134.
Canalejas, span. Ministerpräsident 29.
— Ermordung 311. 327.
Cannes, Denkmalsenthüllung 133.
Canterbury, Erzbischof 102.
Caprivi 233.
Cardiff, Ausstand 75.
Carnegie, Andrew 284.
Carol, König von Rumänien 302. 343.
Carthage, franz. Dampfer 22. 34.
— Freilassung 31.
Cartwright 294.
Caulaincourt 313.
Caxton Hall 335.
Central labour College 212.
Chalcha 309.
— Gebiet 148.
Chalcidice 328.
Chaljan, Stahlgießereien 357.
Chalkas, Ost-Ch. 55.
Chamberlain 78. 349.
Chantilly, Automobilbanditen 113.
Charbin 358.
Chauvinismus 174.
Chicago, Geschäftsleute u. Roosevelt 119.
Chihuahua, Meuterei 56.
China 109.
— u. Amerika 21. 375.
— Anleihe 91. 100. 200. 272. 273.
— — u. belgisch-amerik. Konsortium 118. 119.
— Auswanderung 99.
— Bahnen 2.
— Bauernkolonisation in der Mongolei 367.
— u. Belgien 274.
— u. belgisch-amerik. Konsortium 118. 119.
— Boxerbewegung 1.
— für die Chinesen 1.
— u. Christentum 2.
— deutsch-franz.-amerik.-engl. Syndikat 42.
— u. Deutschland 118. 335.
— Dynastie, Abdankung 64.
— — Schicksal 54.
— — Sturz 65.
— Einheitsstaat 42.
— Eisenbahn 357.
— — Anleihe 42.
— u. England 2. 118. 267. 283. 317.
— — handelspolit. Interessen 25.
— — Schwierigkeiten 335.
— — u. Tibet 267.
— u. Europa 2. 79.
— — Eisenbahnen 358.
— finanzielle Schwierigkeiten 161.
— Finanzierung 116.
— u. franz. Kapital 133.
— Fünffarbenfahne 65.
— Geldmangel 136.
— u. Indien 3.
— innere Wandlungen 357.
— Integrität 55. 65. 118. 242.
— u. Japan 2. 44. 98. 118. 136. 142. 264. 273. 358.
— — Annäherung 350.
— — Kompensationen 54.
— — u. Mongolei 161.
— Juanschikai und Chutuchtu 161.
— — u. die Mongolei 161
— Kriegsvorbereitungen 368.
— Krisis 117.
— u. Kutuchtu 43.
— u. Mächte 117. 118.
— Mandschuherrschaft, Ende 41.
— u. Mandschurei 39. 43. 65. 74. 133. 309. 358.

China, Meutereien 76. 83.
— Militärparteien, Konflikt 83.
— Miniſterium 127.
— u. Mohammedaner 161.
— u. Mongolei 65. 73. 100. 133. 143. 309. 317. 350. 374.
— — als Auswanderungsgebiet 43.
— — Autonomie 128.
— — Fürſten 367.
— — Konzeſſionen 368.
— — Wiedergewinn 43.
— u. „Mongoliſche Geſellſchaft“ 43.
— Nord und Süd, Gegenſatz 55.
— — Verſtändigung 128.
— Nordchina, Aufruhr 83.
— offene Tür 2.
— Parlament 368.
— patriot. Geheimgeſellſchaften 1.
— u. Perſien 335.
— Reichtum 118.
— Republik 1. 65.
— — u. Chineſen im Auslande 66.
— — Jahrestag 303.
— — Konſtituierung 50.
— Revolution 21. 40. 161.
— u. ruſſiſch-japan. Abkommen 42.
— — Krieg 99.
— — Politik 133.
— u. Rußland 2. 44. 54. 65. 116. 118. 136. 148. 264. 273. 291. 350. 356. 358. 367.
— — u. Europa 196.
— — Forderungen 368.
— — u. Japan 170. 180.
— — Krieg 43. 99.
— — — prophezeiung 309.
— — Mandſchureifrage 149.
— — Mongolei, Frage 136. 137. 149. 357.
— — — Unabhängigkeit 13.
— — — Vertrag 326.
— — Revanche 245.
— — Ultimatum 99.
— u. Schiff, amerik. Finanzmann 116.
— Schulweſen 358.
— Schwierigkeiten 91. 136.
— Sechsmächteanleihe 273.
— und Tibet 161.
— Vereinigte Staaten 42.
— u. Verein. Staaten v. Amerika 118.
— Verfaſſung 117. 118.
— — vorläufige 99.
— Viererkonſortium 148.
— Wirren 100.
Chirowitzy, Kloſter 70.
Choi (Perſien), Beſetzung durch Rußland 15.
Cholera 328.
Chomjäkow 70.
Chorramabad 333. 334.
Chorwat, General 55.
Chriſten u. Mohammedaner 297.
Chriſtian X., König von Dänemark 173.
Churchill, Winſton 94. 105. 180. 183. 192. 255. 256. 348. 349.
— u. Bonar Laws Rede 36.
— Denkſchrift über Admiralitätsreform 25. 26.
— u. deutſche Flotte 78.
— u. „Deutſche Luxusflotte“ 102.
— u. Deutſchland 257.
— Flottenrede 52.
— Rede 318.
— — im engl. Unterhauſe 247.
— — in Glasgow 62.
— und Emillie 27.
Cividad Juarez, Meuterei 56.
Clark, Champ 152. 199. 252. 253.
— Stimmenzahl 153.
Clayton-Bulwer-Vertrag 254.
Clemenceau, franz. Politiker 51.
— neues Miniſterium 7.
Clows, Henry, amerik. Finanzmann 12.
Combismus 95.
Corfu 343.
Corral, Vizepräſident von Mexiko 56.
„Correſpondant“ 69.
„Corriere d'Italia“ 294.
„Courrier Européen“ 133.
Courtney, Lord 335.
Crewe, Lord 61. 190.
Cyrenaika 89. 125.
— Abtretung 97.
— Annektierung 66.
— — u. Araber 114.

D.

Daghestaner, Ruſſenhaß 47.
„Daily Chronicle“ 12. 19. 53. 124. 126. 183. 184. 274. 275. 289. 312.
„Daily Expreß“ 169.
„Daily Graphic“ 182.
„Daily Mail“ 16. 94.
„Daily News“ 24. 133. 191. 367.
„Daily Telegraph“ 55. 64. 73. 142. 272.

Dalai Lama von L'Hassa 2.
— u. Juanschikai, Verhandlungen 100.
Dalmatien, Häfen 329.
Dänemark, Flotte 342.
— Reg.-Antritt Christian X. 173.
Danew, Sobranjepräsident 158. 168. 276. 343.
— in Berlin 351.
— in Budapest 311.
Dardanellen 141. 187. 313. 323 324. 357. 370.
— Angriff 328.
— Bombardement 149.
— Forcierung durch ital. Flotte 89.
— Frage 264. 322. 353.
— Freigebung 173.
— u. Italien 150.
— Öffnung 155. 159. 369.
— u. Rußland 306.
— Schließung 142. 149.
— — Aufhebung 146.
Daschkow, Woronzow, Fürst, Statthalter des Kaukasus 46.
Daschnakzutjan, revolutionäre Organisation 127.
Dedeagatsch 324.
Dehn, Paul 76.
Dekabristen 289.
Delbrück, Professor 16. 17.
Delcassé, franz. Marineminister 28. 50. 51. 67. 95. 112. 130. 133. 157. 271. 294.
— Marinereformen 94.
— Radikalismus 107.
Delhi 48.
Depardieu, Félix 265.
„Dépêche de Toulouse" 32.
Derna, Schlacht 31. 267.
Déroulède 132. 210.
Deschanel, Paul 158. 284. 308. 375.
— Präs. d. franz. Kammer 182. 189.
Deutsch-asiat. Bank 200.
„Deutsche Petersburger Zeitung" 310.
„Deutsche Revue" 249.
Deutschland, Armeevermehrung 87.
— Ausstände 376.
— auswärtige Politik 336. 359.
— u. Bagdadbahn 334.
— u. Balkanstaaten 306.
— Bergmannsstreik, Beendigung 93.
— Börsenpanik 280.
— u. China 335.
Deutschland u. China, Anleihe 44.
— — Integrität 55. 118.
— — Interessen 43.
— u. Churchill 257.
— Dampferlinien, Fahrsicherheit 138.
— Diplomatie 135.
— Dreibunds-Erneuerung 239.
— Els.-Lothr. 173.
— — u. Pariser Presse 173.
— u. England 52. 53. 283. 291. 292. 302. 334. 335. 336. 341. 345. 349. 355.
— — Abkommen 61.
— — Annäherung 59. 60. 102.
— — Ausgleich 77.
— — Beziehungen 16. 17. 219. 225.
— — Drohungen 33.
— — „Entente" 345.
— — Feindseligkeit 84.
— — Finanzgruppen 334.
— — Flotten 6. 349.
— — — Novelle 256.
— — — Politik 271.
— — — Stärke 102.
— — u. Frankreich 67. 78. 122.
— — Freundschaft 104. 105. 332.
— — Handelsrivalität 78.
— — Helgolands Abtretung 320.
— — Herrschaft zur See 341.
— — Invasion 143.
— — u. v. Kiderlen-Waechter 377.
— — Kompensation 61.
— — Krieg 78. 300. 301.
— — — Gefahr 6. 16.
— — — Gerede 374.
— — Marine 255.
— — — Budget 349.
— — v. Marschalls Versetzung 160.
— — Mißtrauen 334.
— — offene Tür 104.
— — Ost- u. Nordseehandel 318.
— — Überfall 342.
— — Überseehandel 104.
— — Verhandlungen 58. 76. 78. 79. 112.
— — — u. Frankreich 94.
— — — ins Stocken geraten 87.
— — Versöhnung 229.
— — Verständigung 15. 18. 80. 84. 103. 105. 182. 263. 293. 318. 333. 341.
— — Weltstellung 342.
— — Zusammenschluß 375.
— Europäische Stellung 369.

Deutſchland, Flotte 6. 180.
— — u. Balfour 255.
— — ein Luxus 52. 79.
— — Erweiterung 16.
— — Vorlage 248.
— u. Frankreich 106. 107. 143. 266. 326. 338. 341. 345. 360.
— — Beziehungen 33.
— — u. England 78. 122.
— — Entwicklungsvergleich 130. 131.
— — Krieg 79. 80.
— — — Möglichkeit 330.
— — — Propaganda in der franz. Preſſe 78.
— — Marokko 370.
— — — Abkommen, Ratifikationen 85.
— — — Kompenſationen 103.
— — — Vertrag 31. 112.
— — — wirtſchaftl. Entwicklung 129.
— — v. Marſchalls Verſetzung 160.
— — Preſſe 67.
— — Verſtändigung 79.
— — Wehrkraft 146.
— u. franz.-ſpaniſche Marokko-Teilung 134.
— Friedenspolitik 359.
— u. Grey 257.
— Handel 301.
— Heeresſtärkung 164.
— Induſtrie 301.
— u. Kleinaſien 107.
— Kohlenpreis 110.
— Kriegsbereitſchaft 378.
— Luftflotte 131. 132. 376.
— „Luxusflotte“ 83. 102.
— u. Marokko 129. 302.
— — Affäre 50.
— — Politik 11. 103. 104.
— öffentl. Meinung 60.
— u. Orient 106.
— u. Öſterreich 337. 344. 352. 354. 355.
— — Bündnis u. Rußland 263.
— — — Vertrag von 1888 209.
— — Feldzugspläne 347.
— — Rückzug 369.
— — Unterſtützung 315.
— u. öſterr. Polen 315.
— u. Perſien 334. 335.
— Preſſe 60.
— Reichstag 164.
— — Einberufung 31.
— — Eröffnung 41.
— — Präſidium, Neukonſtituierung 85.
— — Vertagung 110.
— Revolution 315.
Deutſchland u. Rußland 260. 276. 283. 334. 336. 337. 345. 352. 354.
— — Annexionspolitik 142.
— — Beziehungen 216.
— — Handelsvertrag 236.
— — Kriegsmöglichkeit 217.
— — Kriegsruf 362.
— — Potsdamer Verſtändigung 79.
— u. ruſſ.-franzöſ. Bündnis 52.
— u. ruſſ.-japan. Krieg 205.
— Rüſtungslaſten 79.
— u. Schweden 260.
— Seeminen 293.
— u. Serbien 344.
— u. Slawenhaß 238.
— Sozialdemokratie 173. 174.
— Spionageprozeſſe 222.
— Sport 138.
— u. Türkei 107. 159. 160.
— — Handelsintereſſen 142.
— — v. Marſchalls Verſetzung 160.
— — Teilung 205.
— u. Verein. Staaten 293.
— — Preſſe 355.
— Wehrvorlagen im Reichstag 129. 138. 147.
— u. Weltfrieden 121.
— Welthandel 177. 178.
— Wiſſenſchaft 301.
— Zeppelin-Sammlung 131.
„Deutſchland, das neue“ 358.
„Le Devoir“ 255.
Diaz, Porfirio 56. 83.
Dickinſon 335.
Diebitſch 313.
„Dielli“ 355.
Dillon, Dr. 272.
Dilman, türk. Beſetzung 39.
Djulfa 89.
„Donner und Blitz“ 38.
Donohoe, Martin H. 312.
Dorpat, Univerſität 211.
Dover, Straße von 323.
Dreibund 369.
— und England 34. 333.
— Erneuerung 308. 343. 344.
— u. Frankreich 260.
— u. Italien 308 330.
— Macht zur See 261.
— Mächte, Beziehungen 319.
— u. Rußland 260.
— u. Serbien 344.
— u. Tripelentente 59.
— u. Türkei 34.

Dreibund, Vertrag 330.
Druſhinin 70.
Dublin, Parlament 122.
Duboſt 375.
Dudley, Earl of 27. 28.
Durazzo 314. 328. 353.
Duſchan, Stephan 269.

E.

Ebermaier, Gouverneur von Kamerun 31.
„Eclair" 51. 67. 75. 86. 106. 112. 129. 168. 175. 189. 203. 256. 265. 266. 307. 327. 345.
„Economiſt" 24. 25. 29. 30. 53. 56. 82. 85. 94. 111. 152. 154. 180. 201. 247. 255. 256. 274. 291. 292. 313. 314. 333. 349.
Eduard VII. 140.
— Denkmal in Cannes 133.
— Einkreiſungspolitik 79.
El Hiba 308.
Eliſabeth, Großfürſtin 38.
Elkſar, Okkupation durch Spanien 7.
Elland, Liberale Verſammlung 301.
Elſaß, Histoire d'Alsace 143.
Elſaß-Lothringen, Frage 33.
— u. Frankreich 121.
England 178. 179.
— Achtſtundentag 81.
— Admiralität 293.
— Admiralſtab, Memorandum 349.
— u. Ägypten 78 96. 139. 140. 212. 275.
— u. Ahrenthals Tod 65.
— u. Albanien 314. 355.
— Allianzverhältniſſe 190.
— u. Amerika 283. 341.
— — Flottenſtärke 103.
— — Hay-Pauncefote-Vertrag 365.
— u. Arabien 307.
— — Annexion 298.
— Arbeiterpartei 264.
— Arbeiterverſicherungsbill 153. 172.
— Aſienpolitik 24.
— Ausſtände 75. 375. 376.
— u. Auſtralien 27. 256.
— auswärt. Politik 273.
— u. Balkanfrage 322.
— u. Balkankrieg 275.
— u. Balkankriſis 288.
— u. Balkanreformen 275.
— u. Balkanſtaaten 257. 269. 275. 306. 316.
England u. Belgien, Überſeehandel 104.
— Bergarbeiter, Arbeitsaufnahme 120.
— Bergarbeiterſtreik 62. 63. 66. 75. 76. 80. 85. 101. 105.
— — Ende 110. 120.
— — u. Flotte 26.
— Beuterecht 349.
— u. Bulgarien 257. 275. 323.
— — Größenverhältnis 322.
— u. China 2. 267. 283. 317.
— — Integrität 55. 118.
— — Intereſſen 43.
— — Republik 44.
— — Revolution 25.
— — Schwierigkeiten 335.
— — u. Tibet 267.
— Deutſchfeindlichkeit 28. 77. 301.
— deutſchfeindl. Politik 84.
— — Preſſe 355.
— u. deutſch-franzöſ. Konflikt 24.
— — Marokkovertrag 32.
— deutſchfreundl. Preſſeartikel 15.
— u. Deutſchland 52. 53. 283. 291. 292. 302. 334. 335. 336. 341. 345. 349. 355.
— — Abkommen 61.
— — Annäherung 59. 60. 102.
— — Ausgleich 77.
— — Beziehungen 16. 17. 219. 225.
— — „Entente" 345.
— — Finanzgruppen 334.
— — Flotten 6. 248. 349.
— — — Novelle 256.
— — — Politik 271.
— — — Stärke 102.
— — u. Frankreich 78.
— — Freundſchaft 104. 105. 332.
— — Handelsrivalität 78.
— — Helgolands Abtretung 320.
— — Herrſchaft zur See 341.
— — Invaſion 143.
— — u. v. Kiderlen-Waechter 377.
— — Kompenſation 61.
— — Krieg 78. 300. 301.
— — — Gefahr 6. 16.
— — — Gerede 374.
— — Marine 255.
— — — Budget 349.
— — v. Marſchalls Verſetzung 160.
— — Mißtrauen 334.
— — offene Tür 104.
— — Oſt- u. Nordſeehandel 318.
— — Überfall 342.
— — Überſeehandel 104.

England u. Deutſchland, Verhandlungen 58. 76. 78. 79. 112.
— — — u. Frankreich 94.
— — ins Stocken geraten 87.
— — Verſöhnung 229.
— — Verſtändigung 15. 18. 80. 84. 103. 105. 182. 263. 293. 318. 333. 341.
— — Weltſtellung 342.
— — Zuſammenſchluß 375.
— Diplomatie 134.
— u. Dreibund 34. 333.
— Einkreiſungspolitik 79.
— u. europäiſche Händel 321.
— Finanzen 257.
— Flotte 180. 293. 348. 369.
— u. Frankreich 256.
— u. Kanada 256.
— Manöver 58.
— Rüſtung 26.
— — Verſtärkung 6. 220.
— u. Frankreich 5. 59. 257. 275. 283. 292. 294. 300. 315. 330. 346. 347.
— — Abkommen von 1904 61.
— — Agadir 32.
— — Allianz 182. 184. 190. 191.
— — Amerika, Intereſſen 255.
— — Anſchluß 369.
— — u. Balkanſtaaten 315.
— — deutſche Invaſion 143.
— — gegen Deutſchland 121. 122. 341. 345.
— — u. Deutſchland 78.
— — Entente 321. 361.
— — Flottendemonſtration vor Agadir 133.
— — Flottenſtärke 103.
— — Freundſchaft 332.
— — Hilfeleiſtung 18.
— — Intereſſen 345.
— — Kooperation 345.
— — Kriegshilfe 80.
— — Marokkofrage 16. 29.
— — — Verträge 78.
— — Mittelmeerabmachungen 34.
— — Ruſſiſche Intereſſen 346.
— — u. Serbien 316.
— — Unterſtützung 370.
— — Verſtändigung 332. 333.
— — Vorſichtsmaßregeln 60. 61.
— u. franz. ſpan. Marokkoteilung 134.
— Frauenſtimmrecht 62. 264.
— u. Friedenserhaltung 331.
— u. Gibraltar 78.
— u. Griechenland 275. 355.
England u. Helgoland 320.
— Hochkirche, Vereinigung mit der ruſſiſchen 38. 48.
— Homerulebill 122. 164. 172. 276. 277. 328.
— — Annahme 164.
— — Debatte 153.
— — Frage 87.
— — für Irland 36.
— — u. Ulſter 21.
— — im Unterhaus 129. 137.
— u. Indien 96. 275. 288. 298. 342. 348.
— induſtrielle Kriſis 19.
— innere Lage 19.
— innere Politik 271.
— Invaſion 301.
— Invaſionsfurcht 139.
— Iren 264.
— u. Irland 123.
— u. Italien 307.
— — Tripolisaktion 16.
— u. ital.-türk. Krieg 123. 125.
— u. Japan 293. 321. 341.
— — Amerika, Intereſſen 255.
— — Bündnis 321. 327.
— — Flottenſtärke 103.
— — Unterſtützung 374.
— — Vertrag 317. 318.
— u. Kanada 255. 348. 349.
— Kapitalflucht 36.
— Kohlenarbeiterſtreik ſ. Bergarbeiterſtreik.
— Kohlenproduktion 110.
— Kolonialpolitik 349.
— u. Kolonialſtaaten 321.
— u. Kolonien 342.
— Komitee für auswärtige Politik 335.
— Konterbandegeſetze 318.
— u. Kreta 88.
— Kriegsverſicherungsrate 122.
— Liberale Partei 332.
— — u. Arbeiterpartei, Bruch 53.
— — u. Bonar Law 37.
— Liberalismus 333.
— „mad socialism“ 21.
— Malecka-Affäre 180.
— Marine 348.
— — Budget 94.
— — Programm 102.
— u. Marokko 103. 104. 370.
— Mindeſtlohnbill 110.
— u. Mittelmeer 203. 204.
— — Flotte 212.
— — Suprematie 222.

England u. Mohammed Ali 44.
— u. Montenegro 355.
— u. Neuseeland 256.
— u. Orientpolitik 275.
— u. Österreich 307.
— — Anleihe 29.
— u. Palästina, Annexion 298.
— u. Panamakanalzölle 233. 302.
— Parlament 276.
— — Verhandlungen 102.
— u. Persien 74. 140. 141. 203. 272. 273. 310. 334. 335. 338.
— — Anleihe 89.
— — Bahn 212. 246. 247.
— — Blaubuch 135.
— — französisch-russisches Programm 298.
— — Politik 3. 4. 25.
— — Schwierigkeiten 335.
— u. Portugals rotes Regiment 19.
— Presse 274.
— — u. Kohlenarbeiterstreik 85.
— Prisenpolitik 292. 293.
— rote Gefahr 19.
— u. Rußland 3. 4. 98. 201. 202. 260. 261. 275. 276. 282. 283. 288. 334. 336. 341. 345. 346. 347.
— — Abhängigkeit 18. 374.
— — Abkommen 271. 321. 333.
— — Amerika, Interessen 255.
— — Anschluß 369.
— — Entente 37. 345.
— — Freundschaft 332.
— — Großkapital, Vereinbarungen 52.
— — ind.-pers. Eisenbahn 272.
— — Judenschaft 171.
— — u. Konstantinopel 306.
— — Meinungsaustausch 147.
— — u. Mongolei 25.
— — u. Orient 345.
— — u. Persien 171. 338. 345.
— — — Abkommen 16. 272. 373.
— — — Frage, Einigung 44. 45.
— — — Politik 64. 135.
— — — Verhandlungen 54.
— — — Problem 279.
— — — Teilung 244.
— — — Problem von 1907 161.
— — u. Serbien 316.
— — Suda 159.
— — u. Türkei 279.
— — Vertrag von 1907 366.
— — u. Zentralasien 345.
— u. Sechsmächtegruppe 274.
— u. Serbien 275. 326. 355.
England u. Sokolfeste in Böhmen 236.
— u. Spanien 183.
— u. span.-franz. Marokkoverhandlungen 113.
— Sport 138.
— Stimmrecht, allgem. 36.
— u. Suda 160.
— u. Südafrika 256. 301.
— — Krieg, Kosten 111.
— u. Sudan 140.
— Suffragetten 207. 215. 264.
— — Bewegung 21.
— u. Syrien 307.
— u. Tardieus Buch über Agadir 143.
— Tarifreform 36. 37.
— Territorialarmee 23. 24.
— u. Tibet 2. 3.
— u. „Titanic" 153.
— Trade Unions 120.
— Transportarbeiterstreik 182. 188.
— u. Türkei 257. 258. 269. 272. 275. 280. 288. 298.
— — Dardanellenöffnung 159.
— — Freundschaft 160.
— — Handelsinteressen 142.
— Überseehandel 178.
— Unionisten 172. 264.
— — u. Kohlenstreik 87.
— — u. Schiedsgerichtsbewegung 12.
— Unterhaus 311. 361.
— u. Vereinigte Staaten 254. 255. 366.
— — Clayton-Bulver-Vertrag 254.
— — intern. Verträge 292.
— — Panamakanal 241.
— — Schiedsvertrag 92.
— — „Titanic"-Untersuchung 154.
— — Verständigung 293.
— Verfassungskämpfe 172.
— Vorherrschaft zur See 76. 77.
— Wahlrecht 264.
— — Vorlage 207.
— Wehrpflicht 183. 184. 300. 301.
— Weltherrschaft 83.
— u. Weltpolitik 86.
— Zuwachssteuer 36.
Enseli 3.
— russ. Truppen 54.
Entente cordiale 51. 78. 79. 133 144.
Ententemächte u. Persien 176.
Enver Bei 88. 221. 372.
Ergena, Schlacht 304.
Erzerum—Trebisonde, Bahn 133.
Estenoz, General 200.

Eulogius, Bischof 108.
Europa u. Balkan, Bund 304.
— — Frage 79.
— — Krieg 308.
— — — Wiederausbruch 363.
— u. China 79.
— — Eisenbahnen 358.
— Einigkeit 79.
— Flotte 308.
— Friede 369.
— Gleichgewicht 17.
— u. Griechenlands Ehrgeiz 336.
— u. Konstantinopel 323.
— Krieg 332.
— Mächte u. Türkei 322.
— öffentl. Meinung 288.
— u. Osmanenherrschaft 372.
— u. Rußland 68.
— Rüstungen 376.
— Rüstungslasten 79.
— u. Serbiens Ehrgeiz 336.
— u. Tripolis 79.
— u. Türkei 125. 288.
— Westeuropa, Handel 333.
Europäisch-orientalische Frage 370.
„Evening Standard" 5.
„Evening Sun" 355.
Eyewitneß 162.

F.

Fagerström, Bürgermeister v. Wiborg 303.
Fallières 263. 308.
Fehrad Bei 115.
Ferdinand, König v. Bulgarien 47. 158. 190. 249. 277. 288. 359. 371. 372.
— in Berlin und Wien 205.
— in Potsdam 198.
Fez 182.
— Belagerungszustand 155.
— Besatzung, Verringerung 156.
— Erstürmung durch die Franzosen 138.
— franz. Expedition 32.
— Marsch nach F. 134.
— Meuterei 143. 155.
— Ruhe 153.
Fidai (Persien) 39.
„Figaro" 157. 183.
Finnland 205.
— Landtag gegen Regierung 71.
— Privilegien 211.
— Russifizierung 71.
Finnland u. Rußland 364.
— Sozialdemokratie 71.
— Unzufriedenheit 279.
— Zustände 274.
Florischtschewo, Kloster 70.
Flottenverein 198.
„Fortnightly Review" 15. 320. 321.
„France" 302.
„France militaire" 32.
„Frankfurter Zeitung" 367.
Frankreich 178.
— u. Ahrenthals Tod 65.
— u. Algier 139. 186.
— Apachen, körperliche Strafen 113.
— „archiprêt" 94.
— u. Asien, Mißerfolge 79.
— Auswärt. Amt, Verurteilung des Kassendirektors 146.
— Automobilbanditen 113.
— Aviatik 130.
— u. Balkan, Kapitalanlage 307.
— — Bund 304.
— — Krieg 169.
— — Krisis 288.
— — Politik 300.
— — Staaten 257. 306. 316.
— u. Belgien 347.
— Bergarbeiter-Demonstrationsstreik 85.
— Börse 288.
— u. Bosnien-Herzegowina, Mißerfolge 79.
— u. Bulgarien 257
— — Anleihen 158. 280.
— Chauvinismus 121. 193.
— u. Chinas Integrität 55. 118.
— Combismus 95.
— Dampferlinien, Fahrsicherheit 139.
— u. deutsch-engl. Krieg 78.
— u. deutsch-engl. Verhandlungen 94.
— u. deutsch-österr. Kriegsplan 347.
— Deutsche in F. 177.
— deutschfeindliche Presse 67. 147.
— u. Deutschland 106. 107. 143. 174. 266. 326. 338. 341. 345. 360.
— — Beziehungen 33.
— — u. England 78.
— — Entwicklungsvergleich 130. 131.
— — Krieg 79. 80.
— — — Möglichkeit 330.
— — — Propaganda in der französischen Presse 78.
— — Marokko 370.
— — — Abkommen, Ratifikationen 85.
— — — Kompensationen 103.

Frankreich u. Deutschland, Marokko, wirtschaftl. Entwicklung 129.
— — — Vertrag 31. 112.
— — v. Marschalls Versetzung 160.
— — Verständigung 79.
— — Wehrkraft 146.
— Differentialtarif 104.
— u. Dreibund 260.
— u. Eduard VII. 79.
— u. Elsaß-Lothringen 121.
— u. England 5. 59. 257. 275. 283. 292. 294. 300. 315. 330. 346. 347.
— — Abkommen von 1904 61.
— — Agadir 32.
— — Allianz 182. 184. 190. 191.
— — Amerika, Interessen 255.
— — Anschluß 369.
— — Balkanstaaten 315.
— — deutsche Invasion 143.
— — gegen Deutschland 121. 122. 341. 345.
— — u. Deutschland 78.
— — Entente 321. 361.
— — Flotte 256.
— — — Demonstration vor Agadir 133.
— — — Stärke 103.
— — Freundschaft 332.
— — Hilfeleistung 18.
— — Interessen 345.
— — Kooperation 345.
— — Kriegshilfe 80.
— — Marokkofrage 16. 29.
— — — Verträge 78.
— — Mittelmeerabmachungen 34.
— — russische Interessen 346.
— — Serbien 316.
— — Unterstützung 370.
— — Verständigung 332. 333.
— — Vorsichtsmaßregeln 60. 61.
— u. Entente cordiale 78.
— Eroberungspolitik 177.
— Erregung 360.
— Fliegerkorps 113.
— Flotte 185. 271.
— — Programm, Annahme 50.
— Franken u. Kelten 130.
— Frühjahrsrevue 93.
— Imperialismus 301.
— Italien 260. 293. 294.
— — Freundschaft 35.
— — Kriegsrecht 115.
— — Mannbastreit 31.
— — Marokkokrisis 308.
— — Mittelmeer, Herrschaft 204.
— — Zwischenfälle 34.
Frankreich u. ital.-türk. Krieg 123. 125.
— „Kaltblütigkeit" 32.
— u. Kanalinseln 320.
— Kapital u. Rußland 132.
— — als Werkzeug fremder Interessenpolitik 132. 133.
— Kelten und Franken 130.
— Kolonialpolitik 96.
— u. Kongokolonie 79.
— u. Kreta, Mißerfolge 79.
— Kriegspartei 80.
— u. Libanon 373.
— Luftflotte 87. 131.
— u. Luxemburg 347.
— Marine, Munition 307.
— — Reformen 94.
— u. Marokko 7. 29. 95. 96. 103. 104. 139. 153. 176. 186. 213. 226. 231. 249. 273. 284. 294. 308.
— — Abkommen, Annahme im Senat 31.
— — Frage 34.
— — Geheimvertrag 156.
— — Gelbbuch 341.
— — Heiliger Krieg 155.
— — Kämpfe 370.
— — Mißerfolge 79.
— — pekuniäre Verluste 153.
— — Politik 10.
— — Schutzvertrag 112.
— — Verlegenheiten 147.
— — Vertrag 29.
— — — Annahme im Senat 50.
— — — Kammerverhandlungen 107.
— Meutereien 376.
— militär. Leistungsfähigkeit 270.
— Militärliga 132.
— Mittelmeer, Flotte 203. 204.
— — Gleichgewicht 169.
— u. Nordafrika 96. 107. 301.
— öffentl. Meinung 300.
— u. Orient 307.
— — Einfluß 361.
— u. Österreich, Anleihe 29.
— u. österreichisch-russischer Krieg 360.
— Parlamentsverhandlungen 102.
— u. Persien, Bahn 247.
— Präsidentenwahl 308.
— Presse 270. 293. 330. 341.
— — und Els.-Lothr. 173.
— — u. Frühjahrsrevue 93.
— — u. Regierung 129.
— radikal-sozialist. Regiment, Schwäche 113.

Frankreich, Regierung u. Presse 129.
— Revanchelust 369.
— u. Rumänien, Anleihen 280.
— u. russisch-österreich. Krieg 338.
— u. Rußland 174. 175. 261. 266. 276. 283. 288. 300. 326. 330. 338. 345. 346. 347. 360. 361. 369.
— — Anleihen 280.
— — u. Balkankrieg 286.
— — Beziehungen 67. 68.
— — Bündnis 80. 147. 210. 227. 271. 373.
— — u. Kleinasien, Bahnbau 361.
— — Kombination 260.
— — Marinekonvention 259. 270.
— — Orientpolitik 175. 338.
— — Petersburger Kommuniqué 259.
— — Presse 275. 352.
— — u. Serbien 316.
— u. Serbien 344.
— — Anleihen 280.
— u. Sokolfeste in Böhmen 236.
— Sozialismus 376.
— u. Spanien 174. 222. 294.
— — Marokko 302.
— — — Differenzen 133. 157. 370.
— — — Teilung 134.
— — — Verhandlungen 31. 95. 112.
— — — Verständigung 29.
— — — Vertrag 359.
— revolutionäre Emigration 195.
— Seemacht 212.
— u. Syrien 204. 294. 307. 373.
— u. Tripoliskrieg 47.
— u. Tunesien 8. 139. 177.
— u. Türkei 168. 169. 257. 258. 286. 361.
— — Anleihen 280.
— — in Asien 361.
— — Eisenbahnbau 107.
— — Geldinteressen 288.
— — Handelsinteressen 142.
— — Intervention 308.
— — Mißerfolge 79.
— u. Verein. Staaten, Schiedsvertrag 92.
— Wahlreform 85. 193.
— — Annahme 63.
— — Verzicht 153.
— u. Weltfrieden 80. 121.
Franz Ferdinand, Erzherzog, u. Albanier-Telegramm 355.
— in Berlin 328.
Franz Josef, Kaiser, u. Albanier-Telegramm 355.
Friedrich der Große, 200. Geburtstag 31.
Futschou, Docks 357. 367.

G.

Galizien 315.
— Erhebung 364.
Gallipoli 306.
— u. Bulgarien 371.
Gaynor, Mr., Bürgermeister von New York 152.
Georg V., König v. England 110.
— Rückkehr von Indien 41. 48.
Georg, König von Griechenland 359.
Georgien, Erregung 274.
Georgow, bulgar. Professor 115.
Germanen und Slawen, Entscheidungskampf 48.
Gervais, Admiral 211.
Geschow, bulg. Ministerpräs. 168. 276.
— Kabinett 126.
Ghadames 294.
Gharb, Stämme 7.
Ghat 294.
Ghazi Mukhtar, Großwesir 242. 248.
Gibraltar 320.
— u. England 78.
— Straße 323.
v. Giers, russ. Botschafter 97.
„Gil Blas" 225.
Giolitti, ital. Ministerpräsident 197.
Glinka, S., russ. Publizist 4.
„Goeben", Kriegsschiff 307.
Gobi, Wüste 135.
Goldenes Horn s. Türkei.
„Golos Moskwy" 4. 48. 57. 70. 72. 90. 162. 168. 170. 179 196 201. 232. 236. 239. 240. 243. 266. 276. 281. 291. 309. 315. 347. 351. 364.
Gomez, Präsident von Mexiko 41.
Gondetti, Generalgouverneur 291.
Gothein, Reichstagsabgeordneter 292.
Goto, jap. Min. 214.
Goude, M., franz. Deputierter 271.
Gourand, General 222.
Graefe, Dr. Erich 124.
„Grenzboten" 196.
Grevy 308. 375.
Grey, Sir Edward 16. 28. 37. 58. 60. 61. 105. 180. 202. 203. 212. 238. 244. 247. 271. 275. 318. 322. 336. 346. 355.

Grey u. Bonar Laws Rede 35. 36.
— u. Cambon 134.
— Deutschfeindlichkeit 18. 22.
— u. Deutschland 257.
— Ententepolitik u. Rosebery 22. 23.
— Ferien 112.
— für Frauenstimmrecht 21.
— u. Kohlenarbeiterstreik 63. 110.
— Marokkopolitik 103.
— u. persische Frage 16.
— pers. Politik 4. 5. 45.
— — u. russ. Presse 74.
— u. Sjasonow 272. 279.
Griechen, Befreiung 325.
— u. Bulgaren, Einverständnis 149.
— — in Mazedonien 297.
— u. Serben in Mazedonien 297.
Griechenland 176.
— u. Albanien 355.
— u. Balkanbund 307.
— Barbarei 329.
— u. Berliner Vertrag 276.
— u. Bulgarien 160. 268. 269. 343. 344. 371.
— — Gegner 363.
— — Konvention 316.
— — Streitigkeiten 351.
— — Vergrößerung 306.
— — Verständigung 148.
— u. byzantinisches Reich 268. 297.
— u. Chalcidice 328.
— u. England 275. 355.
— u. Italien 343.
— Kammer, Auflösung 50.
— — Vertagung 190.
— u. Kreta 88. 97. 160.
— u. Mazedonien, christl. Bevölkerung 149.
— Mobilisierung 267.
— u. Montenegro 278. 355.
— Nationalversammlung, Auflösung 13.
— u. Prevesa 304.
— u. Rußland 260.
— — Athos 371.
— u. Saloniki 311.
— u. Serbien 355.
— — Bevölkerungszahl 322.
— — Ehrgeiz 336.
— u. Türkei 158. 286. 287. 296. 343.
— — Kämpfe 351.
— — Kretafrage 88.
— — Krieg 97. 160.
— u. Valona 336.
Grigorowitsch, russ. Admiral 216.
Guerrier, Professor 374.
Günzburg, Baron 166.
Gutschkow, Oktobristenführer 108. 109. 309.

H.

Haag, Schiedsgericht 350.
— — u. türk.-pers. Grenzfrage 148.
— Schiedshof 115. 116. 137.
— Konferenz 292.
Habibullah 179.
Habsburgische Monarchie u. slawische Untertanen 362.
— Zerfall 326.
Hadschi Adil, türk. Min. 233.
Hagia Sophia 305. 329. 343.
v. Hahnke, Generalfeldmarschall, Tod 50.
Haldane, Lord 22. 23. 106. 112. 212. 225.
— in Berlin 51. 52. 53. 58. 78. 94.
— u. Bonar Laws Rede 36.
— Kriegsminister 18.
— Lord-Kanzler 198.
— Mission 62.
Halil, Präs. der türk. Kammer 173.
Hamadan 333.
Hamed el Harba 176.
Hannekin 333.
Hanotaux, Gabriel 78. 79.
„Hansa", Luftschiff 267.
Hanyang 367.
Harcourt, Staatssekretär für die Kolonien 18.
Hardinge, Lord 359.
— Attentat 366. 374.
Harman, demokrat. Kandidat 152.
Harmon 74. 199.
Hartshorn, Vernon, Walliser Arbeiterführer 111.
Hartwig 316.
Hay-Pauncefote-Vertrag 254. 365.
Heinrich, Prinz, in Tokio 267.
Heinrich IV., König v. England 76.
Helgoland 320.
Hermogen, Bischof von Saratow 38. 56. 57. 70. 108.
— Affäre 69.
— Maßregelung 48.
Hervé in Italien 327.
Herzegowina 59. 148.
— u. Österreich 370.

Heyking, Baron, ruſſ. Generalkonſul 171.
„Hilfe“ 292.
Hintze, Profeſſor 358.
Hirſt, Francis W. 292. 293.
— Rede in Hull 318.
Hobhouſe, Kanzler von Lancaſter 19.
Holland, Flotte 342.
Honkongbank 200.
Hughes, republik. Kandidat 152.
Hunihara, erſter Sekretär der japan. Botſchaft in Waſhington 12.
Huſſein Djavid 160.

J.

„Das 20. Jahrhundert“, ruſſ. Zeitſchrift 114.
Jamagata, Fürſt 357.
— Attentat 369.
Janina 351.
— Friedenskonferenz der Balkanſtaaten 351.
Jantſchewski, Dmitri 352.
Japan u. Amerika 2. 375.
— u. China 2. 40. 44. 118. 136. 142. 264. 273. 358.
— — Anleihe 91.
— — Annäherung 350.
— — Banknotenaufkauf 136.
— — deutſch-franz.-amerik.-engl. Syndikat 42.
— — Integrität 65.
— — Intereſſen 43.
— — Kompenſationen 54.
— — Revolution 98.
— — u. Rußland 180.
— Einkommenſteuer 293.
— u. England 293. 321. 341.
— — Amerika, Intereſſen 255.
— — Bündnis 321. 327.
— — Flottenſtärke 103.
— — Unterſtützung 374.
— — Verträge 317. 318.
— Friedenspolitik 368.
— Genro 264.
— u. Indien, Literatur 366.
— innerer Konflikt 357.
— und Islam 161.
— Kriegsminiſter, Demiſſion 336.
— Kriegsvorbereitung 357.
— u. Mandſchurei 43. 74.
— — ſüdliche 64. 99. 118. 142. 317. 350.
— Mikado, Erkrankung 244.
Japan, Mikado, Tod 251.
— — der neue 251.
— u. Mongolei 128. 143. 161. 179. 317.
— u. Oſtaſien 374.
— u. panaſiat. Bewegung 99.
— u. Priamurgebiet 99.
— revolutionäre Literatur 366.
— u. ruſſiſch-chineſ. Konflikt 358.
— u. Rußland 68. 136. 142. 148. 149 196. 197. 260. 264. 273. 274. 283. 290. 295. 317. 357.
— — Abkommen von 1910 42.
— — u. China 170. 242.
— — Krieg 99. 150. 280.
— — Mandſchurei 243. 357.
— — u. Mongolei 232.
— — Preſſe 170.
— — Teilungsvertrag 264.
— — Verſtändigung 318.
Jasnogorski, Kloſter 90.
Jaurès 33. 107. 114.
— in Deutſchland 327.
Idris, Scheich 220.
Jeliſawetpol, Peitſchenhiebe Erſchießung 127.
„Jeſtaſi“, Panzerſchiff 159.
Ili 40. 136.
Iliodor, Mönch 38. 56. 57. 70. 136.
— Affäre 69.
— Maßregelung 48.
„Illuſtrierte Zeitung“ 6.
Imbros, Beſetzung durch Griechen 304.
„Indian Sociologiſt“ 48. 367.
Indien 178. 179.
— Abgabenlaſt 202.
— u. China 3.
— u. England 96. 275. 288. 298. 342. 348.
— engländfeindl. Preßartikel 48. 49.
— Erhebung 374. 375.
— Erregung 141.
— u. Japan 374.
— — Literatur 366.
— Invaſion von Norden 333.
— u. ital.-türk. Krieg 124.
— Muſelmänner, Erregung 137. 272.
— Preſſe 367. 374.
— u. Rußland 283.
— — Eiſenbahn 273.
— — u. England 341.
— — Handel 52.
— transperſiſche Bahn 333.
Indigenen 96.
Indiſcher Ozean, Japan u. England 341.

Jollico, radikaler Politiker 20.
Joschihito, Kaiser v. Japan 264.
„Journal des Débats" 7. 34. 60. 61. 62. 69. 81. 93. 111. 113. 146. 164. 169. 183. 199. 226. 227. 233. 299. 300. 302. 303.
Irenu. Homerulefrage 87.
Irkutsk 128.
Irland u. England 123.
— Homerule 36.
— — Bill 122. 123.
— Lord-Leutnant 123.
— Parlament 122.
Islam u. Buddhismus, Allianz 161.
— Erregung 47.
— Erwachen 8.
— Fanatismus 9. 10.
— „Heiliger Krieg" 124.
— Panislamische Bewegung 125.
— -Völker, Beunruhigung 139.
„Islamic Fraternity" 367.
Ismail Hakka Boban Sade 160.
Ispahan 272.
Istiy, Moschee 297.
Iswolski, russ. Botschafter 64. 174. 175. 180. 229. 264. 269. 278. 369. 370.
— Ära 343.
— u. Balkanbund 148.
— pers. Politik 4. 5.
Italien 178.
— auf den ägäischen Inseln 150.
— u. Albanien 149. 330.
— u. Araber 88.
— u. Astropolis 159.
— u. Balkanstaaten 306.
— u. Dardanellen 150. 242. 248.
— — Forcierung 89.
— u. Dreibund 16. 308. 330.
— — Erneuerung 239.
— u. England 307.
— — Kohlenarbeiterstreik 85.
— u. Frankreich 260. 293. 294.
— — Freundschaft 35.
— — Kriegsrecht 115.
— — Manubastreit 31.
— — Marokkokrisis 308.
— — Zwischenfälle 34.
— u. Griechenland 343.
— Kriegsflotte 271.
— Kriegsschiffe in der Ägäis 138.
— u. Malta 320.
— u. Mazedonien 150.
— Mittelmeer-Abkommen 239.
Italien u. Nordafrika 8.
— u. Österreich 150. 301. 307. 336.
— — u. Albanien 89. 330.
— — Handelspolit. Interessen 314.
— Parlament, Wiedereröffnung 66.
— Presse 293.
— u. Rhodos, Landung 155. 169.
— u. Rußland 106. 260. 263. 301.
— — Inseln des Archipels 159.
— — Rückversicherungsvertrag 330.
— — Verabredungen 239.
— u. Sporaden, Besetzung 158.
— u. Stampalia, Besetzung 169.
— u. Tripelentente 308.
— u. Tripolis 9. 96. 125. 133. 197. 372.
— — Annexion 66. 114.
— — Krieg 139.
— — — Sieg bei Dorna 31.
— — Souveränität 151. 197.
— — Unternehmen 330.
— u. Türkei 205. 268. 287. 294. 372.
— — Beziehungen 149.
— — Dardanellen 141.
— — Frieden 106. 263. 280. 286.
— — — Aussichten 157.
— — — Bedingungen 88. 89. 96.
— — — Schluß 125. 293.
— — — Vorschläge 267.
— — Großmächtevermittlung 64.
— — Handelsinteressen 142.
— — Inseln 176.
— — Krieg 47. 75 83. 88. 123. 187. 213. 226.
— — — Friedenskommission 150.
— — Präliminarfrieden 277.
— — russ. Friedensbemühungen 114.
— — Vermittlungsversuche 13.
— — Verständigung 159.
— — Waffenstillstand 151.
— u. Verein. Staaten 151.
— Wahlreform 215.
Ito, Marquis 214.
Juanschikai 2. 40. 54. 55. 91. 99. 100. 117. 136. 137. 170. 265. 273. 303. 368.
— u. Anleihe 119.
— Attentat 41.
— u. Balkan 291.
— u. Dalai-Lama, Verhandlungen 100.
— „Lord Protektor" 73. 74.
— u. Mandschufürsten 41.
— u. Mongolei 128. 143. 291.
— — Fürsten 73.
— u. Peking 65.

Juanſchikai, Präſident der chineſ. Republik 42. 58. 65. 73.
— Reiſe nach Nanking aufgegeben 83.
— u. Sunjatſen 65. 127.
— u. Urga, Chutuchtu 128.
Judet, franz. Journaliſt 86. 107. 307.
Jungägypter 10.
Jungtürken 10. 370.
— Parteiweſen 372.
Juſchinski 170.
Juſth 144.

K.

Kalifornien 282.
Kalkutta 48. 49. 298.
— Mohammedanerkundgebung 267.
Kabylen u. Spanier 102.
Kanada 172. 178. 241.
— Annexion 152.
— u. England 255. 348. 349.
— — Flotte 256.
— engl. Einwanderung 28.
— Flotte 348.
— u. Mongolei als Auswanderungsgebiet 43.
— Verein. Staaten 349. 350.
— — Vereinbarungen 30.
Karadagh 90.
Karageorgewitſch, die 363.
Karol, König v. Rumänien 371. 377.
— u. v. Kiderlen-Waechter 377.
Kaſan, Intendanturprozeß 117.
Kaſchtſchi 15.
Kaſpiſches Meer 141.
Kaſſo, ruſſ. Miniſter 281.
Kaswin, ruſſ. Truppen zurückgezogen 54.
Katharina II. 282.
Katkow 210.
Katſura, Fürſt 214. 232. 242. 264. 357.
— Kabinett 368.
— Miniſterpräſident 351.
Kaukaſus 354.
— Frage 39.
— u. Perſien 39.
— ruſſ. Rüſtungen 45.
— ruſſ. Truppen 106.
— ruſſ. Verwaltung 46.
— u. Rußland 98.
— u. Türkei 98.
— Unruhe 279.
Kavala 324.
Kazim Bey 150.
Keetmanshoop — Windhuk, Eiſenbahneröffnung 93.
Kerman 333.
Khedive v. Ägypten 220. 221.
Khuen-Hedervary, Graf 56.
— Demiſſion 76. 144.
Kiachta 357.
Kiamil Paſcha 311.
— Präſident des Staatsrats 242.
v. Kiderlen-Waechter 67. 153. 376. 377.
— und deutſche Preſſe 60.
— Marokkopolitik 103.
— Reiſe 34.
— — nach Rom 62.
— in Rom 31.
— Rücktritt 106.
— — Gerücht 61.
— Tod 369.
— u. Türkei 34.
Kiew, Intendanturprozeß 117.
Kirk-Kiliſſe 286. 297.
Kisljar 89.
Kitchener, Lord 183. 307.
Knox, Staatsſekretär 11.
Kokowzew, ruſſ. Miniſterpräſident 116. 127. 168. 205. 216. 224. 225. 227. 233. 260. 281. 359. 364. 365.
— auswärtige Politik 361.
— Rücktritt 310.
„Kölbleismus“ 11.
Komitadſchis 297.
— Greuel 305.
Kongo, Franzöſiſch 143.
— Kompenſation 106.
Konow, norweg. Miniſterium, Demiſſion 58.
Konſtantin, Kaiſer 306.
— Kronprinz von Griechenland, Generalinſpektor der Armee 120.
Konſtantinopel, Brände 126.
— bulgariſch? 313.
— u. Bulgarien 324. 328.
— Cholera 320.
— chriſtl. Bevölkerung 308.
— europäiſche Freiſtadt 313.
— Fall 308.
— Frage 314. 322. 323.
— u. internationale Flotte 307.
— Landung fremder Matroſen 320
— Patriarch 297.
— perſ. Grenzkommiſſion 90.
— u. Rußland 316.
— -Saloniki, Eiſenbahn 297.
— als Siegespreis 306.

Konstantinopel mit Stadtterritorium 337.
— u. Türkei 329.
Köprüli, Attentat 297.
Korea 143.
Korfu 102.
Korostowetz, russ. Gesandter in China 326.
— Versetzung nach Marokko 117.
Kossuth 144.
Kostowitsch 222. 234.
Kotschana, Affäre 297.
Kovacs, ungar. Abgeordneter 198. 206.
Kowalski, Bischof der Mariaviten 38.
Koweit 334.
Krapotkin 210.
Kreta, Abgeordnete in Athen 277.
— Deputiertenwahl für Athen 97.
— französ. Mißerfolge 79.
— u. Griechenland 88. 97. 160.
— Herd der Unruhen 147.
— u. Schutzmächte 88.
— u. Türkei 97. 125.
— Unabhängigkeit 88.
„Kreuzzeitung" 54. 55. 83. 182. 249.
Krimkrieg 276. 290. 371.
Krishnawarma 367.
Krivoschein 310.
Kroatien, Aufhebung der Diktatur 144.
— Landtagsauflösung 31.
Kronstadt, Flottenmeuterei 271.
Krupenski, russ. Gesandter in Peking 117. 368.
Krupp, Hundertjahrfeier 267.
Kuba, Negerrevolte 199.
Kufra 115.
Kuldscha 40. 142.
Kulewtschi 287.
Kuljabko, Direktor der Kiewer Schutzpolizei 127.
Kurden u. Salar ed Dauleh 98.
Kurlow, Gehilfe des Ministers des Innern 127.
Kutuchtu von Urga 2. 43.

L.

La Follette, Präsidentschaftskandidat 153.
Lagercrantz 303. 364.
Landry, Marc 157.
Lansbury 219.
Lansdowne, Lord 61.
Larasch, Okkupation durch Spanien 7. 157.
Larkhall, Smillies Rede 27.
„Lateinische See" 144.
Laurier, Sir Wilfried 255. 348.
Lawton, Lanzelot 327.
Lea, Homer, General 2. 341. 342.
Lee, Arthur 102.
Leinert, Abgeordneter 174.
Leipzig, Grundsteinlegung des Russendenkmals 369.
Lemberg, Befestigung 352.
Lena-Goldfelder 145. 180.
— Aufstände 262.
— Unruhen 154.
Lepine, Polizeipräfekt 205.
Letten und Esten, Revolution 71.
Levante 325.
— Häfen 142.
— österr. Handel 344.
Libanon 204.
— u. Frankreich 373.
— Reformen 361.
„Liberté" 307.
Libyen 150. 294.
— Hafenplätze 263.
Lieven, Fürst, Admiral 225. 235. 259. 260.
Lihungtschang 358.
Lindhagen, Bürgermeister von Stockholm 146.
Lijuanhung, Vizepräsident von China 73. 83.
Lissabon, Revolution, Niederwerfung 48.
— Unruhen 215.
Livadia 158. 168.
Liverpool, Ausstand 75.
Lloyd George u. Bonar Laws Rede 37.
— Diktator des Kabinetts 53.
London, Balkankomitee 355.
— Börse 288.
— Botschafter-Beratung 336. 343. 346. 356.
— Delegierten-Beratungen 356.
— Friedenskonferenz 343. 362. 363. 371. 373.
— König Georgs Rückkehr v. Indien 41.
— Kolonialkonferenz 348.
— Suffragetten, Ausschreitungen 76.
— Truppenmobilisation infolge der Ausstände 75.
„Lookout" (Pseudonym) 83. 84.

Louis, franz. Botſchafter 174. 175. 225. 227. 234.
Low, Sidney James 320. 321. 322. 323.
Lowſon, Journaliſt 133.
— Beſuch in Deutſchland 130. 131.
Lubinſu 55.
Luitpold von Bayern, Prinzregent, Tod 351.
Lukacs, ungar. Miniſterpräſident 138. 144.
Luping 55.
Lutſchengſian, chineſ. Miniſter des Auswärtigen 127.
Lux, Hauptmann, Flucht 1.
Luxemburg u. Frankreich 347.
— Großherzog, Tod 66.
Lyautey, Generalreſident von Marokko 153. 156. 170. 192. 213. 231. 283.
— in Marakeſch 267.

M.

Macoch, Damaſi, Mönch, Prozeß 90.
McKenna 18.
Mac Mahon 309.
Madero, Präſident von Mexiko 41. 56. 83. 92.
Mahmud Mukhtar Paſcha, türk. Kriegsminiſter 233. 307.
— Verwundung 320.
Mahmud Schewket Paſcha 224. 232. 241.
Makarow, Rücktritt 369.
Malecka, Miß 171. 180.
Maliſſoren, Unruhen 267.
Malta 320.
— Konferenz 212.
Maluja, Aufſtände 95.
Malzeville vor Nancy, Frühjahrsrevue 93.
Manchester, Ausſtand 75.
„Manchester Guardian" 301. 317. 318. 332. 335. 338. 348. 363. 364.
Mandſchudynaſtie, Abdankung 41.
Mandſchurei 43.
— Anarchismus 40.
— Bahnen 2.
— u. China 39. 65. 74. 309. 358.
— u. Japan 64
— u. japaniſch-ruſſiſcher Vertrag 357.
— Nord-M. 142.
— — Annexion 374.
Mandſchurei, Nord-M. u. Rußland 148.
— u. ruſſ.-japan. Verhalten 74.
— u. Rußland 64. 142. 350. 356.
— Selbſtändigkeit 118. 133. 136.
— Süd-M., Chineſenflucht 264.
— — u. Japan 99. 118. 142. 350.
— Statusquo 242.
Mann, Tom, Arbeiterführer, Verhaftung 106.
Mannheim, franz. Flieger 265.
„Manuba", franz. Dampfer 34.
— Freilaſſung 31.
Manuchin 171.
Mariaviten 38.
Maritzamündung 329.
Marokko 109. 170. 183. 186. 213. 226. 231. 249.
— Abkommen u. v. Kiderlen-Waechter 377.
— Affäre 50.
— u. Algier 155.
— Aufſtand 155.
— Deſertionen bei ſcherif. Truppen 153.
— u. Deutſchland 104. 129.
— u. England 104.
— engl.-franz. Verträge 78.
— Erhebung in Sus 222.
— europafeindl. Erregung 140.
— Frage 6. 103. 104. 370.
— — Löſung 59.
— u. Frankreich 95. 96. 104. 139. 176. 273. 284. 308.
— — u. Deutſchland 370.
— — Geheimvertrag 156.
— — Gelbbuch 341.
— — Kämpfe 370.
— — pekuniäre Verluſte 153.
— — Schutzvertrag 112.
— — Mißerfolge 79.
— franzöſiſch-ſpaniſche Differenzen 379.
— — Verſtändigung 302.
— — Vertrag 294.
— Heiliger Krieg 155.
— u. ital.-türk. Krieg 123.
— Kämpfe 133.
— Kriſis 308.
— Regentſchaft 156.
— Reſervoir ſchwarzer Truppen 146.
— u. Spanien 104. 170.
— ſpaniſch-franzöſ. Differenz 133.
— Tardieus Buch 144.
— Teilung 134.
— u. Tunis 155.
— unſichere Lage 153.

Marokko, Vertrag 107. 359.
Marrakesch 222. 231.
— Belagerungszustand 267.
Marschall v. Bieberstein, Freiherr 172. 229.
— in Berlin 155.
— Tod 267.
— Versetzung nach London 160.
Marshall 252.
Martin 183.
Masenderan, Erhebung 54.
— russ. Truppen 141.
Matapan, Kap 325.
Mazedo-Bulgaren 149.
Mazedo-Griechen 149.
Mazedonien 64. 188. 205. 220. 260. 278. 297. 329.
— u. Albanien, revolutionäre Komitees 126.
— allgem. Aufstand 13.
— Autonomie 115.
— Bandenkämpfe 269.
— „Befreiung" 288.
— u. Bulgarien 268. 305.
— bulgar. Banden 148.
— u. bulgar. Komitees 126.
— christl. Bevölkerung 149.
— Herd der Unruhen 147.
— u. Italien 150.
— montenegr. Banden 148.
— Organisationskomitee 115.
— u. Österreich 324.
— Problem 149.
— u. Rußland 115.
— u. Türkei 297.
— — Suzeränität 298.
Menschikow, russ. Journalist 4. 161. 162. 217. 218. 219. 227. 282. 338. 340. 341.
Mesched (Persien) 110.
— russ. Bombardement 116. 141. 148.
— Demonstrationen für den Exschah 54.
Meschedisser, russ. Truppen 54.
Mesopotamien, Eisenbahn 334.
Metternich 73.
Mexiko, amerikan. Truppen an der Grenze 41.
— Bürgerkrieg 92.
— Rebellenniederlagen 120.
— Revolution u. amerik. Intervention 119.
— Unruhen 56. 83. 110.
— u. Verein. Staaten 83. 92. 285.
Mijatowitsch 297.
Milan 372.
Miletic, bulgar. Professor 115.
Miljukow 168.
Millerand, franz. Minister 28. 113. 132.
Milowanowitsch 215.
— serb. Ministerium, Demission 41.
Minkow 268.
Mittelmeer, Frage 34.
— Gleichgewichtsproblem 221.
— „Lateinische See" 144.
Monastir, Einnahme 320.
— Fall 328.
Mohammed Ali 13 44. 272. 298 335.
— Abzug aus Persien 89.
— Juwelenschatz, Versteigerung 140.
— in Odessa 98.
— Reise nach London 116.
— u. Rußland 98.
— Vertreibung 140.
Mohammed V. 324.
Mohammedaner u. Christen 297.
Mohammera 333. 334.
Mohrenheim, russ. Botschafter 210.
Mongolei 42. 142. 374.
— Armee 303.
— als Auswanderungsgebiet 43.
— u. auswärt. Staaten 368.
— Autonomie 148.
— — Proklamation 128.
— Bauernkolonisation 367.
— u. China 65. 100. 143. 309. 317. 350.
— Chineseneinwanderung 2. 358.
— Chutuchtu 303.
— — Mißwirtschaft 350.
— Frage 40.
— — u. Rußland 42.
— Fürsten 367. 368.
— — u. Juanschikai 73.
— u. Japan 128. 143.
— Militärgrenzer 119.
— u. Rußland 106. 136. 143. 148. 291. 303. 327.
— — Annexion 64.
— — Gerichte 327.
— — Handel 43. 291.
— — Instrukteure 128.
— — Protektorat 43. 317.
— — Subsidien 303.
— — Truppen 136.
— — Vertrag 317.
— Selbständigkeit 118. 133.
— Unabhängigkeit 13. 42. 291.
— — Proklamation 2.
— u. Verein. Staaten 128.

„Mongolische Gesellschaft“ 43.
Monroedoktrin 11. 154. 254.
Montenegro 147.
— u. Albanien 355.
— antidynastische Partei 363.
— u. Belgrad 344.
— u. Bulgarien 268. 277. 343. 344. 371.
— — Konvention 316.
— — Vergrößerung 306.
— dynast. Ehrgeiz 269.
— u. England 355.
— Erfolge 277.
— Grenzkrieg 263. 287.
— u. Griechenland 278. 355.
— Kriegsbeginn 277.
— u. Mazedonien 148.
— u. Österreich 159. 316.
— u. Rußland 55. 260. 329.
— u. Sandschak 316.
— u. Serbien 355.
— — Gegensätze 363.
— u. Skutari 295.
— u. Türkei 14. 126. 158. 260. 267. 277. 286. 296.
— — Kriegserklärung 267. 280.
— — Waffenstillstand 336.
— Vergrößerung 344.
— Vorspiel 295.
— u. Wales, Größenverhältnis 322.
Montgeron, Automobilbanditen 113.
Morel, E. D. 103. 104. 105. 107. 133. 134. 191. 341.
Morley, Lord 4. 53. 273.
Mornard, Nachfolger von Schuster 24. 74. 116.
„Morning Post“ 182. 184.
Morrison, Dr. 265. 273.
Moskau, engl. Parlamentarier, Besuch 4.
— französ. Besuch 56.
— Intendanturprozeß 117.
— Konzil 48.
— Presse 352.
— slaw. Komitee 268.
„Moskowskija Wjedomosti“ 70.
Mukden, Kaiserpalast, Schätze 44.
Mulay Hafid, Sultan 32. 95. 112. 141. 153. 176. 213.
— Abdankung 156. 267.
— — Absicht 96.
— u. Protektorat 157.
— Reise nach Paris 156.
Mulay Hafid u. de Selves 156.
Murphy 252.
Mutsohito, Kaiser von Japan 258.

N.

Nachinst, Räuberbande 127.
Nail Bei, türk. Finanzminister 169.
Nancy 157.
— Befestigung 265.
Nanting 117.
— Hauptstadt von China 65.
— provisor. Regierung, Demission 65.
— Truppen 170.
— — Revolte 136.
Napoleon I. 204. 283. 312. 313. 342.
— in St. Helena 67. 68.
Napoleon III. 204.
Nairul Mulk, Regent von Persien 140. 141.
Naiim Bei, Dr. 159.
Najim Pascha 311. 328.
„Nation, The“ 15. 16. 17. 18. 255. 274. 301.
National Liberal Federation 292. 332. 341.
„National Review“ 355.
Nauen, Funkenstation, Einsturz 110.
Navy League 349.
Nekljudow, russ. Gesandter 168
„Nelsons“, Schlachtschiffe 256.
Neumexiko, Territorium 13.
Neuseeland u. England 256.
— Folgen des allgem. Stimmrechts 20.
— u. Mongolei als Auswanderungsgebiet 43.
New York, Friedensbankett 11.
„New York American“ 254.
„New York Call“ 284.
„New York Herald“ 196.
„New York Preß“ 355. 365.
Nicholson u. Cambon 134.
Nietzsche 77.
Nikita, König von Montenegro 64. 205. 363.
— in Petersburg 50. 55.
— Thronkandidat für Albanien 344.
— in Wien 198.
Nikolajew, Dmitri 347. 348.
Nikolajewitsch, Nikolai, Großfürst 270.
Nikolaus I. 207. 306. 371.
Nikolaus II, Zar von Rußland 171. 233. 278. 281. 346.

Nikolaus II., Schiedsspruch 316.
— u. Kaiser Wilhelm II. 68. 270.
Njegoš, die 363.
Nineteenth Century 161.
Nizza, Denkmalsenthüllung 133.
Nogi, Feldmarschall, Selbstmord 267.
Nord u. Süd 182. 219.
Northwich 292.
Norwegen, Frauen, Zulassung zu Staatsämtern 31.
Nottingham, Konferenz 332.
Nowgorod 339.
„Nowoje Wremja" 4. 15. 29. 39. 44. 45. 46. 54. 64. 70. 72. 73. 74. 86. 90. 97. 98. 106. 116. 126. 127. 135. 143. 158. 159. 171. 179. 180. 193. 205. 219. 220. 228. 234. 236. 243. 249. 268. 276. 281. 283. 303. 313. 314. 325. 326. 338. 346. 352. 356. 358. 362. 367. 368.
Nowossjelow 70.

O.

„Observer" 182. 184.
Ochridasee 316.
Odessa, Flottenmeuterei 271.
O'Gorman, Senator 252. 253.
Oleg 313.
Olivier, Emile 237.
„Olympic", Dampfschiff 26.
Ono, japan. Oberst 54.
Orient, Beruhigung 106.
— u. Deutschland 106.
— u. Englands Interessen 345.
— Frage 89. 345. 373.
— — endgültige Lösung 322.
— — u. v. Kiderlen-Waechter 377.
— u. Frankreich 307.
— — Einfluß 361.
— Krisis 270. 298.
— naher 147.
— Politik 377.
— u. Rußlands Interessen 345.
„Orion", Dampfschiff 26.
Orozko, Pascual, General 56.
Ostasien, Frage 42.
— Rußland u. England 374.
Osten-Sacken, russ. Botschafter 182. 205.
Österreich, Abgeordnetenhaus 359.
— u. Adria 344.
— u. Albanien 352.
— Anleihe u. engl.-franz.-russ. Zusammengehen 29.
Österreich, Ausstände 376.
— u. Balkan 314. 353. 354.
— — Föderation 325.
— — Handel u. Finanzen 324.
— — Staaten 267. 306. 353. 360.
— — Teilung 168.
— Bergarbeiterstreik 102.
— u. Bosnien-Herzegowina 362. 370.
— u. Bulgarien 331.
— — Garantien 306.
— — Konflikt 331.
— u. Deutschland 337. 344. 352. 354. 355.
— — Bündnis u. Rußland 263.
— — Bündnisvertrag von 1888 209.
— — Feldzugspläne 347.
— — Rückzug 369.
— — Unterstützung 315.
— Dreibund, Erneuerung 239.
— u. Durazzo 353.
— u. England 307.
— u. europäische Konferenz 331.
— u. Italien 150. 301. 307. 336.
— — u. Albanien 89. 330.
— — Handelspolit. Interessen 314.
— Kriegsbereitschaft 280.
— Kriegsleistungsgesetz 359.
— u. Levante, Handel 344.
— u. Mazedonien 324.
— Mobilisierung 299. 352. 354.
— u. Montenegro 159. 316.
— u. Nikolaus II. 346.
— u. panalbanischer Aufstand 331.
— Presse 346.
— u. Rumänien 331.
— u. Russisch-Polen 289.
— u. Rußland 106. 275. 276. 280. 281. 282. 290. 299. 301. 315. 325. 330. 337. 338. 346. 347. 352. 353. 362. 364. 373.
— — Angriff 352.
— — u. Balkanhalbinsel 344.
— — Konflikt 316.
— — Krieg 360.
— — — Aussicht 354.
— — — Bereitschaft 359. 360.
— — — Ruf 362.
— — Rüstungen 354.
— — u. Slawen 299.
— — u. Türkei 279. 297.
— — Zusammenstoß 322.
— u. Saloniki 324.
— u. Serbien 64. 159. 324. 344. 352. 353. 355. 360.
— — Differenzen 325.

Österreich u. Serbien, Frage 356.
— — Gegensätze 322.
— — Hafenfrage 329. 354.
— — Konflikt 322.
— u. Slawen 353. 354.
— slawische Macht 353.
— sozialist. Partei 289.
— u. Statusquo 324.
— Südslawen, Zusammenschluß 141.
— u. Türkei 331. 353.
— — Balkanpolitik 64.
— Wehrvorlage, Annahme 215.
— Armee 324. 338.
Österreichisch-Polen, antirussische Stimmung 326.
Ouchy, Frieden 286.
— Präliminarfriede 277.
Ovama 357

P.

Pair-Séailles, Charles 133.
Palästina u. England 298.
Palmrot 303.
Panalbanischer Aufstand u. Serbien 331.
Panamakanal, Akte 365. 366.
— Frage 254. 375.
— u. Roosevelt 30.
— Zölle 302.
Panasiatische Bewegung 99.
Panislamitische Bestrebungen 10.
„Panther", Entsendung nach Agadir 50.
Parensow, General 315.
Paris, Apachen und Fremdenzufluß 114.
— Panik 359.
— Revue am 14. Juli 153.
Pasitsch, serb. Ministerpräs. 314.
Pease, Präsident des bord of Education 19.
Peez, Alexander von 76.
Peitraschwili, Lado, Terrorist, Erschießung 127.
Peking, Gesandtschaften, Schutz durch europäische u. japanische Truppen 83.
— Gesandtschaftsviertel 65.
— u. Juanschikai 65.
— Verhaftung hoher Offizere 267.
— -Tientsin, Eisenbahn, Besetzung 21.
Persien 109. 175. 188. 213.
— afghanische Truppen 161.
— anarchische Zustände 98.
Persien, Anleihe 89.
— Autonomie 335.
— Bombardierung von Meschhed 161.
— Bürgerkrieg 373.
— u. China 335.
— u. Deutschland 334. 335.
— Eisenbahnen 52. 333. 334.
— u. England 141. 272. 273. 298. 334. 335. 338.
— — Blaubuch 135.
— — Intrigen 172.
— — Schwierigkeiten 335.
— engl.-russ. Abkommen 4. 44.
— europafeindl. Erregung 140.
— Fidai 39.
— Finanzen 74. 373.
— — Reform 140.
— — Zusammenbruch 39.
— Frage 272. 373.
— französ.-russisches Programm 298.
— Grenzkommission in Konstantinopel 90.
— Handel 333. 373.
— Heer 373.
— u. indische Literatur 366.
— Integrität 64. 140.
— u. Kaukasus 39.
— Lage 334.
— Medschlis 74.
— Mornards Ernennung zum Generalschatzmeister 25.
— Niederlage d. Regierungstruppen 13.
— panislamische Bewegung 161.
— politische Verhältnisse 333.
— Regeneration 334.
— Regentschaft 156.
— Regierung 171.
russ.-engl. Abkommen v. 1907 116. 140.
— u. Rußland 106. 115. 116. 140. 141. 148. 171. 272. 273. 298. 333. 338. 356.
— — u. England 345.
— — Okkupation 39.
— — Truppen 15. 303.
— Saad ed Daulehs Berufung 309.
— Schah 171.
— Schusters Entlassung 1.
— schwedische Offiziere als Instruktoren 116.
Teilung 4. 45. 244.
— Truppen 171.
— u. Türkei 98. 115.
— — Entwicklung 334.
— — Grenzrichtung 148.

Persien u. Türkei, Kommission 137.
— — Truppen 15.
— u. Urmia 98.
— Verhältnisse 74.
Persischer Golf 5. 333. 334. 357
Peru, Börsenpanik 288.
„Pester Lloyd" 306.
Peter, König von Serbien 277. 363.
Peter der Große 282. 337.
Peterpaulsfestung, Diebstahl 117.
Petersburg, Besuch englischer Notabilitäten 37.
— Börse 288.
— engl. Besuch 4. 38. 51.
— französ. Besuch 56.
— Intendanturprozesse 117.
— Kommuniqué 270.
— Ochrana 339.
— Presse 326. 352.
— Richter-Verhaftungen 364.
— slaw. Komitee 268.
— Studentendemonstration 154.
— Telegraphenagentur 367.
— u. transpersische Bahn 333.
— Unruhen u. Lena-Arbeiterstreik 154.
„Petersburger Zeitung" 124.
„Le petit Comtois", Besançon 130.
Philippinen, Amerikas Erwerbung 151.
Pichon 6. 50. 51.
Pilenko 54. 73.
Plewna 287.
Pobedonoszew 208.
Poincaré, franz. Ministerpräsident 7. 34. 107. 207. 213. 225. 262. 270. 284. 308. 315. 330. 344. 347. 359. 360. 363. 371. 375.
— Formel 324.
— Konferenzidee 331.
— Ministerium 22. 28. 33. 47. 50. 189.
— — u. Wahlreform 64. 153.
— in Nantes 295. 300.
— in Petersburg 267.
— Präsidentschaftskandidat 309.
— Rede 345.
— u. Ssasonow 271.
Poklewski, russ. Gesandter in Teheran 5. 74. 140. 141.
Pokrowski, Gehilfe des russ. Finanzministers 127.
Polen, Bauernkrieg 72.
— Erhebung gegen Rußland 338. 352.
Polen, österreichische u. Deutschland 315.
— Reformation 72.
— Russisch-, „Zaranie", neue Partei 71.
— u. Türkei 289.
— Unzufriedenheit 279.
Poliwanow, General 168.
Poltschinski, Ingenieur 164.
Portsmouth, Frieden 357.
— Friedenskommission 150.
Portugal, afrik. Kolonien 17.
— Ausstände 376.
— Differentialtarif 104.
— Generalstreik 31.
— Ministerium, Demission 190.
— Monarchisten, Ansturm 250.
— Niedergang 376.
— rotes Regiment 19.
Portugiesisch-Angola 17.
Potsdam, deutsch-russ. Verständigung 79. 333.
Preußen, Landtag, Eröffnung 22.
— — Vertagung 110.
Prevesa, Einnahme durch Griechen 304.
Priamurgebiet 99.
Prizrend 336.

R.

Rabat 156.
Racconigi, Vereinbarungen 330.
Radionow 339.
Rasputin 70.
— Affäre 56. 57. 69. 91. 108. 116.
— Reise in die Krim 117.
Redmond 137.
Regnault 95. 112. 141. 153.
Reschi 3.
— russ. Truppen 54.
Reval, Flottenmeuterei 271.
— Zusammenkunft 115.
Reventlow, Graf 341.
Révoil, Paul, Direktor der Ottoman. Bank 169.
„Revue des deux mondes" 8.
„Revue Hebdomadaire" 78.
Rheinland, Arbeitswilligenschutz durch Militär 93.
Rhodos, Einnahme 158.
— italien. Landung 155.
Ribot, franz. Politiker 50. 51. 375.
Ricux, Schloß 113.
„Rjetsch" 262.

Robaglio, Barthélemy, Sekretär des Munizipalrats Paris 56.
Roberts, Lord 22. 300. 301. 302. 367.
Rodsjänko, Präsident 336.
Roget, franz. General 130. 132.
Romanones, Graf, spanischer Ministerpräsident 320.
Roosevelt 119. 254. 302. 375.
— Aussichten, günstige 137.
— u. Chicago 119.
— u. Panamakanal 30.
— Partei 119. 253.
— Präsidentschaftskandidat 74. 152. 253.
— und Schiedsverträge 11.
— Stimmenzahl 153.
— u. Taft 21. 30. 91. 152. 197. 214. 215.
Rosebery, Rede gegen Greys Ententepolitik 22. 23.
Roussel, Felix, Präsident der Pariser Munizipalität 56.
Rumänen, österreichische 364.
Rumänien u. Balkan, Bund 325.
— — — Beitritt 364.
— — Krisis 302.
— u. Frankreich, Anleihen 280.
— Neutralität 347.
— Orientpolitik 377.
— u. Österreich 331.
— Parlamentseröffnung 343.
— u. Rußland 276. 347. 371.
— — Abkommen 364.
— Thronfolger 336.
Rumjanzow 313.
Runciman, Mr., Präsident der Landwirtschaftskammer 301.
„Russian Atrocities" 273.
Rußland 178. 371.
— u. Adria 329.
— — Hafen 339.
— u. Adrianopel 343.
— u. Afghanistan 209.
— Alkoholgesetz, Annahme in der Duma 100.
— allrussisches Konzil 57. 108. 109.
— u. Amerika 375.
— u. amerik. Juden 195.
— u. Amurgebiet 358.
— Anarchie 339.
— „Anarchie im Volke" 339.
— Anarchismus 162. 290.
— Anleihe 270.
— Annexionspolitik 139. 142.
— Apachen 339.
Rußland, Arbeiter 165.
— — Fürsorge 166.
— — Partei 289.
— arische Rasse 161.
— Armee, Reorganisation 168.
— u. Armenien 373.
— ärztliche Genossenschaften 167.
— u. Asien 126. 127.
— — Zentral-A. 142.
— Auswärt. Amt 73.
— — Angriffe 64. 90.
— — u. Nowoje Wremja 135.
— auswärtige Politik 170. 226. 359.
— Balkan 276.
— — Bund 343. 370.
— — Halbinsel 337. 347.
— — — Teilung 168.
— — Könige 260.
— — Krieg 279. 289. 290.
— — — Neutralität 287.
— — Krisis 288.
— — Rivalen 373.
— — Staaten 278. 281. 305. 315. 316. 353.
— — — Militärkonvention 158.
— Banscho Dorschiew 161.
— Bauern, Rechtlosigkeit 167.
— — Befreiung 207.
— u. „Befreiungspolitik" 372.
— Berliner Vertrag von 1878 209.
— u. Bosporus 323.
— Branntweinmonopol 340.
— u. Bulgarien 260. 278. 279. 281. 305. 306. 337. 345. 371. 372.
— — Allianz 168. 205.
— — Balkanbund 343.
— — Erklärung 258.
— — u. Konstantinopel 323.
— — politische Vormundschaft 313.
— Chauvinismus 362. 369.
— u. China 2. 40. 44. 54. 116. 118. 136. 148. 264. 273. 291. 350. 356 358. 367.
— — Anleihe 91.
— — deutsch-franz.-amerik.-engl. Syndikat 42.
— — u. Europa 196.
— — Forderungen 368.
— — Frage 282.
— — Krieg 43. 99.
— — — Prophezeiung 309.
— — Mandschureifrage 149.
— — Mongolei, Frage 136. 137. 149. 357.
— — — Unabhängigkeit 13.

Rußland u. China, Mongolei, Vertrag 326.
— — Republik 65.
— — Ultimatum 99.
— u. Daghestaner 47.
— u. Dardanellen 306. 323. 357.
— Defraudationsprozesse 195.
— u. deutsch-engl. Verhandlungen 67.
— u. deutsch-österr. Bündnis 263.
— u. Deutschland 142. 260. 276. 283. 334. 336. 337. 345. 352. 354.
— — Beziehungen 216.
— — Flotte 228.
— — Kriegsmöglichkeit 217.
— — Kriegsruf 362.
— — Potsdamer Verständigung 79.
— Diplomatie, Angriffe 90.
— u. Dreibund 260.
— Duma 100. 215. 218. 219.
— — dritte 166. 374.
— — vierte 154. 326. 340. 374.
— — Auflösung 267.
— — Eröffnung 336.
— — u. Hungersnot 83.
— — u. Kirchenkonzil 101.
— — u. Krieg 300.
— — u. Synod 107.
— — Verhandlungen 364.
— — Wahlen 117. 127. 262. 274. 309. 319.
— Eisenbahnkonzessionen 201.
— — politik 195.
— u. England 3. 4. 201. 202. 260. 261. 275. 276. 282. 283. 288. 334. 336. 341. 345. 346. 347.
— — Abhängigkeit 18. 374.
— — Abkommen 271. 321. 333.
— — Amerika, Interessen 255.
— — Anschluß 369.
— — Eifersucht 98.
— — Entente 37. 345.
— — Freundschaft 332.
— — Großkapital, Vereinbarungen 52.
— — u. Konstantinopel 306.
— — Meinungsaustausch 147.
— — u. Mongolei 25.
— — Orient 228. 345.
— — u. Persien 171. 338. 345.
— — — Abkommen 16. 272. 373.
— — — Frage, Einigung 44. 45.
— — — Politik 64. 135.
— — — Problem 279.
— — — Teilung 244.
— — — Verhandlungen 54.
— — pers.-ind. Eisenbahn 272.
Rußland u. England, Problem von 1907 161.
— — Serbien 316.
— — Suda 159.
— — u. Türkei 279.
— — Unterstützung 330.
— — Vertrag von 1907 366.
— — u. Zentralasien 345.
— engl. Besuch 48.
— u. englisch-japanischer Vertrag 318.
— u. engl. Kohlenarbeiterstreik 86.
— u. europäischer Konflikt 68.
— u. Ferdinand v. Bulgarien 372.
— Finanzen 374.
— u. Finnland 364.
— — Privilegien 211.
— Flotte 271. 351.
— — Aufstand 261.
— — Etat 168.
— — Meuterei 267.
— — Programm 271.
— — Vorlage 215. 216. 224. 225.
— u. Frankreich 174. 175. 261. 266. 276. 283. 288. 300. 330. 338. 345. 346. 347. 360. 361. 369.
— — Anleihen 280.
— — u. Balkankrieg 286.
— — Beziehungen 67. 68.
— — Bündnis 80. 147. 227. 271. 373.
— — das heutige 165.
— — Kapital 133. 175.
— — Kleinasien, Bahnbau 361.
— — Kombination 260.
— — Marinekonvention 259. 270.
— — Orientpolitik 175. 338.
— — Petersburger Kommuniqué 259.
— — Presse 275. 352.
— — u. Serbien 316.
— — Unterstützung 330.
— Gefängnisse 167.
— Generalstreik 296.
— Grenzen, Erweiterung 162.
— u. Griechenland 260.
— — Athos 371.
— u. Haager Schiedshof 116. 350.
— u. Hagia Sophia 305. 343.
— Halbmond-Beschützer 371.
— Handel u. Mongolei 291.
— Heer u. Flotte 279.
— Huligans 340.
— Hungersnot 82. 135. 136. 166.
— u. Japan 136. 142. 148. 149. 260. 264. 273. 274. 283. 290. 295. 317. 357.
— — Abkommen von 1910 42.

Rußland u. Japan u. China 170. 180.
— — Frage 282.
— — Krieg 99. 150. 211. 280.
— — u. Mandschurei 357.
— — Teilung 243.
— Mongolei, Teilung 232.
— — Sieg 68.
— Teilungsvertrag 264
— Verständigung 318.
u. Indien 283.
— Eisenbahnen 202. 273.
— Handel 52.
— innere Politik 374.
— innere Verhältnisse 67. 274. 288. 338.
— Intelligenz 162.
— — und Junghegelianer 165.
— Intendanturprozesse 117.
Intrigen 335.
— u. Italien 106. 168. 260. 263. 301.
— Inseln des Archipels 159.
— Rückversicherungsvertrag 330.
— Justiz 180.
— Kadetten 167.
— Kapitalien in Deutschland 346.
— u. Kaukasus 98.
Kirche 339.
— — orthodoxe 69.
russische und katholische (polnische) 91.
u. Trunksucht 340.
— Vereinigung mit der anglikanischen 48.
— — Konzil 100. 101. 144.
— — Reformen 100. 101.
— u. Kleinasien 356.
— — Bahnbau 133.
— Kleinrußland, Erregung 274.
— Kolonisation am Amur 245.
— konservative Presse 171.
— u. Konstantinopel 313. 316. 323. 329.
— Krieg 354.
— — u. Presse 341.
— — Bereitschaft 46. 48. 280.
— — Lust 345.
— — Plan 360.
— u. Kuldscha 142. 161.
Kurtisanen 162.
— Leistungsfähigkeit 261.
— Lena-Goldwäscherei 164.
— — Arbeiterausstand 145.
— liberale Presse 171.
— Livadiareise der russ. Minister 167.
— u. Londoner Geldmarkt 247.
Rußland u. Mandschurei 43. 71. 118. 142. 350. 356.
— Bahn 201.
— Nord-M. 148. 374.
— — — Annexion 64.
— Mariaviten 38.
— „Matratze, die symbolische" 351.
— u. Mazedonien 115.
— u. Meerengenfrage 353.
— Merw annektiert 209.
— Meutereien 271. 279. 341.
— Mobilisierung 347. 352. 360.
— u. Mohammed Ali 14. 98. 272.
— u. Mongolei 2. 3. 55. 106. 118. 136. 143. 148. 291. 303. 327. 374.
— Annexion 64.
— Eisenbahn 201.
— Frage 42.
— Gerichte 327.
— Instrukteure 128.
— Vertrag 317.
— — Warenexport 43.
— „Mongolische Gesellschaft" 43.
— u. Montenegro 55. 260. 329.
— Moral 162.
— Mystizismus 162.
— u. Nachbarn 162.
— Nationalisten 280.
— Kongreß gegen Juden 91.
— — gegen Polen 91.
— Wahlparole 91.
— — Presse 276.
— Neutralität 325.
— Nihilismus 208. 209. 290.
— — und Terrorismus 165.
— öffentl. Meinung 257. 278. 281. 345. 352.
für Krieg 331.
u. offiz. Politik 299.
— Oktobristen 195.
— — u. Rasputin-Affäre 70.
— u. Osmanenherrschaft 372.
— — u. Ostasien, Eisenbahnen 209.
— — Politik, Angriffe 90.
— u. Österreich 106. 168. 275. 276. 280. 281. 282. 290. 299. 301. 315. 325. 330. 337. 338. 346. 347. 352. 353. 362. 364. 373.
— Anleihe 29.
— — u. Balkanhalbinsel 344.
— — Galizien 364.
— Konflikt 316.
— — Krieg 360.
— — — Aussicht 354.
— — — Bereitschaft 359. 360.

Rußland u. Österreich, Kriegsruf 362.
— — Rüstungen 354.
— — u. Slawen 299. 338.
— — u. Türkei 279. 297.
— — Zusammenstoß 322.
— panslawistischer Gedanke 337.
— Parlamentsverhandlungen 102. 164.
— Patriarchat, Wiederherstellung 38.
— u. Persien 39. 74. 106. 115. 116. 140. 141. 148. 202. 272. 273. 298. 303. 310. 333. 338. 356.
— — Anleihe 89.
— — Bahnen 334.
— — Frage 282.
— — Politik 3. 4. 25. 45. 98.
— — — Angriffe 90.
— — — u. England 15.
— — — u. Presse 74. 89.
— — — u. Türkei 15.
— u. persisch-türkischer Grenzstreit 14.
— u. Persischer Golf 357.
— Polen, antirussische Stimmung 326.
— — Erhebung 338.
— — Erregung 274.
— — Gärung 338.
— — u. Nationalistenkongreß 91.
— — u. Österreich 289.
— — Revolution 289. 360.
— — Stimmung 338.
— — Truppenverstärkungen 360.
— Politische Wünsche 371.
— Polizei 339.
— Presse 73. 262. 270. 280. 322. 329. 341. 367.
— — Einfluß 360.
— — u. Japan 170.
— — u. Regierung 116.
— — u. Sasonow 116.
— Prügelstrafe 339.
— Regierung u. Presse 116.
— Reichsbank u. Bulgarien 289.
— Reichsrat 219.
— Reichsschatz 216.
— Revolution 68. 211. 274. 275. 289. 290. 295.
— — die nächste 194.
— Revolutionäre 261.
— revolut. Regierung 262.
— Ritualmord 170. 171.
— u. Rumänien 276. 347. 371.
— — Abkommen 364.
— Rüstung 315.
— u. Salar ed Dauleh 334.
— Schwarze Meer-Flotte 39. 323.
Rußland, Schwarze Meer-Flotte, Unbrauchbarkeit 159.
— Seemacht, Erneuerung 261.
— Selbstmord 162.
— u. Serbien 260. 278. 281. 314. 315. 325. 329. 344. 356. 371.
— — Bündnis 205.
— — Hafenfrage 354.
— — Interessen 330.
— — Vertrag 220.
— u. Slawen 353.
— — Frage 282.
— — Haß gegen Deutschland 238.
— — Vorposten 337.
— u. Sokolfeste in Böhmen 236.
— Sozialdemokraten 167. 289.
— Sozialrevolutionäre, Kongreß 240.
— Staatsschuld 82.
— Streik v. Arbeitern u. Studenten 341.
— Studenten- u. Arbeiterunruhen 154.
— Synod u. Duma 107.
— — —Zwistigkeiten 38.
— u. Tibet 118.
— Teke-Turkmenen unterworfen 209.
— Thronfolger 302. 310.
— transpersische Bahn 201. 246. 247.
— u. Tripelentente 338.
— Trunksucht 339. 340.
— Truppenkonzentrationen 330.
— — an der Westgrenze 338.
— u. Tschetschenzen 47.
— u. Türkei 106. 158. 175. 272. 275. 276. 281. 286. 287. 290. 299. 306. 313. 316. 317. 325. 329. 337. 353. 354. 372. 373.
— — Adrianopel 363.
— — Beziehungen 115.
— — Frage 282.
— — Handel, Schädigung 142.
— — u. Italien 197.
— — kaukasische Frage 39.
— — kleinasiat. Beziehungen 45.
— — Konstantinopel 323.
— — Krieg 1877/78 280.
— — u. Persien 47.
— — — Beziehungen 74.
— — — Grenzfrage 115.
— — — Konflikt 97.
— — — Politik 39. 89. 137.
— — Verhandlungen über Aufhebung des Vertrags v. 1900 90.
— u. türkisch-ital. Friedensschluß 114.
— u. Turkestan 106.
— u. Urmia 97. 98.
— u. Ussurigebiet 358.

Rußland, Verschwörung 262.
— Verurteilungen 127.
— Volksbewegung von 1905 164.
— Wahlen 154. 166. 240.
— Wahlgesetz, Abänderung 166.
— Wehrpflicht 207.
— — Reform, Annahme in der Duma 100.
— Zentenarfeier 166.
Ruthenen 326. 337.

S.

Saad ed Dauleh 309. 310.
Sabler, Oberprokureur des hl. Synod 38. 101. 107. 108. 116. 144.
Said Pascha, Großwesir 1. 14. 169.
— Erkrankung 14.
— Ministerium, Rücktrittsgesuch 14.
Sajonji, Rücktritt 357.
Salar ed Dauleh 54. 116. 135. 141. 171. 176. 179. 188. 203. 272. 334.
— Abzug aus Persien 89.
— Marsch nach Teheran 129.
— u. Kurden 98.
Salery, Militärrevue v. 1851 132.
Salisbury, Lord 305. 320.
Saloniki 149. 150. 316. 351. 359.
— bulgarisch? 313.
— Einrücken der Griechen 311.
— -Konstantinopel, Eisenbahn 297.
— u. Österreich 324.
„Samouprawa" 158.
Samos 158.
— Ermordung des Fürsten 102.
— Landung engl. u. franz. Truppen 267.
— Landung von Kretern 267.
— Schiffe der Schutzmächte 267.
Samsanes Saltaneh, Ministerpräsident 334.
Samuel, Generalpostmeister 19.
Sandschak Novibazar 344. 345.
— u. Montenegro 316.
San Giovanni di Medua 314. 328.
San Giuliano, ital. Minister 359.
— in Berlin 304. 308. 319.
Sanna, von Salar ed Dauleh besetzt 54.
Sanjibar, britisches Protektorat 320.
San Stefano 268. 287.
Saratow 135.
Sasonow s. Ssasonow.
„Saturday Review" 121.
Schamyl 157.
Schanghai, Arsenal 357.
Schauja 308.
Scheidemann, Ausscheiden aus dem Reichstagspräsidium 85.
Schemua, Feldmarschall-Leutnant in Berlin 328.
Schiff, Vertreter amerik. Banken 116.
Schipka 287.
Schiras 272.
Schnee, Dr., Gouverneur von Kamerun 129.
v. Schoen, Botschafter in Paris 133.
Schreyer, Dr., deutscher Arzt, in Tientsin erschossen 83.
Schtschegłowitow, russ. Justizminister 180.
Schuster, Morgan 116.
— Entlassung aus persischen Diensten 1.
Schuyuanschan, Begründer der Mingdynastie 128.
Schweden u. Deutschland 260.
— Frauenstimmrecht 173.
— Monarchie, Abschaffung 146.
Schweiz, Unfall- u. Krankenversicherung 41.
Selim Khan, Schamyl des Kaukasus 46. 89.
de Selves, franz. Minister 7. 50. 133. 134.
— in Amsterdam 134.
— u. Caillaux 134. 156.
— u. Muley Hafid 156.
„Semschtschina" 4.
Senussi 114.
— Aufruf 47.
— Scheik 88.
— — Aufruf zum heiligen Krieg 124.
— Orden u. Tunis 139.
Serben u. Albanesen, Ausrottungskrieg 325.
— u. Bulgaren in Mazedonien 297.
— — Tapferkeit 325.
— u. Griechen in Mazedonien 297.
Serbien 147.
— u. Adria 298. 344.
— — Hafen 315. 316. 322. 328. 330.
— u. Ägäisches Meer 298. 315.
— u. Albanien 314. 344. 355. 362.
— Ansprüche 344.
— u. Balkankrieg 345.
— Barbarei 329.
— u. Berlin, Anleihen 314.
— u. Berliner Vertrag 276.

Serbien u. Bulgarien 268. 269. 277. 286. 296. 298. 343. 344. 371.
— — Bündnis 205. 260. 268. 278.
— — Gegnerschaft 363.
— — türkisch-italien. Krieg 278.
— — Vergrößerung 306.
— — Vertrag 316.
— Chauvinisten 314.
— u. Deutschland 344.
— u. Dreibund 344.
— dynast. Ehrgeiz 269.
— u. England 275. 355.
— u. Europa 326.
— Finanzen 314.
— Forderungen 316.
— Frage 314. 362. 364.
— u. Frankreich 344.
— — Anleihen 280.
— u. Griechenland 355.
— — Bevölkerungszahl 322.
— — Ehrgeiz 336.
— Größenwahn 314. 325.
— Hafenfrage 354.
— u. London, Anleihen 314.
— Mobilisierung 267. 277.
— u. Monastir 320.
— u. Montenegro 355.
— — Gegensätze 363.
— u. Österreich 64. 159. 324. 344. 352. 353. 355. 356. 360.
— — Differenzen 325.
— — Gegensätze 322.
— — Hafenfrage 329. 354.
— — Konflikt 322.
— u. Paris, Anleihen 314.
— u. Prizrend 336.
— u. Rußland 260. 278. 281. 314. 315. 325. 329. 344. 356. 371.
— — Hafenfrage 354.
— u. Türkei 158. 281. 286. 287. 296. 315.
— — Ultimatum 267.
— — Waffenstillstand 336.
— u. Uesküb 295.
— Vergrößerung 345.
— u. Wien, Anleihen 314.
Sewastopol, Flottenmeuterei 267.
— Meuterer-Verurteilung 311.
Seyn, Generalgouverneur 205.
Shields 85.
Shilinski, General 225. 235.
Shylock 274.
Siaed Daulch, Prinz, Selbstmord 54.
Sibirien, West-S., Hungersnot 83
Sidi Achmed el Scherif 124.
Sidney-Buxton 18.
Skobeleff 52. 268.
Skodaaktien 29.
Skutari 295. 325. 328. 363.
Slawen auf der Balkanhalbinsel 371.
— und Germanen, Entscheidungskampf 48.
— u. Österreich 353. 354.
— österreichische u. Rußland 338.
Smillie, Präsident der schottischen Grubenarbeiterföderation 27.
Smith, F. E. 318.
„Société d'Études" 333.
Sofia, Komiteesitzung 159.
Solf, Kolonialsekretär 224.
Southampton, Seeleutestreik 75.
„Sowremennoje Slowo" 262.
Sozialdemokratie, Agitation 327.
Spanien, Eisenbahnerstreik 267.
— u. England 183.
— — Kohlenarbeiterstreik 85.
— u. Frankreich 222. 294.
— — Marokko 302.
— — — Differenz 133. 370.
— — — Schwierigkeiten 157.
— — — Teilung 134.
— — — Verhandlungen 31. 112.
— — — Verständigung 29.
— — — Vertrag 359.
— — Verhandlungen 95.
— u. Gibraltar 320.
— innere politische Bewegung 376.
— u. Marokko 7. 29. 104. 170. 294.
Spanier u. Kabylen 102.
„Spectator" 182. 184.
Spender, engl. Botschafter in Washington 265.
Spiridowitsch, Oberst 127.
Sporaden, italien. Besetzung 158.
Sjamarin, Feodor 70.
Sjamarin, Peter 70.
Sjasonow, russ. Minister 3. 5. 54. 115. 161. 162. 168. 172. 180. 216. 224. 225. 226. 227. 229. 233. 234. 260. 267. 275. 278. 279. 281. 287. 307. 326. 329. 330. 354.
— in Berlin 267.
— in England 272.
— u. Sir Edward Grey 272. 279.
— in Livadia 158.
— u. „Nowoje Wremja" 127.

Sjasonow in Paris 267.
— u. Poincaré 271.
— Rede 146. 147.
— Rücktrittsgerüchte 127.
— u. ruſſ. Preſſe 116.
Stambulow 372.
„Standard“ 11. 12. 19. 53. 62. 291.
„Star“ 191.
Stead 94.
Stern, Dr. Alfred 171.
Stewart, Bertrand, Rechtsanwalt, Verurteilung 41.
Stolypin, A. 195. 240. 290. 291. 354.
— Syſtem 68.
Strauß, Exbotſchafter 12.
Subkow 351.
Suchomlinow, General, ruſſ. Min. 168. 347. 369.
— in Livadia 158.
Suda 159.
— Bai 294.
— u. England 160.
Sudan u. England 140.
— Gärung 140.
Sudſched Daulah 98.
Suffragetten, Ausſchreitungen 76. 81.
Suleiman Baruny 115.
„Sun“ 355.
Sunderland Docks 85.
Sunjatſen, Präſident d. chineſ. Republik 1. 42. 55.
— Demiſſion 65.
— Erfolge 66.
— u. Juanſchikai 65.
— Präſidentſchaftsniederlegung 58.
— Rücktritt 127. 128.
Sunni, Scheich 115.
Suworow 268.
„Swet“ 117. 325.
Symeon, Zar v. Bulgarien 268.
Syrien 204.
— u. England 307.
— u. Frankreich 294. 307. 373.
— Reformen 361.
— Küſte, Eiſenbahn 333.
Szetſchwan, Hinrichtung des Vizekönigs 13.

T.

Täbris 3. 273. 333.
— Rückzug der ruſſ. Truppen 45.
Täbris, ruhig 89. 90.
— ruſſ. Truppen vermindert 54.
Taft, amerik. Präſident 11. 74. 119. 284. 303. 309. 366. 375.
— u. Albaniertelegramm 355.
— u. Barnes 30.
— u. China 14.
— Friedenskommiſſion für nat.-türk. Krieg 150.
— u. kathol. Kirche 152.
— Mißerfolg im Senat 92.
— u. Rooſevelt 21. 30. 91. 152. 197. 214. 215.
— Schiedsgerichtspläne 11.
— ſchlechte Ausſichten 137. 151.
— Stimmenzahl 153.
— und Truſts 152.
— u. Vatikan 150.
— u. Viktor Emanuel III. 150.
Tatuſchau, Landung chineſ. Revolutionäre 55.
Tattenrand 73.
Tammany Hall 252. 253.
Tanger 184. 222.
— franz. Geſandtſchaft 157.
Tangſchaoyi, chineſ. Miniſterpräſident 99. 100. 117. 127. 224.
„Tanin“ 160.
Tardieu, André 95. 143. 183.
Tartarin de Tarascon 130.
Taſchkent, Meutereien 279.
Tatiſchtſchew, Graf 205.
Tauſchanta 15.
„Taviguano“, Zwiſchenfall 34.
Teheran 4.
— Eiſenbahn 333.
— Salar ed Daulehs Anmarſch 129.
„Temps“ 6. 29. 31. 35. 43. 44. 45. 69. 71. 81. 94. 95. 106. 112. 114. 115. 128. 129. 136. 142. 143. 146. 149. 153. 156. 158. 160. 169. 183. 185. 187. 190. 191. 203. 205. 212. 216. 231. 233. 235. 247. 259. 275. 288. 294. 299. 303. 307. 308. 316. 317. 330. 331. 346. 354. 355.
Tenedos, Beſchießung 359.
Terauchi, Generalgouverneur von Korea 357.
Tewfik, Großweſir 242.
Thaſos, Beſetzung durch Griechen 304.
Thomas, Chairman des Friedenskomitees 11.
Thrazien 329.
Tibet 42.

Tibet, Autonomie 267.
— und China 161.
— — Einwanderung 2.
— Banschо Dorschiew 161.
— Dalai Lama 161.
— Militärgrenzer 119.
— Selbständigkeit 118. 136.
— Unabhängigkeitsproklamation 2.
Tientsin, Fremdenkolonie, Schutz durch europäische u. japanische Truppen 83.
„Times" 29. 37. 114. 122. 125. 126. 143. 171. 183. 216. 222. 226. 227. 234. 244. 246. 265. 273. 288. 294.
Tirpitz, Großadmiral 255.
Tisza, Graf 182. 206.
„Titanic" Untergang 129. 138. 150. 151. 154.
Towne, Exsenator 12.
Townley, engl. Gesandter in Teheran 74.
Transbaikalien, chines. Einwanderung 2.
Trebisonde 333.
— -Erzerum, Bahn 133.
Trevelyan, C. P. 301.
„Tribuna" 187.
Tripelentente 233. 234. 353.
— u. Adriafrage 316.
— u. Balkan 300.
— Disharmonie 279.
— u. Dreibund 59.
— u. Italien 308.
— Mediation 296.
— u. Persien 272.
— Presse 3.
— u. Rußland 338.
— u. Türkei 115.
Tripolis 8. 89. 109. 176. 177. 186. 287. 294. 372.
— Araber 47.
— Abtretung 97.
— Annektierungsdekret, Annahme in der ital. Kammer 66.
— Annexion 13.
— — u. Araber 114.
— u. Cyrenaica 125.
— europafeindl. Erregung 140.
— u. Italien 96. 125. 139. 372.
— — Eroberungszug 139.
— — Souveränität 151.
— — Unternehmen 330.
— Kämpfe 133.
— Krieg 88.
— Neger als Mittämpfer 47.
Tripolis u. Tunis, Grenze 294.
— u. Türkei 125. 159.
— Unabhängigkeit 115.
— Verwicklungen 79.
Tritton, Sir Ernest 181.
Troitzkosawsk 128.
Troubridge, Konteradmiral, Chef des engl. Marinekriegsstabes 13.
Tscharykow, russ. Botschafter in Konstantinopel, Abberufung 97. 116. 370.
Tschataldscha-Linie 305. 311. 325. 328. 371.
— Stärkung 337.
Tschernajew, General 311.
Tschetschenzen, Russenhaß 47.
Tunis 177.
— antifranzös. Bewegung 96.
— Araber verbannt 96.
— Bei 153.
— Emeute 8.
— Frankreichs Herrschaft 139.
— Gärung 96.
— Italienerausweisung 96.
— u. ital.-türk. Krieg 123.
— u. Marokko 155.
— Mißstimmung 308.
— u. Senussi 139.
— u. Tripolitanien, Grenze 294.
Turkestan u. Rußland 106.
— Soldatenmeuterei 262.
— Ost-T. 42. 142.
— West-T., Militärgrenzer 119.
Türkei 220.
— u. ägäische Inseln 221.
— u. Ägypten 294.
— u. Albaner 267.
— — Amnestie 242.
— u. Albanien 126. 331.
— — Aufstand 169. 241.
— — bessere Beziehungen 14.
— u. arabische Bevölkerung 13.
— asiatische, Integrität 361.
— asiatische Truppen 311.
— u. Asien 373.
— — Zurückwerfen nach A. 337.
— u. Balkan, Bund, Krieg 268.
— — Königreiche 47.
— — Staaten 88. 158. 257. 287. 288. 297. 304. 328. 337. 373.
— — — Bündnis 64.
— — — Delegierte in London 356.
— — — Krieg 304.
— — — Verhandlungen 346. 363.
— — — Waffenstillstand 343.

Türkei u. Berliner Vertrag 279.
— u. Bulgarien 126. 158. 160. 267. 268. 275. 278. 281. 286. 295. 296. 315. 371.
— — Frieden 331.
— — — Verhandlungen 336.
— — Kriegsmacht 287.
— — Separatfriede 336.
— — Tschataldschalinie 325.
— — Vermittelung der Großmächte 320.
— — Waffenstillstand 336.
— — — Verhandlungen 328.
— u. bulgar. Komitees 126.
— Cholera 328.
— christl. Bevölkerung 149.
— u. Cyrenaica 169.
— — Abtretung 97.
— Dardanellen 187.
— — Öffnung 155.
— — Sperre, Aufhebung 146.
— deutsch-engl. Interessen 18.
— u. Deutschland 107. 159. 160.
— — Handelsinteressen 142.
— — v. Marschalls Versetzung 160.
— u. Dreibund 34.
— „Einheit und Fortschritt"-Komitee 14. 149. 150.
— — Sieg 125.
— u. England 257. 258. 272. 275. 280. 288. 298.
— — Dardanellenöffnung 159.
— — Freundschaft 160.
— — Handelsinteressen 142.
— u. Ententemächte 295.
— u. Europa 46. 47. 125. 269. 288. 322.
— — Frieden 296.
— — Konflikt 353.
— europäische, Gärung 140.
— — Integrität 97.
— Finanzen 287.
— Flotte 287. 359.
— u. Frankreich 168. 169. 257. 258. 286. 361.
— — Anleihen 280.
— — in Asien 361.
— — Eisenbahnbau 107.
— — Geldinteressen 288.
— — Handelsinteressen 142.
— — Intervention 308.
— — Mißerfolge 79.
— — Presse 169.
— Friedensvermittlungsgesuch 304.
— Goldenes Horn 371.
Türkei u. Griechenland 158. 286. 287. 296. 343.
— — Kämpfe 351.
— — Kretafrage 88.
— — Krieg 97. 160.
— u. Großmächte 268. 346.
— u. indische Literatur 366.
— Intendantur 312.
— u. internat. Kongreß 160.
— und Italien 205. 268. 287. 294. 372.
— — Beziehungen 149.
— — Dardanellen 141.
— — Einfuhrzoll auf ital. Waren 1.
— — Frieden 106. 263. 280. 286.
— — — Aussichten 157.
— — — Bedingungen 88. 89. 96.
— — — Schluß 125. 293.
— — — Vorschläge 267.
— — Großmächtevermittlung 64.
— — Handelsinteressen 142.
— — Krieg 47. 75. 83. 88. 123. 169. 187. 213. 226. 232.
— — — Friedenskommission 150.
— — Präliminarfrieden 277.
— — russ. Friedensbemühungen 114.
— — Tripolisannexion 114.
— — Vermittlungsversuche 13.
— — Verständigung 159.
— — Waffenstillstand 151.
— Jungtürken 10. 370. 372.
— — Geheimkomitee 296.
— — Intrige 311.
— — Zusammenbruch 328.
— Kammerauflösung 14. 31.
— u. Kaukasus 46. 98.
— — Grenze 373.
— u. Kleinasien, Eisenbahnen 90. 133. 361.
— Komitee, Beseitigung 248.
— — u. liberale Vereinigung 83.
— — Opposition gegen d. K. 232.
— — Zerfahrenheit 160.
— u. Konstantinopel 337.
— — Verlust 306.
— u. Kreta 97. 169. 176.
— — Verzicht 125.
— Kriegsflotte 271.
— Kriegsmachtentwicklung 46.
— Kriegszustand 267.
— Lage 263.
— liberale Vereinigung 14.
— u. Mazedonien 126. 269. 297.
— Mobilisierung 277. 295. 296. 305.
— u. Montenegro 126. 158. 260. 267. 277. 286. 296.

Türkei u. Montenegro, Kriegserklärung 267. 280.
— — Waffenstillstand 336.
— Niederlagen 295. 312. 372.
— Offiziere 215.
— u. oriental. Problem 269.
— u. Österreich 297. 331. 353.
— — Balkanpolitik 64.
— Parlament, Eröffnung 138.
— — Hader 14.
— — Wahlen 75.
— Parteien-Hader 258. 305. 311.
— Parteiintrigen 263.
— u. Persien 39. 47. 98. 115.
— — Entwicklung 334.
— — Grenzrichtung 148. 303. 373.
— — Grenzstreit 14.
— — Kommission 137.
— — Kompensation 15.
— u. Polen 289.
— Regeneration 314. 334.
— Rückzug der Armee 312.
— — nach Kleinasien 287.
— u. Rußland 106. 158. 175. 272. 275. 276. 281. 286. 287. 290. 297. 299. 306. 313. 316. 317. 325. 329. 337. 353. 354. 372. 373.
— — Adrianopel 363.
— — Beziehungen 115.
— — Handel, Schädigung 142.
— — kaukasische Frage 39.
— — kleinasiat. Beziehungen 45.
— — Konstantinopel 323.
— — Krieg 1877/78 280.
— — u. Persien 47.
— — — Beziehungen 74.
— — — Grenzfrage 115.
— — — Konflikt 97.
— — — Politik 39. 89. 137.
— — Verhandlungen über Aufhebung des Vertrags v. 1900 90.
— u. Serbien 158. 281. 286. 287. 296. 315.
— — Ultimatum 267.
— — Waffenstillstand 336.
— Tapferkeit der Truppen 305.
— u. Tripelentente 115.
— — Mediation 296.
— u. Tripolis 159. 169.
— — Abtretung 97.
— — Verzicht 125.
— Truppenverstärkung 328.
— u. Urmia 98.
— Verwaltungsreform 268.
— Wahlen 97. 114. 125.
Türkei, Wahlkämpfe 83.
— Wirren 257.
— Zugeständnisse 343.
Türken u. Arnauten 267.

U.

Ukrainer 337.
Ukrainophilen 326.
Ulster, Provinz, gegen Homerule 21. 137.
„Ulster Guardian" 122.
Underwood, demokrat. Kandidat 152. 199. 252.
— Stimmenzahl 153.
Ungarn, Parlamentseröffnung 304.
— Reichstag, Tumulte 267.
— Wahlreform 144. 207.
Union latine 95.
„Uprava" 340.
Urga 43. 55. 149. 303.
— Chutuchtu 100.
— — u. Juanschikai 128.
— Vertrag 357. 358. 367.
Uergha 157.
Urmia 89. 90.
— Christenpetition 97.
— Entscheidung 137.
— -Salmas, Karawanenstraße 15.
— -See 14. 39. 47.
Ueskük 295.
Ussuri, Schiffahrt 99.
— Gebiet u. Rußland 358.
Utschan, Stahlgießereien 357.
Uwarow, Graf, Programm 91.

V.

Vallona 336.
Vambery, Professor 161.
Vatikan u. Taft 150.
Vendamme 282.
Venedig 159.
Venizelos, griech. Ministerpräs. 97. 307.
Vereinigte Staaten siehe Amerika.
Vierersyndikat, chines. Anleihe 91.
Viktor Emanuel III. 265.
— Attentat 93.
— u. Taft 150.
Viktoria, Königin v. England, Denkmal in Nizza 133.

Vincennes 131.
„Voſſiſche Zeitung“ 257. 258.
Vranja 316.

W.

Wales, Kirchenverſtaatlichung 36.
– u. Montenegro, Größenverhältnis 322.
– Süd-W., Kohlenarbeiterſtreik 85.
– Trennung von Kirche u. Staat 146.
Walfiſchbai 17.
Waliszewski 230.
v. Wangenheim, Frhr., Botſchafter in Konſtantinopel 160. 251.
Warſchau, Intendanturprozeß 127.
– Truppenanſammlungen 354.
Waſhington, „Titanic“, Unterſuchung 153.
— Vereinbarungen über ital.-türk. Waffenſtillſtand 151.
Waverley 75. 112. 187. 256. 257. 345.
Waziriſtan 179.
Weber, Gehilfe des ruſſ. Finanzminiſters 127.
Wehrverein, deutſcher, Gründung in Berlin 31.
Wetikolutsk, Kreisverſammlung 339.
Wellington, Herzog von 312.
Weltfrieden 12. 80. 103. 121. 146.
Wergun, Dmitri 364.
Werigin, Vizedirektor des Polizeidepartements 127.
Wertheimer, Dr. 367.
Weſſelitzki, Londoner Korreſpondent der „Nowoje Wremja“ 64. 159. 331.
Weſtfalen, Arbeitswilligenſchutz durch Militär 93.
„Weſtminſter Gazette“ 192. 256. 265. 322.
Weſtnik Jewropy 166. 167.
„Wetſchernoje Wremja“ 117.
Wiborg, Magiſtrat 303.
— Obergericht 364.
Wien, Börſe 288.
— Militärkredite 299.
Wilhelm II., Deutſcher Kaiſer 161. 224. 225. 227. 233. 376.
– Abreiſe nach Korfu 102.
— in der Akademie d. Wiſſenſchaften 31.
– u. Albaniertelegramm 355.
– Ankauf von 2 Farmen in Südweſtafrika 155.
– u. Cambon 107.
– u. deutſch-engl. Krieg 78.
— u. England 18.
— in der franz. Botſchaft 106
– u. Nikolaus II. 68. 270.
— — Zuſammenkunft 218. 224.
— perſönliche Politik 166.
– in Zürich 267.
Wilhelm, Großherzog v. Luxemburg, Tod 66.
Wilſon, Woodrow, demokrat. Präſidentſchaftskandidat 74. 137. 197. 199. 231. 251. 252. 253. 284. 285. 302. 309. 319. 375.
– Gouverneur von New Jerſey 152.
— Stimmenzahl 153.
Windhut-Keetmanshoop, Eiſenbahneröffnung 93.
Witte, Graf 90. 210.
— Abſchied aus dem Reichsrat 144.
— in Livadia 127.
— in Zarskoje Sſelo 117.
Woëvre, Schlacht (1915) 265.
Wolf, Lucien, engl. Journaliſt 15.
Wolgagouvernement, Hungersnot 83. 135. 136.
„World“ 150.

Y.

„Yorkſhire Poſt“ 274.

Z.

Zapata, General 56.
„Zaranie“, Partei in Ruſſiſch-Polen 71.
Zarskoje Sſelo 117. 330. 347.
Zia Poſcha, türk. Botſchafter in Waſhington 151.
de Zorg, H., Korreſpondent des „Temps“ 115.
Zweibund 369.

HG.
S33G6d
175419
Author Schiemann, Theodor
Title Deutschland und die grosze Politik. Vol.12

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 12 22 06 07 010 1